# Giovanni Arrighi

# Adam Smith in Beijing

## Die Genealogie des 21. Jahrhunderts

VSA

Giovanni Arrighi
Adam Smith in Beijing

*Giovanni Arrighi* ist Professor für Soziologie an der Johns Hopkins Universität in Baltimore, USA. Seine Forschungsschwerpunkte sind komparative und historische Soziologie, Weltsystemanalye und Wirtschaftssoziologie. Er nimmt insbesondere die Ursachen und Konsequenzen von Ungleichheiten in Wohlstand, Status und der Macht von Nationen in den Blick. 1994 erschien von ihm »The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times«, 1999 (zusammen mit Beverly J. Silver) »Chaos and Governance in the Modern World System«.

Giovanni Arrighi

# Adam Smith in Beijing

Die Genealogie des 21. Jahrhunderts

Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke

VSA-Verlag Hamburg

**www.vsa-verlag.de**

© der Originalausgabe: Giovanni Arrighi 2007
Die Originalausgabe erschien 2007 unter dem Titel »Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century« bei Verso, London/New York.
© der deutschsprachigen Übersetzung:
VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Interpress, Budapest
ISBN 978-3-89965-203-1

# Inhalt

Vorwort und Danksagungen ..... 9

**Einleitung** ..... 13

**Teil I: Adam Smith und das neue asiatische Zeitalter**

**Kapitel 1: Marx in Detroit, Smith in Beijing** ..... 26

Neo-Smithscher Marxismus ..... 32
Smithsche Dynamik und die »Große Divergenz« ..... 40
Die Fortdauer des Smithschen Vermächtnisses ..... 49

**Kapitel 2: Die historische Soziologie Adam Smiths** ..... 59

Der Markt als Herrschaftsinstrument ..... 61
Konkurrenz und fallende Profitrate ..... 65
Die Arbeitsteilung und der Verfall
der geistigen Fähigkeiten der Bevölkerung ..... 71
Alternative Pfade zum Reichtum ..... 79
Wohlstand und Macht ..... 86

**Kapitel 3: Marx, Schumpeter und die »unendliche«
Akkumulation von Kapital und Macht** ..... 93

Die »unendliche« Akkumulation von Kapital ..... 98
Kapitalistische Krisen und schöpferische Zerstörung ..... 106
Rekapitulation und Vorschau ..... 118

## Teil II : Auf der Spur globaler Turbulenzen

**Kapitel 4: Die Ökonomie globaler Turbulenzen** ..... 128

Ungleiche Entwicklung: vom Boom zur Krise ..... 131
Überkapazität und anhaltende Stagnation ..... 136
Unhaltbarer Wiederaufschwung ..... 145
Zwei lange Abschwünge im Vergleich ..... 150

**Kapitel 5: Die sozialen Dynamiken globaler Turbulenzen** ..... 156

Klassenkonflikte und interkapitalistische Konkurrenz ..... 158
Die Einwirkung des Südens ..... 168
Die finanzielle Untermauerung
der US-amerikanischen Wiederbelebung ..... 178

**Kapitel 6: Eine Hegemoniekrise** ..... 191

Die US-Hegemonie und ihre Signalkrise ..... 193
Finanzialisierung und die monetaristische Konterrevolution ..... 199
Die *Belle Époque* als Auftakt zur finalen Krise ..... 205
Rekapitulation und Vorschau ..... 211

## Teil III: Der Verfall der Hegemonie

**Kapitel 7: Dominanz ohne Hegemonie** ..... 222

Die Hartnäckigkeit des Vietnam-Syndroms ..... 226
Der merkwürdige Tod des Globalisierungsprojekts ..... 240
Das China-Syndrom ..... 257

**Kapitel 8: Die territoriale Logik des historischen Kapitalismus** ..... 267

Überakkumulation und die Produktion von Raum ..... 272
Akkumulation durch Enteignung ..... 281
Überakkumulation und Finanzialisierung ..... 288
Ursprünge der kapitalistischen Machtstrategie ..... 296
Die Verschmelzung von Kapitalismus und Imperialismus ..... 304

**Kapitel 9: Der Weltstaat, den es nie gab** ..... 315

Die sich verändernde Natur des US-amerikanischen Schutzes ..... 319
Verzichtbare Vereinigte Staaten? ..... 326
Rekapitulation und Vorschau ..... 333

## Teil IV: Die Genealogie des neuen asiatischen Zeitalters

**Kapitel 10: Die Herausforderung des »friedlichen Aufstiegs«** ..... 346

Arrangement mit Chinas Aufstieg ..... 350
Steht ein neuer Kalter Krieg bevor? ..... 355
In Richtung Anpassung und Einlenkung? ..... 361
Ein lachender Dritter? ..... 369
Die Große Mauer der Unbekannten ..... 377

**Kapitel 11: Staaten, Märkte und Kapitalismus in Ost und West** ..... 385

Der Fünfhundertjährige Frieden ..... 391
Marktwirtschaft und Chinas »natürlicher« Pfad zum Reichtum ..... 399
Kapitalisten in einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft ..... 409
Eingliederung und Hybridisierung ..... 418
Die US-Hegemonie und der japanische Aufstieg ..... 427

**Kapitel 12: Ursprünge und Dynamik des chinesischen Aufstiegs** ..... 435

Die Öffnung Chinas: Smith contra Friedman ..... 438
Akkumulation ohne Enteignung ..... 447
Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs ..... 455
Soziale Widersprüche des wirtschaftlichen Erfolgs ..... 465

**Epilog** ..... 469

Literatur ..... 483

Namensregister ..... 509

# Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.1: Zusammengefasste BIP als prozentualer Anteil am Welt-BIP: USA und Großbritannien im Vergleich zu China und Japan ..... 56

Abbildung 1.2: Zusammengefasste Pro-Kopf-BIP: USA und Großbritannien im Vergleich zu China und Japan (logarithmisiert) ..... 57

Abbildung 3.1: Gleichgewichtsfallen auf niedrigem (nach Malthus) bzw. auf hohem Niveau (nach Smith) ..... 95

Abbildung 5.1: Nationale Exporte als prozentualer Anteil an den gesamten weltweiten Exporten ..... 170

Abbildung 5.2: Saldo der Leistungsbilanz (1980-2005) ..... 187

Abbildung 9.1: Präsident Bushs Umfragewerte von Februar 2001 bis Oktober 2006 ..... 330

Abbildung 12.1: Pro-Kopf-Einkommen und Lebenserwartung Erwachsener, 1960-2000 ..... 459

Abbildung 12.2: Pro-Kopf-Einkommen und Alphabetisierung Erwachsener ..... 460

# Vorwort und Danksagungen

Dieses Buch ist die Fortsetzung und weitere Ausarbeitung zweier früherer Werke, *The Long Twentieth Century* und *Chaos and Governance in the Modern World System*.[1] Es setzt den Akzent auf zwei Entwicklungen, die mehr als alles andere die Weltpolitik, -wirtschaft und -gesellschaft prägen. Die eine ist der Aufstieg und Fall des neokonservativen Projekts eines Neuen Amerikanischen Jahrhunderts, die andere das Hervortreten Chinas als führende Kraft bei der ökonomischen Renaissance Ostasiens. Den vielen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die zu diesen beiden Entwicklungen beigetragen haben, wird die gebührende Aufmerksamkeit gezollt werden, aber das Hauptaugenmerk der Analyse wird auf den Staaten USA und China als Schlüsselakteuren des sich entfaltenden globalen Wandels liegen.

Freunde, Studenten und Kollegen, die das Manuskript vor der letzten Runde der Überarbeitungen gelesen und dazu Stellung genommen haben, bewerteten seine Bestandteile außergewöhnlich widersprüchlich. Die Kapitel, die den einen am besten gefielen, sagten den anderen am wenigsten zu. Die Kapitel, die den einen für die Argumentation des Buches zentral zu sein schienen, fanden andere überflüssig. Unterschiedliche Reaktionen der Leser sind normal, aber nicht in dem Ausmaß, wie ich sie bei diesem Buch erlebte. Ich glaube, die Anomalie lässt sich auf die doppelte Zielsetzung des Buches zurückführen – auf die sein Titel hindeutet – und auf die unterschiedlichen, zum Erreichen dieser Ziele angewandten Methoden.

Zielsetzung des Buches ist ebenso sehr eine Interpretation der aktuellen Verschiebung des Epizentrums der globalen politischen Ökonomie von Nordamerika nach Ostasien in Anbetracht von Adam Smiths Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung wie eine Interpretation seines Werkes *Der Wohlstand der Nationen* angesichts dieser Verschiebung. Dieses doppelte

[1] Giovanni Arrighi (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times.* London. Ders./Beverly J. Silver (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis.

Ziel wird das ganze Buch hindurch verfolgt, manche Teile beruhen jedoch stärker auf theoretischen Argumentationen, andere auf historischen Analysen und wieder andere auf der Diskussion aktueller Phänomene. So wird es unvermeidlich sein, dass Leser mit wenig Geduld für Theorie oder für die Analyse weit zurückliegender und unvertrauter Zeitabschnitte oder für noch in der Entstehung begriffener Geschichte möglicherweise versucht sind, Abschnitte oder gar ganze Kapitel zu überspringen. Da ich mir dieser Möglichkeit bewusst war, habe ich mein Bestes getan, um sicherzustellen, dass Leser, die dies tun, dennoch das Wesentliche zumindest eines der beiden Hauptargumentationsstränge des Buches erfassen – den zur Verlagerung des Epizentrums der globalen politischen Ökonomie nach Ostasien oder den zum *Wohlstand der Nationen*. Als Gegenleistung bitte ich lediglich darum, das Buch *als Ganzes* zu bewerten und nicht nur seine Einzelteile.

Dieses Buch hatte eine lange Entstehungszeit, und auch die Liste meiner geistigen Schulden ist lang. Ohne die Hilfe vieler ostasiatischer Mitarbeiter hätte ich keinen Zugang zu zentralen chinesischen und japanischen Texten gehabt, von denen einige in der Bibliographie aufgeführt sind. Satoshi Ikeda, Po-keung Hui, Aiguo Lu, Miin-wen Shih, Ho-fung Hung und Zhang Lu halfen mir hierbei. Darüber hinaus führte mich Satoshi Ikeda in die japanische Literatur über das sinozentrische Tributhandelssystem ein, Hui brachte mir bei, Braudel aus ostasiatischer Perspektive zu lesen, Hung führte mich bei meinen Exkursen in die soziale Dynamik des späten kaiserlichen Chinas und Aiguo Lu zügelte meinen übermäßigen Optimismus in Bezug auf die Beschaffenheit der neuesten Errungenschaften Chinas.

Eine frühere und kürzere Version von Teil II ist unter dem Titel »The Social and Political Economy of Global Turbulence« in *New Left Review* II/20 (2003), S. 5-71, erschienen. Wie ein Teil von Kapitel 1 befasst sie sich kritisch mit dem Werk Robert Brenners. Dies ist Teil eines anhaltenden Versuchs meinerseits, Brenner davon zu überzeugen, die historische Soziologie ernster zu nehmen als die Ökonomie. Ich bin Bob dankbar für die geistige Anregung durch seine Arbeiten und dafür, dass er mit meiner Kritik locker umgeht.

Eine frühere Version von Teil III ist unter dem Titel »Hegemony Unraveling-I« in *New Left Review* II/32 (2005), S. 23-80, und »Hegemony Un-

raveling-II« in *New Left Review* II/33 (2005), S. 83-116, erschienen. Beide Artikel wurden vollkommen umstrukturiert und umgeschrieben, aber immer noch stammen viele der Gedanken in Kapitel 8 aus einem Seminar, das David Harvey und ich gemeinsam an der Johns Hopkins Universität gegeben haben. Ich danke David und den Seminarteilnehmern dafür, dass sie mir geholfen haben, Schlüsselbehauptungen aus *The Long Twentieth Century* und *Chaos and Governance* in einen festeren und solideren analytischen Rahmen einzufügen.

Teile der Kapitel 1, 11 und 12 beruhen auf einem gemeinsam mit Pokeung Hui, Ho-fung Hung und Mark Selden verfassten Artikel, erschienen unter dem Titel »Historical Capitalism, East and West« in G. Arrighi, T. Hamashita und M. Selden (Hrsg.): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives* (London: Routledge, 2003), und auf einem von mir verfassten Artikel, erschienen unter dem Titel »States, Markets and Capitalism, East and West«, in M. Miller (Hrsg.): *Worlds of Capitalism. Institutions, Economic Performance, and Governance in the Era of Globalization* (London: Routledge, 2005). Meine geistigen Schulden bei Hui und Hung habe ich bereits erwähnt. Darüber hinaus muss ich Mark Selden für seine großzügige Beratung bei meinen Versuchen, die ostasiatischen Erfahrungen zu begreifen, sowie für seine Bemerkungen zu Kapitel 1 danken.

Benjamin Brewer, Andre Gunder Frank, Antonina Gentile, Greta Krippner, Thomas Ehrlich Reifer, Steve Sherman, Arthur Stinchcombe, Kaoru Sugihara, Charles Tilly und Susan Watkins lieferten hilfreiche Kommentare zu Vorträgen und Artikeln, die später in das Buch eingearbeitet wurden. Astra Bonini und Daniel Pasciuti halfen bei der Erstellung des Zahlenwerks und Dan erledigte auch bibliographische Recherche zu speziellen Sachthemen. Baris Cetin Eren trug dazu bei, das Material für Kapitel 7 auf dem neuesten Stand zu halten, während Ravi Palat und Kevan Harris mich unablässig mit Belegen für und gegen meine Argumentation bombardierten, von denen ich reichlich Gebrauch machte. Kevan las auch das ganze Manuskript und machte wertvolle sachliche und redaktionelle Vorschläge. Patrick Loy versorgte mich mit ein paar ausgezeichneten Zitaten, und James Galbraith gab mir nützliche Hinweise, sowohl zu Adam Smith als auch zum heutigen China. Die Anmerkungen von Joel Andreas, Nicole Aschoff, Georgi Derluguian, Amy Holmes, Richard Lachman, Vla-

dimir Popov, Benjamin Scully und Zhan Shaohua waren sehr hilfreich für die letzte Runde der Überarbeitungen.

Perry Anderson und Beverly Silver waren wie üblich meine wichtigsten Berater. Ihre jeweiligen Rollen als »Good Cop« (Perry) und »Bad Cop« (Beverly) waren gleichermaßen entscheidend für das Verfassen dieses Werks. Ich bin beiden ganz besonders dankbar für ihre geistige Anleitung und ihre moralische Unterstützung.

Dieses Buch ist dem Andenken an einen guten Freund gewidmet, Andre Gunder Frank. In den 36 Jahren seit 1969, als wir uns in Paris kennenlernten, bis zu seinem Tod rangen wir miteinander und gegeneinander darum, zu den eigentlichen Gründen für globale Ungleichheiten vorzudringen. Wir hatten viele Kontroversen, aber wir gingen denselben Weg, und am Ende erkannten wir, dass wir so ziemlich auf dasselbe Ziel zusteuerten. Ich weiß – weil er es mir gesagt hat –, dass er mit meiner Kritik an Bob Brenner größtenteils nicht einverstanden war, aber ich glaube, er hätte den bleibenden Einfluss seiner Gedanken auf die Hauptargumentationslinie dieses Buches erkannt.

März 2007

# Einleitung

»Als das 20. Jahrhundert begann«, schrieb Geoffrey Barraclough Mitte der 1960er Jahre, »stand die europäische Macht in Asien und Afrika in ihrem Zenit: Keine Nation, so schien es, konnte der Überlegenheit europäischer Waffen und europäischer Wirtschaftskraft standhalten. Sechzig Jahre später sind nur noch Spuren einstiger europäischer Herrschaft übrig geblieben. […] In der ganzen Geschichte der Menschheit hat sich kein revolutionärer Umschwung so rasch vollzogen.« Die Positionsveränderung der Völker Asiens und Afrikas »war das sicherste Zeichen für den Beginn einer neuen Ära«. Für Barraclough gab es wenig Grund zum Zweifel: Wenn die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – die für die meisten Historiker noch von europäischen Kriegen und Problemen dominiert war – einmal aus einer etwas weiteren Perspektive geschrieben würde, »dann wird sich der Aufstand gegen den Westen von allen Themen als das wichtigste herausstellen«.[1] In diesem Buch wird konstatiert, dass sich für die Geschichte der *zweiten* Hälfte des 20. Jahrhunderts, aus solch einer weiteren Perspektive betrachtet, aller Wahrscheinlichkeit nach kein Thema als wichtiger erweisen wird als die ökonomische Renaissance Ostasiens. Mit dem Aufstand gegen den Westen wurden die politischen Bedingungen für den Erwerb sozialer und ökonomischer Macht durch die Völker der nichtwestlichen Welt geschaffen. Die ökonomische Renaissance Ostasiens ist das erste und deutlichste Anzeichen für den tatsächlichen Erwerb solcher Macht.

Wir sprechen von einer Renaissance, denn – in den Worten Gilbert Rozmans – »Ostasien ist eine große Region der Vergangenheit, die mindestens zweitausend Jahre lang an der Spitze der Weltentwicklung stand, bis zum 16., 17. oder sogar 18. Jahrhundert, nach dem sie einen relativ kurzen, aber sehr tief empfundenen Niedergang erlitt«.[2] Die Renaissance erfolgte durch

---

[1] Geoffrey Barraclough (1967): *Tendenzen der Geschichte im 20. Jahrhundert.* München, S. 161f.

[2] Gilbert Rozman (1991): The East Asian Region: Confucian Heritage and its Modern Adaptation. Princeton, S. 6.

einen Schneeballeffekt miteinander verbundener »Wirtschaftswunder« in einer Reihe von ostasiatischen Staaten, der in den 1950er und 1960er Jahren in Japan begann, in den 1970er und 1980er Jahren in Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Malaysia und Thailand weiter anwuchs und in den 1990er und frühen 2000er Jahren im Hervortreten Chinas als weltweit dynamischstem Zentrum des Wachstums von Wirtschaft und Handel gipfelte. Terutomo Ozawa zufolge – der als erster den ostasiatischen Aufstieg als Schneeballeffekt beschrieb – wird »das chinesische Wunder, auch wenn es noch in der Anfangsphase steckt, zweifellos […] das *dramatischste* sein, was seine Auswirkungen auf den Rest der Welt angeht […], insbesondere auf Nachbarländer«.[3] Martin Wolf stößt in dasselbe Horn, wenn er erklärt:

> »Sollte Asiens Aufstieg] so weitergehen wie in den letzten Jahrzehnten, wird er die zweihundert Jahre währende Dominanz Europas und, anschließend, seines riesigen nordamerikanischen Ablegers beenden. Japan war lediglich der Vorbote einer asiatischen Zukunft. Das Land hat sich als zu klein und zu sehr nach innen gerichtet erwiesen, um die Welt zu verändern. Was nun folgt – allen voran China – wird sich als keins von beidem erweisen. […] Europa war die Vergangenheit, die USA sind die Gegenwart und ein von China dominiertes Asien ist die Zukunft der Weltwirtschaft. Diese Zukunft scheint gewiss. Die großen Fragen sind, wie bald und wie reibungslos sie eintreten wird.«[4]

Zu der Zukunft, die Wolf voraussieht, kommt es vielleicht nicht so zwangsläufig, wie er unterstellt. Doch selbst wenn er nur teilweise recht hat, lässt die Renaissance Ostasiens vermuten, dass Adam Smiths Voraussage eines künftigen Machtausgleichs zwischen dem siegreichen Westen und dem besiegten Nichtwesten zuletzt doch wahr werden könnte. Wie nach ihm Karl Marx sah Smith einen wichtigen Wendepunkt der Weltgeschichte in den europäischen »Entdeckungen« von Amerika und der Passage nach Ostin-

[3] Terutomo Ozawa (2003): »Pax Americana-Led Macro-Clustering and Flying-Geese-Style Catch-Up in East Asia: Mechanisms of Regionalized Endogenous Growth«, *Journal of Asian Economics* 13, S. S. 700; Hervorhebung im Original. Die Schneeball-Metapher wird zum ersten Mal verwendet in Terutomo Ozawa (1993): »Foreign Direct Investment and Structural Transformation: Japan as a Recycler of Market and Industry«, *Business and the Contemporary World* 5 (2), S. 30f.

[4] »Asia is Awakening«, *The Financial Times*, 22. September, 2003.

dien um das Kap der Guten Hoffnung. Nichtsdestotrotz war er viel weniger zuversichtlich als Marx in Bezug auf den letztendlichen Nutzen dieser Ereignisse für die Menschheit.

> »Ihre Folgen sind zwar bereits recht beachtlich gewesen, doch ist es noch nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von zwei bis drei Jahrhunderten, die seither vergangen sind, die Auswirkungen in ihrer ganzen Tragweite erkennen zu können. Und keine menschliche Klugheit und Umsicht kann voraussehen, welche Wohltaten und welches Unglück der Menschheit aus diesen einmaligen Entdeckungen erwachsen werden. Ganz allgemein dürften sie wohl in der Tendenz nützlich und förderlich sein, da sie die entlegensten Gebiete der Welt in gewissem Umfange zusammengeführt und es ihnen möglich gemacht hat, sich gegenseitig zu helfen, den Bedarf an Nötigem und Annehmlichem im Austausch zu decken und Gewerbe und Handel untereinander zu fördern. Für die Eingeborenen in Ost- und Westindien aber sind alle Handelsvorteile, die aus beiden Ereignissen hätten erwachsen können, zusammengeschrumpft, und sie haben in dem schrecklichen Unglück geendet, das sie erlitten haben […]. Zu der Zeit, als man beide Entdeckungen gemacht hat, war das *Übergewicht an Macht* auf Seiten der Europäer so groß, dass sie sich jede Art Ungerechtigkeit in diesen fernen Gebieten erlauben konnten. Vielleicht können künftighin die Eingeborenen jener Länder stärker und machtvoller, die Macht der Europäer aber schwächer werden, so dass die Bewohner aller Regionen der Welt den gleichen Mut und die gleiche Stärke erlangen, wodurch es zu einem Gleichgewicht in der Abschreckung kommt, das allein die Ungerechtigkeit unabhängiger Nationen in eine Art Respekt vor den gegenseitigen Rechten umzuwandeln vermag.«[5]

Da die Ureinwohner Europas bei weitem nicht schwächer und diejenigen nichteuropäischer Länder bei weitem nicht stärker wurden, stieg das »Übergewicht an Macht« auf Seiten der Europäer und ihrer Ableger in Nordamerika und anderswo nach der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* noch fast zweihundert Jahre lang weiter an, ebenso wie ihr Vermögen, sich in der nichteuropäischen Welt ungestraft »jede Art von Un-

[5] Adam Smith (1993[6]): *Der Wohlstand der Nationen*. München, S. 526f.; Hervorhebung G.A.

gerechtigkeit« herauszunehmen. Ja, als Smith dies schrieb, hatte Ostasiens »Niedergang« kaum begonnen. Im Gegenteil, der bemerkenswerte Frieden und Wohlstand und das Bevölkerungswachstum in China während des größten Teils des 18. Jahrhunderts waren eine Quelle der Inspiration für führende Köpfe der europäischen Aufklärung. Leibniz, Voltaire, Quesnay und andere »blickten nach China in der Hoffnung auf moralische Belehrung, Anleitung in institutioneller Entwicklung und Unterstützung durch klare Befürwortung so unterschiedlicher Ideen wie den aufgeklärten Absolutismus, die Meritokratie und eine auf Landwirtschaft basierende Volkswirtschaft«.[6] Der auffallendste Unterschied zu europäischen Staaten war die Größe und Bevölkerung des chinesischen Reichs. Quesnays Charakterisierung zufolge war das chinesische Reich das, »was ganz Europa wäre, wäre letzteres unter einem einzigen Souverän vereinigt« – eine Charakterisierung, die auch in Smiths Bemerkung anklingt, der chinesische »Inlandsmarkt« sei »in seiner Ausdehnung nicht viel kleiner als der Absatzmarkt aller europäischen Länder zusammen«.[7]

Während der nächsten fünfzig Jahre untergrub das sprunghafte Anwachsen der militärischen Macht Europas dieses positive Bild von China. Europäische Kaufleute und Abenteurer hatten schon lange auf die militärische Verwundbarkeit eines vom Amtsadel regierten Reiches hingewiesen und sich gleichzeitig bitter über die bürokratischen und kulturellen Hindernisse beschwert, auf die sie beim Handel mit China stießen. Diese Anklagen und Beschwerden förderten eine grundsätzlich negative Sicht auf China als bürokratisch repressives und militärisch schwaches Reich. 1836, drei Jahre bevor Großbritannien den ersten Opiumkrieg (1839-1842) gegen China begann, erklärte der Autor eines in Kanton anonym veröffentlichten Aufsatzes, »es gibt derzeit vermutlich kein unfehlbareres Kriterium für die Zivilisation und den Fortschritt einer Gesellschaft als ihre Kenntnisse in der ›mörderischen Kunst‹, die Perfektion und Vielfalt ihrer Hilfs-

[6] Michael Adas (1989): *Machines as Measure of Men. Science, Technology and Ideologies of Western Dominance*. Ithaca: Cornell University Press, S. 79; siehe auch Ho-fung Hung (2003): »Orientalist Knowledge and Social Theories: China and European Conceptions of East-West Differences from 1600 to 1900«, *Sociological Theory* 21:3, S. 254-280.

[7] François Quesnay (1969): »From *Despotism in China*«, in: F. Schurmann/O. Schell, (Hrsg.), *Imperial China*, New York, S. 115; Smith 1993, a.a.O., S. 576.

mittel zur gegenseitigen Zerstörung und die Kunstfertigkeit, mit der sie diese verwendet«. Im Weiteren schmähte er die chinesische Reichsmarine als »ungeheuerliche Burleske«, behauptete, antiquierte Kanonen und disziplinlose Armeen machten China »an Land machtlos« und diese Schwächen seien Symptome einer grundlegenden Schwäche der chinesischen Gesellschaft als Ganzer. Michael Adas, der diese Ansichten wiedergibt, fügt hinzu, dass die zunehmende Bedeutung militärischer Fähigkeiten »für die Beurteilung der Gesamtleistung nichtwestlicher Völker durch die Europäer den Chinesen, die weit hinter die aggressiven ›Barbaren‹ vor ihren südlichen Toren zurückgefallen waren, nichts Gutes verhieß«.[8]

Im Jahrhundert nach Chinas Niederlage im ersten Opiumkrieg wurde der Niedergang Ostasiens zu dem, was Ken Pomeranz die »Große Divergenz« genannt hat.[9] Das politische und wirtschaftliche Geschick zweier Weltregionen, die bis dahin durch einen ähnlichen Lebensstandard gekennzeichnet waren, wich plötzlich stark voneinander ab; Europa erlebte einen rasanten Aufstieg zum Zenit seiner Macht und Ostasien sank ebenso rasant auf den Tiefpunkt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war China das ärmste Land der Welt; Japan war ein militärisch besetzter, »halb-souveräner Staat«, und die meisten anderen Länder der Region kämpften entweder noch gegen die Kolonialherrschaft oder standen kurz davor, durch die Teilung im aufkommenden Kalten Krieg auseinandergerissen zu werden. In Ostasien gab es ebenso wenig Anzeichen wie anderswo für eine nahe bevorstehende Bestätigung von Smiths Behauptung, durch die Ausweitung und Vertiefung des Austausches in der Weltwirtschaft würde es zu einem Machtausgleich zwischen Völkern europäischer und nichteuropäischer Abstammung kommen. Sicherlich hatte der Zweite Weltkrieg dem Aufstand gegen den Westen gewaltigen Auftrieb verliehen. In Asien und Afrika wurde vielerorts die alte Staatssouveränität wieder hergestellt, und massenweise neue wurden geschaffen. Doch mit der Entkolonialisierung ging die Errichtung

[8] Adas 1989, S. 89-93, 124f., 185f.). Siehe auch: Geoffrey Parker (1989): »Taking Up the Gun«, *MHQ: The Quarterly Journal of Military History* 1 (4), S. 98f.

[9] Kenneth Pomeranz (2000): *The Great Divergence: Europe, China, and the Making of the Modern World Economy.* Princeton.

des umfangreichsten und potenziell zerstörerischsten Apparats westlicher Streitmacht einher, den die Welt je gesehen hatte.[10]

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, als es dem mächtigen US-Militärapparat nicht gelang, das vietnamesische Volk in eine permanente Spaltung entlang der Trennlinie des Kalten Krieges zu zwingen, schien die Situation sich zu verändern. Zweihundert Jahre nach der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* und kurz nachdem die USA beschlossen hatten, sich aus Vietnam zurückzuziehen, fragte sich Paolo Sylos-Labini, ob die Zeit endlich gekommen sei, da – wie Smith es sich vorgestellt hatte – »die Bewohner aller Regionen der Welt den gleichen Mut und die gleiche Stärke erlangen, wodurch es zu einem Gleichgewicht in der Abschreckung kommt, das allein die Ungerechtigkeit unabhängiger Nationen in eine Art Respekt vor den gegenseitigen Rechten umzuwandeln vermag«.[11] Auch die wirtschaftlichen Umstände schienen die Länder zu begünstigen, die inzwischen die Dritte Welt bildeten.[12] Ihre natürlichen Ressourcen waren sehr gefragt, ebenso wie ihr üppiges und billiges Angebot an Arbeitskräften. Die Kapitalflüsse aus Ländern der Ersten in Länder der Dritten (und Zweiten) Welt verstärkten sich beträchtlich, die rasche Industrialisierung von Drittweltländern unterminierte die frühere Konzentration der

[10] Das weit auseinandergezogene Netzwerk quasi dauerhafter Militärstützpunkte in Übersee, das die USA während und nach dem Zweiten Weltkrieg aufbauten, war in Stephen Krasners Worten »ohne historischen Präzedenzfall; kein Staat hatte zuvor seine eigenen Truppen in so umfangreicher Zahl während eines so langen friedlichen Zeitabschnitts auf souveränem Territorium anderer Staaten stationiert«. (Stephen Krasner [1988]: »A Trade Strategy for the United States.« *Ethics and International Affairs* 2, S. 21).

[11] Paolo Sylos-Labini (1976): »Competition: The Product Markets«, in: T. Wilson/A. S. Skinner (Hrsg.), *The Market and the State: Essays in Honor of Adam Smith*, Oxford, S. 230-232.

[12] Die Entstehung einer »Dritten Welt« in den 1950er Jahren war ein gemeinsames Produkt des Aufstands gegen den Westen und der Weltordnung des Kalten Kriegs. Während der historische Nichtwesten fast vollständig der Dritten Welt zugeordnet wurde, spaltete sich der historische Westen in drei verschiedene Bestandteile. Der wohlhabendste (Nordamerika, Westeuropa und Australien) machte zusammen mit Japan fortan die Erste Welt aus. Ein weniger wohlhabender Bestandteil (die UdSSR und Osteuropa) bildete fortan die Zweite Welt und ein weiterer (Lateinamerika) konstituierte zusammen mit dem Nichtwesten die Dritte Welt. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der Zweiten Welt wurden die Ausdrücke Erste und Dritte Welt zu Anachronismen und durch die Ausdrücke globaler Norden bzw. Süden ersetzt. In diesem Buch werden wir je nach Kontext die alten oder die neuen Benennungen verwenden.

Produktion in Erst- (und Zweit-)weltländern, und Drittweltländer hatten sich über ideologische Gräben hinweg vereinigt, um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIEO) zu fordern.

Als ich mich 18 Jahre später erneut mit Sylos-Labinis Überlegungen beschäftigte, wurde mir klar, dass jede Hoffnung (oder Befürchtung) bezüglich einer unmittelbar bevorstehenden Angleichung der Chancen aller Völker auf der Welt, von dem andauernden Prozess der weltweiten wirtschaftlichen Integration zu profitieren, voreilig gewesen war. In den 1980er Jahren hatte eine von den USA vorangetriebene Verschärfung des Wettbewerbs auf den weltweiten Finanzmärkten Dritt- und Zweitweltländern plötzlich den Geldhahn zugedreht und die Nachfrage nach ihren Produkten stark schrumpfen lassen. Die Handelsbedingungen waren so schnell und entschieden zugunsten der Ersten Welt umgeschlagen, wie sie sich in den 1970er Jahren zu ihren Ungunsten gekehrt hatten. Desorientiert und desorganisiert durch die zunehmende Turbulenz der Weltwirtschaft und extrem unter Druck gesetzt infolge einer neuen Eskalation des Wettrüstens war das Sowjetreich zerfallen. Statt zwei einander feindlich gegenüberstehende Supermächte zur Verfügung haben, mussten Drittweltländer nun mit ehemaligen Zweitweltländern um den Zugang zu Märkten und Ressourcen der Ersten Welt konkurrieren. Gleichzeitig ergriffen die USA und ihre europäischen Verbündeten die durch den Zusammenbruch der UdSSR gegebene Chance, mit einigem Erfolg ein weltweites »Monopol« auf die legitime Anwendung von Gewalt für sich zu beanspruchen, in dem Glauben, dass ihre Übermacht nicht nur größer war als je zuvor, sondern in jeder realistischen Hinsicht unanfechtbar.[13]

Nichtsdestotrotz wurde mir ebenfalls klar, dass die Gegenreaktion nicht die Machtverhältnisse von vor 1970 wiederhergestellt hatte. Denn das Schwinden der Sowjetmacht war von der Entstehung dessen begleitet gewesen, was Bruce Cumings den »kapitalistischen Archipel« von Ostasien genannt hat.[14] Japan war bei weitem die größte »Insel« dieses Archipels. Von den übrigen waren die Stadtstaaten Singapur und Hongkong, der Garnisonsstaat Taiwan und die Teilnation Südkorea am wichtigsten. Keiner

[13] Arrighi 1994, S. 21f.

[14] Bruce Cumings (1993a): »The Political Economy of the Pacific Rim«, in: R.A. Palat (Hrsg.), *Pacific-Asia and the Future of the World-System*, Westport, CT, S. 25f.

dieser Staaten war nach herkömmlichen Maßstäben mächtig. Hongkong war nicht einmal ein souveräner Staat und die drei größeren Staaten – Japan, Südkorea und Taiwan – waren vollkommen abhängig von den USA, nicht nur im Hinblick auf militärischen Schutz, sondern auch auf Energie- und Nahrungsmittelvorräte sowie die profitable Veräußerung ihrer Erzeugnisse. Und dennoch zwang die kollektive Wirtschaftskraft des Archipels als neue »Werkstatt« und »Geldkassette« der Welt die traditionellen Zentren der kapitalistischen Macht – Westeuropa und Nordamerika – zur Umstrukturierung und Neuorganisation ihrer eigenen Industrien, ihrer Wirtschaft und ihrer Lebensweise.[15]

Eine solche Zweiteilung von militärischer und wirtschaftlicher Macht war, so behauptete ich, in den Annalen der kapitalistischen Geschichte ohne Präzedenzfall und konnte sich in drei recht verschiedene Richtungen entwickeln. Die USA und ihre europäischen Verbündeten hätten aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit versuchen können, den entstehenden kapitalistischen Zentren Ostasiens »Schutzzahlungen« abzupressen. Wäre der Versuch gelungen, so wäre möglicherweise das erste echte Weltreich der gesamten Geschichte entstanden. Ohne einen solchen Versuch, oder wenn er erfolglos geblieben wäre, wäre Ostasien im Lauf der Zeit möglicherweise zum Zentrum einer Weltmarktgesellschaft geworden, wie Adam Smith sie sich vorstellte. Aber auch endloses weltweites Chaos hätte ein mögliches Ergebnis der Zweiteilung sein können. Wie ich es damals in einer Paraphrasierung Joseph Schumpeters ausdrückte: Bevor die Menschheit im Kerker (oder im Paradies) eines westlich zentrierten Weltreichs oder einer ostasiatisch zentrierten Weltmarktgesellschaft erstickt (oder sich sonnt), »kann sie sehr wohl in den Schrecken (oder Seligkeiten) [...] in Flammen [der eskalierenden Gewalt] untergehen«, die mit der Liquidierung der Weltordnung des Kalten Kriegs einherging.[16]

Die Trends und Ereignisse der 13 Jahre, seitdem dies geschrieben wurde, haben die Wahrscheinlichkeit für das tatsächliche Eintreten jedes dieser Ergebnisse radikal verändert. Die weltweite Gewalt ist weiter eskaliert, und wie ich in Teil III vertreten werde, war die Übernahme des Projekts für ein

[15] Arrighi 1994, S. 22.

[16] Arrighi 1994, S. 354-356, in Paraphrasierung von Joseph Schumpeter (2005[8]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen/Basel, S. 263.

Neues Amerikanisches Jahrhundert durch die Bush-Regierung in Reaktion auf die Ereignisse des 11. Septembers 2001 im Wesentlichen ein Versuch, jenes erste echte Weltreich der globalen Geschichte entstehen zu lassen. Das abgrundtiefe Scheitern des Projekts auf irakischem Testgelände hat die Möglichkeit der tatsächlichen Entstehung eines westlich zentrierten Weltreichs zwar nicht ausgeschlossen, aber doch stark verringert. Die Wahrscheinlichkeit für ein endloses weltweites Chaos hat sich vermutlich vergrößert. Gleichzeitig sind auch die Chancen für die Herausbildung einer ostasiatisch zentrierten Weltmarktgesellschaft gestiegen. Die besseren Aussichten für dieses Ergebnis sind zum Teil den verheerenden Folgen des irakischen Abenteuers für die Weltmacht USA geschuldet. Größtenteils jedoch bestehen sie aufgrund von Chinas spektakulärem wirtschaftlichem Fortschritt seit den frühen 1990er Jahren.

Chinas Aufstieg hat Auswirkungen von großer Tragweite. China ist kein Vasall der USA wie Japan oder Taiwan und auch kein bloßer Stadtstaat wie Hongkong und Singapur. Auch wenn die Reichweite seiner militärischen Macht im Vergleich zu jener der USA verblasst und das Wachstum seiner verarbeitenden Industrien immer noch von Exporten auf den US-amerikanischen Markt abhängt, ist die Abhängigkeit des Wohlstands und der Macht der USA vom Import billiger chinesischer Waren und vom Erwerb US-amerikanischer Staatsanleihen durch China doch ebenso groß, wenn nicht größer. Und was noch wichtiger ist, China tritt immer stärker an die Stelle der USA als Hauptantriebskraft der Expansion von Wirtschaft und Handel in Ostasien und darüber hinaus.

Die übergreifende These in diesem Buch ist, dass das Scheitern des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert und der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zusammengenommen die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größerer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht haben als je zuvor seit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* vor fast 250 Jahren. Das Buch besteht aus vier Teilen, einem hauptsächlich theoretischen und drei hauptsächlich empirischen.

Die Kapitel von Teil I bilden den theoretischen Unterbau der Untersuchung. Ich beginne mit einem Überblick über die Neuentdeckung der Bedeutung von Adam Smiths Theorie der ökonomischen Entwicklung für

ein Verständnis dessen, was Pomeranz die »Große Divergenz« genannt hat. Dann rekonstruiere ich Smiths Theorie und vergleiche sie mit Marx' und Schumpeters Theorien der kapitalistischen Entwicklung. Meine wichtigsten Behauptungen in Teil I sind, erstens, dass Smith weder ein Fürsprecher noch ein Theoretiker der kapitalistischen Entwicklung war und zweitens, dass seine Theorie der Märkte als Herrschaftsinstrumente besonders für ein Verständnis nichtkapitalistischer Marktwirtschaften relevant ist, wie China es vor seiner unterordnenden Eingliederung in das globalisierende europäische Staatensystem war und im 21. Jahrhundert durchaus wieder werden könnte, unter völlig anderen innenpolitischen und welthistorischen Bedingungen.

Die Kapitel von Teil II verfolgen mit Hilfe der in Teil I entwickelten erweiterten Perspektive auf Smith die globalen Turbulenzen, die der US-amerikanischen Übernahme des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert und Chinas wirtschaftlichem Aufstieg vorausgingen und die Situation dafür reif machten. Ich führe die Ursprünge der Turbulenzen auf eine Überakkumulation von Kapital in einem globalen Kontext zurück, der vom Aufstand gegen den Westen und anderen revolutionären Umstürzen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt war. Das Ergebnis war eine erste tiefe Krise der US-Hegemonie in den späten 1960er und 1970er Jahren – die ich die »Signalkrise« der US-Hegemonie nennen werde. Die USA reagierten in den 1980er Jahren auf diese Krise mit dem aggressiven Werben um Kapital auf den globalen Finanzmärkten und mit einer starken Eskalation des Wettrüstens mit der UdSSR. Obwohl es durch diese Reaktion gelang, das politische und wirtschaftliche Geschick der USA über die rosigsten Erwartungen ihrer Fürsprecher hinaus wiederzubeleben, hatte sie auch die unbeabsichtigten Folgen, die Turbulenzen der globalen politischen Ökonomie zu verschlimmern und den nationalen Wohlstand und die Macht der USA immer stärker abhängig zu machen von Spareinlagen, Kapital und Krediten von ausländischen Investoren und Regierungen.

Teil III analysiert die Übernahme des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert durch die Bush-Regierung als Reaktion auf diese unbeabsichtigten Folgen der Politik ihrer Vorgänger. Nachdem ich das Debakel des Projekts analysiert habe, beleuchte ich seine Übernahme und sein Scheitern erneut aus der erweiterten Perspektive auf Smith, die ich in

Teil I entwickelt und in Teil II weiter ausgeführt habe. Ich werde argumentieren, dass das Irak-Abenteuer nachdrücklich das frühere Urteil aus dem Vietnamkrieg bestätigte – nämlich dass die westliche Machtüberlegenheit an ihre Grenzen gestoßen ist und starke Tendenzen zeigt zu implodieren – ja, die Schlussfolgerungen aus Vietnam und Irak ergänzen einander offenbar. Während die Niederlage in Vietnam die USA veranlasste, China in die Weltpolitik zurückzubringen, um den politischen Schaden aus der militärischen Niederlage einzudämmen, könnte das Ergebnis des Irakdebakels durchaus das Hervortreten Chinas als wahrer Gewinner des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror sein.

Teil IV beschäftigt sich speziell mit der Dynamik von Chinas Aufstieg. Nachdem ich die Schwierigkeiten aufgezeigt habe, mit denen die USA bei ihren Versuchen konfrontiert werden, den dienstbaren Geist der wirtschaftlichen Expansion Chinas zurück in die Flasche der US-amerikanischen Dominanz zu stecken, betone ich, inwiefern der Versuch zum Scheitern verurteilt ist, Chinas künftiges Verhalten gegenüber den USA, seinen Nachbarn und der gesamten Welt auf der Grundlage früherer Erfahrungen mit dem westlichen Staatensystem vorherzusehen. Erstens hat die globale Expansion des westlichen Systems seine Funktionsweise verändert, was viele frühere Erfahrungen für ein Verständnis des gegenwärtigen Wandels irrelevant macht. Was noch wichtiger ist, während die Relevanz des historischen Vermächtnisses des westlichen Systems abgenommen hat, hat die Relevanz des früheren sinozentrischen Systems zugenommen. Soweit wir das beurteilen können, wird für das neue asiatische Zeitalter, wenn es eines geben wird, eine Kreuzung der beiden Vermächtnisse grundlegend sein.

Im Nachwort wird resümiert, warum die Versuche der USA, den Süden in seiner Machtübernahme zurückzudrängen, auf sie selbst zurückschlugen. Sie haben das beschleunigt, was ich die »finale Krise« der US-Hegemonie nennen werde, und für die Bildung einer Gemeinschaft der Zivilisationen, wie Smith sie sich vorgestellt hat, günstigere Bedingungen geschaffen als je zuvor. Die Entstehung einer solchen Gemeinschaft ist indes noch längst nicht sicher. Die westliche Dominanz kann auf viel subtilere Arten reproduziert werden als in der Vergangenheit, und vor allem erscheint auch eine lange Zeitspanne der eskalierenden Gewalt und des endlosen weltweiten Chaos weiterhin möglich. Welche Weltordnung, oder

Unordnung, letztlich zustande kommen wird, hängt stark von der Fähigkeit der einwohnerstärkeren südlichen Staaten ab, zunächst und vor allem Chinas und Indiens, sich und der Welt einen sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Entwicklungspfad zu eröffnen als denjenigen, der den Westen reich gemacht hat.

# Teil I
# Adam Smith und das neue asiatische Zeitalter

# Kapitel 1
# Marx in Detroit, Smith in Beijing

»Die chinesischen Modernisierungsbemühungen der letzten Jahre«, schrieb John K. Fairbank 1989 am Vorabend des Tian'anmen-Massakers, »haben ein so gigantisches Ausmaß, dass sie nur schwer zu begreifen sind«.

> »Kann China, was Güter, Kapital, Menschen und sogar Ideen angeht, von einer Planwirtschaft zu einem freien Markt übergehen? Und wenn ja, kann die Diktatur der Partei überleben? Eine Zeit des Eisenbahn- und Städtebaus, wie sie typisch ist für das 19. Jahrhundert, fällt zusammen mit dem Aufblühen einer postindustriellen Elektroniktechnologie. Themen der Renaissance und der Aufklärung im Westen konkurrieren mit einer Neubewertung von Chinas eigenen Werten. Der Wandel findet Hals über Kopf statt; Chinas Entwicklung ist sehr gestrafft. Wang Yang-mings Einheit von Erkennen und Handeln, die seit dem 16. Jahrhundert so sehr bewundert wird, ist kaum anzutreffen. Kein Wunder, dass Deng Xiaopings Reformen uns ebenso verwirren wie die Menschen in China.«[1]

Der Erfolg der Reformen war vollkommen unerwartet. »Kein Wirtschaftsexperte«, stellt Thomas Rawski fest, »hat Chinas enorme Dynamik vorausgesehen«.[2] Sogar Paul Krugman täuschte sich. Als die ostasiatische Wirtschaftsexpansion in ihre chinesische Phase eintrat, zog er eine Parallele zwischen dem Vertrauen Ostasiens auf hohe Investitionen und große Verschiebungen von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in Fabriken und einem ähnlichen Vorgehen der Warschauer-Pakt-Staaten in den 1950er Jahren. »Aus der Sicht des Jahres 2010«, so schloss er, »könnten heutige Prognosen einer künftigen Überlegenheit Asiens aus jüngsten Trends durchaus fast so närrisch wirken wie die in den 1960er Jahren gemachten Vorhersagen

---

[1] John K. Fairbank (1989): »Keeping Up with the New China«, *The New York Review*, 16. März, S. 17.

[2] Thomas G. Rawski (1999): »Reforming China's Economy: What Have We Learned?« *The China Journal* 41, 1999, S. 139.

einer industriellen Vormachtstellung der Sowjetunion aus Sicht der Breschnew-Jahre«.[3] Noch schlimmer, auf einer Konferenz in Taipei 1996 verkündete ein »bekannter amerikanischer Wirtschaftsexperte«, nicht China, sondern Russland sei »auf dem richtigen Weg zu Reformen« – eine Ansicht, die *The Economist* im darauffolgenden Jahr mit der Behauptung wiederholte, Chinas ökonomischer Wandel und sein Wachstum könnten nicht aufrechterhalten werden, wenn die allmähliche Reform nicht zugunsten einer chinesischen Variante der Schocktherapie aufgegeben würde.[4]

Obwohl sich das chinesische Wirtschaftswachstum während der Ostasienkrise von 1997/98 verlangsamte, vermied China die verhängnisvolle Erfahrung der Länder, die dem Rat des *Economist* folgten. Ja, angesichts von Chinas Immunität gegen die schlimmsten Auswirkungen der Krise verkehrte Joseph Stiglitz die Behauptung des *Economist* in ihr Gegenteil und vertrat die These, der Erfolg Chinas beruhe gerade darauf, dass es den allmählichen Wandel *nicht* zugunsten der Schocktherapien aufgegeben habe, die vom sogenannten Washington-Konsens empfohlen wurden. Anders als Russland, so behauptete er, hat China »nie Mittel [Privatisierung und Liberalisierung des Handels] und Zwecke [den Wohlstand der Bevölkerung] verwechselt«.

> »Die chinesische Führung erkannte, dass sie massenhafte Arbeitslosigkeit verhindern musste, wenn sie soziale Stabilität bewahren wollte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen musste Hand in Hand mit der Strukturbereinigung gehen. […] China entschied sich für eine allmähliche Liberalisierung, die freigesetzte Ressourcen einer effizienten Verwendung zuführt.«[5]

---

[3] Paul Krugman (1994): »The Myth of Asia's Miracle«, *Foreign Affairs* 73 (6), S. 78. Eine ausgewogenere vergleichende Beurteilung des Wirtschaftswachstums der Sowjetunion findet sich in V. Popov, »Life Cycle of the Centrally Planned Economy: Why Soviet Growth Rates Peaked in the 1950s«, zu finden unter http://www.nes.ru/%7Evpopov/documents/Soviet%20Growth-Boston.pdf.

[4] Rawski 1999, S. 140; »The death of gradualism«, China Survey, *The Economist*, 8. März 1997.

[5] Joseph Stiglitz (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin, S. 214. Zwei Jahre später wies Joshua Cooper Ramo, ein Mitglied des Council on Foreign Relations in den USA und des Foreign Policy Center in Großbritannien darauf hin, dass man inzwischen von einem sich herausbildenden »Beijing Konsens« sprechen könne. (Siehe Joshua Cooper Ramo [2004]: *The Beijing Consensus: Notes on the New Physics of Chinese Power*. London.)

Als 2001 die US-amerikanische New-Economy-Blase platzte und das Wirtschaftswachstum Chinas zur Hauptantriebskraft der Erholung in Ostasien und darüber hinaus wurde, wirkten frühere Vorhersagen eines herannahenden neuen Asiatischen Zeitalters nicht mehr so närrisch, wie sie Krugman zehn Jahre zuvor erschienen waren. Doch gerade die Zielsetzung und die sozialen Folgen des spektakulären ökonomischen Aufstiegs Chinas wurden sowohl in China selbst als auch im Ausland einer strengen Überprüfung unterzogen. Außerhalb – und soweit wir wissen, auch innerhalb – der chinesischen Kommunistischen Partei schien kaum jemand Dengs Behauptung, der Zweck der Reformen sei die Schaffung einer *sozialistischen* Marktwirtschaft, ernst zu nehmen. Zwei Jahre nachdem Deng den Slogan »Reich sein ist glorreich« verkündet hatte, berichtete Elisabeth Wright in *The Times* (London), »Geld hat den Marxismus als Chinas Gott abgelöst«. Nachdem sie aus dem Gefängnis entlassen worden waren, schlugen sogar Tian'anmen Pro-Demokratie-Aktivisten häufig »den kommerziellen Weg ein […], wobei sie sich häufig mit dem Nachwuchs der Parteielite zusammentaten«. Nach einer Zeit des Niedergangs begann die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei stetig zu wachsen, nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern aus politischer und ökonomischer Berechnung. »Nicht umsonst«, fügte sie hinzu, »wird Chinas heutiges System ›Marktleninismus‹ genannt«.[6]

Die gesellschaftlich zersetzenden Auswirkungen des Geldverdienens wurden schon bald attackiert. Die Absolventin der Fudan Universität Qinglian He behauptete in ihrem ursprünglich 1997 in Hongkong veröffentlichten Buch, das bei seiner Neuauflage in Beijing ein Jahr später zum Bestseller wurde, die Hauptergebnisse von Dengs Reformen seien enorme Ungleichheiten, verbreitete Korruption und die Erosion der moralischen Basis der Gesellschaft. Ihrer Ansicht nach wurde in den 1990er Jahren nicht neuer Wohlstand produziert, sondern es traten »Plünderungen« auf – näm-

[6] Elisabeth Wright, »To Be Rich is Glorious«, *World Press Review* 41/7, 1994: 10f. Der Slogan »Reich sein ist glorreich« kam 1982 auf, doch seine Wirkung entfaltete sich erst nach 1992, als Deng während einer Tour durch die südlichen Provinzen Chinas jeden im Land aufforderte, Geschäftsmann zu werden und »sogar noch kühner und schneller« reich zu werden als in den 1980er Jahren (Liu Binyan/Perry Link [1998]: »A Great Leap Backward?« *The New York Review*, 8. Oktober).

lich die Abtretung von Staatsbesitz an Machthaber und ihre Gefolgsleute und die Übereignung persönlicher Sparguthaben gewöhnlicher Bürger an staatliche Unternehmen durch staatliche Banken. Das einzige, was unten bei den gewöhnlichen Menschen ankam, waren Zynismus und der Zusammenbruch der Ethik. Bei der Wiedergabe von Hes Ansichten stimmten Liu Binyan und Perry Link ihrer Einschätzung zu, dass ein solches System selbstzerstörerisch und daher nicht aufrechtzuerhalten sei.[7]

Westliche Marxisten stürzten sich eifrig auf Anklagen dieser Art, um den Gedanken zurückzuweisen, es existiere in China noch irgendeine Art von (Markt- oder anderem) Sozialismus. So behaupteten die Herausgeber des *Monthly Review* in ihrer Einführung in Martin Hart-Landsbergs und Paul Burketts umfangreichen Artikel über »China und Sozialismus«,

> »sobald ein postrevolutionäres Land den Pfad der kapitalistischen Entwicklung einschlägt, insbesondere wenn es versucht, ein sehr schnelles Wachstum zu erzielen – führt ein Schritt zum anderen, bis die schädlichen und zerstörerischen Eigenschaften des kapitalistischen Systems schließlich wieder hervortreten. Was China heute auszeichnet, ist nicht das Versprechen einer neuen Welt des ›Marktsozialismus‹, sondern die Geschwindigkeit, mit der es frühere egalitäre Errungenschaften gestrichen und krasse Ungleichheiten und menschliche wie ökologische Zerstörung verursacht hat […]. Es gibt keinen Weg zum Sozialismus über den Markt, wenn dies bedeutet, die dringendsten menschlichen Bedürfnisse und das Versprechen der Gleichheit aller Menschen zu übergehen.«[8]

Zwar bestreitet niemand das Eindringen kapitalistischer Tendenzen als Folge von Dengs Reformen, doch ihr Wesen, ihr Umfang und ihre Auswirkungen sind sogar unter Marxisten weiterhin umstritten. So meint etwa Samir Amin, dass der Sozialismus in China bislang weder gewonnen noch verloren hat. »Solange das Prinzip des gleichen Zugangs zu Grund und Boden anerkannt und effektiv angewandt wird«, so behauptet er, »kön-

---

[7] Liu/Link 1998, S. 23.

[8] Harry Magdoff/John Bellamy Foster (2004): »China and Socialism: Market Reform and Class Struggle. Editors' Foreword«, *Monthly Review* 56 (3), S. 6. Auch wenn es Stimmen gibt, die damit nicht übereinstimmen, ist dies die vorherrschende Ansicht unter westlichen Linken geworden.

nen gesellschaftliche Maßnahmen erfolgreich eine bislang unsichere Entwicklung beeinflussen.«

> »Die Revolution und der Sprung in die Moderne haben das chinesische Volk stärker verändert als irgendein anderes in der Dritten Welt heute. Die Arbeiter und Bauern in China vertrauen auf sich selbst […] Sie sind größtenteils frei von unterwürfigen Haltungen […] Soziale Kämpfe sind ein alltägliches Bild, sie gehen in die Tausende, sind oft gewaltsam und enden keineswegs immer mit Niederlagen.«[9]

Neue Entwicklungen stützen Amins Einschätzung zum Ausmaß und der Effektivität von Volksaufständen in China. Konfrontiert mit zunehmenden Ungleichheiten und Unruhen im ländlichen Raum kündigte die chinesische Regierung im Februar 2006 unter dem Banner »neues sozialistisches Land« bedeutende Initiativen zur Ausweitung der Leistungen für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt an und schob gleichzeitig die Privatisierung von Landbesitz weiter hinaus. »Die Zentralregierung hat die Richtung gewechselt, um ungleiche Entwicklungen anzugehen«, erklärte Wen Tiejun von der Renmin Universität. »Die wirtschaftliche Kluft erzeugt soziale Konflikte, und soziale Konflikte sind zu einem zunehmend ernsten Problem geworden.« Einen Monat später ging der Nationale Volkskongress zum ersten Mal seit zehn Jahren ganz in einer ideologischen Debatte über Sozialismus und Kapitalismus auf, von der man allgemein annahm, dass sie durch Chinas lange Strähne schnellen Wirtschaftswachstums aufgeworfen worden war. Das Vertrauen auf Marktmechanismen stand nicht zur Diskussion; aber krasse Ungleichheiten zwischen Arm und Reich, wild wuchernde Korruption, die Ausbeutung der Arbeiterschaft und die Beschlagnahme von Land.

> »Wenn man in einem Land wie China, mit unvollkommener Rechtsstaatlichkeit, eine Marktwirtschaft einführt«, kommentierte Liu Guoguang von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, »wenn man nicht den sozialistischen Geist der Fairness und der sozialen Verantwortung betont, wird die eingeführte Marktwirtschaft eine elitäre sein«.[10]

---

[9] Samir Amin (2005): »China, Market Socialism, and U.S. Hegemony.« *Review* (Fernand Braudel Center) 28 (3), S. 268, 274f.

[10] J. Yardley, »China Unveils Plan to Aid Farmers, but Avoids Land Issue«, *The New York Times*, 23. Februar 2006. J. Kahn, »A Sharp Debate Erupts in China Over Ideologies«,

Was ist eine »*elitäre* Marktwirtschaft«? Dasselbe wie eine *kapitalistische* Marktwirtschaft? Was sollte eine Marktwirtschaft anderes sein? Ist nicht gerade eine *sozialistische* Marktwirtschaft ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich, wie so viele Linke, Rechte und Anhänger der politischen Mitte meinen? Und wenn sie kein Oxymoron ist, was ist sie, und unter welchen Bedingungen kann man erwarten, dass sie Wirklichkeit wird? Um die Kluft zwischen dem offiziellen Diskurs in Beijing – der den »Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften« betont – und der Realität des zügellosen Kapitalismus, an dem Parteifunktionäre eifrig teilhaben, zu überbrücken, startete die Kommunistische Partei 2005 unter politischen Führungspersönlichkeiten und führenden Wissenschaftlern eine Kampagne zur Modernisierung des Marxismus und zu seiner Nutzung zur Konfrontation dessen, was der Führer der Kommunistischen Partei Hu Jintao »Veränderungen, Widersprüche und Probleme in allen Bereichen« nannte. Die Kampagne umfasste Neuübersetzungen marxistischer Literatur, die Aktualisierung von Texten über Marxismus für weiterführende Schulen und Universitäten sowie Forschungen darüber, wie man Marxismus so neu definieren kann, dass er Chinas Politik gerade in der Zeit durchdringt, in der Privatunternehmen immer mehr zur Basis seiner Wirtschaft werden.[11]

Was immer die Kampagne bewirkte, die Verwirrung um Dengs Reformen ist symptomatisch für die weit verbreiteten irrtümlichen Annahmen über die Beziehung zwischen Marktwirtschaft, Kapitalismus und wirtschaftlicher Entwicklung. Die irrtümlichen Annahmen sind ebensosehr theoretischer wie praktischer Natur. Es ist durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass sie zuerst nicht in der Theorie, sondern in der Praxis gelöst werden. Doch das ist keine Entschuldigung dafür, ihre theoretische Lösung nicht vor ihrer praktischen Lösung zu suchen, und das werden wir in diesem Buch versuchen.

---

*The New York Times*, 12. März 2006.

[11] E. Cody, »China Confronts Contradictions Between Marxism and Markets«, *The Washington Post*, 5. Dezember 2005.

## Neo-Smithscher Marxismus

Entwicklungen im ideologischen Bereich sind unzuverlässige Indikatoren für soziale Realitäten. Sie können ebensogut das Bestehen wie das Nichtbestehen der Realitäten anzeigen, die sie vorgeben zu repräsentieren. So wies der marxistische Philosoph Mario Tronti in einem Essay mit dem Titel »Marx in Detroit«, der auf der Höhe des Wiederaufblühens marxistischer Einflüsse nach 1968 veröffentlicht wurde, die Vorstellung zurück, die Bildung marxistisch inspirierter sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien mache Europa zum Epizentrum des Klassenkampfs.[12] Das wahre Epizentrum, so behauptete er, seien die USA gewesen, wo marxistische Einflüsse minimal, die Arbeiter aber am erfolgreichsten darin gewesen waren, das Kapital zur Umstrukturierung zu zwingen, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen Rechnung zu tragen. In Europa lebte Marx ideologisch weiter, doch »objektiv marxistisch« waren die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital in den USA.

> »Mindestens fünfzig Jahre lang, bis in die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs, konnte man Marx [in den USA] in der Realität der Kämpfe mit ihren Forderungen und den Reaktionen darauf studieren. Das heißt nicht, dass Marx' Bücher uns eine Interpretation der amerikanischen Arbeitskämpfe liefern. Es heißt vielmehr, dass diese Kämpfe uns den Schlüssel für eine korrekte Interpretation der weitreichendsten Texte Marx' liefern […], *Das Kapital* und die *Grundrisse*.[13]

Trontis Behauptung war Ausdruck der Identitätskrise, die der Marxismus in einer Zeit des erneuten Einflusses im kapitalistischen Westen durchlebte. Seit er als Theorie der kapitalistischen Entwicklung und Lehre des sozialistischen Wandels begründet wurde, war der Einflussbereich des Marxismus unerbittlich aus den Zentren an immer peripherere Standorte des Weltkapitalismus abgewandert. In den späten 1960er Jahren waren die Epizentren seiner Verbreitung Drittweltländer geworden wie China, Vietnam, Kuba und Portugals afrikanische Kolonien – Länder, deren soziale Reali-

[12] Dies war tatsächlich der Titel eines Abschnittes des Nachworts der zweiten Auflage seines Buches *Operai e capitale*, aber es hätte ebensogut der Titel des gesamten Nachworts sein können (Mario Tronti [1971]: *Operai e Capitale*. Turin, S. 267-311).

[13] Tronti 1971, S. 269, 300, 303f.

täten wenig, wenn überhaupt etwas gemeinsam hatten mit denjenigen, die im *Kapital* und den *Grundrissen* erörtert werden. Zu dieser Zeit wanderte der Marxismus, infolge des Zusammenwirkens der US-amerikanischen Schwierigkeiten in Vietnam und der Studentenunruhen, in die Erste Welt zurück. Aber als westliche Radikale begannen, das *Kapital* zu lesen, war seine Relevanz für ihre politischen Anliegen für sie schwer zu begreifen. David Harvey erinnert daran:

> »In den frühen 1970ern war es schwierig, die direkte Relevanz des ersten Bandes des *Kapital* für die politischen Themen zu erkennen, die damals im Vordergrund standen. Wir brauchten Lenin, um von Marx zu einem Verständnis des imperialistischen Krieges in Vietnam zu gelangen, der uns so zermürbte […] Und immer wieder musste man auf die ganze Geschichte der marxistischen Bewegung (oder einer charismatischen Figur wie Mao oder Castro) vertrauen, um an den inneren Zusammenhang zwischen Marx' *Kapital* und allem, woran wir interessiert waren, zu glauben. Das soll nicht heißen, dass uns nichts an dem Text faszinierte und erfreute – die erstaunlichen Erkenntnisse aus den Überlegungen zum Warenfetisch, das wunderbare Gespür für die Veränderungen der Welt der ursprünglichen Formen der Kapitalakkumulation, die Marx beschrieb, durch den Klassenkampf […] Doch die nackte Tatsache war, dass das *Kapital* keine große direkte Relevanz für das Alltagsleben hatte.«[14]

Es steht außer Zweifel, dass eine tiefe Kluft Marx' Theorie des Kapitals vom Marxismus des Fidel Castro, Amilcar Cabral, Ho Chi Minh oder Mao Zedong trennte und dass diese tiefe Kluft nur durch Vertrauen auf die Einheit der marxistischen Theorie überbrückt werden konnte. Aber dass Marx' Theorie des Kapitals in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren überhaupt keine direkte Relevanz für das Alltagsleben in der Ersten Welt hatte, stimmt nicht ganz. In dieser Zeit wurden Klassenkämpfe in Europa und anderswo intensiver und Tronti war nicht der einzige, der meinte, diese Kämpfe würfen, ebenso wie die früheren in den USA, ein neues Licht auf Marx' *Kapital*.[15] In diesem Kontext entdeckte eine wachsende Zahl von

---

[14] David Harvey (2000): *Spaces of Hope*. Berkeley, S. 6f.

[15] Zur intellektuellen und politischen Tendenz des *operaismo*, dem Tronti den Weg bereitete, siehe Steve Wright (2002): *Storming Heaven: Class Composition and Class Struggle*

westlichen Marxisten auf beiden Seiten des Atlantiks den Arbeitsprozess und den Klassenkonflikt am Arbeitsplatz wieder, die im ersten Band des *Kapital* eine so herausragende Rolle spielen. Bis zu den 1960er Jahren war kein marxistischer Theoretiker von einiger Bekanntheit Marx' Einladung gefolgt, die »geräuschvolle, auf der Oberfläche hausende und aller Augen zugängliche Sphäre [des Marktes] […] zusammen mit Geldbesitzer und Arbeitskraftbesitzer« zu verlassen, »um beiden nachzufolgen in die verborgne Stätte der Produktion«, wo, wie er versprach, »[d]as Geheimnis der Plusmacherei […] sich endlich enthüllen [muss]«.[16] Von Marxisten verlassen, waren die verborgenen Stätten der Produktion das Ressort der US-amerikanischen Industriesoziologie und Arbeitergeschichte gewesen, was Tronti zur Enteckung von Marx in Detroit inspirierte. Aber in den 1970er Jahren entdeckten Marxisten endlich den Arbeitsprozess als umkämpftes Terrain der Vorrechte von Managern und des Widerstands gegen die Ausbeutung von Arbeitern wieder.[17]

Statt das Geheimnis der Plusmacherei zu enthüllen, wie Marx versprochen hatte, vertiefte die Wiederentdeckung die Spaltung zwischen Marxisten, denen es hauptsächlich um die Emanzipation der Dritten Welt vom Vermächtnis des kolonialen Imperialismus ging, und Marxisten, die sich hauptsächlich für die Emanzipation der Arbeiterklasse interessierten. Das

---

*in Italian Autonomist Marxism*. London, und Ders. (2004): »Children of a Lesser Marxism?« *Historical Materialism* 12 (1). Teilweise inspiriert von Trontis Jünger Antonio Negri, stellten Michel Aglietta [ (1979): *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. London] und andere Vertreter der französischen Regulationstheorie die Organisation des Arbeitsprozesses, die aus den Kämpfen der Arbeiter und den Reaktionen der Kapitalisten auf diese Kämpfe in der US-amerikanischen Automobilindustrie (Fordismus) entstanden war, ins Zentrum ihrer Konzeptualisierung des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts.

[16] Karl Marx (1971): *Das Kapital*. Erster Band. Berlin, S. 189.

[17] In den USA leisteten Harry Braverman [(1974): *Labor and Monopoly Capital: The Degradation of Work in the Twentieth Century*. New York], radikale Volkswirtschaftler der Schule der sozialen Struktur der Akkumulation und Michael Burawoys Industrie-Ethnographie die Pionierarbeit für die Wiederentdeckung des Arbeitsprozesses durch Marxisten. Siehe neben anderen Richard Edwards (1979): *Contested Terrain*. New York; David Gordon /Richard Edwards/Michael Reich (1982): *Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labor in the United States*. New York, sowie Michael Burawoy (1982): *Manufacturing Consent: Changes in the Labor Process Under Monopoly Capitalism*. Chicago. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit der weitverbreiteten Rezeption des *Kapital* als eines der klassischen Werke soziologischer Theorie an vielen US-amerikanischen Universitäten.

Problem war, dass das *Kapital* tatsächlich entscheidende Einsichten in den Klassenkonflikt lieferte; doch Marx' Annahmen zur Entwicklung des Kapitalismus auf globaler Ebene hielten einer empirischen Überprüfung nicht stand.

Marx' Annahmen weisen eine starke Ähnlichkeit mit der These von der »flachen Welt« auf, mit der Thomas Friedman in den letzten Jahren hausieren ging. »Als ich das *Kommunistische Manifest* las«, so gesteht Friedman, »registrierte ich mit Bewunderung, wie präzise Marx jene Kräfte beschrieb, die zur Zeit der Industriellen Revolution die Einebnung der Welt vorantrieben, und wie treffend er vorhersagte, auf welche Weise sich dieser Prozess bis heute weiter fortsetzen würde«.[18] Im Weiteren zitiert er die berühmten Passagen, in denen Marx und Engels behaupteten, die Notwendigkeit der ständigen Erweiterung der Märkte würde die Bourgeoisie dazu bringen, Verbindungen »über die ganze Erdkugel« herzustellen, althergebrachte nationale Industrien zu ersetzen durch Industrien, »die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden«. Daraus resultiert, dass »[a]n die Stelle der alten und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit […] ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander [tritt]« – eine universelle gegenseitige Abhängigkeit, die allgemeine kapitalistische Entwicklung mit sich bringt.

> »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt […] Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.«[19]

---

[18] Thomas L. Friedman (2006): *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M., S. 289.

[19] Karl Marx/Friedrich Engels (1974): *Manifest der Kommunistischen Partei.* Berlin, S. 46f.

Wie Harvey lange vor Friedman feststellte, kann man sich schwerlich eine zwingendere Beschreibung der »Globalisierung«, wie wir sie heute kennen, vorstellen als diejenige, die Marx und Engels vor 150 Jahren gaben.[20] Aber was Friedman übersieht und Marx und Engels nicht vorhersahen, ist, dass die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der Nationen die Welt in den dazwischenliegenden 150 Jahren nicht durch die allgemeine kapitalistische Entwicklung »einebnete«. Ob die heutige erneute Zentrierung der Weltwirtschaft auf Asien letztlich zu einer in dieser oder jener Hinsicht flacheren Welt führen wird, müssen wir für den Moment offen lassen. Sicher ist, dass die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der westlichen und der nicht-westlichen Welt im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte nicht mit der im *Kommunistischen Manifest* angenommenen Annäherung einherging, sondern mit einem gewaltigen Auseinanderstreben bzw. einer gewaltigen Divergenz.

Ungefähr zu der Zeit, zu der Tronti und andere Marx in den verborgenen Stätten der fordistischen Produktion wieder entdeckten, führte Andre Gunder Frank die Metapher der »Entwicklung der Unterentwicklung« ein, um diese gewaltige Divergenz zu beschreiben und zu erklären. Die Divergenz, so behauptete er, war nichts als der Ausdruck eines Prozesses der globalen kapitalistischen Expansion, die gleichzeitig Entwicklung (Wohlstand) an ihren Kernstandorten (Westeuropa und später Nordamerika und Japan) und Unterentwicklung (Armut) an allen anderen Standorten hervorbrachte. In seiner Darstellung beruhte der Prozess auf einer Reihe von Metropole-Satellit-Beziehungen, durch die sich die Metropole zu ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung ökonomischen Überschuss aus ihren Satelliten aneignet, während die Satelliten »[a]us Mangel an Zugang zu ihrem eigenen Surplus und wegen der gleichen Polarisierung und der ausbeutenden Widersprüche, die die Metropole in der einheimischen Wirtschaftsstruktur des Satelliten einführt und aufrechterhält«, unterentwickelt bleiben. Die Mechanismen der Aneignung und Enteignung von Überschüssen waren nicht an jedem Ort und zu jeder Zeit die gleichen; aber die Metropole-Satellit- oder Kernland-Peripherie-Struktur des Prozesses der kapitalistischen Ex-

[20] David Harvey (1995): »Globalization in Question«, *Rethinking Marxism*, VIII, 4.

pansion blieb unverändert und polarisierte kontinuierlich den Wohlstand und die Armut der Nationen, statt sie einander anzugleichen.[21]

An Franks Begriff der Entwicklung von Unterentwicklung wurde häufig kritisiert, dass er die Klassenbeziehungen auf eine Begleiterscheinung der Kernland-Peripherie-Beziehungen reduziere. In einer solchen Kritik räumte Robert Brenner ein, dass »die Expansion des Kapitalismus durch Handel und Investitionen nicht automatisch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung mit sich brachte, die der Marx des *Manifest* vorausgesagt hatte.«

> »Im Zuge des Wachstums des Weltmarkts können chinesische Mauern für das Vordringen der produktiven Kräfte sowohl errichtet als auch in den Grund geschossen werden. Wenn eine solche ›Entwicklung von Unterentwicklung‹ auftrat, entwickelte die ›nationale Bourgeoisie‹, wie Frank [richtig] anmerkte, kein Interesse an […] Entwicklung, sondern an der Unterstützung genau des Klassensystems der Produktion und Überschussextraktion, [das] den ökonomischen Fortschritt lähmte […] Wie Frank erklärte, war unter diesen Umständen die Erwartung, das Eindringen des Kapitalismus würde das Land weiterentwickeln, im Großen und Ganzen Wunschdenken.«[22]

Nichtsdestotrotz befand Brenner Franks Betrachtungsweise für fehlerhaft, weil sie die Klasse »als abgeleitetes Phänomen, das direkt aus den Erfordernissen der Profitmaximierung erwuchs«, behandelte. Genauer gesagt sei das Problem an Franks Darstellung, dass »die Anforderungen des Markts, des Profits, die Klassenstruktur bestimmen und nur den Einschränkungen der Geographie und Demographie unterliegen – als wäre die Bedeutung dieser Faktoren nicht ihrerseits in hohem Maße sozio-historisch bestimmt und als hinge das Potenzial für Profit nicht seinerseits von der Klassenstruktur ab«.[23] Mit anderen Worten, für Brenner waren der Hauptgrund für das Nichteintreten der im *Manifest* vorhergesagten allgemeinen kapitalistischen Entwicklung nicht die an sich polarisierenden Tendenzen

---

[21] Andre Gunder Frank (1968): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a. M./Köln, S. 21-30.

[22] Robert Brenner (1977): »The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism«, *New Left Review* I/104, S. 90f.

[23] Ebd., S. 86.

des Prozesses der Weltmarktbildung, sondern die der Weltmarktbildung innewohnende Unfähigkeit, kapitalistische Entwicklung hervorzubringen, wenn nicht bereits vorher geeignete soziale Bedingungen auf lokaler Ebene bestanden.

Brenner führte zwei Bedingungen als vorrangig an. Erstens müssen die Organisatoren der Produktion die Fähigkeit, sich und ihre etablierte Klassenposition außerhalb der Marktwirtschaft zu reproduzieren, verloren haben. Zweitens müssen die direkten Produzenten die Kontrolle über die Produktionsmittel verloren haben. Die erste Bedingung ist notwendig, um den Wettbewerb zu beleben und aufrecht zu erhalten, der die Organisatoren der Produktion dazu zwingt, die Kosten zu senken, um den Profit durch Spezialisierung und Innovationen zu maximieren. Die zweite Bedingung wiederum ist notwendig, um den Wettbewerb zu beleben und aufrecht zu erhalten, der die direkten Produzenten dazu zwingt, ihre Arbeitskraft an die Organisatoren der Produktion zu verkaufen und sich der von ihnen auferlegten Disziplin zu unterwerfen. Diese beiden Bedingungen, so Brenner, werden nicht automatisch durch die weltweite Ausbreitung von Markttausch im Streben nach Profit geschaffen. Statt dessen werden sie durch die jeweilige Sozialgeschichte der Länder hervorgebracht, die in den Machtbereich des Weltmarkts geraten. Der Hauptgrund dafür, dass die Vorhersage der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung des *Manifests* nicht eintrat, ist also, dass die Geschichte des Klassenkampfs nur in manchen Ländern die beiden notwendigen Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung entstehen ließ.[24]

Brenner stellt sein Modell der kapitalistischen Entwicklung – das eine Neuformulierung der von Marx im ersten Band des *Kapital* skizzierten Theorie der kapitalistischen Produktion ist – dem von Adam Smith in *Der Wohlstand der Nationen* vorgelegten Modell gegenüber. In Smiths Modell ist Wohlstand eine Funktion der Spezialisierung der Produktionstätigkeiten, die aus der Arbeitsteilung zwischen Produktionseinheiten folgt. Deren Stufe wiederum wird vom Umfang des Markts bestimmt. In einem solchen Modell, so Brenner, wird der Prozess der ökonomischen Entwick-

[24] Robert Brenner (1983): »Das Weltsystem. Theoretische und historische Perspektiven«, in: Jochen Blaschke (Hrsg.), *Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, »Das moderne Weltsystem«*; Frankfurt a.M./New York; Brenner 1977, S. 35f.

lung von der Expansion des Markts angetrieben, einerlei, ob die Organisatoren der Produktion die Fähigkeit zur Reproduktion ihrer Klassenposition außerhalb der Marktwirtschaft und die direkten Produzenten die Kontrolle über die Produktionsmittel verloren haben. In dieser Hinsicht ist Smiths Modell die Matrix einer breiten Palette von Modellen der kapitalistischen Entwicklung, einschließlich dem Franks, die Brenner allesamt als Beispiele für »Neo-Smithschen Marxismus« charakterisiert.[25]

Die Grenzen und Widersprüche dieser Charakterisierung werden im weiteren Verlauf unserer Untersuchung deutlich werden. Für unsere momentanen Zwecke hat sie jedoch den Vorteil, dass sie zwischen der Entwicklung einer Marktwirtschaft und eigentlich kapitalistischer Entwicklung unterscheidet. Obwohl diese Unterscheidung speziell mit Bezug auf die Ursprünge der kapitalistischen Entwicklung in Europa gemacht wurde, ist sie mit Amins Einschätzung kompatibel, dass soziale Maßnahmen im heutigen China die Entwicklung immer noch in eine nichtkapitalistische Richtung steuern können, solange das Prinzip des gleichen Zugangs zu Grund und Boden weiterhin anerkannt und angewandt wird. Denn solange dieses Prinzip in der Praxis aufrechterhalten wird, ist Brenners zweite Bedingung für kapitalistische Entwicklung (dass die direkten Produzenten die Kontrolle über die Produktionsmittel verloren haben müssen) bei weitem nicht voll erfüllt. Trotz der Ausbreitung von Markttausch im Streben nach Profit ist die Entwicklung in China daher nicht notwendig eine kapitalistische.

Das heißt natürlich nicht, dass der Sozialismus im kommunistischen China lebendig und wohlauf ist, oder dass dies ein wahrscheinliches Ergebnis sozialer Maßnahmen wäre. Es heißt nur, dass, selbst wenn der Sozialismus in China bereits verdrängt worden ist, der Kapitalismus nach dieser Definition noch nicht gewonnen hat. Das soziale Ergebnis von Chinas gigantischen Modernisierungsanstrengungen bleibt fraglich, und nach allem, was wir wissen, sind Sozialismus und Kapitalismus, verstanden auf Grundlage der früheren Erfahrungen, möglicherweise nicht die nützlichsten Begriffe zur Beobachtung und zum Verständnis der sich derzeit herausbildenden Situation.

---

[25] Brenner 1977, S. 33-41.

## Smithsche Dynamik und die »Große Divergenz«

Das ökonomische Wiederaufleben Chinas – was auch immer letztlich sein soziales Ergebnis sein wird – brachte einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern zu Bewusstsein, dass es einen grundlegenden welthistorischen Unterschied zwischen Prozessen der Marktbildung und Prozessen der kapitalistischen Entwicklung gibt. Wesentlich für dieses neue Bewusstsein war die Entdeckung (oder Wiederentdeckung), dass Handel und Märkte während des 18. Jahrhunderts in Ostasien im Allgemeinen und in China im Besonderen stärker entwickelt waren als in Europa. Mit der Interpretation dieser generelleren Entwicklung hat R. Bin Wong Philip Huangs Argument in Frage gestellt, Europas Wachstum habe sich vor der Industriellen Revolution auf einer evolutionären Marschroute befunden, die auf uneingeschränkte wirtschaftliche Verbesserung hinauslief, während Chinas Wachstum eine »involutionäre« Marschroute des »Wachstums ohne Entwicklung« eingeschlagen habe, charakterisiert durch abnehmende Erträge aus der zunehmenden Zahl jährlicher Arbeitstage.[26] Dagegen behauptete Wong, dass die europäischen und chinesischen Marschrouten wichtige Merkmale gemeinsam hatten, die »Teil der Smithschen Dynamik eines marktorientierten Wachstums waren, unterstützt von Arbeitsintensivierung in den fortgeschrittenen Regionen von China und Europa in den Jahrhunderten vor der Industriellen Revolution«.[27]

Wie bereits bemerkt und in Kapitel 2 weiter ausgeführt, ist der Kern dieser Dynamik ein Prozess der ökonomischen Verbesserung, angetrieben

---

[26] »Der euro-amerikanischen Erfahrung nach war der Wandel im Agrarsektor in der frühen Moderne und der Moderne im Allgemeinen begleitet vom Anwachsen sowohl der absoluten Produktion als auch der Produktion pro Arbeitseinheit. Daher schien es so wichtig, zwischen dem, was man schlicht ›Wachstum‹ nennen könnte, einer vermehrten Produktion, und ›Entwicklung‹, einer verbesserten Arbeitsproduktivität, zu unterscheiden. Für China ist die Unterscheidung jedoch wesentlich […] [denn] in den sechs der Revolution vorangegangenen Jahrhunderten stieg die Agrarproduktion ausreichend an, um mit dem dramatischen Bevölkerungswachstum schrittzuhalten, doch hauptsächlich durch Intensivierung und Involution. Produktivität und Einkommen pro Arbeitstag stagnierten entweder, wie bei der Intensivierung, oder schrumpften, wie bei der Involution.« (Philip C. C. Huang [1990]: *The Peasant Family and Rural Development in the Yangzi Delta, 1350-1988.* Stanford, S. 12).

[27] R. Bin Wong (1997): *China Transformed. Historical Change and the Limits of European Experience*. Ithaca, S. 16-23, 30f.

durch Produktivitätsgewinne, die mit einer sich verbreiternden und vertiefenden Arbeitsteilung einhergehen. Diese ist nur durch den Umfang des Markts begrenzt. Mit wirtschaftlichen Verbesserungen erhöhen sich Einkommen und effektive Nachfrage, was den Umfang des Markts vergrößert und so die Bedingungen für neue Runden der Arbeitsteilung und der ökonomischen Verbesserung schafft. Im Lauf der Zeit stößt dieser positive Kreislauf jedoch an die Grenzen, die die räumliche Ausdehnung und der institutionelle Rahmen des Prozesses dem Umfang des Markts auferlegen. Wenn diese Grenzen erreicht sind, tritt der Prozess in eine Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau ein. Daraus folgt, wenn Europa und China dieselbe Smithsche Dynamik durchliefen, ist das eigentliche Rätsel nicht, warum China in eine Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau geriet, sondern warum Europa durch die Industrielle Revolution eine solche Falle vermied.

Frank und Pomeranz werfen diese Frage sogar noch expliziter auf. Frank weist darauf hin, dass Smith selbst der Auffassung war, China sei Europa auf derselben Marschroute der Entwicklung voraus, und Europas Durchbruch nicht vorhersah.

> »Smith […] war der letzte bedeutende (westliche) Sozialtheoretiker, der sich bewusst war, dass Europa ein Neuling in der Entwicklung zum Wohlstand der Nationen war: ›China ist ein viel reicheres Land als irgendein Teil von Europa‹, bemerkte Smith 1776. Smith erwartete keine Veränderung dieses Verhältnisses und zeigte keinerlei Bewusstsein, dass er am Anfang dessen schrieb, was später die ›Industrielle Revolution‹ genannt werden sollte.«[28]

Pomeranz seinerseits bestreitet aus empirischen Gründen das Argument, dass Westeuropa schneller wuchs als China, weil es die effizientesten Märkte für Güter und für Produktionsfaktoren hatte. Selbst noch 1789, so argumentiert er, »waren westeuropäische Märkte für Grund und Boden, Arbeitskraft und Produkte […] insgesamt vermutlich *weiter* entfernt vom perfekten Wettbewerb – das heißt, es war hier weniger wahrscheinlich, dass sie aus mehreren Käufern und Verkäufern mit der Möglichkeit der freien

[28] Andre Gunder Frank (1998): *ReOrient: Global Economy in the Asian Age*. Berkeley, S. 13.

Auswahl unter vielen Handelspartnern bestanden – als die im größten Teil von China und daher für den Wachstumsprozess, den sich Adam Smith ausmalte, weniger geeignet.«[29]

Zusammengenommen weisen diese Behauptungen einige Ähnlichkeit mit Trontis Entdeckung von Marx in Detroit auf. Ebenso wie Tronti eine grundlegende Diskrepanz zwischen der ideologischen Akzeptanz des Marxismus in Europa und der größeren tatsächlichen Relevanz der Geschichte der US-amerikanischen Arbeiterklasse für eine korrekte Interpretation von Marx' *Kapital* feststellte, stellen Wong, Frank und Pomeranz jetzt eine gleichermaßen grundlegende Diskrepanz zwischen der westlichen Akzeptanz der Ideologie der freien Märkte und der größeren tatsächlichen Relevanz des späten kaiserlichen Chinas für eine korrekte Interpretation von Smiths *Wohlstand der Nationen* fest. Um Tronti zu paraphrasieren, sie entdeckten Smith in Beijing.

Diese neue Entdeckung ist, ebenso wie die frühere, von mehr als bloß historiographischem Interesse. Sie wirft Fragen von größter theoretischer und praktischer Signifikanz auf. Erstens, wenn die allgemeine Smithsche Dynamik der europäischen und chinesischen Ökonomien den massiven Einsatz von fossilen Energiequellen im Transportwesen und der Industrie, der den Aufstieg des Westens zur globalen Überlegenheit antrieb, nicht erklären kann, was dann? Zweitens, warum war die von Großbritannien angeführte Globalisierung des industriellen Kapitalismus im 19. Jahrhundert mit einem drastischen wirtschaftlichen Rückgang der ostasiatischen Region und insbesondere ihres chinesischen Zentrums verbunden, der mindestens ein Jahrhundert anhielt (sagen wir, vom ersten Opiumkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs)? Und warum war dieser lange Niedergang gefolgt von einem sogar noch extremeren wirtschaftlichen Wiederaufleben

[29] Pomeranz 2000, S. 17; Hervorhebung im Original. Die Vorstellung, dass das späte kaiserliche China von einem Zustand des fast perfekten Wettbewerbs gekennzeichnet war, ist schon in Ramon Myers Beschreibung seiner Ökonomie als »netzartig« angedeutet. In dieser Beschreibung bestand eine netzartige Ökonomie aus wirtschaftlichen Organisationen in kleinem Maßstab, die in einer stark vom Wettbewerb geprägten Umgebung miteinander Verträge schließen und sich bei der Handhabung der Transaktionskosten fast ausschließlich auf den Markt verlassen. Zit. n. John Lee (1999): »Trade and Economy in Preindustrial East Asia, c. 1500–c. 1800: East Asian in the Age of Global Integration«, *The Journal of Asian Studies* 58 (1), S. 19.

derselben Region in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Besteht eine Verbindung zwischen der früheren regionalen und globalen Vorrangstellung der chinesischen Marktwirtschaft und ihrem heutigen Wiederaufleben? Und wenn ja, inwiefern trägt dies zum Verständnis des Wesens, der Gründe und der voraussichtlichen Folgen des Wiederauflebens bei?

Wong, Frank und Pomeranz konzentrieren sich auf die erste Frage und geben verschiedene, aber einander ergänzende Antworten. E. Anthony Wrigley folgend fasst Wong die britische Industrielle Revolution als historische Kontingenz auf, die größtenteils nicht mit vorangegangenen Entwicklungen zusammenhänge. Ihr Hauptmerkmal sei eine auf Kohle als neue Wärmequelle und Dampf als neue Quelle mechanischer Energie basierende Produktivitätszunahme, die das, was unter der Smithschen Dynamik erreicht werden konnte, weit übertraf. »Nach diesem fundamentalen Umschwung schlug Europa eine neue wirtschaftliche Marschroute ein.« Aber der Umschwung selbst bleibt unerklärt: »Veränderungen von Produktionstechnologien«, so lesen wir, »gehorchen keiner einfachen und direkten wirtschaftlichen Logik.« Wie die »Produktivkräfte« in marxistischen Darstellungen sind sie »die exogene Variable, die andere wirtschaftliche Veränderungen vorantreibt«.[30]

Im Unterschied zu Wong führt Frank das Stattfinden der Industriellen Revolution in England/Europa und ihr Ausbleiben in China/Asien auf entgegengesetzte Resultate der ihnen gemeinsamen Smithschen Dynamik zurück. In Asien im Allgemeinen und in China im Besonderen bewirkte die wirtschaftliche Expansion den Überschuss an Arbeitskräften und die Knappheit an Kapital, die den von Smith herausgearbeiteten Gleichgewichtsfallen auf hohem Niveau zugrunde liegen. Im Unterschied dazu bewirkte die wirtschaftliche Expansion in Europa eine Knappheit an Arbeitskräften und einen Überschuss an Kapital. Es war dieses gegenteilige Ergebnis, was Frank zufolge nach 1750 zur Industriellen Revolution führte.[31] Die starke Explosion technologischer Innovationen, die in Wongs Rekons-

---

[30] Wong 1997, S. 48-52. Vgl. E. Anthony Wrigley (1988): *Continuity, Chance and Change: The Character of the Industrial Revolution in England*. Cambridge; Ders. (1989): »The Limits to Growth: Malthus and the Classical Economists«, in: M.S. Teitelbaum/J.M. Winter (Hrsg.), *Population and Resources in Western Intellectual Traditions*. Cambridge.

[31] Frank 1998, S. 304.

truktion der europäischen und chinesischen Dynamiken exogen (das heißt unerklärt) bleibt, wird so in Franks Rekonstruktion endogen. Diese endogene Erklärung der Industriellen Revolution erklärt jedoch nicht, warum die ihnen gemeinsame Smithsche Dynamik im Westen und im Osten entgegengesetzte Auswirkungen hatte.

Pomeranz liefert eine Erklärung, indem er die von ihm so genannte Große Divergenz auf Unterschiede in verfügbaren Ressourcen und in Kernland-Peripherie-Beziehungen zurückführt – das heißt auf die Tatsache, dass Amerika in Kernregionen Nordwesteuropas für viel reichlichere Rohstofflieferungen und Nachfrage nach Erzeugnissen sorgte, als ostasiatische Kernregionen aus ihren eigenen Peripherien erzielen konnten. Wie Wong beruft er sich auf Wrigleys frühere Behauptung, ein reichliches Vorhandensein billiger fossiler Brennstoffe sei für den Anbruch der Industriellen Revolution in Großbritannien wesentlich gewesen. Aber seiner Ansicht nach wäre es ohne die amerikanischen Rohstofflieferungen unmöglich gewesen, dass sich europäische Technologie und Investitionen gerade in der Zeit in arbeitssparende, Land und Energie verschlingende Richtungen entwickelten, in der die Intensivierung des Ressourcendrucks, unter dem zuvor alle (Kern-?)Regionen der Weltwirtschaft gestanden hatten, die ostasiatische Entwicklung auf einen Ressourcen einsparenden, Arbeitskraft beanspruchenden Pfad zwang. Diese ökologische Entlastung »beruhte nicht allein auf der natürlichen Fülle der Neuen Welt, sondern auch darauf, dass der Sklavenhandel und andere Merkmale der europäischen Kolonialsysteme eine neue *Art* der Peripherie schufen, die Europa in die Lage versetzte, eine immer größere Menge von Warenexporten gegen eine immer größere Menge landverbrauchender Produkte einzutauschen.«[32]

Pomeranz' Behauptungen haben Brenner veranlasst, seine frühere Kritik am Neo-Smithschen Marxismus nachdrücklich zu wiederholen. In einem gemeinsam mit Christopher Isett veröffentlichten Artikel widerspricht er Pomeranz' Gleichsetzung der Entwicklungen im Yangtse-Delta und im England vor der Industriellen Revolution.

»Im Yangtse-Delta hatten die Hauptwirtschaftssubjekte einen direkten, nicht vom Markt geregelten Zugang zu den Mitteln ihrer Reproduktion.

[32] Pomeranz 2000, S. 20, Hervorhebung im Original; 264.

> Daher war es für sie nicht notwendig, ihre Ressourcen in der produktivsten Weise einzuteilen, um im Wettbewerb mitzuhalten. Sie konnten also ihre Ressourcen in einer Weise einteilen, die zwar individuell sinnvoll war, den Gesamterfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung aber zuwiderlief, mit der Folge, dass die Region ein malthusianisches[33] Muster der ökonomischen Entwicklung erlebte, die letztlich, im 18. und 19. Jahrhundert, in einer demographisch-ökologischen Krise mündete. Im Gegensatz zum Yangtse-Delta hatten die Hauptwirtschaftssubjekte in England die Fähigkeit, ihre ökonomische Reproduktion zu sichern, entweder durch außer-ökonomischen Zwang der direkten Produzenten oder deren vollständigen Besitz der Existenzmittel verloren. Daher waren sie sowohl frei als auch durch Konkurrenz genötigt, ihre Ressourcen so einzuteilen, dass ihre Ertragsrate (die Gewinne aus dem Handel) möglichst maximiert wurde. Die Region erlebte infolgedessen ein Smithsches Muster der ökonomischen Entwicklung *oder sich selbst erhaltenden Wachstums*, das sie im 18. und 19. Jahrhundert weder an den Rand einer demographischen noch einer ökologischen Krise führte, sondern zur Industriellen Revolution.«[34]

Wie bei seiner früheren Kritik des Neo-Smithschen Marxismus betont Brenner erneut die Abhängigkeit von Wirtschaftssubjekten vom Markt als Bedingung ihrer gegenseitigen Konkurrenz, die jeden einzelnen von ihnen zur Spezialisierung, zu Investitionen und zu Innovationen zwingt. Und er betont erneut den Vorrang der inneren sozialen Struktur von Ländern und Regionen vor ihren Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen bei der Festlegung von Entwicklungspfaden. Doch ist Smithsches Wachstum – das in der Kritik des Neo-Smithschen Marxismus »selbst-begrenzend« war – in der Kritik von Pomeranz irgendwie »sich selbst erhaltend« und ein Auftakt zur Industriellen Revolution geworden. In Brenners neuer Position wiederum ist selbst-begrenzendes Wachstum nicht smithsch, sondern malthusianisch.

---

[33] Nach Thomas Malthus (1766-1834), britischer Ökonom, der Überlegungen zum Bevölkerungswachstum und der Tragfähigkeit der Erde anstellte (Anm. d. Übers.).

[34] Robert Brenner /Christopher Isett (2002): »England's Divergence from China's Yangzi Delta: Property Relations, Microeconomics, and Patterns of Development«, *The Journal of Asian Studies* 61 (2), S. 613, Hervorhebung G.A.

Wir wollen Brenners Charakterisierung des Smithschen Wachstums als selbst-begrenzend in der einen Kritik und selbst-erhaltend in der anderen beiseite lassen – eine Diskrepanz, die er nicht erklärt – und festhalten, dass selbst Huang (der Pomeranz' Gleichsetzung der Entwicklungen im Yangtse-Delta und im England vor der Industriellen Revolution ebenso kritisch sieht wie Brenner) »eine schlichte malthusianische Vorstellung einer Subsistenzkrise, die rein durch Bevölkerungsdruck angetrieben wird«, nicht für eine angemessene Beschreibung der Tendenzen im Yangtse-Delta im 18. Jahrhundert hält. Huangs Ansicht nach wurde die drohende Krise vorrangig durch Kommerzialisierung vorangetrieben, das heißt von einer zunehmenden Abhängigkeit der Wirtschaftssubjekte vom Markt.

> »Während die Kommerzialisierung in Nordchina manchen die Gelegenheit zur Bereicherung bot, ließ sie viele andere verarmen, die die Marktrisiken auf sich nahmen, aber kein Glück hatten. Im Yangtse-Delta konnte die Landwirtschaft infolge involutionärer Kommerzialisierung, repräsentiert durch die Kultivierung von Baumwolle und Seide, mehr Bevölkerung aufnehmen, der vorher existierende Kontext sozialer Ungleichheit wurde dadurch aber nicht wesentlich verändert. Bevölkerungsdruck und Ungleichheit zogen zusammen die Entstehung einer wachsenden (in absoluten Zahlen, wenn auch nicht notwendigerweise im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) armen bäuerlichen Klasse nach sich, die von landlosen Landarbeitern bis zu Pachtbauern reichte, die auch als Tagelöhner anheuerten.«[35]

Was immer also die Unterschiede der Entwicklungsverläufe Europas und Chinas vor der Industriellen Revolution gewesen sein mögen – und wie wir sehen werden, gab es eine Menge – sind die Forscher (darunter auch Huang) sich weithin einig, dass der Grad der Kommerzialisierung nicht dazuzuzählen ist. Wongs, Franks und Pomeranz' Entdeckung von Smith in Beijing war daher kein Trugbild. Ihre Erklärungen der im 19. Jahrhundert bestehenden Divergenz der europäischen und ostasiatischen Entwicklungsrichtungen übersehen jedoch entweder relevante historische Aspekte

[35] Philip C. C. Huang (2002): »Development or Involution in Eighteenth-Century Britain and China? A Review of Kenneth Pomeranz's The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy«, *The Journal of Asian Studies* 61 (2), S. 531.

der Divergenz oder gehen an einer Reihe von wesentlichen Fragen vorbei, die sie selbst aufwerfen.

Erstens mag das Vorkommen billiger fossiler Brennstoffe in Großbritannien ein stichhaltiger Grund dafür sein, dass Großbritannien durch die Industrielle Revolution der Smithschen Falle früher entkam als das übrige Europa, es kann aber nicht erklären, warum China – eines der Länder mit den höchsten Kohlevorkommen weltweit – kein ähnliches Entrinnen gelang. Noch wichtiger ist, dass Rückwirkung und Nebenprodukte aus dem Abbau, dem Transport und der Nutzung von Kohle ebenso wie die amerikanischen Rohstofflieferungen für den britischen bzw. europäischen Durchbruch erst im fortgeschritteneren 19. Jahrhundert wesentlich wurden, das heißt lange nach dem Beginn der Industriellen Revolution. Wie Patrick O'Brien bemerkt,

> »die Große Divergenz und die Industrielle Revolution sind Teile einer zusammenhängenden Geschichte; und der Grad der Divergenz zwischen Europa und China in Arbeitsproduktivität und Reallöhnen, der sich bis 1914 so klar gezeigt hatte, ist ohne die aus Amerika und von anderen Rohstoffproduzenten importierten Grundnahrungsmittel und Rohmaterialien undenkbar. Aber da diese Lieferungen im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen, sollten die Fragen, was die Industrielle Revolution auslöste und was sie aufrechterhielt, nicht vermengt werden.«[36]

Zweitens waren vor der Großen Divergenz, wie Frank bezeugt, allen verfügbaren Belegen zufolge (einschließlich Adam Smiths eigener Einschätzung) in Europa Einkommen und Nachfrage höher und Kapital reichlicher vorhanden als in Asien, und dieser Unterschied trug aller Wahrscheinlichkeit nach dazu bei, arbeitssparende, Energie verbrauchende Technologie im Westen wirtschaftlich zu machen, im Osten jedoch nicht. Dennoch erklärt Frank nicht, warum Prozesse der Marktbildung, die im Osten weiter fortgeschritten waren, im Westen mit höheren Einkommen, stärkerer Nachfrage und größerem Kapitalüberschuss verbunden waren. Nach seiner eigenen Darstellung basierte vor der Industriellen Revolution der ein-

[36] Patrick O'Brien (2001): »Metanarratives in Global Histories of Material Progress«, *The International History Review* 23 (2), S. 360, 364, 367.

zige Wettbewerbsvorteil der Europäer gegenüber dem Osten auf dem Abbau und dem Transport amerikanischen Silbers und seiner Investition in diverse Handelsgeschäfte, darunter in inner-asiatischen Handel. Seiner Ansicht nach versetzte dieser eine Wettbewerbsvorteil die Europäer jedoch in die Lage, drei Jahrhunderte lang in Asien durchzuhalten, nicht aber eine beherrschende Position in einer Weltwirtschaft zu erringen, die auf Asien zentriert blieb, weil asiatische Ökonomien vom Umlauf amerikanischen Silbers mehr profitierten als europäische. Das ganze 18. Jahrhundert hindurch blieben europäische Waren in Asien nicht konkurrenzfähig, und China blieb das »Endlager« des Geldes der Welt.[37] Doch wenn das stimmt, warum herrschte in China Knappheit und in Europa ein Überschuss an Kapital? Und warum waren in Europa die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Löhne höher als in China?

Drittens muss das Rätsel, dass Europa einer Smithschen Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau durch die Industrielle Revolution entkam, zusammen mit dem Rätsel behandelt werden, warum die Globalisierung dieser Revolution etwa ein Jahrhundert lang mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Region Ostasien verbunden war, und dann mit ihrer rapiden wirtschaftlichen Renaissance. Zum Schluss seiner kritischen Bewertung von Pomeranz' These fragt O'Brien: »*[W]enn* die englische Ökonomie leicht den Weg des Yangtse-Deltas hätte gehen können (wären nicht die Kohle und ihr enges Verhältnis mit Amerika gewesen), warum hat dann sogar jene kommerzialisierte und fortgeschrittene Region des Mandschu-Reichs so lange gebraucht, um den ökonomischen Rang und Status wiederzuerringen, den sie Mitte des 18. Jahrhunderts in der Weltwirtschaft innehatte?«[38] Wie wir sehen werden, ist die wirklich interessante und schwierige Frage nicht, warum das Yangtse-Delta, China und Ostasien so lange gebraucht haben, um den ökonomischen Boden wieder gutzumachen, den sie gegenüber dem Westen seit Mitte des 18. Jahrhunderts verloren hatten. Sondern wie und warum es China gelungen ist, so schnell *nach* über einem Jahrhundert des politisch-wirtschaftlichen Niedergangs so viel Boden wieder gutzumachen. In jedem Fall muss ein Modell der Großen Divergenz nicht

[37] Frank 1998, S. 283, 356f.
[38] O'Brien 2001, S. 367; Hervorhebung im Original.

nur über ihre Ursprünge etwas aussagen, sondern auch über ihren zeitlichen Verlauf, ihre Grenzen und ihre Aussichten.

## Die Fortdauer des Smithschen Vermächtnisses

Kaoru Sugihara hat versucht, ein solches umfassendes Modell zu entwerfen. Er stimmt Pomeranz' und Wongs Darstellung über die Ursprünge der großen Divergenz im Wesentlichen zu, weicht aber darin von ihnen ab, dass er die Bedeutung der großen Unterschiede im Verhältnis der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft zur landwirtschaftlichen Nutzfläche (man-land ratio) zwischen den Kernregionen Ostasiens und denen Europas vor 1800 betont, als Ursache und zugleich Auswirkung einer noch nie dagewesenen und beispiellosen ostasiatischen Fleißrevolution. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert – so behauptet er – gelang ostasiatischen Staaten durch Arbeitskräfte bindende Strukturen und arbeitsintensive Technologien als Antwort auf eingeschränkte natürliche Ressourcen (insbesondere Landknappheit) trotz starken Bevölkerungswachstums eine bescheidene Verbesserung des Lebensstandards, nicht aber eine Verschlechterung.[39]

Dass es malthusianischen Erschwernissen entkam, war besonders bemerkenswert bei China, dessen Bevölkerung zuvor bereits mehrmals bis zu einer Höchstgrenze von 100–150 Millionen angestiegen war, nur um dann wieder zu sinken, um 1800 jedoch auf fast 400 Millionen anstieg. »Dies war eindeutig ein demographischer Welt-Meilenstein«, stellt Sugihara fest, »und sein Einfluss auf das weltweite BIP überwog den von Großbritannien nach der Industriellen Revolution, dessen Anteil am weltweiten BIP 1820 weniger als sechs Prozent betrug, bei weitem.« Das »Chi-

[39] Kaoru Sugihara (2003): »The East Asian Path of Economic Development: A Long-term Perspective«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.) (2003): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives*, London/New York, S. 82, 94, 117, Anm. 2. Der Grund für die ausschließliche Konzentration auf Sugihara in diesem Abschnitt ist die Tatsache, dass er, soweit ich weiß, der einzige Beobachter ist, der versucht hat, ein umfassendes Modell der Ursprünge, Entwicklung und Grenzen der Großen Divergenz zu entwerfen. Das Ziel ist hier die Klärung der Hypothese, die der Leitfaden unserer Untersuchung sein wird, keine historische Darstellung der Divergenz; diese wird im dritten und vierten Teil des Buches erfolgen.

nesische Wunder«, wie Sugihara diese Leistung nannte, wiederholte sich in einem kleineren territorialen Maßstab in Japan. Hier war das Bevölkerungswachstum weniger explosiv als in China, aber die Verbesserung des Lebensstandards signifikanter.[40]

Ja, der Begriff der »Fleißrevolution« (*kinben kakumei*) wurde von Hayami Akira ursprünglich mit Bezug auf Japan unter den Tokugawa eingeführt. Seiner Ansicht nach hatten die Befreiung der Landbevölkerung aus der Lehnsknechtschaft im 17. Jahrhundert, die Einbürgerung von Familienbetrieben in der Landwirtschaft, eine Bevölkerungszunahme und eine wachsende Knappheit von Ackerland gemeinsam zur Entstehung einer Produktionsweise beigetragen, die stark von der Investition in menschliche Arbeitskraft abhing. Bauern mussten zwar länger und härter arbeiten, aber ihr Einkommen stieg auch an. Daher lernten sie, Arbeit wertzuschätzen und entwickelten eine starke Arbeitsethik.[41] Später verwendete Jan de Vries den Begriff mit Bezug auf das prä-industrielle Europa in der Bedeutung einer Präambel zur Industriellen Revolution, vorangetrieben durch eine wachsende Nachfrage nach Verkaufsgütern in ländlichen Haushalten.[42]

Indem er den Begriff auf China anwendet, fasst Sugihara die Fleißrevolution, wie Wong und Pomeranz, nicht als Präambel zur Industriellen Revolution, sondern als marktorientierte Entwicklung auf, der keine Tendenz anhaftete, den kapital- und energieintensiven Pfad zu beschreiten, der von Großbritannien eröffnet und von den USA an sein Endziel geführt wurde. Nichtsdestoweniger besteht Sugiharas zentrale Behauptung darin, dass das Wirken und die Resultate der ostasiatischen Fleißrevolution einen unverwechselbaren technologischen und institutionellen Pfad herausbildeten, der die ostasiatischen Antworten auf die von der westlichen Industriellen Revolution erzeugten Herausforderungen und Chancen wesentlich mit geprägt hat. Besonders bedeutsam in dieser Hinsicht war die Entwicklung einer Arbeitskräfte bindenden Beschäftigungsstruktur,

---

[40] Ebd., S. 79, 89f.; Kaoru Sugihara (2004): »The State and the Industrious Revolution in Japan«, Working Paper No. 02/04, Global Economic History Network, Department of Economic History, London School of Economics.

[41] Zit. n. Lee 1999, S. 6.

[42] Jan de Vries (1994): »The Industrial Revolution and the Industrious Revolution«, *Journal of Economic History* 54 (2).

die den Haushalt (oft, allerdings nicht immer die Familie) und, in geringerem Ausmaß, die Dorfgemeinschaft in den Mittelpunkt stellte. Entgegen der traditionellen Ansicht, nach der einer Produktion im kleinen Maßstab die inneren Zwänge zur ökonomischen Verbesserung fehlen, unterstreicht Sugihara wichtige Vorteile dieser Beschäftigungsstruktur im Vergleich zur klassenbasierten Produktion in großem Maßstab, die in England vorherrschend wurde. Während den Arbeitern in England die Chance vorenthalten wurde, an Management-Angelegenheiten Anteil zu nehmen und die zur flexiblen Spezialisierung nötigen interpersonellen Fähigkeiten zu entwickeln, gab man in Ostasien

> »der Fähigkeit, mehrere Aufgaben gut auszuführen, statt der Spezialisierung auf eine einzige Aufgabe den Vorzug, und förderte den Willen, mit anderen Familienmitgliedern zu kooperieren, statt das individuelle Talent weiter auszubilden. Vor allem war es für jedes Familienmitglied wichtig zu versuchen, sich in das Arbeitsschema auf dem Hof einzugliedern, flexibel auf außergewöhnliche Fälle oder Notfälle zu reagieren, Verständnis für Probleme rund um das Produktionsmanagement zu haben und potenzielle Probleme vorauszusehen und zu vermeiden. Führungsqualitäten, mit allgemeiner handwerklicher Geschicklichkeit als Hintergrund, waren auf Familienebene sehr gefragte Fähigkeiten.«[43]

Hinzu kommt, dass solange die ostasiatischen Landarbeiter den sozialen Kodex einhielten, die Transaktionskosten für den Handel niedrig und das mit technischen Innovationen verbundene Risiko relativ gering waren. Obwohl die Beschäftigungsstruktur in Ostasien wenig Raum für große Innovationen, Investitionen in Anlagekapital oder Fernhandel ließ, bot sie exzellente Möglichkeiten zur Entwicklung arbeitsintensiver Technologien, die einen unverkennbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände leisteten, indem sie für die Vollbeschäftigung aller Haushaltsmitglieder sorgten. Der Unterschied zwischen dieser Art von Entwicklung und dem westlichen Entwicklungpfad »war, dass sie menschliche statt nichtmenschlicher Ressourcen mobilisierte«.[44]

---

[43] Sugihara 2003, S. 87.
[44] Ebd., S. 88, 90.

Sugihara zufolge charakterisierte dieser Hang zur Mobilisierung menschlicher statt nichtmenschlicher Ressourcen im Streben nach ökonomischer Verbesserung die ostasiatische Entwicklungslinie sogar noch, als ostasiatische Staaten versuchten, westliche Technologien in ihre Ökonomien aufzunehmen. So begann die japanische Regierung in den 1880er Jahren eine Industrialisierungsstrategie zu verfolgen, die auf der Erkenntnis basierte, dass sowohl Land als auch Kapital in Japan knapp waren, Arbeitskraft hingegen reichlich und in relativ guter Qualität vorhanden war. Dementsprechend förderte die neue Strategie die »aktive Umsetzung der Tradition der arbeitsintensiven Technologie, die Modernisierung der traditionellen Industrie und die bewusste Anpassung westlicher Technologie an andere Bedingungen der Faktorausstattung«. Sugihara nennt diesen hybriden Entwicklungspfad »arbeitsintensive Industrialisierung«, denn »sie band Arbeitskräfte stärker ein, machte umfassenderen Gebrauch von ihnen und hing weniger vom Ersetzen der Arbeitskräfte durch Maschinen und Kapital ab als der westliche Pfad«.[45]

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhöhte die arbeitsintensive Industrialisierung die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Produkte gegenüber anderen asiatischen Ländern wie Indien, die eine lange Tradition arbeitsintensiver Technologie hatten, aber durch die Kolonialherrschaft daran gehindert wurden, sich in dieselbe Richtung zu entwickeln wie Japan. Dennoch blieb die Verschmelzung des ostasiatischen mit dem westlichen Entwicklungspfad den Zweiten Weltkrieg hindurch eingeschränkt. Das führte dazu, dass Ostasiens Arbeitsproduktivität trotz eines Anstiegs der Ertragsfähigkeit des Landes und des Wachstums arbeitsintensiver Industrien weiterhin hinter der des Westens zurückblieb und der Anteil der Region am Welt-BIP weiterhin abnahm. Aus Sugiharas Darstellung geht nicht klar hervor, was genau eine vollständigere Verschmelzung der beiden Pfade, als diejenige, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zustandekam, verhinderte. Die Umstände, die das Zustandekommen (und die außergewöhnlichen Früchte) der Verschmelzung nach dem Zweiten Weltkrieg *ermöglichten*, macht er jedoch recht deutlich. Ein erster Umstand war die

[45] Ebd., S. 94, 99.

radikale Veränderung der politischen Situation durch die Bildung des Regimes des Kalten Krieges unter US-Hegemonie.

> »Im Unterschied zur Vorkriegssituation wurde von Japan erwartet, mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Stärke dem Eindringen des Kommunismus in Asien entgegenzuwirken, und es konnte jetzt alle nötigen Rohstoffe und Ressourcen, auch Erdöl, aus dem Rest der Welt importieren (das US-amerikanische Verbot von Ölexporten nach Japan von 1941 dagegen war eine unmittelbare Ursache des Angriffs [auf Pearl Harbor]). In der Nachkriegszeit boten sich Japan auch günstige Gelegenheiten, seine Exporte an Fertigerzeugnissen in fortgeschrittene westliche Länder zu erhöhen. Diese Veränderung der internationalen Verhältnisse gestattete Japan, und später einer Reihe anderer asiatischer Länder, die systematische Einführung kapital- und rohstoffintensiver Schwer- und chemischer Industrie in eine Ökonomie mit relativ billigen und disziplinierten Arbeitskräften.«[46]

Ein zweiter Umstand, der die Verschmelzung des ostasiatischen mit dem westlichen Entwicklungspfad nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte, war der Hang der USA und der UdSSR, in Konkurrenz miteinander reichlich fossile Rohstoffe zu verwenden, um auf der Grundlage großangelegter Produktion in der Stahl-, Flugzeug-, Rüstungs-, Raumfahrt- und petrochemischen Industrie einen mächtigen militärisch-industriellen Komplex zu schmieden. Infolgedessen steigerte sich die Kapital- und Rohstoffintensität der westlichen Entwicklungslinie noch weiter, was neue Chancen für profitable Spezialisierung nicht nur in arbeitsintensiven Industrien, sondern auch in den relativ ressourcensparenden Sektoren der kapitalintensiven Industrien eröffnete. Japan ergriff diese Chancen prompt: Es verlegte sich von der arbeitsintensiven Industrialisierung – eine Strategie, die auf die direkte Kombination importierter Technologien und billiger, für die Ersetzung von Kapital ausgebildeter Arbeitskräfte innerhalb einzelner Industrien oder Fabriken abzielte – auf die Entwicklung miteinander verknüpfter Industrien und Firmen mit unterschiedlichen Graden der Arbeits- und Kapitalintensität. Gleichzeitig bewahrte es die vorherrschende ostasiatische Tradition, in der menschliche Ressourcen stärker genutzt werden

[46] Ebd., S. 81.

als nichtmenschliche.[47] Schließlich schuf die Welle des Nationalismus unter dem Regime des Kalten Krieges die Voraussetzungen für eine scharfe Konkurrenz zwischen sich industrialisierenden Ländern mit relativ niedrigen Einkommen und Ländern mit höherem Lohnniveau.

> »Sobald die Löhne in einem Land auch nur geringfügig anstiegen, musste [dieses Land] eine neue Industrie zur Herstellung einer hochwertigeren Ware suchen, um den Wettbewerb zu überleben, was einen ähnlichen Effekt auslöste wie die ›wirtschaftliche Entwicklung nach dem Muster der fliegenden Gänse‹. Gleichzeitig stellte der sukzessive Eintritt neuer Niedriglohnländer die Verlängerung der Kette der ›fliegenden Gänse‹ sicher. Dieser Aspekt der Industrialisierung, ein Teil der Erweiterung des ostasiatischen Pfads, war verantwortlich für die Erhöhung von Ostasiens Anteil am Welt-BIP.«[48]

Das wirtschaftliche Wiederaufleben Ostasiens ist also nicht auf eine Annäherung an den westlichen kapital- und energieintensiven Pfad zurückzuführen, sondern auf dessen Verschmelzung mit dem ostasiatischen arbeitsintensiven, energiesparenden Pfad. Sugiharas Ansicht nach hat diese Verschmelzung entscheidende Auswirkungen auf die Zukunft der Weltwirtschaft und -gesellschaft. Die Industrielle Revolution, die den westlichen Pfad erschloss, so behauptet er, war ein »Wunder der Produktion«, das das Produktionspotenzial eines kleinen Teils der Weltbevölkerung stark vergrößerte. Die Fleißrevolution, die den ostasiatischen Pfad erschloss,

---

[47] Ebd., S. 105-110, 112-114.

[48] Ebd., S. 110. Das Muster der fliegenden Gänse für wirtschaftliche Entwicklung, auf das sich Sugihara bezieht, ist ein Modell zur Veranschaulichung der Rolle des »führenden Sektors« bei der räumlichen Ausbreitung industrieller Innovationen. Ursprünglich von Kaname Akamatsu (1961) vorgebracht, wurde es später in mehreren neuen Versionen weiterentwickelt. Siehe Kaname Akamatsu (1961): »A Theory of Unbalanced Growth in the World Economy«, *Weltwirtschaftliches Archiv* 86 (1); Kojima, K./Terutomo Ozawa (1985): »Toward a Theory of Industrial Restructuring and Dynamic Comparative Advantage«, *Hitotsubashi Journal of Economics* 26 (2); Bruce Cumings (1987): »The Origins and Development of the Northeast Asian Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences«, in: F. C. Deyo, (Hrsg.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*. Ithaca, NY; Ozawa 1993; Kojima, K. (2000): »The ›Flying Geese‹ Model of Asian Economic Development: Origin, Theoretical Extensions, and Regional Policy Implications«, *Journal of Asian Economics* 11; Ozawa 2003. Eine dieser Versionen unterliegt Ozawas Schneeballeffekt der miteinander verbundenen ostasiatischen Wirtschaftswunder, der in der Einleitung bereits erwähnt wurde und in Kapitel 11 diskutiert wird.

war dagegen ein »Wunder der Verbreitung«, das die Möglichkeit schuf, den Nutzen des Produktionswunders durch arbeitsintensive, energiesparende Industrialisierung in der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung zu verbreiten. Ja, im Hinblick auf die Umweltzerstörung durch die Ausbreitung der Industrialisierung kann das Wunder der Verbreitung nur weitergehen, wenn »der westliche Pfad sich dem ostasiatischen [annähert], nicht umgekehrt.«[49]

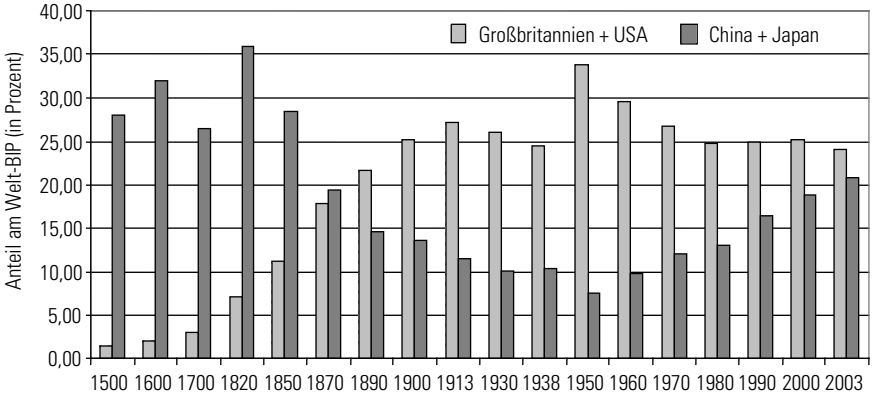
Sugiharas These lässt sich zusammenfassen, wenn man die Abbildungen 1.1 und 1.2 betrachtet, die den Anteil am Welt-BIP und das Pro-Kopf-BIP der führenden Staaten des westlichen und ostasiatischen Entwicklungspfads zeigen (wobei Großbritannien und die USA für ersteren, China und Japan für den zweiten stehen). Wie sich aus Abbildung 1.2 ablesen lässt, verstärkte die westliche Industrielle Revolution des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts die anhaltende Tendenz zur Vergrößerung des Abstands des *Pro-Kopf*-BIPs zugunsten der führenden westlichen Staaten. Und doch, wie man in Abbildung 1.1 sieht, gelang es der ostasiatischen Fleißrevolution, was den Anteil am Welt-BIP angeht, die Auswirkungen der westlichen Industriellen Revolution während des frühen 19. Jahrhunderts auszugleichen, was zu einer weiteren Vergrößerung des Abstands zugunsten Ostasiens führte. Von 1820 bis 1950, als die ostasiatische Fleißrevolution an ihre Grenzen stieß und die westliche Industrielle Revolution mit der Ausnutzung der neuen Energiequellen für die Produktion der Produktionsmittel und für den Transport über weite Strecken (Eisenbahnen und Dampfschiffe) ihre zweite, wahrhaft revolutionäre Stufe erreichte, verschob sich der Anteil am gesamten Welt-BIP drastisch zugunsten des westlichen Pfads. Nach 1950, als der westliche kapital- und energieintensive Pfad an seine eigenen Grenzen stieß und die selektive Integration westlicher Technologien in den arbeitsintensiven, energiesparenden ostasiatischen Pfad Früchte trug, begann letzterer, den Abstand des Pro-Kopf-BIPs zu verringern (Abb. 1.2) und sogar mehr noch den Abstand beim Anteil am gesamten Welt-BIP (Abb. 1.1).[50]

---

[49] Sugihara 2003, S. 116.

[50] Die Messung des BIPs anhand von Kaufkraftparität lässt das ostasiatische BIP pro Kopf und im Anteil am Welt-BIP signifikant größer erscheinen, als wenn aktuelle Wechselkurse

**Abbildung 1.1: Zusammengefasste BIP als prozentualer Anteil am Welt-BIP: USA und Großbritannien im Vergleich zu China und Japan***



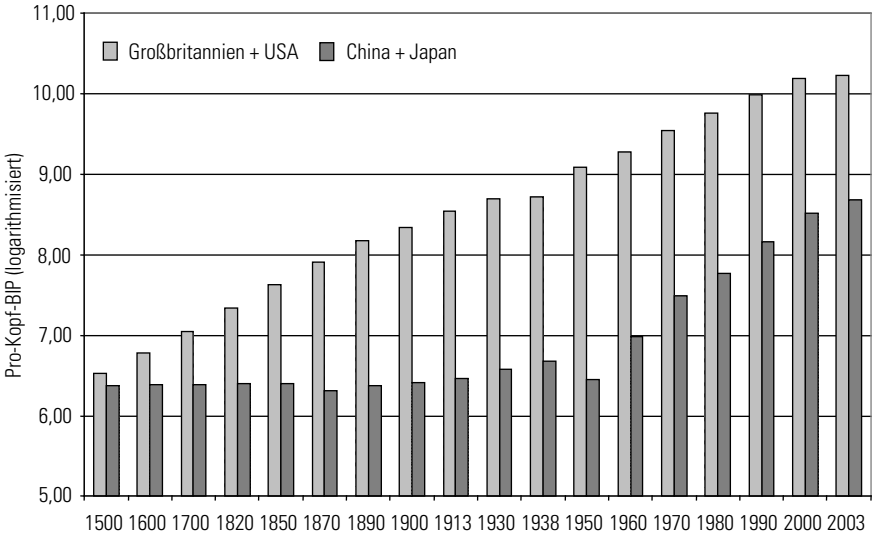

* BIP in Millionen von internationalen Geary-Khamis Dollars von 1990

Quelle: nach Maddison (2007)

Das zentrale Argument dieses Buches ist eine überarbeitete und erweiterte Version dieser These. Die Überarbeitung wird mit einer begrifflichen Klärung der Vorstellungen von marktorientiertem Smithschen Wachstum und eigentlicher kapitalistischer Entwicklung beginnen. Sugiharas arbeitsintensiver, energiesparender Entwicklungspfad ähnelt dem, was Huang »involutionäres Wachstum« nennt. Wie Sugihara räumt Huang ein, dass die Einbeziehung von nicht-landwirtschaftlichen Nebentätigkeiten von Frauen, Kindern und alten Leuten die Betriebskosten der Haushaltsproduktionseinheiten reduzierte, was ihnen einen Wettbewerbsvorteil vor größeren kapitalistischen Einheiten gab, die Lohnarbeiter benutzten. Für Huang stellt das daraus resultierende annähernde Verschwinden der größeren, auf Lohnarbeitsbasis operierenden Landwirtschaftsbetriebe nach dem 17. Jahrhundert, die zuvor in Teilen Chinas existiert hatten, jedoch nicht, wie für Sugihara, eine »Entwicklung« oder »Evolution« auf einem charakteristischen ostasiatischen Pfad dar, sondern »Wachstum ohne Entwicklung«

verwendet worden wären. Die im Text skizzierten Trends wären jedoch dieselben, selbst wenn aktuelle Wechselkurse als Maßstab verwendet worden wären.

**Abbildung 1.2: Zusammengefasste Pro-Kopf-BIP: USA und Großbritannien im Vergleich zu China und Japan (logarithmisiert)***




* Pro-Kopf-BIP in internationalen Geary-Khamis Dollars (logarithmisiert)

Quelle: nach Maddison (2007)

oder »Involution«.[51] Wenn wir »Evolution« und »Entwicklung« mit der Verdrängung der arbeitsintensiven Haushaltsproduktion durch kapitalintensive Produktion in Einheiten, die Lohnarbeit verwenden, gleichsetzen, wie Huang und Brenner es tun, sollte dieses Verschwinden tatsächlich als »involutionär« beschrieben werden. Aber wenn wir die Möglichkeit offen halten, dass die arbeitsintensive Produktion eine bleibende Rolle in der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung spielen könnte, wovon Sugihara ausgeht, dann ist eine solche Kennzeichnung ungerechtfertigt. Dies wirft die Frage auf, welcher Begriff der marktorientierten Entwicklung am nützlichsten ist, um den Niedergang und das Wieder-Auftauchen von Ost-

[51] Huang 2002, S. 514, 534.

asien als führende Region des Wachstums der Weltwirtschaft zu beschreiben und zu erklären.

Damit steht die Frage in engem Zusammenhang, was genau eine marktorientierte Smithsche Dynamik im Vergleich mit einer eigentlich kapitalistischen Dynamik ist. Waren die europäische und die ostasiatische Fleißrevolution beides Beispiele für eine Smithsche Dynamik, wie Wong, Pomeranz, Frank und Sugihara behaupten? Oder waren sie unterschiedliche Erfahrungen, wobei die ostasiatische auf ökonomische Stagnation zusteuerte und die europäische auf unbegrenztes Wirtschaftswachstum, wie Huang und Brenner behaupten? Darüber hinaus deutet Sugihara an, dass der westliche Pfad der kapitalintensiven Entwicklung seine eigenen Grenzen hatte. Was genau waren diese Grenzen im Vergleich zu denen des arbeitsintensiven ostasiatischen Pfads? Dies sind die Fragen, denen wir uns in den nächsten beiden Kapiteln widmen.

# Kapitel 2
# Die historische Soziologie Adam Smiths

Wenn Ökonomen zum Thema der ökonomischen Entwicklung etwas zu sagen hatten, »so kommt das nur daher, dass sie sich nicht auf die ökonomische Theorie beschränkten, sondern – und zwar in der Regel ganz oberflächlich – entweder historische Soziologie trieben oder doch Annahmen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft machten«. Zur Illustration fuhr Joseph Schumpeter fort, indem er »Arbeitsteilung, Entstehung von Privateigentum an Grund und Boden, zunehmende Naturbeherrschung, Wirtschaftsfreiheit und Rechtssicherheit« auflistete als »die wichtigsten Momente, aus denen die ›Wirtschaftssoziologie‹ von Adam Smith besteht«. All diese Elemente, fügte er hinzu, »beziehen sich, wie ersichtlich, auf den sozialen Rahmen des wirtschaftlichen Ablaufs, nicht auf irgendwelche diesem immanente Spontaneität«.[1]

Mit seiner Behauptung wollte Schumpeter auf eine Unterscheidung hinaus zwischen dem traditionellen Interesse der Wirtschaftstheorie an Bewegungen um ein Gleichgewicht herum oder darauf zu und seinem eigenen Interesse an den »dynamischen Momenten« wirtschaftlicher Entwicklung, verstanden als »Störung des statischen Gleichgewichts«, die immer wieder zur Entstehung eines »neuen Gleichgewichts« führt. Die Unterscheidung von »Statik« und »Dynamik« ermöglichte es Ökonomen, insbesondere J. B. Clark, zu erkennen, dass dynamische Elemente wie die Vermehrung von Kapital und Bevölkerung oder Veränderungen von Technik und Produktionsabläufen statische Gleichgewichte stören. Diese dynamischen Elemente blieben in der Wirtschaftstheorie jedoch exogen und damit unerklärt. Schumpeters Ansicht nach war diese Methodologie bei Zuwächsen an Kapital und Bevölkerung berechtigt, nicht jedoch bei Veränderungen von Verfahren und Produktionsabläufen. Diese hatten ihren Ursprung in-

[1] Joseph Schumpeter (1987[7]): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin, S. 91, Anm.

nerhalb des ökonomischen Prozesses selbst und mussten daher als endogene Quellen wirtschaftlicher Entwicklung behandelt werden. Dieser Ansatz gleicht dem von Marx, denn »es gibt bei ihm eine *innere* ökonomische Entwicklung, und kein bloßes Anpassen an sich ändernde Daten. Aber«, so räumt Schumpeter bereitwillig ein, »mein Bau deckt nur einen kleinen Teil der Fläche des seinen«.[2]

Schumpeters methodologisches Interesse an den Unzulänglichkeiten der Wirtschaftstheorie hängt eng mit einer wichtigen Unterscheidung von zwei Formen der marktorientierten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Die eine findet innerhalb einer gegebenen Gesellschaftsstruktur statt; sie verwertet das versteckte Potenzial dieser Struktur für Wirtschaftswachstum, verändert aber die Struktur selbst nicht wesentlich. Grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur, die möglicherweise das Potenzial für Wirtschaftswachstum erhöhen oder verringern, können auftreten, aber sie entspringen ihrem Wesen nach nichtökonomischen Prozessen und Maßnahmen und haben ihren Ursprung *nicht innerhalb des Prozesses des Wirtschaftswachstums*. Diese Art der Entwicklung entspricht in groben Zügen, wenn auch keinesfalls genau, den Begriffen des Smithschen Wachstums, der Fleißrevolution und der nichtkapitalistischen marktorientierten Entwicklung, auf die wir in Kapitel 1 wiederholt gestoßen sind.

Die zweite Form der marktorientierten wirtschaftlichen Entwicklung dagegen zerstört gewöhnlich die Gesellschaftsstruktur, in der sie auftritt, und schafft die Bedingungen für die (nicht notwendig tatsächlich eintretende) Entstehung neuer Gesellschaftsstrukturen mit einem anderen Wachstumspotenzial. Die Gesellschaftsstruktur kann sich auch aus anderen Gründen verändern als durch die innere Dynamik des wirtschaftlichen Prozesses. In diesem Fall sind die aus nicht-ökonomischen Prozessen und Handlungen entspringenden Veränderungen den aus dem ökonomischen Prozess entspringenden Veränderungen nach- oder untergeordnet. Diese Art von Entwicklung, die wir je nach Kontext Schumpeterisch oder Marxisch nennen werden, entspricht in groben Zügen, aber auch hier keinesfalls genau, den Begriffen der Industriellen Revolution und der marktorientierten kapitalistischen Entwicklung.

---

[2] Schumpeter 1987, S. 92, Anm.; Hervorhebung im Original.

In diesem Kapitel soll das Wesen der ersten Form von wirtschaftlicher Entwicklung, wie Smith selbst sie in seiner Theorie dargestellt hat, erläutert werden. Dabei konzentrieren wir uns insbesondere auf seine Vorstellungen vom Markt als Herrschaftsinstrument, vom Wettbewerb und der Arbeitsteilung als wechselseitig aufeinander einwirkende Bedingungen der wirtschaftlichen Expansion, von einem »natürlichen« und einem »unnatürlichen« Entwicklungspfad und vom nationalen Wohlstand als Quelle nationaler Macht. Marx' und Schumpeters Kritik an Smiths Vorstellung von wirtschaftlicher Entwicklung werden in Kapitel 3 untersucht, mit ausdrücklicher Konzentration auf die kapitalistische Tendenz, Schranken der Selbstexpansion des Kapitals zu überwinden durch die »schöpferische« (und nicht so schöpferische) Zerstörung der Gesellschaftsstrukturen, auf denen die wirtschaftliche Expansion zuvor basierte. Anschließend werden wir diese verschiedenen Vorstellungen von wirtschaftlicher Entwicklung verwenden, um Sugiharas These der anhaltenden Bedeutung des von der ostasiatischen Fleißrevolution eröffneten Entwicklungspfads für die Weltgesellschaft neu zu formulieren.

## Der Markt als Herrschaftsinstrument

Unter den »bedeutendsten Ökonomen der Vergangenheit« ist Smith vielleicht »einer der am häufigsten erwähnten und am wenigsten gelesenen«.[3] Ob diese Behauptung Heilbroners zutrifft oder nicht, mit Sicherheit wird Smith zusammen mit Marx am häufigsten missverstanden. Insbesondere

[3] Robert Heilbroner (1991): »Economic Predictions«, *The New Yorker*, 8. Juli, S. 73. In einer persönlichen Erinnerung notiert Frank, wie schon häufig festgestellt worden sei, schafft »der schlecht beratene moderne Leser von dem Buch *[Der Wohlstand der Nationen]* […] wahrscheinlich nicht mehr als die ersten drei Kapitel (von zweiunddreißig). (So weit sind wir in Frank Knights Seminar über die Geschichte der Wirtschaftstheorie an der Universität von Chicago gekommen […] Milton Friedman gab Smith fast vollkommen auf und zog es vor, ihn durch Alfred Marshall zu ersetzen […] [Er wies uns an] aus den Anmerkungen von Marshalls *Prinzipien der Ökonomie* zu lernen […] und praktisch den gesamten empirisch reichhaltigen Text samt Anhängen der Vergessenheit anheim zu stellen.)« (Andre Gunder Frank [1974]: »On the Roots of Development and Underdevelopment in the New World: Smith and Marx vs. the Weberians«, International Review of Sociology 2. Reihe, 10 [2-3], S. 121; Hervorhebungen im Original).

drei Mythen umgeben sein Vermächtnis: Er sei ein Theoretiker und Verfechter von »sich selbst regulierenden« Märkten, ein Theoretiker und Verfechter des Kapitalismus als »Zugpferd« der »unendlichen« wirtschaftlichen Expansion und ein Theoretiker und Verfechter der Art von Arbeitsteilung gewesen, wie sie im Beispiel mit der Stecknadelfabrik im ersten Kapitel von *Der Wohlstand der Nationen* beschrieben wird. In Wirklichkeit war er nichts davon.

Wie Donald Winch maßgebend vertreten hat, ist Smiths Beschreibung der politischen Ökonomie als »Zweig der Wissenschaft eines Staatsmannes oder Gesetzgebers« und seines eigenen Beitrags als »Theorie« oder Reihe von »allgemeinen Prinzipien« zu Gesetz und Regierung eine zutreffende Charakterisierung seiner Absichten und Leistungen.[4] Weit davon entfernt, einen sich selbst regulierenden Markt zu erörtern, der mit einem minimalistischen oder ganz ohne Staat am besten funktionieren würde, setzt *Der Wohlstand der Nationen* ebenso sehr wie die *Theorie der ethischen Gefühle* und die unveröffentlichten *Vorträge zur Jurisprudenz* die Existenz eines starken Staates voraus, der die Bedingungen für die Existenz des Marktes schafft und reproduziert, der den Markt als effektives Herrschaftsinstrument benutzt, der seine Funktionsweise regelt und seine sozial oder politisch unerwünschten Folgen aktiv korrigiert oder ihnen entgegenwirkt. Ja, der Zweck von Smiths politischer Ökonomie ist ebenso sehr, dass »der Staat oder das Gemeinwesen Einnahmen erhalten können, mit deren Hilfe sie öffentliche Aufgaben durchführen«, wie »ein reichliches Einkommen zu erzielen oder [den] Lebensunterhalt für die Bevölkerung zu verbessern […], zutreffender, [zu untersuchen], wodurch der einzelne in die Lage versetzt werden kann, beides für sich zu beschaffen«.[5]

In diesen Bestrebungen sind die Bereiche, in denen Smith dem Gesetzgeber zum Einschreiten rät, Legion, darunter der Schutz vor internen und externen Bedrohungen von Einzelpersonen und Staat (Polizei und nationale Verteidigung), die Rechtspflege, die Bereitstellung der für Handel und

---

[4] Donald Winch (1978): *Adam Smith's Politics. An Essay in Historiographic Revision.* Cambridge. Siehe auch Knud Haakonssen (1981): *The Science of a Legislator. The Natural Jurisprudence of David Hume and Adam Smith.* Cambridge; und Patricia Werhane (1991): *Adam Smith and His Legacy for Modern Capitalism.* New York.

[5] Smith 1993[6], S. 347.

Kommunikation notwendigen physischen Infrastruktur, die Regulierung des Geld- und Kreditwesens und die Bildung der Masse der Bevölkerung als Maßnahme gegen die negativen Auswirkungen der Arbeitsteilung auf ihre intellektuellen Qualitäten. In diesen und anderen Bereichen basiert Smiths Empfehlung an den Gesetzgeber eher auf sozialen und politischen als auf wirtschaftlichen Überlegungen.[6]

Der dogmatische Glaube an die Vorteile minimalistischer Herrschaftsformen und sich selbst regulierender Märkte, wie er für das »liberale Kredo« des 19. Jahrhunderts typisch war, oder der ähnlich dogmatische Glaube an die heilenden Kräfte von »Schocktherapien«, wie sie vom Washington-Konsens im späten 20. Jahrhundert befürwortet wurden, waren Smith vollkommen fremd. Ja, er hätte wahrscheinlich Karl Polanyis Behauptung zugestimmt, dass solcher Glaube utopisch und undurchführbar sei. Zu erwarten, dass völlige Handelsfreiheit in Großbritannien eingeführt werden würde, schien ihm »so absurd wie zu erwarten, dass jemals ein Oceana oder Utopia dort gegründet würde«. Und solch vollkommene Freiheit (»perfekte Freiheit«, wie er es manchmal nannte) ist auch keine notwendige Bedingung für wirtschaftlichen Wohlstand. »Wenn keine Nation florieren könnte, ohne in den Genuss perfekter Freiheit und perfekter Gerechtigkeit gekommen zu sein, hätte keine Nation der Welt jemals florieren können.« Und obwohl Smith nie einen Zweifel daran lässt, dass er eine Liberalisierung des Handels vorzieht, ist er entschieden gegen alles, was den Schocktherapien der 1980er und 1990er Jahre ähnelt.

Wo große Wirtschaftssektoren betroffen sind, sollten Veränderungen »nie plötzlich eingeführt werden, sondern langsam, allmählich und mit sehr langfristiger Ankündigung«. Besondere Umsicht sollte man walten lassen, wenn man einem Gewerbe, das »eine große Menge von Leuten« beschäftigt, oder dem Handel mit Subsistenzgütern, der starke Gefühle des Volkes erregt, die Absicherung entzieht. Ja, in letzterem Fall muss »die Regierung

---

[6] Winch 1978, Kapitel 5, 6 und 7; Haakonssen 1981, S. 93-95; Werhane 1991; Jerry Z. Muller (1993): *Adam Smith in His Time and Ours. Designing the Decent Society*, New York, S. 140-148.

den Vorurteilen [des Volks] nachgeben und zur Wahrung der öffentlichen Ruhe das System einführen, das es gutheißt«.[7]

Die Nutzung des Markts durch die Regierung hat, mit anderen Worten, nicht nur soziale Ziele, sondern ist mächtigen sozialen Einschränkungen unterworfen. Beispielsweise sind die Gründe dafür, dass Smith die Einführung völlig freien Handels in Großbritannien für vollkommen unrealistisch hält, rein soziale.

> »Dem stehen neben den Vorurteilen der öffentlichen Meinung in erster Linie die wohl unüberwindlichen Privatinteressen vieler einzelner schroff entgegen. Würden sich die Offiziere der Armee so eifrig und einmütig jedem Abbau der Streitkräfte widersetzen, wie sich die Manufakturbesitzer gegen alle Gesetze wehren, die zu mehr Konkurrenz auf den Inlandsmärkten führen, und würden sie ihre Soldaten auf gleiche Weise anhalten, wie die anderen ihre Arbeiter anstacheln, damit sie mit Beschimpfung und nackter Gewalt gegen alle vorgehen, die solche Gesetze vorzuschlagen wagen, dann wäre wohl jeder Versuch, die Streitkräfte zu verringern, nicht minder gefährlich, als es heute das Bestreben geworden ist, auf irgendeine Art und Weise das Monopol abbauen zu wollen, das unsere Fabrikanten gegen uns errichtet haben.«[8]

---

[7] Den Kern des Arguments und alle Zitate in diesem Abschnitt habe ich Donald Winch (1983): »Science of the Legislator: Adam Smith and After«, *The Economic Journal* 93, S. 504-509, entnommen. Die Behauptung, dass Smith Polanyis Verurteilung des liberalen Kredos beigepflichtet hätte, stammt von mir. Polanyi selbst kommentiert Smiths Beziehung zum liberalen Kredo etwas uneindeutig. Er kritisiert Smith zwar für die Einführung des Begriffs des Homo Oeconomicus aufgrund einer Missdeutung der Vergangenheit, erkennt aber dennoch an, dass Smith »Wohlstand bloß als einen Aspekt des Lebens der Gemeinschaft [betrachtete], deren Zwecken er untergeordnet blieb […] In seinem Werk findet sich keine Andeutung, dass die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten der Gesellschaft das Gesetz vorschrieben; kein Hinweis, dass sie die weltlichen Sprecher einer göttlichen Vorsehung wären, die die Welt der Wirtschaft als separates Ganzes beherrschte. Bei ihm ist der ökonomische Bereich noch keineswegs von Eigengesetzlichkeiten bestimmt, die uns den Maßstab für Gut und Böse liefern würden.« (Karl Polanyi [1978]: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt a.M., S. 71-73, 157.)

[8] Smith 1993, S. 385.

## Konkurrenz und fallende Profitrate

Smith war kein stärkerer Theoretiker und Verfechter des Kapitalismus als Zugpferd des »unendlichen« ökonomischen Wachstums, als er Theoretiker und Verfechter »sich selbst regulierender« Märkte war. Entgegen der weitverbreiteten Meinung stammt die Idee, dass die Kapitalakkumulation im Lauf der Zeit gewöhnlich die Profitrate sinken lässt und damit dem Wirtschaftswachstum letztlich ein Ende setzt, nicht von Marx, sondern von Smith. Wie wir in Kapitel 3 sehen werden, zielt Marx' eigene Version des »Gesetzes« des tendenziellen Falls der Profitrate in Wirklichkeit darauf ab zu demonstrieren, dass Smiths Version im Hinblick auf das Langzeitpotenzial kapitalistischer Entwicklung übermäßig pessimistisch ist.

In Smiths Version des »Gesetzes« ist der tendenzielle Fall der Profitrate das Ergebnis der verstärkten Konkurrenz, die unvermeidlich mit der Akkumulation einer steigenden Masse von Kapital in etablierten Produktionsbereichen und Handelskanälen einhergeht.

> »Wächst [das Kapital], so sinkt der Zins, also sein Preis, den man für die Ausleihe entrichten muss. Dieser Rückgang hat spezifische Ursachen und nicht nur jene allgemeinen, die den Marktpreis von Dingen gewöhnlich sinken lassen, wenn ihre Menge zunimmt. Aber auch der Gewinn dieses Leihkapitals wird unter diesen Umständen in jedem Lande kleiner, ganz einfach deshalb, weil zwangsläufig der Wettbewerb um das Kapital stärker wird, so dass nur der in der Regel hoffen kann, andere auszuschalten, der auf bessere Bedingungen eingeht. Er muss nicht nur das, womit er handelt, etwas billiger verkaufen, sondern auch zuweilen teurer einkaufen, um es überhaupt verkaufen zu können. […] Wird auf diese Weise der Gewinn aus einer Kapitalverwendung kleiner, was zu Anfang und am Ende der Fall war, dann muss notwendigerweise der Preis, den man für den Einsatz zahlen kann, also der Zinssatz, mit ihm sinken.«[9]

[9] Ebd., S. 291f. Ein paar Seiten weiter sagt er dasselbe kürzer. »Die Kapitalgewinne würden real und nominal geringer, während das erhöhte Gesamtkapital eines Landes und die Konkurrenz auf den verschiedenen Kapitalmärkten natürlich entsprechend zunehmen würden, so dass die Kapitalbesitzer sich mit einem kleineren Teil des Ertrages zufrieden ge-

Die Eröffnung neuer Produktionsbereiche und Handelskanäle kann dem tendenziellen Fall zeitweise entgegenwirken. Aber wenn freier Zugang besteht (Smiths »perfekte Freiheit«), beginnt der tendenzielle Fall unvermeidlich wieder unter der Einwirkung des wiederaufgenommenen Wettbewerbs.

> »Die Gründung eines neuen Gewerbes und Handelszweiges oder die Einführung eines neuen praktischen Verfahrens in der Landwirtschaft ist stets eine Spekulation, von der sich der Unternehmer einen außerordentlichen Gewinn verspricht, der bisweilen auch sehr hoch ist, häufig mag indes auch das genaue Gegenteil eintreten. Gewöhnlich aber steht er in keinem normalen Verhältnis zum Gewinn in traditionellen Gewerben dieser Gegend. Glückt das Vorhaben, so ist er anfangs im allgemeinen äußerst hoch. Ist aber das Gewerbe oder die neue Anbaumethode erst einmal allseits eingeführt und bekannt, drückt der Wettbewerb den Gewinn auf die in anderen Zweigen übliche Höhe.«[10]

Dieses allgemeine Niveau, auf das Profite reduziert werden, kann hoch oder niedrig sein, abhängig davon, ob Kaufleute und Hersteller in der Lage sind, den Zugang zu ihrem Betätigungsfeld durch private Übereinkommen oder Regierungsverordnungen einzuschränken. Sind sie dazu nicht in der Lage, fallen die Profite so weit, wie es angesichts der Risiken beim Einsatz von Kapital in Handel und Produktion als »annehmbar« gilt.[11] Aber wenn sie den Zugang begrenzen und den Markt unterversorgt halten können, liegen die Profite signifikant über dem annehmbaren Niveau. Im ersten Fall *geht* die Expansion von Handel und Produktion wegen niedriger Profite zu Ende, im zweiten Fall wird sie durch die Neigung von Kaufleuten und Herstellern, das Profitniveau so hoch wie möglich zu halten, zu Ende *ge-*

---

ben müssten, den die mit Hilfe ihres Kapitals beschäftigten Arbeiter produzieren.« (Smith 1993, S. 293f.)

[10] Ebd., S. 100. Diese Ansicht, die sowohl von Ricardo als auch von Marx vollständig akzeptiert wurde, nimmt eindeutig Schumpeters Theorie der Innovationen vorweg. (Sylos-Labini, Paolo [1976]: »Competition: The Product Markets«, in: T. Wilson/A.S. Skinner [Hrsg.]: *The Market and the State: Essays in Honor of Adam Smith*. Oxford, S. 219.)

[11] »Die niedrigste übliche Gewinnspanne muss stets etwas höher sein als der Ausgleich für gelegentliche Verluste, mit denen man selbst bei der nötigen Vorsicht bei einer Ausleihe rechnen muss.« (Smith 1993, S. 83)

*bracht*.[12] In keinem Fall bringt der ökonomische Prozess spontan eine Tendenz hervor, die Grenzen, die weiterem Wirtschaftswachstum durch den Fall der Profitrate auferlegt sind, zu überwinden.

Wenn er zum Umgang mit diesen Tendenzen Empfehlungen an Regierungen ausspricht, zeigt Smith nicht die kapitalfreundlichen Veranlagungen, die für spätere liberale und neoliberale Ideologien typisch sind. Im Gegenteil,

> »In Smiths Konzeption […] war der Fall der Profitrate ein positives Phänomen, *wenn* er die allmähliche Eliminierung monopolistischer Schranken diverser Arten widerspiegelte […], das heißt, ein positives Phänomen, vorausgesetzt, er spiegelte eine Zunahme des Wettbewerbs wider und sie fiel nicht unter das minimal akzeptable Niveau.«[13]

Mit anderen Worten, für Smith ist es grundsätzlich Aufgabe der Regierung sicherzustellen, dass Kapitalisten miteinander konkurrieren und so die Profite auf ein bloßes Minimum reduzieren, das notwendig ist, um die Risiken der Investition von Ressourcen in Handel und Produktion zu kompensieren. Diese Interpretation passt zu Smiths Definition der gegensätzlichen Interessen der »drei großen Klassen, aus denen von Anfang an jede entwickelte Gesellschaft besteht«, das heißt derjenigen, die von Pacht, derjenigen, die vom Lohn und derjenigen, die vom Gewinn leben. Die Interessen der ersten beiden Klassen oder Schichten, so Smith, stimmen gewöhnlich mit dem allgemeinen sozialen Interesse überein, weil der reale Wert sowohl von Pachteinnahmen als auch von Löhnen gewöhnlich mit dem Wirtschaftswachstum steigt und mit dem wirtschaftlichen Niedergang einer Gesellschaft sinkt. Die Interessen derer, die vom Gewinn leben, können mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse in Konflikt geraten, weil sie immer eine Erweiterung des Marktes und eine Schmälerung der Konkurrenz beinhalten. Und während

> »eine Erweiterung des Marktes […] häufig genug auch im öffentlichen Interesse [liegt], […] muss eine Beschränkung der Konkurrenz ihm stets schaden, da diese lediglich dazu dienen kann, dass die Geschäftsleute ih-

[12] Siehe Sylos-Labini 1976, S. 216-220.
[13] Ebd., S. 220; Hervorhebung im Original.

ren Gewinn über die natürliche Spanne hinaus erhöhen und gleichsam den Mitbürgern eine absurde Steuer zum eigenen Vorteil auferlegen«.[14] Schlimmer noch, nicht nur kollidieren ihre Interessen mit denen der Allgemeinheit, Unternehmer verfolgen ihre Interessen auch mit größerer Klugheit, Macht und Entschlossenheit als die anderen sozialen Klassen. Die bequeme und sichere Lage der Landbesitzer »verführt sie natürlicherweise zu einer gewissen Trägheit, so dass sie nur allzu oft wenig Sachkenntnis besitzen und wenig praktisches Verständnis aufbringen, ohne das man die Folgen einer staatlichen Entscheidung weder verstehen noch voraussehen kann«. Was den Lohnempfänger angeht, so »ist er […] unfähig, dieses Interesse [der Allgemeinheit] oder dessen Verbindung mit dem eigenen zu verstehen«. Außerdem wird in öffentlichen Beratungen »seine Stimme kaum gehört und noch weniger beachtet, außer bei besonderer Gelegenheit, wenn etwa seine Klagen von seinem Arbeitgeber angeregt, angestachelt und unterstützt werden, dann allerdings nicht zu seinem Vorteil, sondern in dessen ureigenem Interesse«. Im Gegensatz dazu gilt für die Unternehmer, besonders für die, die das größte Kapital einsetzen, dass sie »wegen ihres Vermögens auch am meisten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen«. Darüber hinaus haben sie »ein ganzes Leben lang mit Plänen und Projekten zu tun«, und daher »kennen sie das eigene [Interesse] weit besser als ein Grundbesitzer das seine«.[15]

Im Bemühen um das allgemeingesellschaftliche Interesse wird Gesetzgebern somit empfohlen, den Interessen und der Macht der Kapitalisten eher entgegenzuwirken als ihnen Rechnung zu tragen. Weit davon entfernt, kapitalfreundlich zu sein, ist Smiths Rat an den Gesetzgeber fast ausnahmslos arbeiterfreundlich.

> »Unsere Kaufleute und Unternehmer klagen zwar über die schlimmen Folgen höherer Löhne, da sie zu einer Preissteigerung führen, wodurch ihr Absatz im In- und Ausland zurückgehe, doch verlieren sie kein Wort über die schädlichen Auswirkungen ihrer hohen Gewinne. Sie schweigen einfach über die verwerflichen Folgen der eigenen Vorteile und klagen immer nur über die anderen Leute.«[16]

---

[14] Smith 1993, S. 211-213.
[15] Ebd., S. 212f.
[16] Ebd., S. 85; s. auch S. 503.

Smiths Ansicht nach sind Beschwerden über hohe Löhne besonders ungerechtfertigt, weil eine »großzügige Entlohnung« sowohl eine Folge zunehmenden nationalen Wohlstands als auch die Bedingung für eine wachsende Bevölkerung und den Fleiß der gewöhnlichen Leute ist. »Über hohe Löhne klagen, heißt daher nichts anderes, als über die notwendige Folge und Ursache höchster Prosperität des Landes jammern.«[17] Nirgends ist der Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und wirtschaftlichem Fortschritt deutlicher sichtbar als in den nordamerikanischen Kolonien.

> »Jeder Kolonist bekommt mehr Land, als er selbst bearbeiten kann. Er muss keine [Pacht] und kaum Steuern entrichten […] Er hat daher jeden Anlass, einen möglichst hohen Ertrag zu erwirtschaften, denn [dieser] fällt ihm fast allein zu. […] Er ist daher ständig bemüht, von überall her Arbeitskräfte zu beschaffen, und er entlohnt sie äußerst großzügig. Die hohen Löhne, im Verein mit dem Überschuss an billigem Boden, führen jedoch bald dazu, dass ihm die Arbeiter kündigen, um selbst Grundbesitzer zu werden. Bezahlen dann diese wiederum andere Arbeiter ebenso gut, so werden auch sie in kurzer Zeit aus den gleichen Gründen ihre Beschäftigung aufgeben. […] In anderen Ländern zehren [Pacht] und Kapitalgewinn den Lohn auf und die beiden oberen Schichten unterdrücken die Unterschicht. In neuen Kolonien zwingt dagegen schon das Eigeninteresse beide Stände, die untere Schicht großzügiger und menschlicher zu behandeln, zumindest dort, wo diese nicht mehr im Stand der Sklaverei lebt.«[18]

Die Bedingungen in einer neuen Kolonie sind jedoch Ausnahmen, denn »im Unterschied zu den meisten anderen Ländern muss [sie] stets eine zeitlang im Verhältnis zur Größe des Territoriums kapitalschwach und im Verhältnis zur Kapitalausstattung zu wenig bevölkert sein«. Smith stellt dieser Bedingung die eines Landes gegenüber, das »das Höchstmaß an ausgeglichenem Wohlstand erreicht«, sodass »in jedem einzelnen Erwerbszweig soviel Kapital investiert [würde], wie es Natur und Umfang desselben zu-

---

[17] Ebd., S. 70. Wie Winch feststellt, deutet sich hier nichts von Thomas Malthus' späterer Beschäftigung mit den finsteren Aussichten aufgrund von sinkenden Erträgen der Landwirtschaft und Massenarmut an, ein Thema, auf das wir in Kapitel 3 zurückkommen werden. (Winch 1983, S. 513f.).

[18] Smith 1993, S. 473f.

lassen«. In einem solchen Land wäre »der Wettbewerb […] so groß und folglich der normale Gewinn so niedrig wie möglich«. Smith bezweifelt, dass irgendein Land je »dieses Stadium des Wohlstandes erlangt« hat, erwähnt aber zwei grundverschiedene wahrscheinliche Kandidaten: China und Holland.[19] Wir werden später auf Smiths vergleichende Analyse der Entwicklungsbedingungen in China, Europa und Nordamerika zurückkommen. Für den Moment halten wir fest, dass Smith in diesem Kontext die nordamerikanischen Kolonien einerseits und China und Holland andererseits vergleicht, um seine Auffassung von wirtschaftlicher Entwicklung als einen Prozess zu illustrieren, der in eine bestimmte physische, institutionelle und soziale Umgebung eingebettet und von ihr begrenzt ist. Genauer gesagt, Smiths Vorstellung von wirtschaftlicher Entwicklung entspricht einem mit natürlichen Ressourcen ausgestatteten und durch Gesetze und Institutionen innerlich geprägten und äußerlich begrenzten räumlichen Behältnis (»Land«), das mit Menschen und physischem Kapital angefüllt wird. Wenn das räumliche Behältnis, wie im Fall der nordamerikanischen Kolonien, zu wenig Menschen und Kapital enthält, besteht ein hohes Potenzial für Wirtschaftswachstum – eine Bedingung oder ein »Zustand«, den Smith »progressiv« nennt. Wenn das räumliche Behältnis, wie im Fall Chinas und Hollands, mit Kapital und Menschen »angefüllt« ist, besteht, wenn überhaupt, nur ein geringes Potenzial für Wirtschaftswachstum – eine Bedingung oder ein »Zustand«, den Smith »Stillstand« nennt, den wir heute aber als einen der ökonomischen Reife beschreiben würden. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, in seinem Herrschaftsbereich für Gesetze und Institutionen zu sorgen, die die volle Verwirklichung des Wachstumspotenzials möglich machen. So schien es Smith, dass China »seit langem offenbar stagniert« und »wahrscheinlich schon viel früher jenes in sich ausgeglichene Höchstmaß erreicht [hat], das mit der Eigenart seiner Gesetze und Einrichtungen im Einklang steht«. Dieses ausgeglichene Höchstmaß mag jedoch »weit unter jenem liegen, das, unter ganz anderen Gesetzen und Institutionen, die natürliche Beschaffenheit seines Bodens und Klimas und seine besondere Lage zugelassen hätten«.[20]

[19] Ebd., S. 79-82.
[20] Ebd., S. 82.

Es ist nicht klar, jedenfalls mir als Leser nicht, inwieweit sich nach Smiths Dafürhalten die Einschränkungen des Wirtschaftswachstums eines Landes aufgrund dessen Größe und Ausstattung mit natürlichen Ressourcen durch Veränderungen seiner Gesetze und Institutionen überwinden lassen. Einleuchtend ist jedoch Schumpeters Behauptung, dass der Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung, wie Smith ihn auffasst, keinen *inhärenten* Mechanismus zur Überwindung der Tendenz dazu hat, in einen »Stillstand« oder eine »Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau« – wie Mark Elvin den Stillstand des späten imperialen Chinas charakterisiert[21] – zu geraten. Nirgends deutet Smith an, dass die unsichtbare Hand des Marktes für sich allein die Ökonomie aus einer solchen Falle befreien kann. Wenn irgendetwas oder irgendjemand das kann, dann die sichtbare Hand der Regierung durch entsprechende Veränderungen von Gesetzen und Institutionen. Damit hängt auch eng die Tatsache zusammen, dass Regierungen bei der Umgestaltung von Gesetzen und Institutionen nicht nur, wie bereits bemerkt, mächtigen sozialen Einschränkungen unterliegen, sondern auch auf Widersprüche des Prozesses der wirtschaftlichen Entwicklung reagieren, die vorrangig nicht ökonomisch sind, sondern sozial.

## Die Arbeitsteilung und der Verfall der geistigen Fähigkeiten der Bevölkerung

Das Thema der staatlichen Maßnahmen, die auf die sozialen Widersprüche wirtschaftlicher Entwicklung reagieren, bringt uns zum dritten Mythos, der Smiths Vermächtnis umgibt: dem Mythos, er sei ein Theoretiker und Verfechter der Art von Arbeitsteilung, die in den Anfangspassagen von *Der Wohlstand der Nationen* beschrieben wird. In einer berühmten Erklärung meinte Schumpeter, niemand vor oder nach Smith habe jemals der Arbeitsteilung ein so großes Gewicht beigemessen wie er. Bei Smith »ist sie praktisch der einzige Faktor wirtschaftlichen Fortschritts«.[22] Stellt die zweite

[21] Mark Elvin (1973): *The Pattern of the Chinese Past.* Stanford, S. 314, und unten, Kapitel 11.

[22] Joseph Schumpeter (1965): *Geschichte der ökonomischen Analyse.* Bd. 1. Göttingen, S. 248.

Feststellung eine Übertreibung dar, so trifft die erste nur im Bezug auf die Arbeitsteilung *zwischen* unabhängigen, durch Markttausch verbundenen Produktionseinheiten zu (Marx' »gesellschaftliche Arbeitsteilung«), nicht für die Arbeitsteilung innerhalb von Produktionseinheiten (Marx' »manufakturmäßige Arbeitsteilung«).[23]

Die strategische Position dieser beiden Arten der Arbeitsteilung in *Der Wohlstand der Nationen* ist der im ersten Band von Marx' *Kapital* entgegengesetzt. Marx beginnt seine Schilderung mit dem Markt und der zugrundeliegenden Arbeitsteilung, lädt uns aber bald dazu ein, die »geräuschvolle Sphäre« des Marktes zu verlassen und dem Geldbesitzer samt dem Arbeitskraftbesitzer in die »verborgene Stätte der Produktion« zu folgen, um herauszufinden, »nicht nur wie das Kapital produziert, sondern auch, wie man es selbst produziert, das Kapital«.[24] Smith dagegen illustriert zunächst am Beispiel einer Stecknadelfabrik, wie die Arbeitsteilung die Produktivkraft der Arbeit verbessert. Danach jedoch verlässt er die verborgenen Stätten der Produktion und konzentriert sich auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung (zwischen Stadt und Land oder zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren und -aktivitäten), auf den Markttausch, der die auf verschiedene Wirtschaftsaktivitäten spezialisierten Einheiten verbindet, auf die Konkurrenz, die weitere Arbeitsteilung und Spezialisierung unter Handels- und Produktionsbereichen fördert, und darauf, was Regierungen tun können, um die Synergie zwischen Konkurrenz und Arbeitsteilung zu fördern, zu regulieren und für sich zu nutzen. Erst durch die Befürwortung von Regierungsmaßnahmen zur Bildung der Massen gegen Ende von *Der Wohlstand der Nationen* kommt Smith implizit auf die manufakturmäßige Arbeitsteilung zurück. Aber statt wie zu Beginn seiner Schilderung ihre positiven Effekte auf die Produktivkraft der Arbeit zu betonen, prangert er nun ihre schädlichen Auswirkungen auf die Arbeitskräfte an.

> »Mit fortschreitender Arbeitsteilung wird die Tätigkeit der überwiegenden Mehrheit derjenigen, die von ihrer Arbeit leben, also der Masse des Volkes, nach und nach auf einige wenige Arbeitsgänge eingeengt, oftmals auf nur einen oder zwei. Nun formt aber die Alltagsbeschäf-

[23] Marx 1971, S. 377-386.
[24] Ebd., S. 189.

> tigung ganz zwangsläufig das Verständnis der meisten Menschen. Jemand, der tagtäglich nur wenige einfache Handgriffe ausführt, die zudem immer das gleiche oder ein ähnliches Ergebnis haben, hat keinerlei Gelegenheit, seinen Verstand zu üben. Denn da Hindernisse nicht auftreten, braucht er sich auch über deren Beseitigung keine Gedanken zu machen. So ist es ganz natürlich, dass er verlernt, seinen Verstand zu gebrauchen, und so stumpfsinnig und einfältig wird, wie ein menschliches Wesen nur eben werden kann. […] Die wichtigen und weitreichenden Interessen seines Landes kann er überhaupt nicht beurteilen, und falls er nicht ausdrücklich darauf vorbereitet wird, ist er auch nicht in der Lage, sein Land in Kriegszeiten zu verteidigen. […] Selbst seine körperliche Tätigkeit wird beeinträchtigt, und er verliert die Fähigkeit, seine Kräfte mit Energie und Ausdauer für eine andere Tätigkeit als der erlernten einzusetzen. Seine spezifisch berufliche Fertigkeit, so scheint es, hat er sich auf Kosten seiner geistigen, sozialen und soldatischen Tauglichkeit erworben. Dies aber ist die Lage, in welche die Schicht der Arbeiter, also die Masse des Volkes, in jeder entwickelten und zivilisierten Gesellschaft unweigerlich gerät, wenn der Staat nichts unternimmt, sie zu verhindern.«[25]

Lässt man für den Moment die negativen Auswirkungen der manufakturmäßigen Arbeitsteilung auf die kriegerischen Tugenden beiseite, so stehen ihre negativen Auswirkungen auf die Fähigkeit, die nationalen Interessen zu beurteilen, im Einklang mit Smiths zuvor festgestellter schlechter Meinung von der Fähigkeit des Lohnempfängers, »dieses Interesse [der Allgemeinheit] oder dessen Verbindung mit dem eigenen zu verstehen«. Mit der Behauptung, die manufakturmäßige Arbeitsteilung unterminiere die Fähigkeit des Lohnarbeiters, intelligente und kreative Hilfsmittel zur Überwindung von Schwierigkeiten in seinem eigenen Job zu finden oder eine andere Tätigkeit als die erlernte effektiv auszuführen, scheint Smith jedoch seiner früheren Aussage zu widersprechen, dasselbe Phänomen verbessere die Produktivkraft der Arbeit. E. G. West beispielsweise stellt eine »bemerkenswerte Widersprüchlichkeit« zwischen diesen beiden Behauptungen fest, insbesondere da Smith unter anderem deswegen eine Produk-

[25] Smith 1993, S. 662f.

tivitätssteigerung der Arbeitskräfte von der Arbeitsteilung erwartet, weil diese den Einfallsreichtum der Arbeiter dadurch verstärkt, dass sie deren ganze Aufmerksamkeit auf die Entdeckung leichterer oder praktischerer Methoden zur Ausführung einfacher Handgriffe lenkt.[26]

Nathan Rosenberg wandte gegen West ein: »[O]bwohl die Arbeitsteilung potenziell katastrophale Auswirkungen auf die moralischen und intellektuellen Qualitäten der Arbeiterschaft hat und obwohl Smith über diese Auswirkungen ernsthaft besorgt war, befürchtete er nicht, dass solche Entwicklungen ein ernsthaftes Hindernis für den kontinuierlichen technischen Wandel darstellten.«[27] Um dieses Argument zu stützen, weist Rosenberg darauf hin, dass technologische Innovationen für Smith neben dem Einfallsreichtum der Arbeiter zwei weitere Quellen hatten: die Aktivitäten der Produzenten von Investitionsgütern und die Aktivitäten derer, die Smith »Philosophen« nennt, die wir heute aber Wissenschaftler nennen würden.

> »Keineswegs [haben] nur Arbeiter Maschinen verbessern […] helfen, die sie bedient haben. In vielen Fällen verdanken wir den technischen Fortschritt der Erfindergabe der Maschinenbauer, nachdem der Maschinenbau ein selbständiges Gewerbe geworden war. Andere Entdeckungen machten sogenannte Philosophen oder Theoretiker, deren Aufgabe es weniger ist, die Dinge zu verändern als sie zu beobachten. Sie sind auf Grund ihrer Spekulation häufig imstande, Phänomene, die sehr verschieden sind und wenig Bezug zueinander haben, sinnvoll zu verknüpfen. Mit der Entwicklung einer Gesellschaft werden auch Wissenschaft und Forschung, wie jede andere Beschäftigung, zum Hauptberuf oder zur ausschließlichen Tätigkeit einer bestimmten Schicht von Bürgern. Wie jede andere Beschäftigung, so spaltet sich auch die Wissenschaft in verschiedene Zweige. Auf diese Weise entstehen Spezialisten für die einzelnen Wissens- und Forschungsgebiete. Und wie in allen Berufen fördert die Arbeitsteilung auch hier die Fertigkeit und spart Zeit. Jeder sammelt

[26] E.G.West (1964): »Adam Smith's Two Views on the Division of Labour«, *Economica* 31 (122), S. 26.

[27] Rosenberg, Nathan (1965): »Adam Smith on the Division of Labour: Two Views or One?« *Economica* 32 (127), S. 138f.

Erfahrung und wird Fachmann in seiner Disziplin, alles in allem wird mehr geleistet und der Wissensstand wächst beträchtlich.«[28]

Rosenberg geht davon aus, dass sich für Smith die relative Bedeutung dieser drei Quellen von technologischem Wandel (direkte Produzenten, Produzenten der Produktionsmittel und Philosophen/Wissenschaftler) im Verlauf der Arbeitsteilung verändert. In ihren frühen Phasen verfügt die Mehrheit der Bevölkerung über Wissen und Denkvermögen von beträchtlichem Niveau, und jeder am Produktionsprozess Beteiligte kann zu der Art von einfachen Innovationen beitragen, die zur Einsparung von Zeit und Energien und zur Überwindung von Schwierigkeiten nötig sind. Je weiter die Arbeitsteilung voranschreitet, desto geringer wird bei der Mehrheit der Bevölkerung die Fähigkeit, zum technologischen Wandel beizutragen, teilweise aufgrund der zunehmenden Komplexität von Innovationen und teilweise aufgrund der mit immer monotonerer und gleichförmigerer Arbeit einhergehenden zunehmenden Verkümmerung der Geisteskräfte. Während jedoch das Niveau von Wissen und Denkvermögen durch die Verhältnisse bedingt schrumpft, ermöglicht die umfassende Spezialisierung in der Wissensproduktion selbst höhere Stufen des wissenschaftlichen Leistungsstandards, die einzigartige und nie da gewesene Möglichkeiten des technischen Fortschritts eröffnen.[29] Wie Smith selbst es ausdrückte:

»Obwohl in einem primitiven Volke die Aufgaben des Einzelnen recht mannigfaltig sind, fehlt doch die Vielfältigkeit in der Gesamtheit. Jedermann leistet fast alles oder wäre dazu in der Lage, was jeder andere ebenfalls leistet oder leisten kann. Jeder besitzt ein beachtliches Maß an Wissen, Einfallsreichtum und Phantasie, aber kaum einer eine außergewöhnliche Intelligenz. Das allgemeine geistige Niveau reicht gewöhnlich dazu aus, um die einfachen Aufgaben dieses Gemeinwesens zu bewältigen. In einem zivilisierten hingegen ist das Tätigkeitsfeld des Einzelnen eng begrenzt, das der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit jedoch von einer fast unübersehbaren Vielfalt. Diese Auffächerung bietet den wenigen, die […] Zeit und Interesse an der Untersuchung über die Beschäftigung anderer haben, eine Fülle an Studienobjekten. Das Nachdenken

[28] Smith 1993, S. 14.
[29] Rosenberg 1965, S. 136f.

über so vielerlei Dinge, endloses Vergleichen und Kombinieren verleiht ihnen geistige Elastizität, schärft ihren Verstand und weitet ihren Horizont in außergewöhnlichem Maße.«[30]

Rosenbergs Interpretation, nach der diese Passage beschreibt, wie sich der Ausgangspunkt für Veränderungen in Produktionsmethoden und -organisation von den direkten Produzenten auf die Wissenschaftler verschiebt, leuchtet ein, wenn man sie in zwei wichtigen Hinsichten relativiert. Erstens steht die fragliche Verschiebung im Einklang mit Smiths Konzeption der wirtschaftlichen Entwicklung als Prozess, der in eine bestimmte physische, institutionelle und soziale Umgebung eingebettet ist und von dieser begrenzt wird. Sie gibt lediglich die Mechanismen an, durch die eine Expansion des nationalen Markts aufgrund steigender Einkommen auf der einen Seite und eine zunehmende Arbeitsteilung auf der anderen einander in einem positiven Kreislauf aufrecht erhalten, solange das territoriale Behältnis, in das sie beide eingebettet sind, eine stets zunehmende Masse von Kapital aufnehmen kann, ohne dass die Profitrate unter das akzeptable Mindestniveau sinkt. Aber Smith geht nirgends davon aus, dass die zunehmende Arbeitsteilung alleine das Steckenbleiben der Ökonomie in einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau (ihren »Stillstand«) verhindern kann, sobald das Behältnis übermäßig mit Menschen und Kapital gefüllt ist. Wie bereits bemerkt, kann nur die sichtbare Hand der Regierung die Ökonomie durch entsprechende Veränderungen von Gesetzen und Institutionen aus einer solchen Falle befreien.

Zweitens führt Smith zwar das Beispiel der Stecknadelfabrik an, um zu illustrieren, welche positiven Auswirkungen Spezialisierung auf die Produktivkraft der Arbeit hat, doch machen die oben zitierte Passage und ihr allgemeiner Kontext mehr als deutlich, dass dabei der Entstehung spezialisierter Produktionseinheiten und -zweige (also einer verstärkten gesellschaftlichen Arbeitsteilung) die größten positiven Auswirkungen auf die Produktivkraft der Arbeit zugeschrieben werden und nicht der Spezialisierung von Arbeitsrollen innerhalb der Einheiten selbst (also einem Zuwachs bei der manufakturmäßigen Arbeitsteilung). Das heißt, für Smith sind die zwei wichtigsten Entwicklungen zur Verbesserung der Produktiv-

[30] Smith 1993, S. 663

kraft der Arbeit die Herausbildung eines auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisierten Sektors und das Hervortreten von auf die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis spezialisierten Einzelpersonen und Organisationen. Beide Entwicklungen hängen zwar von einer zunehmenden *Größe des Marktes* ab, aber im Gegensatz zur Entstehung spezialisierter Arbeitsrollen nicht notwendigerweise von einer zunehmenden *Größe der Produktionseinheiten*, die durch den Markt verbunden sind.

Smiths äußerste Skepsis in Bezug auf die Effizienz und Nützlichkeit von Großunternehmen spricht stark für diese Behauptung. Die Skepsis wird nicht nur in seinem oben diskutierten Rat an Regierungen, der Macht der Großunternehmen entgegenzuwirken, offensichtlich, sondern auch in seiner negativen Meinung von Aktiengesellschaften.

> »Die Gesellschaften mögen vielleicht bei der Errichtung einzelner Handelssparten ganz nützlich gewesen sein, indem sie auf eigene Kosten ein Experiment wagten, dessen Durchführung der Staat nicht für klug halten mochte, doch haben sie sich allesamt auf die Dauer als lästig oder nutzlos erwiesen und die Handelsgeschäfte entweder schlecht geführt oder ihnen zu enge Grenzen gezogen.«[31]

Da Aktionäre »selten für sich in Anspruch [nehmen], irgend etwas von den Geschäften der Gesellschaft zu verstehen, […] so werden sie sich auch damit nicht abgeben. Sie sind vielmehr zufrieden, wenn sie halbjährlich oder jährlich eine Dividende erhalten, welche die Direktoren als für sie angemessen ansehen. […]«

> »Daher müssen Nachlässigkeit und Verschwendung in der Geschäftsführung einer solchen Gesellschaft stets mehr oder weniger vorherrschen. Aus diesem Grunde sind auch Aktiengesellschaften selten imstande gewesen, sich im Außenhandel gegenüber der Konkurrenz privater Unternehmer zu behaupten. Ohne ein ausschließliches Sonderrecht haben sie daher auch höchst selten Erfolg gehabt, häufig blieb er ihnen sogar trotz des Privilegs versagt. Ohne ein solches Vorrecht haben sie in der Regel die Handelsgeschäfte schlecht geführt und mit ihm nicht nur das, sondern auch noch andere dabei behindert.«[32]

---

[31] Ebd., S. 621f.
[32] Ebd., S. 629f.

»Nachlässigkeit und Verschwendung« von Managern ist nicht der einzige Grund für das schlechte Abschneiden von Aktiengesellschaften. Fehlende Flexibilität bei der Anpassung an örtliche Bedingungen ist ebenso entscheidend im Fall von Gesellschaften, die ohne exklusive Privilegien auf verschiedenen nationalen Märkten gleichzeitig Geschäfte tätigen – also Gesellschaften, die den multinationalen Unternehmen von heute sehr ähnlich sehen.

> »Auf einem Markt einzukaufen, um mit Gewinn auf einem anderen zu verkaufen, wenn viele Wettbewerber auf beiden tätig sind, zu beobachten, wie sich die Nachfrage gelegentlich ändert, aber auch wie sich die Konkurrenz verhält, die sich weit stärker und häufiger verändert, oder wie das Angebot schwankt, das andere zur Deckung dieser Nachfrage auf den Markt bringen können, und geschickt und umsichtig jedes Warensortiment nach Menge und Qualität allen diesen Umständen anzupassen, das alles ähnelt einer Kriegführung, deren Operationen ständig wechseln, wobei man kaum zum Erfolg kommen kann, wenn man nicht unermüdlich wachsam und mit Umsicht tätig ist, eine Führung, die von den Direktoren einer Aktiengesellschaft auf die Dauer nicht erwartet werden kann.«[33]

Smith räumt ein, dass eine Aktiengesellschaft möglicherweise in der Lage ist, solche Handelsgeschäfte »mit Erfolg zu betreiben […], ohne ein ausschließliches Privileg zu besitzen, […] in denen man alle Vorgänge so stark reduzieren kann, dass sie zur sogenannten Routine werden oder zu einem solch uniformen Verfahren, bei dem nur eine geringe oder überhaupt keine Veränderung auftritt«. Aber er erwähnt nur vier Geschäftsbereiche, in denen das der Fall sein könnte: Banken, Versicherungen, Bau und Instandhaltung von schiffbaren Kanälen und die Wasserversorgung einer großen Stadt. Das verarbeitende Gewerbe ist definitiv keiner davon.

> »Aktiengesellschaften, die auf Grund von staatspolitischen Erwägungen gegründet werden, um ein einzelnes Gewerbe zu fördern, führen nicht nur die eigenen Geschäfte schlecht, so dass das Gesellschaftskapital angegriffen wird, sie können auch in anderer Beziehung, wie es einfach nicht anders zu erwarten ist, mehr Schaden als Nutzen stiften. Ungeach-

[33] Ebd., S. 641f.

tet redlichster Absichten, bevorzugen ihre Direktoren ganz unvermeidlich einzelne Gewerbezweige und […] [dies] stößt alle übrigen vor den Kopf und stört zwangsläufig mehr oder weniger das natürliche Gleichgewicht, das sich sonst von selbst zwischen regem Erwerbsfleiß und Gewinn einstellen würde und das von allen Antriebskräften und Anreizen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes die wichtigste und wirksamste ist.«[34]

## Alternative Pfade zum Reichtum

Die Bemerkung in der Passage oben zu einem »natürlichen Gleichgewicht […] zwischen regem Erwerbsfleiß und Gewinn« bringt uns zu einer vierten Klarstellung von Smiths Auffassung von wirtschaftlicher Entwicklung. Wie bereits bemerkt, greift Smith China und Holland als die wahrscheinlichsten Beispiele für ein Land heraus, in dem »weit mehr Menschen leben, als es auf seinem Boden ernähren oder mit Hilfe seines Kapitals beschäftigen kann« und »in jedem einzelnen Erwerbszweig soviel Kapital investiert [wurde], wie es Natur und Umfang desselben zulassen«. Gleichwohl berichtet Smith auch, dass China und Holland diesen Zustand ökonomischer Reife über sehr unterschiedliche Entwicklungspfade erreicht haben.

China wird wiederholt als Beispiel für ein Land erwähnt, das den Pfad zur ökonomischen Reife gegangen ist, den Smith den »natürlichen Lauf der Dinge« nennt oder den »natürlichen Fortschritt des Reichtums«. In einem solchen »natürlichen« Verlauf wird »das Kapital zunächst überwiegend in die Landwirtschaft, später ins Gewerbe und zuallerletzt in den Außenhandel gelenkt«. Die Ausweitung und Verbesserung des Anbaus bringen Nachfrage nach Investitionen in Manufakturen hervor, und die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion erzeugt ihrerseits einen Überschuss an Gütern, die im Ausland gegen höherwertigere Güter eingetauscht werden können. »Hätten menschliche Eingriffe […] niemals diesen natürlichen Lauf der Dinge gestört, so wären in jeder politischen Gemeinschaft der forcierte Wohlstand und das Wachstum der Städte nur eine nor-

[34] Ebd., S. 642-644.

male Folge der Verbesserung der Landwirtschaft, die gleichzeitig das Ausmaß der Entwicklung des ganzen Landes bestimmt hätte.«[35]

Holland wird im Unterschied dazu als extremstes (in Max Webers Sprache idealtypisches) Beispiel für ein Land angesehen, das den europäischen Pfad zur ökonomischen Reife gegangen ist, den Smith »unnatürlich und rückschrittlich« nennt.

> »Obwohl sich diese natürliche Entwicklung in jedem Land in einem gewissen Grade hätte vollziehen müssen, ist sie in allen modernen Staaten Europas in vieler Beziehung völlig umgekehrt verlaufen. So hat der Außenhandel in einigen Städten alle feineren Manufakturwaren oder solche, die für den Fernhandel geeignet waren, eingeführt. Gewerbe- und Außenhandel haben dann zusammen den entscheidenden Fortschritt in der Landwirtschaft in die Wege geleitet. Die Sitten und Gewohnheiten, deren Ursprung in den staatlichen Eingriffen zu suchen ist, blieben aber auch dann noch erhalten, als sich die Wirtschaftspolitik grundlegend geändert hatte, so dass hier letztlich die Ursache für diese unnatürliche und rückschrittliche Entwicklung in Europa zu suchen ist.«[36]

Smiths Beschreibungen von China sind weit entfernt von den Anklagen Montesquieus, Diderots und Rousseaus, die schließlich Marx' berüchtigte Vorstellung von einer »asiatischen Produktionsweise« zur Folge hatten. Dennoch sind sie nicht so voller Bewunderung wie die Schilderungen der sinophilen Fraktion der europäischen Aufklärung, deren bedeutendste Vertreter Leibniz, Voltaire und Quesnay waren.[37] Die Informationsquellen, die letztere zu ihrer Haltung anregten, werden gelegentlich verspottet, sie stammten »von unbeholfenen und staunenden Reisenden, häufig einfältigen und unzuverlässigen Missionaren«.[38] Wichtiger ist, dass Smith sich Chinas Gesetze und Institutionen vornimmt, weil sie der weiteren wirtschaftlichen Expansion unnötige Grenzen auferlegen. So fährt Smith, nachdem er festgestellt hat, Chinas »Inlandsmarkt« sei vermutlich so groß

---

[35] Ebd., S. 313f.

[36] Ebd., S. 314f.

[37] Zur Spaltung der Aufklärung in Bewunderer und Schmäher von China in der Qing-Zeit siehe Adas 1989, S. 79-93. Zu Marx' asiatischer Produktionsweise siehe Perry Anderson (1979): *Lineages of the Absolutist State*. London, S. 462-549.

[38] Smith 1993, S. 618.

wie der aller europäischen Länder zusammen und habe sich wahrscheinlich so weit entwickelt, wie die Eigenart seines Bodens und Klimas sowie seine Lage zu anderen Ländern es zuließen, folgendermaßen fort: »Ein Land, das den Außenhandel vernachlässigt […], das fremden Schiffen lediglich einen oder zwei Häfen öffnet, kann nicht die gleiche rege Geschäftstätigkeit entfalten, wie sie sonst, unter anderen gesetzlichen und institutionellen Bedingungen, durchaus möglich wäre.«

> »Indes könnte ein verstärkter Außenhandel, der diesen Binnenhandel mit dem Weltmarkt verbindet, namentlich dann, wenn dieser Handel in beachtlichem Umfang auf chinesischen Schiffen erfolgen würde, fraglos die Manufakturen in China außerordentlich fördern und die produktiven Kräfte seiner Wirtschaft erheblich verbessern. Würde er die Schifffahrt intensivieren, könnten auch die Chinesen selbst lernen, wie man die verschiedensten Maschinen, die in anderen Ländern eingesetzt werden, baut und benutzt. Gleichzeitig könnten sie sich auch die anderen Verbesserungen in Handwerk und Gewerbe zu eigen machen, die sonstwo in der Welt bereits durchgeführt werden. Bei ihrer gegenwärtigen Politik haben sie allerdings wenig Gelegenheit, von anderen Ländern, mit Ausnahme Japans, zu lernen und deren Erfahrungen auszunutzen.«[39]

Diese Kritik der chinesischen Gesetze und Institutionen – um die Frage nach ihrer historischen Richtigkeit für den Moment beiseite zu lassen – unterstellt keineswegs, dass europäische Gesetze und Institutionen den chinesischen überlegen waren, und noch weniger, dass der »unnatürliche und rückschrittliche« europäische Pfad der ökonomischen Entwicklung dem »natürlichen« chinesischen Pfad überlegen war. Die Kritik drückt schlicht die Meinung aus, dass eine mutmaßliche chinesische Vernachlässigung des Außenhandels verhinderte, dass der »natürliche« Pfad Chinas sein volles Potenzial ausschöpfte. Aber nirgends deutet Smith an, dass China dem »unnatürlichen und rückschrittlichen« europäischen Pfad hätte folgen können oder sollen. Im Gegenteil, die Hauptstoßrichtung seines Rats an europäische Staatsmänner ist, den Entwicklungsverlauf ihrer eigenen Länder auf den »natürlichen« Pfad zu lenken.

---

[39] Ebd., S. 82 u. 576f.

Smith begründet diese Empfehlung mit mehreren Argumenten, teilweise im Bezug auf die Auswirkungen auf den nationalen Markt und den nationalen Wohlstand, die von verschiedenen Arten von Investitionen erwartet werden können. Kapital, das in der Landwirtschaft und im Einzelhandel eingesetzt wird, hat, so behauptet er, die größten positiven Auswirkungen, weil es im Land bleiben muss – es ist »an einen festen Ort gebunden, etwa an den Bauernhof oder den Laden eines Händlers«. Im Großhandel eingesetztes Kapital ist dagegen »offensichtlich nicht ortsgebunden. Es mag von Land zu Land wandern, je nachdem, wo man billig kaufen und teuer verkaufen kann.« Dennoch hat es unterschiedliche Auswirkungen auf den nationalen Markt, je nachdem, ob es im »heimischen Handel« eingesetzt wird (also zum Aufkauf der »Erzeugnisse des Landes in dem einen Teil […], um sie in dem anderen abzusetzen«), oder im »Außenhandel mit Konsumgütern« (also zur Besorgung »fremde[r] Waren für den heimischen Verbrauch«) oder im »Zwischenhandel oder […] Frachtverkehr« (also der Besorgung des Handels fremder Länder oder der Beförderung des »Überschussertrag[es] von einem Land in das andere«). Das Kapital, das in den heimischen Handel investiert wird, hat die größte positive Auswirkung, weil sich hier »mit gleich viel Kapital der Wohlstand des Landes am stärksten erhöhen und die größte Wirkung auf die Beschäftigung erzielen lässt«. Kapital, das in den Erwerb ausländischer Produkte für den Inlandskonsum investiert wird, hat weniger unmittelbare und sichere positive Auswirkungen, weil es keine Garantie dafür gibt, dass die Staatseinkünfte und die Beschäftigung, die durch den Kauf ausländischer Güter im Ausland entstehen, letztlich vergleichbare Staatseinkünfte und Beschäftigung in der Ökonomie des investierenden Landes hervorbringen werden. Doch die geringsten positiven Auswirkungen hat das Kapital eines Landes, das ins Transportwesen investiert wird, denn dieses »entzieht man gänzlich der Wirtschaft dieses Landes und [es] kommt nur dem Ausland zugute«.[40]

Dieses erste Argument für den »natürlichen« Entwicklungspfad stellt schlicht fest, dass es für die Entwicklung einer nationalen Marktwirtschaft am besten ist, mit der Expansion und Fortentwicklung der Landwirtschaft

[40] Ebd., S. 299; 302-305, 351f.

und des Binnenhandels anzufangen. Durch diese Expansion und Fortentwicklung entstehen Möglichkeiten der spontanen Entwicklung von Produktionstätigkeiten, wobei es zwischen diesen und den landwirtschaftlichen Tätigkeiten eine wechselseitige Förderung geben kann. Das Wachstum von Landwirtschaft und Industrie bringt seinerseits einen Überschuss an Waren hervor, deren Verkauf ins Ausland, im Austausch gegen andere Waren, profitabler ist als auf dem Binnenmarkt. Da der Außenhandel die Größe des Marktes weiter steigert, ergeben sich neue Möglichkeiten für die Entstehung neuer spezialisierter Produktionszweige und für die Akkumulation von Kapital »über den Bedarf der heimischen Wirtschaft hinaus«. Wenn dies geschieht,

> »so strömt der Überschuss ganz von selbst in den Frachthandel, wo er die gleichen Dienste für andere Länder leistet. Dieser Frachthandel ist die natürliche Folge und das typische Merkmal eines großen nationalen Wohlstandes, doch scheint er keineswegs die natürliche Ursache dafür zu sein. Jene Staatsmänner, die dazu neigten, ihn mit besonderen Anreizen zu fördern, haben offensichtlich die Wirkung und das Symptom mit der Ursache verwechselt.«[41]

Dieses Argument für den »natürlichen« Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung wird von zwei anderen Argumenten ergänzt, die Smiths Voreingenommenheit gegen Städte widerspiegeln. Wie Rosenberg festgestellt hat, ist diese Voreingenommenheit eine logische Folge von Smiths doppelter Behauptung, geographische Konzentration mache Stadtgebiete zu Epizentren von Wettbewerbsbeschränkungen und die Landbevölkerung sei den negativen Effekten der Arbeitsteilung weniger unterworfen als die Stadtbevölkerung.[42]

> »Da die Menschen in einer Stadt auf einem Areal beieinander wohnen, fällt ihnen ein Zusammenschluss leicht. Dementsprechend haben sich […] schon ganz unbedeutende Stadtgewerbe zu einer Zunft vereinigt, und selbst dort, wo es niemals zu einer Gilde gereicht hat, ist doch weithin der Zunftgeist lebendig: Man ist eifersüchtig auf Fremde, nimmt nicht gerne Lehrlinge auf und hält Informationen über das Gewerbe geheim. In

[41] Ebd., S. 307.
[42] Rosenberg 1965, S. 138, Anm.

freiwilligen Vereinigungen und freien Übereinkünften werden sie dann noch angehalten, jenen Rest an freiem Wettbewerb zu verhindern, den man durch Zunftsatzungen nicht unterbinden kann. […] Die Bevölkerung auf dem Lande [dagegen], auf entlegene Orte verstreut, kann sich nicht so einfach organisieren. Weder hat sie sich jemals in Zünften vereinigt, noch hat sich ein Korporationsgeist bei ihr durchgesetzt.«[43]

Dieser häufig durch die Gesetzgebung gestützte Unterschied zwischen Stadt und Land ermöglicht es den »Städtern, ihre Preise zu erhöhen, ohne befürchten zu müssen, die eigenen Landsleute könnten sie im freien Wettbewerb unterbieten. Auf gleiche Weise schützen die Zölle sie gegen die Konkurrenz der Ausländer.« Obwohl »Grundbesitzer, Pächter und Landarbeiter« diejenigen sind, die letztlich für diese höheren Preise bezahlen, lehnen sie staatlich unterstützte städtische Monopole selten ab, denn sie lassen sich »durch lautes Klagen und Spitzfindigkeiten der Kaufleute und Fabrikanten allzu leicht einreden, das persönliche Interesse eines noch dazu untergeordneten Teils der Bevölkerung sei auch das der Allgemeinheit«.[44] Smith wiederholt hier das oben diskutierte Argument von der Fähigkeit derer, die vom Gewinn leben, der Gesellschaft ein Klasseninteresse aufzunötigen, das dem allgemeinen Interesse nicht entspricht. Aber dabei trifft er eine Unterscheidung zwischen Stadt- und Landarbeitern, die bei der Diskussion der Klasseninteressen derjenigen, die von Gewinn, Pacht oder Lohn leben, noch fehlte. Denn er konstatiert, die ungleiche Tauschbeziehung zwischen Stadt und Land nützt nicht nur denen, die sie eingerichtet haben, Kaufleuten und Produzenten, sondern auch den städtischen Arbeitern.

In diesen Kontext ordnet sich Smiths Behauptung ein, der Landarbeiter sei weniger als der Industriearbeiter den negativen Auswirkungen der manufakturmäßigen Arbeitsteilung unterworfen. Obwohl er »gemeinhin als ein Musterbeispiel für Dummheit und Unwissenheit gehalten wird«, fehlt es dem einfachen Bauern selten an »Sachkenntnis und Umsicht«, die notwendig sind, um die große Vielfalt von Instrumenten, mit denen er arbeitet, und von Materialien, die er bearbeitet, zu handhaben. »Da sein Verstand […] durchweg gewöhnt ist, eine Vielfalt von Dingen zu beurteilen,

[43] Smith 1993, S. 110; siehe auch S. 377.
[44] Smith 1993, S. 111.

ist er im Allgemeinen einem anderen weit überlegen, der sich von morgens bis abends gewöhnlich nur auf ein oder zwei einfache Arbeiten konzentriert.« Außerdem fordern die »vom Wetter oder vielen anderen Zufällen« abhängigen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft immer wieder Sachkenntnis und Erfahrung des Landwirts und halten diese so viel stärker lebendig, als das bei städtischen Arbeitern der Fall ist, die mit Produktionsbedingungen konfrontiert sind, die sich »kaum ändern«. Ja, wenn sie die Möglichkeit hätten, Kleinbesitzer zu werden, wären die Landarbeiter bessere Unternehmer als die Großbesitzer.[45]

Ohne die Wettbewerbsbeschränkungen in Stadtgebieten würden sich überlegene Intelligenz und Fähigkeiten der Landarbeiter in einem höheren Rang und höheren Gehältern der Landarbeiter im Vergleich zu den Stadtarbeitern widerspiegeln, wie es in Ländern wie China, die dem »natürlichen« Entwicklungspfad folgten, angeblich der Fall war. Aber in Ländern, die dem »unnatürlichen« Pfad folgten, wie in Europa, traf das Gegenteil zu. Smith bemerkt dennoch, dass sich zumindest in Großbritannien dieser »unnatürliche« Zustand unter dem Gewicht seines eigenen Widerspruchs veränderte.

> »Diese Entwicklung mag man als notwendige, wenn auch sehr späte Folge einer außerordentlichen Förderung des städtischen Gewerbefleißes betrachten. Das in den Städten angesammelte Kapital wird mit der Zeit so groß, dass […] [es] zwangsläufig die Gewinne [mindert], indem [es] den Wettbewerb verstärkt. Dieser Rückgang der Gewinne in der Stadt drängt das Kapital aufs Land, wodurch dort neue Nachfrage nach Arbeitskräften entsteht, was wiederum zu Lohnerhöhungen führen muss. Das Kapital breitet sich dann […] über das ganze Land aus. Indem es in der Landwirtschaft eingesetzt wird, kehrt es zum Teil gleichsam wieder auf das Land zurück, zu dessen Lasten es ursprünglich in hohem Maße in der Stadt angesammelt worden ist.«[46]

Smiths Empfehlung an den Gesetzgeber ist, diese spontane Annäherung des »unnatürlichen« an den »natürlichen« Pfad zu erleichtern. Bei der Zusammenfassung der Gründe für diese Empfehlung stellt er fest, es sei »das

[45] Ebd., S. 110f.; 318-324.

[46] Ebd., S. 112. Zum in China, anders als in Europa, üblichen höheren Entgelt für landwirtschaftliche gegenüber industrieller Arbeit siehe auch Smith 1993, S. 576.

Hauptziel der Wirtschaftspolitik eines Landes […], seinen Reichtum und seine Macht zu stärken«. Und doch ist

> »durch Handel und Gewerbe erworbene[s] Kapital […] solange für ein Land als Vermögenswert ungewiss und unsicher, bis nicht wenigstens ein Teil davon in Grund und Boden angelegt ist. Ein Kaufmann ist nämlich, wie man sehr zutreffend erkannt hat, nicht zwangsläufig Bürger eines bestimmten Landes. Für ihn ist es höchst gleichgültig, von welchem Ort aus er seinen Handel betreibt. Schon kleine Ärgernisse können ihn veranlassen, sein Kapital und damit auch das von ihm finanzierte Gewerbe in ein anderes Land zu verlagern. Keinen Teil seines Kapitals kann man dem Besitz eines einzelnen Landes zurechnen, ehe es nicht in Gebäuden oder zu dauerhaften Verbesserungen des Bodens investiert und so über das Land verteilt ist. […] Kriege und gewaltsame Regierungswechsel lassen die Quellen des Reichtums, der nur vom Handel herrührt, leicht versiegen. Demgegenüber ist der Wohlstand, der seinen Ursprung im Fortschritt der Landwirtschaft hat, weitaus dauerhafter. Er lässt sich nur durch solch gewaltsame Umwälzungen vernichten, wie etwa die Plünderungen durch kriegerische und barbarische Nomadenvölker, die Westeuropa in der Zeit vor und nach dem Untergang des Römischen Reiches für ein oder zwei Jahrhunderte heimsuchten.«[47]

## Wohlstand und Macht

Der Zusammenhang zwischen »Reichtümern« und »Macht«, den Smith beim Zusammenfassen der Gründe für die Befürwortung einer stärkeren Annäherung des europäischen »unnatürlichen« Entwicklungspfads an einen »natürlicheren« feststellt, führt uns zurück zu seiner Konzeption der politischen Ökonomie »als Zweig der Wissenschaft eines Staatsmannes oder Gesetzgebers«. »Reichtum ist Macht, wie Hobbes meint.« Direkt nachdem er Hobbes zitiert hat, schränkt Smith seine Zustimmung ein, indem er hinzufügt, »jemand, der ein großes Vermögen erwirbt oder erbt, erlangt oder erbt damit nicht unbedingt auch irgendwelche politische Macht, sei es zi-

[47] Ebd., S. 306; S. 343f.

vile, sei es militärische«. Reichtum mag seinem Besitzer »die Mittel liefern, um beides zu erlangen«, aber »überträgt sie nicht zwangsläufig auf ihn«. Die Macht, die er »sofort und unmittelbar« verleiht, ist die, »kaufen zu können oder eine gewisse Verfügung über alle Arbeit oder alle Produkte aus Arbeit, die zu dieser Zeit auf dem Markte sind«.[48]

Wie Albert Hirschman betont, war für Smith die Ersetzung der Macht, die die Kontrolle über Mittel zur Gewaltausübung verleiht, durch die Macht, die der Besitz von Reichtum verleiht, die positivste Auswirkung der Entwicklung von Handel und Industrie.[49] Vor dieser Entwicklung hatten die Großgrundbesitzer keine bessere Verwendung für ihre überschüssige Produktion, als Höflinge in großer Zahl durchzufüttern, die vollkommen von ihren Gutsherren abhängig waren und deren private Armeen darstellten. Unter diesen Umständen war es sehr schwierig für die Zentralregierung, die Gewalt der großen Lords einzuschränken, die »Krieg [führten], wann es ihnen gerade in den Sinn kam, meistens gegeneinander, recht häufig aber auch gegen den König selbst«, und so das offene Land in »ein[en] Schauplatz für Gewalttätigkeit, Raub und Aufruhr« verwandelten. Aber was die politische und militärische Macht der Zentralregierung nicht erreichte,

> »brachte nach und nach der stille und unmerkliche Einfluss des Außenhandels und des Gewerbes mit sich. Es gab zusehends neue und schließlich so viele Waren, dass die Grundbesitzer ihren gesamten Überschuss an landwirtschaftlichem Ertrag dagegen eintauschen konnten. Da sie nunmehr diese Güter selbst verbrauchen konnten, waren sie nicht mehr gezwungen, mit ihren Pächtern oder Hofleuten zu teilen. […] Für ein paar Diamantschnallen beispielsweise, aber auch für jeden anderen Tand, tauschten sie einen Wert, der dem Unterhalt […] von tausend Menschen im Jahr entsprach. Alle auf solchem Unterhalt beruhende Macht gaben sie damit aus der Hand. […] Sie verschacherten zusehends ihre ganze Macht und Autorität gegen die kindischsten, minderwertigsten und schmutzigsten Nichtigkeiten. […] Dadurch kam dieser Schicht allmählich die gleiche Bedeutung zu wie jedem wohlhabenden Bürger und Kaufmann

[48] Ebd., S. 28f.

[49] Albert O. Hirschman (1987): *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg.* Frankfurt a.M., S. 116-120.

in der Stadt. In Stadt und Land konnte eine geordnete Verwaltung eingerichtet werden, da nunmehr niemand mehr mächtig genug war, in ihren Ablauf einzugreifen.«[50]

Smith scheint hier zu vergessen, dass Wohlstand, wenn er sich auch nicht unmittelbar und direkt in politische Macht umsetzen lässt, doch die Mittel zu ihrem Erwerb auf indirektere Weise zur Verfügung stellt, und dass er städtischen Kaufleuten und Fabrikanten (deren Macht hier als unbedeutend dargestellt wird) an anderer Stelle die Fähigkeit zuschreibt, dem Staat und der Gesellschaft ihre Einzelinteressen entgegen dem nationalen Interesse aufzuzwingen. Wie wir in Kapitel 3 sehen werden, schränkt Smiths verkürzte Auffassung von Geld als bloßem Zahlungsmittel seine Fähigkeit ein, die längerfristige und weiter reichende Beziehung zwischen Profitstreben und Machtstreben zu sehen. Im momentanen Kontext können wir den scheinbaren Widerspruch zwischen Smiths gegensätzlichen Behauptungen über das Betreiben von Außenhandel und Manufakturen – dass es die Zentralregierung stärkt und dass es mächtige Gruppen entstehen lässt, die es der Zentralregierung erschweren, im nationalen Interesse zu handeln – auflösen, indem wir feststellen, dass sie sich auf unterschiedliche Funktionen und »Stufen« der nationalen Entwicklung beziehen.

Die erste Behauptung bezieht sich auf die Zentralisierung der legitimen Anwendung von Gewalt auf dem Gebiet eines existierenden oder angehenden Nationalstaats. In dieser Hinsicht verurteilt Smith das Kriegsherrentum und begrüßt die Rolle, die das Betreiben von Außenhandel und Manufakturen bei der Überwindung seiner eigentümlich europäischen Form (»Feudalismus«) durch die Ausbreitung des Markttauschs von Stadtgebieten aufs Land spielte. Die zweite Behauptung dagegen bezieht sich auf eine Situation, in der die legitime Anwendung von Gewalt erfolgreich zentralisiert und eine nationale Marktwirtschaft vollständig eingeführt ist. Unter diesen Bedingungen wird die »unnatürliche« Über-Entwicklung von Außenhandel und Manufakturen zum Haupthindernis für die Fähigkeit der Zentralregierung, das nationale Interesse zu verfolgen. Daher Smiths Rat an den Gesetzgeber, der Macht von Kaufleuten und Fabrikanten entgegenzuwirken, indem man sie dazu bringt, sich im Wettbewerb mit Prei-

[50] Smith 1993, S. 338-340.

sen und Gewinnen gegenseitig zu unterbieten. In der einen Situation wird die Macht der Zentralregierung hauptsächlich durch die Kontrolle der Grundbesitzer über die Gewaltmittel eingeschränkt; in der anderen durch die Kontrolle der Kaufleute und Fabrikanten über den Wohlstand. Aber in beiden Situationen ist es Smiths absolutes Hauptanliegen, die Fähigkeit der Zentralregierung zum Verfolgen des nationalen Interesses auszubilden und zu wahren.

Angesichts von Drohungen und Widerstand im eigenen Land im nationalen Interesse zu handeln, ist natürlich eng damit verknüpft, dies in der internationalen Arena zu tun, und Smith lässt nie einen Zweifel daran, dass »die Pflicht, das Land gegen Gewalttätigkeit und Angriff anderer unabhängiger Staaten zu schützen«, die erste oder »Hauptaufgabe« des Souveräns ist, und »wichtiger als Reichtum«. Im Interesse der nationalen Verteidigung ist er daher bereit, eine Politik zu unterstützen, die seiner Ansicht nach negative Auswirkungen auf den Wohlstand der Nation hat.

> »Ist ein einzelnes Gewerbe […] für die Verteidigung des Landes unbedingt notwendig, so dürfte es nicht immer klug sein, wenn in diesem Falle die Versorgung von unseren Nachbarn abhängt. Könnte nun ein solches Gewerbe nicht auf andere Weise im Land unterhalten werden, so dürfte es nicht unvernünftig sein, dass man alle anderen Erwerbszweige besteuert, um es zu unterstützen.«

In ähnlicher Weise charakterisiert Smith die »Navigationsakte« von 1651, die britischen Schiffen ein Monopol auf den britischen Handel sicherte, als »möglicherweise das weitsichtigste aller britischen Handelsgesetze«, selbst wenn sie »auf […] Feindschaft zurückgehen« statt auf ökonomische Überlegungen. »Nationale Animosität war nämlich zu jener Zeit genau auf das gleiche Ziel gerichtet, zu dem auch besonnene Überlegung geführt hätte: Es galt, die holländische Seemacht einzuschränken, die einzige übrigens, die Englands Sicherheit hätte gefährden können.«[51]

Smith sah einen Hauptwiderspruch zwischen den Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung und der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Vergrößerung des nationalen Wohlstands macht das Land für ärmere

[51] Ebd., S. 378f., 434, 582. Eine detaillierte Diskussion findet sich in Haakonssen 1981, S. 93-95, 160ff.

Nachbarn zu einem attraktiveren Ziel. Aber die Arbeitsteilung, von der ein wachsender nationaler Wohlstand abhängt, unterminiert die kriegerischen Tugenden eines großen Teils der Bevölkerung. In Nationen von Hirten und Nationen von Ackerbauern, die wenig Außenhandel treiben und nur primitives Haushaltsgerät anfertigen, »ist noch jeder ein Krieger oder er wird leicht zu einem solchen«. In Nationen spezialisierter Arbeiter in Industrie, Handel und Landwirtschaft, die weder durch ihre Beschäftigung auf Krieg vorbereitet sind, noch Zeit haben, sich an Kriegsübungen zu beteiligen, ist das anders. Mit dem Fortschritt des nationalen Wohlstands und der Arbeitsteilung wird »die gesamte Bevölkerung unkriegerisch. […] Wenn der Staat keine neue Maßnahme zur Verteidigung ergreift, führen die natürlichen Gewohnheiten seiner Bewohner einfach dazu, dass alle zur Selbstverteidigung unfähig werden.«[52]

Smith berät den Gesetzgeber über Maßnahmen zur nationalen Verteidigung, um den Widerspruch zwischen den Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung, die einen Angriff auf die Nation wahrscheinlicher werden lassen und diese gleichzeitig unfähiger zu ihrer Verteidigung machen, zu lösen. Dabei stützt er sich vorrangig auf eine Ausdehnung seiner Theorie über die Vorteile der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf die »Kriegskunst«.

> »Sie ist notwendigerweise mit der Mechanik und anderen Wissenschaften verbunden, so dass deren Fortschritte jeweils den Grad der Perfektion bestimmen, bis zu dem man die Kriegstechnik vorantreiben kann. Um aber diese Vervollkommnung zu erreichen, muss das Kriegshandwerk zur einzigen oder Hauptbeschäftigung einer bestimmten Klasse von Bürgern werden. Die Arbeitsteilung ist dann auch hier ebenso erforderlich wie in jeder anderen Tätigkeit, wenn man diese verbessern möchte.«[53]

Die Ausdehnung der Arbeitsteilung auf die Kriegskunst kann sich jedoch nicht auf private Initiative verlassen. In den anderen Künsten »folgt die Arbeitsteilung ganz natürlich aus der menschlichen Erkenntnis, dass man dem eigenen Interesse besser dient, wenn man sich einem Beruf ganz widmet, anstatt viele auszuüben«. Aber nur der Staat kann den privaten Bürger dazu bringen, »seine Zeit vornehmlich dieser Beschäftigung zu wid-

[52] Smith 1993, S. 587-592.
[53] Ebd., S. 591.

men«. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Bildung eines stehenden Heeres mehrere Vorteile gegenüber dem Vertrauen auf Milizen. Es bietet größere Spezialisierung auf militärische Aktivitäten, es impft Tugenden wie Regelmäßigkeit, Ordnung und prompten Gehorsam gegenüber der Heeresleitung ein, die »in einer modernen Armee […] weit wichtiger […] [sind] als Geschicklichkeit und Erfahrung der Soldaten im Gebrauch ihrer Waffen«, und es vermag »selbst in den entlegendsten Provinzen des Reiches […] das Gesetz mit unbeugsamer Gewalt durchzusetzen, wodurch auch hier eine halbwegs geordnete Regierung und Verwaltung gewährleistet ist«.[54]

Selbst bei der Diskussion der nationalen Verteidigung kommt Smith so auf sein alles beherrschendes Anliegen, die Zentralisierung der Macht in der Hand von Nationalregierungen, zurück. Aber indem er diese Diskussion mit der »Veränderung in der Kriegstechnik, ausgelöst durch die Erfindung der Feuerwaffen« beschließt, wirft er Fragen auf, zu denen *Der Wohlstand der Nationen* keine schlüssige Antwort liefert. Der Haupteffekt dieser großen Veränderung, so lesen wir, war, dass »die Kosten für Ausbildung und Ausrüstung der Soldaten im Frieden und für deren Einsatz im Krieg noch weiter angestiegen sind«. Ihre Waffen und Munition waren viel teurer geworden und ebenso die Anforderung, »eine Stadt so zu befestigen, dass sie dem Angriff einer solch überlegenen [modernen] Artillerie auch nur wenige Wochen widerstehen kann«. Das unvermeidliche Ergebnis war eine echte Revolution internationaler Beziehungen.

> »In einem modernen Krieg bedeuten die hohen Kosten der Feuerwaffen unbestreitbar einen Vorteil für jene Nation, die diese Ausgaben am ehesten aufbringen kann. Deshalb ist eine reiche und zivilisierte Nation einem armen und wenig entwickelten Land stets überlegen. Im Altertum konnten sich die reichen Länder kaum gegen die armen Barbarenstämme verteidigen. Heute hingegen ist es für ein unterentwickeltes Volk schwerer, sich gegen ein zivilisiertes Land zur Wehr zu setzen. Die Erfindung der Feuerwaffen erscheint damit auf den ersten Blick verderblich. Sie begünstigt jedoch mit Sicherheit den Fortbestand und die weitere Ausbreitung der Zivilisation.«[55]

---

[54] Ebd., S. 591-93, 598.
[55] Ebd., S. 599f.

Daraus ergeben sich unmittelbar zwei Reihen von Fragen. Erstens, ist es möglich, dass die Vorteile, die moderne Kriegskunst wohlhabenden Nationen verleiht, unter sonst gleichen Bedingungen für den »unnatürlichen« Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung größer sind als für den »natürlichen«, angesichts der größeren Rolle, die verarbeitendes Gewerbe, Außenhandel und Schifffahrt für ersteren spielen? Und wenn dies der Fall ist, wie lässt sich Smiths Bevorzugung des »natürlichen« Entwicklungspfads mit dem Vorrang vereinbaren, den er der Verteidigung gegenüber dem Reichtum einräumt? Oder, um es anders auszudrücken, würden sich »reiche und zivilisierte« Nationen, die sich auf dem »natürlichen« Pfad entwickelten, nicht der Aggression weniger »reicher und zivilisierter« Nationen, die sich auf dem »unnatürlichen« Pfad entwickelten, aussetzen, wie es bereits zu Smiths Zeiten Indien geschah und bald auch China geschehen sollte? Zweitens, und eng mit dem oben Genannten verknüpft, wenn auf »unnatürlichem« Pfad erzielter Wohlstand eine Quelle überlegener militärischer Macht ist, und wenn überlegene militärische Macht der Grund dafür war, dass Europäer sich die Vorteile der größeren Integration der globalen Ökonomie auf Kosten der nichteuropäischen, »barbarischen« ebenso wie »zivilisierten« Nationen aneignen konnten, wie Smith in der Passage feststellt, die in der Einleitung dieses Buches zitiert wird, wie könnte dann »der Handel aller Länder mit allen Ländern« ein »Gleichgewicht der Kräfte« herbeiführen, wie Smith behauptete? Welche Mächte könnten, wenn überhaupt, diesen Handel davon abhalten, einen positiven Kreislauf der Bereicherung und des Machtzuwachses für die Völker europäischer Herkunft und einen Teufelskreis der Verarmung und Entmachtung für die meisten anderen Völker zu erzeugen?

Diese Fragen gehen über den Horizont von Smiths historischer Soziologie hinaus. Nichtsdestoweniger sind sie zentral für unser Anliegen. Um sie zu beantworten, müssen wir nun einen Schritt zurückgehen, um die in Kapitel 1 diskutierten verschiedenen Konzeptionen der ökonomischen Entwicklung erneut zu untersuchen, und einen Schritt vorwärts, um zu sehen, inwiefern Marx' und Schumpeters Theorien der kapitalistischen Entwicklung den Niedergang und das Wiederaufleben Ostasiens als führende Region der globalen Entwicklung erhellen können.

# Kapitel 3
# Marx, Schumpeter und die »unendliche« Akkumulation von Kapital und Macht

Die vorangegangene Rekonstruktion der historischen Soziologie Adam Smiths bestätigt, dass die in Kapitel 1 diskutierte »Entdeckung« von Smith in Beijing kein Trugbild ist. Nicht nur sah Smith selbst im späten kaiserlichen China ein Beispiel für marktorientierte Entwicklung; in seinen Augen war sie auch *fast* so weit gegangen, wie diese Entwicklung gehen konnte. Ich sage »fast«, weil Smith glaubte, ein lebhafterer Außenhandel, insbesondere wenn er mit chinesischen Schiffen durchgeführt worden wäre, hätte Chinas nationalen Wohlstand noch weiter steigern können. Trotz dieses Mankos hielt Smith an China statt Europa als Modell für die Art von marktorientierter Entwicklung fest, die er Regierungen besonders empfahl.

In dieser Hinsicht trifft Franks Behauptung, dass »Europa ein Neuling in der Entwicklung zum Wohlstand der Nationen war«, nur teilweise zu. Smith schätzte die ökonomische Entwicklung in Europa tatsächlich so ein, dass sie innerhalb kleinerer Nationalökonomien stattfand als in China und auf einem »unnatürlichen« Pfad, den er im Sinne des nationalen Interesses für weniger günstig hielt als Chinas »natürlichen« Pfad. Holland hatte jedoch seiner Ansicht nach einen ähnlichen Reichtum erlangt wie China, wenn auch in unvergleichlich kleinerem geographischen Maßstab.

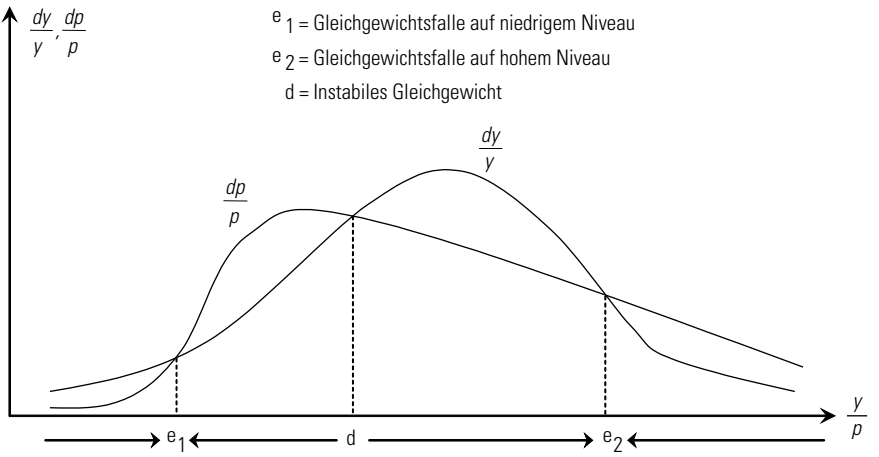
Allgemeiner besteht das Problem bei Smiths Wachstumsbegriff, den Wong, Frank und Pomeranz ebenso verwenden wie ihre Kritiker (siehe Kapitel 1) darin, dass Smith die wirtschaftliche Entwicklung theoretisch so konzipierte, dass sie nicht auf einem einzigen Pfad stattfand, sondern auf verschiedenen: dem für Europa typischen, »unnatürlichen« oder auf Außenhandel basierenden Pfad und dem für China typischen, »natürlichen« oder auf Binnenhandel basierenden. Wie de Vries, Huang und Brenner war Smith also der Auffassung, dass China und Europa sich auf verschiedenen Pfaden entwickelten, anders als sie meinte er jedoch nicht, dass der europäische Pfad ein größeres Wachstumspotenzial habe als der chine-

sische. Im Gegenteil, in seinen Augen führten beide zu einem Stillstand oder einem Gleichgewicht auf hohem Niveau. China und Holland hatten diesen Zustand bereits erreicht; aber das wirtschaftliche Wachstum aller Länder, auch der noch mit Kapital und Menschen »unterausgestatteten« nordamerikanischen Kolonien, würde letztlich auf einen ähnlichen Zustand hinauslaufen.

Smiths Begriff des Stillstands (und der davon abgeleitete Begriff einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau) sollte nicht, wie so häufig, mit der malthusianischen Auffassung vom Zusammenhang zwischen Bevölkerungskontrollen und Wirtschaftswachstum verwechselt werden. Der Unterschied zwischen beiden kann mit Hilfe von Abbildung 3.1 erklärt werden, in der $e_1$ für ein Gleichgewicht auf niedrigem Niveau steht, ähnlich dem, von dem Malthus in seiner Theorie ausging, und $e_2$ ein Gleichgewicht auf hohem Niveau darstellt, ähnlich dem Stillstand in Smiths Theorie.[1] Auf der horizontalen x-Achse ist das Pro-Kopf-Einkommen (y/p) eingetragen, wobei y für Einkommen steht und p für Bevölkerung. An der senkrechten y-Achse lässt sich sowohl der Einkommenszuwachs (dy/y) als auch das Bevölkerungswachstum (dp/p) ablesen. Die Kurve dy/y beschreibt also das Verhältnis zwischen Einkommenszuwachs und Pro-Kopf-Einkommen (y/p). Sie sagt aus, dass steigendes Pro-Kopf-Einkommen bis zu einem bestimmten Punkt mit wachsenden und nach diesem Punkt mit sinkenden Einkommenszuwächsen verbunden ist. Die Kurve dp/p beschreibt dagegen das Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum (dp/p) und Pro-Kopf-Einkommen (y/p). Sie sagt aus, dass steigendes Pro-Kopf-Einkommen bis zu einem bestimmten Punkt mit zunehmendem und nach diesem Punkt mit abnehmendem Bevölkerungswachstum verbunden ist. Obwohl die beiden Kurven, wie die Abbildung zeigt, einen ähnlichen Verlauf haben, wird davon ausgegangen, dass das Bevölkerungswachstum auf niedrigem Niveau des Pro-Kopf-Einkommens steiler ansteigt als der

[1] Das Diagramm in Abbildung 3.1 ist von einem Schaubild abgeleitet, das Richard Nelson ursprünglich konzipierte, um seine Theorie der Gleichgewichtsfalle auf niedrigem Niveau zu illustrieren. Siehe Richard Nelson (1956): »A Theory of the Low-level Equilibrium Trap in Underdeveloped Economies«, *The American Economic Review* 46 (4), und zu einer detaillierteren Darstellung desselben Gedankens Harvey Leibenstein (1963): *Economic Backwardness and Economic Growth.* New York.

**Abbildung 3.1: Gleichgewichtsfallen auf niedrigem (nach Malthus) bzw. auf hohem Niveau (nach Smith)**




nach Nelson (1956)

Anmerkung: y/p = Pro-Kopf-Einkommen; dy/y = Einkommenszuwachs; dp/p = Bevölkerungswachstum

Einkommenszuwachs und auf hohem Niveau weniger steil abfällt. Wenn die Kurve dy/y über der Kurve dp/p liegt, übersteigt der Einkommenszuwachs das Bevölkerungswachstum, und daher nimmt das Pro-Kopf-Einkommen (y/p auf der horizontalen Achse) zu; wenn die Kurve dy/y unter der Kurve dp/p liegt, übersteigt das Bevölkerungswachstum den Einkommenszuwachs und daher nimmt das Pro-Kopf-Einkommen (y/p auf der horizontalen Achse) ab.

Diese Annahmen ergeben drei Punkte des Gleichgewichts ($e_1$, d, und $e_2$) – das heißt Punkte, an denen der Einkommenszuwachs und das Bevölkerungswachstum gleich hoch liegen und das Pro-Kopf-Einkommen sich daher nicht verändert. Punkt d stellt jedoch insofern ein instabiles Gleichgewicht dar, als hier bereits eine geringe Erhöhung (Senkung) des Pro-Kopf-Einkommens zu einem höheren (niedrigeren) Wachstum des Einkommens als der Bevölkerung führt, und daher zu einem Anstieg (Sinken) des Pro-Kopf-Einkommens bis Punkt $e_2$ ($e_1$). Die Punkte $e_1$ und $e_2$

dagegen stellen stabile Gleichgewichte dar, denn hier führt jede Abweichung nach links oder nach rechts zu einer solchen Differenz zwischen Einkommenszuwachs und Bevölkerungswachstum, dass das Pro-Kopf-Einkommen zu dem jeweiligen Punkt zurückstrebt. Obwohl sie beide stabile Gleichgewichte sind, stellt $e_1$ eines auf niedrigem und $e_2$ eines auf hohem Niveau dar.

Das Gleichgewicht auf niedrigem Niveau repräsentiert am besten die Malthusianische Auffassung von der Bevölkerung als Hemmnis des Wirtschaftswachstums, denn was das Pro-Kopf-Einkommen daran hindert, über $e_1$ hinauszuwachsen, ist ein steiler Anstieg des Bevölkerungswachstums; die Smithsche Vorstellung eines Stillstands wird dagegen am besten durch das Gleichgewicht auf hohem Niveau dargestellt, denn was das Pro-Kopf-Einkommen davon abhält, über $e_2$ hinauszugehen, ist ein steiler Fall des Einkommenszuwachses.

Abbildung 3.1 kann auch Schumpeters Begriff einer wirtschaftlichen Entwicklung ohne inhärente Tendenz zur Veränderung ihres gesellschaftlichen Rahmens verdeutlichen. Ist es einer Ökonomie irgendwie gelungen, sich durch Erzielen eines Pro-Kopf-Einkommens, das höher liegt als d, aus dem Gleichgewicht auf niedrigem Niveau $e_1$ zu lösen, wächst sie weiter, bis sinkende Erträge den Zuwachs im Pro-Kopf-Einkommen auf das Niveau des Bevölkerungswachstums sinken lassen. Wenn das geschieht, siedelt die Ökonomie sich auf dem Gleichgewicht auf hohem Niveau $e_2$ an (Smiths Zustand des Stillstands), und weiteres Wachstum ist nur möglich, wenn die sichtbare Hand des Staates (oder ein anderer exogener Prozess bzw. eine exogene Maßnahme) einen gesellschaftlichen Rahmen mit größerem Wachstumspotenzial entstehen lässt – eine Veränderung, die in Abbildung 3.1 durch eine Aufwärtsbewegung der rechten Seite der Kurve dy/y dargestellt wäre. Die Veränderung ermöglicht es der Ökonomie jedoch nur, sich bis auf ein höheres Gleichgewicht weiterzubewegen, sie erzeugt keinen Prozess des grenzenlosen Wachstums. Eine Veranschaulichung wie Abbildung 3.1 kann daher nicht darstellen, was Schumpeter für die wichtigste Eigenschaft *kapitalistischer* Entwicklung hält: ihre Tendenz, den gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie stattfindet, zu zerstören und die Bedingungen für die Entstehung neuer Rahmen mit größerem Wachstumspotenzial zu schaffen.

Mit ihrer Behauptung, dass England schon vor der Großen Divergenz einer Entwicklungslinie des grenzenlosen Wachstums folgte, haben Huang und Brenner eine durch solch eine Tendenz charakterisierte Entwicklung im Sinn. Für Brenner war der Schlüsselbestandteil einer solchen Entwicklung die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln, ohne die Arbeiter nicht gezwungen wären, ihre Arbeitskraft in Konkurrenz miteinander an große Produktionseinheiten zu verkaufen. Dass diese Voraussetzung nicht gegeben war, ist ihm zufolge der Grund dafür, dass die marktorientierte Entwicklung in China, anders als in England, nicht unbegrenzt voranschritt. Huang räumt ein, dass auch in China bis ins 17. Jahrhundert hinein große, mit Lohnarbeitern betriebene Höfe existierten. Aber auch er betrachtet ihre spätere Verdrängung durch Haushaltsproduktion im kleinen Maßstab als Hauptgrund dafür, dass Chinas marktorientierte Entwicklung nicht die dynamischeren Eigenschaften des europäischen Pfads annahm.

Die Positionen Huangs und Brenners – die von Marx' Kritik der politischen Ökonomie abgeleitet sind, der wir uns jetzt zuwenden wollen – stehen in scharfem Gegensatz zu den in *Der Wohlstand der Nationen* dargelegten. Indem sie Produktion im großen Maßstab und die manufakturmäßige Arbeitsteilung zu Bedingungen unbegrenzter wirtschaftlicher Entwicklung erheben, stellen sie Smiths negative Haltung zu beiden Phänomenen auf den Kopf. Sugiharas These von der bleibenden Bedeutung der ostasiatischen Fleißrevolution stellt die Wettbewerbsvorteile der auf Lohnarbeit basierenden Produktion im großen Maßstab, die für den europäischen Pfad typisch ist, nicht in Frage. Nichtsdestoweniger erklärt sie, erstens, dass die Entwicklung auf diesem Pfad ihre eigenen Grenzen hat und zweitens, dass wenn diese Grenzen erreicht sind, im Pfad der ostasiatischen Fleißrevolution die größte Hoffnung auf weitere wirtschaftliche Entwicklung liegt. Obwohl Sugihara Smith in diesem Kontext nicht erwähnt, ist seine positive Bewertung der Vorteile der für den ostasiatischen Pfad typischen Haushaltsproduktion in kleinem Maßstab – insbesondere die Erhaltung einer Arbeiterschaft, die in der Lage ist, eine Vielzahl von Aufgaben gut auszuführen, flexibel auf Veränderungen des natürlichen und sozialen Produktionsumfelds zu reagieren und mit dem Produktionsmanagement verbundene Probleme vorherzusehen, zu verhindern und zu lösen – ausge-

sprochen Smithsch. Wie wir in Kapitel 6 sehen werden, ist sie auch typisch für neuere Theorien der sogenannten flexiblen Produktion. Ist es möglich, dass der ostasiatische Wiederaufstieg zumindest einige Aspekte der Smithschen Haltung zu marktorientierter Entwicklung rechtfertigt?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst den Begriff der marktorientierten *kapitalistischen* Entwicklung und seine Relevanz für ein Verständnis der Großen Divergenz und des momentanen ostasiatischen Wiederaufstiegs klären. Meine These in diesem Kapitel ist, dass Marx' und Schumpeters Theorien der kapitalistischen Entwicklung tatsächlich wesentliche Erkenntnisse über das am europäischen Entwicklungspfad Spezifische vermitteln. Aber die Frage nach der Beziehung zwischen Europas auf Außenhandel basierender Entwicklung und der überlegenen Militärmacht, mit deren Hilfe Europäer sich mindestens drei Jahrhunderte lang den größten Teil der Gewinne aus der zunehmenden Integration der globalen Ökonomie aneignen konnten, lässt sich mit ihrer Hilfe noch weniger entscheiden als mit Smiths historischer Soziologie. Daher werde ich Marx' und Schumpeters Theorien in einen analytischen Rahmen einbinden, der uns die Beschäftigung mit dieser Frage im weiteren Verlauf dieses Buches ermöglichen wird.

## Die »unendliche« Akkumulation von Kapital

In seiner Kritik der politischen Ökonomie – so der Untertitel des *Kapital* – bringt Marx nicht nur andere Ansichten als Smith zu bestimmten Fragen wie der Akkumulation von Kapital und der fallenden Profitrate oder der gesellschaftlichen und manufakturmäßigen Arbeitsteilung zum Ausdruck. Er verfolgt ein vollkommen anderes Forschungsprogramm: Er ändert sozusagen die Art und das Thema des Gesprächs. Seine Gesprächspartner sind nicht Regierungen – Smiths Gesetzgeber –, sondern soziale Klassen. Sein Stoff ist nicht die Bereicherung und Ermächtigung von Nationen, sondern die Bereicherung und Ermächtigung der Kapitalbesitzer gegenüber den Besitzern von Arbeitskraft. Seine Forschungsstrategie richtet sich vorzugsweise nicht auf den Wettbewerb auf dem Markt, sondern auf Klassenkonflikte und technische Veränderungen am Arbeitsplatz.

Diese Verlagerung in Wesen und Thema des Gesprächs war Quelle großer Verwirrung in Bezug auf Marx' *implizite* Theorie der nationalen Entwicklung. Ich sage implizit, denn explizit hat Marx keine solche Theorie. Was er hat, ist eine Theorie der Entwicklung des Kapitalismus auf Weltebene, die, wie in Kapitel 1 bemerkt, mit viel Gespür die heutige Auffassung von »Globalisierung« vorwegnahm, aber fälschlich voraussagte, die allgemein gewordene kapitalistische Entwicklung würde die Welt, in Thomas Friedmans Gebrauch des Ausdrucks, »einebnen«. Ja, Marx war so überzeugt von einer nahe bevorstehenden Einebnung der Welt, dass er seine gesamte Theorie der kapitalistischen Produktion auf der Prämisse einer Welt ohne Grenzen aufbaute, in der die Arbeiterschaft vollkommen von den Produktionsmitteln und einschließlich der Arbeitskraft von allen Waren enteignet ist, die frei zu mehr oder weniger ihren Produktionskosten entsprechenden Preisen getauscht werden.[2]

Obwohl Marx keine explizite Theorie der nationalen Entwicklung hat, weicht die in seiner Analyse der kapitalistischen Entwicklung implizit enthaltene Theorie in mehreren Aspekten von der Smiths ab. Ein erster Unterschied, von dem alle anderen abhängen, besteht darin, dass für Marx die kapitalistischen Organe zu einem anderen Zweck am Tauschhandel auf dem Markt teilnehmen als der Umwandlung von Waren in Waren von größerer Nützlichkeit. Smith schließt diese Möglichkeit mit der Begründung aus, dass Waren an sich nützlich sind, »Geld indes […] ausschließlich zum Erwerb von Gütern verwendet werden [kann].«

---

[2] Wie unrealistisch diese Prämisse auch sein mag, war sie doch gerechtfertigt durch Marx' Absicht, in seiner Theorie zu demonstrieren, dass *selbst in einer idealen Welt des perfekten Wettbewerbs* zu erwarten sei, dass die zunehmende Unterordnung von Arbeit unter Kapital am Arbeitsplatz, zusammen mit den stets abnehmenden Kosten für die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Waren zu einer relativen Bereicherung und Ermächtigung der Besitzer von Kapital gegenüber den Besitzern von Arbeitskraft führten. Die Prämisse ergab (und ergibt immer noch) jedoch überhaupt keinen Sinn als Beschreibung der tatsächlichen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten. Ja, in einigen der historischen Analysen – vor allem des Klassenkampfs in Frankreich – weicht Marx selbst von seiner Kritik der politischen Ökonomie ab, definiert Klasseninteressen mit Bezug auf einen nationalen politisch-ökonomischen Raum (wie Smith das tut) und lässt die verborgenen Orte der Produktion unerwähnt. Siehe Giovanni Arrighi/Terence K. Hopkins/Immanuel Wallerstein (1989): *Antisystemic Movements*. London, Kapitel 1.

> »Wer kauft, möchte durchweg nicht wieder verkaufen, sondern die Ware häufig ge- oder verbrauchen. Der Verkäufer hingegen hat stets die Absicht, wieder etwas zu kaufen. Der Käufer mag in der Regel mit dem Kauf sein Geschäft beendet haben, der Verkäufer aber kann niemals mehr als nur die Hälfte seines Geschäftes damit erledigt haben. Menschen lieben Geld also nicht des Geldes, sondern der Güter wegen, die sie damit kaufen können.«[3]

Marx symbolisiert Smiths Logik mit der Formel des Warenaustauschs W-G-W', bei dem Geld (G) bloßes Mittel der Umwandlung einer Sorte Waren (W) in eine andere (W') von größerer Nützlichkeit ist. Dann stellt er dieser Logik die des Kapitalisten gegenüber, dessen Geschäft abgeschlossen ist (das heißt seinen Zweck erfüllt hat), wenn das Geld (G), das in den Kauf einer bestimmten Kombination von Waren (W) investiert wurde, durch Verkäufe auf dem Markt eine größere Summe Geld (G') eingebracht hat. Daher Marx' allgemeine Formel des Kapitals G-W-G', die schlicht bedeutet, dass für kapitalistische Investoren der Kauf von Waren ausschließlich der Erhöhung des Geldwerts ihres Vermögens von G nach G' dient. Ja, wenn und falls die Umstände profitablere Gelegenheiten im Kreditsystem hervorbringen als im Handel und der Produktion von Waren, kann die Umwandlung von Geld in Waren ganz übersprungen werden (wie in Marx' gekürzter Formel des Kapitals G-G').[4]

Marx erklärt nie eindeutig, warum Kapitalisten das scheinbar irrationale Ziel verfolgen, Geld um seiner selbst willen zu akkumulieren. Ja, sein Diktum »Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!« wirkt wie das Eingeständnis, dass er keine rationale Erklärung für die Akkumulation von Geld als Zweck an sich hat. Dennoch charakterisiert er kurz vor der Erwähnung des Diktums die »Herrschsucht als Element des Bereicherungstriebs«.[5] Damit sind wir wieder bei Hobbes' Gleichsetzung von Wohlstand und Macht, die Smith zustimmend zitierte, nur um die mit Geld verbundene Macht auf »Kaufkraft« zu reduzieren. Marx lehnt diese Reduzierung explizit ab, und obwohl er uns nicht sagt, welche Art von Macht genau Geld verleiht und in welcher Beziehung sie zu anderen Ar-

[3] Smith 1993, S. 355f.
[4] Marx 1971, S. 165-179; ders. (1981): *Das Kapital.* Dritter Band. Berlin, S. 352-355.
[5] Marx 1971, S. 619, 621.

ten der Macht steht, deutet sein ganzes Werk darauf hin, dass die »unendliche« Akkumulation von Geld in einer kapitalistischen Gesellschaft die Hauptquelle von Macht ist.

Das wird offensichtlich, wenn ein zweiter Unterschied zwischen Marx' implizierter und Smiths explizierter Theorie einer marktorientierten nationalen Entwicklung betrachtet wird. Marx stimmt mit Smith darin überein, dass der europäische Pfad der ökonomischen Entwicklung auf Fern- (Außen-) statt lokalem (Binnen-)Handel basierte. Sowohl im *Manifest* als auch im *Kapital* stellt er kategorisch fest, »Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals« – das heißt den Aufstieg der Bourgeoisie und der modernen Industrie zur Vorherrschaft in Europa.[6]

> »Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schiffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung […] Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den industriellen Mittelstand; die [gesellschaftliche] Teilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Korporationen verschwand vor der [manufakturmäßigen] Teilung der Arbeit in der einzelnen Werkstatt selbst.«[7]

Was jedoch für Smith ein »unnatürlicher« Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung ist, das ist für Marx der kapitalistische Pfad. Ja, Smiths Beschäftigung mit der Notwendigkeit, der kapitalistischen Macht durch Regierungsmaßnahmen entgegenzuwirken, sowie seine Vorliebe für eine auf Landwirtschaft und Binnenhandel beruhende Entwicklung sind Marx vollkommen fremd. Seiner Ansicht nach haben Regierungen mit der Entstehung der modernen Industrie und des Weltmarkts jede Fähigkeit verloren, ein Gegengewicht zur Macht der Bourgeoisie zu bilden, die sich »im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft« erkämpfte und Regierungen damit praktisch auf die Rolle von Komitees zur Verwaltung ihrer Angelegenheiten reduzierte. Was die asiatischen Nationen und Zivilisationen betrifft, die Smith als Musterbeispiele für seinen »natür-

[6] Marx 1971, S. 161.
[7] Marx/Engels1974, S. 43f.

lichen« Entwicklungspfad anführte und die in Marx' eigener Darstellung die Märkte bereitstellten, die die Herausbildung des europäischen kapitalistischen Pfads ermöglichten – sie hatten keine Chance, den Angriff der europäischen Bourgeoisie zu überleben. »Wie [die Bourgeoisie] das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.«[8]

Da er vollkommen auf ihre Klassenmacht fixiert ist, vergisst Marx uns zu sagen, wie der Wohlstand der Bourgeoisie sich national und international so leicht in politische Macht übertragen ließ. Wahrscheinlich war er wie Smith der Meinung, dass die Bourgeoisie auf nationaler Ebene durch ihren Wohlstand und ihre geographische Konzentration dem Staat ihre besonderen Klasseninteressen auf Kosten des allgemeinen nationalen Interesses aufzwingen konnte. Allerdings hielt er diese Macht offenbar für so viel größer als noch zur Zeit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen*, dass alle Versuche, ihr kurz- bis mittelfristig entgegenzuwirken, zum Scheitern verurteilt waren. Es ist jedoch auch möglich, dass Marx nicht mit Smith übereinstimmte und meinte, dass – zumindest in europäischen Ländern – die Interessen der Bourgeoisie begonnen hatten, mit dem nationalen Interesse zusammenzufallen, in dem Sinne, dass der kapitalistische Pfad, dessen Träger die Bourgeoisie war, begonnen hatte, »aufgefasst und dargestellt [zu werden] als Triebkraft einer […] Entfaltung aller ›nationalen‹ Energien« (um Antonio Gramsci zu paraphrasieren).[9]

Expliziter, aber nicht besonders konsequent, äußert sich Marx zu den Mechanismen, durch die die ökonomische Macht der Bourgeoisie in Macht bestimmter Nationen über andere Nationen umgesetzt wird. Der Mechanismus, der im *Manifest* und an mehreren Stellen im *Kapital* erwähnt wird, ist der Wettbewerbsvorteil der kapitalistischen Produktion. »Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der [die Bourgeoisie] alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.« Gegen Ende des ersten Bandes des *Kapital* erwähnt Marx hingegen explizit die Opiumkriege gegen China als Beispiel für die anhaltende Bedeutung militä-

[8] Ebd., S. 45, 48.
[9] Antonio Gramsci (1996): *Gefängnishefte*. Bd. 7. Hamburg und Berlin, S. 1561.

rischer Gewalt als »Geburtshelfer« der kapitalistischen Umgestaltung der Weltgesellschaft.[10]

Wie wir in Kapitel 11 sehen werden, war es selbst nach der Zertrümmerung der Mauer aus Regierungsverordnungen um Chinas Marktwirtschaft durch britische Kanonenboote für britische Kaufleute und Fabrikanten in den meisten Bereichen schwer, ihre chinesischen Kontrahenten zu übertreffen. Was China angeht, war tatsächliche Militärmacht statt der metaphorischen Artillerie billiger Waren für den Westen der Schlüssel zur Unterwerfung des Ostens. Wenn dem so ist, müssen wir jedoch wissen, was »Bourgeoisvölker« den »Bauernvölkern« militärisch überlegen machte – oder genauer gesagt, ob und wie wirtschaftliche Entwicklung auf dem kapitalistischen Pfad mit einem größeren Zuwachs an militärischer Macht verbunden war als Entwicklung auf einem marktorientierten, nichtkapitalistischen Pfad. Zu dieser Frage hat Marx sogar noch weniger zu sagen als Smith. Da er sich ausschließlich auf die Verbindung zwischen Kapitalismus und Industrie konzentriert, schenkt Marx der engen Verbindung zwischen beiden Phänomenen und dem Militarismus keine Beachtung. Aber selbst das, was er über die ökonomische Überlegenheit der kapitalistischen Entwicklung sagt, ist weniger eindeutig, als Huang und Brenner in den in Kapitel 1 zitierten Passagen unterstellen.

Dies bringt uns zu einem dritten großen Unterschied zwischen Marx und Smith. Wie in Kapitel 2 festgestellt, führt Smiths Forschungsprogramm ihn aus der Stecknadelfabrik heraus, um den Markt und die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu untersuchen, während Marx' Forschungsprogramm ihn an die verborgenen Orte der Produktion bringt, um die Beziehung zwischen Arbeitern und Kapital und der manufakturmäßigen Arbeitsteilung zu untersuchen. An diesen Orten entdeckt Marx, dass technische und organisatorische Veränderung nicht nur in der Konkurrenz zwischen Kapitalisten und der Entstehung neuer spezialisierter Handels- und Produktionszweige ihren Ursprung haben, wie Smith bereits erörtert hatte, sondern auch im unaufhörlichen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit um Löhne und Arbeitsbedingungen. In dieser Hinsicht erschienen die Ausweitung der Massenproduktion und die damit einhergehende zunehmende manufak-

[10] Marx/Engels 1974, S. 47; Marx 1971, S. 779.

turmäßige Arbeitsteilung – die Smith als abträglich für ökonomische Effizienz und die intellektuellen Fähigkeiten der Arbeitskräfte ansieht – Marx als unverzichtbar für die Innovationen, die es Kapitalisten erlauben, den Konkurrenzdruck auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie sie der möglichen Ersetzung durch andere Arbeiter, durch Maschinen und durch in der vom Kapital kontrollierten Organisation verkörperte Kenntnisse aussetzten.

> »Wenn der Arbeiter ursprünglich seine Arbeitskraft an das Kapital verkauft, weil ihm die materiellen Mittel zur Produktion einer Ware fehlen, versagt jetzt seine individuelle Arbeitskraft selbst ihren Dienst, sobald sie nicht an das Kapital verkauft wird. Sie funktioniert nur noch in einem Zusammenhang, der erst nach ihrem Verkauf existiert, in der Werkstatt des Kapitalisten.«[11]

Das ist die zentrale Aussage von Marx' Kritik an Smiths politischer Ökonomie. Was immer ihre Auswirkungen auf ökonomische Effizienz oder die intellektuelle Qualität der Arbeitskräfte sein mögen, die zunehmende Größe der Produktionseinheiten und die weitergehende manufakturmäßige Arbeitsteilung sind für Marx notwendige Bedingungen der Ermächtigung und Bereicherung der Besitzer von Kapital gegenüber den Besitzern von Arbeitskraft. Technische und organisatorische Veränderungen sind nicht klassenneutral: Sie sind das Instrument einer immer stärkeren Unterordnung der Arbeit unter das Kapital. Dieser Prozess der Klassenunterordnung bringt eine ständige Erhöhung der Produktivität der Arbeitskräfte, die *tatsächlich vom kapitalistischen Unternehmen beschäftigt werden*, mit sich, doch ist weniger klar, wie Marx die Zugkraft dieses Prozesses für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auf nationaler, regionaler und globaler Ebene einschätzte.

Erst einmal stimmt er Smith explizit darin zu, dass die manufakturmäßige Arbeitsteilung schädliche Auswirkungen auf die moralischen und intellektuellen Qualitäten der Arbeitskräfte hat. Die manufakturmäßige Arbeitsteilung, sagt er, »verkrüppelt den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen«. Diese Tendenz kann ihrerseits zu einem Hindernis für weitere ökonomische Entwicklung wer-

[11] Marx 1971, S. 382.

den, denn die stets sich ausweitende und sich verändernde Arbeitsteilung in der Gesellschaft »schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern« und »bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluss der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters« statt der »verkrüppelten Abnormitäten«, die von der kapitalistischen Form der modernen Industrie hervorgebracht werden.[12]

So stimmt Marx hier anscheinend implizit mit Smith überein, dass die manufakturmäßige Arbeitsteilung letztlich der wirtschaftlichen Entwicklung weniger zuträglich ist als die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Außerdem liegt sein Augenmerk sogar bei der Beschreibung des Voranschreitens der Industriellen Revolution quer durch die Industrien im 19. Jahrhundert fast ausschließlich auf der gesellschaftlichen und nicht auf der manufakturmäßigen Arbeitsteilung. In dieser Beschreibung breitet sich die technologische Veränderung über die Bereiche der Industrie aus, »welche zwar durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit isoliert sind, […] sich aber dennoch als Phasen eines Gesamtprozesses verschlingen«.

> »So machte die Maschinenspinnerei Maschinenweberei nötig und beide zusammen die mechanisch-chemische Revolution in der Bleicherei, Druckerei und Färberei. So rief andrerseits die Revolution in der Baumwollspinnerei die Erfindung des gin zur Trennung der Baumwollfaser vom Samen hervor, womit erst die Baumwollproduktion auf dem nun erheischten großen Maßstab möglich ward. Die Revolution in der Produktionsweise der Industrie und Agrikultur ernötigte namentlich aber auch eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d.h. den Kommunikations- und Transportmitteln. […] [D]ie von der Manufakturperiode überlieferten Transport- und Kommunikationsmittel [verwandelten sich] bald in unerträgliche Hemmschuhe für die große Industrie mit ihrer fieberhaften Geschwindigkeit der Produktion, ihrer massenhaften Stufenleiter, ihrem beständigen Werfen von Kapital- und Arbeitermassen aus einer Produktionssphäre in die andre und ihren neugeschaffnen weltmarktlichen Zusammenhängen. [Daher] […] wurde das Kommunikations- und Transportwesen […] allmählich durch ein System von Flussdampfschiffen,

[12] Ebd., S. 381-386; 508-511.

Eisenbahnen, ozeanischen Dampfschiffen und Telegraphen der Produktionsweise der großen Industrie angepasst. Die furchtbaren Eisenmassen aber, die jetzt zu schmieden, zu schweißen, zu schneiden, zu bohren und zu formen waren, erforderten ihrerseits zyklopische Maschinen [die nur mit Hilfe von anderen Maschinen gebaut werden konnten].«[13]

Abgesehen von ihrer globalen Reichweite enthält diese spezielle Beschreibung nichts, was nicht in Smiths Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung als Prozess, der von einer zunehmenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung vorangetrieben wird, passen würde, einschließlich der Hervorbringung von Sektoren, die sich auf die Produktion von Investitionsgütern und von Personen und Organisationen, die sich auf die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse spezialisieren. Wenn dieser Prozess der Ausbreitung der Industriellen Revolution irgendetwas spezifisch Kapitalistisches an sich hat, dann besteht dies nicht in der Verwendung von Lohnarbeit in immer größer werdenden Einheiten. Sondern vielmehr in der Selbstexpansion des Kapitals, die dem Prozess zugrunde liegt und ständig das umwirft, was zu irgendeiner gegebenen Zeit an Gleichgewicht unter den Produktionszweigen besteht: »Zwar suchen sich die verschiednen Produktionssphären beständig ins Gleichgewicht zu setzen […] Aber diese beständige Tendenz […] betätigt sich nur als Reaktion gegen die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts.«[14] Diese ständige Störung des Gleichgewichts ist das, was Schumpeter später die »schöpferische Zerstörung« des Kapitalismus nannte.

## Kapitalistische Krisen und schöpferische Zerstörung

Wie in Kapitel 2 schon vorweggenommen, stammt der Gedanke, dass die Kapitalakkumulation im Laufe der Zeit gewöhnlich die Profitrate sinken lässt und damit dem Wirtschaftswachstum letztlich ein Ende setzt, nicht von Marx, sondern von Smith. Für Marx ist diese Tendenz real, aber keinesfalls, wie für Smith, das unüberwindliche Hindernis für weiteres Wachs-

[13] Ebd., S. 404f.
[14] Ebd., S. 376f.

tum. Im Gegenteil: »Das Kapital […] als die allgemeine Form des Reichtums – das Geld – repräsentierend, ist der schranken- und maßlose Trieb, über seine Schranken hinauszugehen. […] Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke.«

> »Das Kapital treibt dieser seiner Tendenz nach ebensosehr hinaus über nationale Schranken und Vorurteile wie über […] überlieferte, in bestimmten Grenzen selbstgenügsam eingepfählte Befriedigung vorhandener Bedürfnisse und Reproduktion alter Lebensweise. Es ist destruktiv gegen all dies und beständig revolutionierend, alle Schranken niederreißend, die die Entwicklung der Produktivkräfte, die Erweiterung der Bedürfnisse […] und die Exploitation und den Austausch der Natur- und Geisteskräfte hemmen.«[15]

Dieser unendliche und grenzenlose Antrieb ist von den zu Krisen neigenden Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung untrennbar. Smith spricht nicht von einer Krise, um die Situation der Überakkumulation, der sich intensivierenden Konkurrenz der Kapitale und der abnehmenden Rentabilität zu charakterisieren, die letztlich die Expansion enden lässt. Für ihn ist eine solche Situation das natürliche Ergebnis eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, der in eine bestimmte geographische und institutionelle Umgebung eingebettet und von dieser begrenzt ist. Für Marx dagegen muss ein allgemeiner und anhaltender Fall der Profitrate in einer Ökonomie, in der Handel, Produktion und Akkumulation sämtlich dem Profitkalkül unterliegen, als Krise erlebt werden – das heißt als eine Zeit der Instabilität und Funktionsstörung. Und was noch wichtiger ist, nachdem Smith die Möglichkeit, dass kapitalistische Organe Geld als Zweck an sich – oder richtiger aufgrund der sozialen und politischen Macht, die es vermittelt –akkumulieren, ausgeschlossen und die immer weitergehende Unterordnung der Arbeiterschaft unter das Kapital im Produktionsprozess außer Acht gelassen hat, schließt er auch die Möglichkeit von so genannten Überproduktionskrisen aus. Marx dagegen schreibt dieser Art von Krise mindestens so viel Bedeutung zu wie den Krisen, die mit der Über-

[15] Karl Marx (1983): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie.* MEW Bd. 42. Berlin, S. 252, 321, 323.

akkumulation von Kapital und dem tendenziellen Fall der Profitrate verbunden sind.

> »Die *Überproduktion* speziell hat das allgemeine Produktionsgesetz des Kapitals zur Bedingung, zu produzieren im Maß der Produktivkräfte (d.h. der Möglichkeit, mit gegebner Masse Kapital größtmögliche Masse Arbeit auszubeuten) ohne Rücksicht auf die vorhandnen Schranken des Markts oder der zahlungskräftigen Bedürfnisse, und dies durch […] beständige Rückverwandlung von Revenue in Kapital auszuführen, während andrerseits die Masse der Produzenten auf das average Maß von Bedürfnissen beschränkt bleibt und der Anlage der kapitalistischen Produktion nach beschränkt bleiben muss.«[16]

Bezüglich der Kapazität von Reallöhnen, mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität Schritt zu halten, beruhen die Vorstellungen von Überproduktionskrisen und die von Überakkumulationskrisen auf entgegengesetzten Annahmen. Zu Überakkumulationskrisen kommt es, weil eine solche Überfülle von Kapital Investitionsmöglichkeiten in etablierten Handels- und Produktionswegen sucht, dass der Wettbewerb zwischen seinen Besitzern es den Reallöhnen ermöglicht, ebenso schnell wie oder sogar schneller als die Arbeitsproduktivität zu steigen. Zu Überproduktionskrisen dagegen kommt es, weil die Besitzer von Kapital so erfolgreich darin sind, den Konkurrenzdruck auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, dass die Reallöhne mit der Zunahme der Arbeitsproduktivität nicht Schritt halten können und so verhindert wird, dass die effektive Gesamtnachfrage parallel zum Gesamtangebot wächst.

Wie Paul Sweezy unterstrichen hat, ist die Annahme, dass Reallöhne mit der Zunahme der Arbeitsproduktivität nicht Schritt halten können, besser mit Marx' Theorie einer immer umfassenderen Unterordnung der Arbeiterschaft unter das Kapital vereinbar als die gegenteilige Annahme.[17] Marx' theoretische Konsistenz beschäftigt uns hier jedoch nicht.[18] Für un-

---

[16] Marx, Karl (1972): *Theorien über den Mehrwert*. MEW Bd. 26.2. Berlin, S. 725f.

[17] Sweezy, Paul (1959): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung.* Köln, S. 64-70, 126-146.

[18] Sweezy selbst weist darauf hin, dass die Frage, ob durch die Einführung von Maschinen und anderen arbeitssparenden Geräten verhindert wird, dass Reallöhne so schnell steigen wie die Arbeitsproduktivität, sich nicht mithilfe allgemeiner Theorien entscheiden lässt.

sere momentanen Zwecke ist an Marx' Darstellung kapitalistischer Krisen nicht ihr Ursprung am interessantesten, sondern ihre Folgen – die Tatsache also, dass Marx sie sich als Momente grundlegender kapitalistischer Reorganisation vorstellt.

Wie Smith betont Marx, dass ein anhaltendes und allgemeines Sinken der Profitrate den innerkapitalistischen Wettbewerb aus einem Positivsummenspiel, in dem jedes Kapital vom Anwachsen des anderen profitiert, in ein Nullsummenspiel (oder sogar Negativsummenspiel) verwandelt – also in »Verdrängungswettbewerb«, dessen oberstes Ziel es ist, anderes Kapital aus dem Wettbewerb zu drängen, selbst wenn es bedeutet, die eigenen Profite solange wie zum Erreichen des Ziels nötig zu opfern. Der Wandel vollzieht sich aufgrund von einer solchen Menge an überschüssigem oder Surpluskapital, das Investitionsmöglichkeiten im Kauf und Verkauf von Waren sucht, dass die Profitrate unter ein gemeinhin als »vernünftig« oder »tolerabel« geltendes Niveau fällt. Um einen solchen Fall zu vermeiden oder ihm entgegenzuwirken, muss überschüssiges Kapital verdrängt werden.

> »Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz […] als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so dass sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzuhaben hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte.«[19]

Der Fall der Profitrate und die Intensivierung des Konkurrenzkampfs enden jedoch nicht in einem Zustand des Stillstands. Im Gegenteil, sie füh-

(Sweezy 1959, S. 68f.). Wie wir in Kapitel 5 und 6 sehen werden, lässt sie sich mit empirischen Mitteln entscheiden.

[19] Marx 1981, S. 263.

ren zur Zerstörung des sozialen Gefüges, in das die Akkumulation eingebettet ist, und zur Entstehung eines neuen. In Marx' Darstellung nimmt diese schöpferische Zerstörung drei Hauptformen an: eine Zunahme der Größe des Kapitals und die Reorganisation von Geschäftsunternehmen, die Bildung überschüssiger Bevölkerung und einer neuen internationalen Arbeitsteilung und die Entstehung neuer und größerer Zentren der Kapitalakkumulation. Wir wollen sie der Reihe nach kurz untersuchen.

Marx unterscheidet zwischen der *Konzentration* des Kapitals – die zunehmende Größe individueller Kapitale aufgrund von Akkumulation – und der *Zentralisation* von Kapital, der »Verwandlung vieler kleiner in wenige größere Kapitale«. Die Intensivierung der Konkurrenz und der Fall der Profitrate enden »mit Untergang vieler kleiner Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hand des Siegers übergehn, teils untergehn«.

> »Die sog. Plethora [vermehrter Blutandrang; d.Ü.] des Kapitals bezieht sich immer wesentlich auf die Plethora von Kapital, für das der Fall der Profitrate nicht durch seine Masse aufgewogen wird […] oder auf die Plethora, welche diese, für sich selbst zur eignen Aktion unfähigen Kapitale den Leitern der großen Geschäftszweige in der Form des Kredits zur Verfügung stellt.«[20]

In dieser Hinsicht ist die Rolle des Kreditwesens entscheidend, das »eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt«. Die Zentralisation ihrerseits erweitert und beschleunigt den technologischen und organisatorischen Wandel:

> »Es ist aber klar, dass die Akkumulation […] ein gar langsames Verfahren ist, im Vergleich mit der Zentralisation […]. Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie solange warten müssen, bis die Akkumulation einige Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Zentralisation dagegen hat dies, vermittelst der Aktiengesellschaften, im Handumdrehn fertiggebracht.«[21]

Die Zentralisation und Reorganisation von Kapital gehen Hand in Hand mit der Bildung einer Reservearmee von Arbeitern und einer Reorganisation

[20] Marx 1971, S. 654f.; 1981, S. 261.
[21] Marx 1971, S. 655f.

der internationalen Arbeitsteilung. Die Ausweitung und Beschleunigung technologischen und organisatorischen Wandels verstärkt die kapitalintensive und arbeitssparende Ausrichtung der kapitalistischen Entwicklung, was eine »relativ überzählige Arbeiterbevölkerung « produziert – im Verhältnis zum normalen Bedarf der Kapitalakkumulation. Diese überschüssige Arbeiterbevölkerung steht dann für neue Runden der kapitalistischen Entwicklung in immer größerem Maßstab zur Verfügung.

> »Die mit dem Fortschritt der Akkumulation überschwellende und in Zusatzkapital verwandelbare Masse des gesellschaftlichen Reichtums drängt sich mit Frenesie in alte Produktionszweige, deren Markt sich plötzlich erweitert oder in neu eröffnete, wie Eisenbahnen usw., deren Bedürfnis aus der Entwicklung der alten entspringt. In allen solchen Fällen müssen große Menschenmassen plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in andren Sphären auf die entscheidenden Punkte werfbar sein. Die Übervölkerung liefert sie.«[22]

Indem es endogen – also als Ergebnis des kapitalistischen Entwicklungsprozesses selbst – einen »unbegrenzten« Vorrat an Arbeitskräften schafft, erwirbt »das Fabrikwesen […] eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet«. Und doch ist auch dieses Hindernis nichts als eine zu überwindende Schranke. Nicht nur bewirken Maschinen »direkte Vermehrung des Rohmaterials, wie z.B. der cotton gin die Baumwollproduktion vermehrte«. Noch grundlegender ist,

> »Wohlfeilheit des Maschinenprodukts und das umgewälzte Transport- und Kommunikationswesen [sind] Waffen zur Erobrung fremder Märkte. Durch den Ruin ihres handwerksmäßigen Produkts verwandelt der Maschinenbetrieb sie zwangsweise in Produktionsfelder seines Rohmaterials. So wurde Ostindien zur Produktion von Baumwolle, Wolle, Hanf, Jute, Indigo usw. für Großbritannien gezwungen. Die beständige ›Überzähligmachung‹ der Arbeiter in den Ländern der großen Industrie befördert treibhausmäßige Auswandrung und Kolonisation fremder Länder, die sich in Pflanzstätten für das Rohmaterial des Mutterlands verwandeln, wie Australien z.B. in eine Pflanzstätte von Wolle. Es

[22] Marx 1971, S. 658-662.

wird eine neue, den Hauptsitzen des Maschinenbetriebs entsprechende internationale Teilung der Arbeit geschaffen, die einen Teil des Erdballs in vorzugsweis agrikoles Produktionsfeld für den andern als vorzugsweis industrielles Produktionsfeld umwandelt.«[23]

Marx wiederholt hier die Behauptung des *Manifests*, die niedrigen Preise der modernen Industrie seien die Hauptwaffe, durch die die europäische Bourgeoisie den Weltmarkt eroberte und umstrukturierte. In diesem Kontext erschaffen die Zerstörung der nichtkapitalistischen Ökonomien anderer Länder und die Kolonialisierung fremder Länder durch Umsiedlung von überschüssiger Bevölkerung jedoch keine Welt nach dem Bilde des bourgeoisen Europas, wie im *Manifest*, sondern eine Welt der Lieferanten von Rohmaterial zum Vorteil der europäischen Industrie. Wir werden in späteren Kapiteln auf diese Diskrepanz zurückkommen, die die sehr unterschiedlichen Ergebnisse der europäischen Neuerschaffung der Welt von Marktwirtschaften wie Amerika, die durch europäische Besiedelung neu errichtet wurden, und Marktwirtschaften wie Indien oder China, die seit langem in einer Smithschen Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau festsitzen, widerspiegelt. Für den Moment reicht es festzustellen, dass Marx' Beobachtung, das Kreditsystem sei »ein ungeheurer sozialer Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale«, sich nicht nur auf Kapitalisten bezieht, die innerhalb eines gegebenen politischen Hoheitsgebiets operieren, sondern auch auf Kapitalisten, die Hoheitsgebiete übergreifend operieren.

Das bringt uns zum dritten Hauptergebnis von Marx' Prozess der schöpferischen Zerstörung. Da das im *Kapital* verfolgte Forschungsprogramm von der Rolle von Staaten im ökonomischen Prozess abstrahiert, diskutiert Marx Staatsschulden und das Kreditsystem unter der Rubrik der »ursprünglichen Akkumulation« – also »eine[r] Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt«. Dennoch erkennt er die anhaltende Bedeutung von Staatsschulden als Mittel zur Übertragung von Überschusskapital aus verfallenden in aufstrebende Zentren der kapitalistischen Akkumulation an.

»Mit den Staatsschulden entstand ein internationales Kreditsystem, das häufig eine der Quellen der ursprünglichen Akkumulation bei diesem

[23] Marx 1971, S. 474f.

> oder jenem Volk versteckt. So bilden die Gemeinheiten des venetianischen Raubsystems eine solche verborgne Grundlage des Kapitalreichtums von Holland, dem das verfallende Venedig große Geldsummen lieh. Ebenso verhält es sich zwischen Holland und England. Schon im Anfang des 18. Jahrhunderts […] hat [Holland] aufgehört, herrschende Handels- und Industrienation zu sein. Eins seiner Hauptgeschäfte von 1701-1776 wird daher das Ausleihen ungeheurer Kapitalien, speziell an seinen mächtigen Konkurrenten England. Ähnliches gilt heute zwischen England und den Vereinigten Staaten.«[24]

Marx entwickelte nirgends die theoretischen Implikationen dieser historischen Beobachtung. Trotz des beträchtlichen Raums, den er dem »Geldhandlungskapital« im dritten Band des *Kapital* widmete, rettete er die Staatsschulden nie aus ihrer Beschränkung auf eine Akkumulation, die »nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt«. Und doch ist das, was in der oben angeführten Passage als »Ausgangspunkt« in entstehenden Zentren erscheint (Holland, England, USA), auch das »Resultat« langer Zeiträume der Kapitalakkumulation in bestehenden Zentren (Venedig, Holland, England). In einer wichtigen Hinsicht nähert sich die in dieser historischen Beobachtung implizit enthaltene Konzeption der nationalen Entwicklung der von Smith an, denn sie räumt ein, dass die Größe der Hoheits»behältnisse«, innerhalb derer Kapital akkumuliert wird, eine Rolle spielt. Obwohl alle vier Behältnisse der Reihe (Venedig, Holland, England und USA) sich in unterschiedlichem Maße auf dem auf Außenhandel basierenden, extravertierten Pfad entwickelt haben – den Smith »unnatürlich« nennt und Marx kapitalistisch –, wurden sie im Lauf der Zeit zu klein, um die »unendliche« Akkumulation des Kapitals zu beherbergen, ohne einen anhaltenden Rückgang der Rentabilität zu provozieren. Marx lebte nur lang genug, um den Anfang des Rückgangs in England mitzuerleben. Wie wir im zweiten Teil des Buches sehen werden, kam es jedoch zu einem anhaltenden Rückgang, nicht nur in Großbritannien, sondern ein Jahrhundert später auch in den USA.

Trotz seiner optimistischen Erwartungen in Bezug auf den unendlichen Antrieb des Kapitalismus, alle Grenzen zu überschreiten, musste Marx ein-

[24] Marx 1971, S. 741, 784f.

räumen, dass dieser Antrieb historisch der Art von physischen und institutionellen Beschränkungen unterworfen war, die Smith betonte. Dies trifft jedoch nur zu, wenn wir Marx' Abfolge führender kapitalistischer Staaten als Reihe von separaten, räumlich und zeitlich begrenzten nationalen Episoden der kapitalistischen Entwicklung lesen. Wenn wir diese Abfolge aber als Reihe zusammenhängender Phasen einer weltweiten kapitalistischen Entwicklung lesen, erhalten wir ein anderes Bild – ein Bild, das den Gedanken des kapitalistischen Antriebs, alle Grenzen zu überschreiten, wiederholt. Das heißt, Marx stimmt implizit mit Smith darin überein, dass alle Hoheitsbehältnisse, die die führenden kapitalistischen Organisationen einer gegebenen Epoche beherbergt haben, letztlich übermäßig mit Kapital gefüllt wurden und so einen Rückgang der Rentabilität und eine Tendenz zur Stagnation erlebten. Dennoch sieht er das internationale Kreditsystem als etwas an, das dem Kapital mit der Abwanderung in ein größeres Behältnis – wie es die USA im Verhältnis zu England waren, England im Verhältnis zu Holland und Holland im Verhältnis zu Venedig –, wo seine Selbstexpansion in größerem Maßstab erneut einsetzen kann, einen Ausweg aus der Stagnation weist. So bezieht sich selbst für Marx die Tendenz zur unendlichen Expansion nur auf die Entwicklung des Kapitalismus auf Weltebene, nicht auf die innerhalb eines einzelnen Staats.

Schumpeters Analyse der schöpferischen Zerstörung des Kapitalismus deckt, wie er bereitwillig einräumte, nur einen kleinen Teil des Geländes von Marx ab, hat aber den Vorzug, Schlüsseleinsichten, die Marx' Forschungsprogramm nicht in den Vordergrund stellte oder undurchsichtig zu machen neigte, hervorzuheben. Eine solche Einsicht ist die Konzeption von Prosperität und Depression als Kehrseiten im Prozess der schöpferischen Zerstörung. Für Schumpeter ist die unaufhörliche Zerstörung alter und Bildung neuer ökonomischer Strukturen durch Innovation »nicht nur die wichtigste unmittelbare Gewinnquelle, sondern bringt auch mittelbar durch die von ihr in Gang gesetzten Prozesse die Mehrzahl der Lagen hervor, aus denen sich Marktlagengewinne und -verluste ergeben und in denen spekulative Tätigkeit einen Spielraum von Bedeutung gewinnt«.[25]

[25] Schumpeter 2005, S. 139; ders. (1964): *Business Cycles: A Theoretical, Historical, and Statistical Analysis of the Capitalist Process.* New York, S. 113f.

In diesem Prozess spielen übermäßige Profite – »außerordentliche Belohnungen«, weit jenseits dessen, was nötig wäre, um eine besondere Leistung der kleinen Minderheit, die sie erhält, hervorzubringen – eine doppelte Rolle. Sie geben ständigen Anreiz zur Innovation, aber

> »dadurch wird die große Mehrheit der Unternehmer zu viel größerer Aktivität angetrieben, als eine gleichmäßigere und ›gerechtere‹ Verteilung es täte. Diese Mehrheit erhält für ihre Tätigkeit ein sehr bescheidenes Entgelt oder gar nichts oder weniger als nichts und tut dennoch ihr Äußerstes, weil sie die große Belohnung vor Augen hat und ihre Chancen auf gleichen Erfolg überschätzt.«[26]

Statt außerordentliche Gewinne zu erzielen, aktiviert jedoch die ins Feld getriebene »große Mehrheit« den Wettbewerb, was nicht nur die übermäßigen Profite eliminiert, sondern auch verbreitet für Verluste sorgt, indem vorher vorhandene produktive Kombinationen zerstört werden. Dementsprechend teilt Schumpeter den unaufhörlichen Ablauf des Prozesses der schöpferischen Zerstörung in zwei Phasen: die Phase der eigentlichen Revolution und die Phase der Absorption ihrer Wirkungen.

> »Während diese Dinge eingeführt werden, finden wir lebhafte Ausdehnung und vorherrschende ›Prosperität‹ […] und während [sie] vollendet und ihre Ergebnisse herausgeschleudert werden, werden die veralteten industriellen Strukturelemente entfernt, und es herrscht ›Depression‹.«[27]

In Schumpeters Darstellung häufen sich profitorientierte Innovationen (und ihre Auswirkungen auf den Konkurrenzdruck) in der *Zeit* und erzeugen so Umschwünge in der Ökonomie als ganzer von langen Phasen vorherrschenden »Wohlstands« zu langen Phasen vorherrschender »Depression«. Wie ich an anderer Stelle gezeigt habe, ist es jedoch ebenso plausibel anzunehmen, dass sie sich auch im *Raum* häufen. Dann können wir im oben angeführten Zitat »wo« für »während« ersetzen und es als Beschreibung einer räumlichen Polarisierung von Zonen des vorherrschenden »Wohlstands« und Zonen vorherrschender »Depression« lesen.[28]

---

[26] Schumpeter 2005, S. 123.

[27] Ebd., S. 115.

[28] Giovanni Arrighi/Beverly J. Silver/Benjamin D. Brewer (2003a): »Industrial Convergence and the Persistence of the North-South Divide«, *Studies in Comparative International Development* 38 (1), S. 17f. Siehe auch unten, Kapitel 8.

Trotz seiner häufigen Bezüge auf industrielle Strukturen hat Schumpeters Konzeption der schöpferischen Zerstörung den weiteren Vorzug, die Innovationen, die dem Prozess zugrunde liegen, sehr breit als die »Durchsetzung neuer Kombinationen« zu definieren. Diese umfassen nicht nur technologische und organisatorische Innovationen in der Industrie, sondern alle Geschäftsinnovationen – wie die Eröffnung eines neuen Markts, eine neue Handelsroute, eine neue Versorgungsquelle, das Marketing für ein neues Produkt oder die Einführung einer neuen Organisation zur Beschaffung und Veräußerung von Waren –, denen es gelingt, die Wirtschaft in neue Bahnen zu lenken. Schumpeter nennt diejenigen, die diese Führung ausüben, »Unternehmer« – Personen, die im Sinne der ausschlaggebenden Entscheidungsbefugnis über Produktionsmittel und Bezahlung »Kapitalisten« sein können, aber nicht müssen, die aber die Fähigkeit haben, Gelegenheiten für überschüssige Profite aufzuspüren und zu ergreifen und diese durch eine Umleitung der etablierten Flüsse des Wirtschaftslebens abzuschöpfen. Zur Illustration für das, was ihm vorschwebt, verweist Schumpeter auf den »moderne[n] Typus des Industriekapitäns‹, besonders wenn man seine Wesensgleichheit erkennt einerseits mit z.B. dem Handelsunternehmer im Venedig des 12. Jahrhunderts […] und andererseits mit dem Dorfpotentaten, der mit seiner Bauernwirtschaft und seinem Viehhandel etwa noch eine ländliche Brauerei, eine Gastwirtschaft und einen Laden vereinigt«. Auf alle Fälle gilt,

> »dass jemand grundsätzlich nur dann Unternehmer ist, wenn er eine ›neue Kombination durchsetzt‹ – weshalb er den Charakter verliert, wenn er die geschaffene Unternehmung dann kreislaufmäßig weiterbetreibt«.[29]

Kapitalisten besitzen Geld, Geldforderungen oder materielle Güter; sie selbst können die Funktion eines Unternehmers erfüllen, sind aber nicht durch diese definiert. Ihre spezifische Funktion besteht darin, Unternehmern die Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind,

[29] Schumpeter 1987, S. 100, 114-116. Schumpeter unterstreicht, dass Unternehmer, anders als Landbesitzer, Kapitalisten oder Arbeiter, »keine soziale Klasse bilden«. Sie können aus jeder sozialen Klasse stammen und, wenn sie erfolgreich sind, in eine privilegiertere Position aufsteigen. Aber »die eventuell errungene Klassenposition ist als solche keine Unternehmerposition, sondern, je nachdem mit dem privatwirtschaftlichen Resultat des Erfolgs verfahren wird, grundherrlich oder kapitalistisch charakterisiert«. (Ebd., S. 116f.)

um das Wirtschaftssystem in neue Bahnen zu zwingen. Typischerweise geschieht dies durch die Bereitstellung von Krediten, und da alle Rücklagen und Ersparnisse normalerweise zu Kreditinstituten fließen und die gesamte Nachfrage nach – existenter oder noch zu schaffender – Kaufkraft sich auf diese Institutionen konzentriert, ist der »Bankier […] gleichsam […] selbst der Kapitalist geworden. Er steht zwischen denen, die neue Kombinationen durchsetzen wollen, und den Besitzern von Produktionsmitteln.«

> »Die Kreditgewährung in diesem Sinn wirkt wie ein Befehl an die Volkswirtschaft, sich den Zwecken des Unternehmers zu fügen, wie eine Anweisung auf die Güter, die er braucht, wie ein Anvertrauen von Produktivkräften.«[30]

Produzenten und Händler von Kaufkraft treffen Unternehmer auf dem Geld- oder Kapitalmarkt, wo sie gegenwärtige gegen künftige Kaufkraft eintauschen. »Im täglichen Preiskampf zwischen beiden Parteien wird über das Schicksal der künftigen Entwicklung entschieden.«

> »Alle Zukunftspläne und Zukunftsaussichten in der Volkswirtschaft wirken auf ihn [den Geldmarkt]. Und auf der anderen Seite alle Lebensverhältnisse des Volks, alle politischen, wirtschaftlichen und Naturereignisse. […] *Immer ist der Geldmarkt gleichsam das Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft*, von dem die Befehle an ihre einzelnen Teile ausgehen, und immer ist das, worüber auf ihm debattiert und was auf ihm entschieden wird, seinem innersten Wesen nach die Festsetzung des Plans weiterer Entwicklung.«[31]

So unterschiedlich sie erscheinen mögen, Marx' und Schumpeters Konzeption der kapitalistischen Entwicklung ergänzen einander eher, als sich zu widersprechen. Schumpeter selbst bekannte, dass was er über die Effizienz des Kapitalismus zu sagen hätte, nur die »geradezu begeisterte Darstellung der Leistungen des Kapitalismus« weiterentwickelte, die Marx im *Kommunistischen Manifest* präsentiert hatte.[32] Und tatsächlich kann ich an Schumpeters Darstellung der schöpferischen Zerstörung, von der ich oben berichtet habe, nichts finden, womit Marx nicht einverstanden gewesen wäre. Differenzen zwischen Schumpeter und Marx betrafen haupt-

[30] Ebd., S. 105, 110, 153.
[31] Ebd., S. 203-205; Hervorhebung G.A.
[32] Schumpeter 2005, S. 22f.

sächlich die Widersprüche und Kräfte, die letztlich zur Ablösung des Kapitalismus als gesellschaftliches System führen würden. Aber soweit die kapitalistische Dynamik betroffen ist, beobachteten sie sie schlicht aus verschiedenen Blickwinkeln und sahen so verschiedene, aber kompatible Facetten des Phänomens.[33]

## Rekapitulation und Vorschau

Unsere Rekonzeptualisierung von Smiths »unnatürlichem« Entwicklungspfad als dem kapitalistischen Pfad legt bereits nahe, dass die Vermeidung einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau in Europa kein Novum des 19. Jahrhunderts war. Vielmehr wurde diese Vermeidung im 19. Jahrhundert mithilfe der Industriellen Revolution durch vorhergehende vorbereitet – mithilfe großer Reorganisationen der Zentren und Netzwerke des europäischen Kapitalismus. Diese Tendenz ist untrennbar mit dem verknüpft, was sowohl Smith als auch Marx als dasjenige heraushoben, das den europäischen Pfad entscheidend prägte: seine Extravertiertheit, seine Einbettung in den Weltmarkt und seine »rückschrittliche« Entwicklungsrichtung vom Außenhandel über die Industrie zur Landwirtschaft. Aus dieser Perspektive ist der weitverbreitete Brauch, die Ursprünge der kapitalistischen Dynamik – oder ihr Fehlen – in der Landwirtschaft zu suchen, irreführend. Dies erinnert, um eine von Frank geschätzte Metapher zu verwenden, an die sprichwörtliche Suche nach der verlorenen Armbanduhr unter der falschen Straßenlaterne: Wohlstand und Macht der europäischen Bourgeoisie hatten ihren Ursprung nicht in der Landwirtschaft, sondern im Außen- und Fernhandel; und selbst die Industrie wurde erst nach mehreren Jahrhunderten zu ihrer Hauptbasis.[34]

Ähnlich weitverbreitet und irreführend ist der Brauch, der kapitalistischen Entwicklung auf nationaler Ebene Eigenschaften zuzuschreiben, die historisch gesehen zur kapitalistischen Entwicklung auf globaler Ebene

[33] Siehe John E. Elliott (1980): »Marx and Schumpeter on Capitalism's Creative Destruction: A Comparative Restatement«, *The Quarterly Journal of Economics* XCV (1).

[34] Siehe Arrighi 1994, Kap. 2-3, und Kapitel 8 unten. Zur Metapher der verlorenen Armbanduhr siehe Frank 1998, S. 338f.

gehören, und umgekehrt. Marx' Theorie von der Zentralisierung des Kapitals und zunehmender manufakturmäßiger Arbeitsteilung in immer größeren Produktionseinheiten gilt nur für die globale Ebene. Obwohl Eisenbahnen in Großbritannien erfunden und dort zuerst eingesetzt wurden, führten sie erst, als sie – unter maßgeblichem Einsatz britischen Überschusskapitals – in unvergleichlich größerem geographischen Maßstab in den USA eingeführt wurden, zur Umstrukturierung von Kapital in vertikal integrierten Unternehmen. Hätte sich das Zentrum der kapitalistischen Entwicklung nicht von Großbritannien in die Vereinigten Staaten verschoben, wäre es vielleicht nie zu dem durch diese Umstrukturierung angestoßenen großen Sprung nach vorn in der manufakturmäßigen Arbeitsteilung gekommen. Ja, trotz oder vielleicht wegen der Industriellen Revolution erlebte Großbritannien das 19. Jahrhundert hindurch eine Konsolidierung des Familienkapitalismus und eine Abnahme statt einer Zunahme der vertikalen Integration von Produktionsprozessen.[35]

Umgekehrt kann die Behauptung, kapitalistische Entwicklung setze die Trennung landwirtschaftlicher Produzenten von den Mitteln zur Produktion ihres Lebensunterhalts voraus – die Brenner von Marx ableitet –, als Beschreibung der Bedingungen, die die Entwicklung des Kapitalismus in Großbritannien förderten, einige Gültigkeit beanspruchen. Auf globaler Ebene scheint eine solche Trennung jedoch eher eine *Folge* der schöpferischen Zerstörung des Kapitalismus zu sein – nämlich der Produktion einer relativen Überschussbevölkerung – als eine ihrer Voraussetzungen. In jedem Fall war sie definitiv keine Voraussetzung für die kapitalistische Entwicklung in anderen europäischen Ländern – wie Frankreich oder der Schweiz – oder in den USA, wo durch die Vernichtung der Urbevölkerung, die gewaltsame Verpflanzung versklavter afrikanischer Völker und die Umsiedlung der europäischen Überschussbevölkerung die landwirtschaftliche Basis für die größten technischen und organisatorischen Fortschritte der kapitalistischen Geschichte gelegt wurde.

---

[35] Zur Rolle der Eisenbahnen bei der Förderung von vertikaler Integration und bürokratischer Verwaltung kapitalistischer Unternehmen siehe Alfred Chandler (1977): *The Visible Hand: The Managerial Revolution in American Business*. Cambridge, MA., Kap. 3-5. Nachweise zum Fortbestand von Familienbetrieben und zur Abnahme der vertikalen Integration im Großbritannien des 19. Jahrhunderts finden sich in Arrighi/Silver 1999, Kap. 2.

Aufgrund der Schwierigkeiten, die kapitalistische Natur des europäischen Entwicklungspfads festzunageln, sah Frank sein Bestreben als »nicht viel besser als die Suche des Alchemisten nach dem Stein der Weisen, der unedles Metall in Gold verwandelt«, an.[36] Franks Frustration ist verständlich und er bewegt sich auf festem empirischen Boden, wenn er Versuche zurückweist, Unterschiede zwischen dem europäischen und dem ostasiatischen Entwicklungspfad auf die Präsenz von »Kapitalisten« in der einen und ihre Abwesenheit in der anderen Region zurückzuführen. Wie William Rowe festgestellt hat und unsere Analyse in Kapitel 11 bestätigen wird: »Was immer der Grund für die Abweichungen zwischen der Sozialgeschichte Chinas und des Westens seit 1500 sein mag, sie sind nicht auf die Tatsache zurückzuführen, dass der progressive Westen den Kapitalismus und den modernen Staat entdeckt hat und China nicht.«[37]

Wie in Kapitel 11 detaillierter ausgeführt werden wird, ist die Eigenschaft, die es uns ermöglicht, zwischen dem europäischen und dem ostasiatischen marktorientierten Entwicklungspfad zu unterscheiden, nicht das Bestehen bestimmter Geschäfts- und Regierungsinstitutionen als solcher, sondern ihre Kombination in verschiedenen Machtstrukturen. So hebt sich Smiths »unnatürlicher« Pfad vom »natürlichen« nicht durch die größere Anzahl seiner Kapitalisten ab, sondern durch die größere Macht der Kapitalisten, ihre Klasseninteressen anderen auf Kosten der nationalen Interessen aufzuzwingen. In Marx' Rekonzeptualisierung von Smiths »unnatürlichem« Pfad als dem kapitalistischen hat diese größere Macht Regierungen in Komitees zur Verwaltung der Angelegenheiten der Bourgeoisie verwandelt. Obwohl dies bestenfalls eine Übertreibung und schlimmstenfalls eine falsche Charakterisierung der meisten europäischen Staaten ist, so ist es vermutlich eine ebenso genaue Beschreibung wie jede andere von den Staaten, die den europäischen Entwicklungspfad anführten. Wie Fernand Braudel es ausdrückte,

---

[36] Frank 1998, S. 332, der mit der Analogie zur Suche des Alchimisten nach dem Stein der Weisen K.N.Chaudhuri (1990): *Asia before Europe. Economy and Civilization of the Indian Ocean from the Rise of Islam to 1750*. Cambridge, S. 84, zitiert.

[37] William Rowe (1990): »Modern Chinese Social History in Comparative Perspective«, in: P.S. Ropp (Hrsg.), *Heritage of China: Contemporary Perspectives on Chinese Civilization*, Berkeley, S. 262.

> »Der Kapitalismus triumphiert nur, wenn er mit dem Staat identifiziert wird, wenn er der Staat ist. In seiner ersten großen Phase, der der italienischen Stadtstaaten Venedig, Genua und Florenz, lag die Macht in den Händen der begüterten Elite. Im Holland des 17. Jahrhunderts herrschte die Aristokratie der Regenten zum Vorteil und nach Weisung der Geschäftsleute, Kaufleute und Geldverleiher. Ebenso markierte die Glorious Revolution von 1688 in England die Übernahme der Geschäftswelt, ähnlich der in Holland.«[38]

Außer dass hier Genua und Florenz zu Venedig hinzugefügt und die jüngste führende Nation der kapitalistischen Entwicklung (die USA) weggelassen wurde, ist dies dieselbe Folge von verfallenden und aufstrebenden kapitalistischen Zentren, die Marx zufolge über das Recyceln von überschüssigem Kapital durch das internationale Kreditsystem miteinander verbunden waren. In beiden Abfolgen waren die Staaten, die man mit dem Kapitalismus zu identifizieren begann – die italienischen Stadtstaaten, der Holländische Proto-Nationalstaat und schließlich der englische Staat, der dabei war, nicht nur Nationalstaat, sondern Zentrum eines weltumspannenden See- und Territorialreichs zu werden –, größer und mächtiger als ihre Vorgänger. Unsere Behauptung wird sein, dass es mehr als alles andere diese *Abfolge* der unendlichen Akkumulation von Kapital und Macht ist, was den europäischen Entwicklungspfad als »kapitalistisch« definiert, und dass umgekehrt das Fehlen von etwas mit dieser Abfolge Vergleichbarem in Ostasien als eindeutigstes Zeichen dafür aufgefasst werden kann, dass der ostasiatische Entwicklungspfad vor der Großen Divergenz ebenso marktorientiert war wie der europäische, sich hier aber keine kapitalistische Dynamik vollzog.

Des Weiteren werden wir behaupten, dass sich diese Besonderheit des europäischen Entwicklungspfads nur in Verbindung mit zwei anderen Tendenzen verstehen lässt. Die eine ist die Tendenz von Überakkumulationskrisen, lange Zeiten der finanziellen Expansion herbeizuführen, die, um Schumpeter zu paraphrasieren, die notwendigen Zahlungsmittel zur Verfügung stellen, um das Wirtschaftssystem in neue Bahnen zu zwingen. Wie

[38] Fernand Braudel (1977): *Afterthoughts on Material Civilization and Capitalism*. Baltimore, S. 64f.

Braudel unterstreicht, ist diese Tendenz kein Novum des 19. Jahrhunderts. Im Genua des 16. und im Amsterdam des 18. nicht weniger als im Großbritannien des späten 19. und den Vereinigten Staaten des späten 20. Jahrhunderts, verstand es der Finanzkapitalismus »nach einem starken Anwachsen des Handelskapitalismus und einer die normalen Investitionsmöglichkeiten überschreitenden Akkumulation sich des Handelsplatzes zu bemächtigen und – eine Zeitlang – die gesamte Geschäftswelt zu beherrschen«.[39] Diese Vorherrschaft lässt zwar gewöhnlich den Reichtum der bestehenden kapitalistischen Zentren zunächst wieder aufblühen, doch mit der Zeit wird sie zu einer Quelle der politischen, ökonomischen und sozialen Turbulenz, in deren Verlauf die existierenden gesellschaftlichen Rahmen der Akkumulation zerstört werden, die »Hauptquartiere der kapitalistischen Wirtschaft«, in Schumpeters Sinn, in neue Zentren umgesiedelt und umfassendere gesellschaftliche Rahmen der Akkumulation unter der Führung immer mächtigerer Staaten geschaffen werden.[40] Ob und in welchem Ausmaß die von den USA angeführte finanzielle Expansion der 1980er und 1990er Jahre in dieses Muster passt, ist Thema des zweiten Teils dieses Buches.

Doch weder die regelmäßig wiederkehrenden finanziellen Expansionen des historischen Kapitalismus, noch die Reihe immer mächtigerer Staaten, mit denen der Kapitalismus identifiziert wurde, lassen sich ohne den Bezug auf eine weitere Tendenz verstehen: den intensiven zwischenstaatlichen Wettbewerb um mobiles Kapital, den Max Weber »das welthistorisch Spezifische« des modernen Zeitalters genannt hat.[41] Diese Tendenz ist der

---

[39] Fernand Braudel (1986b): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. III: Aufbruch zur Weltwirtschaft*. München, S. 676.

[40] Zu verschiedenen Aspekten dieses Musters siehe Arrighi 1994 und Arrighi/Silver 1999.

[41] Max Weber (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft.* Tübingen, S. 211. Weber zufolge verschwanden Freiheit und Macht der Städte, der Hauptorte der kapitalistischen Expansion, in der Vormoderne zugunsten eines bürokratisch organisierten Weltreichs. Im Unterschied dazu gerieten die Städte in der Neuzeit in die Gewalt »konkurrierender Nationalstaaten, die in ständigem friedlichen und kriegerischen Kampf um die Macht lagen. […] Der einzelne Staat musste um das freizügige Kapital konkurrieren, das ihm die Bedingungen vorschrieb, unter denen es ihm zur Macht verhelfen wollte.« Dieser kämpferische Wettbewerb ist es, der die größten Möglichkeiten für den modernen Kapitalismus geschaffen hat. (Max Weber [1924]: *Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. München und Leipzig, S. 288).

Schlüssel zur Antwort auf die Frage nach der Beziehung zwischen Kapitalismus, Industrie und Militarismus, die Smith implizit aufwirft, aber nicht beantwortet, und zu der weder Marx noch Schumpeter etwas Interessantes zu sagen haben. Wie in Kapitel 2 bemerkt, wirft Smiths Beobachtung, dass die hohen Kosten moderner Kriegskunst reichen Nationen einen militärischen Vorteil gegenüber armen verschaffen, zwei eng zusammenhängende Fragen auf. Erstens: Müssten nicht angesichts der größeren Rolle, die verarbeitendes Gewerbe, Außenhandel und der Schiffsverkehr für seinen »unnatürlichen« Entwicklungspfad spielen – den wir, Marx folgend, in kapitalistischer Pfad umbenannt haben –, Länder dieses Entwicklungspfads einen militärischen Vorteil erwerben, nicht nur gegenüber armen Nationen, sondern auch gegenüber wohlhabenden, sich auf Smiths »natürlichem« Pfad entwickelnden Marktwirtschaften? Und zweitens, wenn auf dem kapitalistischen Pfad erlangter Reichtum eine Quelle überlegener militärischer Macht ist, und wenn militärische Machtüberlegenheit der Grund dafür ist, dass Europäer sich die Gewinne aus der größeren Integration der globalen Ökonomie auf Kosten der nichteuropäischen Nationen aneignen konnten, wie Smith behauptet, welche Kräfte können dann verhindern, dass diese Integration den positiven Kreislauf der Bereicherung und Ermächtigung von Völkern europäischer Herkunft und den damit zusammenhängenden Teufelskreis der Verarmung und Entmachtung der meisten anderen Völker reproduziert?

Diese Fragen werden im dritten und vierten Teil des Buches beantwortet werden. Im dritten Teil wird das Augenmerk speziell auf die scheinbar »unendliche« Akkumulation von Kapital und Macht auf dem kapitalistischen Pfad gerichtet, der im US-amerikanischen Versuch, den ersten wahrhaft globalen Staat der Weltgeschichte zu schaffen, gipfelte. Dort wird gezeigt, dass die Synergie zwischen Kapitalismus, Industrie und Militarismus, angetrieben durch innerstaatliche Konkurrenz, tatsächlich einen positiven Kreislauf der Bereicherung und Ermächtigung für die Völker europäischer Abstammung und einen entsprechenden Teufelskreis der Verarmung und Entmachtung für die meisten anderen Völker erzeugte. Wesentlich für diese Tendenz war die durch den Prozess der schöpferischen Zerstörung beförderte räumliche Polarisierung zwischen einer Zone – dem globalen Norden –, in der Wohlstand und einer Zone – dem globalen Süden –, in

der Depression vorherrschte. Aber er wird auch zeigen, dass diese Polarisierung erstens die Reproduktion der nördlichen Vorherrschaft vor zunehmend unüberwindliche Probleme der sozialen und politischen Legitimität stellte, und zweitens der Versuch der USA, diese Probleme durch Zwangsmaßnahmen aus dem Weg zu schaffen, fehlschlug und den Völkern des Südens eine nie da gewesene Gelegenheit zum Erwerb sozialer und wirtschaftlicher Macht bot.

Der vierte und abschließende Teil des Buches wird den Blick auf die welthistorischen Umstände richten, die es China ermöglichten, für diesen Machterwerb Pionierarbeit zu leisten. Sugiharas Behauptung, die starke Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges und die Welle des Nationalismus in der ehemals kolonialisierten Welt zusammen hätten in Ostasien günstige geopolitische Bedingungen geschaffen für die Kreuzung der Pfade der Fleißrevolution und der Industriellen Revolution, wird in meinen eigenen Begriffen neu formuliert und in zwei neuen Richtungen entwickelt werden.

Ich werde zum einen die Behauptung aufstellen, dass die Pfade der Fleißrevolution und der Industriellen Revolution selbst ihren Ursprung in den entgegengesetzten politischen Bedingungen hatten, die sich im Laufe dessen, was Braudel mit Bezug auf die europäische Geschichte das »lang anhaltende« 16. Jahrhundert nennt (1350-1650)[42] und was in der asiatischen Geschichte fast genau der Ming-Ära entspricht (1368-1643), in Europa und Asien herausbildeten. Ich werde zeigen, dass diese Verschiedenheit der geopolitischen Bedingungen eine einfache, aber zwingende Erklärung für das Aufkommen zweier unterschiedlicher Entwicklungspfade in Europa und Ostasien liefert, die zu gegebener Zeit zur Großen Divergenz führten. Aber ich werde auch die These aufstellen, dass die Überlegenheit des europäischen gegenüber dem ostasiatischen Pfad entscheidend von einer Synergie zwischen dem finanziellen und dem militärischen Leistungsvermögen abhing, die in einer zunehmend integrierten und von Konkurrenz geprägten globalen Ökonomie schwer aufrechtzuerhalten war.

Sobald die Synergie aufhörte zu wirken, wie es in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geschah, wurde Japan zum Vorboten und China zum

[42] Braudel 1986b, S. 82.

Träger der Mischform des marktorientierten Entwicklungspfads, der, um Fairbank zu paraphrasieren, die Menschen in China ebenso wie anderswo weiterhin in Erstaunen versetzt.

# Teil II
# Auf der Spur globaler Turbulenzen

# Kapitel 4
# Die Ökonomie globaler Turbulenzen

»Depression«, schrieb Thorstein Veblen kurz nach dem Ende der großen Depression von 1873 bis 1896, »ist hauptsächlich ein Gemütsleiden von Geschäftsleuten. Darin liegt das Problem. Die Stagnation der Industrie und das Elend, das die Arbeiter und andere Klassen erleiden, sind ihrem Wesen nach Symptome und Nebenwirkungen.« Wirksame Heilmittel müssen daher so beschaffen sein, »dass sie diesen emotionalen Sitz des Leidens erreichen und […] Profite auf eine ›vernünftige‹ Höhe zurückbringen«.[1] Zwischen 1873 und 1896 waren die Preise ungleichmäßig, aber unaufhaltsam gefallen; David Landes nannte dies die »drastischste Deflation seit Menschengedenken«. Außer den Preisen fiel »[a]uch der Zinssatz […] so stark, dass die Wirtschaftstheoretiker an die Möglichkeit zu glauben begannen, das im Überfluss vorhandene Kapital könne sich zu einem freien Gut entwickeln. Die Profite schrumpften gleichfalls zusammen. Heute hat man zwar erkannt, dass es sich nur um periodische Depressionen handelte. Für die damals Lebenden schienen sie sich aber unendlich lange fortzusetzen. Man hatte den Eindruck, das Wirtschaftssystem sei erschöpft.«[2]

In Wirklichkeit war das Wirtschaftssystem nicht »erschöpft«. Produktion und Investitionen wuchsen weiterhin, nicht nur in den neu industrialisierenden Ländern der Zeit (am stärksten in Deutschland und den USA), sondern auch in Großbritannien – so sehr, dass ein anderer Historiker, der zur selben Zeit schrieb wie Landes, erklären konnte, die große Depression von 1873-1896 sei nichts als ein »Mythos«.[3] Dennoch ist es, wie Veblen andeutet, kein Widerspruch zu sagen, es gab eine »große Depression« in einer Zeit anhaltender Expansion von Produktion und Investiti-

---

[1] Thorstein Veblen (1978): *The Theory of Business Enterprise.* New Brunswick, N.J., S. 241.

[2] David S. Landes (1973): *Der entfesselte Prometheus: Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart.* Köln, S. 220.

[3] S.B. Saul (1969): *The Myth of the Great Depression, 1873-1896.* London

onen. Im Gegenteil, die große Depression war kein Mythos, gerade *weil* Produktion und Handel in Großbritannien und der gesamten Weltwirtschaft expandiert hatten und immer noch zu schnell expandierten, als dass Profite auf einer als »vernünftig« zu bezeichnenden Rate hätten gehalten werden können.

Genauer gesagt, die starke Expansion des Welthandels Mitte des 19. Jahrhunderts hatte zu einer systemweiten Intensivierung des Konkurrenzdrucks auf die Träger der Kapitalakkumulation geführt. Eine wachsende Zahl von Geschäftsunternehmen an einer wachsenden Zahl von Standorten überall in der auf Großbritannien zentrierten Weltwirtschaft gerieten einander bei der Beschaffung von Produktionsmitteln und der Veräußerung von Erzeugnissen in die Quere und zerstörten sich dabei gegenseitig die zuvor bestehenden »Monopole« – das heißt, ihre mehr oder weniger exklusive Kontrolle über bestimmte Marktnischen.

> »Der Übergang vom Monopol zum Wettbewerb war wohl *der* Einzelfaktor, der die Atmosphäre der europäischen Industrie und des europäischen Handels am nachhaltigsten beeinflusste. Das Wirtschaftswachstum wurde nunmehr zum ökonomischen Kampf. Dieser trennte die Starken von den Schwachen, entmutigte die einen und stärkte die anderen. Er begünstigte auch die neuen Nationen auf Kosten der alten. Der Optimismus über eine Zukunft mit unbegrenzten Fortschritten wich allmählich der Ungewissheit und einem Gefühl der Agonie in der klassischen Bedeutung des Wortes.«[4]

Dann plötzlich, wie durch Zauberhand,

> »drehte sich das Rad jedoch wieder in die andere Richtung. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts zogen die Preise und mit ihnen die Profite wieder an. Mit der besseren Geschäftslage stellte sich auch das Vertrauen wieder ein – nicht das kleine, flüchtige Vertrauen der kurzen Aufschwungphasen, das während der voraufgegangenen düsteren Jahrzehnte aufgeflackert war, sondern eine allgemeine Euphorie, wie es sie seit [den frühen 1870er Jahren] nicht mehr gegeben hatte. Alles schien wieder ins rechte Lot gerückt – trotz des Säbelrasselns und der warnenden Hinweise der Marxisten auf die ›letzte Stufe‹ des Kapitalismus.

[4] Landes 1973, S. 228.

In allen westlichen Ländern leben diese Jahre in der Erinnerung als die gute, alte Zeit – das Zeitalter König Eduards VII., *la belle époque*.«[5]

Wie wir sehen werden, bewirkte keine Zauberhand die plötzliche erneute Anhebung der Profite auf ein »vernünftigeres« Niveau und die anschließende Genesung der britischen und der westlichen Bourgeoisie von dem durch die »übermäßige« Konkurrenz ausgelösten Leiden. Für den Moment wollen wir einfach feststellen, dass nicht alle von den »schönen Zeiten« von 1896-1914 profitierten. International war der Hauptnutznießer der Erholung Großbritannien. Während seine industrielle Vormachtstellung verblasste, triumphierte sein Finanzwesen, und seine Dienste als Spediteur, Händler, Versicherer, Makler und Vermittler im weltweiten Zahlungsverkehr wurden unentbehrlicher als je zuvor.[6] Aber selbst innerhalb Großbritanniens profitierten nicht alle. Nennenswert war vor allem der umfassende Rückgang des britischen Reallohns ab Mitte der 1890er Jahre, der den Trend zum schnellen Anstieg umkehrte, der im vorhergehenden halben Jahrhundert vorgeherrscht hatte.[7] Für die Arbeiterklasse der damaligen Hegemonialmacht war die *Belle Époque* somit eine Zeit der Einschränkung im Vergleich zum vorangegangenen halben Jahrhundert, in dem sich ihre ökonomischen Bedingungen verbessert hatten. Dies gab der erneuten Euphorie der britischen Bourgeoisie ohne Zweifel zusätzlichen Auftrieb. Bald jedoch geriet das »Säbelrasseln« außer Kontrolle und beschleunigte eine Krise, von der das auf Großbritannien zentrierte kapitalistische Weltsystem sich nie mehr erholen würde.

Robert Brenners Analyse dessen, was er die »anhaltende Stagnation« von 1973-93 nennt, und die anschließende »Wiederbelebung« der US-amerikanischen sowie der Weltwirtschaft bezieht sich nicht auf diese frühere Erfahrung des Weltkapitalismus mit Depression, Aufschwung und Krise, aber seine zentrale Argumentation lädt ständig zum Vergleich zwischen den beiden ein.[8] Daher werde ich sie als Ausgangspunkt für eine verglei-

---

[5] Ebd., S. 220.

[6] Eric Hobsbawm (1968): *Industry and Empire: An Economic History of Britain since 1750*. London, S. 125.

[7] Saul 1969, S. 28-34); Michael Barrat Brown (1974): *The Economics of Imperialism*. Hardmondsworth, Tabelle 14.

[8] Robert Brenner (1998): »The Economics of Global Turbulence: A Special Report on the World Economy, 1950-1998.« *New Left Review*, II/229; Ders. (2003): *Boom & Bub-*

chende Analyse zweier langer Phasen der globalen Turbulenzen verwenden, die ein Jahrhundert auseinanderliegen, mit dem Ziel zu bestimmen, was wirklich neuartig und anomal ist an der globalen Turbulenz unserer Zeit. In diesem Kapitel rekonstruiere ich Brenners Argumentation mit dem Augenmerk auf seinen interessantesten und wesentlichsten Aspekten. In Kapitel 5 prüfe ich die Argumentation erneut kritisch mit dem Augenmerk auf ihren Schwächen und Grenzen, und in Kapitel 6 arbeite ich diese Kritik in meine eigene Interpretation derjenigen globalen Turbulenz ein, die sowohl für die finale Krise der US-Hegemonie als auch für das ökonomische Wiederaufleben Ostasiens den Boden bereitete. Ich werde Teil II abschließen, indem ich den Zusammenhang meiner Argumentation zur globalen Turbulenz mit dem im ersten Teil des Buches entwickelten theoretischen Rahmen verdeutliche.

## Ungleiche Entwicklung: vom Boom zur Krise

Nach Brenners Dafürhalten haben der lange Boom der 1950er und 1960er Jahre und die Rentabilitätskrise, die den Boom zwischen 1965 und 1973 enden ließ, beide ihre Wurzeln in dem, was er als »ungleiche Entwicklung« bezeichnet. In seiner Definition ist ungleiche Entwicklung der Prozess, in dem Nachzügler in der kapitalistischen Entwicklung versuchen, zu den führenden Nationen dieser Entwicklung aufzuschließen und dies letztlich auch schaffen.[9] Brenner richtet sein Augenmerk auf Deutschland und Japan als den erfolgreichsten unter den Nachzüglern, die nach dem Zwei-

*ble. Die USA in der Weltwirtschaft.* Hamburg; Ders. (2006): *The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn*, 1945-2005. London. Das Buch von 2006 entspricht dem Manuskript, das 1998 als Sonderausgabe von *New Left Review* veröffentlicht wurde, versehen mit neuem Vor- und Nachwort. Außer wenn ich mich auf das Vorwort und das Nachwort beziehe, gebe ich die Seitenzahlen der Veröffentlichung von 1998 an.

[9] Brenner 1998, S. 39-137); 2003, S. 44-59. Brenners Verwendung des Ausdrucks »ungleiche Entwicklung« gleicht dem Trotzkis und Lenins, unterscheidet sich aber grundlegend von dem geläufigeren heutigen Gebrauch zur Bezeichnung der Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, den geographischen Raum zu polarisieren und zu diversifizieren. Siehe insbesondere Samir Amin (1976): *Unequal Development*. New York: Monthly Review Press, und Neil Smith (1984): *Uneven Development. Nature, Capital and the Produc-*

ten Weltkrieg versuchten, zu den vorherigen Entwicklungsleistungen der USA aufzuschließen, und behauptet, was die Profitrate und die Investitionen dieser beiden Länder in die Höhe getrieben habe, sei ihre Fähigkeit gewesen, die Hochleistungstechnologien, denen die USA den Weg geebnet hatten, mit dem großen und flexiblen Vorrat an niedrig bezahlten Arbeitskräften, die sich in ihren ländlichen Gebieten und Kleinbetrieben drängten, zu kombinieren. Die frühen 1960er Jahre hindurch wirkte sich dies nicht negativ auf die US-Produktion und -Profite aus, weil »der größte Teil der im Ausland produzierten Güter auf dem US-Markt weiterhin nicht konkurrenzfähig war und weil US-amerikanische Produzenten nur in sehr geringem Ausmaß auf den Verkauf in Übersee angewiesen waren«.[10]

Ja, »diese ungleiche Wirtschaftsentwicklung« implizierte »von Beginn an […] einen *relativen* Abstieg der US-Binnenwirtschaft.« Aber zugleich war sie

> »eine Vorbedingung für die anhaltende Vitalität der herrschenden Kräfte innerhalb der politischen Ökonomie der USA. Die multinationalen Unternehmensgruppen und die internationalen Banken der USA, denen es darum ging, nach Übersee zu expandieren, brauchten profitable Anlagemöglichkeiten für ihre Direktinvestitionen im Ausland. Auch die Hersteller mit einer in den USA heimischen Basis waren auf eine Ausweitung ihrer Exporte angewiesen und benötigten dafür eine schnell wachsende Nachfrage nach ihren Gütern in Übersee. Ein US-Staat von imperialer Statur, der daran arbeitete, den ›Kommunismus abzuwehren‹ und die Welt für das freie Unternehmertum sicher zu halten, verfolgte das Ziel, […] durch wirtschaftliche Erfolge seiner Verbündeten die Grundlagen für die politische Konsolidierung einer kapitalistischen Nachkriegsordnung zu schaffen. Alle diese Kräfte waren also auf die wirtschaftliche Dynamik Europas und Japans angewiesen.«[11]

Kurz gesagt, bis in die frühen 1960er Jahre war ungleiche Entwicklung ein positives Summenspiel und damit Stützpfeiler »einer wirklichen, wenn auch hochgradig konfliktbeladenen und instabilen Symbiose von Anfüh-

---

*tion of Space.* Oxford. Wenn nicht anders angegeben, werde ich diesen Ausdruck in demselben Sinn verwenden wie Brenner.

[10] Brenner 1998, S. 91f.

[11] Brenner 2003, S. 49.

rer und Gefolgschaft, von sich früher und später entwickelnden Ländern und damit des Hegemons mit den unter seiner Hegemonie stehenden Subalternen«.[12] Um Landes' Darstellung der großen Depression von 1873-96 zu paraphrasieren, sie war noch nicht zu einem »ökonomischen Kampf« geworden – einem Null- oder sogar negativen Summenspiel, das einigen auf Kosten anderer zugute kommen würde. Genau das wurde die ungleiche Entwicklung zwischen 1965 und 1973 nach Brenners eigener Darstellung vom Beginn des langen Abschwungs von 1973-93. Bis dahin hatten Deutschland und Japan nicht nur aufgeschlossen, sondern »sich […] in einer Schlüsselindustrie nach der anderen vor den Anführer USA gesetzt – Textilien, Stahl, Automobile, Werkzeugmaschinen, Unterhaltungs- und Haushaltselektronik«. Was noch wichtiger war, die neueren Herstellerfirmen mit niedrigen Kosten mit Sitz in diesen und anderen Nachzüglerländern begannen »in Märkte einzudringen, die bis dahin von Herstellerfirmen aus den Führungsregionen dominiert worden waren, insbesondere der USA und auch Großbritanniens«.[13]

Dieses Eindringen von niedrigpreisigeren Gütern in die USA und den Weltmarkt unterminierte die Fähigkeit US-amerikanischer Hersteller, »die etablierte Rendite auf ihre Investitionen in Kapital und Arbeit zu erzielen«, was zwischen 1965 und 1973 einen Rückgang der auf ihren Kapitalstock bezogenen Profitrate von über 40% herbeiführte. US-amerikanische Herstellerbetriebe reagierten unterschiedlich auf diese Intensivierung des Wettbewerbs im In- und Ausland. Sie setzten den Preis für Produkte unterhalb der Kostendeckung fest – das heißt, sie strebten die etablierte Profitrate nur für ihr zirkulierendes Kapital an, sie unterdrückten das Ansteigen der Lohnkosten und sie brachten ihre Produktionsanlagen und ihre Ausrüstung auf den neuesten Stand. Letztlich war jedoch die ausschlaggebende US-amerikanische Waffe in dem einsetzenden Konkurrenzkampf eine drastische Entwertung des Dollars in Beziehung zum japanischen Yen und der D-Mark.[14]

Bis zu einem gewissen Grad war die Entwertung selbst das Ergebnis der Verschlechterung der US-Handelsbilanz, die sich aus dem Verlust der Wett-

[12] Ebd., S. 50.
[13] Brenner 1998, S. 41, 105-108.
[14] Ebd., S. 93f.; Brenner 2003, S. 51f.

bewerbsfähigkeit amerikanischer gegenüber deutschen und japanischen Herstellern ergab. Dennoch wurden die Auswirkungen dieser Handelsbilanz auf den Wert der drei Währungen beträchtlich verstärkt durch die Regierungspolitik, die das System des Gold-Dollar-Standards, das am Ende des Zweiten Weltkriegs eingeführt worden war, destabilisierte (und schließlich abschaffte). Denn die deutsche und die japanische Regierung reagierten auf den Inflationsdruck, der durch den vom Export angeführten Produktionsboom auf ihrem Binnenmarkt erzeugt wurde, mit einer Unterdrückung der heimischen Nachfrage, die ihre Handelsüberschüsse und spekulative Nachfrage nach ihren Währungen weiter erhöhte.[15] Am Ende der Johnson- und am Anfang der Nixon-Administration versuchte die US-Regierung, durch finanzpolitische Austerität und eine strenge Geldpolitik eine Wende in der wachsenden internationalen Währungsinstabilität herbeizuführen. Bald jedoch

> »erwiesen sich die politischen Kosten zur Aufrechterhaltung einer ernsthaften Anti-Inflations-Politik – ganz zu schweigen von dem besorgniserregenden Sturz der Aktienkurse […] als untragbar für die Nixon-Regierung. Lange vor der Niederlage der Republikaner in der Kongresswahl vom November 1970 und als hohe Zinssätze drohten, die Erholung zu ersticken, flüchtete sich die Regierung wieder in finanzpolitische Impulse, und die US-Notenbank kam ihr mit einer Politik der leichten Kredite entgegen. Wie Nixon es einige Monate später ausdrücken sollte: ›Wir sind jetzt alle Keynesianer.‹«[16]

Die Hinwendung der USA zur makroökonomischen Expansionspolitik Mitte der 1970er Jahre läutete die Totenglocke für den Gold-Dollar-Standard. Als die Zinssätze in den USA fielen, in Europa und Japan aber hoch blieben oder stiegen, flüchtete kurzfristiges Spekulationsgeld aus dem Dollar, was das US-amerikanische (kurz- und langfristige) Zahlungsbilanzdefizit die Schallmauer durchbrechen ließ. Der halbherzige Versuch des Washingtoner Währungsabkommens (»Smithsonian Agreement«) vom Dezember 1971, durch eine 7,9-prozentige Abwertung des Dollars gegenüber Gold und einer Aufwertung der D-Mark um 13,5% und des Yens

[15] Brenner 1998, S. 94, 116, 119, 126-130.
[16] Ebd., S. 120f.

um 16,5% gegenüber dem Dollar feste Wechselkurse aufrechtzuerhalten, konnte den erneuten Abwärtsdruck, den die Nixon-Regierung durch eine weitere Runde wirtschaftlicher Stimuli auf die US-Währung ausübte, nicht eindämmen. 1973 wurde der Druck unerträglich und führte zu einer weiteren erheblichen Dollarabwertung und zur offiziellen Aufgabe des Systems fester Wechselkurse zugunsten des freien Wechselkurses.[17]

Die massive Abwertung des Dollars gegenüber der Mark (um insgesamt 50% zwischen 1969 und 1973) und dem Yen (um insgesamt 28,2% zwischen 1971 und 1973) sicherte – so Brenner – »die Art von Kehrtwende bei den relativen Kosten, die [der US-amerikanische Herstellungssektor] durch einen Zuwachs an Produktivität und Zurückhaltung bei den Lohnforderungen nicht hatte herbeiführen können«. Der Umschwung hatte einen elektrisierenden Effekt auf die US-Wirtschaft. Rentabilität, Investitionszuwächse und Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe kehrten zurück und die US-Handelsbilanz wies wieder einen Überschuss auf. Die Auswirkungen auf die deutsche und die japanische Ökonomie waren genau entgegengesetzt. Die Wettbewerbsfähigkeit ihres verarbeitenden Gewerbes wurde stark eingeschränkt, sodass nun sie an der Reihe waren, »auf ihre hohen Renditen zu verzichten, wenn sie ihre Verkaufszahlen aufrechterhalten wollten«. Die globale Rentabilitätskrise war noch nicht überwunden. Aber ihre Last war nun gleichmäßiger unter den wichtigsten kapitalistischen Ländern verteilt.[18]

Mit einem Wort, ungleiche wirtschaftliche Entwicklung – im Sinne eines Prozesses des erfolgreichen Aufschließens der Nachzügler zu führenden Wirtschaftsmächten – brachte sowohl den langen Nachkriegsaufschwung als auch die Rentabilitätskrise der späten 1960er und frühen 1970er Jahre hervor. So lange die Aufholjagd dauerte, hielt sie einen weltweiten positiven Kreislauf hoher Profite, hoher Investitionen und steigender Produktivität aufrecht. Doch sobald die Nachzügler – oder zumindest zwei der größten – den früheren Anführer eingeholt hatten, rief dies ein weltweites Überangebot an Produktionskapazität und einen daraus folgenden Abwärtsdruck auf die Profitraten hervor. Anfangs trugen die US-amerikanischen Herstel-

[17] Ebd., S. 121-123.
[18] Ebd., S. 123f., 137.

ler die Hauptlast des Drucks. Bald jedoch verteilte eine massive, von der US-Regierung unterstützte Abwertung des Dollars gegenüber der Mark und dem Yen den Absturz der Rentabilität gleichmäßiger unter den drei wichtigsten kapitalistischen Mächten.

## Überkapazität und anhaltende Stagnation

Die ungleiche Entwicklung erzeugte die überschüssigen Kapazitäten, die zum allgemeinen Fall der Profitrate zwischen 1965 und 1973 führten. Aber für das Fortdauern der relativen Stagnation von 1973 bis 1993 war hauptsächlich die Tatsache verantwortlich, dass die kapitalistischen Unternehmen und Regierungen das frühere Niveau der Rentabilität nicht durch Eliminierung überschüssiger Kapazitäten wieder herstellten. In Brenners Konzeptualisierung bestehen »Überkapazitäten und Überproduktion« (zwei Ausdrücke, die er immer zusammen verwendet), wenn »die Nachfrage nicht ausreicht, um es Firmen mit höheren Kosten zu gestatten, ihre früheren Profitraten aufrechtzuerhalten«. Diese Firmen sind somit »gezwungen, die Nutzung einiger ihrer Produktionsmittel einzustellen und die übrigen können sie nur einsetzen, indem sie ihre Preise senken und damit ihre Rentabilität.

Es herrschen Überkapazitäten und Überproduktion in Bezug auf die bislang bestehende Profitrate.«[19] Entweder wird das Überangebot an Produktionskapazitäten eliminiert oder die Profitrate muss fallen, mit all den leidigen Folgen, die solch ein Fall in einer kapitalistischen Ökonomie mit sich bringt, vom Rückgang der Investitionsraten und der Produktivitätszunahme bis hin zum Absinken der Realeinkommen und der Beschäfti-

[19] Ebd., S. 25f.; Hervorhebung im Original. Wie bereits bemerkt, verwendet Brenner die Ausdrücke »Überkapazitäten« und »Überproduktion« ausnahmslos zusammen und ersetzt sie gelegentlich durch den Ausdruck »Überakkumulation« (z.B. 2003, S. 67, 187). Wie wir in Kapitel 5 und 6 sehen werden, ist das, was er beschreibt, eine Krise der Überakkumulation, von der Überkapazitäten und Überproduktion verschiedene Erscheinungsformen sind. Dadurch jedoch, dass er den Unterschied zwischen Überkapazitäten und Überproduktion begrifflich nicht klärt, verursacht Brenner beträchtliche Schwierigkeiten bei der empirischen Beurteilung ihrer tatsächlichen Bedeutung, sowohl der absoluten als auch der in Relation zu anderen Erscheinungsformen der zugrundeliegenden Krise der Überakkumulation.

gungsraten. Brenner behauptet, dass, zumindest bis 1993, das Überangebot an Produktionskapazitäten, das der Rentabilitätskrise von 1965-73 zugrunde lag, weit davon entfernt, eliminiert zu werden, eher noch weiter anstieg und die Rentabilität ständig weiter hinabdrückte.

Diese Behauptung stützt sich auf zwei Argumentationslinien, von denen die eine kapitalistische Unternehmen und die andere Regierungen betrifft. In Brenners Konzeptualisierung des Weltkapitalismus gibt es keinen spontanen Marktmechanismus, der verhindern würde, dass in einer großen Zahl von Industrien Überkapazitäten entstehen oder dass diese nach ihrer Entstehung zum chronischen Merkmal der Weltwirtschaft werden. Alteingesessene Firmen mit höheren Kosten haben sowohl die Mittel als auch den Willen, sich gegen den Ausstieg aus übervölkerten Industriezweigen zu wehren, Überkapazitäten und fallende Profite dagegen entmutigen Neueinsteiger nicht notwendigerweise. Alteingesessene Firmen mit höheren Kosten wehren sich gegen den Ausstieg, weil viele ihrer materiellen und immateriellen Vermögenswerte »nur in ihren etablierten Produktionslinien realisiert werden können und verloren wären, würden [die alteingesessenen Firmen] die Linie wechseln«.

Außerdem macht es »das gedrosselte Wachstum der Nachfrage, der unvermeidliche Ausdruck der verminderten Steigerung der Investitionen und Einkommen, die ihrerseits eine Folge der fallenden Profitrate ist, zunehmend schwierig, neue Linien bereitzustellen«. Daher haben diese Firmen »allen Grund, ihre Märkte zu verteidigen [indem sie die durchschnittliche Ertragsrate nur für ihre Zirkulationskosten anstreben] und einen Gegenangriff zu starten, indem sie den Prozess der Innovationen und Investitionen in zusätzliches fixes Kapital beschleunigen«. Die Übernahme einer solchen Strategie wird ihrerseits »üblicherweise die ursprünglichen kostenreduzierenden Innovatoren dazu provozieren, selbst technische Veränderungen zu beschleunigen und so die bereits bestehenden Überkapazitäten und Überproduktion zu steigern«.[20]

Gleichzeitig hält die Verschärfung der Überkapazitäten Neueinsteiger nicht ab und verhindert nicht den durch sie weiter ansteigenden Druck auf die Profitrate. »Im Gegenteil, man kann davon ausgehen, dass der anfäng-

[20] Brenner 1998, S. 32f.

liche Fall der Rentabilität […] den weltweiten Drang zu noch niedrigeren Produktionskosten durch die Kombination von noch billigerer Arbeitskraft mit noch fortgeschritteneren Produktionsanlagen in noch später sich entwickelnden Regionen intensiviert.« Deutlichstes Beispiel für einen solchen Neuzugang während der langen Stagnation waren Hersteller mit Sitz in einer begrenzten Zahl sogenannter weniger entwickelter Länder – insbesondere in Ostasien, aber auch in Ländern wie Mexiko und Brasilien –, denen es gelang, signifikanten Zugang zum Weltmarkt für Fertigware zu erhalten, was den Abwärtsdruck auf Preise und Rentabilität weiter intensivierte. »Kurzum, es gab nicht nur zu wenige Aussteiger, sondern auch noch zu viele Einsteiger.«[21]

Diese erste Argumentationslinie wird größtenteils auf der Basis detaillierter empirischer Belege deduktiv entwickelt. Der Hauptanteil der empirischen Belege und historischen Schilderungen betrifft jedoch die zweite Argumentationslinie, der zufolge die Regierungen der kapitalistischen Hauptmächte, insbesondere der USA, gemeinsam dafür verantwortlich sind, dass die Markttendenz zu zu wenig Aussteigern und zu vielen Einsteigern verschärft statt abgemildert wird. In dieser Hinsicht besteht Brenners Hauptbeitrag zu unserem Verständnis des langen Abschwungs in seiner Darlegung, dass die fraglichen Regierungen nicht so sehr als Regulatoren agierten – obgleich sie das auch taten –, sondern vielmehr als aktive Teilnehmer, gar Verfechter, des systemweiten Konkurrenzkampfs, in dem Kapitalisten seit den späten 1960er Jahren gegeneinander antraten.

Wie bereits bemerkt, betrachtete Brenner schon in seiner Darstellung der Rentabilitätskrise die aktiven Bemühungen der US-Regierung um eine merkliche Abwertung des US-Dollars gegenüber der Mark und dem Yen als entscheidenden Beitrag zu einer Verlagerung der Krise von US-amerikanischen auf deutsche und japanische Hersteller. In seiner Darstellung des langen Abschwungs zeigt Brenner auf ganz ähnliche Weise, wie das Auf und Ab der Währungsauf- und -abwertungen Schlüsselinstrumente staatlicher Maßnahmen im interkapitalistischen Konkurrenzkampf waren. Drei entscheidende politökonomische Wendepunkte markieren diesen Verlauf der Währungsauf- und -abwertung: die monetaristische »Revolution«

[21] Brenner 1998, S. 34; 2003, S. 61, 66, 72.

Reagans und Thatchers von 1979-80, die die Dollar-Abwertung der 1970er Jahre umkehrte, das Plaza-Abkommen von 1985, das die Dollar-Abwertung fortsetzte, und das so genannte »umgekehrte Plaza-Abkommen« von 1995, das die Abwertung erneut umkehrte. Wir wollen Brenners Darstellung der Beziehung zwischen diesen Wendepunkten und der Fortdauer von Überproduktion und Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe kurz untersuchen, die seinem langen Abschwung zugrunde liegen.

In den späten 1970er Jahren stieß die US-amerikanische Makropolitik des Bundeshaushaltsdefizits, der äußersten Lockerheit der Geldpolitik und »wohlwollenden Vernachlässigung« im Hinblick auf den Wechselkurs des Dollars an die Grenze ihrer Kapazität, die wirtschaftliche Expansion aufrechtzuerhalten und die US-amerikanische Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität im verarbeitenden Gewerbe wiederherzustellen. Diese Politik hatte »die entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften dazu fähig [gemacht], die Rezession [der Ölkrise]von 1974-75 zu überwinden und dann für den Rest des Jahrzehnts weiter zu wachsen«.

Dennoch erwies sich »der Rückgriff auf keynesianische Anreize als hochgradig ambivalent in seinen Auswirkungen«. Sie erhielten zwar das Wachstum der heimischen und internationalen Nachfrage aufrecht, doch haben »keynesianische Therapien dazu beigetragen, dass die Überkapazitäten und Überproduktion unangefochten bestehen blieben, indem sie eine Verabreichung der bitteren Medizin der Rezession oder sogar der Depression verhinderten, welche historisch immer erst den Weg für einen neuen Aufschwung [der Rentabilität] frei gemacht hatte«. Durch die herabgesetzte Rentabilität waren Firmen andererseits »nicht mehr dazu in der Lage und auch nicht willens, […] eine gleich große Ausweitung ihres Angebots wie in der Vergangenheit vorzunehmen, als die Profitraten noch höher waren […] mit dem Ergebnis, dass die immer weiter wachsenden öffentlichen Haushaltsdefizite der 1970er Jahre nicht so sehr zu einer Erhöhung des *Produktionsausstoßes* als vielmehr zu einer Erhöhung der *Preise* geführt haben«. Die Eskalation des Inflationsdrucks wurde von einem US-amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit in Rekordhöhe begleitet. 1977-78 löste dieses Defizit »geradezu eine Flucht aus der US-Währung aus, die sogar die Stellung des Dollars als Weltreservewährung bedrohte. Damit wurde der Weg frei, um einen weitreichenden Perspektivenwechsel einzuleiten.«

Diese große Veränderung kam mit der monetaristischen Revolution von Reagan und Thatcher von 1979-80.[22]

Nach Brenner bestand das Hauptziel des Umschwungs nicht nur und nicht einmal hauptsächlich darin, in der Herstellung, sondern im Dienstleistungssektor mit seiner geringen Produktivität und insbesondere im heimischen und internationalen Finanzsektor die Rentabilität neu zu beleben – durch Senkung von Unternehmenssteuern, eine Anhebung der Arbeitslosigkeit und die Abschaffung von Kontrollen des Kapitals. Anders als frühere keynesianische Lösungen strebten die monetaristischen Therapien jedoch die Wiederherstellung der Rentabilität durch die Verabreichung der bitteren Medizin der Gesundschrumpfung an. Eine beispiellose Kreditverknappung provozierte eine Bereinigung »der ganzen, großen Schicht von Unternehmen, welche als Herstellerfirmen mit hohen Kosten und geringen Profiten von der keynesianischen Ausweitung des Kredits am Leben gehalten worden waren«. Obwohl der Inflationsdruck rasch unter Kontrolle gebracht wurde, drohten die damit verbundenen US-amerikanischen Realzinssätze in Rekordhöhe und der steigende Dollar »von den USA ausgehend einen weltweiten Zusammenbruch auszulösen«.[23]

---

[22] Brenner 2003, S. 68-71; Hervorhebung im Original. Brenners Darstellung der Abfolge von Ereignissen, die zur monetaristischen Revolution (oder Konterrevolution, wie ich sie lieber beschreibe) führten, ist das schwächste Glied in seiner Geschichte der langen Rezession. Zum einen lässt er uns im Dunkeln darüber, warum unter den Bedingungen der Überkapazitäten und Überproduktion keynesianische Anreize Steigerungen der Preise statt der Produktion herbeiführten und, nachdem sie dies getan hatten, warum Preissteigerungen nicht zu höheren Profitraten führten. Noch wichtiger, er sagt uns nicht, wie und warum die US-Politik, »die darauf angelegt war, die Wettbewerbsfähigkeit [...] der US-Hersteller wiederherzustellen«, stattdessen, trotz einer gleichzeitigen Eskalation der protektionistischen Maßnahmen (Welttextilabkommen von 1973, Trade Act von 1974 gegen »unfairen Handel« und Verschärfung so genannter »freiwilliger Exportbeschränkungen«, die ostasiatischen Ländern auferlegt wurden), zu einem US-Handelsdefizit in Rekordhöhe führte. In seinem früheren Text nennt er drei Gründe für dieses abwegige Ergebnis: eine makroökonomische US-Politik, die »stimulierender war als die ihrer Konkurrenten«, ein langsameres Wachstum der US-amerikanischen Arbeitsproduktivität und eine anscheinend größere »Toleranz konkurrierender Kapitalisten im Ausland für verringerte Rentabilität«. Siehe Brenner 1998, S. 179f. Dies sind allerdings Ad-hoc-Erklärungen, die offensichtlich nicht zu seiner »zu wenige Aussteiger, zu viele Einsteiger«-These passen und, wie wir in den Kapiteln 5 und 6 sehen werden, an den wichtigsten Ursachen für die verheerende Flucht aus dem Dollar von 1979-80 vorbeigehen.

[23] Brenner 2003, S. 70f.

Der Zusammenbruch wurde durch die »zufällige« – und machtvolle – Rückkehr zum Keynesianismus verhindert. Reagans »monumentales Programm von Militärausgaben«, mit dem »zugleich die Steuern für die Reichen reduziert« wurden, »hat zumindest zum Teil die Verheerungen aufgrund der monetaristischen Kreditverknappung ausgeglichen und die Wirtschaft wenigstens am Laufen gehalten«. Diese Politik Reagans führte natürlich erneut – ebenso machtvoll – zu Defiziten in der Handels- und Leistungsbilanz, insbesondere da »von diesem Zeitpunkt an der größte Teil [des] ›Rests der Welt‹ zunehmend vor keynesianischen öffentlichen Defiziten zurückschreckte«. Wie in den 1970ern lieferten beispiellose Defizite »die Injektionen an geldwerter Nachfrage […], die erforderlich war, um […] die gesamte Weltwirtschaft aus der Rezession von 1979-82 herauszuziehen«. Anders als in den 1970er Jahren provozierten jedoch selbst größere US-Defizite keine Flucht aus dem Dollar. Im Gegenteil, die Anziehungskraft extrem hoher Zinssätze und ein Vorstoß des japanischen Finanzministeriums führten zu einem gewaltigen Zustrom von Kapital aus der ganzen Welt in die USA, der eine steile Wertsteigerung der US-Währung nach sich zog.[24]

Die Synergie von reduziertem Inflationsdruck, hohen Zinssätzen, massivem Kapitalzustrom und dem steigenden Dollar entsprach dem Ziel der Reagan-Administration, den US-amerikanischen Finanzsektor zu stärken. Gleichwohl war sie »für große Teile des verarbeitenden Gewerbes der USA katastrophal«. Unter starkem Druck des Kongresses und vieler führender Unternehmensvorstände hatte die Reagan-Regierung »kaum eine andere Wahl, als einen epochemachenden Richtungswechsel zu vollziehen«. Dessen Herzstück war das Plaza-Abkommen vom 22. September 1985, in dem die G-5-Mächte unter dem Druck der USA ein gemeinsames Vorgehen vereinbarten, um den Wechselkurs des Dollars zu senken und so die US-Hersteller zu entlasten. Bereits am darauffolgenden Tag wurde das Abkommen ergänzt durch verstärkte US-amerikanische Denunziationen der »unfairen« Handelspraktiken anderer Länder. Diese eskalierten bald zu Drohungen, unterstützt von neuen Gesetzen (insbesondere dem Omnibus Trade and Competitiveness Act von 1988 und dem Structural Impediments Act von

[24] Ebd., S. 71f., 87-89.

1989), um den US-Markt gegen führende ausländische (vor allem ostasiatische) Konkurrenten abzuriegeln, »als Keule dafür […], sowohl eine Beschränkung der Importe [durch ›freiwillige Exportbeschränkungen‹] als auch eine Öffnung ihrer Märkte für Exporte aus den USA und für ausländische Direktinvestitionen zu erzwingen«.[25]

Indem sie eine radikale Abwertung des Dollars anstrebte und gleichzeitig eine protektionistische Politik und Maßnahmen zur »Marktöffnung« verstärkte, trat die Reagan-Regierung in die Fußstapfen der Regierungen Nixon, Ford und Carter. Diese Initiativen der 1980er und 1990er Jahre führten jedoch zu recht anderen Ergebnissen als die der 1970er Jahre.

> »Das Plaza-Abkommen und diese sich daran anschließenden Schritte haben sich als Wendepunkt zu einer Trendumkehr im verarbeitenden Gewerbe der USA und als eine bedeutende Wasserscheide für die gesamte Weltwirtschaft erwiesen. Es leitete zehn Jahre einer mehr oder minder kontinuierlichen Abwertung des Dollar im Verhältnis zum Yen und zur D-Mark ein, die mit einem das gesamte Jahrzehnt andauernden Einfrieren der Reallohnzuwächse einherging. Damit machte es gleichzeitig den Weg für eine Erholung der Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes in den USA frei, dessen Exporte parallel beschleunigt wurden, und sorgte damit für eine säkulare Krise der deutschen und der japanischen Industrie auf der einen Seite sowie für eine beispiellose Explosion des exportgestützten Wachstums des verarbeitenden Gewerbes in ganz Ostasien auf der anderen Seite, dessen Volkswirtschaften großenteils ihre Währungen an den Dollar banden und so ihren Exporteuren solange einen Konkurrenzvorteil gegenüber ihren japanischen Rivalen sicherten, wie der Dollar zwischen 1985 und 1995 fiel.«[26]

1993 führten die Tendenzen, die das Plaza-Abkommen ausgelöst hatte, zusammen mit der durch die beispiellose Kreditverknappung der frühen 1980er Jahre hervorgerufenen vorhergehenden Gesundschrumpfung der US-amerikanischen industriellen Struktur zu einer Wiederbelebung der Rentabilität, der Investitionen und der Produktion in den USA. In Veblens Worten, die Heilmittel, die die Regierung zubereitet hatte, um das Gemüts-

[25] Ebd., S. 89, 93f.
[26] Ebd., S. 94.

leiden zu kurieren, schienen zu guter Letzt den emotionalen Sitz des Problems erreicht und die Profite in einer »vernünftigen« Höhe wiederhergestellt zu haben. Die Heilung hatte jedoch erhebliche Nebenwirkungen.

Brenners Ansicht nach bestand das Hauptproblem darin, dass die US-amerikanische Wiederbelebung sich hauptsächlich auf Kosten ihrer japanischen und westeuropäischen Konkurrenten vollzogen und wenig dazu beigetragen hatte, die zugrundeliegenden Überkapazitäten und die Überproduktion im Herstellungssektor, die die Weltwirtschaft heimsuchten, zu überwinden. Dieses Nullsummenwesen des US-amerikanischen Wiederaufschwungs war für die USA selbst problematisch. Zum einen beschränkte »das immer langsamere Wachstum der Weltnachfrage […] und ganz besonders […] die damit zusammenhängende Intensivierung des internationalen Wettbewerbs im Herstellungssektor« auch hier den Wiederaufschwung. Als noch entscheidender erwies sich, dass die USA »nicht so leicht mit einer wirklich ernsthaften Krise ihrer führenden Partner und Rivalen [insbesondere Japans] fertig werden« konnten.

Dieser Widerspruch kam infolge der Krise des mexikanischen Pesos von 1994-95 schonungslos zum Vorschein. Die Krise und die Rettung der mexikanischen Volkswirtschaft durch die USA führten zu einer erneuten Flucht aus dem Dollar, was seinen Abwärtstrend des vorangegangenen Jahrzehnts noch verschärfte. Als der Yen im April 1995 mit 79 den höchsten Stand aller Zeiten gegenüber dem Dollar erreichte, »konnten die japanischen Produzenten nicht einmal mehr ihre variablen Kosten decken und die japanische Wachstumsmaschine kam […] knirschend zum Stillstand«. Noch unter dem Schock des mexikanischen Zusammenbruchs und seiner verheerenden Auswirkungen auf die internationale Finanzstabilität (und vor dem Hintergrund der bedrohlich näherrückenden Präsidentschaftswahl von 1996) konnte die Clinton-Regierung ganz einfach keine japanische Version des mexikanischen Debakels riskieren.

> »Selbst wenn es möglich sein sollte, ein Übergreifen der japanischen Krise auf andere Volkswirtschaften zu vermeiden, würde sie doch wahrscheinlich zu einer Liquidierung der außerordentlich großen Bestände an US-Wertpapieren, insbesondere an US-Schatzanleihen, in japanischem Besitz führen. Eine derartige Entwicklung würde die Zinsen geradezu hinaufjagen und gerade in dem Moment eine Rezession auslösen, in dem

die Volkswirtschaft der USA endlich dazu bereit war, sich selbst wieder in Ordnung zu bringen.«[27]

Unter dem Finanzminister Robert Rubin vereinbarten die USA mit Deutschland und Japan ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel, den Aufwärtstrend des Yen und den Abwärtstrend des Dollar umzukehren. Diese doppelte Umkehrung sollte durch eine Senkung des japanischen Zinssatzes gegenüber dem US-amerikanischen erreicht werden und durch eine erhebliche Ausweitung der japanischen Ankäufe von in Dollar notierten Wertpapieren wie US-Staatsanleihen sowie den Ankauf von Dollars auf Währungsmärkten durch Deutschland und die USA selbst. Diese Vereinbarung, die später das »umgekehrte Plaza-Abkommen« genannt wurde, stellte »eine verblüffende und vollkommen unerwartete Kehrtwendung in der politischen Haltung sowohl der USA als auch ihrer wichtigsten Verbündeten und Rivalen dar, ganz wie dies beim ersten Plaza-Abkommen von 1985 der Fall gewesen war«.[28]

Durch diese Kehrtwende vertauschten die Regierungen der größten Volkswirtschaften der Welt die Rollen in ihrem Menuett gegenseitiger Hilfe. »Ganz genauso, wie es für Japan und Deutschland unausweichlich gewesen war, letztlich dem Plaza-Abkommen und einem Fall des Dollars zuzustimmen, um die US-Hersteller aus ihrer Krise in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zu retten, so [sahen sich nun] die USA dazu gezwungen […], eine ganz ähnliche Rettungsaktion für den krisengeschüttelten japanischen Herstellungssektor zu akzeptieren – und auch dieses Mal wieder mit Ergebnissen, welche Epoche gemacht haben.«[29] Diese epochemachenden Ergebnisse verwandelten die laufende wirtschaftliche Wiederbelebung der USA in den Aufschwung und die Spekulationsblase der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

---

[27] Ebd., S. 156, 159f.
[28] Ebd., S. 160f.
[29] Ebd., S. 156.

## Unhaltbarer Wiederaufschwung

Noch vor 1995 hatte sich die Erholung der Rentabilität im US-Herstellungssektor in ein Ansteigen der Aktienkurse umgesetzt. Das »umgekehrte Plaza-Abkommen« verstärkte diesen Anstieg für ausländische Investoren, indem es den Wert des Dollars in die Höhe trieb. Was noch wichtiger war, das Abkommen ließ »einem Sturzbach von frischem Geld freie Bahn, der sich aus Japan, Ostasien und generell aus Übersee in die US-Finanzmärkte ergoss, der dann die Zinsen scharf nach unten drückte und so den Weg dazu öffnete, dass es zu einer mächtigen Zunahme der Schuldenaufnahme von Unternehmen kam, um damit Aktien an den Börsen zu kaufen«. Entscheidend in dieser Hinsicht war die japanische Politik. Nicht nur pumpten japanische Behörden direkt Geld in US-Staatsanleihen und den Dollar und ermunterten japanische Versicherungsgesellschaften, ihrem Beispiel zu folgen, indem sie die Vorschriften für Investitionen in Übersee lockerten. Außerdem ermöglichten sie es Investoren, auch und vor allem US-amerikanischen, durch die radikale Herabsetzung des Diskontsatzes auf 0,5%, in Japan Yen fast umsonst zu leihen, in Dollar umzutauschen und woanders zu investieren, insbesondere an den US-Börsen.[30]

Dieser Strom von ausländischem Kapital in Richtung USA und die damit verbundene Wertsteigerung des Dollars waren die wesentlichen Bestandteile der Umwandlung des vor 1995 bestehenden Booms der Aktienpreise in die anschließende Blase. Brenners Darstellung zufolge hätte die Umwandlung jedoch vermutlich ohne die Ermunterung durch die US-Notenbank nicht stattgefunden. Trotz seiner berühmten Warnung vom Dezember 1996 vor dem »irrationalen Überschwang« des Aktienmarkts tat Greenspan »nichts, um seiner ernsthaften Besorgnis über in den Himmel schießende Wertpapierkurse auch durch sein Handeln Ausdruck zu verschaffen«. Im Gegenteil, er vergrößerte ständig die Geldmenge im Land, erhöhte aber weder den Zinssatz beträchtlich, noch erlegte er den Banken größere Pflichtreserven auf; und er erhöhte auch nicht die Rücklagenerfordernisse beim Erwerb von Wertpapieren. Schlimmer noch, als die Blase an Umfang zunahm, ging Greenspan noch viel weiter.

[30] Ebd., S. 168f.

»Im Frühjahr 1998 sollte er völlig wild gewordene Wertpapierkurse ausdrücklich dadurch rechtfertigen, dass er sie auf die Produktivitätsgewinne der *New Economy* bezog und die Erwartung der Investoren für glaubwürdig erklärte, dass es ›ein ganz außerordentliches Gewinnwachstum in der ferneren Zukunft geben‹ würde. Er sollte auch seiner nachdrücklichen Wertschätzung für die Beschleunigung der Unternehmensinvestitionen und des Konsums der Privathaushalte Ausdruck verleihen, wie sie sich aus dem Reichtumseffekt der explosiv ansteigenden Vermögenswerte ergaben, die den Aufschwung weiter verstärkten. […] Wertpapierspekulanten konnte daher kaum ein Vorwurf dafür gemacht werden, dass sie zu der Schlussfolgerung gelangten, dass der Vorsitzende der Fed, trotz seiner öffentlich geäußerten vorsichtigen Haltung, ihren Überschwang nicht bloß als nicht irrational, sondern sogar auch noch als vernünftig und als vorteilhaft betrachtete.«[31]

Der durch das »umgekehrte Plaza-Abkommen« entfesselte Kapitalzustrom und das Zentralbank-Regime der leichten Kredite waren notwendige Bedingungen für die Blase auf dem Wertpapiermarkt. Aber die »Hauptantreiber« bei der Ausdehnung der Blase waren die US-amerikanischen nichtfinanziellen Unternehmen, die diese Bedingungen dazu nutzten, »ihre Kreditaufnahme um einige Zacken hochzufahren, und zwar mit der Zielsetzung, damit Aktien in kolossalen Mengen anzukaufen – entweder, um erfolgreich Fusionen oder Übernahmen durchzuführen, oder aber, um ganz einfach die eigenen ausgegebenen Papiere aufzukaufen«. Indem sie »die größte Welle einer Akkumulation von Schulden in ihrer Geschichte« in Gang setzten, trieben US-amerikanische Unternehmen die Aktienkurse in nie da gewesene Höhen. »Steigende Wertpapierkurse erleichterten eine noch weitergehende Verschuldung, weil die Vermögen auf dem Papier wuchsen und so höhere Sicherheiten boten. Die Blase konnte sich dadurch also selbst aufrechterhalten und dabei zugleich dem fortschreitenden starken Konjunkturaufschwung weitere Nahrung geben.«[32]

So spektakulär er auch war, der Wiederaufschwung signalisierte nicht die Überwindung des säkularen Problems der Überkapazitäten und Über-

[31] Ebd., S. 171-174.
[32] Ebd., S. 174f., 179f.

produktion im Herstellungssektor. Im Gegenteil, die Aufblähung ihrer auf dem Papier stehenden Vermögen und der durch die Blase hervorgerufene »Vermögenseffekt« auf die Konsumentennachfrage führte Unternehmen dazu, weit mehr zu investieren, als durch ihre tatsächlich realisierten Profite gerechtfertigt war. Im Ergebnis mussten Firmen, sobald der Vermögenseffekt nicht mehr den Produktivitätszuwachs, Investitionen und die Konsumentennachfrage unterstützte, »unter einem wirklich qualvollen Absenkungsdruck auf ihre Ertragsraten leiden«. Tatsächlich beobachtete Brenner, der dies Mitte des Jahres 2001 schrieb, bereits die anfänglichen Auswirkungen des Platzens der Blase und der »riesigen Übersättigung mit Produktionskapazitäten, welche sie in ihrem Kielwasser hinterlassen hat«, auf die US- und die Weltwirtschaft – vor allem einen verheerenden Verfall der Profitrate nichtfinanzieller Unternehmen; diese Entwicklung »löschte […] vorerst alle Profitabilitätsgewinne wieder aus, die im Laufe der Expansion der 1990er Jahre erreicht wurden«, und ließ die Kapitalakkumulation praktisch zusammenbrechen.[33]

Beim Spekulieren darüber, wie gravierend der nachfolgende Abschwung sein würde, betonte Brenner, die »grundlegende Frage« sei, »ob die großen Rezessionen und Krisen […], welche für die 1990er Jahre kennzeichnend waren, zusammen mit dem Aufstieg neuer Wirtschaftszweige in der gesamten Breite der entwickelten kapitalistischen Welt endlich den weltweiten Herstellungssektor von seiner Tendenz zu Überschussproduktion befreien und die erforderliche Komplementarität der Produktionslinien durchsetzen konnten […], um endlich wieder ein dynamisches internationales Wirtschaftswachstum zu tragen«. Alles in allem kam er zu dem Schluss, dass keine solche Marktbereinigung stattgefunden hatte. Im Gegenteil, seiner Ansicht nach würde die Volkswirtschaft der USA nach dem Platzen der Blase »von denselben Stagnationskräften hinabgezogen […], wie sie die japanische Volkswirtschaft nach dem Ende ihrer Spekulationsblase niedergehalten haben« – so dass sie »sich *sowohl* der Abwärtsspirale stellen muss, welche das Schrumpfen der Blase in Gang setzt, *als auch* einem internationalen Herstellungssektor, der immer noch unter den Zwängen steht, wie sie sich aus Überkapazitäten und Überproduktion ergeben«. Der US-ame-

[33] Ebd., S. 239-247, 277-283, 289-292.

rikanischen Volkswirtschaft könnte es vielleicht gelingen, die Bankenkrise zu vermeiden, die Japan lahmgelegt hatte, ihr fehlten aber »die außerordentlichen Ersparnisse und Leistungsbilanzüberschüsse, welche es Japan – bis heute – erlaubt haben, sich wenigstens weiter durchzuwursteln«. Sie war daher nicht nur für die »zerstörerische Verringerung der Nachfrage« anfällig, die sich aus den Versuchen ergeben sollte, die enorme Verschuldung der Unternehmen und privaten Haushalte der USA abzubauen, sondern auch für einen möglichen massiven Abzug ausländischer Investitionen und daraus folgende Fluchten aus dem Dollar.[34]

Unter diesen Umständen meinte Brenner, es sei wahrscheinlicher, dass die USA die Weltwirtschaft in eine selbstverstärkende Rezession führte als in eine Erholung. In gewissem Sinne würde eine solche sich selbst verstärkende Rezession eine »Fortsetzung der internationalen Krise von 1997-98 [darstellen], die durch die letzte Phase der Börsenhausse in den USA zumindest aufgeschoben wurde, wenn sie auch nie vollständig gelöst werden konnte«. Wie in dieser früheren Krise würde sich »Ostasien einmal wieder als das Pulverfass der Welt erweisen«, da die massiven Überkapazitäten in Japan und anderswo in der Region lokal und global starken Abwärtsdruck auf die Rentabilität ausübten.[35] Brenner legte sich wohlweislich nicht auf ein bestimmtes Szenario fest. Aber die zentrale These, die all seinen Behauptungen zugrunde liegt, erweckt bei uns den Eindruck, dass der lange Abschwung bei weitem nicht vorbei ist, ja, dass das Schlimmste noch bevorsteht.[36]

Diese zentrale These ist, dass die Fortdauer der relativen Stagnation der gesamten Weltwirtschaft in den letzten dreißig Jahren zurückzuführen ist auf »zu wenig Aussteiger« und »zu viele Einsteiger« – das heißt zu wenig und zu viele relativ zu dem, was nötig wäre, um die Rentabilität im verar-

[34] Ebd., S. 297f., 305-307; Hervorhebung im Original.

[35] Ebd., S. 307-313.

[36] Diese Ansicht wird in der Version von 2006 des 1998er-Manuskripts wiederholt: »Die Wahrheit ist, dass selbst heute, im Februar 2001, fast fünf Jahre nach Beginn des neuen, post-New-Economy Konjunkturzyklus, die makroökonomischen Standardindikatoren kein klares Anzeichen dafür liefern, dass der lange Abschwung überwunden ist […] Inzwischen haben finanzielle Ungleichgewichte und Vermögenspreisblasen sogar ihre rekordverdächtigen Vorgänger der späten 1990er Jahre übertroffen und hängen drohend wie dunkle Wolken über der Weltwirtschaft.« Brenner 2006, S. xxviii–xxix.

beitenden Gewerbe auf dem Niveau wieder herzustellen, das sie während des langen Aufschwungs der 1950er und 1960er Jahre erlangt hatte. Wie wir gesehen haben, führt Brenner diese Tendenz auf die sich gegenseitig verstärkende Wirkung im Verhalten etablierter Firmen mit hohen Kosten und die Politik der Regierungen der drei größten Volkswirtschaften der Welt zurück. Als Ergebnis dieser Kombination wurde jede dieser drei und die Weltwirtschaft als Ganze daran gehindert, »überschüssige und Kosten verursachende Produktionsmittel mit den *kapitalistischen Standardmethoden* des Bankrotts, der Betriebsverkleinerung [downsizing] und der Massenentlassungen zu bereinigen«.

> »So waren Firmen mit höheren Kosten und niedrigeren Profiten lange in der Lage, wirtschaftliche Positionen zu halten, die theoretisch letztlich von produktiveren, dynamischeren Unternehmen mit höheren Profiten hätten übernommen werden können. Aber es den weniger produktiven, weniger profitablen Firmen zu gestatten, zuzumachen, *indem man dem Konjunkturzyklus seinen Lauf ließe*, hätte sehr wahrscheinlich den langen Abschwung, mit seiner relativ gravierenden, aber nichtsdestotrotz begrenzten Rezession, in eine *ausgemachte Depression* verwandelt. Einfach gesagt, die Voraussetzung dafür, das System wieder gesund zu machen, war eine Schuldendeflation, die zu dem führen würde, was Marx eine ›gewaltsame Vernichtung von Kapital‹ nannte. Aber da der einzige systematische Weg zu diesem Ziel über die Depression führte, war die einzige echte Alternative eine Fortsetzung der Schuldenexpansion, die sowohl zur Stagnation als auch zur finanziellen Instabilität beitrug.«[37]

In seiner Darstellung des langen Abschwungs erwähnt Brenner zwei Momente, in denen die kapitalistische »Standardmethode« der strukturellen Marktbereinigung kurzfristig am Werk war: die frühen 1980er Jahre unter Reagan und die mittleren 1990er Jahre unter Clinton. Aber sobald die Marktbereinigung drohte, eine systemweite Depression auszulösen, brach das gemeinsame Vorgehen der wichtigsten kapitalistischen Staaten die »gewaltsame Vernichtung von Kapital« durch eine Expansion öffentlicher und privater Schulden vorzeitig ab. »Doch das Schuldenwachstum […] half zwar, eine Depression abzuwehren, verlangsamte aber auch jene Er-

[37] Brenner 2003, S. 141; 1998, S. 152; Hervorhebungen G.A.

holung der Rentabilität, die die grundlegende Bedingung für ökonomische Neubelebung ist«.[38]

Brenner sagt uns nie, wie eine »Depression« – im Gegensatz zur »relativen Stagnation« des langen Abschwungs – aussehen würde. In den eben zitierten Passagen wird aus dem Kontext klar, dass es ein viel zerstörerischeres Ereignis wäre. Aber der Unterschied wird nie explizit gemacht, so dass wir uns erstens fragen, ob der weltweite Kapitalismus tatsächlich jemals diese angeblich »klassische«, »natürliche« und zum »Standard« gehörige Gesundschrumpfung und ausgemachte Depression erlebt hat, zweitens, wenn ja, welche Veränderung der historischen Bedingungen den heutigen Kapitalismus in die Lage versetzt hat, diese Erfahrung zu vermeiden, und schließlich, was die Implikationen dieser Veränderung für die Zukunft des Weltkapitalismus und der Weltgesellschaft sind.

## Zwei lange Abschwünge im Vergleich

Bei der Suche nach Antworten auf solche Fragen ist es hilfreich, die am Anfang dieses Kapitels dargelegte Skizzierung der großen Depression von 1873-96 mit Brenners Darstellung des langen Abschwungs oder der anhaltenden Stagnation von 1973-93 zu vergleichen. Trotz der weitverbreiteten Bezeichnung der früheren Zeitspanne als *Depression*[39] bringt ein solcher Vergleich unmittelbar auffällige Ähnlichkeiten zum Vorschein. Beide stellten längere Zeitspannen der reduzierten Rentabilität dar, beide waren durch eine systemweite Intensivierung des Konkurrenzdrucks auf kapitalistische Unternehmen gekennzeichnet und beiden ging eine außergewöhnlich nachhaltige und profitable Expansion des Welthandels und

[38] Brenner 1998, S. 151f.

[39] Wie bereits bemerkt, wurde die große Depression von 1873-96 genau deswegen ein »Mythos« genannt, weil sie von einer Verlangsamung der Wachstumsrate gekennzeichnet war statt von einem Zusammenbruch von Produktion, Handel und Investitionen, wie die wahrhaft »große Depression« der 1930er Jahre. Aber in den 1870er und 1880er Jahren brach die Rentabilität tatsächlich zusammen und blieb die frühen 1890er Jahre hindurch gedrückt. Brenner beschäftigt sich nicht mit dieser semantischen Zweideutigkeit von »Depression«, aber es ist eindeutig ein Problem, das angegangen werden muss, um seiner häufigen Verwendung des Terminus Sinn zu verleihen.

der Produktion voraus. Außerdem entsprangen in beiden Zeitspannen die Rentabilitätskrise und die Wettbewerbsintensivierung derselben Quelle wie die vorhergehende Expansion: dem erfolgreichen »Aufschließen« von Nachzüglerländern, mit Entwicklungsfortschritten, die zuvor von einem führenden Land »monopolisiert« gewesen waren. Wenn man die USA als führendes Land durch Großbritannien ersetzt und Deutschland und Japan als Nachzügler durch die USA und Deutschland, lässt sich Brenners Interpretation des langen Abschwungs im späten 20. Jahrhundert ebenso gut auf den im späten 19. Jahrhundert anwenden. Interessanterweise wurde der Begriff »übermäßige Konkurrenz«, der in Japan während der Rentabilitätskrise der späten 1960er und frühen 1970er Jahre auftauchte, und den Brenner gelegentlich verwendet, um die zugrundeliegende Bedingung des langen Abschwungs von 1973-93 zu charakterisieren, zuerst während des Abschwungs im späten 19. Jahrhundert in Geschäftskreisen gebräuchlich, vor allem in den USA.[40]

Die Unterschiede zwischen den beiden langen Abschwüngen sind, wie wir sehen werden, in entscheidender Hinsicht sogar noch wichtiger als die Ähnlichkeiten. Dennoch, als der Weltkapitalismus im späten 19. Jahrhundert mit einer Situation der verschärften Konkurrenz, vergleichbar der des späten 20. Jahrhunderts, konfrontiert war, erlebte er eine mehr als zwanzig Jahre währende relative Stagnation – mit vielen lokalen oder kurzlebigen Krisen und Rezessionen, doch ohne die Art von systemweiter Gesundschrumpfung, die laut Brenner die kapitalistische Standardmethode zur Wiederherstellung von Rentabilität ist. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe gab es weiterhin »zu viele Einsteiger« und »zu wenig Aussteiger«, ebenso wie große technologische und organisatorische Innovationen, die den Konkurrenzdruck im ganzen System eher verstärkten als linderten. Nicht nur sah der lange Abschwung des späten 19. Jahrhunderts den Anfang der so genannten Zweiten Industriellen Revolution. Noch wichtiger war die Entstehung der modernen, vertikal integrierten Unternehmen mit mehreren Standorten in den USA, die im Lauf des folgenden Jahrhun-

---

[40] Siehe Terutomo Ozawa (1979): *Multinationalism, Japanese Style: The Political Economy of Outward Dependency.* Princeton, NJ., S. 66f.; Veblen 1978, S. 216, und Martin J. Sklar (1988): *The Corporate Reconstruction of American Capitalism, 1890-1916*: The Market, the Law, and Politics. Cambridge, S. 53-56.

derts vorherrschend wurden. »Am Ende der 1870er Jahre fast noch nicht existent, begannen diese integrierten Unternehmen innerhalb von weniger als drei Jahrzehnten viele der entscheidendsten [US-amerikanischen] Industriezweige zu beherrschen.«[41]

Obgleich keine systemweite Gesundschrumpfung zu verzeichnen ist, wurde in den letzten Jahren des Jahrhunderts die Rentabilität wiederhergestellt, was den Aufschwung der Edwardianischen[42] *Belle Époque* bewirkte. Wie in Kapitel 3 festgestellt und in späteren Kapiteln näher ausgeführt, kann dieser Aufschwung auf eine Reaktion auf die systemweiten Intensivierungen des Wettbewerbs zurückgeführt werden, der den Weltkapitalismus von seinen frühesten, präindustriellen Anfängen an bis heute charakterisiert. Diese Reaktion besteht aus einer systemweiten Tendenz zur »Finanzialisierung« der Prozesse der Kapitalakkumulation, konzentriert auf die führende kapitalistische Volkswirtschaft der Epoche. Wesentlich für die Umwandlung des interkapitalistischen Wettbewerbs von einem positiven in ein negatives Summenspiel, wirkte diese Tendenz auch als Schlüsselmechanismus bei der, zumindest vorübergehenden, Wiederherstellung der Rentabilität in den verblassenden, aber immer noch hegemonialen Zentren des Weltkapitalismus. Von diesem Standpunkt aus können wir Ähnlichkeiten entdecken, nicht nur zwischen der großen Depression von 1873-96 und dem langen Abschwung von 1973-1993, sondern auch zwischen der Edwardianischen *Belle Époque* und der ökonomischen Wiederbelebung und großen Euphorie der 1990er Jahre in den USA.[43]

Ein Urteil über das Endergebnis des ökonomischen Wiederauflebens der USA der 1990er Jahre mag verfrüht sein, aber wir wissen, dass die Edwardianische *Belle Époque* in den Katastrophen zweier Weltkriege und dem dazwischenliegenden Zusammenbruch der Weltwirtschaft in den 1930er Jahren endete. Dieser Zusammenbruch ist tatsächlich das einzige Ereignis der letzten anderthalb Jahrhunderte, das Brenners Bild einer systemweiten Gesundschrumpfung oder »ausgemachten Depression« entspricht. Wenn

---

[41] Chandler 1977, S. 285.

[42] Nach Edward VII., 1901-1910 König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und Kaiser von Indien (Anm. d. Übers.)

[43] Arrighi 1994; Arrighi/Silver 1999; Dies.: (2001): »Capitalism and World (Dis)Order«, *Review of International Studies 27*.

dies wirklich der Fall ist, müssen wir daraus schließen, dass eine solche Gesundschrumpfung anscheinend eher ein außergewöhnliches Ereignis war als die »natürliche« oder kapitalistische »Standardmethode« der Wiederherstellung der Rentabilität. Was bislang wiederholt aufgetreten ist, das ist in Brenners Sinn die Tendenz der ungleichen Entwicklung, einen langen Aufschwung hervorzurufen, gefolgt von einer langen Zeitspanne des sich verstärkenden Wettbewerbs, verringerter Rentabilität und relativer Stagnation; wiederum gefolgt von einer Zunahme der Rentabilität aufgrund einer finanziellen Expansion, die sich auf die führende Ökonomie der Epoche konzentriert. Zum einzigen Zusammenbruch des Systems in den letzten 150 Jahren kam es während des Übergangs von der ersten zur zweiten Runde der ungleichen Entwicklung.

Daraus ergibt sich die Frage, ob ein vergleichbarer Zusammenbruch jetzt im Entstehen begriffen ist und ob ein solches Ereignis eine so »fundamentale« Bedingung für die Wiederbelebung der globalen Ökonomie ist, wie Brenner anscheinend glaubt. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir nicht nur die Ähnlichkeiten, sondern auch die Unterschiede zwischen den zwei langen Abschwüngen hervorheben – die tatsächlich ebenso bemerkenswert sind. Obwohl beide Abschwünge von einer Eskalation des Konkurrenzkampfs charakterisiert waren, entfaltete sich dieser auf radikal verschiedenen Pfaden. Wie bereits bemerkt, war die Hauptform der Konkurrenz zwischen Unternehmen 1873-1896 ein »Preiskrieg«, der zur »drastischsten Deflation seit Menschengedenken« führte. In engem Zusammenhang mit dieser Tendenz setzten die Regierungen der Hauptländer des Kapitalismus ihre Währungen den selbstregulierenden Mechanismen eines Edelmetallstandards aus und verzichteten damit auf Ab- und Wiederaufwertungen als Mittel des Konkurrenzkampfs.

Die Regierungen begannen jedoch in zunehmendem Maße ihre heimischen Industrien aktiv durch protektionistische und merkantilistische Praktiken zu unterstützen, einschließlich des Aufbaus von Kolonialreichen in Übersee – und unterminierten so die Einheit des Weltmarkts. Obgleich Großbritannien weiterhin unilateral freien Handel praktizierte, blieb es auch an der Spitze der territorialen Expansion und des Aufbaus eines Übersee-Imperiums. Seit den 1880er Jahren setzte sich diese Marschroute der verschärften zwischenstaatlichen Konkurrenz im Aufbau von Übersee-Im-

perien in die Eskalation des Wettrüstens zwischen aufsteigenden und verfallenden kapitalistischen Mächten um, das schließlich im Ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben wurde. Obwohl Großbritannien an dieser Auseinandersetzung aktiv beteiligt war, versorgte es die Weltwirtschaft durch zwei große Wellen der Investitionen in Übersee – in den 1880er und den 1900er Jahren – weiterhin mit Kapital, was auch den Strom beträchtlicher Gelder in die USA einschloss.

In all diesen Aspekten war der Konkurrenzkampf während des langen Abschwungs im späten 20. Jahrhundert radikal andersartig. Insbesondere in den 1970er Jahren stiegen die Preise für Waren eher an, als dass sie fielen, in einer Inflation, die vermutlich eine der höchsten systemweiten Inflationen in Friedenszeiten war. Obwohl der Inflationsdruck in den 1980er und 1990er Jahren unter Kontrolle gebracht wurde, stiegen die Preise während des gesamten langen Abschwungs weiter an. Als er begann, wurde die letzte schwache Verbindung zwischen dem Geldkreislauf und einem Edelmetallstandard – dem in Bretton Woods eingeführten Gold-Dollar-Standard – durchtrennt, um nie wieder hergestellt zu werden. Wie Brenner betont, waren die Regierungen der kapitalistischen Hauptländer somit in der Lage, die Ab- und Wiederaufwertung von Währungen als Mittel des Konkurrenzkampfs zu nutzen. Und auch wenn sie dies systematisch taten, setzten sie sich weiterhin in einer Reihe von Verhandlungen, die den Welthandel und Investitionen weiter liberalisierten, für die Integration des Weltmarkts ein, was letztlich die Bildung der Welthandelsorganisation zum Ergebnis hatte.

Die Einheit des Weltmarkts wurde damit in dieser Zeitspanne keineswegs geschwächt, sondern vielmehr weiter gefestigt. Es gab auch kein Anzeichen für ein Wettrüsten zwischen aufsteigenden und verfallenden kapitalistischen Mächten. Im Gegenteil, während und insbesondere nach der letzten Eskalation der Aufrüstung im Kalten Krieg der 1980er Jahre wurde das globale militärische Potenzial sogar noch stärker in den Händen der USA zentralisiert, als dies zuvor der Fall gewesen war. Gleichzeitig hatten die USA, statt wie Großbritannien während des vorangegangenen langen Abschwungs und der finanziellen Expansion die übrige Weltwirtschaft mit Kapital zu versorgen, seit den 1980er Jahren in historisch nie da gewesenem Maße Kapital absorbiert, wie Brenner selbst bemerkt. In all diesen Aspekten

weicht die Verlaufsform des Konkurrenzkampfs während des jüngsten langen Abschwungs radikal von der des vorangegangenen ab. Unsere nächste Aufgabe besteht darin, diese Kombination aus Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen den beiden langen Abschwüngen zu erklären und herauszufinden, welches neue Licht dieser Vergleich auf Brenners Darstellung der globalen Turbulenzen der letzten dreißig Jahre wirft.

# Kapitel 5
# Die sozialen Dynamiken globaler Turbulenzen

Brenner präsentiert seine Darstellung des langen Abschwungs als Kritik dessen, was er die »Angebotstheorien« kapitalistischer Krisen nennt. Diese Theorien, die in diversen Formen von links wie von rechts vorgebracht wurden, erklären, die Arbeiterschaft hätte in den 1960er Jahren in den wohlhabenderen kapitalistischen Ländern genügend Einfluss erlangt, um die Profite zu drücken und dadurch die Mechanismen der kapitalistischen Akkumulation zu unterminieren. Brenner räumt die Möglichkeit ein, dass die Arbeiterschaft dazu örtlich und zeitlich begrenzt in der Lage ist, hält es aber für undenkbar, dass sie die nötige Macht haben kann, um einen langfristigen, systemweiten Abschwung auszulösen.

> »Die Arbeiterschaft kann in der Regel keinen längerfristigen Abschwung des Systems herbeiführen, denn das, was man den potenziellen Bereich der Kapitalinvestition in eine Produktionslinie nennen könnte, reicht in der Regel über den von Gewerkschaften und/oder politischen Parteien beeinflussten oder durch staatliche Normen, Werte und Institutionen regulierten Arbeitsmarkt hinaus. So können Firmen im Allgemeinen die institutionalisierte Stärke der Arbeiter zu jeder gegebenen Zeit umgehen – und damit unterminieren –, indem sie dort investieren, wo den Arbeitern die Fähigkeit zum Widerstand fehlt. Ja, sie müssen dies tun, sonst werden sie feststellen, dass andere Kapitalisten, die es tun, sie überflügeln und im Wettbewerb besiegen.«[1]

Daraus folgt, dass, wie Brenner es nennt, kein »vertikaler« Druck auf das Kapital von unten – das heißt von der Arbeiterschaft – den überall und langfristig bestehenden Druck auf die Profite, der dem langen Abschwung

[1] Auch wenn Brenner Zuwanderung – »außer […] durch politische Mittel begrenzt« – als weiteren Mechanismus erwähnt, durch den die Macht der Arbeiter geschwächt werden kann, betont er in ganz besonderem Maße die Mobilität des Kapitals. Brenner 1998, S. 18-20.

zugrunde lag, herbeiführen konnte und herbeigeführt hat. Das konnte nur der »horizontale« Druck interkapitalistischer Konkurrenz.[2]

Diese Hypothese beruht auf der Annahme, dass sich »billigere Arbeitskräfte ohne Effizienzverluste (das heißt zu geringeren Lohnstückkosten) mit annähernd auf dem aktuellen Stand der Technik befindlichen Produktionsmitteln koppeln lassen«. Nach Brenner ist diese Annahme aus zwei Gründen gerechtfertigt. Erstens, »Arbeitskräfte in Regionen mit einer langen Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung erhalten gewöhnlich wesentlich höhere Löhne, als lediglich aufgrund ihres Produktivitätsniveaus erklärbar wäre«, und zweitens, »im Laufe ähnlich langer Zeit verringert der technische Wandel gewöhnlich die zur Herstellung eines gegebenen Produktumfangs notwendigen Fähigkeiten, so dass eine kontinuierlich steigende Zahl von Arbeitskräften diese Produkte ohne Effizienzverlust fertigen kann, und die Löhne, die man an sie zahlen muss, entsprechend abnehmen«.[3]

Kurz gesagt, aus historischen Gründen, denen Brenner nicht weiter nachgeht, haben sich die Arbeiterschaften in »fortgeschrittenen« kapitalistischen Ländern eine viel höhere Vergütung ihrer Leistung gesichert, als durch ihre Produktivität gerechtfertigt ist. Das allein macht sie verwundbar für die Konkurrenz von Arbeiterschaften, die – aus ebenso wenig untersuchten historischen Gründen – für niedrigere Löhne arbeiten, als ihre tatsächliche oder potenzielle Produktivität rechtfertigen würde. Gleichzeitig vergrößert der technische Wandel diese weltweite Reserve an unterbezahlten oder Möchtegern-Arbeitern, die mobilisiert werden können, um den von überbezahlten Arbeitern ausgeübten Druck auf die Rentabilität strategisch zu umgehen. Der einzige von Kapitalisten nicht zu umgehende Druck auf die Rentabilität ist der aus der Konkurrenz der anderen Kapitalisten herrührende.

An diesem Argument ist hauptsächlich zweierlei problematisch. Erstens scheint es mir logisch nicht schlüssig zu sein, denn es behauptet, Arbeiter in den »fortgeschrittenen« kapitalistischen Ländern hätten in der Vergangenheit höhere Vergütungen erzielen können, als sich durch ihre Produk-

[2] Ebd., S. 23.
[3] Ebd., S. 18.

tivität rechtfertigen ließ, was dem theoretischen Grundsatz widerspricht, dass Arbeiter sich durch jeden solchen Versuch selbst durch zu hohe Preise auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen würden. Außerdem überschätzt das Argument die Mühelosigkeit, mit der – heute nicht weniger als früher – ein Nachschub an billigeren Arbeitskräften mobilisiert werden kann, um teurere zu umgehen. Diese Probleme wollen wir klären, indem wir uns erneut historische Belege ansehen.

## Klassenkonflikte und interkapitalistische Konkurrenz

Eine Analyse des langen Abschwungs von 1873-96 liefert starke Belege sowohl für als auch gegen Brenners These des größeren Gewichts horizontaler (interkapitalistischer) gegenüber vertikalen Beziehungen (Arbeiterschaft – Kapital) für die Herbeiführung eines langfristigen und überall bestehenden Drucks auf die Profite. Zur Untermauerung von Brenners Argumentation könnte man darauf hinweisen, dass die intensiven Konflikte zwischen Arbeitern und Kapital – in Form von anhaltenden Streiks wie in Großbritannien und den USA oder in Form der Bildung einer Arbeiterpartei wie in Deutschland und anderswo – eher auf den langen Rückgang der Rentabilität *folgten,* als ihm voranzugehen. Es lässt sich kaum bezweifeln, dass intensive interkapitalistische Konkurrenz, in Gestalt eines unerbittlichen Preiskriegs, die erste und hauptsächliche Antriebskraft für die erhebliche Steigerung der Reallöhne war, zu der es während des langen Abschwungs, insbesondere in Großbritannien, kam. Es ist auch plausibel anzunehmen, dass steigende Reallöhne im Inland zumindest teilweise für das explosive Anwachsen der britischen Investitionen in Übersee in den 1880er Jahren verantwortlich waren. Brenners auf das späte 20. Jahrhundert bezogene Argumentation passt also zu entscheidenden Merkmalen der Erfahrungen aus dem späten 19. Jahrhundert. Sie passt jedoch bei weitem nicht perfekt.

Wenn auch zweifelsohne primär die interkapitalistische Konkurrenz durch drastische Preisdeflation die Rentabilität drückte und die Reallöhne in die Höhe trieb, trug der Arbeiterwiderstand in Form von zunehmender Streikaktivität und der Organisation als Klasse nicht wesentlich zu diesem Ergebnis bei, indem er verhinderte, dass der Nominallohn so rapide sank

wie die Preise? Und beeinflusste dieser Widerstand nicht seinerseits die Marschroute der interkapitalistischen Konkurrenz, indem er nicht nur die Tendenz zum Kapitalexport aus Großbritannien und dem Import von Arbeitskräften in die USA verstärkte, sondern auch die zur »Politisierung« dieser Konkurrenz durch eine Wiederbelebung neomerkantilistischer Praktiken und des Aufbaus von Übersee-Imperien in nie da gewesenem Umfang? Wie die exakte Antwort auf diese Fragen auch lauten mag, Brenners strikte Unterscheidung zwischen horizontalen und vertikalen Konflikten und sein apriorischer Ausschluss letzterer als möglicher entscheidender Faktor allgemeiner und anhaltender Rückgänge der Rentabilität sind ungeeignet, um die komplexe historische Wechselwirkung zwischen den beiden Arten von Konflikten zu entwirren.[4]

In ähnlicher Weise sieht Brenners These von der unvermeidlichen Umgehung des Einflusses der Arbeiter in kapitalistischen Kernländern durch die internationale Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren über entscheidende Aspekte der Funktion hinweg, welche diese Substituierbarkeit während des früheren langen Abschwungs tatsächlich erfüllte. Der größte Teil des Kapitals, der in diesem Zeitraum aus Großbritannien und unbedeutenderen Kernländern exportiert wurde, brachte keinen Standortwechsel der industriellen Produktion mit sich, sondern den Aufbau von Infrastruktur in Überseegebieten, wodurch die Nachfrage für die Erzeugnisse der britischen und anderen industriellen Ballungsräume erhöht und gleichzeitig das Angebot an billigen Rohstoffen und anderen Verbrauchsgütern vergrößert wurde. Weit davon entfernt, den Einfluss der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Hauptzentren zu schwächen, festigte ihn dieses Muster der Übersee-Investitionen vielmehr. Gleichzeitig mag zwar die anhaltende Immigration zur Eingrenzung des wachsenden Einflusses US-amerikanischer Arbeiter beigetragen haben, aber die massive Emigration – insbesondere aus Großbritannien – trug mit Sicherheit zur Machterweiterung der europäischen Arbeiter bei. Wie Göran Therborn feststellt, erfreute sich Europa im Allgemeinen und Großbritannien im Besonderen im 19. Jahrhundert praktisch unbegrenzter Migrationsabflüsse für seine Arbei-

[4] In Beverly J. Silver (2005a): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin, Kapitel 4, findet sich eine Reihe möglicher Antworten auf diese Fragen.

terschaft. »Selbst England als Zentrum einer weltweit operierenden Industrie war von Auswanderung gekennzeichnet […] Nach einer vorsichtigen Schätzung verließen etwa 50 Millionen Europäer zwischen 1850 und 1930 den Kontinent, das entspricht 12% der Bevölkerung im Jahre 1900.«[5]

Alles in allem scheinen die Hartnäckigkeit und allgemeine Verbreitung des Profitdrucks im späten 19. Jahrhundert nicht nur auf die Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz zurückzuführen zu sein, sondern auch auf den effektiven Widerstand der Arbeiter gegen Versuche, ihnen die Kosten für diese Konkurrenz aufzubürden, und auf die Schwierigkeiten von Kapitalisten, diesen Widerstand strategisch zu umgehen. Teilweise im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten wurde die interkapitalistische Konkurrenz in dem halben Jahrhundert, das auf das Ende des langen Abschwungs von 1873-96 folgte, zunehmend politisiert: Echte Kriege zwischen aufsteigenden und verblassenden kapitalistischen Mächten statt der Preiskriege zwischen kapitalistischen Unternehmen begannen die Dynamiken sowohl der horizontalen als auch der vertikalen Konflikte zu dominieren. Von den späten 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg war dieser Wandel an der Wiederbelebung der Rentabilität beteiligt. Letztlich jedoch hatte er den Zusammenbruch des auf Großbritannien zentrierten Weltmarkts und eine neue und brutalere Runde interimperialer Konflikte zur Folge. In den 1930er und 1940er Jahren gab es praktisch keinen nennenswerten Weltmarkt. In Eric Hobsbawms Worten, der Weltkapitalismus hatte sich zurückgezogen »in die Höhlen seiner nationalstaatlichen Wirtschaften und der mit ihnen verbundenen Imperien«.[6]

Unter diesen Umständen entwickelten sich Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Kapital auf zwei verschiedenen und zunehmend voneinander abweichenden Pfaden. Der eine war der überwiegend »soziale« Pfad der an der Produktion ansetzenden Bewegungen, deren Hauptwaffe im Kampf die zerstörerische Macht war, die die Massenproduktion strategisch platzierten Arbeitern verleiht. Dieser Pfad hatte seinen Ursprung im Großbritannien des späten 19. Jahrhunderts, nahm jedoch in den USA fast idealty-

---

[5] Göran Therborn (2000): *Die Gesellschaften Europas 1945-2000. Ein soziologischer Vergleich*. Frankfurt a.M./New York, S. 52.

[6] Eric Hobsbawm (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1750*. Frankfurt a. M./New York, S. 156.

pische Gestalt an. Der andere war der überwiegend »politische« Pfad der an der bürokratischen Struktur politischer Parteien ansetzenden Bewegungen, deren Hauptwaffen die Übernahme der Staatsmacht und die schnelle Modernisierung der Staaten, die sie unter ihre Kontrolle brachten, waren. Er hatte seinen Ursprung in Kontinentaleuropa, vor allem in Deutschland, seine idealtypische Gestalt jedoch nahm er in der UdSSR an.[7]

Der Verlauf des Kampfes auf beiden Pfaden war vollkommen von den beiden Weltkriegen geprägt, die durch ein ähnliches Muster charakterisiert waren: Die offene Militanz der Arbeiterschaft stieg am Vorabend des Krieges an, ließ während des Konflikts selbst zeitweise nach und explodierte dann in der Nachkriegszeit. Während der Welle der Arbeitermilitanz im Ersten Weltkrieg fand die Russische Revolution statt, und mit der Welle im Zweiten Weltkrieg kam es zur Ausbreitung kommunistischer Regime nach Osteuropa, China, Nordkorea und Vietnam. In diesem Kontext der eskalierenden Arbeitermilitanz im Kernbereich und der voranschreitenden kommunistischen Revolution in peripheren und halb-peripheren Regionen wurden die sozialen Parameter der US-amerikanischen Nachkriegsweltordnung festgelegt.[8] Die Form und Intensität der interkapitalistischen Konkurrenz – also interimperiale Rivalitäten und Weltkriege – prägten die Form und Intensität der Arbeitskämpfe in diesem Zeitraum. Aber die »Resonanz« der Arbeiterkämpfe auf die Marschroute interkapitalistischer Konflikte war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sogar noch heftiger als während des langen Abschwungs von 1873-96. Ja, ohne diese heftige Reaktion wäre die Herausbildung eines von Aristide Zolberg so genannten »arbeiterfreundlichen« internationalen Regimes nach dem Zweiten Weltkrieg nur schwer zu erklären.[9]

---

[7] Giovanni Arrighi/Beverly J. Silver (1984): »Labor Movements and Capital Migration: the US and Western Europe in World-Historical Perspective«, in: Charles Bergquist (Hrsg.), *Labor in the Capitalist World-Economy*. Beverly Hills.

[8] Silver 2005a, S. 160-167, 188-202.

[9] Aristide R. Zolberg (1995): »Response: Working-Class Dissolution«, *International Labor and Working-Class History* 47. Tatsächlich gingen die mit der Errichtung der US-Hegemonie eingeführten »arbeiterfreundlichen« Reformen – z. B. eine Vollbeschäftigung begünstigende makroökonomische Politik – mit der entschlossenen Unterdrückung jeglicher Teile der Arbeiterbewegung einher, die einen weitreichenderen sozialen Wandel anstrebten, als ihn der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit anbot. Nichtsdestotrotz markierten die

Zusammen mit dem von den USA geförderten Wiederaufbau des Weltmarkts auf neuer und soliderer Grundlage schuf dieses Regime die institutionellen Bedingungen für die systemweite Wiederbelebung der Rentabilität, die dem langen Aufschwung der 1950er und 1960er Jahre zugrunde lag. An Brenners Behauptung, die »ungleiche Entwicklung« in seinem Sinne sei ein entscheidender Faktor für den langen Aufschwung und den darauffolgenden langen Abschwung gewesen, habe ich nichts Besonderes auszusetzen. Aber sein Beharren darauf, dass Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Kapital für das Ausmaß, die Dauer und Gestalt des Abschwungs keine entscheidende Rolle spielten, scheint sogar noch weniger gerechtfertigt als für frühere vergleichbare Zeitabschnitte.

Wir wollen zunächst festhalten, dass im späten 20. Jahrhundert die Arbeiterkämpfe gegenüber der interkapitalistischen Konkurrenz viel stärker initiativ agierten als im späten 19. Jahrhundert. Während im vorangegangenen Zeitraum die Intensivierung des Konflikts zwischen Arbeiterschaft und Kapital und die maßgeblichsten Erhöhungen der Reallöhne auf das Einsetzen des Abschwungs *folgten*, gingen sie ihm in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts *voraus*. Wenn Brenner argumentiert, der Einfluss der Arbeiter habe für die Herbeiführung eines systemweiten und anhaltenden Drucks auf die Profite keine Rolle gespielt, konzentriert er sich fast ausschließlich auf die Eindämmung der Macht der Arbeiter in den USA der späten 1950er und frühen 1960er Jahre: Da diese Macht vor der Krise der Rentabilität eingedämmt wurde, so argumentiert er, konnte die Krise nicht auf den Druck der Arbeiter zurückzuführen sein.[10] Leider hindert dieser enge Blickwinkel auf den einzelnen »Baum« einer kurzen und lokalen Episode des Klassenkonflikts Brenner daran, den »Wald« der *international* ansteigenden Welle der Konflikte um Löhne und Arbeitsbedingungen zu sehen, der im Zeitraum von 1968-1973 in dem gipfelte, was E. H. Phelps Brown treffend »Lohnexplosion« genannt hat.[11] Da sie auf zwanzig Jahre

unter dem Druck eskalierender Arbeiterunruhen und der voranschreitenden kommunistischen Revolution eingeführten Reformen einen signifikanten Wandel im Vergleich mit dem für die Zeit der britischen Welthegemonie charakteristischen Laissez-faire-Regime. Siehe Arrighi/Silver 1999, S. 202-207; Silver 2005a, S. 188f.

[10] Brenner 1998, S. 52-54, 58-63.

[11] E.H. Phelps Brown (1975): »A Non-Monetarist View of the Pay Explosion«, *Three Banks Review*, 105.

der ansteigenden Reallöhne in den Kernregionen der Weltwirtschaft folgte und zu einer Zeit der weltweit sich verstärkenden interkapitalistischen Konkurrenz eintrat, übte diese Lohnexplosion nicht nur einen systemweiten Abwärtsdruck auf die Rentabilität aus, wie häufig betont wird.[12] Noch wichtiger war, dass sie große und bleibende Auswirkungen auf die anschließende Verlaufsform der interkapitalistischen Konkurrenz hatte.

Dies bringt uns zu einer zweiten Beobachtung, die die Unterschiede zwischen den beiden langen Abschwüngen gegen Ende des Jahrhunderts betrifft. Obwohl er die Preisinflation gelegentlich erwähnt, ist sich Brenner im Allgemeinen des eigenartig inflationären Charakters des Abschwungs, den er beschreibt, nicht bewusst – was um so bemerkenswerter ist, wenn man diesem den stark deflationären Charakter des Abschwungs im späten 19. Jahrhundert gegenüberstellt. Brenner hinterfragt diese Eigenartigkeit nirgends, und er wirft auch nicht die naheliegende Frage auf, warum die Rentabilitätskrise von 1965-73, in scharfem Gegensatz zur Tendenz der 1870er und 1880er Jahre zu einer Verbreitung des Gold- und anderer Edelmetallstandards, die Durchtrennung der letzten schwachen Verbindung zwischen dem Geldkreislauf und einem Edelmetallstandard sah.

Tatsächlich räumt Brenner implizit ein, dass der 1970 erfolgte Abbruch von Washingtons halbherzigen Versuchen, die Flut der Spekulation gegen das Gold-Dollar-System einzudämmen, nicht nur ein Trick war, um durch eine radikale Neufestsetzung der Wechselkurse den Druck auf die Profite von US-amerikanischen auf japanische und deutsche Hersteller zu verschieben. Wie er beiläufig erwähnt, »die politischen Kosten der Aufrechterhaltung einer ernsthaften Anti-Inflationspolitik […] erwiesen sich bald als untragbar für die Nixon-Regierung«.[13] Worin diese »politischen Kosten« bestanden und ob sie etwas mit den Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital zu tun hatten, erfahren wir nicht. Wie wir im nächsten Abschnitt dieses Kapitels sehen werden, betrafen diese Kosten im Fall der

---

[12] Siehe, neben anderen, Makoto Itoh (1990): *The World Economic Crisis and Japanese Capitalism.* New York, S. 50-53; Philip Armstrong/Andrew Glyn/John Harrison (1984): *Capitalism since World War II. The Making and Breakup of the Great Boom*. London, S. 269-76); Armstrong, Philip/Andrew Glyn (1986): *Accumulation, Profits, State Spending: Data for Advanced Capitalist Countries 1952-1983.* Oxford.

[13] Brenner 1998, S. 120f.

USA ebenso sehr das weltweite System wie die Lage im Land. Nichtsdestoweniger hatte der politische Preis dafür, den Geldkreislauf von der Disziplin eines Edelmetallstandards abhängig zu machen, sogar in den USA – so zerrissen sie von heftigen sozialen Konflikten um den Vietnamkrieg und die Bürgerrechte im Land waren – eindeutig eine soziale Komponente, unter anderem die Kosten und Risiken der Entfremdung der Arbeiterschaft von den Ideologien und Praktiken des dominanten gesellschaftlichen Blocks.[14]

Tatsächlich stammt der zwingendste Beweis für den Einfluss der Arbeiterschaft auf die Ereignisse, die schließlich zum Ende des Goldstandards führten, nicht aus den USA, sondern aus dem Land, das in den 1960er Jahren der standhafteste Verfechter einer Rückkehr zu einem rein auf Gold gegründeten System war: De Gaulles Frankreich. Das französische Eintreten für den Goldstandard endete abrupt – um nie wieder aufzuleben – im Mai 1968, als De Gaulle eine enorme Lohnerhöhung bewilligen musste, damit die Arbeiterschaft nicht die Partei der rebellierenden Studenten ergriff. Die Anbindung des Geldkreislaufs an den automatischen Mechanismus eines Edelmetallstandards hätte eine solche Lohnerhöhung unmöglich gemacht. De Gaulle, der sich dessen sehr wohl bewusst war, tat, was nötig war, um den sozialen Frieden wiederherzustellen und beendete seine Tagträume von einer Rückkehr zum Gold.[15]

Wie die US-amerikanische und die französische Erfahrung andeuten, spiegelte der Einfluss der Arbeiterschaft während des Übergangs vom Aufschwung zur relativen Stagnation in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren nicht bloß die interkapitalistische Konkurrenz wider, wie er es beim Einsetzen des Abschwungs im späten 19. Jahrhundert größtenteils getan hatte.[16] Im Gegenteil, er war bedeutsam genug, seinen eigenen unabhän-

[14] Silver 2005a, S. 202-205.

[15] Der Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Mai und dem abrupten Ende des französischen Eintretens für den Goldstandard ist heute völlig in Vergessenheit geraten, wurde aber auch damals wenig beachtet. Gleichwohl erinnere ich mich recht lebhaft an Zeitungsberichte vom Mai 1968 über eine plötzliche Kehrtwende Frankreichs in der Unterstützung des Goldstandards als Mittel, um die Vormachtstellung des US-Dollars anzufechten.

[16] Wie in Kapitel 4 bemerkt, stiegen die Reallöhne die ganze große Depression von 1873-96 hindurch. Während der 1880er und 1890er Jahre kann der Anstieg dem Widerstand der Arbeiter gegen Kürzungen der Nominallöhne zugeschrieben werden, doch anfangs war er

gigen Beitrag zu leisten, nicht nur zum Druck auf die Rentabilität, der dem Übergang zugrunde lag, sondern auch dazu, den Abschwung auf einen inflationären statt einen deflationären Pfad zu lenken. Das heißt nicht, dass nicht auch interkapitalistische Konkurrenz beim Druck auf die Profite am Werk war, und auch nicht, dass Arbeiter und ihre gesellschaftliche Macht von der inflationären Natur des Abschwungs profitierten – das taten sie eindeutig nicht. Es heißt nur, dass Brenners Modell – fast absolutes Überwiegen der interkapitalistischen Konkurrenz über den Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Kapital – auf den jüngsten langen Abschwung sogar noch weniger passt als auf den vorhergehenden.

Eine nähere Untersuchung der Auswirkungen der Kapitalmobilität auf den Einfluss der Arbeiterschaft liefert weitere Belege für diese Einschätzung. Insbesondere in den 1970er Jahren herrschte tatsächlich eine starke Tendenz zur »Abwanderung« von Kapital, einschließlich industriellem, in Niedriglohnländer. Dennoch hat, wie von Beverly Silver sehr detailliert dokumentiert, der Standortwechsel industrieller Tätigkeiten aus reicheren in ärmere Länder überwiegend zur Entstehung starker, neuer Arbeiterbewegungen an den Niedriglohnstandorten der Investitionen statt zu einem eindeutigen »Wettlauf nach unten« geführt. Obwohl anfangs bestimmte Standorte in der Dritten Welt für Unternehmen attraktiv schienen – Brasilien, Südafrika, Südkorea –, weil sie sich dort eine billige und fügsame Arbeiterschaft versprachen, brachte die spätere Expansion kapitalintensiver industrieller Massenproduktion neue und militante Arbeiterklassen mit beträchtlichem Widerstandspotenzial hervor. Diese Tendenz war bereits im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in der Textilherstellung sichtbar, der Hauptindustrie des britischen Kapitalismus. Aber in den führenden Industrien des US-amerikanischen Kapitalismus, wie der Automobilindustrie, ist sie viel stärker ausgeprägt.[17]

---

allein darauf zurückzuführen, dass die interkapitalistische Konkurrenz die Preise schneller nach unten trieb als die Löhne.

[17] Silver 2005a, insbesondere Kapitel 2 und 3. Brenner und Silver beziehen sich beide auf Raymond Vernons (1966) Produktzyklusmodell (Raymond Vernon [1966]: »International Investment and International Trade in the Product Cycle«, *Quarterly Journal of Economics*, 80 [2]. Brenner 1998, S. 18, verwendet es, um a priori die Annahmen seines eigenen Modells zu stützen, während Silver (2005a, S. 102-126) es verwendet, um empirisch die Gren-

Somit beraubten die Versuche von Kapitalisten, den Druck der Arbeiter auf die Rentabilität durch industriellen Standortwechsel strategisch zu umgehen, das Kapital gewöhnlich der beträchtlichen Vorteile der Produktion in der Nähe von wohlhabenderen Märkten und in sichererem politischen Umfeld, ohne viel von den erwarteten Gewinnen durch einen üppigen Vorrat an niedrig bezahlter und leicht zu disziplinierender Arbeiterschaft einzubringen. Zusammen mit anderen, weiter unten diskutierten, Tendenzen trug diese ihren eigenen Teil zur massiven Umlenkung transnationaler Kapitalflüsse der 1980er Jahre von Bestimmungsorten mit niedrigen bis mittleren Löhnen in die USA bei. Noch einmal, ich bestreite nicht, dass industrieller Standortwechsel daran beteiligt war, den Einfluss der Arbeiterschaft in den Ländern zu schwächen, die den größten Nettoabfluss von Kapital sahen. Ich stelle nur fest, dass dies gewöhnlich auf die Rentabilität zurückschlug und, soweit es die USA betrifft, der Nettoabfluss sich bald in einen enormen Nettozufluss verwandelte. Wenn der Einfluss der Arbeiterschaft im Lauf des langen Abschwungs abnahm, was sicherlich der Fall war, ist Kapitalmobilität hierfür keine sehr überzeugende Erklärung.

Die Zuwanderung von Arbeitskräften liefert ebenfalls keine sehr plausible Erklärung. Es ist richtig, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften in den letzten 35 Jahren überwiegend aus armen Ländern kam, in viel größerem Ausmaß als im späten 19. Jahrhundert – und so eine viel größere Bedrohung im Wettbewerb für die Arbeiter in den wohlhabenderen industriellen Zentren darstellt. Dennoch war die Fähigkeit von Arbeitern in den reicheren Ländern, die Konkurrenz durch zugewanderte Arbeitskräfte im Keim zu ersticken (oft durch das Festhalten an rassistischen Ideologien und Praktiken) im späten 20. Jahrhundert viel größer.[18]

---

zen des industriellen Standortwechsels zur strategischen Umgehung des Widerstands der Arbeiterschaft aufzuzeigen.

[18] Diese größere Fähigkeit spiegelt sich in der Tatsache wider, dass, proportional gesehen, die Zuwanderungsströme im späten neunzehnten Jahrhundert viel größer waren als heute, trotz der technologischen Fortschritte im Transportwesen seit damals. Siehe David Held u.a. (1999): *Global Transformations*. Stanford, CA, Kapitel 6). Außerdem waren ausländische Arbeiter die Protagonisten bei einigen der militantesten und erfolgreichsten Arbeitskämpfe in den USA der 1990er Jahre, zum Beispiel der Kampagne »Gerechtigkeit für Reinigungspersonal«. Siehe Roger Waldinger u.a. (1998): »Helots No More: A Case Study

Mit einem Wort, Brenners Argumentation für das absolute Überwiegen der interkapitalistischen Konkurrenz über die Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Kapital bei der Herbeiführung einer systemweiten und anhaltenden Minderung der Rentabilität geht an der komplexen historischen Wechselwirkung zwischen horizontalen und vertikalen Konflikten vorbei. Obwohl die interkapitalistische Konkurrenz welthistorisch tatsächlich die entscheidendere Einflussgröße darstellte – vorausgesetzt, dass wir interkapitalistische Kriege in die wichtigsten Formen dieser Konkurrenz mit aufnehmen –, waren Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Kapital nie eine bloße »abhängige Variable«, vor allem nicht am Vorabend und in den frühen Stadien des jüngsten langen Abschwungs.[19] Nicht nur trugen Konflikte um Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kernregionen zum anfänglichen Druck auf die Rentabilität in der entscheidenden Zeit von 1968-1973 bei, noch wichtiger ist, dass sie die herrschenden Gruppen der kapitalistischen Kernländer dazu zwangen, eine inflationäre statt einer deflationären Strategie des Krisenmanagements zu wählen.

Offen gesagt, am Ende des langen Nachkriegsaufschwungs reichte der Einfluss der Arbeiterschaft in den Kernregionen dazu hin, jeden Versuch, ihn durch eine einschneidende Deflation zurückzudrängen, sozial und politisch viel zu riskant zu machen. Eine inflationäre Strategie versprach im Gegensatz dazu, die Macht der Arbeiter viel effektiver zu umgehen, als es die internationale Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren gekonnt hätte. Es waren tatsächlich die große Stagnation-plus-Inflation der 1970er Jahre – »Stagflation«, wie es damals genannt wurde – und ihre Auswirkungen auf den interkapitalistischen Wettbewerb sowie auf die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital, die die Macht der Arbeiter im Kernbereich effektiv zermürbten und so den Weg frei machten für ihren Zerfall unter dem Einfluss der Reagan-Thatcher-Konterrevolution.

Um die ganze Bedeutung dieser Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die anschließende Marschroute des langen Abschwungs zu erfassen, ist es jedoch nicht genug, sich auf die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft

---

of the Justice for Janitors Campaign in Los Angeles«, in: K. Bronfenbrenner u.a. (Hrsg.), Organizing to Win, Ithaca, NY, Kap. 6.

[19] Siehe Arrighi/Silver 1999.

und Kapital zu konzentrieren. Noch wichtiger waren die Beziehungen zwischen Nord und Süd, denen wir uns nun zuwenden.

## Die Einwirkung des Südens

In seiner Kritik der Vertreter von »Angebotstheorien« stellt Brenner deren Neigung, die Weltwirtschaft als bloße Summe ihrer nationalen Bestandteile zu betrachten, seinen eigenen Versuch gegenüber, systemische Prozesse als etwas mit eigener Logik zu betrachten.

> »[D]ie Betonung der Vertreter von Angebotstheorien auf Institutionen, Politik und Macht ließ sie ihre Analysen zu stark auf einer Land für Land entwickelten Grundlage, in Bezug auf Nationalstaaten und nationale Ökonomien, herausarbeiten – die internationale Ökonomie als eine Art Überlauf der nationalen Ökonomien ansehen und systemische wirtschaftliche Probleme als bloße Folge der Anhäufung lokaler Probleme betrachten. Im Gegensatz dazu werde ich mir die internationale Ökonomie – *die Kapitalakkumulation und Rentabilität des Systems als Ganzem* – zum theoretischen Blickwinkel nehmen, um von dort aus ihre Krisen und die ihrer nationalen Komponenten zu analysieren.«[20]

So lobenswert diese Absicht auch ist, bleibt Brenners Analyse doch hinter ihren Versprechungen zurück, da sie fast ausschließlich auf drei Nationalstaaten bzw. -ökonomien (die USA, Japan und Deutschland) und ihre gegenseitigen Beziehungen konzentriert ist, mit gelegentlichen Bezügen auf andere westeuropäische Länder und die »Wunderwirtschaften« Ostasiens. China taucht nur flüchtig gegen Ende von *Global Turbulence* auf und nur wenig detaillierter auf den letzten Seiten von *Boom & Bubble*. Im Nachwort zu *Global Turbulence* von 2006 kann Brenner nicht umhin, die spektakuläre Wirtschaftsleistung Chinas seit der Veröffentlichung der früheren Texte zu erwähnen. Von Chinas Aufstieg wird jedoch gesagt, er verändere die Schlussfolgerungen, die auf Grund der früheren, auf die USA,

[20] Brenner 1998, S. 23; Hervorhebung im Original.

Deutschland und Japan konzentrierte Analyse gezogen wurden, nicht, ja bestärke sie sogar.[21]

Die große Mehrheit der Staaten und der Großteil der Weltbevölkerung haben offenbar keinen Einfluss auf das Geschehen von Brenners Weltwirtschaft. Brenner räumt ein, dass die Konzentration auf drei Länder »Verzerrungen mit sich bringt«. Aber ohne näher auszuführen, worin diese Verzerrungen bestehen, rechtfertigt er im Weiteren seinen engen Blickwinkel mit drei Begründungen. Erstens machten die Ökonomien der USA, Deutschlands und Japans 1950 zusammengenommen »60% der Produktionsleistung (in Kaufkraftparitäten) der 17 führenden kapitalistischen Ökonomien [aus], und 1994 war dieser Anteil auf 66% angestiegen.« Zweitens stand jede der drei Ökonomien »im Zentrum großer regionaler Blöcke, die sie effektiv dynamisierten und dominierten«. Und schließlich waren »die Wechselwirkungen zwischen diesen drei Ökonomien […] während der Nachkriegszeit einer der wesentlichen Faktoren für die Herausbildung der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt«.[22]

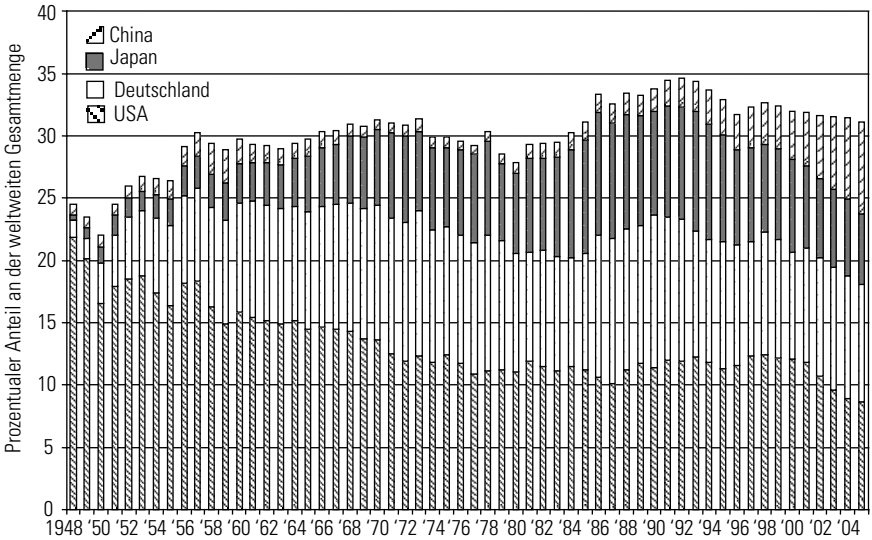
Diese Prämissen sind aus zwei Gründen fragwürdig. Das Gesamtgewicht der drei fraglichen Ökonomien ist tatsächlich beträchtlich, wenn auch etwas geringer als Brenners Quellen vermuten lassen.[23] Dennoch lag ihr Anteil am gesamten Weltexport, wie Abbildung 5.1 zeigt, in den meisten Jahren unter 30%, und während der wachsende Anteil Deutschlands und Japans in den 1980er Jahren den sinkenden US-Anteil ausglich oder mehr als ausglich, ging der Anteil aller drei Länder seit Mitte der 1990er Jahre zurück, der Chinas dagegen stieg steil an. Außerdem ging der addierte Anteil an der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe der drei Länder – dem Tätigkeitsbereich, auf den Brenner sich konzentriert – im

[21] Brenner 2006, S. 323-329, 340-343.

[22] Brenner 1998, S. 9.

[23] Nach den umfangreicheren Datenbeständen der Weltbank ist ihr addierter Anteil am »Welt«-BIP offenbar praktisch konstant geblieben und zwischen 1960 und 1999 nur unbedeutend von 53,1 auf 53,6% angestiegen (errechnet aufgrund von World Bank 1984 und 2001). Nicht im »Welt«-BIP enthalten sind die ehemals kommunistischen Länder der UdSSR und Osteuropas sowie andere Länder, für die nicht sowohl für 1960 als auch für 1999 vergleichbare Daten vorliegen. Alle verfügbaren Belege deuten jedoch darauf hin, dass die oben genannten Zahlen durch den Ausschluss dieser Länder um höchstens einen oder zwei Prozentpunkte erhöht werden.

**Abbildung 5.1: Nationale Exporte als prozentualer Anteil an den gesamten weltweiten Exporten***




* Prozentsätze der weltweiten Exporte in heutigen US-Dollar
Quelle: WTO International Trade Statistics

Lauf des langen Abschwungs signifikant zurück. Der Rückgang ist größtenteils auf die schnelle Industrialisierung vieler Länder des Südens der Welt zurückzuführen – was Alice Amsden den »Aufstieg des ›Rests‹« genannt hat. Selbst ohne China stieg der Anteil des globalen Südens an der weltweiten Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe zwischen 1975 und 1998 von 10,7 auf 17,0% und sein Anteil an weltweiten Exporten von Industrieerzeugnissen wuchs in derselben Zeitspanne sogar noch schneller, von 7,5 auf 23,3%.[24] Durch seine nur oberflächliche Beschäftigung mit dem

[24] Alice Amsden (2001): *The Rise of »The Rest«*. New York, und Tabellen 1 und 2 in Amsden (2003): »Good-bye Dependency Theory, Hello Dependency Theory«, *Studies in Comparative International Development*, 38 (1), S. 32-38. Rechnet man zu Amsdens Prozentzahlen die Anteile Chinas hinzu, erhält man für die Jahre 1975 bis 1998 einen Anstieg des Anteils des Südens am weltweiten Wertzuwachs im verarbeitenden Gewebe von 11,9 auf 21,8%. Wie ich an anderer Stelle gezeigt habe, spiegelt dieser Anstieg eine starke Annäherung des Industrialisierungsgrads von Nord und Süd wider – begleitet jedoch von einem völligen Ausblei-

Süden der Welt läuft Brenner somit Gefahr, an einem der dynamischsten Elemente der Intensivierung der Konkurrenz, der er so große Bedeutung zuschreibt, vorbeizugehen.

Das zweite Problem an Brenners Konzentration auf drei Länder ist schwerwiegender: Sie verbannt die Weltpolitik praktisch aus der Analyse der kapitalistischen Dynamik. Dass die Wechselwirkungen zwischen den USA, Japan und Deutschland »eines der Schlüsselelemente« in der Entwicklung des Weltkapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg waren, steht außer Frage, aber sie waren mit Sicherheit nicht das einzige oder gar das wichtigste. Wie Brenner in einer der in Kapitel 4 zitierten Passagen implizit anerkennt, war der Umgang der USA mit Deutschland und Japan während des ganzen langen Aufschwungs vollkommen in die vom Kalten Krieg bestimmten Beziehungen zwischen den USA, der UdSSR und China eingebettet und von ihnen dominiert. Die Rentabilitätskrise, die den Übergang vom langen Aufschwung zum langen Abschwung markierte, sowie die große Stagflation der 1970er Jahre waren selbst stark von der parallelen Krise der US-Hegemonie beeinflusst, die aus der Eskalation des Krieges und der US-amerikanischen Niederlage in Vietnam folgte. Was die neoliberale Konterrevolution Reagans und Thatchers angeht, so war diese nicht nur, und nicht einmal vorrangig, eine Reaktion auf die unüberwundene Rentabilitätskrise, sondern auch – und insbesondere – eine Reaktion auf die sich verschärfende Hegemoniekrise. Die ganze Zeit waren die Marschrouten der interkapitalistischen Konkurrenz und der Wechselwirkung zwischen den drei größten Ökonomien der Welt durch den größeren politischen Kontext geprägt. Das fast vollständige Fehlen dieses Kontextes in Brenners Schilderung ist tatsächlich die Quelle nicht nur von Verzerrungen, sondern auch von Unbestimmtheit.

Man denke an den Zusammenhang zwischen der Rentabilitätskrise der späten 1960er und frühen 1970er Jahre und dem gleichzeitigen Zusammenbruch des Gold-Dollar-Standards. Wie wir gesehen haben, räumt Brenner implizit ein, dass »politische Kosten« bei der Aufgabe des Goldes eine

---

ben einer Annäherung der Einkommen. Siehe Arrighi/Silver/Brewer 2003a; dies. (2003b): »A Reply to Alice Amsden«, *Studies in Comparative International Development* 38 (1); dies. (2005): »Industrial Convergence and the Persistence of the North-South Divide: A Rejoinder to Firebaugh«, *Studies in Comparative International Development* 40 (1).

Rolle spielten, hält aber dennoch die These aufrecht, der Hauptfaktor sei der Konkurrenzkampf zwischen US-amerikanischen Herstellern und ihren deutschen und japanischen Konkurrenten gewesen. An diesem Argument haben wir bereits kritisiert, dass es an der relativ autonomen Rolle, die der Einfluss der Arbeiter in der Krise spielte, vorbeigeht. Nichtsdestoweniger war der wichtigste Faktor weder der interkapitalistische Wettbewerb noch die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital, sondern die direkten und, insbesondere, indirekten Auswirkungen der Eskalation des Vietnamkriegs auf die US-Zahlungsbilanz. Auch wenn Vietnam in Brenners Schilderung so auffallend fehlt, schleichen sich diese Auswirkungen gelegentlich ein. So werden »erhöhte Ausgaben für den Vietnamkrieg« als Grund für die plötzliche Beschleunigung der Preisinflation in den USA genannt, die zwischen 1965 und 1973 den Anstieg der Reallöhne drosselte, aber nicht stoppte. Diese Beschleunigung der Inflation wird ihrerseits verantwortlich gemacht für die Schwächung der Position US-amerikanischer Hersteller sowohl im heimischen als auch im internationalen Wettbewerb gegenüber ihren deutschen und japanischen Konkurrenten in diesem Zeitabschnitt.[25]

Diese beiläufigen Bemerkungen zeigen, dass selbst Brenner anerkennen muss, dass sich hinter der Intensivierung der Konkurrenz zwischen US-amerikanischen und ausländischen Herstellern und den launenhaften Konflikten zwischen Arbeiterschaft und Kapital in den USA und anderswo eine ausgesprochen systemische, aber politische Größe verbirgt, deren Berücksichtigung sein Forschungsansatz unmöglich gemacht hat. Diese verborgene Größe ist der Machtkampf, in dem die US-Regierung mit Gewalt das Problem der Verbindung von Nationalismus und Kommunismus in der Dritten Welt zu kontrollieren suchte. Als die Eskalation des Vietnamkriegs den vietnamesischen Widerstand nicht brechen konnte und statt dessen weitverbreitete Opposition gegen den Krieg in den USA selbst hervorrief, erreichte dieser Kampf in denselben Jahren wie die Rentabilitätskrise seinen Höhepunkt. Wie ich an anderer Stelle vertreten habe, trugen die Kosten des Krieges – einschließlich der Kosten der Programme zur Eindämmung des Widerstands im Inland – nicht nur zum Druck auf die Profite

[25] Brenner 1998, S. 97; 2003, S. 129, 147.

bei, sondern waren die wesentlichste Ursache für den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse und die anschließende massive Entwertung des US-Dollars.[26]

Wie Brenner behauptet, half die Dollar-Entwertung von 1969-73 den USA, die Bürde der Rentabilitätskrise auf Deutschland und Japan abzuwälzen und den Druck des steigenden Nominallohns im Land zu unterdrücken. Aber ich würde sagen, diese Umverteilung der Lasten war größtenteils das Nebenprodukt einer Politik, die hauptsächlich darauf abzielte, den Kampf der US-Regierung um Vorherrschaft in der Dritten Welt von finanziellen Einschränkungen zu befreien. Zumindest anfänglich schien die Auflösung des Gold-Dollar-Standards der US-Regierung eine nie da gewesene Handlungsfreiheit zu gewähren, einfach durch Ausgabe ihrer eigenen Währung die Ressourcen der Welt zu erschließen.[27] Diese freie Hand konnte jedoch weder die Niederlage der USA in Vietnam verhindern noch den darauf folgenden steilen Rückgang des Ansehens und der Macht der USA aufhalten. Ja, wenn sie etwas bewirkte, beschleunigte sie diesen Rückgang noch, indem sie zu einer weltweiten Inflationsspirale führte, die drohte, die gesamte US-amerikanische Kreditstruktur und die weltweiten Netzwerke der Kapitalakkumulation zu zerstören, von denen Wohlstand und Macht der USA inzwischen stärker abhängig waren als je zuvor.[28]

Macht und Ansehen der USA erreichten ihren Tiefstpunkt in den späten 1970er Jahren mit der iranischen Revolution, einer erneuten Erhöhung der Ölpreise, der sowjetischen Invasion Afghanistans und anderen ernsthaften Krisen des Vertrauens in den US-Dollar. Brenner erwähnt diese sich verschärfende Krise der US-Hegemonie kaum als Kontext, in dem sich zwischen 1979 und 1982 die Währungspolitik der US-Regierung von größter Lockerheit in extreme Strenge verwandelte. Statt dessen führt er diese Veränderung auf »eine verheerende Flucht aus der US-Währung [zurück], die die Position des Dollars als internationale Leitwährung gefährdete«. Aber

---

[26] Arrighi 1994, S. 300-308, 320f.

[27] Riccardo Parboni (1981): *The Dollar and its Rivals.* London, S. 47, 89f.

[28] Arrighi 1994, S. 310-314, 317-320. Wie wir in Kapitel 6 sehen werden, war der sogenannte erste »Ölschock« von 1973-74 ein entscheidendes Verbindungsstück in der weltweiten Inflationsspirale zwischen der Krise der US-Hegemonie der späten 1960er und frühen 1970er Jahre und der verheerenden Flucht aus dem Dollar der späten 1970er Jahre.

er hat keine zufriedenstellende Erklärung für diese Flucht und schenkt den arabischen Ängsten um Afghanistan und Iran keine Beachtung, die laut *Business Week* hinter dem plötzlichen Anstieg des Goldpreises im Januar 1980 auf den höchsten Stand aller Zeiten von 875 Dollar standen.[29] Wie im Fall der Auflösung des Gold-Dollar-Standards zehn Jahre zuvor waren Krieg und Revolution statt der interkapitalistischen Konkurrenz unter den drei größten Ökonomien der Welt die Haupantriebskraft der monetaristischen Konterrevolution von 1979-82. Grundlegende Veränderungen in der Geldpolitik hatten erneut große Auswirkungen sowohl auf die interkapitalistischen als auch auf die Klassenkämpfe in den Kernregionen. Aber der stärkste Impuls zur Veränderung rührte von der unüberwundenen Krise der US-Hegemonie in der Dritten Welt her und nicht von der Rentabilitätskrise als solcher.

Auch hier ist es nützlich, die Eigentümlichkeiten des langen Abschwungs im späten 20. Jahrhundert durch einen Vergleich mit dem von 1873-96 hervorzuheben. Auch wenn dies selten ausgeführt wird, sind die Unterschiede der beiden Abschwünge im Hinblick auf Nord-Süd-Beziehungen sogar noch signifikanter als auf Arbeiterschaft und Kapital. Der wichtigste und allumfassende Unterschied ist, dass der frühere lange Abschwung mitten in der letzten und größten Welle von Gebietseroberungen im Norden und der Kolonialisierung des Südens stattfand, während der spätere sich ganz am Ende der größten Welle der Entkolonialisierung der Weltgeschichte ereignete.[30] Dazwischen stand der große »Aufstand gegen den Westen« der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der, nach der in der Einleitung zitierten Ansicht Barracloughs, den Anfang einer vollkommen neuen Ära in der Weltgeschichte markierte. Obwohl die scheinbar unbegrenzte Macht des Westens in den 1990er Jahren den vorhergehenden Aufstand des Südens unbedeutend, wenn nicht vergeblich, aussehen ließ, können ohne die Berücksichtigung der grundlegenden Veränderung der Nord-Süd-Beziehungen in den vorangegangenen fünfzig Jahren weder die Ursprünge noch die Verlaufs-

---

[29] Zit. n. Michael Moffitt (1983): *The World's Money. International Banking from Bretton Woods to the Brink of Insolvency.* New York, S. 178.

[30] Zu Wellen der Kolonialisierung und Entkolonialisierung siehe Albert Bergesen/Ronald Schoenberg (1980): »Long Waves of Colonial Expansion and Contraction, 1415-1969«, in: A. Bergesen (Hrsg.), *Studies of the Modern World-System.* New York.

form noch die Folgen des jüngsten langen Abschwungs korrekt entziffert werden. Um diesen Punkt zu illustrieren, werde ich den Blick erneut auf die monetären Aspekte der beiden langen Abschwünge richten.

Im vorherigen Abschnitt haben wir den inflationären Charakter des jüngsten langen Abschwungs darauf zurückgeführt, dass es nun sozial und politisch unmöglich war, die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital in den Kernregionen, wie noch im späten 19. Jahrhundert, von der Disziplin eines Edelmetallstandards abhängig zu machen. Wesen und Stärke dieser sozialen Einschränkung innerhalb der Kernregionen hängen jedoch selbst entscheidend vom politischen Gefüge ab, das die Kernregion mit der Peripherie verbindet. Nichts illustriert dies besser als die enge Verbindung zwischen Großbritanniens Festhalten am Goldstandard und seiner Gewinnung von Tributen aus dem indischen Subkontinent. Großbritanniens indisches Reich war hauptsächlich in zweierlei Hinsichten entscheidend.

Erstens in militärischer: In Lord Salisburys Worten war »Indien [...] eine englische Kaserne in der orientalischen See, aus der wir Truppen beliebiger Stärke abziehen konnten, ohne dafür zu bezahlen«.[31] Ganz und gar durch den indischen Steuerzahler finanziert, waren diese Streitkräfte in einer Kolonialarmee im europäischen Stil organisiert und wurden in der endlosen Reihe von Kriegen, durch die Großbritannien Asien und Afrika dem Handel, den Investitionen und dem Einfluss des Westens öffnete, regelmäßig eingesetzt.[32] Sie waren »die eiserne Faust im Samthandschuh der viktorianischen Expansionspolitik […], die bezwingende Streitmacht hinter der Internationalisierung des industriellen Kapitalismus«.[33] Noch 1920 stellten Soldaten aus Indien mehr als 87% der Truppen, die Großbritannien im Irak einsetzte, um einen groß angelegten Aufstand gegen die britische Militärbesatzung niederzuschlagen. »Vielleicht ist also das größte Problem,

[31] Zit. n. B.R. Tomlinson (1975): »India and the British Empire, 1880-1935«, *The Indian Economic and Social History Review* 12 (4), S. 341.

[32] In Asien und Afrika zusammen wurden zwischen 1837 und 1900 72 britische Militärfeldzüge durchgeführt (Brian Bond [Hrsg.] [1967]: Victorian Military Campaigns. London: Hutchinson, S. 309-311). Nach einer anderen Zählung führte Großbritannien zwischen 1803 und 1901 50 große koloniale Kriege (Giddens, Anthony [1987]: *The Nation-State and Violence*. Berkeley, S. 223).

[33] David Washbrook (1990): »South Asia, the World System, and World Capitalism«, *The Journal of Asian Studies* (49) 3, S. 481.

vor dem das englischsprachige Imperium unserer Zeit steht, sehr einfach: Großbritannien hatte die indische Armee, die USA hat keine.«[34]

Zweitens, und ebenso wichtig, machten die berüchtigten so genannten Home Charges[35] gemeinsam mit der Kontrolle der Bank of England über Indiens Devisenreserven das Land zum Dreh- und Angelpunkt von Großbritanniens globaler Finanz- und Handelsvormachtstellung. Indiens Zahlungsbilanzdefizit gegenüber Großbritannien und sein -überschuss gegenüber allen anderen Ländern erlaubten es Großbritannien, sein Leistungsbilanzdefizit der restlichen Welt gegenüber auszugleichen. Ohne Indiens erzwungenen Beitrag zur Zahlungsbilanz des imperialen Großbritanniens wäre es für letzteres unmöglich gewesen, »das Einkommen aus seinen Überseeinvestitionen für weitere Investitionen im Ausland zu nutzen und dem internationalen Währungssystem die Liquidität zurückzugeben, die es als Investitionseinkommen absorbierte«. Außerdem stellten Indiens Geldreserven eine »große Manövriermasse dar, die britische Finanzbehörden verwenden konnten, um ihre eigenen Reserven zu ergänzen und London als Zentrum des internationalen Währungssystems zu erhalten«.[36]

Da sie im Inland von Arbeitern ebenso wie von Kapitalisten finanzpolitische Disziplin erzwangen, waren die Regierenden in Großbritannien mit einer vollkommen anderen Situation konfrontiert als die US-amerikanischen ein Jahrhundert später. Die Ausübung der Funktionen der weltweiten Hegemonie, um nur einen Aspekt zu nennen – beispielsweise das

---

[34] N. Ferguson, »Cowboys and Indians«, *The New York Times*, 24. Mai 2005. 2003 übten die USA starken Druck auf die indische Regierung aus, eine volle Division von 17.000 Soldaten zu schicken. Selbst wenn die indische Regierung dazu bereit gewesen wäre, erlaubte es das innenpolitische Umfeld einfach nicht. »Im Rückblick war dies eins der Schlüsselereignisse der ersten dreißig Monate des Irakkriegs. Keine indische Truppenentsendung bedeutete, dass keine anderen großen Truppenangebote [ironischerweise mit Ausnahme der britischen Armee] erfolgten.« P. Rogers, »Fragments of the ›War on Terror‹«, *openDemocracy*, 25. August 2005.

[35] Von den indischen Regierungen während der Zeit der direkten britischen Herrschaft (1858-1947) an Großbritannien gezahlte Gelder, z.B. als Pensionszahlungen für Briten, die in Indien gedient hatten, oder als Zinszahlungen für Kredite, die der indischen Regierung von den Briten aufgedrängt worden waren (Anm. d. Ü.).

[36] Marcello de Cecco (1984): *The International Gold Standard: Money and Empire*. 2. Aufl. New York, S. 62f.). Eine umfassende Darstellung des Tributs, den Großbritannien Indien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert abpresste, findet sich in Amiya K. Bagchi (2005): *Perilous Passage. Mankind and the Global Ascendancy of Capital*. Lantham, MD, S. 239-243.

Führen einer endlosen Reihe von Kriegen im globalen Süden – ging nicht mit dem Inflationsdruck einher, wie ihn der Vietnamkrieg in den USA erzeugt hatte. Die Kriege wurden nicht nur mit indischem Geld finanziert, sondern machten, da sie mit indischen und anderen Kolonialtruppen geführt wurden, auch nicht die sozialen Ausgaben nötig, die die US-Regierung darauf verwenden musste, die Opposition im Land angesichts steil ansteigender Opferzahlen in Schach zu halten.

Von Kriegskosten abgesehen konnte Großbritannien, anders als die USA im späten 20. Jahrhundert, die Gewinne aus den unaufhörlichen »strukturellen Anpassungen«, die mit der Abhängigkeit seiner Währung von einem Edelmetallstandard verbunden waren, einstreichen (für seine Untertanen in der Hauptstadt) und die damit verbundenen Kosten umverteilen (auf seine Untertanen in den Kolonien). Die unter Gewaltandrohung ausgeübte Kontrolle über den Überschuss der indischen Zahlungsbilanz ermöglichte es Großbritannien, die Last seines eigenen hartnäckigen Handelsdefizits den indischen Steuerzahlern, Arbeitern und Kapitalisten aufzubürden.[37] In einer postkolonialistischen Welt standen dagegen keine Mittel zu so unverhohlener Ausübung von Zwang zur Verfügung. Die USA hatten schlicht nur die Wahl, entweder ihr Handels- und Leistungsbilanzdefizit durch eine drastische Verkleinerung ihrer nationalen Ökonomie und ihrer Ausgaben im Ausland auszugleichen oder einen wachsenden Anteil ihrer künftigen Einnahmen auf Kreditgeber aus dem Ausland zu übertragen. Die Entscheidung für eine inflationäre Strategie des Krisenmanagements war nicht allein von der sozialen und politischen Unmöglichkeit einer drastischen Verkleinerung der US-Volkswirtschaft oder von der durch diese Strategie erhofften Befreiung US-amerikanischer Hersteller vom Konkurrenzdruck aus dem Ausland diktiert. Sie war auch ein mehr oder weniger bewusster Versuch, sich *nicht* zwischen diesen beiden gleichermaßen unerfreulichen Alternativen zu entscheiden. Die sich verschärfende Krise der US-Hegemonie der späten 1970er Jahre und die durch sie ausgelöste verheerende Flucht aus dem Dollar waren eine erschütternde Mahnung, dass die Entscheidung nicht länger aufgeschoben werden konnte.

---

[37] Zu Großbritanniens anhaltendem Handelsdefizit siehe unter anderen Andre Gunder Frank (1978): »Multilateral Merchandise Trade Imbalances and Uneven Economic Development«, *Journal of European Economic History*, 5 (2), und de Cecco 1984.

Die monetaristische Konterrevolution, die im letzten Jahr der Carter-Regierung eingeleitet und unter Reagan mit größerem Nachdruck verfolgt wurde, war eine pragmatische Reaktion auf die Situation. Wie Brenner feststellt, verschärfte die Kehrtwende die Krise der Rentabilität eher, als sie zu lindern. Aber wie er nicht feststellt, verkehrte sie – über die rosigsten Erwartungen ihrer Vollstrecker hinaus – den weltweiten steilen Rückgang der US-amerikanischen Macht in den vorhergehenden fünfzehn Jahren in sein Gegenteil.[38] Um diese unerwartete Umkehrung zu verstehen, müssen wir erneut die Perspektive wechseln und die Prozesse der interkapitalistischen Konkurrenz, die im Zentrum von Brenners Analyse stehen, kritisch neu untersuchen.

## Die finanzielle Untermauerung der US-amerikanischen Wiederbelebung

Brenner schreibt, wie wir gesehen haben, das Fortdauern von »Überproduktion und Überkapazitäten« nach 1973 teilweise dem Verhalten der etablierten Firmen mit hohen Produktionskosten zu – die »allen Grund [hatten], ihre Märkte zu verteidigen und einen Gegenangriff zu starten, indem sie den Prozess der Innovationen und Investitionen in zusätzliches fixes Kapital beschleunigen« – und teilweise den Maßnahmen der US-amerikanischen, japanischen und deutschen Regierung, die die zugrundeliegende Tendenz in Richtung zu weniger Aussteiger und zu vieler Einsteiger eher verstärkten als abschwächten. Wir bemerkten auch, dass Regierungsmaßnahmen zwar im Mittelpunkt von Brenners historischer Schilderung stehen, die theoretisch entscheidendere, die Firmen betreffende Argumentation aber größtenteils auf der Basis detaillierter empirischer Belege deduktiv entwickelt wird.

Das Hauptproblem an dieser entscheidenden Argumentation ist, dass sie sich fast ausschließlich auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert. Brenner begründet dies nicht explizit, im Gegensatz zu seiner Konzentration auf die US-amerikanische, japanische und deutsche Ökonomie. Die theoretische und historische Identifikation des Kapitalismus mit *industri-*

[38] Arrighi 1994, S. 323f.

*ellem* Kapitalismus ist für ihn anscheinend – wie für die meisten Sozialwissenschaftler marxistischer ebenso wie nicht-marxistischer Provenienz – ein Glaubensartikel, der keiner Rechtfertigung bedarf. Doch der weltweite Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung ist vergleichsweise klein und sinkt ständig: 1960 betrug er 28%, 1980 noch 24,5% und 1998 schließlich 20,5%. Außerdem wirkte sich der Abschwung in Brenners »fortgeschrittenen« kapitalistischen Ländern überdurchschnittlich aus, so betrug der addierte Anteil von Nordamerika, Westeuropa, Australasien und Japan 1960 noch 28,9%, 1980 24,5% und 1998 nur noch 19,7%.[39]

Brenner ist sich dieses Problems anscheinend durchaus bewusst, betrachtet es aber als Symptom der wirtschaftlichen Krise statt als Anlass zur Infragestellung der Relevanz und Berechtigung seiner Konzentration auf das verarbeitende Gewerbe. So interpretiert er die »riesige Ausweitung« des US-amerikanischen nicht-herstellenden Sektors in den 1980er Jahren im Zuge seiner Erläuterungen als »Symptom für den breit angelegten wirtschaftlichen Niedergang […], der mit der Krise des verarbeitenden Gewerbes in der Volkswirtschaft der USA einherging, den wir durchaus treffend als ›De-Industrialisierung‹ bezeichnen können, mit allen negativen Nebenbedeutungen dieses Begriffs«.[40] An einer Stelle hält er jedoch eine Rechtfertigung für seinen engen Blickwinkel auf das verarbeitende Gewerbe für nötig.

> »Es ist geradezu zum Gemeinplatz geworden, die Bedeutung des Herstellungssektors unter Verweis auf seinen schrumpfenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung ebenso wie am Bruttoinlandsprodukt herunterzuspielen. Aber während der 1990er Jahre entfielen immer noch 46,8% der Gesamtprofite, die vom Nicht-Finanzsektor erzielt wurden (d.h. des Wertes für die Gesamtheit der Unternehmensprofite minus des Wertes für den Sektor der Finanzunternehmen), auf den US-Herstellungssektor und 1999 waren es 46,2% dieses Gesamtwertes. Der Anstieg der Profitabilität vor Steuern im verarbeitenden Gewerbe war in der Tat *die* ent-

[39] Die Prozentsätze wurden von World Bank 1984 und 2001 errechnet. Die Zahlen für die Welt schließen alle Länder ein, für die Daten für die Jahre 1960, 1980 und 1998 verfügbar sind. Die Wertschöpfung entspricht dem BIP.

[40] Brenner 2003, S. 109.

scheidende Quelle der parallelen Erholung der Profitabilität vor Steuern in der Privatwirtschaft in ihrer Gesamtheit.«[41]

Abgesehen davon, dass nicht klar ist, warum die Profite der Unternehmen des Finanzsektors in den Vergleich nicht miteinbezogen werden, hält diese Rechtfertigung einer genauen empirischen Überprüfung nicht stand. Wie Greta Krippner auf der Basis einer gründlichen Analyse der verfügbaren Belege gezeigt hat, hatte nicht nur der Anteil von Finanzen, Versicherungen und Immobiliengeschäften (finance, insurance and real estate, FIRE) am Profit US-amerikanischer Unternehmen den Anteil des verarbeitenden Gewerbes in den 1980er Jahren fast eingeholt und in den 1990er Jahren überholt, sondern vor allem erhöhten die *nicht-finanziellen Firmen selbst* in den 1970er und 1980er Jahren ihre Investitionen in finanzielle Vermögenswerte im Verhältnis zu denjenigen in Betriebsanlagen und Ausrüstung und wurden immer mehr eher von finanziellen Einnahme- und Profitquellen als von Einnahmen und Profiten aus der Produktion abhängig. Besonders signifikant ist Krippners Erkenntnis, dass das verarbeitende Gewerbe den Trend zur »Finanzialisierung« der nicht-finanziellen Ökonomie nicht nur beherrscht, sondern *anführt*.[42]

Brenner nennt keinen Indikator für seine Begriffe der »Überkapazitäten und Überproduktion«, der mit Krippners Vielzahl von Indikatoren für die Finanzialisierung der nicht-finanziellen Ökonomie vergleichbar wäre. Nichtsdestoweniger nennt Anwar Shaikh zwei Indikatoren der »Kapazitätsausnutzung« in der US-Herstellung – einen auf Grundlage seines eigenen Maßstabs, den anderen auf der des Federal Reserve Board –, die wir als unvollständige *inverse* Indikatoren für Überkapazitäten auffassen können.[43] Über die ganze Zeitspanne von 1947-1995 weisen beide Indikatoren

[41] Brenner 2003, S. 100; Hervorhebung im Original.

[42] Greta R. Krippner (2005): »The Financialization of the American Economy«, Socio-Economic Review 3. Krippners Analyse basiert auf Daten des Federal Reserve Flow of Funds Accounts; des Bureau of Economic Analysis National Income and Product Accounts; der IRS Corporation Income Tax Returns; Zahlungsbilanzdaten; und Daten der IRS Corporate Foreign Tax Credit.

[43] Anwar Shaikh (1999): »Explaining the Global Economic Crisis«, *Historical Materialism*, 5, S. 140f. Ein großes Problem bei der Verwendung dieser beiden Indikatoren, oder überhaupt eines Indikators, zur Beurteilung von Brenners »Überkapazitäten« ist, dass er, wie bereits bemerkt, diesen Terminus immer zusammen mit dem der »Überproduktion« benutzt

viele Schwankungen auf, aber keinen klaren langfristigen Trend. Genauer gesagt lassen beide Indikatoren – insbesondere Shaikhs –, im Einklang mit Brenners Argumentation, darauf schließen, dass Überkapazitäten in der US-Herstellung in den letzten Jahren des langen Aufschwungs steil fielen und während der Rentabilitätskrise, die den Übergang vom langen Aufschwung zum langen Abschwung markierte, sogar noch steiler anstiegen. Nach 1973 dagegen weisen beide Indikatoren weiterhin beträchtliche Schwankungen auf, liefern aber keine Belege zur Unterstützung von Brenners Behauptung, der lange Abschwung sei durch über dem Normalen liegende Überkapazitäten gekennzeichnet gewesen. Die Zahlen des Federal Reserve Board zeigen, dass die Kapazitätsausnutzung auf das Maß zurückging, das sie in den 1950er Jahren aufwies, ohne Aufwärts- oder Abwärtstrend, während Shaikhs Daten für die 1970er Jahre höhere Grade der Kapazitätsausnutzung anzeigen als für die 1950er und wiederum höhere für die 1980er und 1990er Jahre – was auf eine vergleichsweise niedrige und abnehmende Überkapazität hindeutet.

Berücksichtigt man, was anhand dieser beiden unvollständigen Indikatoren beurteilt werden kann, lassen Krippners unzweideutige Erkenntnisse ernsthafte Zweifel an Brenners apriorischen Annahmen zum Verhalten alteingesessener Hersteller mit höheren Kosten aufkommen. Die vorherrschende Reaktion dieser Firmen auf das Eindringen von Konkurrenten mit niedrigeren Kosten in ihre Märkte bestand anscheinend nicht in einer energischen Verteidigung ihres investierten Kapitals und einem Gegenangriff durch zusätzliche Investitionen in Fixkapital, die die Überkapazitäten weiter steigerten. Obwohl es diese Art von Reaktion sicherlich auch gegeben hat, war die vorherrschende Reaktion, aus kapitalistischer Sicht, viel rationaler. Als sie sich vermehrt internationaler Konkurrenz gegenüber sahen (insbesondere in handelsintensiven Sektoren wie dem verarbeitenden Gewerbe), reagierten alteingesessene, mit hohen Kosten belastete

---

und uns nie sagt, wie sich die mit diesen Termini bezeichneten Begriffe voneinander abgrenzen lassen. Diese Verschmelzung macht es unmöglich zu wissen, was ein zulässiger Indikator entweder für Überkapazitäten oder für Überproduktion wäre. Aber wenn die Verwendung des Terminus Überkapazitäten nicht vollkommen redundant und ohne eigene Bedeutung ist, so ist es sinnvoll anzunehmen, dass sich ein Anstieg in Brenners Überkapazitäten in einer Abnahme der Kapazitätsausnutzung widerspiegelt und umgekehrt.

Firmen auf die fallenden Renditen, indem sie einen zunehmenden Teil ihrer eingehenden Cashflows von der Investition in Fixkapital und Waren abzogen und der Liquidität und der Akkumulation über finanzielle Kanäle zuführten.

Das sind Krippners empirische Beobachtungen. Aber auch theoretisch ist dies zu erwarten, wann immer die Renditen für in Handel und Produktion investiertes Kapital unter eine bestimmte Schwelle fallen und die interkapitalistische Konkurrenz zu einem Null- oder negativen Summenspiel wird. Unter diesen Umständen – genau denen, die, Brenner zufolge, den langen Abschwung kennzeichneten – sind die Risiken und Unsicherheiten der Reinvestition eingehender Cashflows in Handel und Produktion hoch und es zeugt von gutem Geschäftssinn, sie zu verwenden, um die Liquidität von Vermögen als defensive oder offensive Waffe im eskalierenden Konkurrenzkampf zu erhöhen, sowohl innerhalb der Industrie oder Sphäre der wirtschaftlichen Aktivität, in der die Firma sich zuvor spezialisiert hatte, als auch außerhalb davon. Denn Liquidität ermöglicht es Unternehmen nicht nur, der »gewaltsamen Vernichtung von Kapital« zu entkommen, die früher oder später aus der Überakkumulation von Kapital und der Intensivierung des Wettbewerbs in alten und neuen Geschäftszweigen folgt, sondern auch zu günstigen Preisen die Vermögenswerte, Kunden und Lieferanten der weniger umsichtigen und »irrational überschwänglichen« Unternehmen zu übernehmen, die ihre eingehenden Cashflows weiterhin in Fixkapital und Waren gesteckt haben.

In gewissem Sinne ist diese Wettbewerbsstrategie nichts als die Fortsetzung der Logik des Produktkreislaufs, die Brenner selbst in einem anderen Kontext ins Feld führt, mit anderen Mitteln. Die Logik des Produktkreislaufs für die führenden kapitalistischen Organisationen einer gegebenen Epoche ist, durch die eine oder andere Art von »Innovation« unaufhörlich Ressourcen von übervölkerten (und damit weniger profitablen) Marktnischen in weniger bevölkerte (und daher profitablere) zu verschieben. Wenn gesteigerter Wettbewerb die Verfügbarkeit relativ leerer, profitabler Nischen auf den Warenmärkten verringert, haben die führenden kapitalistischen Organisationen eine letzte Zuflucht, in die sie sich zurückziehen können, um so den Konkurrenzdruck auf andere abzuwälzen. Diese letzte Zuflucht ist Schumpeters »Hauptquartier der kapitalistischen Wirt-

schaft« – der Geldmarkt.[44] In dieser Hinsicht verlief die Marschroute des US-amerikanischen Kapitals im späten 20. Jahrhundert parallel zu der des britischen Kapitals, das ein Jahrhundert zuvor ebenfalls mit Finanzialisierung auf die Intensivierung der Konkurrenz in der Herstellung reagiert hatte. Wie Halford Mackinder in einer Rede vor einer Gruppe von Londoner Bankiers zur Jahrhundertwende bemerkte, als die Finanzialisierung des britischen Kapitals bereits ein fortgeschrittenes Stadium angenommen hatte: Die Industrialisierung anderer Länder steigere die Bedeutung einer einzigen Clearingstelle, die »sich immer an dem Ort des größten Kapitalsbesitzes befindet […] [W]ir sind letztlich diejenigen mit Kapital, und diejenigen mit Kapital haben immer teil an der Tätigkeit von Gehirnen und Muskeln anderer Länder.«[45] Dies war mit Sicherheit der Fall während der Edwardianischen *Belle Époque*, als sich fast die Hälfte der britischen Vermögenswerte in Übersee befand und etwa 10% des nationalen Einkommens Großbritanniens aus Zinsen auf Auslandsinvestitionen bestand.[46]

Trotz der viel größeren wirtschaftlichen, militärischen und politischen Macht der USA im Vergleich zum britischen Empire war die Teilhabe an der »Aktivität von Gehirnen und Muskeln« anderer Länder durch Finanzialisierung für das US-Kapital beschwerlicher. Tatsächlich war die US-

---

[44] Wie bereits in Kapitel 3 angedeutet und in Kapitel 8 weiter ausgeführt, war diese Tendenz intensiver, systemweiter interkapitalistischer Konkurrenz, eine anhaltende Finanzialisierung des Kapitals herbeizuführen, das eindeutigste Zeichen für Kontinuität unter den diversen Organisationsformen, die der historische Kapitalismus vor und nach der Industriellen Revolution angenommen hat. Zu einer detaillierten Diskussion dieser Tendenz siehe Arrighi 1994, S. 220-238.

[45] Zit. n. Peter J. Hugill (1993): *World Trade since 1431. Geography, Technology, and Capitalism*. Baltimore, S. 305.

[46] A.K. Cairncross (1953): *Home and Foreign Investment, 1870-1913.* Cambridge, S. 3, 23. Wie Peter Mathias bemerkte, waren britische Auslandsinvestitionen »nicht nur ›blindes Kapital‹, sondern das ›blinde Kapital‹ von Rentiers, das Finanziers und Geschäftsleute sehr stark im Hinblick auf den Austausch von Gütern und Leistungen organisierten, der fließen würde, wenn das Geschäft in vollem Gange wäre «. Der britische Eisenbahnbau in den USA und a fortiori in Ländern wie Australien, Kanada, Südafrika und Argentinien »verhalf dazu, diese riesigen Landmassen zu erschließen und für Großbritannien […] Exportbereiche von Primärprodukten zu eröffnen.« (Peter Mathias [1969]: *The First Industrial Nation: An Economic History of Britain 1700-1914.* London, S. 329); siehe auch Stanley D. Chapman (1992): *Merchant Enterprise in Britain: From the Industrial Revolution to World War I.* New York, S. 233ff.

amerikanische Vorrangstellung bei der Bildung vertikal integrierter, multinationaler Unternehmen während des ganzen 20. Jahrhunderts ein sehr effektives Mittel, eine solche Teilhabe entstehen zu lassen; und Immigration hat natürlich in der ganzen US-amerikanischen Geschichte überall auf der Welt für Braindrain und schwindende Muskelkraft gesorgt.[47] Anders als Großbritannien im 19. Jahrhundert waren die USA jedoch strukturell nicht darauf eingerichtet, die Rolle der globalen Clearingstelle zu spielen; ihre Beziehung zur Weltwirtschaft war eher die einer egozentrischen und größtenteils autarken Kontinentalwirtschaft.

Diesen Unterschied unterstrich eine Studiengruppe, die in den frühen 1950er Jahren mit Förderung der Woodrow Wilson Foundation und der National Planning Association gegründet wurde. Sie stellte die Annahme in Frage, »dass sich ein ausreichend integriertes Weltwirtschaftssystem mit Mitteln wieder errichten ließe, die im Wesentlichen die gleichen sind, wie sie im 19. Jahrhundert verwendet wurden«, und verwies darauf, dass die USA – obschon sie wie das Großbritannien des 19. Jahrhunderts ein »erwachsener Gläubigerstaat« waren – eine vollkommen andere Beziehung zur Welt hatten als Großbritannien. Letzteres war »vollkommen in das weltwirtschaftliche System eingegliedert […] und [ermöglichte] in hohem Maße das erfolgreiche Funktionieren des letzteren durch die britische Abhängigkeit vom Außenhandel, den alles durchdringenden Einfluss seiner Handels- und Finanzeinrichtungen und die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen seiner nationalen Wirtschaftspolitik und den für den wirtschaftlichen Zusammenschluss der Welt erforderlichen Maßnahmen«. Im Gegensatz dazu seien die USA »nur zum Teil in das weltwirtschaftliche System eingegliedert […], mit dem sie vielfach konkurrier[en] und das sie in seiner gewohnten Art und seinem gewohnten Tempo zu funktionieren

[47] US-Unternehmen wurden fast direkt nach dem Abschluss ihrer kontinentalen Integration multinational (Stephen Hymer [1972]: »The Multinational Corporation and the Law of Uneven Development«, in: J. N. Bhagwati [Hrsg.], *Economics and World Order.* New York, S. 121). 1902 sprachen Europäer bereits von einer »amerikanischen Invasion« und 1914 beliefen sich US-amerikanische Direktinvestitionen im Ausland auf 7% des US-amerikanischen BIP – denselben prozentualen Anteil wie 1966, als Europäer sich erneut von einer »amerikanischen Herausforderung bedroht fühlten«. Siehe Mira Wilkins (1970): *The Emergence of Multinational Enterprise. American Business Abroad from the Colonial Era to 1914*. Cambridge, S. 71, 201.

zeitweise zu stören neigt. Kein verzweigtes Netz amerikanischer Handels- und Finanzeinrichtungen ist vorhanden, das die täglichen Operationen des Welthandelssystems miteinander verbindet und lenkt.«[48]

Unter den Bedingungen der zunehmenden Zersplitterung und letztendlich des Zusammenbruchs des Weltmarkts, die die interkapitalistischen Kämpfe in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichneten, sorgten der Umfang, der Egozentrismus und die relative Autarkie der US-Ökonomie für entscheidende Wettbewerbsvorteile des US-Kapitals. Durch ihre Vorrangstellung bei der Bildung vertikal integrierter, multinationaler Unternehmen konnten die USA den wild wuchernden Protektionismus dieser Zeit durch direkte Investitionen strategisch umgehen. Nichtsdestotrotz verringerte gerade die erfolgreiche Förderung der Wiedervereinigung und Erweiterung des Weltmarkts nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch die USA diese Vorteile; und die anschließende Intensivierung des internationalen Wettbewerbs ließ sie in mancherlei Hinsicht zu Behinderungen werden.

Auf einem erweiterten und vereinigten Weltmarkt konnten sich Unternehmen mit Sitz in kleineren, weniger egozentrischen und autarken Ländern an Ökonomien erfreuen, die sich mit derjenigen der US-Firmen in Umfang und Ausmaß vergleichen ließen. Die Vorteile von vertikal integrierten, bürokratisch verwalteten multinationalen Unternehmen – die überwältigend waren, als es davon Hunderte gab und größtenteils US-amerikanische – schwanden schnell, als ihre Anzahl und Vielfalt (samt ihrem nationalen Ursprung) explosiv anstiegen. 1980 gab es laut Schätzungen 10.000 davon und in den frühen 1990er Jahren drei Mal so viele.[49] Als sich

---

[48] William Y. Elliott (Hrsg.) (1957): *Weltwirtschaft und Weltpolitik. Grundlage, Strategie und Grenzen der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik*. München, S. 36f. Dieser Unterschied ist wichtig zur Erklärung dafür, dass die USA nicht einmal auf dem Höhepunkt ihres liberalen Glaubensfeldzugs der 1980er und 1990er Jahre unilateral an den Grundsätzen des liberalen Credos festhielten, wie Großbritannien es im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert tat. Siehe Beverly J. Silver/Giovanni Arrighi (2003): »Polanyi's ›Double Movement‹: The *Belle Époques* of British and U.S. Hegemony Compared«, *Politics and Society*, 31 (2).

[49] John M. Stopford/John H. Dunning (1983): *Multinationals: Company Performance and Global Trends*. London, S. 3; Satoshi Ikeda (1996a): »World Production«, in: T. K. Hopkins/I. Wallerstein et al. (Hrsg.), *The Age of Transition: Trajectory of the World-System 1945-2025*, London, S. 48.

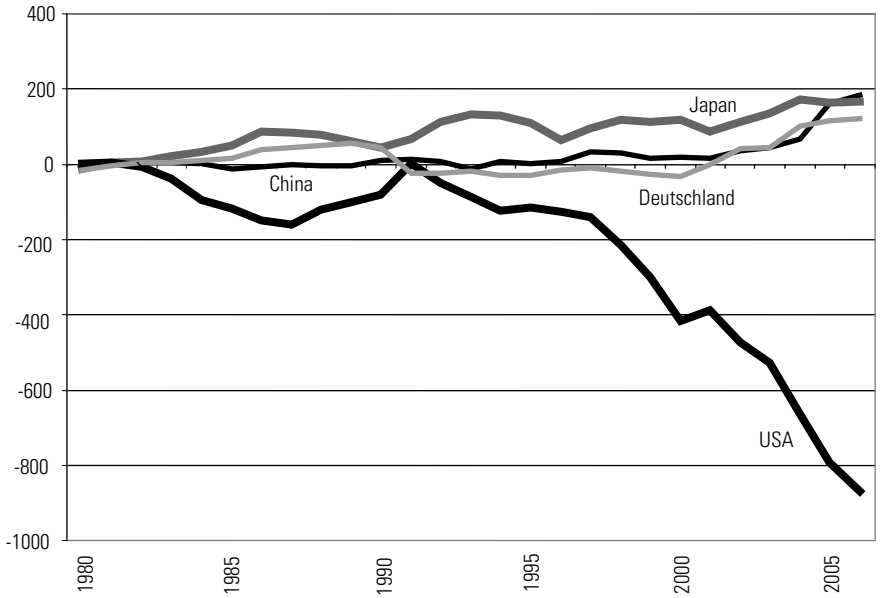
ihre Konkurrenz untereinander verstärkte, waren sie gezwungen, Aufträge, die zuvor innerhalb ihrer eigenen Organisationen ausgeführt worden waren, an kleinere Betriebe weiterzuvergeben. Die Tendenz zur vertikalen Integration und zur Bürokratisierung der Betriebe, durch die das US-amerikanische Kapital seit den 1870er Jahren sein Vermögen gemacht hatte, begann somit abgelöst zu werden von einer Tendenz zum informellen Networking und der nachrangigen Wiederbelebung von kleinen und mittelständischen Betrieben.[50]

Wie wir in späteren Kapiteln sehen werden, war diese Umkehrung der Tendenzen der Betriebsstruktur wesentlich für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ostasiatischer Ökonomien gegenüber den USA. Für den Moment wollen wir jedoch festhalten, dass das Nichtbestehen einer organischen Integration der USA in die Weltwirtschaft – das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein großer Vorteil für das US-Kapital gewesen war – zu einer Einschränkung der Fähigkeit des US-Kapitals wurde, Vorteile aus der Tendenz zur Finanzialisierung zu ziehen, die in den 1970er Jahren unter dem Einfluss des sich verstärkenden Wettbewerbs und der damit verbundenen Rentabilitätskrise im In- und Ausland an Schwung gewann. In dieser Hinsicht war auch die durch die USA unter Nixon zur Anwendung gebrachte Strategie des inflationären Krisenmanagements kontraproduktiv.

Wie sehr sie auch zur Umverteilung der Last der Rentabilitätskrise von US-amerikanischem Kapital auf die US-amerikanische Arbeiterschaft und ausländische Konkurrenten beigetragen haben mag, die Strategie schlug auf die USA zurück, weil sie die große Masse der Liquidität, die durch die Finanzialisierung der Prozesse der Kapitalakkumulation auf Weltebene freigesetzt wurde, von der US-Ökonomie und ihrer Währung abstieß, statt sie anzuziehen. Und umgekehrt ist der Hauptgrund dafür, dass die monetaristische Konterrevolution so erstaunlich erfolgreich darin war, den Niedergang der US-Macht in ihr Gegenteil zu verkehren, dass sie eine gewal-

[50] Arrighi/Silver 1999, Kapitel 2; vgl. Manuel Castells/Alejandro Portes (1989): »World Underneath: The Origins, Dynamics, and Effects of the Informal Economy«, in: A. Portes/M. Castells/L.A. Benton (Hrsg.), *The Informal Economy. Studies in Advanced and Less Developed Countries.* Baltimore, MD., S. 27-29; Michael J. Piore/Charles F. Sable (1984): *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity.* New York, S. 4f., 15, 19f.; Bennett Harrison (1994): *Lean and Mean: The Changing Landscape of Corporate Power in the Age of Flexibility.* New York, S. 244f.

**Abbildung 5.2: Saldo der Leistungsbilanz (1980-2005)***




*Zahlen in Milliarden heutiger US-Dollar
Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, September 2006

tige Umlenkung globaler Kapitalströme in Richtung USA und des Dollars bewirkte.

Diese Umlenkung verwandelte die USA seit den 1980er Jahren bis heute von der Hauptquelle der weltweiten Liquidität und ausländischen Direktinvestitionen, die sie in den 1950er und 1960er Jahren gewesen waren, in die Hauptschuldner- und am meisten Liquidität absorbierende Nation der Welt. Das Ausmaß der Umlenkung lässt sich aufgrund des veränderten Saldos der US-amerikanischen Zahlungsbilanz einschätzen, die in Abbildung 5.2 dargestellt ist.

Brenner hat vermutlich recht, wenn er bezweifelt, dass eine Schuldenlast in dieser Höhe langfristig tragbar ist. Nichtsdestotrotz ermöglichten eskalierende Auslandsschulden es den USA etwa zwanzig Jahre lang, die sich verschärfende Krise der 1970er Jahre in eine mit Großbritanniens Ed-

wardianischer Ära durchaus vergleichbare und in mancherlei Hinsicht viel spektakulärere *Belle Époque* zu verwandeln.

Zuerst einmal versetzten sie die USA in die Lage, mit finanziellen Mitteln das zu erreichen, was sie durch Waffengewalt nicht erreichen konnten – die UdSSR im Kalten Krieg zu besiegen und den aufständischen Süden zu zähmen. Massive Kreditaufnahmen aus dem Ausland, vor allem aus Japan, waren wesentlich für die Eskalation des Wettrüstens unter Reagan – hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, durch die Strategic Defense Initiative – weit über das hinaus, was die UdSSR sich leisten konnte. In Kombination mit großzügiger Unterstützung des afghanischen Widerstands gegen die sowjetische Besatzung zwang die Eskalation die Sowjetunion in eine doppelte Auseinandersetzung, von der sie keine Seite gewinnen konnte: In Afghanistan sah ihr hochtechnisierter Militärapparat sich denselben Schwierigkeiten gegenüber, die zur Niederlage der USA in Vietnam geführt hatten, und im Wettrüsten konnten die USA finanzielle Ressourcen mobilisieren, die ganz und gar außerhalb der Reichweite der Sowjetunion lagen.

Gleichzeitig verwandelte die massive Umlenkung der Kapitalströme in die USA die Kapitalflut, die die Länder des Südens in den 1970er Jahren erlebt hatten, in die plötzliche »Dürreperiode« der 1980er Jahre. Erstmals angekündigt durch die mexikanische Zahlungsunfähigkeit von 1982, war diese Dürreperiode vermutlich der wichtigste Einzelfaktor bei der Verschiebung des Konkurrenzdrucks von Nord nach Süd und bei der großen Gabelung des Schicksals der südlichen Regionen in den 1980er und 1990er Jahren. Regionen, die aus historischen Gründen beim Konkurrieren um einen Anteil an der sich vergrößernden US-Nachfrage nach billigen Industrieprodukten einen großen Vorteil hatten – allen voran Ostasien –, profitierten normalerweise von der Umlenkung des Kapitalstroms, weil die Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz für sie die Notwendigkeit, mit den USA auf den Weltfinanzmärkten zu konkurrieren, verringerte und einige von ihnen tatsächlich zu Hauptkreditgebern der USA machte. Andere Regionen – allen voran Schwarzafrika (das subsaharische Afrika) und Lateinamerika – waren aus historischen Gründen besonders benachteiligt beim Konkurrieren um einen Anteil an der nordamerikanischen Nachfrage. Sie kamen häufig in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und gerieten dadurch in die hoff-

nungslose Lage, direkt mit den USA auf den Weltfinanzmärkten konkurrieren zu müssen.[51] In jedem Fall profitierten die USA sowohl ökonomisch als auch politisch, da US-amerikanische Unternehmen sowie Regierungsbehörden in der besten Position waren, um in den globalen Konkurrenz- und Machtkämpfen die billigen Waren und Kredite, die die »Gewinner« des Südens eifrig zur Verfügung stellten, ebenso zu mobilisieren wie die Vermögenswerte, die die »Verlierer« des Südens zum Schnäppchenpreis veräußern mussten.

Schließlich war der massive Zustrom ausländischen Kapitals für den »machtvollen Keynesianismus« wesentlich und damit für die Rettung der US-amerikanischen und der Weltwirtschaft aus der tiefen Rezession, die durch die Umschaltung von extrem lockerer zu extrem strenger Geldpolitik provoziert worden war. Diese tiefe Rezession und die damit einhergehende ideologische und praktische Liquidierung des Wohlfahrtsstaates waren der wahre Wendepunkt im Zusammenbruch des Einflusses der Arbeiterschaft in den USA und anderen Kernregionen. Natürlich hatte bereits die Stagflation der 1970er Jahre den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Versuche, die Last des sich verstärkenden Wettbewerbs auf ihre Schultern abzuwälzen, mürbe gemacht. Aber erst in den 1980er Jahren ließ der Druck von unten auf den Nominallohn in Kernländern im Allgemeinen und in den USA im Besonderen nach und die Arbeiter begannen, sich auf die Kontrolle der Preissteigerungsrate durch die Regierung als ihre beste Chance zum Schutz ihres Lebensstandards zu verlassen. Wie Margaret Thatchers Berater Alan Budd im Rückblick öffentlich zugab: »Was eingefädelt wurde, war in marxistischen Begriffen eine Krise des Kapitalismus, die erneut eine Reservearmee von Arbeitern entstehen ließ und den Kapitalisten seither stets hohe Profite gestattete.«[52]

Wie Brenner behauptet, war die Schwächung des Einflusses der Arbeiterschaft in den USA stärker als in anderen Kernregionen und trug so zur Wiederbelebung der US-amerikanischen Rentabilität in den 1990er Jahren

---

[51] Eine vorläufige Analyse der relativen Vorteile Ostasiens und der Nachteile Schwarzafrikas im neuen globalen Umfeld der 1980er und 1990er Jahre findet sich in Giovanni Arrighi (2002): »The African Crisis: World Systemic and Regional Aspects.« *New Left Review*, II/15, S. 24-31

[52] Zit. n. David Harvey (2000): *Spaces of Hope*. Berkeley, S. 7.

bei. In ähnlicher Weise schrieb Alan Greenspan später den größeren Erfolg der US-amerikanischen im Vergleich mit japanischen und europäischen Firmen bei der Erhöhung der Produktivität und Profite Japans und Europas »relativ inflexiblen und damit teureren Arbeitsmärkten« zu. »Weil unsere Kosten für die Entlassung von Arbeitern niedriger sind« – so fuhr er mit seiner Erklärung fort –, »sind die potenziellen Einstellungskosten und die Risiken einer erweiterten Beschäftigung niedriger«.[53] Doch obgleich dies zweifellos ein Faktor bei der Wiederbelebung der US-amerikanischen Rentabilität in den 1990er Jahren war, ist Brenners (und Greenspans) enger Blickwinkel auf das verarbeitende Gewerbe erneut irreführend, denn die Kehrtwende war in erster Linie nicht auf das vergleichsweise langsamere Wachstum der US-amerikanischen Reallöhne zurückzuführen, sondern auf die allgemeine Umorientierung der US-Ökonomie auf die volle Ausnutzung der Finanzialisierung, sowohl im Inland als auch in der ganzen Welt. Aus dieser Perspektive hatte die »De-Industrialisierung« der USA und anderer Kernregionen sicherlich negative Konnotationen für die Arbeiter, die am direktesten von ihr betroffen waren; doch sie hatte keine solche düstere Bedeutung für die US-Ökonomie als Ganze und insbesondere ihre wohlhabendere Schicht. Sie war statt dessen eine notwendige Bedingung der großen Wiederbelebung des Wohlstands und der Macht der USA in den 1990er Jahren, als – um Landes' Charakterisierung der Edwardianischen Ära zu paraphrasieren – trotz des Säbelrasselns im Süden und früheren Osten oder mahnender Hinweise auf einen herannahenden Kampf der Kulturen, alles wieder in Ordnung schien.

[53] »For Greenspan, Flexibility Key to U.S. Gains«, *International Herald Tribune*, 12. Juli 2000.

# Kapitel 6
# Eine Hegemoniekrise

Um zu unterstreichen, wie schwierig es ist, irgendeinem der miteinander in Wechselwirkung stehenden Elemente, die die ökonomische Expansion Ostasiens in den 1970er und 1980er Jahren vorangetrieben haben, ursächliche Priorität zuzusprechen, regte Robert Wade an, »eher an das Öffnen eines Kombinationsschlosses zu denken als eines Vorhangschlosses«.[1] Was für die ostasiatische Expansion gilt, gilt erst recht für die globalen Turbulenzen, die ihrer Herausbildung den Boden bereiteten. Brenners ungleiche Entwicklung ist zweifellos ein Element der Kombination; aber sie ist keineswegs der Schlüssel, der die Mechanismen der Kapitalakkumulation auf Weltebene im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufschließt – vom Aufschwung über die Krise zur relativen Stagnation und *Belle Époque*.

Die Kombination, die diese Mechanismen aufschließt, ist die Errichtung und die Krise der US-amerikanischen Welthegemonie, in die ungleiche Entwicklung, interkapitalistische Konkurrenz und staatliche Maßnahmen eingebettet waren. Wenn ich Brenners Darstellung globaler Turbulenzen in die in Kapitel 5 vertretene umfassendere soziale und politische Perspektive einfüge, werde ich Gramscis Definition verwenden, nach der Hegemonie etwas anderes ist als reine Dominanz. Nach dieser Definition ist Hegemonie die *zusätzliche* Macht, die einer dominanten Gruppe aufgrund ihrer Fähigkeit zufällt, die Gesellschaft in eine Richtung zu *führen*, die nicht nur den Interessen der dominanten Gruppe dient, sondern auch von rangniedrigeren Gruppen als einem allgemeineren Interesse dienend wahrgenommen wird. Sie ist das Gegenteil des Begriffs der »Machtdeflation«, den Talcott Parsons zur Bezeichnung von Situationen verwendet, in denen eine Gesellschaft allein durch die verbreitete Anwendung oder Androhung von

[1] Robert Wade (1992): »East Asian economic Success: Conflicting Perspectives, Partial Insights, Shaky Evidence«, *World Politics*, 44, S. S. 312.

Gewalt regiert werden kann. Wenn rangniedrigere Gruppen Vertrauen zu ihren Herrschern haben, können Systeme der Dominanz ohne den Rückgriff auf Gewaltanwendung regiert werden. Doch wenn dieses Vertrauen schwindet, können sie das nicht mehr. Ebenso könnte man sagen, Gramscis Begriff der Hegemonie besteht aus der »Machtinflation«, die aus der Fähigkeit dominanter Gruppen resultiert, ihre Herrschaft so zu präsentieren, dass glaubwürdig erscheint, dass sie nicht nur ihren eigenen Interessen dient, sondern auch denen rangniedrigerer Gruppen. Wenn diese Glaubwürdigkeit fehlt oder schwindet, fällt die Hegemonie zu reiner Dominanz zusammen, das heißt zu dem, was Ranajit Guha »Dominanz ohne Hegemonie« genannt hat.[2]

Solange wir von Führung in einem nationalen Kontext sprechen, wie Gramsci es tut, ist ein Zuwachs der Macht eines Staates gegenüber anderen Staaten eine wichtige Komponente – und selbst ein Maßstab – des Erfolgs beim Verfolgen eines allgemeinen (das heißt »nationalen«) Interesses. Aber wenn wir den Ausdruck Führung in einem internationalen Kontext verwenden, um die Tatsache zu bezeichnen, dass ein dominanter Staat das Staaten*system* in eine gewünschte Richtung führt, kann das allgemeine Interesse nicht in Bezug auf den Zuwachs der Macht eines einzelnen Staats gegenüber anderen definiert werden, denn diese Macht kann für das System als Ganzes per definitionem nicht zunehmen. Nichtsdestotrotz kann ein allgemeines Interesse für das System als Ganzes ermittelt werden, indem man das Augenmerk auf die »kollektiven« statt der »distributiven« Aspekte der Macht richtet. Distributive Aspekte der Macht verweisen auf eine Nullsummen-Beziehung, in der ein Beteiligter nur an Macht gewinnen kann, wenn andere etwas davon verlieren. Kollektive Aspekte der Macht verweisen dagegen auf ein Positivsummenspiel, in dem die Kooperation zwischen verschiedenen Beteiligten ihre Macht gegenüber Dritten oder gegenüber der Natur steigert. Während also das allgemeine Interesse eines Staatensystems nicht in Bezug auf Veränderungen in der Machtverteilung unter den Staaten definiert werden kann, kann es in Bezug auf eine

[2] Arrighi/Silver 1999, S. 26f.; Talcott Parsons (1960): »The Distribution of Power in American Society«, in: *Structure and Process in Modern Societies*. New York; Ranajit Guha (1992): »Dominance Without Hegemony and Its Historiography«, in: R. Gupta (Hrsg.), *Subaltern Studies IV*, New York, S. 231f.

Zunahme der kollektiven Macht der dominanten Gruppen des gesamten Systems gegenüber Dritten oder der Natur definiert werden.[3]

Eine Situation, in der dem eingesessenen hegemonialen Staat die Mittel oder der Wille fehlen, das Staatensystem weiterhin in eine Richtung zu führen, von der man allgemein annimmt, dass sie nicht nur seine eigene, sondern auch die kollektive Macht der dominanten Gruppen des Systems vergrößert, werden wir als Hegemoniekrise bezeichnen. Krisen führen nicht notwendigerweise zum Ende einer Hegemonie. Besonders relevant für unser Anliegen ist die Unterscheidung zwischen Hegemoniekrisen, die Probleme signalisieren, aber dennoch für ziemlich lange Zeit überwunden werden – wir nennen sie »Signalkrisen« –, und Krisen, die nicht überwunden werden und daher das Ende einer Hegemonie markieren – diese nennen wir »finale Krisen«. Wie unsere Definition von Hegemonie impliziert, kann ein Staat sogar nach der finalen Krise seiner Hegemonie noch dominant bleiben – eine Situation, die wir Guha folgend als Dominanz ohne Hegemonie beschreiben werden.

In diesem Kapitel werden wir Brenners Schilderung von Aufschwung, relativer Stagnation und Spekulationsblase als Schilderung der Errichtung, einer Signalkrise und der vorübergehenden Wiederbelebung *(Belle Époque)* der US-Hegemonie nacherzählen. Im dritten Teil des Buches werde ich mich dann den Kräften zuwenden, die, im Gefolge des 11. Septembers, die finale Krise der US-Hegemonie beschleunigt und Chinas Führung in der ostasiatischen wirtschaftlichen Renaissance konsolidiert haben.

## Die US-Hegemonie und ihre Signalkrise

Die spezielle Form der ungleichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg – im Gegensatz etwa zu ihren Formen im 19. oder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – war vollkommen eingebettet in und geprägt von der Errichtung und Entwicklung der US-amerikanischen Welthegemonie in der Ära des Kalten Krieges. Die US-amerikanische Welthegemonie ih-

[3] Arrighi/Silver 1999, S. 27f. Zur Unterscheidung zwischen distributiven und kollektiven Aspekten von Macht siehe Parsons 1960, S. 199-225.

rerseits hatte einen eigentümlichen sozialen Charakter, der sich in ganz anderen systemweiten institutionellen Vorkehrungen widerspiegelte, als denjenigen, die der auf England zentrierten Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert zugrunde lagen. Diese Vorkehrungen waren ihrem Ursprung nach ausgesprochen politisch und ihrer Orientierung nach sozial. Sie gründeten sich auf den unter US-Regierungsoffiziellen weit verbreiteten Glauben, »eine neue Weltordnung [sei] die einzige Garantie gegen Chaos und anschließende Revolution« und »Sicherheit für die Welt müsse auf von internationalen Systemen ausgeübter US-amerikanischer Macht basieren«.[4] Ebenso weit verbreitet war der Glaube, dass die Lektionen aus dem New Deal für den internationalen Bereich relevant seien.

> »Genau wie die New-Deal-Regierung immer mehr die Verantwortung für das Wohlergehen der Nation übernahm, übernahmen die Planer der US-Außenpolitik immer mehr die Verantwortung für das Wohlergehen der Welt […] Sie konnte sich nicht von den Problemen der Welt isolieren. Außerdem konnte sie genau wie im Inland bei diesen Problemen nicht wählerisch sein und säuberlich Politik von Wirtschaft, Sicherheit von Reichtum, Verteidigung von Wohlfahrt abgrenzen. Im Wörterbuch des New Deal hieß Übernahme von Verantwortung Intervention durch die Regierung im großen Stil.«[5]

In Franklin Roosevelts ursprünglicher Vision sollte der New Deal durch die Vereinten Nationen »globalisiert« und die UdSSR gemeinsam mit den armen Nationen der Welt darin eingeschlossen werden, damit sie zum Nutzen und zur Sicherheit aller in die entstehende Pax Americana einbezogen wurden. In dem schäbigeren, aber realistischeren unter Truman verwirklichten politischen Projekt wurde die Eindämmung der sowjetischen Macht zum Hauptorganisationsprinzip der US-Hegemonie und die US-amerikanische Kontrolle über das Geld und die militärische Macht der Welt zum Hauptmittel dieser Abwehr.[6] Dieses realistischere Modell war nicht so sehr

---

[4] Franz Schurmann (1974): The Logic of World Power: An Inquiry into the Origins, Currents, and Contradictions of World Politics. New York, S. 44, 68.

[5] Ann-Marie Burley (1993): »Regulating the World: Multilateralism, International Law, and the Projection of the New Deal Regulatory State«, in: J. G. Ruggie (Hrsg.), *Multilateralism Matters: The Theory and Praxis of an Institutional Form*. New York, S. 125f., 129-132.

[6] Schurmann 1974, S. 5, 67, 77.

eine Negation des ursprünglichen Gedankens, einen globalen Wohlfahrtsstaat zu schaffen, als seine Umwandlung in ein Projekt zur Schaffung eines »Rüstungs-Wohlfahrtsstaats« auf Weltebene, in Konkurrenz mit und im Widerstand gegen das sowjetische System kommunistischer Staaten.[7]

Die Geschwindigkeit und das Ausmaß des Prozesses der ungleichen Entwicklung, auf die Brenner sowohl den Nachkriegsaufschwung als auch den anschließenden Abschwung zurückführt, lassen sich ohne Bezugnahme auf die Erfolge und Misserfolge dieses Projekts nicht verstehen. Das Modell startete äußerst erfolgreich eine der größten systemweiten Expansionen in der Geschichte des Kapitalismus. Ohne es hätte der Weltkapitalismus durchaus eine lange Zeit der Stagnation, wenn nicht der ausgemachten Depression durchmachen können. Eine solche Kontraktion wurde vermieden durch den gemeinsamen Einsatz von sowohl militärischem als auch sozialem Keynesianismus im Weltmaßstab. Der militärische Keynesianismus – das heißt massive Ausgaben für die Wiederbewaffnung der USA und ihrer Verbündeten und die Errichtung eines Netzwerks weit verstreuter, quasipermanenter Militärstützpunkte – war zweifellos das dynamischere und auffälligere Element der Kombination. Aber die US-finanzierte Ausbreitung des sozialen Keynesianismus – das heißt, das Anstreben von Vollbeschäftigung und einem hohen Massenkonsum im Westen/Norden und »Entwicklung« im globalen Süden durch die Regierung – war auch ein wesentlicher Faktor.[8]

Der Wiederaufbau und Ausbau der Industrieapparate Deutschlands und Japans – das Herzstück von Brenners ungleicher Entwicklung – waren wesentliche Aspekte der Internationalisierung des US-amerikanischen Rüstungs-Wohlfahrtsstaats. Wie Cumings in einem Kommentar speziell zum US-amerikanischen Ansatz bei der japanischen Re-Industrialisierung be-

---

[7] Um James O'Connors Ausdruck zu leihen. Siehe James O'Connor (1974): *Die Finanzkrise des Staats.* Frankfurt a.M.

[8] Zur entscheidenden Rolle des militärischen Keynesianismus beim In-Gang-Setzen der Expansion siehe, neben anderen, Fred Block (1977): *The Origins of International Economic Disorder: A Study of the United States International Monetary Policy from World War II to the Present.* Berkeley, S. 103f.; Thomas J. McCormick (1989): *America's Half Century: United States Foreign Policy in the Cold War*. Baltimore, S. 77f., 98; Arrighi 1994, S. 295-298. Zu den nördlichen und südlichen Varianten des sozialen Keynesianismus siehe Arrighi und Silver 1999, S. 202-211; Silver 2005a, S. 192-202.

merkt, »George Kennans Politik der Eindämmung war immer beschränkt und knauserig; sie basierte auf der Vorstellung, dass vier oder fünf Industriestrukturen auf der Welt existierten: die Sowjetunion hatte eine und die USA hatten vier, und so sollte es bleiben«. Kennans »Vorstellung« wurde in die Unterstützung der japanischen Re-Industrialisierung durch die US-amerikanische Regierung übertragen. Der Koreakrieg wurde zu »Japans Marshall-Plan. […] Kriegsbelange trieben Japan seinen kriegstreibenden industriellen Pfad entlang.«[9] Die Unterstützung des Wiederaufbaus und Ausbaus von Deutschlands Industrieapparat durch die USA geschah über andere, aber ebenso effektive Kanäle. Deutschland gehörte natürlich zu den Hauptnutznießern des Marshall-Plans und der US-amerikanischen Militärausgaben im Ausland. Aber der wichtigste Beitrag war die US-amerikanische Finanzierung der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wie John Foster Dulles 1948 erklärte, »ein gesundes Europa« könne nicht »in kleine Gebiete geteilt werden«. Es musste in einem Markt organisiert werden, der »groß genug [wäre], moderne Methoden der billigen Produktion für den Massenkonsum zu rechtfertigen«. Ein re-industrialisiertes Deutschland war ein wesentlicher Bestandteil dieses neuen Europas.[10]

Weit davon entfernt, ein spontaner Prozess zu sein, der von Maßnahmen kapitalistischer Akkumulatoren »von unten« ausging – wie es im 19. Jahrhundert unter britischer Hegemonie der Fall gewesen war –, war die ungleiche Entwicklung unter US-Hegemonie ein Prozess, der bewusst und aktiv »von oben« durch einen globalisierenden US-amerikanischen Rüstungs-Wohlfahrtsstaat gefördert wurde. Dieser Unterschied erklärt nicht nur die Geschwindigkeit und das Ausmaß des langen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch die spezielle Kombination von Grenzen und Widersprüchen, die ihn in die relative Stagnation der 1970er und 1980er Jahre umwandelte. Brenners Darstellung des Einsetzens des langen Abschwungs weist auf eine dieser Grenzen und Widersprüche hin: Das erfolgreiche Aufholen bringt neue Konkurrenten hervor, und die sich

[9] Cumings 1987, S. 60; Ders. (1993a): »The Political Economy of the Pacific Rim«, in: R. A. Palat (Hrsg.), *Pacific-Asia and the Future of the World-System*. Westport, S. 31; siehe auch Jerome B. Cohen (1958): *Japan's Postwar Economy*. Bloomington, IN, S. 85-91; Takafusa Nakamura (1981): *The Postwar Japanese Economy*. Tokyo, S. 42; Itoh 1990, S. 142.

[10] Zitiert nach McCormick 1989, S. 79f.

verstärkende Konkurrenz übt einen Abwärtsdruck auf die Profite der gut eingeführten Firmen aus. Soweit dies ein unvorhergesehenes Ergebnis des Projekts des Kalten Krieges war, war es nicht nur eine Grenze, sondern auch ein Widerspruch der US-amerikanischen Politik. Nichtsdestotrotz ist es plausibler anzunehmen, dass das Ergebnis vorhergesehene, aber unvermeidliche wirtschaftliche Kosten einer Politik darstellte, deren Hauptziele nicht wirtschaftlich, sondern sozial und politisch waren – nämlich die Eindämmung des Kommunismus, die Zähmung des Nationalismus und die Konsolidierung der US-Hegemonie.

Der gravierendste Widerspruch der US-amerikanischen Politik lag woanders, nämlich genau in den Schwierigkeiten, diese sozialen und politischen Ziele zu erreichen. Sicherlich, schnelles Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen und die tatsächliche Verbreitung eines hohen Massenkonsums konsolidierten in den aufsteigenden Zentren der Kapitalakkumulation die Hegemonie der einen oder anderen Variante des liberalen Kapitalismus. Wie bereits bemerkt wurde, verringerte der politische Triumph des liberalen Kapitalismus jedoch selbst in diesen Zentren nicht die Neigung der Arbeiter, durch direkte Kämpfe oder Mobilisierung in Wahlen einen größeren Anteil des Sozialprodukts anzustreben, sondern verstärkte diese insgesamt sogar. Washingtons Politik des Kalten Krieges drückte die Profite so von zwei Seiten – einerseits setzte sie sie durch die Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz unter Druck, die sie durch die Schaffung von günstigen Bedingungen für den Wiederaufbau und Ausbau der japanischen und westeuropäischen Produktionsapparate schuf, und andererseits leitete sich aus der sozialen Ermächtigung der Arbeiterschaft Druck her, den sie durch das Anstreben annähernder Vollbeschäftigung und hohen Massenkonsums überall in der westlichen Welt förderte.

Dieser doppelte Druck musste eine systemweite Rentabilitätskrise hervorrufen, aber dass diese die Krise der US-Hegemonie herbeiführte, die das vorherrschende Ereignis der 1970er Jahre wurde, bedurfte eines weiteren Grundes. Wenn die Rentabilitätsprobleme begannen, unter diese unfassendere Hegemoniekrise subsumiert zu werden, dann weil der US-amerikanische Rüstungs-Wohlfahrts-Staat im globalen Süden weder seine sozialen noch seine politischen Ziele je erreichte. Sozial verwirklichte sich der von Truman in seiner Antrittsrede 1949 den armen Ländern der Welt

versprochene »Fair Deal« nie in einem tatsächlichen Zusammengehen der Einkommensschere, die zwischen Nord und Süd auseinanderklaffte. Als die Drittweltländer ihre Industrialisierungsbemühungen verstärkten – das weithin verschriebene Mittel zur »Entwicklung« –, kam es tatsächlich zu einer industriellen Angleichung zwischen Nord und Süd, aber, wie gesagt, keineswegs zu einer Angleichung der Einkommen. So trugen Drittweltländer die Kosten der Industrialisierung, ohne die erwarteten Gewinne zu ernten. Noch schlimmer, 1970 bestätigte Robert McNamara, der damalige Präsident der Weltbank, dass selbst hohe Wachstumsraten des BIP nicht zu den erwarteten Wohlfahrtsgewinnen in Drittweltländern führten.[11]

Teilweise im Zusammenhang mit diesem sozialen Scheitern missglückte der US-amerikanische Rüstungs-Wohlfahrtsstaat politisch noch viel deutlicher. Das Epizentrum war natürlich der Krieg in Vietnam, wo die USA trotz eigener eskalierender Opferzahlen und des Einsatzes militärischer Maschinerie und Feuerkraft, die für einen Konflikt dieser Art historisch ohne Präzedenzfall waren, nicht die Oberhand gewinnen konnten. Infolgedessen verloren die USA viel von ihrer politischen Glaubwürdigkeit als Weltpolizei, was die nationalistischen und sozialen revolutionären Kräfte, die durch die Politik des Kalten Krieges eingedämmt werden sollten, ermutigte. Zusammen mit einem großen Teil der politischen Glaubwürdigkeit ihres Militärapparats verloren die USA auch die Kontrolle über das Weltwährungssystem. Wie in Kapitel 5 festgestellt, verstärkte die Eskalation öffentlicher Ausgaben zur Aufrechterhaltung des militärischen Kraftaufwands in Vietnam und zur Beherrschung der Opposition gegen den Krieg im Land durch das Great Society Program den Inflationsdruck in den USA und der gesamten Weltwirtschaft sowie die finanzpolitische Krise des US-Staats und führte schließlich zum Zusammenbruch des um die USA zentrierten Systems fester Wechselkurse.

Es lässt sich natürlich unmöglich sagen, ob das Bretton-Woods-System ohne die Auswirkungen des Vietnamkriegs überlebt hätte. Ebenso wenig ist einzuschätzen, was mit dem Weltkapitalismus geschehen wäre, wäre die ungleiche Entwicklung wie im 19. Jahrhundert »von unten« vorange-

[11] Robert McNamara (1970): »The True Dimension of the Task«, *International Development Review*, 1, S. 5f.

trieben worden, statt wie unter dem US-amerikanischen Regime des Kalten Krieges »von oben«. Alles, was ich im Unterschied zu Brenner sage, ist, dass die ungleiche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg historisch von Anfang bis Ende in die Rivalitäten des Kalten Krieges eingebettet war und daher vollkommen geprägt wurde von den Erfolgen und Misserfolgen der Strategien und Strukturen, die durch den hegemonialen US-amerikanischen Rüstungs-Wohlfahrts-Staat angewandt wurden. Die Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz und die damit verbundene Rentabilitätskrise waren wichtige Anzeichen dafür, dass der lange Nachkriegsaufschwung an seine Grenzen gestoßen war. Aber sie waren nur ein Element der größeren Signalkrise der Hegemonie, die gleichzeitig die Grenzen und Widersprüche der US-amerikanischen Politik des Kalten Krieges erkennen ließ.[12]

## Finanzialisierung und die monetaristische Konterrevolution

Wie in Kapitel 5 angedeutet, war die monetaristische Konterrevolution von 1979-82 ein viel entscheidenderer Wendepunkt in der Entwicklung des US-amerikanischen und des Weltkapitalismus als das Plaza-Abkommen von 1985 oder das umgekehrte Plaza-Abkommen von 1995, denen Brenner offenbar eine ähnliche oder sogar noch größere Bedeutung zuschreibt. So wichtig sie in anderer Hinsicht waren, die Abkommen von 1985 und 1995 waren Momente der Anpassung innerhalb eines Wiederbelebungsprozesses der US-Hegemonie, der bereits mit dem Umschwung von ultra-lockerer zu extrem strenger Geldpolitik begonnen hatte. Vor dem Umschwung stieß die US-amerikanische Geld- und Finanzpolitik die wachsende Masse von Kapital, die Akkumulation auf finanziellen Kanälen anstrebte, eher ab als sie anzuziehen. Noch schlimmer, trotz der positiven Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der US-Hersteller, die Brenner betont, schuf sie auf Weltebene Akkumulationsbedingungen, die weder dem US-Staat noch dem US-Kapital zugute kamen.

[12] Zum Vietnamkrieg als dem zentralen Ereignis für die Signalkrise der US-Hegemonie siehe Kapitel 5 oben und Arrighi 1994, S. 215-217, 300, 320-322.

Entscheidend in dieser Hinsicht war das explosive Wachstum des Eurodollarmarkts und anderer exterritorialer Finanzmärkte. Seltsamerweise erwähnt Brenner diese Entwicklung kaum, obwohl sie in denselben Jahren ihren Ursprung hatte wie sein Übergang vom Auf- zum Abschwung und den 1970er Jahren unauslöschliche Kennzeichen aufdrückte. Gegründet in den 1950er Jahren, um Dollarbestände kommunistischer Länder zu halten, die das Risiko einer Geldeinlage in den USA nicht eingehen wollten, expandierte der Eurodollarmarkt hauptsächlich durch die Einlagen US-amerikanischer Multis und die Offshore-Aktivitäten der New Yorker Banken. Während der 1950er und 1960er Jahre wuchs er stetig an und begann Mitte und Ende der 1960er Jahre exponential zu wachsen, so dass sich die Vermögenswerte in Eurowährung zwischen 1967 und 1970 mehr als vervierfachten.[13]

Auch wenn schwer zu sagen ist, was genau hinter dieser Explosion stand, ist es plausibel, anzunehmen, dass sie durch die gemeinsame Krise der Rentabilität und der US-Hegemonie in diesen Jahren ausgelöst wurde. Brenner konzentriert sich auf die US-Hersteller, die im Land produzieren, doch wir wissen, dass auch im Ausland tätige US-Unternehmen inzwischen mit einem zäheren Wettbewerb ihrer europäischen Konkurrenten konfrontiert waren.[14] Außerdem war Europa das Epizentrum der Lohnexplosion von 1968-73. Der horizontale Druck durch intensiver werdende Konkurrenz und der vertikale Druck durch Forderungen der Arbeiter haben die Bevorzugung der Liquidität von im Ausland tätigen US-amerikanischen multinationalen Konzernen mit Sicherheit sehr gefördert. Da die Bedingungen für die profitable Reinvestition von Cashflows in die Produktion in den USA sogar noch weniger günstig waren als in Europa, war es für US-Multis aus geschäftlichen Gründen durchaus sinnvoll, ihre wachsenden flüssigen Vermögenswerte in Eurowährung und anderen Offshore-Geldmärkten zu »parken«, statt sie zu repatriieren.

---

[13] Eugène L. Versluysen (1981): *The Political Economy of International Finance.* New York, S. 16-22; Marcello de Cecco (1982): »Inflation and Structural Change in the Euro-dollar Market.« *EUI Working Papers*, 23. Florence, S. 11; Andrew Walter (1991): *World Power and World Money.* New York, S. 182.

[14] Alfred Chandler (1990): *Scale and Scope: The Dynamics of Industrial Capitalism*. Cambridge, MA, S. 615f.

Wie dem auch sei, das explosive Wachstum der Eurowährungs-Märkte bot Währungsspekulanten – einschließlich der US-Banken und -Unternehmen – eine riesige Manövriermasse, die sie gegen die Stabilität des durch die USA kontrollierten Systems der festen Wechselkurse einsetzen und diese so unterminieren konnten. Und sobald dieses System tatsächlich zusammenbrach, standen die Tore einer immer weiter anwachsenden Masse von durch Privatleute kontrollierter Liquidität offen, um mit den US-amerikanischen und anderen staatlichen Akteuren in der Produktion von Weltgeld und -krediten zu konkurrieren. Drei sich gegenseitig verstärkende Tendenzen waren in diesem ganz besonders von Konkurrenz geprägten Kampf am Werk.

Erstens brachte der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse neuen Schwung in die Finanzialisierung von Kapital, indem er die Risiken und Unsicherheiten in Industrie- und Handelsaktivitäten erhöhte. Schwankungen in den Wechselkursen wurden zur Hauptdeterminante der Schwankungen in der Position eines Unternehmens im Hinblick auf Cashflow, Verkaufszahlen, Profite und Vermögenswerte in unterschiedlichen Ländern und Währungen. Entweder um sich gegen diese Schwankungen abzusichern oder um von ihnen zu profitieren, erhöhten multinationale Konzerne üblicherweise die Liquiditätsmasse, die sie in Finanzspekulationen auf exterritorialen Geldmärkten einsetzten, wo die Handlungsfreiheit am größten und spezialisierte Dienstleistungen am leichtesten erhältlich waren.[15]

Zweitens, in Kombination mit dem Glaubwürdigkeitsverlust der USA als Weltpolizei veranlasste die massive Abwertung der US-Währung in den frühen 1970er Jahren die Regierungen von Drittweltländern, bei Verhandlungen über die Preise ihrer Exporte industrieller Rohmaterialien – insbesondere Erdöl – eine aggressivere Haltung einzunehmen. Die sich intensivierende interkapitalistische Konkurrenz und die Verstärkung der Industrialisierungsbemühungen von einkommensschwachen und Mittelklasse-Ländern hatten bereits vor 1973 zu signifikanten Erhöhungen der Preise für Rohmaterialien geführt. 1973 jedoch gab das faktische Eingeständnis der Niederlage in Vietnam durch die US-Regierung, unmittel-

[15] Siehe neben anderen Susan Strange (1986): *Casino Capitalism.* Oxford, S. 11-13.

bar gefolgt von der Zerschlagung des Mythos der Unbesiegbarkeit Israels während des Jom-Kippur-Krieges, der OPEC Anlass, ihre Mitglieder durch eine Erhöhung des Rohölpreises um das Vierfache innerhalb weniger Monate effektiver vor der Wertminderung des Dollars zu schützen. Da er am Ende der Lohnexplosion auftrat, verschärfte dieser sogenannte erste »Ölschock« die Rentabilitätskrise und erhöhte inflationäre Tendenzen in kapitalistischen Kernländern. Was noch wichtiger war, er erzeugte einen Überschuss von 80 Milliarden »Petrodollar«, von denen ein großer Teil geparkt oder in Eurowährung und anderen Offshore-Geldmärkten investiert wurde. Die Masse der privat kontrollierten Liquidität, die zur Finanzspekulation und Schaffung neuer Kredite außerhalb der öffentlich kontrollierten Kanäle mobilisiert werden konnte, erhielt so einen zusätzlichen starken Stimulus.[16]

Schließlich entsprachen der enormen Expansion in der Versorgung mit Weltgeld und Kredit aufgrund der Kombination extrem lockerer US-amerikanischer Geldpolitik mit dem explosiven Wachstum privat kontrollierter Liquidität in Offshore-Geldmärkten keine Nachfragebedingungen, die die Entwertung von Geldkapital hätten verhindern können. Sicherlich, es bestand eine große Nachfrage nach Liquidität, nicht nur auf Seiten multinationaler Unternehmen – um sich gegen die Währungskursschwankungen abzuschirmen oder mit ihnen zu spekulieren –, sondern auch auf Seiten von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen, um ihre Entwicklungsbemühungen in einer zunehmend vom Konkurrenzkampf geprägten und unbeständigen Umgebung aufrechtzuerhalten. Größtenteils erhöhte diese Nachfrage den Inflationsdruck jedoch stärker, als dass sie die Expansion der solventen Verschuldung verstärkte.

> »Zuvor waren die Länder mit Ausnahme der USA verpflichtet gewesen, ihre Zahlungsbilanz in einem gewissen Gleichgewicht zu halten. Sie mussten das Geld, das sie im Ausland ausgeben wollten, ›erwirtschaften‹. Jetzt konnten sie es sich leihen. Da die Liquidität anscheinend zur unendlichen Expansion in der Lage war, existierte für Länder, die man für kreditwürdig hielt, keine externe Kontrolle ihrer Auslandsausgaben mehr. […] Unter solchen Umständen stellte ein Zahlungsbilanzdefizit

[16] Itoh 1990, S. 53f., 60-68, 116; de Cecco 1982, S. 12; Strange 1986, S. 18.

> an sich noch keine automatische Kontrolle der Inflation im Land dar. Länder im Minus konnten bei der magischen Liquiditätsmaschine unbegrenzt ausleihen. […] Es ist nicht überraschend, dass sich die weltweite Inflation das ganze Jahrzehnt hindurch immer weiter beschleunigte und die Angst vor einem Zusammenbruch im privaten Bankensystem immer stärker wurde. Mehr und mehr Schulden wurden ›umgeschuldet‹ und eine Reihe von armen Ländern wurde fürchterlich insolvent.«[17]

Kurz, die Wechselwirkung zwischen Rentabilitätskrise und Hegemoniekrise zusammen mit der US-amerikanischen inflationären Strategie des Krisenmanagements führte zu einer zehn Jahre anhaltenden Steigerung der finanziellen Unordnung, eskalierender Inflation und stetigem Nachlassen der Fähigkeit des US-Dollars, als weltweites Zahlungsmittel, Leitwährung und Recheneinheit zu fungieren. Brenners enger Blickwinkel auf die Rentabilität im verarbeitenden Gewerbe geht an diesem weiteren Kontext der zusammenbrechenden finanziellen Grundlagen der kapitalistischen Weltordnung vorbei. Welchen Sinn hatte es, durch lockere Geldpolitik ein wenig von dem Druck auf die Profite im US-amerikanischen verarbeitenden Gewerbe wegzunehmen, wenn dadurch Geldkapital – das A und O kapitalistischer Akkumulation – so überreichlich vorhanden war, dass es praktisch zum freien Gut wurde? Trieb der Missbrauch der US-amerikanischen Geldschöpfungsprivilegien nicht eigentlich Kapital in alternative Geldmittel und beraubte damit die USA eines ihrer Hauptmittel zur Einflussnahme auf die Weltmacht?

Die Wurzel des Problems des US-amerikanischen und weltweiten Kapitalismus in den 1970er Jahren waren nicht niedrige Profitraten als solche. Schließlich ist das Heruntertreiben von Profit*raten* im Streben nach einer größeren *Masse* von Profiten eine lang etablierte Tradition des historischen Kapitalismus.[18] Das echte Problem während der 1970er Jahre war, dass die US-amerikanische Geldpolitik versuchte, Geld anzulocken, um die Expansion von Welthandel und Produktion aufrechtzuerhalten, auch wenn diese Expansion zur Hauptursache von steigenden Kosten, Risiken und Unsicherheit für Unternehmenskapital im Allgemeinen und US-amerikanisches

---

[17] David Calleo (1982): *The Imperious Economy*. Cambridge, MA., S. 137f.

[18] Darüber stimmten Marx und Smith vollkommen überein. Siehe Marx 1981, S. 260f.

Unternehmenskapital im Besonderen geworden war. Es überrascht nicht, dass nur ein Bruchteil der von US-amerikanischen Geldbehörden geschaffenen Liquidität ihren Weg in neue Handelseinrichtungen und Produktionsanlagen fand. Das meiste wurde zu einem exterritorialen Geldvorrat, der sich durch die Mechanismen privater Geldschöpfung zwischen Banken um ein Vielfaches reproduzierte und prompt auf den Weltmärkten wieder auftauchte, um mit den von der US-Zentralbank herausgegebenen Dollars in Konkurrenz zu treten.

Letzten Endes kam diese wachsende Konkurrenz zwischen privatem und öffentlichem Geld der US-Regierung nicht zugute, weil die Expansion privater Dollarvorräte eine wachsende Zahl von Ländern von den Einschränkungen der Zahlungsbilanz befreite und so Washingtons Privilegien des Rechts auf Geldschöpfung unterlief. Ebenso wenig kam sie dem US-amerikanischen Kapital zugute, da die Expansion öffentlicher Dollarvorräte mehr Liquidität in Offshore-Geldmärkte pumpte, als sich je sicher und profitabel recyceln ließe. Daher zwang diese Konkurrenz US-Banken und andere Finanzvermittler, die diese Märkte kontrollierten, hitzig miteinander zu konkurrieren, indem sie Ländern, die man für kreditwürdig hielt, Geld aufdrängten und tatsächlich die Standards zur Bemessung der Kreditwürdigkeit absenkten.

Diese für alle Seiten destruktive Konkurrenz ergab sich im Kontext einer sich verstärkenden Krise der US-Hegemonie und gipfelte in der katastrophalen Flucht aus dem Dollar von 1979-80. Wie immer die tatsächliche Motivation und die vorgeschobene Begründung für die plötzliche Kehrtwende der US-amerikanischen Geldpolitik nach dieser Flucht aussahen, ihre wahre langfristige Bedeutung – und der Hauptgrund dafür, dass sie die Geschicke der USA schließlich über alle Erwartungen hinaus wiederbelebte – besteht darin, dass sie diese destruktive Konkurrenz abrupt enden ließ. Die US-Regierung hörte nicht nur auf, Liquidität in das System zu pumpen; noch wichtiger war, dass sie begann, weltweit aggressiv um Kapital zu konkurrieren – durch Zinssätze in Rekordhöhe, Steuervergünstigungen, zunehmende Handlungsfreiheit für kapitalistische Produzenten und Spekulanten und, als sich die Vorteile der neuen Politik abzeichneten, einen im Wert steigenden Dollar – was die in Kapitel 5 erläuterte massive Umlenkung der Kapitalströme in Richtung USA auslöste. Grob gesagt, der Kern

der monetaristischen Konterrevolution war eine Verschiebung der staatlichen Maßnahmen der USA von der Angebots- auf die Nachfrageseite der laufenden finanziellen Expansion. Durch diese Verschiebung hörte die US-Regierung auf, mit den wachsenden Vorräten privater Liquidität zu konkurrieren, und schuf stattdessen rege Nachfragebedingungen für deren Akkumulation über finanzielle Kanäle.

Die monetaristische Konterrevolution war kein isoliertes Ereignis, sondern ein laufender Prozess, der gelenkt werden musste. Brenners Darstellung der zwischenstaatlichen Kooperation und Konkurrenz unter den führenden kapitalistischen Ländern in den 1980er und 1990er Jahren ist dort am nützlichsten, wo sie die Umschwünge hervorhebt, durch die diese Lenkung gekennzeichnet war. Wann immer ein Verlust der Kontrolle über den Prozess und ein Versagen des Systems drohte, suchten die kapitalistischen Staaten, in Kooperation die Gefahr abzuwenden, indem sie den am unmittelbarsten von einem Kollaps bedrohten Produzenten Erleichterung vom Konkurrenzdruck verschafften – den US-amerikanischen Herstellern am Vorabend des Plaza-Abkommens von 1985, den japanischen und, in geringerem Ausmaß, den westeuropäischen Herstellern am Vorabend des umgekehrten Plaza-Abkommens von 1995. Sobald die Gefahr abgewendet war, setzte die zwischenstaatliche Konkurrenz wieder ein, bis sich erneut ein drohender Kollaps abzeichnete. Doch erhellend wie sie ist, teilt uns diese Darstellung nicht mit, ob dieser Prozess Grenzen hat – und wenn ja, wo sie liegen.

## Die *Belle Époque* als Auftakt zur finalen Krise

In den frühen 1990er Jahren – vor dem Einsetzen der von Brenner analysierten Wiederbelebung, aber nachdem die monetaristische Konterrevolution die Krise der 1970er Jahre bereits erfolgreich in eine neue *Belle Époque* des US-amerikanischen und des Weltkapitalismus verwandelt hatte – behauptete ich, »die bemerkenswerteste Ähnlichkeit [zwischen dieser neuen *Belle Époque* und der Edwardianischen] ist die fast vollkommen fehlende Realisierung seitens ihrer Nutznießer, dass der plötzliche und beispiellose Wohlstand, dessen sie sich neuerdings erfreuten, nicht auf einer Überwindung der den schönen Zeiten vorangehenden Akkumulations-

krise beruhte«. Statt dessen beruhte »der frisch erzielte Wohlstand auf einer Verschiebung der Krise von einem Beziehungsgeflecht in ein anderes. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Krise in unangenehmerer Form wieder auftreten würde.«[19]

Diese Diagnose ähnelt Brenners Einschätzung, nach der die wirtschaftliche Wiederbelebung der USA in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre keine »endgültige Überwindung des langen Abschwungs« darstellte, ja, dass das Schlimmste erst noch kommen sollte. Nichtsdestoweniger bestehen zwei Hauptunterschiede zwischen meiner und Brenners Diagnose der den globalen Turbulenzen der letzten dreißig Jahre zugrundeliegenden Rentabilitätskrise. Der eine ist, dass ich die Rentabilitätskrise als einen Aspekt einer umfassenderen Hegemoniekrise interpretiere. Und der andere ist, dass ich die Finanzialisierung des Kapitals, statt der anhaltenden »Überkapazitäten und Überproduktion« im verarbeitenden Gewerbe, als vorherrschende kapitalistische Reaktion auf die miteinander zusammenhängenden Krisen der Rentabilität und der Hegemonie betrachte.

Wie wir im dritten Teil des Buches sehen werden, löste bereits die Reaktion der Bush-Administration auf die Ereignisse des 11. Septembers die finale Krise der US-Hegemonie aus und brachte dadurch die US-amerikanische *Belle Époque* zu einem vorzeitigen Ende. Der Hauptgrund dafür, dass diese, unabhängig von den Maßnahmen Bushs oder eines anderen möglichen US-Präsidenten, ein vorübergehendes Phänomen sein musste, ist jedoch, dass finanzielle Expansionen elementar entgegengesetzte Auswirkungen auf die Stabilität des Systems haben. Kurzfristig – wobei kurzfristig in diesem Kontext eher Jahrzehnte umfasst als Jahre – führen finanzielle Expansionen gewöhnlich zur Stabilisierung der bestehenden Ordnung, indem sie es den etablierten hegemonialen Gruppen ermöglichen, auf nationaler wie auf internationaler Ebene die Last der ihre Hegemonie gefährdenden, sich intensivierenden Konkurrenz auf rangniedrigere Gruppen abzuwälzen. Den Prozess, durch den die US-Regierung die Finanzialisierung des Kapitals von einem Krisenfaktor für die US-Hegemonie – was sie während der 1970er Jahre war – in einen belebenden Faktor für US-amerikanischen Wohlstand und Macht verwandeln konnte, habe ich oben skizziert. Mit Hilfe verschie-

[19] Arrighi 1994, S. 324.

dener Mechanismen können nicht nur im Zuge der auf Großbritannien zentrierten finanziellen Expansion des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, sondern sogar im Zuge der auf Holland zentrierten finanziellen Expansion des mittleren 18. Jahrhunderts analoge – wenn auch weniger spektakuläre – Kehrtwenden ermittelt werden.[20]

Im Lauf der Zeit destabilisieren finanzielle Expansionen die bestehende Ordnung jedoch normalerweise ebenso sehr durch soziale und politische wie durch wirtschaftliche Prozesse. Wirtschaftlich zweigen sie systematisch Kaufkraft von Nachfrage schaffenden Investitionen in Waren (einschließlich Arbeitskraft) für Vorräte und Spekulation ab und verschärfen so Verwertungsprobleme. Politisch sind sie gewöhnlich mit der Entstehung neuer Machtkonstellationen verknüpft, die die Fähigkeit des etablierten Hegemonialstaats unterminieren, die systemweite Intensivierung der Konkurrenz zu seinem eigenen Vorteil zu wenden. Und sozial bringen sie die massive Umverteilung von Vergütungen und soziale Verwerfungen mit sich, die häufig Widerstandsbewegungen und Aufstände unter rangniedrigeren Gruppen und Schichten auslösen, deren gewohnte Lebensweise unter Beschuss gerät.

Die Form dieser Tendenzen und ihre Konstellation in Raum und Zeit variieren von einer finanziellen Expansion zur anderen. Aber irgendeine Kombination der drei Tendenzen lässt sich in jedem der zwei bislang vollzogenen Wechsel der Hegemonialmacht des historischen Kapitalismus nachweisen – von der holländischen zur britischen und von der britischen zur US-amerikanischen Hegemonie. Bei den früheren Übergängen führten sie schließlich zu einem vollständigen und anscheinend unabänderlichen Versagen der Organisation des Systems, über das es erst durch seine Wiederherstellung unter einer neuen Hegemonie hinwegkam.[21] Wesentliches Element des jüngsten Zusammenbruchs waren der Crash und die große Depression der 1930er Jahre – das einzige Ereignis, das Brenners Bild einer systemweiten Gesundschrumpfung oder »ausgemachten Depression« entspricht. Der Erfolg der monetaristischen Konterrevolution bei der Verwandlung der finanziellen Expansion der 1970er Jahre in die treibende Kraft der Belebung von Wohl-

[20] Arrighi/Silver 1999, Kapitel 1 und Schlussfolgerungen.
[21] Ebd., Kapitel 1, 3 und Schlussfolgerungen

stand und Macht der USA in den 1980er und 1990er Jahren war nicht an sich eine Garantie dafür, dass nicht erneut ein analoger Zusammenbruch des Systems auftreten würde. Im Gegenteil, gerade Ausmaß und Umfang dieser Verwandlung haben Verwertungsprobleme weltweit so sehr verschärft, dass eine »ausgemachte Depression« eher wahrscheinlicher geworden ist.[22]

Erneut jedoch entwickelte sich die wirtschaftliche Seite der Situation in Verbindung mit den politischen und sozialen Dimensionen des laufenden Übergangs. Und während die wirtschaftlichen Gegebenheiten des gegenwärtigen in wesentlichen Aspekten denen vergangener Übergänge ähneln – wie die Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz und die damit einhergehende Finanzialisierung des Kapitals –, sind ihre politischen und soziologischen Umstände recht verschieden. Wie bereits bemerkt, zeigen der jüngste lange Abschwung und die *Belle Époque* – im Gegensatz zu dem langen Abschwung und der *Belle Époque* des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts – keine Tendenz zur Umwandlung der Konkurrenz zwischen Unternehmen in einen weltweiten territorialen Kampf zwischen Staaten, mit der damit einhergehenden Eskalation des Wettrüstens zwischen aufsteigenden und verblassenden kapitalistischen Mächten. Im Gegenteil, das globale militärische Potenzial wurde sogar noch stärker in den Händen der USA zentralisiert als zuvor, während aufsteigende und verblassende kapitalistische Mächte weiterhin auf die Konsolidierung eines einheitlichen Weltmarkts hinarbeiteten. Es lässt sich natürlich unmöglich sagen, wie sich dies möglicherweise ändern würde, sollten zunehmende Verwertungsprobleme eine große systemweite Depression auslösen. Für den Moment jedoch scheint die zunehmende Segmentierung des Weltmarkts, die entscheidend zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der 1930er Jahre beigetragen hat, beim heutigen Übergang keine Rolle zu spielen.

In ganz ähnlicher Weise unterscheiden sich die sozialen Kräfte, die den interkapitalistischen Wettbewerb im späten 20. Jahrhundert geprägt und einge-

[22] In Reaktion auf eine Kritik James Crottys räumt Brenner ein, dass eine strenge Geldpolitik 1969-70 Verwertungsprobleme verschärft hat. Siehe James Crotty (1999): »Review of *Turbulence in the World Economy* by Robert Brenner«, *Challenge*, 42 (3), und Brenners Replik, S. 119-130. Merkwürdigerweise erwähnt er jedoch kaum die viel ernsthafteren Verwertungsprobleme, die durch die viel anhaltendere, weiter verbreitete und strengere Geldpolitik der 1980er und 1990er Jahre herbeigeführt wurden.

schränkt haben, signifikant von denen, die beim vorangegangenen Übergang am Werk waren. Obwohl die monetaristische Konterrevolution die Fähigkeit der Arbeiter in Kernregionen und südlichen Nationen der ganzen Welt, einen größeren Teil vom jeweiligen nationalen und globalen Kuchen zu erhalten, recht erfolgreich unterminierte, hat dieser Erfolg seine eigenen Grenzen und Widersprüche. Diese bestehen hauptsächlich, wie Brenner selbst betont, in der Tatsache, dass die US-amerikanische wirtschaftliche Wiederbelebung der 1990er Jahre und die anhaltende Abhängigkeit der Weltwirtschaft von einer wachsenden US-Wirtschaft auf einer in der Weltgeschichte beispiellosen Steigerung der US-amerikanischen Auslandsverschuldung basierten. Eine Situation dieser Art lässt sich kaum für längere Zeit reproduzieren, ohne dass die mehr als 2 Milliarden Dollar (mit steigender Tendenz), die die USA *täglich* brauchen, um ihr Leistungsbilanzsaldo mit dem Rest der Welt auszugleichen, zu einem richtiggehenden Tribut oder einem »Schutzgeld« werden. Und doch, wie wir im dritten Teil des Buches sehen werden, sind die US-amerikanischen Versuche, das Abpressen eines solchen Tributs zur Grundlage eines neuen und erstmalig in der Geschichte wahrhaft universalen Imperiums zu machen, kläglich gescheitert und haben eine Situation globaler politischer Instabilität geschaffen, wie es sie seit den 1920er und 1930er Jahren nicht mehr gegeben hat.

Gegen Ende der *Belle Époque* des holländischen Kapitalismus 1778 schrieb die Zeitschrift *De Borger*: »Jeder sagt, ›zu meiner Zeit wird es schon halten, und nach mir die Sintflut!‹, wie das Sprichwort unserer [französischen] Nachbarn sagt, das wir zwar nicht in Worten, aber in Taten übernommen haben.«[23] Das rekapituliert so ziemlich die Philosophie, die allen finanziellen Expansionen und *Belle Époques* des historischen Kapitalismus zugrunde liegt, einschließlich der jüngsten. Der Hauptunterschied zwischen damals und heute ist die unvergleichlich größere Macht, die der verblassende Hegemonialstaat ausübt.

Wie David Calleo vertreten hat, versagen internationale Systeme nicht nur, weil unausgewogene und aggressive neue Mächte die bestehende Ordnung in Frage stellen, sondern auch weil verblassende Mächte, statt sich an-

[23] Zitiert n. Charles R. Boxer (1965): *The Dutch Seaborne Empire 1600-1800*. New York, S. 291.

zupassen und einzulenken, versuchen, ihre schwindende Hegemonie in eine ausbeuterische Dominanz zu zementieren.[24] 1999 betonten Beverly Silver und ich in den Schlussfolgerungen zu einem Vergleich heutiger und früherer hegemonialer Wechsel in der westlichen Welt eine historische Umkehrung des Gewichts von Calleos zwei Ursachen für ein Systemversagen. Zur Zeit der *Belle Époque* des holländischen Kapitalismus war die holländische Weltmacht bereits so geschwächt worden, dass der holländische Widerstand gegen die Anpassung und Einlenkung im Vergleich zur Bedeutung der aufkommenden aggressiven, ein Reich aufbauenden Nationalstaaten, allen voran Großbritannien und Frankreich, für den anschließenden Zusammenbruch des Systems praktisch irrelevant war. Heute haben wir dagegen das andere Ende des Spektrums erreicht.

> »Es gibt keine glaubwürdigen aggressiven neuen [militärischen] Mächte, die den Zusammenbruch des US-zentrierten Weltsystems hervorrufen könnten, die USA dagegen haben sogar noch größere Fähigkeiten als Großbritannien ein Jahrhundert zuvor, ihre schwindende Hegemonie in eine ausbeuterische Dominanz umzuwandeln. Wenn das System schließlich versagt, dann hauptsächlich aufgrund des US-amerikanischen Widerstands gegen Anpassung und Einlenkung. Und umgekehrt ist die US-amerikanische Einlenkung und Anpassung an die wachsende Wirtschaftsmacht der ostasiatischen Region eine wesentliche Bedingung für einen nichtkatastrophalen Übergang zu einer neuen Weltordnung. Eine ebenso wesentliche Bedingung ist die Entstehung einer neuen globalen Führerschaft in den Hauptzentren der ostasiatischen wirtschaftlichen Expansion, […] die bereit und in der Lage ist, für systemweite Lösungen für die von der US-Hegemonie hinterlassenen systemweiten Probleme zu sorgen.«[25]

Seitdem das geschrieben wurde, ist der US-amerikanische Widerstand gegen Anpassung und Einlenkung in einer extremeren Form Wirklichkeit ge-

---

[24] David P. Calleo (1987): *Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance*. New York, S. 142. Ich habe Calleos Ausdrücke »schwindende überragende Bedeutung« und »ausbeuterische Hegemonie« jeweils in »schwindende Hegemonie« und »ausbeuterische Dominanz« geändert, um Gramscis Unterscheidung zwischen Hegemonie und Dominanz zu entsprechen, die ich in diesem Kapitel und im ganzen Buch übernommen habe.

[25] Arrighi/Silver 1999, S. 288f.

worden als irgendjemand erwartet hat, und zwar im Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert, dessen verheerende erste Erprobung im Irak bereits die finale Krise der US-Hegemonie beschleunigt und die Verschiebung der globalen wirtschaftlichen Macht nach Ostasien weiter gefestigt hat. Aber ob das katastrophale Ergebnis des irakischen Abenteuers ein Auftakt zu noch größeren Katastrophen ist oder Volk und Regierung der USA gelehrt hat, sich an die neuen Realitäten der Weltmacht anzupassen, bleibt eine offene Frage. Ebenso die Frage, ob sich in Ostasien eine neue globale Führerschaft herausbildet, mit der Fähigkeit, für systemweite Lösungen für die von der US-Hegemonie hinterlassenen systemweiten Probleme zu sorgen. Diese Themen werden im dritten und vierten Teil des Buches behandelt. Aber bevor wir fortfahren, werde ich meine Argumentation im Bezug auf globale Turbulenzen näher erläutern, indem ich ihre Verbindungen mit dem im ersten Teil des Buches entwickelten theoretischen Rahmen aufzeige.

## Rekapitulation und Vorschau

Trotz Brenners Charakterisierung des langen Abschwungs im späten 20. Jahrhundert als eine Situation der Überproduktion, beschreibt er tatsächlich eine Variante der Sorte von Überakkumulation von Kapital, die in Smiths Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung die Profitrate heruntertreibt und die ökonomische Expansion enden lässt. Wie ich in Kapitel 3 argumentiert habe, sollte Marx' Begriff der Überproduktion für Situationen reserviert bleiben, in denen die Neigungen der kapitalistischen Akkumulatoren zur Arbeitseinsparung verhindern, dass die aggregierte Nachfrage parallel zum aggregierten Angebot ansteigt. Eine derartige Situation mag das *Ergebnis* der monetaristischen Konterrevolution gewesen sein, war aber definitiv nicht die *Ursache* für die gemeinsame Krise der Rentabilität und der Hegemonie, die die Konterrevolution selbst in Gang setzte.

Der Rückgang der Rentabilität im späten 20. Jahrhundert und Smiths Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung passen bei weitem nicht perfekt zusammen, weil Smiths Theorie die Existenz eines Souveräns voraussetzt, der die interkapitalistische Konkurrenz im allgemeinen Interesse aktiviert und

reguliert, während der Rückgang der Rentabilität des späten 20. Jahrhunderts in einem von einer Vielzahl von Staatshoheiten charakterisierten globalen Kontext auftrat. In unserer Konzeptualisierung erfüllen hegemoniale Staaten jedoch Regierungsfunktionen auf globaler Ebene und verfolgen dabei eine Politik, die Smiths Ratschläge an Regierungen befolgen kann, aber nicht muss. So berücksichtigte die US-amerikanische Politik aus der Anfangszeit des Kalten Krieges Smiths Empfehlung der Absicht, wenn auch nicht dem Wortlaut nach: Durch den Ausbau und die Verbesserung der japanischen und westeuropäischen Produktionsapparate schuf sie zum einen die Bedingungen für die nachfolgende Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz, und zum anderen schränkte sie – durch die Förderung von Vollbeschäftigung im Norden und Entwicklung im Süden – die Fähigkeit von Kapitalisten ein, die Last der sich intensivierenden Konkurrenz auf die Arbeitskräfte abzuwälzen. Die von den USA getragene monetaristische Konterrevolution der 1980er Jahre dagegen tat genau das Gegenteil dessen, was Smith Regierungen empfahl, denn unter dem berüchtigten Slogan »There Is No Alternative« (TINA – es gibt keine Alternative) setzte sie sich für die Wiederherstellung von Rentabilität durch eine Politik ein, die Kapitalisten dazu ermächtigte, die Last des Konkurrenzdrucks weltweit auf Arbeitskräfte und rangniedrige Gruppen abzuwälzen.

Wie in Kapitel 5 bemerkt, weisen sowohl Brenner als auch Greenspan darauf hin, dass die Schwächung des Einflusses der Arbeiter, die in den USA weiter ging als in Europa und Japan zur Wiederbelebung der US-amerikanischen Rentabilität in den 1990er Jahren und darüber hinaus beitrug. Smiths Theorie der fallenden Profitrate lädt uns nichtsdestotrotz dazu ein, uns der wichtigeren Frage zuzuwenden, ob diese Wiederbelebung ihrerseits zu einem Verfall der Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Betriebe im In- und Ausland beigetragen hat. Der Saldo der Leistungsbilanz der Zahlungen eines Landes ist als Maßstab für diese allgemeine Wettbewerbsfähigkeit so gut geeignet wie jeder andere. Wie Abbildung 5.2 zeigt, explodierte das US-amerikanische Defizit nach der Wiederbelebung der US-amerikanischen Rentabilität Mitte der 1990er Jahre förmlich, während Deutschland und Japan weiterhin einen Überschuss erwirtschafteten. Deutet diese Divergenz nicht darauf hin, dass Smith möglicherweise recht hatte mit der Behauptung, hohe Profite hätten »schädlichere Auswirkungen« auf die Wettbewerbsfähigkeit

von Betrieben als die hohen Löhne, über die sich Kapitalisten immer beklagen – insbesondere angesichts des enormen Anstiegs des Durchschnittseinkommens US-amerikanischer Firmenchefs im Vergleich zu dem des durchschnittlichen Angestellten in der Produktion, der den Verfall der globalen Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Betriebe begleitete? 1980 betrug dieses Verhältnis 40:1, zwanzig Jahre später lag es bei 475:1, damit war es zwanzig bis dreißig Mal größer als in europäischen Ländern und Japan, und das, obwohl diese Länder die USA in der Produktivität pro Arbeitsstunde entweder fast eingeholt oder überholt hatten. Die überhöhte Entlohnung US-amerikanischer Firmenchefs, bei weitem kein Teil der Lösung, könnte durchaus Teil des Problems der zurückgehenden Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Unternehmen gewesen sein.[26]

Wie dem auch sei, die elementarste wahrscheinliche Ursache für den Rückgang der US-amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit ist die in Kapitel 5 erwähnte Umkehr der Tendenz zur vertikalen Integration und Bürokratisierung von Betrieben. Die Verstärkung des Konkurrenzdrucks im späten 19. Jahrhundert senkte – wie Smith ein Jahrhundert zuvor in seiner Theorie dargelegt hatte – die Profite auf ein kaum noch »erträgliches« Niveau, was weitverbreitete Reaktionen unter Kapitalisten gegen »übermäßigen Wettbewerb« hervorrief. Insbesondere US-amerikanische Hersteller – so schrieb Edward S. Meade 1900 – seien »es müde, für die Öffentlichkeit zu arbeiten«, sie wollten »einen größeren Profit ohne solch einen verzweifelten Kampf« und suchten nach Wegen, »diesen lästigen Kampf zu beenden, aus dem fast nur die Konsumenten aufgrund niedriger Preise Nutzen [zögen]«.[27]

Eine naheliegende Weise, den Wettbewerb einzuschränken, war horizontaler Zusammenschluss – eine Verbindung durch Interessenverbände, Zusammenschlüsse oder Übernahmen von Unternehmen, die mit etwa gleichem Materialeinsatz für etwa die gleichen Märkte etwa das Gleiche herstellten. Durch Zusammenschlüsse dieser Art konnten konkurrierende Unternehmen die Gesamtheit ihrer Produktion, Käufe und Verkäufe auf ein Niveau

---

[26] Vgl. Robin Blackburn (2002): *Banking on Death: Or, Investing in Life. The History and Future of Pensions.* London, S. 201; Tony Judt (2005): »Europe vs. America.« *The New York Review*, 10. Februar; M. Reutter, »Workplace Tremors«, *The Washington Post*, 23. Oktober 2005

[27] Zitiert nach Sklar 1988, S. 56.

setzen, das größere Profite garantierte, und Ressourcen zusammenlegen, um in freie Märkte einzudringen, neue Technologien zu entwickeln und Arbeitsprozesse effektiver zu organisieren. Horizontale Zusammenschlüsse waren jedoch in übervölkerten Märkten schwer zu erzwingen – also gerade dort, wo sie am dringendsten gebraucht wurden – insbesondere, wenn die Unterstützung von Regierungen fehlte. Falls möglich, war eine effektivere Weise zur Einschränkung der Konkurrenz die vertikale Integration – das heißt eine Verbindung der Tätigkeiten eines Unternehmens mit denen seiner Zulieferer und Kunden, um »stromaufwärts« die Lieferung von Primärprodukten zu sichern und »stromabwärts« den Absatz an Endverbraucher. Die aus solchen Verbindungen entstehenden Unternehmen mit mehreren Standorten konnten die Transaktionskosten, -risiken und -unsicherheiten verringern, die mit der Bewegung von eingesetztem Material und Erzeugnissen durch eine Reihe von Subprozessen der Produktion und des Austausches von der Beschaffung von Produktionsmaterialien bis hin zur Veräußerung der Erzeugnisse einhergingen. Eine effektivere Planung des Umlaufs ermöglichte ihnen eine intensivere Nutzung von Anlagen und Personal in Produktion und Vertrieb; die administrative Koordination lieferte ihnen einen sichereren Cashflow und eine schnellere Rückzahlung für geleistete Dienste. Dadurch, dass der durch diese Art der Zentralisierung gewährleistete enorme und stetige Cashflow in den Aufbau von Hierarchien innerhalb der Betriebsleitung zur Überwachung und Regelung von Markt- und Arbeitsprozessen reinvestiert wurde, erwarben die vertikal integrierten Unternehmen entscheidende Wettbewerbsvorteile gegenüber Einzelunternehmen oder weniger spezialisierten Unternehmen mit vielen Standorten. Waren diese Hierarchien einmal errichtet, schränkten sie den Zugang zu erfolgreich durch vertikale Integration reorganisierten Industrien enorm ein.[28]

Die Tendenzen zum horizontalen Zusammenschluss und vertikaler Integration, die durch die unbarmherzige Konkurrenz des späten 19. Jahrhunderts ausgelöst worden waren, entwickelten sich ungleichmäßig in den drei Hauptindustrieländern der Zeit – Großbritannien, USA und Deutschland. Die deutsche Geschäftswelt bewegte sich, mit entscheidender Unterstützung durch die Regierung, äußerst erfolgreich in beide Richtungen,

[28] Chandler 1977, S. 7, 299.

was das stark zentralisierte und sehr geschlossene System von Geschäftsunternehmen zur Folge hatte, das zum Modell der marxistischen Theorien des Staatsmonopolkapitalismus wurde. Die britische Geschäftswelt dagegen wurde dazu angetrieben, sich weiter in globaler Handels- und Finanzvermittlung zu spezialisieren, und bewegte sich am wenigsten erfolgreich in Richtung horizontaler Zusammenschluss und insbesondere in Richtung vertikale Integration. Die US-amerikanische Geschäftswelt lag irgendwo dazwischen, sie war weniger erfolgreich als die deutsche in der Schaffung horizontaler Zusammenschlüsse, setzte aber vertikale Integration schließlich am erfolgreichsten um.[29]

So gaben die Intensivierung des Konkurrenzdrucks und die abnehmende Rentabilität im späten 19. Jahrhundert Smiths Behauptung einer Begrenzung wirtschaftlicher Expansionen durch den jeweiligen institutionellen Rahmen, in den sie eingebettet sind, recht; das Resultat des Konkurrenzkampfs in Deutschland und den USA dagegen rechtfertigte Marx' Behauptung, nach der Konzentration und Zentralisation des Kapitals den alten institutionellen Rahmen zerstören und einen neuen mit größerem Wachstumspotenzial schaffen würden. Obwohl Marxisten lange auf das deutsche Modell des Staatsmonopolkapitalismus fixiert blieben, brachte die vertikale Integration in den USA die Art von Geschäftsorganisation und manufakturmäßiger Arbeitsteilung hervor, die Marx im »Kapital« erörterte – wie Trontis in Kapitel 1 diskutierte »Entdeckung« von Marx in Detroit schließlich andeutete.

Der lange Abschwung im späten 20. Jahrhundert dagegen bestätigt offenbar Smiths Voraussagen, nicht nur in Bezug auf seine Ursachen (Überakkumulation innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens), sondern auch auf seine Folgen: die Wiederbelebung eher dezentralisierter Unternehmensformen, die weit mehr von gesellschaftlicher Arbeitsteilung zwischen Produktionseinheiten abhängen als von der manufakturmäßigen Arbeitsteilung innerhalb der Einheiten. Bereits in den späten 1960er Jahren sah Peter Drucker voraus, dass die Dominanz großer US-Konzerne wie General Motors und U.S. Steel bald in einem Zeitalter der »Turbulenzen« enden sollte,

[29] Chandler 1990; Arrighi/Silver 1999, S. 121-130.

vergleichbar dem der fünfzig Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Wie Krugman bemerkt, erwies sich Druckers Vorhersage als prophetisch.[30]

In den 1980er Jahren war die Krise der vertikal integrierten, bürokratisch organisierten Unternehmen zur Realität geworden. »Das große Unternehmen, mit seiner nationalen vertikalen Struktur und der funktionalen Trennung von Mitarbeiterschaft und Managern«, schrieben Manuel Castells und Alejandro Portes, »scheint nicht mehr die letzte Stufe der notwendigen Entwicklung eines rationalisierten industriellen Managements zu sein. Netzwerke wirtschaftlicher Aktivitäten, Netzwerke von Firmen und koordinierte Gruppen von Arbeitern bilden anscheinend ein sich herausbildendes Modell erfolgreicher Produktion und Distribution.« In ähnlicher Weise haben Michael Piore und Charles Sable argumentiert, dass der Triumph der in bürokratisch organisierten, riesigen Konzernen durchgeführten Massenproduktion über die »flexible Spezialisierung« der Produktion kleiner Mengen in Handarbeit in kleinen und mittleren, von Marktbeziehungen koordinierten Geschäftsunternehmen weder vollkommen noch unumkehrbar war.[31]

Wie Bennett Harrison unterstrichen hat, ist das Bild des großen Konzerns als »so etwas wie ein Dinosaurier, der in einer ›postindustriellen‹ Welt der ständig fluktuierenden Konsumentennachfrage, verstärkten internationalen

---

[30] Peter Drucker (1969): Die Zukunft bewältigen. Aufgaben und Chancen im Zeitalter der Ungewißheit, Düsseldorf; Paul Krugman, »Age of Anxiety«, *The New York Times*, 28. November 2005.

[31] Castells/Portes 1989, S. 29f.; Piore/Sable 1984, S. 4f., 15, 19f. Behauptungen dieser Art ließen das Interesse an Alfred Marshalls Begriff der »Industriedistrikte« als Ort der »externen Ökonomien« wieder aufleben (das heißt extern zu individuellen Geschäftseinheiten), die es kleinen Geschäften ermöglichten, zu überleben und zu florieren, ohne die »internen Ökonomien« mit ihren Größen- und Verbundeffekten auszunutzen, die Großunternehmen zur Verfügung stehen. Siehe Alfred Marshall (1919): Industry and Trade. London: Macmillan, S. 283-288; Giacomo Becattini (1990): »The Marshallian Industrial District as a Socio-Economic Notion«, in: F. Pyke/G. Becattini/W. Senenberger (Hrsg.), *Industrial Districts and Inter-Firm Cooperation in Italy*. Genf; Sebastiano Brusco (1986): »Small Firms and Industrial Districts: The Experience of Italy«, in: D. Keeble/F. Weever (Hrsg.), *New Firms and Regional Development*. London. Wie aus Kapitel 2 offensichtlich sein sollte, stand hinter Marshalls Begriff jedoch, was größtenteils unbemerkt blieb, Smiths Skepsis in Bezug auf die Wettbewerbsvorteile großer Unternehmen aufgrund der unvermeidlichen »Nachlässigkeit und Verschwendung« von Managern, ihres Mangels an Flexibilität in der Einstellung auf Bedingungen vor Ort und der schädlichen Auswirkungen der technischen Arbeitsteilung auf die Qualität der Arbeiterschaft.

Konkurrenz und des Bedarfs an ›flexibleren‹ Arbeitsformen und Interaktion zwischen den Firmen immer weniger wettbewerbsfähig ist«, stark übertrieben. Statt dahinzuschwinden, »verändert die konzentrierte wirtschaftliche Macht ihre Gestalt dadurch, dass die großen Firmen alle möglichen Bündnisse, kurz- und langfristige, finanzielle und technologische Abkommen schließen – miteinander, mit Regierungen auf allen Ebenen und mit Legionen von zumeist (wenn auch nicht ausnahmslos) kleineren Firmen, die als ihre Lieferanten und Subunternehmer agieren«. Dabei streichen sie unbefristete (»Kern-«) Jobs brutal zusammen und verlegen befristete (»periphere«) Jobs, soweit es geht, in die entlegensten Gegenden ihrer Netzwerke, oft an andere geographische Orte. Damit griffen die großen Konzerne selbst auf Netzwerke zurück, um die Produktion außerhalb ihrer organisatorischen Bereiche zu dezentralisieren und dabei so viel Kontrolle über Märkte und technologische und finanzielle Ressourcen zu behalten wie möglich.[32]

All dies vorausgesetzt, sollte man die welthistorische Signifikanz der Veränderung aus mindestens zwei Gründen nicht unterschätzen. Erstens zeigt die Veränderung, wie sehr die Wettbewerbsvorteile vertikal integrierter und bürokratisch organisierter Unternehmen von zwei eigentümlichen historischen Bedingungen abhängig waren: einerseits der Segmentierung des Weltmarkts in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und andererseits der Ausstattung der US-amerikanischen nationalen Ökonomie in Kontinentgröße mit Raum und natürlichen Ressourcen. Diese Vorteile wogen schwer, so lange die Zahl und Vielfalt solcher Unternehmen klein war und der Handel ein schlechter Ersatz für direkte Investitionen, um in die relativ geschützten nationalen und kolonialen Märkte der Welt einzudringen.

Aber sobald die US-Hegemonie die Wiedervereinigung des Weltmarkts förderte und Anzahl und Vielfalt von Unternehmensstrukturen sich weltweit stark erhöhten, begannen die Vorteile vertikaler Integration und bürokratischer Organisation abzunehmen, die Vorteile informell koordinierter gesellschaftlicher Arbeitsteilungen, wie Smith und Marshall sie betonen, dagegen entsprechend zuzunehmen. Das Ergebnis ist keine Rückkehr zum Familienkapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern eine große Vielfalt hybri-

[32] Harrison 1994, S. 8-12.

der Formen von Firmen- und Privatbetrieben, die sich alle radikal von der im 20. Jahrhundert vorherrschenden Firmenorganisation unterscheiden.

Zweitens ist die Strategie großer Firmen, die Vorteile kleiner Firmen in ein Instrument der Konsolidierung und Erweiterung ihrer eigenen Macht umzuwandeln, überall offensichtlich. Aber nirgends hat diese Strategie zu so schnellem und weit verbreitetem wirtschaftlichem Wachstum geführt wie in Ostasien. Wie wir im dritten Teil des Buches sehen werden, ist dieses Ergebnis der eigentliche Grund für die Verschiebung ökonomischer Macht nach Ostasien und kann auf die Vermischung der Tradition marktorientierter, nichtkapitalistischer Entwicklung mit der westlichen Tradition der kapitalistischen Entwicklung zurückgeführt werden. In den USA jedoch war das Ergebnis der fraglichen Strategie ein ganz anderes, denn es verschärfte die Krise der ehemals dominanten industriellen Unternehmen, statt sie zu überwinden.

Die dramatischste Erscheinungsform dieser sich verschärfenden Krise war die Verdrängung von General Motors als »Musterbetrieb« der Nation durch Wal-Mart. In den 1950er Jahren war General Motors das größte US-amerikanische Unternehmen und seine Einnahmen machten 3% des US-amerikanischen BIP aus. Heute hat Wal-Mart seinen Platz eingenommen, mit einer Arbeiterschaft von 1,5 Millionen und Einnahmen, die 2,3% des US-amerikanischen BIP entsprechen. Aber die beiden Muster unterscheiden sich grundlegend.

General Motors war ein vertikal integriertes Unternehmen, das in der ganzen Welt Produktionsanlagen aufbaute, aber tief in der US-Wirtschaft verwurzelt blieb, wo der Hauptanteil seiner Produkte hergestellt und verkauft wurde. Im Unterschied dazu ist Wal-Mart hauptsächlich ein kommerzieller Vermittler zwischen ausländischen (größtenteils asiatischen) Subunternehmern, die die meisten seiner Produkte herstellen, und US-amerikanischen Konsumenten, die die meisten davon kaufen.

Die Wachablösung zwischen den beiden Unternehmen als US-Musterbetrieb kann daher als Symbol und als Maßstab aufgefasst werden für die Umwandlung der USA von einer Nation der Produzenten zu einer Nation, deren Rolle als globales finanzielles Zwischenlager es ihr ermöglicht, um Mackinder zu paraphrasieren, »an der Aktivität von Hirnen und Muskeln anderer Länder teilzuhaben«.

Apologeten des neuen Musterbetriebs der USA bestehen darauf, dass Wal-Mart ein hoch innovativer Nutzer der billigsten Quellen für Zulieferungen und der effektivsten Techniken der Beschaffung und des Absatzes ist, durch die es seine etwa 20 Millionen Kunden pro Tag mit einem breiten Spektrum von Produkten zu niedrigen Preisen versorgen und einen signifikanten Beitrag zum Aufschwung der US-amerikanischen Produktivität seit den 1990er Jahren leisten konnte. Aber wie die Kritiker des neuen Musters behaupten, ist Wal-Mart ein Anführer, nicht nur niedrigerer Preise und höherer Produktivität, sondern auch und insbesondere der Umverteilung des Einkommens von Arbeitskräften zum Kapital und der »Verkrüppelung« von Arbeitern, um Marx zu paraphrasieren, in »eine Abnormität« und in Einwegartikel. Wie Barry Lynn schreibt, hat Wal-Mart unter Ausnutzung seiner Position als größter Einzelhändler in der Geschichte der Welt die Einkommen und Arbeitgeberleistungen nicht nur im Einzelhandel, sondern auch in Herstellung und Versand heruntergetrieben. »Wal-Mart und eine wachsende Zahl heute dominanter Firmen […] sind darauf programmiert […], die Absenkung von Einkommen und Profiten von Millionen von Menschen und kleineren Firmen zu diktieren, die herstellen und anbauen, was sie verkaufen, den Abbau ganzer Produktionszweige, im Namen der Effektivität.« »Einstmals«, kommentiert Krugman in seinem Bericht über Wal-Marts brutale Behandlung seiner Angestellten, »hätte sich ein Betrieb, der seine Arbeiter so schlecht behandelt, zu einem erstklassigen Ziel für gewerkschaftliche Organizer gemacht.« Heutzutage fürchten Arbeitgeber wie Wal-Mart »nicht, dass wütende Arbeiter auf ihren Lohnkrieg mit der Bildung von Gewerkschaften reagieren werden, denn sie wissen, dass Regierungsfunktionäre, die die Rechte von Arbeitern schützen sollten, alles ihnen Möglich tun werden, um die Seite der Lohnkürzer zu setzen.«[33]

Kurz gesagt, der Aufstieg von Wal-Mart und seiner arbeiterfeindlichen Strategien sind Erscheinungsformen der Krise der ehemals dominanten Industrieunternehmen auf der einen Seite und der monetaristischen Konterrevolution, die die Finanzialisierung des US-amerikanischen Kapitals erleichtert hat, auf der anderen. Wal-Mart hat diese Umstände nicht geschaffen;

[33] J. Madrick, »Wal-Mart and Productivity«, *The New York Times*, 2. September 2004; Barry Lynn (2006): »The Case for Breaking Up Wal-Mart«, *Harper's Magazine*, 24. Juli ; P. Krugman, »The War Against Wages«, *The New York Times*, 6. Oktober 2006.

aber indem es sie ausnutzte, wurde das Unternehmen zum aktiven Mitwirkenden an ihrer Konsolidierung. Mit anderen Worten, indem es zur Wiederbelebung der Rentabilität auf Kosten der Arbeiterschaft beitrug, hat es die Position der USA als finanzielle Clearingstelle der Welt gestärkt und damit eine wachsende und einflussreiche Minderheit der US-amerikanischen Bevölkerung in die Lage versetzt, an der Aktivität von Gehirnen und Muskeln anderer Länder teilzuhaben, ohne ihre eigenen Gehirne und Muskeln anstrengen zu müssen.

# Teil III
# Der Verfall der Hegemonie

# Kapitel 7
# Dominanz ohne Hegemonie

Am Beginn des 21. Jahrhunderts kamen die Worte Imperium und Imperialismus wieder in Mode. Ihre Rückkehr lag, ohne John Ikenberry nahe treten zu wollen, nicht an der Ankunft des »amerikanischen unipolaren Zeitalters«, in dem »zum ersten Mal in der Moderne der mächtigste Staat der Welt ohne Einschränkungen durch andere Großmächte auf der Weltbühne agieren kann«.[1] Dieses Zeitalter hatte 1989 mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks begonnen, doch die ganzen 1990er Jahre hindurch hieß das Modewort »Globalisierung«, nicht Imperium oder Imperialismus; und wie Ikenberry selbst bemerkt, wurde die einmalige globale Macht der USA allgemein unter der Überschrift »Hegemonie« diskutiert. Selbst kritische Denker – einschließlich vieler Marxisten – sahen wenig analytischen Nutzen in den Begriffen Imperium und Imperialismus.[2] Im Gefolge des Golfkriegs von 1991 behauptete Cumings, es hätte ein Elektronenmikroskop gebraucht, um die Verwendung des Wortes »Imperialismus« zur Beschreibung der Rolle der USA in der Welt zu entdecken.[3] Das war natürlich eine Übertreibung, aber sie enthielt ein wichtiges Körnchen Wahrheit.

Auch die Veröffentlichung von *Empire* 2000 veränderte die Situation nicht maßgeblich, denn Hardts und Negris Werk verpackte die zentralen Grundsätze des Globalisierungssprechs einfach neu und gab ihnen eine radikale Wendung, unter anderem über die Aussage, dass unter den heutigen Bedingungen der globalen wirtschaftlichen und informationellen Integration kein Nationalstaat, nicht einmal die USA, das Zentrum eines imperialistischen Projekts bilden kann. Ja, Hardt und Negri präsentierten das

---

[1] G.J. Ikenberry, »Illusions of Empire: Defining the New American Order«, *The New York Times*, 16. März 2004.

[2] Leo Panitch/Sam Gindin (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*. Hamburg, S. 11f.

[3] Bruce Cumings (1993b): »Global Realm with no Limit, Global Realm with no Name«, *Radical History Review* 57, S. 47f.

Imperium als eine Logik und Struktur der Weltherrschaft, die in entscheidenden Hinsichten antithetisch zum Imperialismus war, über den Marxisten im 20. Jahrhundert Theorien erarbeitet hatten.[4]

Zu einem echten Bruch mit den 1990er Jahren kam es erst 2001, als die Bush-Administration mit der Annahme eines neuen imperialistischen Programms auf die Ereignisse des 11. Septembers reagierte – des *Project for a New American Century.* Es besteht eine merkwürdige Ähnlichkeit zwischen diesem Reflex und den Maßnahmen, die sechzig Jahre zuvor das erste amerikanische Jahrhundert eingeleitet hatten. Die große Depression der 1930er Jahre und der Aufstieg des Faschismus in Europa und Japan hatten Roosevelt überzeugt, dass eine Pax Americana notwendig sei, um Sicherheit und Wohlstand im Land zu gewährleisten. Aber es war schwer, sich nichtinterventionistischen Strömungen in der Außenpolitik entgegenzustellen, solange das US-amerikanische Volk glaubte, die Isolation des Kontinents gewährleiste seine Sicherheit. Zwischen dem Ausbruch des europäischen Krieges und Pearl Harbor, so meint Schurmann, »betete Roosevelt zweifellos für eine dramatische Demonstration, dass dies nicht der Fall war«. Als seine Gebete erhört wurden, »machte sich Roosevelt die ideologische nationalistische Stimmung, die Pearl Harbour ausgelöst hatte, geschickt zunutze, um eine imperialistische Ideologie zu vervollkommnen, durch die er den Amerikanern Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit versprach«.[5]

Sobald der Zweite Weltkrieg vorbei war, machte jedoch die isolationistische Gesinnung ihre Ansprüche wieder geltend. Truman und Außenminister Acheson wussten ganz genau, dass sie nicht allein durch Appelle an die Staatsräson und US-amerikanische Wirtschaftsinteressen zu überwinden wäre. Als sie den Text entwarfen, der später die Truman-Doktrin wurde, folgten sie dementsprechend Arthur Vandenbergs berüchtigtem Rat, »das amerikanische Volk zu Tode zu erschrecken« durch das Aufblähen der Idee einer weltweiten kommunistischen Bedrohung.[6] Mit diesem Trick gelang es, die Unterstützung des Kongresses für den Marshall-

---

[4] Michael Hardt/Antonio Negri (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a.M./New York, S. 12, 341-347. Eine Auswahl kritischer Beurteilungen des Buches findet sich in Gopal Balakrishnan (Hrsg.) (2003): *Debating Empire*. London/New York.

[5] Schurmann 1974, S. 40f.

[6] McCormick 1989, S. 77f.

Plan zu gewinnen. Aber es war noch mehr nötig, um die Finanzierung der großangelegten US-amerikanischen und europäischen Wiederbewaffnung sicherzustellen, die in dem von Truman im Grundsatz im April 1950 genehmigten Memorandum 68 des Nationalen Sicherheitsrats (NSC 68) ins Auge gefasst worden war. Das Dokument nannte keine genauen Zahlen, aber Schätzungen legten jährliche Ausgaben nahe, die um 300% über dem lagen, was das Pentagon für 1950 ursprünglich beantragt hatte.

> »Solche Geldbeträge von einem in finanziellen Fragen konservativen Kongress zu bekommen, selbst im Namen des Antikommunismus, stellte keine kleine Aufgabe für die Regierung dar. Was man brauchte, war ein internationaler Notfall, und seit November 1949 hatte Außenminister Acheson vorausgesagt, dass sich irgendwann 1950 einer in den Ländern am Rande Asiens ereignen würde – in Korea, Vietnam, Taiwan oder allen drei. Zwei Monate, nachdem der Präsident NSC 68 geprüft hatte, trat diese Krise ein. Acheson sollte später sagen: ›Korea kam und rettete uns.‹«[7]

Es lässt sich schwer sagen, wofür Präsident Bush in den acht Monaten zwischen seiner Amtseinführung und dem 11. September gebetet hat, aber wir wissen, dass die Fürsprecher des *Project for a New American Century* in seiner Administration auf eine Gelegenheit warteten, die neue imperialistische Strategie, an der sie lange gearbeitet hatten, umzusetzen.[8] Ihre ersten Monate im Amt verliefen nicht günstig, aber Osama bin Laden, um Acheson zu paraphrasieren, rettete sie. Wie Michael Mann bemerkte, lieferte bin Laden »die Macht zur Mobilisierung der Bevölkerung – und die Ziele«.[9] Die Bedrohung durch muslimische »Fundamentalisten« und »Schurkenstaaten« wurde der neue Angstfaktor, erschreckte das US-amerikanische Volk zu Tode und erzielte die fast einstimmige Unterstützung des Kon-

[7] Ebd., S. 98.

[8] Details zum *Project for a New American Century* finden sich auf der Website www.newamericancentury.org. Zum Aufstieg seiner Fürsprecher zur Macht siehe Arthur Jr. Schlesinger (2004): »The Making of a Mess«, The New York Review, 22. September.

[9] Michael Mann (2003): *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können.* Frankfurt a. M./New York, S. 21.

gresses für die Invasion Iraks, um die Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz schon fast zehn Jahre lang erfolglos geworben hatten.[10]

Diese Entwicklung belebte die Konjunktur der Wörter Imperium und Imperialismus wieder, mit denen das entstehende Weltreich-Projekt der USA beschrieben wurde. Das Projekt ist in seinen Zielsetzungen schneller und abgrundtiefer gescheitert, als selbst seine Kritiker erwarteten, so dass die Wörter Imperium und Imperialismus möglicherweise ebenso schnell aus der Mode geraten werden, wie sie in Mode kamen. Doch selbst wenn dies geschieht, ist zu erwarten, dass die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umstände, die zur Entstehung des *Project for a New American Century* und zu seiner Übernahme durch die Bush-Administration führten, in der einen oder anderen Form weiterbestehen. Von besonderem Interesse ist, ob und wenn ja wie diese Umstände mit der im zweiten Teil dieses Buches diskutierten Turbulenz der globalen politischen Ökonomie zusammenhängen und wie sie sich unter dem Einfluss des Krieges gegen den Terrorismus verändert haben.

In diesem Kapitel werde ich den Verfall des neokonservativen imperialistischen Projekts analysieren und die Umwandlung der US-Hegemonie in das, was wir, Guha folgend, Dominanz ohne Hegemonie genannt haben. Ich konzentriere mich zuerst auf das doppelte Scheitern des Kriegs gegen den Irak, der weder das sogenannte Vietnam-Syndrom überwinden noch die Voraussetzungen für ein »Neues Amerikanisches Jahrhundert« schaffen konnte. Dann wende ich mich dem Misserfolg des neokonservativen imperialistischen Projekts zu, das den wirtschaftlichen Niedergang der USA nicht verhindern konnte, und lege schließlich nahe, dass die wichtigste unbeabsichtigte Folge des irakischen Abenteuers die Festigung der Tendenz ist, die globale Ökonomie erneut auf Ostasien und innerhalb Ostasiens auf China zu zentrieren.

---

[10] Zur lange vor dem 11. September bestehenden Entschlossenheit der Neokonservativen, gegen den Irak Krieg zu führen, siehe Ron Suskind (2004): *The Price of Loyalty: George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*. New York; und Richard Clarke (2004): *Against All Enemies: Inside America's War on Terror*. New York. Clarke berichtet von der inzwischen berühmt-berüchtigten Kabinettsitzung, bei der Rumsfeld weniger als einen Tag nach den Angriffen darlegte, es gebe »keine anständigen Ziele für unsere Bomben in Afghanistan«, und daher meinte, »wir sollten stattdessen erwägen, Irak zu bombardieren«, denn dort gebe es »bessere Ziele«.

## Die Hartnäckigkeit des Vietnam-Syndroms

Innerhalb von sechs Monaten nachdem offiziell das Ende der Feindseligkeiten erklärt worden war, beobachteten viele Kommentatoren, dass, auch wenn Irak nicht Vietnam ist, der immer häufigere Gebrauch von Bildern wie »Sumpf«, »Zermürbung«, »Glaubwürdigkeitsverlust«, »Irakifizierung« die aktuelle Debatte erscheinen ließ, als ginge es dabei »fast ebenso sehr um Vietnam wie den Irak«.[11] Im Irak, ebenso wie in Vietnam, gefährdeten die zunehmenden Schwierigkeiten, den Widerstand eines vergleichsweise unbedeutenden Gegners zu überwinden, weltweit die Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Militärmacht. Aber gerade weil der Irak nicht Vietnam ist, so werde ich behaupten, stellt ein Scheitern im Irak eine viel ernsthaftere Infragestellung der US-amerikanischen Macht dar als das Scheitern in Vietnam.

Wie bereits bemerkt, war der Vietnamkrieg das zentrale Ereignis der »Signalkrise« der US-Hegemonie; aber in den 1980er und insbesondere in den 1990er Jahren wich die Signalkrise von 1968-1973 einem bemerkenswerten Wiederaufleben des Wohlstands und der Macht der USA – einer *Belle Époque*, die absolut vergleichbar war mit der, die Großbritannien ein Jahrhundert zuvor genossen hatte. Das Wiederaufleben erreichte seinen Höhepunkt nach dem Zusammenbruch der UdSSR, als die USA begannen, sich als größte Militärmacht, die die Welt je gesehen hatte, zu präsentieren – und weithin wahrgenommen zu werden. Hinter dieser Fassade lauerte jedoch das Problem, dass der Urteilsspruch von Vietnam nie wirklich zurückgenommen und ebenso wenig die eigentliche Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Militärmacht ganz wiederhergestellt worden war.

An der langen Reihe von militärischen Konfrontationen, in die sich die USA nach ihrer Niederlage in Vietnam einschalteten, war bemerkenswert, dass sie die Bedingungen, die zu jenem Debakel geführt hatten, sorgfältig vermieden. Mustergültig in dieser Hinsicht war die Flucht der USA aus dem Libanon, nachdem 1983 241 US-Amerikaner bei der Bombardierung des Marinestützpunkts in Beirut getötet worden waren. Von da

[11] C. R. Whitney, »Watching Iraq, and Seeing Vietnam«, *The New York Times*, 9. November 2003.

an bis zum Zusammenbruch der UdSSR führten die USA entweder Stellvertreterkriege (wie in Nicaragua, Kambodscha, Angola, Afghanistan und bei der Unterstützung Iraks im Krieg gegen Iran),[12] kämpften gegen unbedeutende Feinde (wie in Grenada und Panama) oder aus der Luft, wo die hochtechnisierte US-amerikanische Ausrüstung einen absoluten Vorteil darstellte (Libyen).[13]

Gleichzeitig ließen die USA das Wettrüsten mit der UdSSR eskalieren – hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, durch die Strategic Defense Initiative (Strategische Verteidigungsinitiative SDI) – weit über das hinaus, was Moskau sich wirtschaftlich leisten konnte. Die Eskalation lockte die UdSSR in eine doppelte Konfrontation: in Afghanistan, wo ihr hochtechnisierter Militärapparat auf dieselben Schwierigkeiten stieß, wie sie zur Niederlage der USA in Vietnam geführt hatten, und im Wettrüsten, in dem die USA finanzielle Ressourcen mobilisieren konnten, die vollkommen außerhalb der sowjetischen Reichweite lagen. Das Vietnam-Syndrom jedoch wurden die USA durch die schließlich eintretende Niederlage der Sowjetunion nicht los. Soweit diese von der Macht der USA verursacht war, war sie nicht auf US-Militärmacht zurückzuführen, sondern auf überlegene

---

[12] Im März 1984, genau an dem Tag, an dem der Irak den Iran mit chemischen Waffen angriff, flog Rumsfeld als Reagans Gesandter nach Bagdad – Saddam Husseins Gräueltaten hielten ihn nicht davon ab, ihm die Unterstützung der USA anzubieten. Vier Jahre später, während Hussein Hunderte von Dörfern im nördlichen Irak dem Erdboden gleichmachte und Tausende von Kurden umbrachte, bot Washington ihm 500 Millionen Dollar Hilfsgelder zum Kauf von US-amerikanischen Agrarprodukten. Im Jahr darauf verdoppelte die US-Regierung die Hilfsgelder auf eine Milliarde Dollar und versorgte ihn mit qualitativ hochwertigem Zuchtmaterial für Milzbrandkeime und zivil wie militärisch nutzbarem Material, das zur Herstellung von chemischen und biologischen Waffen verwendet werden konnte. Siehe S. Milne, »We Are Sleepwalking Into a Reckless War of Aggression«, *The Guardian*, 27. September 2002; und A. Roy, »Not Again«, *The Guardian*, 27. September 2002.

[13] Die Tatsache, dass der »Third World Rollback« (die Politik der verschärften Eindämmung des Kommunismus in der Dritten Welt), wie die Reagan-Doktrin, die diese Konfrontationen angeregt hatte, manchmal genannt wurde, schließlich auf die USA zurückschlug, bedeutet nicht, dass sie den ausgewählten Ländern nicht unaussprechlichen Schaden und Leid zugefügt hätte. Um nur ein Beispiel zu nennen: 300.000 Kinder starben direkt oder indirekt, weil die mörderische Unita den angolanischen Bürgerkrieg mit Unterstützung der USA in die Länge zog. D. Aaronovitch, »The Terrible Legacy of the Reagan Years«, *The Guardian*, 8. Juni 2004. Zu den langfristigeren Auswirkungen der Reagan-Doktrin für das Heranzüchten künftiger Terroristen siehe Mahmood Mamdani (2004): *Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors*. Hamburg.

finanzielle Kapazitäten. Und soweit ihr Zustandekommen militärisch bedingt war, bestätigte sie den Urteilsspruch von Vietnam eher, als ihn umzukehren. Sie zeigte, dass die den Supermächten des Kalten Krieges zur Verfügung stehenden hochtechnisierten Militärapparate in Afghanistan ebenso wenig dazu taugten wie in Vietnam, die Dritte Welt auf dem Boden zu kontrollieren, wie gut es ihnen auch gelungen war, das »Gleichgewicht des Schreckens« zu reproduzieren.

Der Zusammenbruch der UdSSR bot dennoch die Gelegenheit, die weit verbreitete Annahme zu überprüfen, nach der die Vietnamesen die USA ohne Unterstützung der Sowjetunion ebenso wenig hätten besiegen können wie die afghanischen Warlords und Mudjaheddin ohne Hilfe der USA die UdSSR. Außerdem bereitete die Unterwerfung Moskaus den Boden für die Mobilisierung des UN-Sicherheitsrats, um die Polizei-Aktivitäten der USA in einem Maße zu legitimieren, das seit dem Koreakrieg nicht mehr möglich gewesen war. Saddam Husseins Invasion in Kuwait bot unmittelbar die ideale Chance für eine solche Mobilisierung, und die USA nutzten sie prompt, indem sie eine Fernsehshow über ihre hochtechnisierte Feuerkraft ansetzten.[14] Dennoch entzog, wie John McCain anmerkte, der Sieg im ersten Golfkrieg das US-amerikanische »Nationalbewusstsein nicht dem Einfluss des Vietnam-Syndroms« – seiner Meinung nach, weil Saddam Hussein nicht abgesetzt wurde.[15] Der erste Golfkrieg sollte, wie andere Kommentatoren anmerkten, »alles sein, was Vietnam nicht war. Statt eines langsamen, schrittweisen Einsatzes der Streitmacht war das Ziel ein

[14] General Anthony Zinni zufolge vermittelte die Operation Wüstensturm von 1991 »den Eindruck, dass der schreckliche Schlamassel, der uns im Ausland erwartet, irgendwie überwunden werden kann durch gutes, sauberes Soldatentum, genau wie im Zweiten Weltkrieg. In Wirklichkeit war der einzige Grund für das Funktionieren der Operation Wüstensturm, dass wir es schafften, gegen den einzigen Trottel vorzugehen, der dumm genug war, uns zum erneuten Ausfechten des Zweiten Weltkriegs aufzufordern.« (Tom Clancy mit Anthony Zinni und Tony Koltz [2004]: *Battle Ready*. New York.

[15] Zitiert in Craig R. Whitney, »Watching Iraq, and Seeing Vietnam«, *The New York Times*, 9. November 2003. Eine ähnliche Ansicht spielte zweifellos bei der Fixierung der Fürsprecher des Projekts »Neues Amerikanisches Jahrhundert« auf die Absetzung Saddam Husseins eine große Rolle. Wolfowitz beispielsweise hatte die erste Bush-Administration, in der er als Unterstaatssekretär für Politik tätig war, dafür kritisiert, dass sie Saddam nach dem Golfkrieg von 1991 »nicht erledigt« hatte: »Democrats Target Wolfowitz on Iraq Crisis«, *The New York Times*, 18. Mai 2004.

Angriff des Feindes mit überwältigender Übermacht und ein schneller Rückzug«.[16] Diese als Powell-Doktrin bekannte Strategie war der Höhepunkt der US-amerikanischen Bemühungen, nicht so sehr das Vietnam-Urteil umzukehren als ein weiteres zu vermeiden.

Bald nach dem ersten Golfkrieg unternahmen die USA, unter dem Deckmantel einer »humanitären« Mission in Somalia, einen Anlauf zur Erprobung der Fähigkeit ihres Militärs, die Dritte Welt auf dem Boden zu kontrollieren. Er scheiterte abgrundtief: Im Fernsehen gezeigtes Filmmaterial mit einem toten US-Amerikaner, der durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurde, belebte das Vietnam-Syndrom im Land neu und führte zum sofortigen Abzug der US-Truppen. Doch unter Clinton wurde die Powell-Doktrin immer mehr zu einer Peinlichkeit, was Außenministerin Madeline Albright veranlasste, ihre berühmte Frage zu stellen: »Wozu haben wir diese großartige Armee, von der Sie ständig sprechen, wenn wir sie nicht einsetzen können?«

Das übergeordnete Ziel der »humanitären« Missionen in Bosnien und gegen Rest-Jugoslawien war gerade zu zeigen, dass es einen Sinn hatte, »diese großartige Armee zu haben«. Das Kosovo sollte auch demonstrieren, dass die frühere Zustimmung der UN zu den Polizeimaßnahmen, deren Ausführung die USA beschlossen hatten, willkommen, aber verzichtbar war. Die verlässlichere Zustimmung der NATO reichte aus. Militärisch konnte der Kosovo-Krieg jedoch nur beweisen, was jeder bereits wusste: dass Washington technisch dazu in der Lage ist, jedes beliebige Land dem Erdboden gleichzumachen. Es gelang nicht zu demonstrieren, dass die US-Regierung bereit war, das Leben von US-Bürgern bei Polizeimaßnahmen in Übersee zu riskieren, die der US-amerikanischen Öffentlichkeit wenig einleuchteten.

Am Vorabend des 11. Septembers 2001 machte der Unwille, solche Risiken einzugehen, immer noch die tönernen Füße des US-amerikanischen Militärkolosses aus. Der Schock der Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon änderte die Situation und lieferte einen *casus belli*, der der US-amerikanischen Öffentlichkeit einleuchtete. Doch selbst im Afghanistankrieg, der breite Unterstützung im In- und Ausland genoss, zeigte

[16] M.R. Gordon, »A Sequel, Not a Re-run«, *The New York Times*, 18. März 2003.

die Bush-Administration wenig Neigung, US-amerikanische Todesopfer zu riskieren, selbst wenn dieses Widerstreben eine Gefährdung des erklärten US-amerikanischen Kriegsziels bedeutete, bin Laden »tot oder lebendig« zu fassen. Statt dessen kämpften auf dem Boden vor allem Afghanen, so dass ein Kommentator von *The Washington Post* spotten konnte:

> »Amerika hat diesen Krieg billig geführt. Die Reaktion auf den schwersten Angriff auf amerikanischen Boden belief sich auf das Anwerben von Söldnern. Die USA wollten nicht einmal Truppen dazu abstellen, die pakistanische Grenze abzuriegeln. Wer weiß, wie viele von bin Ladens Kämpfern dort durchkamen? Wer weiß, ob bin Laden selbst darunter war?«[17]

Inkompetenz und ideologiebedingte Irrationalität sind verbreitete und manchmal plausible Erklärungen für die vielen Beispiele für rätselhaftes Verhalten seitens der Bush-Administration. Den Krieg in Afghanistan »billig« zu führen und keine Todesopfer bei der Jagd nach bin Laden zu riskieren, war nichtsdestotrotz eine vollkommen rationale Entscheidung, wenn das Ziel des Kriegs gegen den Terror nicht nur die Ergreifung von Terroristen war, sondern auch die Neugestaltung der politischen Geographie Vorderasiens im Streben nach einem neuen amerikanischen Jahrhundert. Vom Standpunkt dieses weitergehenden Ziels aus war Afghanistan ein äußerst ungünstiger Ort, um die nach dem 11. September bestehende größere Bereitschaft der US-Amerikaner zur Inkaufnahme von Todesopfern bei Kriegen im Ausland zu erproben. Es war vernünftig, davon auszugehen, dass »den Job« in Afghanistan »zu erledigen«, mehr US-amerikanische Leben fordern und pro Todesopfer politisch und wirtschaftlich weniger einbringen würde als sich umzuorientieren und den Irak zu besiegen.

Der erfolgreiche Blitzkrieg auf Bagdad schien diese Erwartungen zu bestätigen, da die irakischen Streitkräfte praktisch keinen Widerstand leisteten. Ab Juni 2003 begannen die US-amerikanischen Opferzahlen sich jedoch unbarmherzig zu summieren. Und noch schlimmer war, dass die politischen und wirtschaftlichen Erträge pro Todesfall steil abfielen, als die US-amerikanischen Pläne zur Neugestaltung des Iraks mit den Realitäten

[17] R. Cohen, »Even a Low-Risk War Brings Its Own Cost«, *International Herald Tribune*, 9. Januar 2002.

vor Ort kollidierten und revidiert, zusammengestrichen oder ganz aufgegeben werden mussten. Doch in diesem Fall schien Washington entschlossen, »den Job zu erledigen«, auch wenn es immer wieder neu definierte, woraus der »Job« bestand. Ein Jahr nach der Invasion, inmitten wachsender Schwierigkeiten, lancierte Bush den Slogan »Wir müssen im Irak auf Kurs bleiben«, trotz der offenen Kritik seiner Generäle. »Der Kurs«, erwiderte der frühere CENTCOM-Kommandant General Zinni, »führt die Niagarafälle hinunter«.[18] 2005 schien die US-Armee nicht nur vollkommen unfähig zu sein, den Job, woraus er auch immer bestand, zu erledigen, sondern sie begann, vor einem ähnlichen Zusammenbruch der Qualität und der Moral zu stehen wie in Vietnam, und das ohne Wehrpflicht. Die Alternative schien nicht mehr in Gewinnen oder Verlieren zu bestehen, wie ein Marine-Offizier es formulierte: »Wir können im Irak verlieren und unsere Armee zerstören oder wir können nur verlieren.« Im Dezember 2006 sagte der ehemalige Außenminister Colin Powell auf CBS News, »die aktive Armee ist praktisch gebrochen«, während Bush zum ersten Mal einräumte, dass die USA den Krieg im Irak nicht gewannen und seinen neuen Verteidigungsminister Robert Gates anwies, einen Plan zur Erhöhung der Truppenstärke des Armee- und Marinekorps zu entwickeln – ein Plan, den er nur ein paar Monate zuvor abgelehnt hatte.[19] Inzwischen jedoch hatte das Krisenmanagement die prinzipienorientierte Politik abgelöst.

> »Die einzige Supermacht der Welt agiert nicht mehr; stattdessen reagiert sie, gewöhnlich auf das, was gerade zufällig die letzten schlechten Nachrichten aus Bagdad sind. Während die Ereignisse im Irak seiner Kontrolle entgleiten, liegt Präsident George W. Bushs Strategie seines ›globalen Kriegs gegen den Terror‹ in Trümmern. Er navigiert ohne Kompass […] Der Irak stellte Schritt eins dar. Ein Erfolg dort sollte der Bush-Administration den Weg ebnen, um in ähnlicher Weise mit Schritten zwei, drei und vier fortzufahren. Die Enttäuschungen und Frustrationen, die

[18] Chalmers Johnson (2004a): »Why I Intend to Vote for John Kerry«, *The History News Network*, 14. Juni, http://hnn.us/, S. 1.

[19] P. Krugman, »Time to Leave«, *The New York Times*, 21. November 2005; Leitartikel, »Army Stretched to Breaking«, *Minneapolis-St. Paul Star Tribune,* 20. Februar 2006; P. Rogers, »A Tale of Two Insurgencies«, openDemocracy, 1. Juni 2006; P. Baker, »U.S. Not Winning War in Iraq, Bush Says for First Time«, *Washington Post,* 20. Dezember 2006.

sich aus diesem ersten Schritt ergeben haben, haben das ganze Projekt ins Chaos gestürzt.«[20]

Bereits 2004 sah ein Verteidigungsexperte an der konservativen Lexington Institution, wie ernst das Problem für die USA war, »denn die ganze Welt kann das Muster von Vietnam und Somalia jetzt im Irak sehen«. Im Oktober 2006 musste sogar Bush zugeben, dass die andauernde Welle der Gewalt im Irak mit der Tet-Offensive, die die US-amerikanische Öffentlichkeit gegen den Krieg in Vietnam eingenommen hatte, vergleichbar »sein könnte«.[21] In Wirklichkeit stehen die USA im Irak vor einem viel gravierenderen Problem als einst in Vietnam. Die Situation der politischen Blockade ist ähnlich. Damals hatte sich Washington noch lange, nachdem die Sinnlosigkeit des Krieges offensichtlich geworden war, außerstande gesehen, ihn zu beenden, denn ein Rückzug hätte, so Nixon, die USA als »mitleiderregenden, hilflosen Giganten« erscheinen lassen und »überall in der Welt Totalitarismus und Anarchie« hervorgerufen.[22] In ähnlicher Weise meinte sogar der Kriegskritiker Brent Snowcroft trotz der heutigen »Besorgnis erregenden und sich verschärfenden« Situation im Irak, ein Rückzug, ohne den Job irgendwie zu erledigen, würde zeigen, dass »der amerikanische Koloss ins Straucheln gekommen ist und seine Entschlossenheit verliert«, und dadurch Terroristen und Extremisten in aller Welt Mut machen.[23] Aber der Machtverlust, mit dem die USA rechnen müssen, weil sie

---

[20] A. Bacevich, »Bush's Illusions«, *International Herald Tribune*, 22. Dezember 2006.

[21] B. Bender, »Study Ties Hussein, Guerrilla Strategy«, *The Boston Globe*, 11. Oktober 2004; M. Fletcher/P. Baker, »Iraq Violence, ›No Child‹ Occupy Bush«, *The Washington Post*, 19. Oktober 2006.

[22] W. Pfaff, »Reclaiming the U.S. Army«, *International Herald Tribune*, 24./25. Juli 2004.

[23] B. Snowcroft, »Why America Can't Just Walk Away«, *International Herald Tribune*, 4. Januar 2007. In Wirklichkeit ließen die Handlungen der USA schon lange, ehe ihr Rückzug auch nur erwogen wurde, an einen »bedauernswerten hilflosen Giganten« denken. So beschrieben die saudi-arabischen Arab News die US-amerikanische Militärmacht im Gefolge der Abu-Ghraib-Enthüllungen in einer blumigeren Formulierung als »Gigant mit der Reaktionsgeschwindigkeit eines muskelbepackten Ochsen und dem beschränkten Verstand einer Maus«. Zit. n. P. Kennicott, »A Wretched New Picture of America«, *The Washington Post*, 5. Mai 2004. Dieses Bild erinnert an die »gespenstische Metapher«, mit der Mann seine prophetische Einschätzung illustrierte: »Das American Empire entpuppt sich als militärischer Riese, ökonomischer Trittbrettfahrer, politisch Schizophrener und ideologisches

ihren Willen gegen die irakischen Rebellen nicht durchsetzen können, ist viel größer und unheilbarer als der durch die Niederlage in Vietnam.

Der Hauptgrund ist nicht die US-amerikanische Abhängigkeit vom westasiatischen Öl, wie viele Kommentatoren behaupten, darunter auch frühere Kritiker des Krieges wie George Soros.[24] Sondern dass der Irak, wie bereits bemerkt, trotz der Ähnlichkeiten nicht Vietnam ist. Was das rein Militärische betrifft, so schicken irakische Widerständler, anders als einst die vietnamesischen, keine Panzerfahrzeuge ins Feld, und sie haben auch keine langjährige Erfahrung mit der Führung eines Guerillakriegs in einer günstigen natürlichen Umgebung oder erfreuen sich der Unterstützung einer Supermacht wie der UdSSR. In diesen und anderen Hinsichten sind sie ein viel weniger furchterregender Gegner als die Vietnamesen. Darüber hinaus hat sich das US-amerikanische Militär während der dreißig Jahre, die zwischen dem Rückzug aus Vietnam und der Invasion des Iraks liegen, einer grundlegenden Umstrukturierung unterzogen, die speziell auf eine Umkehrung des Urteilsspruchs von Vietnam abzielt. Diese »Professionalisierung« der Streitkräfte sollte der Verbesserung ihrer Gefechtsbereitschaft dienen und sie gleichzeitig von den Einschränkungen befreien, die eine ständige Fluktuation von Wehrdienstleistenden und Zeitoffizieren militärischen Aktivitäten und militärischer Disziplin auferlegen. Zusammen mit den außergewöhnlichen technologischen Verbesserungen der US-amerikanischen Waffen, die in demselben Zeitraum der vergangenen dreißig Jahre erfolgte, machte die Umstrukturierung den US-amerikanischen Militärapparat zu einer viel tödlicheren Macht, als er es zu Zeiten des Vietnamkriegs gewesen war.

Kurz, die Ungleichheit der Kräfte zwischen den US-amerikanischen Invasoren und dem Widerstand vor Ort war im Irak unvergleichlich viel größer als in Vietnam. Deswegen hoffte die Bush-Administration, dass die In-

---

Phantom. Das Ergebnis ist ein gestörtes und missgestaltetes Monster, das durch die Welt tapert und stakst.« (Mann 2003, S. 27).

[24] »Nachdem wir in den Irak einmarschiert sind, können wir uns nicht aus der Situation herauswinden. Wahrscheinlich wird man im Land, wie während des Vietnamkriegs, auf einen Rückzug drängen, aber ein Rückzug würde unserem Ansehen in der Welt irreparablen Schaden zufügen. In dieser Hinsicht ist der Irak aufgrund unserer Abhängigkeit vom Öl des Mittleren Ostens schlimmer als Vietnam.« (G. Soros, »The US Is Now in the Hands of a Group of Extremists«, *The Guardian*, 26. Januar 2004)

vasion im Irak den Urteilsspruch aus Vietnam umkehren würde, aber aus demselben Grund stellte die Tatsache, dass dies nicht gelang, einen viel größeren Schlag für die Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Militärmacht dar als die Niederlage in Indochina. Wenn die Powell-Doktrin die Frage aufgeworfen hatte, wozu man eine großartige Armee habe, wenn sie nicht eingesetzt werden könne, so warf der irakische Sumpf, wie Andrew Bacevich bemerkte, eine viel verstörendere Frage auf: »Wozu diese großartige Armee einsetzen, wenn das Ergebnis Fallujah, Najaf und Karbala ist?«[25]

Sicherlich werden die USA noch einige Zeit die dominante Militärmacht der Welt bleiben, gleichgültig, wie der Irakkrieg ausgehen wird. Aber ebenso wie die US-amerikanischen Schwierigkeiten in Vietnam die Signalkrise der US-Hegemonie herbeiführten, wird man von den US-amerikanischen Schwierigkeiten im Irak rückblickend wahrscheinlich sagen, dass sie ihre finale Krise herbeigeführt haben.[26] Diese Krise war lange im Entstehen begriffen und musste kommen – früher oder später, in der einen oder anderen Form, ungeachtet der Aktivitäten der Bush- oder irgendeiner anderen Administration. Aber die Form, in der sie jetzt auftritt, ist durch die Entscheidung bedingt, in den Irak einzumarschieren, in der Hoffnung, dass ein leichter Sieg den Urteilsspruch von Vietnam umkehren und die Grundlagen für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert legen würde.

Wie bereits bemerkt, sollte Clintons Kosovokrieg unter anderem demonstrieren, dass die USA auf die Unterstützung der UN für ihre von der NATO befürworteten Polizeiaktivitäten nicht angewiesen waren. Bushs Irakkrieg sollte nun die Verzichtbarkeit sogar der NATO demonstrieren.

---

[25] Andrew Bacevich (2004): »A Modern Major General«, *New Left Review* II/29, S. 132.

[26] Aus einer anderen Perspektive wies Fred Halliday auf etwas Ähnliches hin, indem er behauptete, wir befänden uns »im Frühling 2004 inmitten einer der größten, hartnäckigsten *globalen* Krisen der Neuzeit. Es ist kein Weltkrieg, kein strategisch-militärischer Konflikt zwischen wichtigen Staaten – die Form von Konflikt, die mit zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg das 20. Jahrhundert dominierte; und es ist auch keine bedeutende internationale Wirtschaftskrise wie 1929 und (weniger gravierend) 1973. Aber auf jeder Ebene des sozialen und politischen Lebens stehen wir einer Situation gegenüber, die wahrscheinlich jeden auf der Erde beeinträchtigt und ernsthafte globale Folgen hat.« Siehe sein »America and Arabia After Saddam.« (*openDemocracy*, 13. Mai 2004)

Dabei war man, einem neokonservativen Außenpolitik-Experten zufolge, von folgender Annahme ausgegangen:

> »Seit mindestens 500 Jahren hatte nie ein größerer Abstand zwischen der Nummer eins und der Nummer zwei der Weltmächte bestanden. Angesichts dieser amerikanischen Dominanz glaubte [die Bush-Administration], sie müsse das amerikanische Nationalinteresse nur nachdrücklich äußern und schon würden alle dem Rechnung tragen.«[27]

Wie sich herausstellte, tat das fast niemand von Bedeutung. Außer Großbritannien, das sich zunehmend verhielt wie der einundfünfzigste Staat der Union, und einer erbärmlichen »Koalition der Willigen«[28] lehnte der Rest der Welt die Führung der USA in einem Maße ab, das in den Annalen der US-Hegemonie ohne Präzedenzfall war. Sicherlich, viele ausländische Kritiker der Irakinvasion fanden wenig Erfreuliches an der misslichen Lage der USA. Ein leitender Berater am französischen Institut für internationale Beziehungen erklärte:

> »Wenn die USA feststellen, dass sie sich im Ausland festgefahren haben, bedeutet das für den Rest der Welt ein großes Problem. Wenn Amerika sich jetzt schlicht zurückzöge, wären andere Länder plötzlich in der merkwürdigen Position, die Amerikaner zum Bleiben drängen zu müssen, nachdem sie sie früher angefleht hatten, keine Invasion ohne UN-Resolution zu riskieren. Angesichts der Folgen eines schnellen Rückzugs würden statt der Gefahren der globalen US-amerikanischen Dominanz schnell die Gefahren einer Welt ohne internationales Engagement der USA im Mittelpunkt der internationalen Besorgnis stehen. Das Problem ist, dass es, wenn die jetzige Strategie im Irak nicht wirklich funktioniert,

---

[27] Norman Ornstein, American Enterprise Institute, zit. n. R. Cohen/D. E. Sanger/S. R. Weisman, »Challenging the Rest of the World With a New Order«, *The New York Times*, 12. Oktober 2004.

[28] Bereits Ende 2004 wurde diese Koalition in Berichten als »Witz« bezeichnet. Von den 28 verbündeten Ländern, die noch Truppen im Irak hatten, »haben nur acht mehr als 500. Die meisten sind nichts als Augenwischerei. Und aufgrund von Sprach- und Ausrüstungsproblemen könnten einige Kontingente – wie die 28 aus Mazedonien oder die 29 aus Kasachstan – mehr Probleme bereiten, als sie wert sind.« (N. Kristof, »Brother, Can You Spare a Brigade?« *The New York Times*, 11. Dezember 2004) Seitdem haben sich alle Kontingente von einiger Bedeutung mit Ausnahme derjenigen Großbritanniens und Australiens zurückgezogen oder ihren Rückzug angekündigt.

keine überzeugende Alternative gibt. Mehr US-Truppen zu entsenden oder die Macht den Irakern zu übergeben, würde wahrscheinlich nicht viel ändern. Amerika sitzt in der Tinte, aber wir genauso.«[29]

Solche Überlegungen motivierten vermutlich die einstimmig beschlossene Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 16. Oktober 2003, die der US-geführten Besetzung juristische Legitimität verlieh und die Regierungen der Welt aufrief, ihr Unterstützung zu gewähren. Juristische Legitimität als solche diente den USA jedoch hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, dazu, aus anderen Staaten Ressourcen zu gewinnen, um die eskalierenden menschlichen und finanziellen Kosten der Besetzung des Iraks zu decken. Ja, der Hauptzweck der hastigen Verabschiedung der Resolution durch den UN-Sicherheitsrat war, den Erfolg der von den USA in Madrid für die folgende Woche einberufenen »Geberkonferenz« sicherzustellen – deren dürftige Ergebnisse, wie wir in Kapitel 9 sehen werden, einen guten Maßstab für die Deflation der Macht der USA infolge ihrer Umformung von Hegemonie in reine Dominanz liefern.

Ein sogar noch besserer Maßstab war der Rückgang des US-amerikanischen Einflusses in der westasiatischen Region, deren politische Geographie durch die Invasion im Irak den US-amerikanischen Interessen und Werten entsprechend neu gestaltet werden sollte. Im Frühling 2004 hatten die Probleme im Irak die Frage, wie die USA die Besetzung nutzen würden, aller praktischen Bedeutung beraubt und es Thomas Friedman überlassen zu klagen:

»Wir laufen Gefahr, etwas viel wichtigeres zu verlieren als nur den Krieg im Irak. Wir laufen Gefahr, Amerika als Instrument der moralischen Autorität und Inspiration in der Welt zu verlieren. Zu keiner Zeit meines Lebens wurden Amerika und sein Präsident rund um die Welt mehr gehasst als heute. […] Der Krieg gegen den Terrorismus ist ein Krieg der Ideen, und um überhaupt eine Chance zu haben, ihn zu gewinnen, müssen wir die Glaubwürdigkeit unserer Ideen aufrechterhalten. […] Wir können einen Krieg der Ideen gegen [die Menschen, die uns am 11. September attackiert haben] nicht allein gewinnen. Das können nur Araber und Mus-

[29] Dominique Moisi, »The World Is Trapped in the Iraqi Quagmire«, *The Financial Times*, 14. November 2003.

lime. […] Aber du kannst schwerlich jemandes Partner sein, wenn du so radioaktiv wirst, dass niemand neben dir stehen möchte.«[30]

Die USA waren tatsächlich so »radioaktiv« geworden, dass die Pläne zu einer ganzen Palette von kosmetischen politischen Reformen im so genannten Größeren Nahen Osten eingestampft werden mussten. Als eine arabische Zeitung im Februar 2004 den Entwurf eines Aufrufs der Bush-Administration an die wohlhabendsten Nationen der Welt veröffentlichte, sie sollten auf politische Veränderung in Vorderasien drängen, brausten mehrere arabische Staatsoberhäupter wütend auf und selbst Mubarak nannte den Plan »wahnhaft«; so zog ihn die Administration schnell zurück. Ein paar Monate später versuchte Washington die Werkzeuge der »weichen Macht« einzusetzen, indem es auf dem G8-Gipfeltreffen auf Sea Island, Georgia, ein multilaterales Programm förderte, das sich auf einen UN-Bericht über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt stützte. Die Verfasser des Berichts kritisierten die Initiative jedoch scharf und wiesen darauf hin, dass die USA in der arabischen Welt wenig Glaubwürdigkeit genössen und die Autorität ihrer Arbeit umso mehr untergruben, je mehr sie sich mit dem UN-Entwicklungsbericht assoziierten. Als Außenminister Colin Powell im Dezember 2004 auf einem Gipfeltreffen zur Förderung der Demokratie in der ganzen arabischen Welt in Marokko eintraf, hatten die USA den Versuch aufgegeben, die Führung zu übernehmen. Arabische Führer, so bemerkte ein US-amerikanischer Funktionär, sind »bereit, die Hilfe anzunehmen, aber nicht bereit, die Reformen durchzuführen«.[31]

Das Problem für die USA war nicht nur die unter Arabern und Muslimen weit verbreitete Auffassung, die Invasion im Irak ziele auf eine Stärkung der Position Israels gegenüber dem palästinensischen Widerstand und der arabischen Welt im Allgemeinen ab, und auch nicht deren Verstimmung über die größer angelegte Reproduktion der Art von erzwungener Dominanz im Irak, für die Israel in den Palästinensergebieten Pionierarbeit geleistet hatte: die »auffällige Symmetrie der militärischen Taktiken«, die »ähnliche Unachtsamkeit gegenüber der Notlage der Opfer« und die

---

[30] »Restoring Our Honor«, *The New York Times*, 6. Mai 2004.

[31] J. Brinkley, »U.S. Slows Bid to Advance Democracy in Arab World«, *The New York Times*, 5. Dezember 2004; F. Heisbourg, »Mideast Democracy is a Long-Term, Global Project«, *International Herald Tribune*, 23. März 2004.

»überzogene Besorgnis über die Missgeschicke der Aggressoren«.[32] Das Problem war auch und insbesondere die Auffassung unter herrschenden Gruppen der arabischen und muslimischen Welt, dass Unterwürfigkeit gegenüber den USA mit höheren Kosten und Risiken verbunden war als Widerstand. Während die Schwierigkeiten im Irak Drohungen der USA, militärische Gewalt gegen andere muslimische Staaten einzusetzen, größtenteils zu leeren Drohungen machten, stand der Staat, der durch den Krieg im Irak den höchsten Machtzuwachs verzeichnete, der Iran, ganz oben auf der Liste der US-amerikanischen Ziele für einen Regimewechsel in der westasiatischen Region.

> »Die USA haben Irans Erzfeind zerstört und ihrer eigenen Glaubwürdigkeit in der Region dabei großen Schaden zugefügt; Irans eigene politische Verbündete im Irak, Kurden und Schiiten, sind in die neue Regierungsstruktur eingebunden und waren nie stärker; und das Land sieht jetzt seiner eigenen großen, wenn nicht entscheidenden Rolle bei der Bildung eines neuen politischen und sozialen Systems im Irak entgegen. Der Iran […]ist nicht unglücklich darüber, zu sehen, wie die Amerikaner sich für lange Zeit und unter beträchtlichen Kosten [im Irak] festgefahren haben. Er ist hocherfreut, dass die schiitische Gemeinschaft nun zum ersten Mal in der Politik eines arabischen Landes […] einen öffentlichen, legitimen und international anerkannten Status erlangt hat.«[33]

Schiitische Dominanz im Irak verbunden mit schiitischer Herrschaft im Iran ist besonders bedrohlich für an den Irak angrenzende und am Persischen Golf gelegene von Sunniten regierte Staaten, denn sie beinhaltet die Gefahr zunehmender Unruhen unter lang unterdrückten schiitischen Bevölkerungsteilen. »Wenn der Irak eine islamische Republik wird«, warnte König Abdullah von Jordanien, »ergeben sich eine ganze Reihe neuer Probleme, die nicht auf das Gebiet des Iraks beschränkt bleiben werden.« Diese Ängste haben den USA eine Möglichkeit zur Mobilisierung sun-

[32] In den Monaten vor dem Krieg brachten US-amerikanische und israelische Funktionäre ganz offen die Hoffnung zum Ausdruck, ein schneller Sieg der USA im Irak würde die Sicherheit Israels stärken, indem er arabischen Anführern demonstrierte, dass eine Herausforderung sich nicht auszahle. (Sukumar Muralidharan [2004]: »Israel: An Equal Partner in Occupation of Iraq.« *Economic and Political Weekly*, 9. Oktober, www.epw.com.in, enthält eine Anzahl von Aussagen in diesem Sinne.)

[33] F. Halliday, »America and Arabia After Saddam«, *openDemocracy*, 13. Mai 2004.

nitischer Herrscher der Region gegen den Iran eingeräumt, diese ist jedoch stark eingeschränkt durch die um sich greifende Auffassung, dass es für alle arabischen Staatschefs gefährlich ist, sich zu eng mit den USA zu verbünden.[34]

Das Endergebnis der US-amerikanischen Invasion im Irak für die größere westasiatische Region lässt sich schwer vorhersagen. Selbst der iranische »Sieg« kann sich als vorübergehend erweisen, angesichts des zunehmenden Nachlassens und der Unbeliebtheit des Ayatollah-Regimes und der Möglichkeit einer weiteren unüberlegten Aktion seitens der USA. Ja, nach Seymour Hersh und Berichten der *New York Times* zu urteilen, war das Weiße Haus unter Bush stark an der Planung von Israels Bombardierung und Invasion des Libanons im Jahr 2006 beteiligt und befürwortete die Offensive gegen die Hisbollah. Auch dieser Schritt schlug jedoch auf die USA zurück. Statt einen glaubwürdigen *casus belli* mit dem Iran hervorzubringen, demonstrierte es Israels eigene Verwundbarkeit durch das im Zuge der Irak-Invasion erzeugte Chaos in der Region. Auch wenn dieses erneute Scheitern – zusammen mit der Abhängigkeit der USA vom Wohlwollen der Schiiten im Irak – einen militärischen Angriff auf den Iran unwahrscheinlich macht, sollte die Entsendung zweier Flugzeugträger und ihrer zugehörigen Kampftruppen, in den Worten eines leitenden US-Militärfunktionärs, »die Iraner daran erinnern, dass wir auch sie ins Visier nehmen können«.[35]

Unter diesen Umständen steht nur eines fest: Das Endergebnis des irakischen Abenteuers, wie immer es aussehen wird, wird keine Ähnlichkeit mit seinem Plan aufweisen. Bei weitem nicht der erste Akt eines Neuen

---

[34] R. Khalaf, »Iranian Nuclear Ambitions Worry Gulf Arab States«, *The Financial Times*, 18./19. Dezember 2004; J. F. Burns/R. F. Worth, »Iraqi Campaign Raises Questions of Iran's Sway«, *The New York Times*, 15. Dezember 2004; B. Daragahi, »Jordan's King Risks Shah's Fate, Critics Warn«, *Los Angeles Times*, 1. Oktober 2006; B. Snowcroft, »Why America Can't Just Walk Away«, *International Herald Tribune*, 4. Januar 2007.

[35] Z. Mian, »Choosing War, Confronting Defeat«, Economic and Political Weekly, 7. Oktober 2006; D.E. Sanger, »On Iran, Bush Confronts Haunting Echoes of Iraq«, *The New York Times*, 28. Januar 2007; M. Slackman, »Iraqi Ties to Iran Create New Risks for Washington«, *The New York Times*, 8. Juni 2006; F. Halliday, »Lebanon, Israel, and the ›Greater West Asian Crisis‹«, *openDemocracy*, 18. August 2006; W. Pfaff, »Can Bush Forestall Defeat?« *International Herald Tribune*, 13./14. Januar 2007; G. Kolko, »The Great Equalizer. Lessons from Iraq and Lebanon«, *Japan Focus*, 25. August 2006.

Amerikanischen Jahrhunderts, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach der Schlussakt des ersten und einzigen amerikanischen, des »langen« 20. Jahrhunderts sein.

## Der merkwürdige Tod des Globalisierungsprojekts

Die Vorstellung, dass wir die finale Krise der US-Hegemonie erleben, wird überzeugender, wenn wir uns den Auswirkungen des Irakkriegs auf die Zentralität der USA in der weltweiten politischen Ökonomie zuwenden. Wie Harvey unterstrichen hat, waren die Ziele des neokonservativen imperialen Projekts, sowohl im Land als auch auf der Weltbühne, nur zum Teil mit dem neoliberalen Glaubensbekenntnis an angeblich sich selbst regulierende Märkte vereinbar. Sollte die Zentralität der USA durch die Tätigkeit freier Märkte bedroht sein, waren die Neokonservativen bereit, aus der Kriegsführung niedriger Intensität, die sie unter dem Neoliberalismus überall auf der Welt betrieben, eine dramatische Konfrontation zu machen, mit deren Hilfe sich die Bedrohung ein für alle mal erledigen ließe. Die Irak-Invasion sollte eine solche Konfrontation sein: der erste taktischer Schritt einer längerfristigen Strategie mit dem Ziel, militärische Macht einzusetzen, um die US-amerikanische Kontrolle über den globalen Ölhahn und damit über die globale Ökonomie für mindestens weitere fünfzig Jahre zu festigen.[36]

Die unerwartet katastrophalen Folgen der Irak-Invasion werfen die Frage auf, was am Ergebnis des »Globalisierungsprojekts« der 1980er und 1990er Jahre für die Macht der USA so bedrohlich war, dass es die Neokonservativen in das riskante irakische Abenteuer trieb. Hatte nicht die durch die USA geförderte Liberalisierung des Welthandels und der Kapitalbewegungen zu einer großen Wiederbelebung der US-amerikanischen Macht geführt, nach den mannigfaltigen Krisen der 1970er Jahre? War nicht das Vertrauen auf den Urteilsspruch eines auf die USA zentrierten, durch die USA regulierten globalen Markts, ergänzt durch einen umsich-

[36] David Harvey (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg, S. 31f., 82-84, 87, 187-189; 195f.

tigen Gebrauch der Kriegsführung niedriger Intensität, die beste Garantie für die Reproduktion der Zentralität der USA in der globalen politischen Ökonomie?

Trotz all ihrer Rhetorik des freien Markts war die Bush-Administration von dem Prozess der multilateralen Liberalisierung von Handel und Kapitalbewegungen, die den zentralen institutionellen Aspekt der so genannten Globalisierung ausmachten, nie so begeistert wie die Clinton-Administration. Tatsächlich ist das Wort »Globalisierung« in den Reden von Präsident Bush selten, wenn überhaupt jemals, aufgetaucht. Einem leitenden Mitarbeiter des Präsidenten zufolge »bereitet ihm das Wort Unbehagen«. Im Dezember 2003, als die Bush-Administration unter Androhung von 2,3 Milliarden Dollar Vergeltungssanktionen von der WTO für ihre Zölle auf importierten Stahl von 2002 mit einem Bußgeld belegt wurde, erklärte der Mitarbeiter, das Weiße Haus »glaubt, was in den 90er Jahren falsch lief, war, dass wir vergessen haben, amerikanische Interessen an die erste Stelle zu stellen. So klingt Globalisierung nach der Aufstellung vieler Regeln, die die Entscheidungen des Präsidenten beschränken können und den amerikanischen Einfluss schwächen.«[37]

Der Versuch der Bush-Administration, sich von den Beschränkungen zu befreien, die der US-amerikanischen Macht durch die Globalisierung auferlegt werden, ist im finanziellen Bereich am offensichtlichsten. Niall Ferguson, der die finanzielle Position der USA derjenigen von Großbritannien ein Jahrhundert zuvor gegenüberstellt, weist mit dem Wortspiel

---

[37] Zit. n. D. Sanger, »While America Sells Security, China Is Buying Its Dollars«, *The New York Times*, 7. Dezember 2003. Siehe auch Chalmers Johnson (2004b): *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*, S. 272). »Der 11. September war der endgültige Schlag für das Globalisierungsversprechen […] Danach […] zogen sich die USA ganz auf eine Vorgehensweise zurück, die nationale Interessen an die erste Stelle rückte […] Insoweit Präsident Bush heute überhaupt mit Überzeugung über grenzüberschreitende Kooperation oder Integration spricht, geschieht dies immer im Kontext des Kriegs gegen den Terrorismus und in der schwächsten möglichen Bedeutung.« (A. Martinez, »The Borders Are Closing«, *Los Angeles Times*, 1. Juni 2005) Die Bush-Administration sattelte dementsprechend von multilateralen auf bilaterale Freihandelsabkommen um. Die einzigen multilateralen Verhandlungen, die sie unterstützte – die neue globale Handelsrunde, die kurz nach den Angriffen vom 11. September in Doha, Qatar, initiiert wurde –, wurden zwei Jahre später in Cancún mit großem Getöse abgebrochen, größtenteils im Streit über US-amerikanische und europäische Landwirtschaftssubventionen.

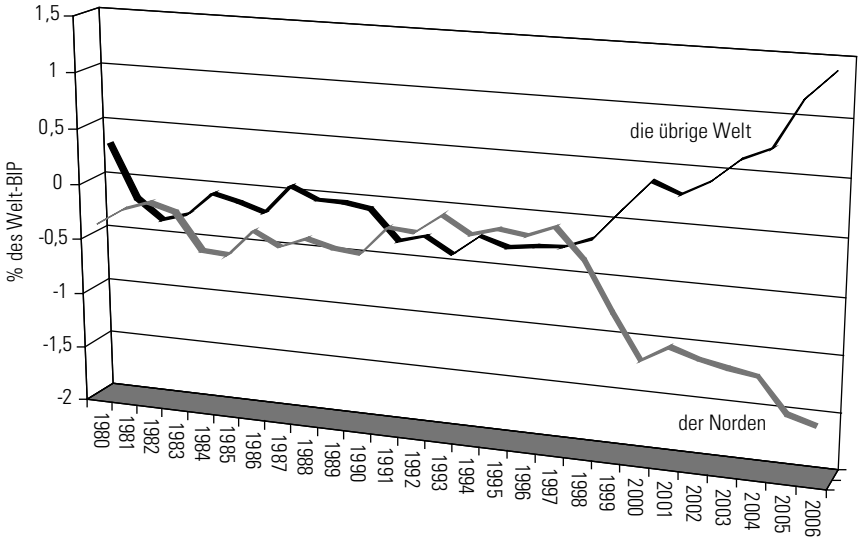
»hegemoney« darauf hin, dass Hegemonie sich im Fall Großbritanniens auch aufs Geld bezog. Als Bankier der Welt musste sich Großbritannien in seiner imperialistischen Glanzzeit »nie über eine Flucht aus dem Pfund Sorgen machen«, die USA dagegen »stürzen zwar ›Schurkenregime‹, zuerst in Afghanistan und jetzt im Irak, sind aber der größte Schuldner der Welt«. Dieser Umstand war das Ergebnis des in die Höhe schnellenden Defizits in der US-amerikanischen Zahlungsbilanz, das in Kapitel 5 und 6 diskutiert wurde.

> »So hat Präsident Bushs Vision einer durch militärische Gewalt dem US-amerikanischen Geschmack entsprechend umgestaltete Welt eine pikante Konsequenz: Der damit verbundene militärische Aufwand wird (unfreiwillig) von Europäern– einschließlich der viel geschmähten Franzosen – und Japanern finanziert. Gibt ihnen das nicht ein ganz klein wenig Einfluss auf die amerikanische Politik, nach dem Prinzip Wes Brot ich ess', des Lied ich sing? Balzac sagte einmal, ein Schuldner, der groß genug sei, habe Macht über seine Gläubiger; verhängnisvoll sei es, ein kleiner Schuldner zu sein. Anscheinend haben Mr. Bush und seine Leute sich diese Lektion zu Herzen genommen.«[38]

Tatsächlich waren die Europäer nicht die Hauptgeldgeber des riesigen US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits. Wie Abbildung 7.1 zeigt, weisen die *addierten* Leistungsbilanzen der Länder des globalen Nordens (d.h. die frühere Erste Welt, einschließlich Japans) ein seit der Asienkrise von 1997/98 eskalierendes Defizit auf – hauptsächlich aufgrund des US-amerikanischen Defizits –, dem ein eskalierender Überschuss in der Leistungsbilanz der übrigen Welt (d.h. der früheren Dritten und Zweiten Welt) entspricht. Wie wir im Nachwort sehen werden, bringt diese ausgeprägte Gabelung eine zunehmende Abhängigkeit der finanziellen Dominanz des Nordens und insbesondere der USA von einem Geld- und Kreditfluss gerade aus den Ländern mit sich, die zu den wahrscheinlichsten Opfern dieser Dominanz gehören. Es ist nicht überraschend, dass der Forschungsdirektor eines US-amerikanischen Think-tanks vor den Gefahren der daraus entstehenden Situation gewarnt hat: »Wir zählen immer mehr auf eine Gruppe

[38] N. Ferguson, »The True Cost of Hegemony«, *The New York Times*, 20. April 2003. Die Argumentation wird in Niall Ferguson (2004): *Colossus: The Price of America's Empire*. New York, S. 261-295, weiterentwickelt.

**Abbildung 7.1 : Leistungsbilanz als prozentualer Anteil am Welt-BIP**




Quelle: IWF World Economic Outlook Database; September 2006

von Gläubigern, die nicht unsere engsten Freunde sind, aber einen immer größeren Anteil an Amerika haben.«[39]

Momentan sind die ostasiatischen Regierungen, die den massiven Ankauf von US-Staatsanleihen und den Aufbau von auf Dollar lautenden Devisenreserven betrieben haben, mit Abstand die wichtigsten Geldgeber des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits– allen voran die japanische, aber in immer erheblicherem Ausmaß auch die chinesische.[40] Die

[39] Zitiert in F. Kempe, »Why Economists Worry About Who Holds Foreign Currency Reserves«, T*he Wall Street Journal*, 9. Mai 2006.

[40] Während »ausländische Investoren in den 1990er Jahren Billionen von Dollar in amerikanische Aktien und Firmenübernahmen pumpten […], kommt das meiste Geld [heute] nicht von privaten Investoren, sondern von ausländischen Regierungen, allen voran Japan und China. Statt Profiten haben sie die Stabilisierung der Wechselkurse zum Ziel. […] Viele Wirtschaftsexperten meinen, die asiatischen Zentralbanken hätten eine informelle Version des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse geschaffen, das von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die frühen 1970er Jahre bestand«. (E. Andrews, »The Dollar is

Hauptbeweggründe dieser und anderer Regierungen, die das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit finanziert haben, sind nicht rein wirtschaftliche, sondern politische. Ferguson selbst zitiert die Erklärung des damaligen IWF-Chefökonomen Kenneth S. Rogoff, er wäre »ziemlich besorgt […] [über] ein Entwicklungsland, das soweit das Auge reicht ein ums andere Jahr klaffende Leistungsbilanzdefizite von 5% [des BIP] oder mehr aufwiese, und dessen Haushaltsplan rapide von den schwarzen in die roten Zahlen absinken würde«.

Natürlich sind die USA, wie Rogoff sich beeilte hinzuzufügen, kein »Entwicklungsland«; aber – wie weder Rogoff noch Ferguson erwähnten – die USA sind auch kein gewöhnliches »entwickeltes« Land. Die USA erwarten und erhalten von anderen Regierungen und internationalen Institutionen – allen voran dem IWF – eine Vorzugsbehandlung bei der Abwicklung ihrer Finanzen, auf die kein anderer Staat, egal wie »entwickelt«, hoffen könnte. Das liegt nicht in erster Linie am Balzac-Effekt, sondern eher an der unvergleichlichen Bedeutung und Zentralität der USA innerhalb der Weltwirtschaft; und an der (jedenfalls vor der aktuellen Irakkrise) allgemeinen Auffassung, dass die US-amerikanische Militärmacht für die weltweite politische Stabilität unverzichtbar ist. In dieser Hinsicht sind Macht und Zentralität in der globalen politischen Ökonomie für die USA viel wichtiger, als sie für Großbritannien je waren, denn Großbritannien konnte – wie in Kapitel 5 dargelegt – auf etwas zählen, das die USA nicht haben: ein Territorialreich in Indien, aus dem es fast nach Belieben finanzielle und militärische Ressourcen gewinnen konnte.

---

Down, but Should Anyone Care?« *The New York Times*, 16. November 2004) Gegen Ende 2004 besaßen Ausländer etwa 13% der US-amerikanischen Aktien, 24% der Unternehmensanleihen und 43% der US-Staatsobligationen: R. J. Samuelson, »The Dangerous Dollar«, *The Washington Post*, 17. November 2004. Im August 2006 hielt Japan (mit 664 Milliarden Dollar) den größten ausländischen Bestand an US-Schatzobligationen, gefolgt von China (mit 339 Milliarden Dollar). Chinas Bestand übertraf die Summe der drei größten Bestände des Nordens (Großbritannien, Deutschland und Kanada; zusammen 300 Milliarden Dollar). Außerdem schließen Großbritanniens Bestände von über 200 Milliarden Dollar große Bestände von nicht-britischen Investoren in Großbritanniens Finanzmärkten und -institutionen ein: errechnet aus Daten in F. Norris, »Accessory for a U.S. Border Fence: A Welcome Mat for Foreign Loans«, *The New York Times*, 4. November 2006.

Daher können wir die US-amerikanische Lage der Dominanz ohne Geldhegemonie wie folgt zusammenfassen. Wie im Fall Großbritanniens auf einer vergleichbaren Stufe des relativen Niedergangs, spiegelt das eskalierende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Geschäftswelt im In- und Ausland wider. Und wie im Fall Großbritanniens, wenn auch weniger erfolgreich, hat das US-amerikanische Kapital diese Verschlechterung durch die Spezialisierung auf globale Finanzvermittlung teilweise wettgemacht. Anders als Großbritannien jedoch haben die USA kein Territorialreich zur Gewinnung der Ressourcen, die sie bräuchten, um ihre politisch-militärisch überragende Bedeutung in einer zunehmend von Konkurrenz geprägten Welt aufrechtzuerhalten. Natürlich verlor Großbritannien diese überragende Bedeutung letztendlich. Als sich der Wettstreit unter alten und neuen Konkurrenten im Aufbau von Imperien verstärkte und ein günstiges Milieu für die Rebellion der Untertanen in den Kolonien schuf, stiegen die Kosten für ein imperiales Reich sprungartig über seinen Nutzen hinaus. Großbritannien hatte zunehmende Schwierigkeiten, das Imperium sich selbst tragen zu lassen, vom Abwerfen eines Überschusses ganz zu schweigen, und so verschuldete sich das Land immer mehr bei den USA, die niedrigere Protektionskosten mit größeren Kenntnissen im industrialisierten Krieg verbanden als Großbritannien oder irgendeiner seiner Konkurrenten. Im Lauf der Zeit zwang diese Situation London, sein Überseeimperium zu liquidieren und sich mit der Position eines Juniorpartners der neuen Hegemonialmacht zufrieden zu geben. Seine Position als führende Gläubigernation der Welt hatte Großbritannien jedoch bis dahin noch nicht verloren, dazu waren zwei Weltkriege nötig, die Großbritannien beide militärisch gewann, aber in finanzieller Hinsicht verlor.[41]

Die USA sind dagegen viel früher und viel massiver als Großbritannien zu einer Schuldnernation geworden, nicht nur aufgrund ihrer Konsum-Orientierung, sondern auch, weil sie kein Indien hatten, aus dem sie kostenlos alle Truppen beziehen konnten, um eine so endlose Reihe von Kriegen im globalen Süden zu führen wie Großbritannien während seiner eigenen Hegemonie. Washington musste nicht nur für diese Truppen und

[41] Arrighi/Silver 1999, S. 72-87.

ihre hochgradig kapitalintensiven Waffen bezahlen; darüber hinaus musste es statt aus einem Überseeimperium Tribute zu ziehen, aggressiv auf den Finanzmärkten der Welt um das Kapital konkurrieren, das es zum Ausgleich des explosionsartigen Anwachsens seines Leistungsbilanzdefizits brauchte. Obwohl die USA darin während der 1980er und 1990er Jahre sehr erfolgreich waren, erhielten sie das Kapital, das sie anzogen – anders als Großbritannien die indischen Beiträge zu seiner Zahlungsbilanz – nicht umsonst. Im Gegenteil, es erzeugte einen sich selbst verstärkenden Strom von Einkommen ins Ausland, der den Ausgleich des US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zunehmend schwierig machte.[42]

Daraus folgt, dass die US-amerikanische *Belle Époque* auf einem positiven Kreislauf basierte, der jederzeit zum Teufelskreis werden konnte. Dieser positive Kreislauf und potenzielle Teufelskreis beruhte auf der Synergie zweier Bedingungen: der Fähigkeit der USA, darzustellen, dass sie weltweit die Funktion eines Markts der eisernen Reserve und einer unverzichtbaren politisch-militärischen Macht erfüllten, und der Fähigkeit und Bereitschaft der übrigen Welt, die USA mit dem nötigen Kapital zur weiteren Erfüllung dieser beiden Funktionen in immer größerem Maßstab zu versorgen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, die spektakulären »Siege« im ersten Golf- und im Jugoslawienkrieg und die Entstehung der *New Economy*-Spekulationsblase gaben der Synergie zwischen Wohlstand und Macht der USA auf der einen Seite und dem Zustrom von Kapital auf der anderen einen gewaltigen Impuls. Aber durch die Veränderung einer dieser Bedingungen könnte die Synergie sich umkehren und den positiven Kreislauf in einen Teufelskreis verwandeln.

---

[42] So berichtete *The Wall Street Journal* Ende September 2006, dass die USA zum ersten Mal seit 90 Jahren deutlich mehr an ausländische Gläubiger bezahlten, als sie aus ihren Auslandsinvestitionen erhielten, und damit in die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts zurückfielen, als sie Riesensummen von Europa liehen. Abgesehen davon, dass die Riesensummen heute aus Asien statt aus Europa kommen, besteht ein grundlegender Unterschied zwischen der Lage der Schuldnernation USA des 19. Jahrhunderts und der heutigen: Im 19. Jahrhundert finanzierte die Kreditaufnahme den Bau von Eisenbahnen und anderer Infrastruktur, die die Produktivität der US-amerikanischen Wirtschaft stärkte, während sie heute Güter für den privaten und öffentlichen Konsum finanziert, die die USA nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können. M. Whitehouse, »US Foreign Debt Shows Its Teeth as Rates Climb«, *The Wall Street Journal*, 7. September 2005; P. Krugman, »Debt and Denial«, *The New York Times*, 8. Februar 2006.

Da er kurz nach dem Platzen der *New Economy*-Blase Präsident geworden war, hatte Bush viele Gründe zum Unbehagen in Bezug auf die Politik der Clinton-Ära.[43] Während des Anwachsens der Blase war der größte Teil des in die USA strömenden ausländischen Kapitals privates Kapital auf der Suche nach Profiten gewesen, und die privaten Investoren selbst bestanden aus einer formlosen Masse, die wenig oder keinen Einfluss auf die US-amerikanische Politik erwarb. Wie bereits bemerkt, wurde der Zustrom von Kapital in die USA nach dem Platzen der Blase jedoch politischer, und die Regierungen, die das eskalierende Leistungsbilanzdefizit der USA finanzierten, erwarben notwendigerweise beträchtlichen Einfluss auf die US-amerikanische Politik. Dieser größere Einfluss stellte für Washington kein unmittelbares Problem dar, denn die meisten der ostasiatischen Gläubigerstaaten, allen voran Japan, empfanden ihre Sicherheit und ihren Wohlstand als stark von den USA abhängig. Wie wir noch sehen werden, veränderte sich diese Situation radikal mit dem Aufkommen Chinas als alternativer Bestimmungsort ostasiatischer Exporte und Investitionen und als wichtiger Gläubiger der USA.

Aber selbst abgesehen vom China-Faktor schränkte die wachsende finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Regierungen die Fähigkeit der USA ein, in den multilateralen und bilateralen Verhandlungen zur Förderung und Regulation der globalen Wirtschaftsintegration für ihr nationales Interesse einzutreten. So sagte der japanische Premierminister im Juni 1997, bei einem Zwischenstopp in New York auf dem Rückweg von einem G8-Treffen in Denver, auf dem die Clinton-Administration sich über die boomende US-Wirtschaft mächtig auf die Brust getrommelt hatte, dass Japan während der Verhandlungen mit den USA über Autoverkäufe und erneut, als die Wechselkurse stark schwankten und die USA ausschließlich mit in-

[43] Vor der Irak-Invasion wurde es üblich, die USA der Zeit nach der Spekulationsblase in böser Vorahnung mit Japan zu vergleichen. Die Tatsache, dass die US-amerikanischen Aktien 2002 das dritte Jahr in Folge an Wert verloren, was die längste Verluststrähne seit 1939-41 darstellte, machte die Sache nicht besser. D. Leonhardt, »Japan and the U.S.: Bubble, Bubble, Toil and Trouble«, *The New York Times*, 2. Oktober, 2002; S. Roach, »The Next Japan?« www.morganstanley.com, Zugriff am 21. Oktober 2002. Die beispiellose Kombination fiskalischer und finanzieller Stimuli, die von der Bush-Administration eingeführt worden war (siehe unten), verringerten die Ängste, die USA könnten in den 2000er Jahren die japanische Erfahrung der 1990er Jahre wiederholen, beseitigten sie aber nicht vollkommen.

nenpolitischen Fragen beschäftigt schienen, versucht gewesen sei, große Mengen von US-Staatsanleihen zu verkaufen. Wie ein Kommentator bemerkte, erinnerte Hashimoto »Washington schlicht daran, dass es selbst zwar eine stabile […] Wirtschaft aufgebaut hatte, asiatische Zentralbanken aber die Besitzurkunde in der Hand hielten«.[44]

Die Entscheidung der Bush-Regierung, auf den 11. September mit einem langwierigen Krieg an mehreren Fronten zu reagieren, verlieh dem Erfordernis, eine andere Politik einzuschlagen als in den 1990er Jahren, eine neue Dringlichkeit, denn wie konnte man einen solchen Krieg finanzieren, wenn das Land schon zu seinem Beginn hoch verschuldet war? Es gab vier mögliche Antworten auf diese Frage: durch Steuererhöhungen; durch noch höhere Auslandsanleihen; indem man den Krieg sich selbst finanzieren ließ oder durch Ausnutzung des Privilegs der Geldschöpfung, das die USA aufgrund der allgemeinen Akzeptanz des US-Dollars als internationale Währung genossen.

Die Steuern zu erhöhen, stand außer Frage. Nachdem sie die Wahlen mit einem Programm der umfangreichen Steuersenkungen gewonnen hatte, konnte die Bush-Regierung sie nicht erhöhen, ohne ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen und damit politischen Selbstmord zu begehen. Außerdem beruhte die Befürwortung der Kriegsanstrengungen zum großen Teil auf dem von der Regierung genährten Glauben, dass die USA sich nicht zwischen Kanonen und Butter entscheiden müssten, sondern von beidem mehr haben könnten. Tatsächlich wurde die Krise vom 11. September benutzt, um zwei Kriege anzufangen, gleichzeitig nutzte man die von der Vorgängerregierung aufgebauten Überschüsse, um die Steuern zu senken und dennoch Geld auszugeben. Im Rückblick, klagt Friedman, ließen die USA »der Blase der *New Economy* die Blase des 11. Septembers folgen […] Die erste wurde von waghalsigen Investoren finanziert und die zweite von einer waghalsigen Regierung samt Kongress«.[45]

Sich noch stärker beim Ausland zu verschulden, war möglich, aber innerhalb wirtschaftlicher und politischer Grenzen. Wirtschaftlich waren die Grenzen durch die Notwendigkeit festgesetzt, die Zinssätze niedrig zu hal-

[44] W. Pesek, »Commentary: Across Asia, the Sounds of Sharpening Knives«, *International Herald Tribune*, 7. Dezember 2004.

[45] T. Friedman, »The 9/11 Bubble«, *The New York Times*, 2. Dezember 2004.

ten, um die heimische Wirtschaft nach dem Zusammenbruch der Wallstreet von 2000/01, den der 11. September weiter verschlimmert hatte, wiederzubeleben. Politisch legte das Widerstreben der Bush-Regierung, ausländischen Regierungen noch mehr Einfluss auf die US-amerikanische Politik zu gewähren, die Grenzen fest. Die Kreditaufnahme bei ausländischen (vor allem ostasiatischen) Regierungen stieg jedoch nach dem 11. September an – ebenso wie ihr Einfluss. Die Finanzierung des Defizits war so immer stärker von der Gnade der ostasiatischen Zentralbanken abhängig. Aber diese Situation war nicht so sehr das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung der USA, die Kreditaufnahme zu erhöhen, als der Entscheidung ausländischer Regierungen, die ihre eigenen Gründe dafür hatten, das außer Kontrolle geratene US-Leistungsbilanzdefizit weiterhin zu finanzieren.[46]

Den Krieg sich selbst finanzieren zu lassen, war leichter gesagt als getan. Der bereits erwähnte Wechsel vom unbeendeten Krieg in Afghanistan zum Irak wurde nicht nur aufgrund der Erwartung, dass der Irak ein günstigeres Terrain für einen leichten Sieg der USA darstellte, vollzogen, für die Rumsfelds berühmte Bemerkung, der Irak böte »bessere Ziele« als Afghanistan, der Inbegriff ist. Er wurde auch aufgrund der Erwartung vollzogen, dass irakisches Öl die nötigen Mittel für die Konsolidierung der US-amerikanischen Macht im Irak und der gesamten westasiatischen Region liefern würde. Wie wir jetzt wissen, wurden beide Erwartungen nicht erfüllt. Sobald die »besseren irakischen Ziele« zerstört worden waren, konnte das irakische Öl nicht einmal annähernd die rapide ansteigenden Kosten eines Kriegs decken, der sich hinzog, ohne dass ein Ende in Sicht war.

> »Vor dem Krieg weigerten sich die Funktionäre, über Kosten zu sprechen, außer um darauf zu beharren, dass sie minimal sein würden. Erst nachdem das Schießen begonnen hatte und der Kongress nicht mehr zurück konnte, forderte die Regierung 75 Milliarden Dollar für den Iraq Freedom Fund. Dann, nachdem er den ›Auftrag‹ für ›ausgeführt‹ erklärt und eine große Steuersenkung durchgeboxt hatte […], sagte Mr. Bush dem Kongress, er brauche zusätzliche 87 Milliarden Dollar […], und

[46] F. Norris, »Is It Time for the Dollar to Fall in Asia?« *International Herald Tribune*, 22. Oktober 2004. E. Porter, »Private Investors Abroad Cut Their Investments in the U.S.«, *The New York Times*, 19. Oktober 2004.

warnte davor, dass US-amerikanische Soldaten darunter leiden würden, wenn das Geld nicht bereitgestellt werde.«

Ein Jahr später sprach er dieselbe Warnung erneut aus und beantragte beim Kongress weitere 25 Milliarden Dollar.[47] Bis Ende 2006 hatte der Kongress mehr als 500 Milliarden Dollar für die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie den Terrorismus betreffende Operationen anderswo genehmigt, und Hochrechnungen gingen davon aus, dass der Krieg gegen den Terror 2007 die (inflationsbereinigten) Kosten aller Kriege der USA mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs übersteigen würde.[48]

Da die Steuern nicht erhöht werden konnten, die weitere Kreditaufnahme im Ausland Grenzen hatte und der Krieg sich nicht selbst finanzierte, wurde die Ausnutzung des US-amerikanischen Privilegs der Geldschöpfung zur Hauptfinanzquelle für Bushs Kriege. Wie ein Kommentator kurz nach der Irak-Invasion schrieb, könnte ein Zyniker die Weise, in der andere Länder die USA als Gegenleistung für überteuerte Papierschnipsel mit Gütern, Dienstleistungen und Vermögenswerten versorgten, als »brilliante US-amerikanische Verschwörung« ansehen.

»In den 1980er und 1990er Jahren überzeugten [US-amerikanische] Parteiideologen eine Heerschar von Ökonomien, ihre Finanzmärkte zu liberalisieren. Solche Liberalisierungen endeten gewöhnlich in finanziellen Krisen, Währungskrisen oder einer Kombination von beidem. Diese Katastrophen schmälerten die Inlandsinvestitionen in den gepeinigten Ländern, schürten die Angst vor einem Leistungsbilanzdefizit und weckten den starken Wunsch zur Anhäufung von Devisenreserven. Der sicherste Weg dorthin war, Überschüsse in dem Land mit der größten Ökonomie und den liquidesten Kapitalmärkten der Welt zu investieren. Wenn leichtgläubige Ausländer nicht mehr davon überzeugt werden können, die USA zu finanzieren, wird der Dollar an Wert verlieren. Da die US-amerikanischen Verbindlichkeiten in Dollar notiert sind, nehmen die Netto-Verbindlichkeiten der USA gegenüber dem Rest der Welt mit zunehmendem Wertverlust immer weiter ab. Auf diese Weise wird die

[47] P. Krugman, »The Wastrel Son«, *The New York Times*, 18. Mai 2004.

[48] P. Baker, »U.S. Not Winning War in Iraq, Bush Says for the First Time«, *The Washington Post*, 20. Dezember 2006; »Costs of Major U.S. Wars«, *CounterPunch*, 5. Mai 2006.

letzte Stufe der ›Verschwörung‹ der teilweise Zahlungsverzug aufgrund der Wertminderung des Dollars sein.«[49]

Ende 2004 veranschlagte *The Economist* den Niedergang des Dollars während der vorangegangenen drei Jahre auf 35% gegenüber dem Euro und 24% gegenüber dem Yen und schätzte den Bestand von Dollarvermögen in der Hand von Ausländern auf fast 11 Billionen Dollar. »Wenn der Dollar um weitere 30% fällt, wie teilweise vorausgesagt wird, läuft dies auf den größten Zahlungsverzug der Geschichte hinaus: kein herkömmlicher Zahlungsverzug beim Schuldendienst, sondern Zahlungsverzug durch List, durch die Zusammenstreichung des Werts der von Ausländern gehaltenen Dollarvermögen um Billionen.«[50] Wie sich herausgestellt hat, lässt dieser »größte Zahlungsverzug in der Geschichte« noch auf sich warten. Aber ob es kommen wird oder nicht, die US-amerikanische Ausnutzung des Geldschöpfungsprivilegs, um sowohl Kanonen als auch Butter weit über ihre Mittel hinaus zu konsumieren, kann eine grundlegende strukturelle Anpassung der USA, die nötig ist, um ihre erheblich verminderte Wettbewerbsfähigkeit in der Weltwirtschaft widerzuspiegeln, hinauszögern aber nicht unendlich lange umgehen.

Die langfristigeren Ursachen für diese verminderte Wettbewerbsfähigkeit vor der Invasion im Irak sind bereits in Kapitel 6 diskutiert worden. Seit der Invasion hat eine wachsende Zahl von US-amerikanischen Beobachtern diesen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur in niedrig-technisierten, arbeitsintensiven Bereichen, sondern auch in den hochtechnisierten, wissensintensiven Bereichen, die das Rückgrat des relativen Vorteils der USA ausmachen, beklagt.[51] US-amerikanische multinationale

---

[49] M. Wolf, »A Very Dangerous Game.« *The Financial Times,* 30. September 2003. Komplexere Darstellungen der US-amerikanischen »Verschwörung« finden sich in R. H. Wade, »The Invisible Hand of the American Empire«, *openDemocracy*, 13. März 2003, und Andre Gunder Frank (2005): »Meet Uncle Sam – Without Clothes – Parading Around China and the World«, www.rrojasdatabank.info/agfrank/noclothes.htm.

[50] »The Disappearing Dollar«, *The Economist*, 2. Dezember 2004.

[51] Siehe unter anderem Segal (2004); J. Kumagi/W. Sweet, »East Asia Rising«, IEEE Spectrum Online, 19. Oktober 2004; W.J. Broad, »U.S. Is Losing Its Dominance in the Sciences«, *The New York Times*, 3. Mai 2004; E. Porter, »Innovation and Disruption Still Going Hand in Hand«, *The New York Times*, 6. Dezember 2004; D. Baltimore, »When Science Flees the U.S.«, *The Los Angeles Times*, 29. November 2004; T. Friedman, »Fly Me to the Moon«, *The New York Times*, 5. Dezember 2004; K. Bradsher, »Made in U.S., Shunned in China«,

Konzerne erlebten das Wachstum ihrer Einnahmen und Profite; aber das Wachstum trat hauptsächlich im Ausland auf, und diese Firmen konnten ihre Anteile am Weltmarkt nur durch Reinvestitionen ihrer Profite im Ausland halten.[52] Die Aufwertung der Währungen anderer Länder (vor allem Chinas) – die weithin für das Heilmittel gegen den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gehalten wird – könnte helfen, aber die früheren Erfahrungen sind nicht ermutigend.

> »Es existiert eine Fülle von Belegen dafür, dass die US-amerikanische Besessenheit von Währungen deplatziert ist. Seit 1976 hat sich der Yen gegenüber dem Dollar im Wert etwa verdreifacht. Aber es kam zu keiner signifikanten Verbesserung der US-amerikanischen bilateralen Position gegenüber – dem beständigen Schreckgespenst der US-amerikanischen Hersteller.«[53]

Die Anpassung der USA an die neuen Realitäten der Weltwirtschaft wird eine Kombination aus weiterer Abwertung des US-Dollars, Aufwertung der Währungen der Länder mit den höchsten Leistungsbilanzüberschüssen und einer Umleitung dieser Überschüsse von der Finanzierung des US-amerikanischen Defizits zur Schaffung von Nachfrage andernorts, insbesondere in Ostasien, mit sich bringen. Diese letztendliche Anpassung kann »brutal« sein, durch eine Schlappe des Dollars, oder »problemlos«.[54] Auf jeden Fall wird die Anpassung unvermeidlich eine weitere Verringerung

---

*The New York Times*, 18. November 2005; P.G. Roberts, »Another Grim Jobs Report. How Safe Is Your Job?«, *CounterPunch*, 18. April 2006; J. Perry/M. Walker, »Europeans' Appetite for Imports benefits China at the Expense of the U.S.«, *The Wall Street Journal*, 11. September 2006.

[52] L. Uchitelle, »Increasingly, American-Made Doesn't Mean in the U.S.A.«, *The New York Times*, 19. März 2004.

[53] J. Kynge/C. Swann, »US Risks Paying High Price for Calls Over Currency Flexibility«, *The Financial Times*, 26. September 2003. Parallel dazu stieg der Euro zwischen Juli 2001 und März 2006 um 44% gegenüber dem Dollar, aber das bilaterale US-amerikanische Defizit gegenüber der Eurozone wuchs um 75% an: C. Swann, »Revaluation of the Renminbi ›Will Do Little to Reduce US Deficit‹«, *The Financial Times*, 28. März 2006. Allgemeiner gesprochen, die massive Dollarabwertung von 2001-2004 verringerte das US-amerikanische Handelsdefizit nicht, sondern ließ es vielmehr auf eine neue Rekordhöhe von 617,7 Milliarden Dollar ansteigen. Wie Abbildung 5.2 zeigt, stieg das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit seit Mitte der 1990er Jahre sprunghaft an, gleichgültig, ob der Dollar aufgewertet wurde (wie 1995-2000) oder abgewertet (wie 2001-2004).

[54] M. Wolf, »A Very Dangerous Game«, *The Financial Times*, 30. September 2003.

der US-amerikanischen Verfügungsgewalt über die weltweiten wirtschaftlichen Ressourcen, eine Abnahme des Gewichts und der zentralen Stellung des US-Markts in der Weltwirtschaft sowie eine geringere Rolle des Dollars als internationales Zahlungsmittel und Leitwährung nach sich ziehen.

Die Bush-Regierung hat gezeigt, dass sie sich der Risiken eines zu großen Vertrauens auf einen im Wert sinkenden Dollar und eines Zahlungsverzugs der US-amerikanischen Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der USA durchaus bewusst ist. So überzeugte Finanzminister John Snow auf dem Gipfel in Doha im Juni 2003 die Finanzminister der anderen G7-Länder, eine gemeinsame Erklärung zu unterschreiben, derzufolge der Markt die Wechselkurse bestimmen sollte. Diese Erklärung fasste man als Signal für Washingtons offizielle Aufgabe der Politik des starken Dollars aus der Clinton-Ära auf, und prompt fiel der Dollar gegenüber allen wichtigen Währungen. Aber wann immer das Absinken drohte, zu einer Schlappe zu werden, haben US-amerikanische Funktionäre das Mantra von der Bedeutung einer starken Währung wiederholt: »Niemand auf den Märkten weiß noch so recht, was [das] bedeutet, aber für den Fall, dass es ein plötzliches Eingreifen signalisiert, gehen sie in Deckung und hören auf, Dollars zu verkaufen.«[55]

Die Verwirrung auf den Märkten war vollkommen gerechtfertigt angesichts des Widerspruchs zwischen dem rhetorischen Festhalten an der Bedeutung einer starken Währung und der extremen geld- und finanzpolitischen Lockerheit, mit der die Bush-Regierung die Erholung der US-Wirtschaft nach dem Crash von 2001 stützte und die eskalierenden Kosten des Krieges gegen den Terror finanzierte. Diese extreme Lockerheit erinnert an die US-amerikanische Politik im letzten Jahr des Vietnamkriegs, als Nixons Finanzminister John B. Connally in einem berühmt gewordenen Ausspruch der Welt mitteilte: »Der Dollar ist unsere Währung, aber Ihr Problem.«[56] Schließlich jedoch wurde der sinkende Dollar ein US-amerikanisches Problem. Einen kurzen Moment lang im Januar 1980 schien der Anstieg des Goldpreises auf den absoluten Höchststand von 875 Dollar pro

[55] C. Denny, »Trap a Dragon, Mr. Bush, and Lose an Election«, *The Guardian*, 3. November 2003.

[56] M. Landler, »Sidelined by U.S. and Asia, Singing the Euro Blues«, *The New York Times*, 12. Dezember 2004.

Unze das unmittelbar bevorstehende Ende des De-facto-Dollarstandards zu signalisieren, der 1971 eingeführt worden war – in dem Jahr, in dem die USA schließlich ihr Versprechen aufgaben, Gold zum festen Preis von 35 Dollar pro Unze zu verkaufen. Wie sich herausstellte, erholte sich der Dollar schnell von der Schlappe und der De-facto-Dollarstandard blieb seitdem bestehen. Im Lichte dieser Erfahrung beruht die Bereitschaft der Bush-Regierung, den Missbrauch des Geldschöpfungsprivilegs bis an die Grenzen auszureizen, vielleicht auf dem Glauben, dass Washington, wenn es hart auf hart kommt, den Kopf aus der Schlinge ziehen und weitere zwanzig Jahre des unbestrittenen Rechts auf Geldschöpfung genießen kann.[57]

Im Falle einer neuen Dollarschlappe, vergleichbar mit jener der späten 1970er Jahre, wäre es für die USA jedoch ungleich schwerer, wenn überhaupt möglich, im weltweiten Währungssystem wieder die Oberhand zu gewinnen. In den 1980er Jahren erlangte der Dollar wieder seine Position als Weltgeld, kraft einer plötzlichen und radikalen Umkehr der US-Geldpolitik von extremer Lockerheit zu extremer Strenge, begleitet von einem verstärkten Werben der USA um weltweites Kapital – durch Zinssätze in Rekordhöhe, Steuererleichterungen und zunehmende Handlungsfreiheit für kapitalistische Produzenten und Spekulanten.[58] Aber gerade der Erfolg dieser politischen Kehrtwende beim Anlocken riesiger Mengen von Kapital hat die USA von einer Gläubigernation in die weltweit größte Schuldnernation verwandelt. Die Gläubiger der USA mögen bei dem Gedanken, solch einem großen Schuldner den Boden unter den Füßen zu entziehen, zögern – wie sie es ganz bestimmt auch tun. Ohne Balzac nahe treten zu wollen, wäre es für sie dennoch ganz und gar nicht sinnvoll, ihren Kredit an ein Land zu verdoppeln, das sich den Zahlungsverpflichtungen für seine Schulden durch massive Währungsabwertung teilweise entzogen hat.[59] Außerdem haben die USA, da sie bereits außerordentliche Anreize für Kapital geschaffen haben, in der Situation einer neuen Dollarschlappe nicht mehr

[57] Dieser Glaube scheint unausgesprochen mitzuschwingen in Cheneys von Paul O'Neill folgendermaßen wiedergegebenen Behauptung: »Reagan hat bewiesen, dass Defizite keine Rolle spielen.« Zit. n. J. Cassidy, »Taxing«, *The New Yorker*, 26. Januar 2004.

[58] Wie wir in Kapitel 5 und 6 gesehen haben, begann die politische Kehrtwende unter Carter, wurde aber erst unter Reagan voll umgesetzt.

[59] M. Wolf, »The World Has a Dangerous Hunger for American Assets«, *The Financial Times*, 8. Dezember 2004.

viel anzubieten. Unter diesen Umständen – eine nie da gewesene Verschuldung und bereits ausgeschöpfte Anreize – würde eine Erhöhung der Zinssätze wie unter Reagan eine viel stärkere Kontraktion des Binnenmarkts hervorrufen, ohne Garantie für eine nachfolgende kräftige Erholung. Eine entscheidende Erhöhung der Zinssätze würde damit die relative Verkleinerung der US-amerikanischen Wirtschaft, die eine Dollarschlappe nach sich zöge, eher verschlimmern als lindern.

Dem sollten wir hinzufügen, dass es in den späten 1970er Jahren, wenn überhaupt, wenige brauchbare Alternativen zum US-Dollar als internationaler Währung gab. Der Euro war immer noch eher ein Projekt als Realität. Die schnell im Wert steigende D-Mark und der japanische Yen hatten weder das weltweite wirtschaftliche Gewicht noch die nationale institutionelle Unterstützung, die für ein internationales Zahlungsmittel von Bedeutung und für eine Leitwährung nötig sind. Da es sonst nirgends hinkonnte, wanderte das aus dem Dollar flüchtende Kapital somit hauptsächlich zum Gold ab. Aber keine kapitalistische Macht hatte in einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation irgendein Interesse daran, das Gold in Geld zurückzutauschen, insbesondere angesichts des Einflusses, der der UdSSR dadurch zugekommen wäre. Unter diesen Umständen konnten die USA bei ihren Versuchen, den Dollarstandard zu erhalten, auf die aktive Kooperation aller Regierungen zählen, die in der weltweiten Währungsregulation eine Rolle spielten.

Auch in dieser Hinsicht ist die heutige Situation ganz anders. Die Regierungen, die eine Rolle spielen, sind vielleicht größtenteils immer noch bereit, zur Erhaltung des Dollarstandards mit den USA zu kooperieren. Aber die Grundlage für diese Bereitschaft ist eine andere – und für die USA weniger günstige – als noch in den 1980er Jahren. Wie der frühere Finanzminister Lawrence Summers es neulich ausdrückte, die Abhängigkeit der USA von ausländischem Geld ist »sogar noch besorgniserregender« als ihre Abhängigkeit von ausländischer Energie.

> »In einem sehr realen Sinn halten die Länder, die in ihren Banken US-Währung und -Sicherheiten halten, auch den US-amerikanischen Wohlstand in den Händen. Dieser Gesichtspunkt sollte Amerikanern unbehaglich sein. Es hat etwas Seltsames, dass die größte Weltmacht auch der weltgrößte Schuldner ist. Natürlich haben die ausländischen Regie-

rungen und Investoren, die den Kaufrausch der Supermacht finanzieren, tatsächlich keine Motivation, die US-Wirtschaft in den Konkurs zu treiben, indem sie ihre Dollarreserven plötzlich zu Dumpingpreisen verkaufen. Die nachfolgende Finanzkrise würde auch ihren eigenen Ökonomien ernsthaft schaden. Aber nachdem sie endlich aus dem Gleichgewicht des Schreckens des Kalten Krieges herausgekommen sind, sollten die USA nicht leichtfertig eine neue Version der sicheren gegenseitigen Zerstörung akzeptieren, wenn sie es vermeiden können.«[60]

Tatsächlich ist es viel schwieriger für die USA, das neue »Gleichgewicht des Schreckens« zu ihren Gunsten aufzulösen, als es mit der UdSSR der Fall war. Wie bereits bemerkt, war der entscheidende Vorteil der USA während des Kalten Krieges ein finanzieller. In der neuen Konfrontation steht die finanzielle Macht jedoch nicht auf Seiten der USA, sondern auf der Gegenseite. Sollte der US-amerikanische Missbrauch ihrer Geldschöpfungsprivilegien erneut zu einer Dollarschlappe führen, sind europäische und ostasiatische Regierungen in einer viel besseren Position als vor 25 Jahren, brauchbare Alternativen zum Dollarstandard hervorzubringen. Nichtsdestotrotz sollten wir im Auge behalten, dass in diesen Dingen Trägheit die Regel ist und es zur Entthronung des Dollars nicht nötig ist, dass eine andere einzelne Währung seinen Platz einnimmt.

»Eine amtierende Währung zu verdrängen, kann Jahre dauern. Das englische Pfund behielt seine zentrale internationale Rolle noch mindestens fünfzig Jahre, nachdem Amerikas BIP das britische am Ende des 19. Jahrhunderts überholt hatte. Aber schließlich verlor es diesen Status. Wenn Amerika auf seinem derzeitigen verschwenderischen Pfad weitergeht, wird der Dollar wahrscheinlich ein ähnliches Schicksal erleiden. Aber in Zukunft ist es unwahrscheinlich, dass eine einzige Währung, wie etwa der Euro, seine Rolle übernimmt. Statt dessen könnte die Welt auf ein System mit mehreren Leitwährungen zutreiben, aufgeteilt unter dem Dollar, dem Euro und dem Yen (oder tatsächlich irgendwann in Zukunft dem Yuan) […] Eine langsame, stetige Verschiebung aus dem Dollar hinaus könnte man vielleicht bewältigen. Aber wenn Amerika weiterhin eine solche Vernachlässigung der eigenen Währung

[60] Lawrence H. Summers (2004): »America Overdrawn«, *Foreign Policy* 143, S. 46-49.

an den Tag legt, wären ein schnell fallender Dollar und steigende amerikanische Zinsraten die Folge.«[61]

Mit einem Wort, wie viele ihrer Kritiker mag die Bush-Regierung glauben, ein sinkender Dollar sei kein US-amerikanisches Problem, sondern ein sehr effektives Mittel, Freund und Feinde zur Finanzierung der Kriegsanstrengungen und des Wirtschaftswachstums der USA zu zwingen. In Wirklichkeit ist der sinkende Dollar der 2000er Jahre Ausdruck einer viel ernsthafteren Krise der US-Hegemonie als der sinkende Dollar der 1970er Jahre. Ob allmählich oder brutal, er ist Ausdruck (und ein Faktor) eines relativen und absoluten Verlusts der Fähigkeit der USA, ihre zentrale Stellung innerhalb der globalen politischen Ökonomie zu bewahren. Um Ausmaß und Wesen dieses Verlusts wirklich zu verstehen, müssen wir unser Augenmerk auf das richten, was im Rückblick als das größte Versagen des neokonservativen imperialistischen Projekts erscheinen könnte: dass es China nicht daran gehindert hat, ein potenzielles neues Zentrum der globalen politischen Ökonomie zu werden.

## Das China-Syndrom

Am Vorabend des 11. Septembers beendete John Mearsheimer *The Tragedy of Great Power Politics* – das ehrgeizigste Produkt moderner Theoriebildung zu internationalen Beziehungen der USA – mit einer Prognose und einer Verordnung hinsichtlich der Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas auf die US-amerikanische Macht.

»China ist noch weit entfernt von dem Punkt, an dem es genug [wirtschaftliche] Macht hat, um einen Vorstoß in Richtung regionale Hegemonie zu unternehmen. Daher ist es für die USA nicht zu spät, zu […] tun, was sie können, um den Aufstieg Chinas aufzuhalten. Ja, die gewaltigen strukturellen Notwendigkeiten des internationalen Systems werden die USA vermutlich zwingen, ihre Politik des konstruktiven Engagements in naher Zukunft aufzugeben. Tatsächlich gibt es Anzeichen

[61] »The Passing of the Buck?«, *The Economist*, 2. Dezember 2004.

dafür, dass die neue Bush-Administration die ersten Schritte in dieser Richtung unternommen hat.«[62]

Wie sich herausgestellt hat, war die im Sumpf des Iraks festgefahrene Bush-Regierung gezwungen, das konstruktive Engagement gegenüber China zu vertiefen statt aufzugeben. Auf dem Hin- und Rückweg zur Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC)-Konferenz in Bangkok umging Bush – geographisch und rhetorisch – das Land, das einst im Mittelpunkt der nationalen Sicherheitspolitik seiner Regierung gestanden hatte.[63] Wie die *Financial Times* anmerkte, ist dies »ein signifikanter Standortwechsel für einen Präsidenten, der vor seinem Amtsantritt für seinen Bruch mit Clintons Politik des Dialogs mit China warb und in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft darauf beharrte, China sei ein ›strategischer Konkurrent‹ der USA«. Da Sicherheitsfragen in Vorderasien stärker auf der US-amerikanischen Regierung lasteten, wichen Warnungen vor der chinesischen

---

[62] John J. Mearsheimer (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*. New York, S. 402. In Mearsheimers Argumentation spiegelte sich Wolfowitzs Aussage von 1992 wider, das Ziel von Außenpolitik sollte sein, »die Dominanz jeder feindlichen Macht über eine Region zu verhindern, deren Ressourcen, unter gefestigter Kontrolle, ausreichend wären, um globale Macht zu erzeugen«. Zit. n. Johnson 2004b, S. 85f. Mearsheimer wiederholte seine Position in einem Interview, das er acht Monate vor dem 11. September gab. »Die USA werden sich sehr bemühen […] China einzudämmen und es handlungsunfähig zu machen, so wie sie das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg, das Japanische Reich im Zweiten Weltkrieg und die Sowjetunion im Kalten Krieg handlungsunfähig gemacht haben.« Gleichzeitig gestand er ein, dass »es fast unmöglich wäre, Chinas Wirtschaftswachstum zu bremsen«. Eine effektivere Strategie, so behauptete er, wäre es, wenn die USA eine politische und militärische »ausgleichende Koalition« ins Leben riefen, die Japan, Vietnam, Korea, Indien und Russland umfassen würde. Dann könnten die USA Russland in einem Grenzkonflikt mit China ebenso unterstützen wie Japan in einem Konflikt mit China um maritime Verkehrswege; oder sie könnten »im Namen Taiwans in den Krieg ziehen«. (Harry Kreisler [2002]: »Through the Realist Lens.« *Conversations with History: Conversation with John Mearsheimer*, Institute of International Studies, UC Berkeley, 8. April; Zugänglich unter http://globetrotter.berkeley.edu/.

[63] »In der ersten Fassung der [verteidigungspolitischen Richtlinien] *Defense Policy Guidance* von 1992, die von Paul Wolfowitz und Lewis Libby entworfen wurde, war es unklar, wo der neue Konkurrent um die US-amerikanische Vormacht am wahrscheinlichsten auftauchen würde. Europa und Japan waren ebenso unter den Kandidaten wie China. Als die Bush-Regierung dann ins Amt kam, sahen die Befürworter dieser Doktrin der Vormacht in absehbarer Zukunft jedoch nur noch einen möglichen ebenbürtigen Konkurrenten auftauchen: China.« (John Gershman [2002]: »Remaking Policy in Asia?« *Foreign Policy in Focus*, November, www.fpif.org.)

Bedrohung einem sogar noch engagierteren Dialog mit Beijing als unter Clinton. Die Kehrtwende war so vollständig, dass das Weiße Haus sich zu rühmen begann, es hätte bessere Beziehungen zu China als je eine Regierung, seit Richard Nixon die Beziehungen mit der Volksrepublik wieder aufgenommen hatte.[64]

Wie wir in Kapitel 10 sehen werden, hat Washington die Idee, China durch eine Vielzahl von Strategien zu kontrollieren, keineswegs aufgegeben, was die Art von politischer und militärischer »Gleichgewichtskoalition« einschloss, die Mearsheimer sich gewünscht hatte. Nichtsdestotrotz, je mehr die USA in den Krieg gegen den Terror verwickelt und je abhängiger sie von billigen Krediten und Waren aus dem Ausland wurden, um so erfolgreicher war China darin, eine andere Art von »strukturellem Imperativ« geltend zu machen als die, die Mearsheimer sich vorgestellt hatte. Wie Krugman anmerkte, als der US-Finanzminister nach Beijing ging, um eine Aufwertung des Yuan zu erbitten und man seiner Bitte nicht nachkam, war ein Grund, dass Chinas Handelsbilanzüberschuss mit den USA größtenteils durch Handelsbilanzdefizite mit anderen Ländern aufgewogen wurde. Aber ein weiterer Grund war, dass

> »die US-Währung sehr wenig Einfluss auf China hat. Mr. Bush braucht Chinas Hilfe beim Umgang mit Nordkorea. […] Außerdem gehören Ankäufe von US-Staatsanleihen durch Chinas Zentralbank zu den Hauptmitteln, mit denen die USA ihr Handelsbilanzdefizit finanzieren. […] Nur vier Monate nach der Operation Flight Suit[65] ist die Supermacht zur Bittstellerin bei Nationen geworden, die sie früher beleidigt hat. Auftrag ausgeführt!«[66]

Außerdem war sich die Bush-Administration durchaus der Gefahr bewusst, dass die Auferlegung von Zöllen auf Importe aus China, um eine Aufwertung zu erzwingen, auf sie zurückschlagen könnte. Wie Bushs wirtschaftlicher Berater Greg Mankiw wiederholt konstatierte, sind die meisten US-

---

[64] J. Harding/P. Spiegel, »Beijing Looms Large in the White House's Defence Strategy«, *The Financial Times*, 17. Oktober 2003. Siehe auch R. Cohen, »The Iraqi Silver Lining: Closer U.S.-China Ties«, *The International Herald Tribune*, 13. Dezember 2006.

[65] Bushs Fototermin, als er am 1. Mai 2003 in voller Kampfmontur mit einem Kampfjet auf dem Flugzeugträger »Abraham Lincoln« landete (Anm. d. Übers.).

[66] P. Krugman, »The China Syndrome«, *The New York Times*, 5. September 2003.

amerikanischen Jobs in Maschinenanlagen, Transporteinrichtungen und der Halbleiter-Industrie verloren gegangen – Industriezweige, in denen die chinesische Konkurrenz unbedeutend ist. Was noch wichtiger ist, eine Aufwertung des Yuan würde die Importe aus China bloß durch die anderer, teurerer ausländischer Lieferanten ersetzen. Das Ergebnis für die USA wäre eine steigende Inflation, ein weiterer Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und ein Abbau statt eines Zuwachses an Arbeitsplätzen.[67]

Zusammen spiegelten sich die Auswirkungen von Chinas starker Wirtschaft und Washingtons Problemen in Vorderasien bald nicht nur in den Beziehungen der beiden Länder wider, sondern auch in ihrem jeweiligen Ansehen bei Dritten. Am Vorabend der APEC-Konferenz in Bangkok von 2003 berichtete *The New York Times*, dass aus der Sicht führender Köpfe aus Politik und Geschäftsleben in Asien die US-Hegemonie »fast unmerklich, aber unverkennbar geschwächt wurde, während asiatische Länder auf China als zunehmend zentrale Regionalmacht ausgerichtet waren«. Obwohl die USA immer noch der größte Handelspartner der Region waren, holte China rapide auf und wurde bald ein größerer Handelspartner von Amerikas beiden wichtigsten strategischen Verbündeten, Japan und Südkorea. Noch wichtiger, die Sichtweise auf die Politik der Situation vor Ort erfuhr eine radikale Kehrtwende. Ein prominenter singapurischer Geschäftsmann, der China ein Jahr zuvor vorgeworfen hatte, ein Moloch zu sein, bereit, die schwächeren Ökonomien Südostasiens zu erdrücken, malte im Herbst 2003 ein vollkommen anderes Bild. »Die allgemeine Auffassung ist, dass China sein Möglichstes versucht, um seinen Nachbarn gefällig zu sein, beizustehen und entgegenzukommen, während die USA als Land wahrgenommen werden, das mehr und mehr in seine eigene Außenpolitik verstrickt ist und alle dazu nötigt, dieses Programm mitzutragen.«[68] 2006 hatte der Umschwung in den Wahrnehmungen eine ebenso radikale Veränderung der entsprechenden Geopolitik nach sich gezogen.

---

[67] »Mr. Wen's Red Carpet«, *The Economist*, 11. Dezember 2003.

[68] J. Perlez, »Asian Leaders Find China a More Cordial Neighbor«, *The New York Times*, 18. Oktober 2003; »With U.S. Busy, China Is Romping with Neighbors«, *The New York Times*, 3. Dezember 2003; P. Pan, »China's Improving Image Challenges U.S. in Asia«, *The Washington Post*, 15. November 2003; G. Kessler, »U.S., China Agree to Regular Talks«, *The Washington Post,* 8. April 2005.

> »Viele der Abmachungen, die im Lauf der letzten 50 Jahre Maßnahmen zur Sicherheit in Südostasien angeregt haben, waren als Bollwerke gegen die chinesische kommunistische Expansion konzipiert. Jetzt äußern sich die Staatsoberhäupter Südostasiens, die sich traditionell auf die USA als regionalen Sicherheitsanker verlassen haben, über die Notwendigkeit, ihre Beziehungen mit Beijing zu stärken.«[69]

Es gab Anzeichen für ein Nachlassen des US-amerikanischen Einflusses sogar im kulturellen Bereich, wo – von Hollywoodfilmen bis hin zu MTV – die Anziehungskraft Amerikas am stärksten blieb. Von einem USA-Besuch durch die Schwierigkeit, nach dem 11. September ein Visum zu bekommen, abgeschreckt, begann eine wachsende Zahl von Asiaten, zu Studienzwecken und als Touristen nach China zu reisen. Der kulturelle Austausch funktionierte in beide Richtungen: Die Chinesen wurden zur dominanten Touristengruppe in der Region; asiatische Studenten machten sich die deutlich steigenden Chancen auf eine höhere Bildung in China zunutze, während chinesische Studenten aus der Mittelklasse, die sich die happigen amerikanischen Gebühren nicht leisten konnten, an Hochschulen in Südostasien gingen.[70]

Aber am bemerkenswertesten war der Anstieg des chinesischen Einflusses im wirtschaftlichen Bereich. 2001-2004 war China für ein Drittel des gesamten Zuwachses im weltweiten Importvolumen verantwortlich, wurde damit zu »einer Lokomotive für das übrige Ostasien« und spielte eine große Rolle bei der wirtschaftlichen Erholung Japans.[71] Diese führende Wirtschaftsrolle Chinas wurde aufgefasst als »ein weiterer Beleg für die Verschiebung der geopolitischen Macht, die in Asien vor sich geht«.

> »In einem Zeitraum von wenigen Jahren ist China zu einer Wirtschaftsmacht und zunehmend starken politischen Kraft in einer Region geworden, in der die USA einst unangefochten waren. […] Vieles von Chinas neuem Status beruht auf seinem Hervortreten als eine der großen

---

[69] D. Greenlees, »Asean Hails the Benefits of Friendship with China«, *The International Herald Tribune*, 1. November 2006.

[70] J. Perlez, »Chinese Move to Eclipse U.S. Appeal in South Asia«, *The New York Times*, 18. November 2004.

[71] »The Passing of the Buck?« *The Economist*, 2. Dezember 2004. 2004 überholte China die USA und wurde zu Japans größtem Handelspartner seit Beginn der Aufzeichnungen.

Handelsnationen der Welt und im Zusammenhang damit als wichtiger Markt für exportorientierte Nachbarstaaten. Aber diese Macht hat eine starke politische Dimension, denn Beijings neue Führer zeigen sich bereit, alte Konflikte zu begraben und andere Nationen für sich einzunehmen, statt sie zu drangsalieren.«[72]

Wesentlich für diese Verschiebung war Chinas zunehmende Bedeutung gegenüber den USA sogar außerhalb der ostasiatischen Region. In Südasien hat der Handel mit Indien zwischen 1994 und 2005 von 300 Millionen auf 20 Milliarden Dollar zugenommen, was eine »komplette Kehrtwende« in den Beziehungen der beiden Länder und ein nie da gewesenes gegenseitiges Engagement auf Regierungs- ebenso wie auf geschäftlicher Ebene nach sich zog.[73] Washingtons Scheitern bei dem Versuch, seine Kontrolle über den »globalen Ölhahn« in Vorderasien zu festigen, wurde besonders eindrucksvoll durch die Unterzeichnung eines wichtigen Ölabkommens zwischen Beijing und Teheran im Oktober 2004 signalisiert.[74] Weiter südlich treibt Öl Chinas Vordringen nach Afrika an. 2000 erließ Beijing freiwillig 1,2 Milliarden Dollar afrikanischer Staatsschulden, und im Laufe der nächsten fünf Jahre stieg der Handel zwischen Afrika und China von knapp 10 Milliarden auf über 40 Milliarden Dollar. Jedes Jahr kommen mehr chinesische Unternehmer – 2006 waren es zehn Mal so viele wie 2003 – nach Afrika, um dort zu investieren, wo westliche Firmen nicht an Geschäften interessiert sind, während die chinesische Regierung ohne die Auflagen, die an Hilfsmittel aus dem Westen geknüpft sind (außer der Forderung, Taiwan nicht anzuerkennen), Entwicklungshilfe anbietet. Afrikanische Staatsoberhäupter schauen immer mehr nach Osten auf der Suche nach Handel, Hilfsmitteln und politischen Bündnissen, und so kommt es zu einer Reorganisation der historischen Verbindungen des Kontinents

[72] T. Marshall, »China's Stature Growing in Asia«, *The Los Angeles Times*, 8. Dezember 2003.

[73] A. Greenspan, »When Giants Stop Scuffling and Start Trading«, *The International Herald Tribune*, 14. September 2004; N. Vidyasagar, »Meet India's Future No 1 Bilateral Trade Partner«, *The Times of India*, 9. Februar 2005; S. Sengupta/H. French, »India and China Poised to Share Defining Moment«, *The New York Times*, 10. April 2005; W.N. Dawar, »Prepare Now for a Sino-Indian Trade Boom«, *The Financial Times*, 31. Oktober 2005.

[74] K. Afrasiabi, »China Rocks the Geopolitical Boat«, *Asia Times Online*, 6. November 2004

mit Europa und den USA.[75] Ähnlich bedeutsam war das chinesische Vorpreschen in Südamerika. Während Bush der APEC-Konferenz in Chile 2004 nur einen flüchtigen Besuch abstattete, brachte Hu Jintao zwei Wochen damit zu, Argentinien, Brasilien, Chile und Kuba zu besuchen, kündigte mehr als 30 Milliarden Dollar Neuinvestitionen an und unterschrieb langfristige Verträge, die China den Nachschub entscheidender Rohstoffe sichern werden. Politische Nebenwirkungen schienen sich vor allem mit Brasilien zu entwickeln, wo Lula wiederholt die Idee eines »strategischen Bündnisses« mit Beijing in Umlauf setzte, und mit Venezuela, wo Chávez steigende Ölverkäufe an China als Weg für Venezuela feierte, sich aus der Abhängigkeit vom amerikanischen Markt zu befreien.[76]

2004 waren die Europäische Union und China dabei, sich gegenseitig zu führenden Handelspartnern zu machen. Gemeinsam mit ihrer gegenseitigen Bezeichnung als »strategische Partner« und häufigen Treffen und Staatsbesuchen führten diese zunehmend engeren wirtschaftlichen Bindungen dazu, dass über eine im Weltgeschehen entstehende »chinesisch-europäische Achse« gesprochen wurde. »Achse« ist vielleicht ein zu starkes Wort, aber wenn ein solches Bündnis tatsächlich entsteht, dann hauptsächlich aufgrund der allgemeinen Auffassung, dass die Finanz- und Militärpolitik der USA eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und den Wohlstand der Welt darstellt. Wie ein Funktionär der europäischen Kommission beschrieb: »Die USA sind stiller Teilnehmer am Tisch bei allen Treffen zwischen der EU und China, nicht in Form von Druck, sondern was unser gemeinsames Interesse an der Entwicklung von Multilaterismus und Einschränkung des US-amerikanischen […] Verhaltens angeht.«[77]

---

[75] J. Murphy, »Africa, China Forging Link«, *The Baltimore Sun*, 23. November 2004; K. Leggett, »Staking a Claim«, *The Wall Street Journal,* 29. März 2005; E. Economy and K. Monaghan, »The Perils of Beijing's Africa Strategy«, *The International Herald Tribune*, 1. November 2006; »Africa and China«, *The Economist*, 3. November 2006.

[76] L. Rohter, »China Widens Economic Role in Latin America«, *The New York Times*, 20. November, 2004; J. Forero, »China's Oil Diplomacy in Latin America«, *The New York Times*, 1. März 2005. Siehe auch R. Lapper, »Latin America Quick to Dance to China's Tune«, *The Financial Times*, 10. November 2004.

[77] David Shambaugh (2004): »China and Europe: The Emerging Axis«, *Current History* 103 (674), S. 243-248.

China begann die USA auch in der Förderung multilateraler Handelsliberalisierung zu überschatten. Auf regionaler Ebene versuchte es erfolgreich, sich mit ASEAN-Ländern zu vernetzen, während es gleichzeitig Wirtschaftsverbindungen mit Japan, Südkorea und Indien anstrebte. Auf globaler Ebene führte es gemeinsam mit Brasilien, Südafrika und Indien die G20-Offensive beim WTO-Treffen in Cancún gegen die Doppelzüngigkeit des Nordens – der dem Süden Marktöffnung auferlegte und selbst aufs Schärfste protektionistisch blieb, insbesondere in Wirtschaftsbereichen, in denen der Süden die größten relativen Vorteile hat. Auch in dieser Hinsicht hob sich Chinas Haltung stark von der US-amerikanischen Aufgabe multilateraler Handelsgespräche zugunsten von bilateralen Vereinbarungen ab, die auf eine Spaltung des in Cancún entstandenen Bündnisses des Südens oder auf die Erlangung von Unterstützung für den Krieg gegen den Terror abzielten.[78]

Wie wir in Kapitel 9 sehen werden, wurde erst 2006 das abgrundtiefe Scheitern des neokonservativen imperialistischen Projekts eine allgemein akzeptierte Tatsache. Doch bereits am 4. Juli 2004, dem US-amerikanischen Unabhängigkeitstag, antwortete das Magazin von *The New York Times* auf das Neue Amerikanische Jahrhundert der Neokonservativen, indem es als Titelgeschichte die wahrscheinliche Ankunft eines »Chinesischen Jahrhunderts« ankündigte:

> »Die US-amerikanische Wirtschaft ist etwa achtmal so groß wie die chinesische. […] Amerikaner verdienen pro Kopf 36-mal so viel wie Chinesen. Und die potenziellen Hindernisse auf Chinas Weg sind nicht zu knapp. Sein Bankwesen könnte zusammenbrechen. Seine Armen und seine Minderheiten könnten rebellieren. Das hochnäsige Taiwan und das irrsinnige Nordkorea könnten China in einen Krieg drängen. Die USA könnten auf alle Lieferungen aus China Steuern aufschlagen. Trotzdem, abgesehen von einer […] nuklearen Katastrophe gibt es wahrscheinlich nichts, was China lange Zeit im Zaum halten könnte. Seit 1978 hat […] [es] sich von faktischer Abwesenheit im internationalen Handel zur

[78] R. L. Smith/C. G. Cooper, »The US and Economic Stability in Asia«, *Asia Times Online*, 6. Dezember 2003; A. Kwa, »The Post-Cancun Backlash and Seven Strategies to Keep the WTO Off the Tracks«, Focus on Trade Nr. 95, November 2003; M. Vatikiotis/D. Murphy, »Birth of a Trading Empire«, *Far Eastern Economic Review*, 20. März 2003.

drittaktivsten Handelsnation der Welt gemausert, hinter den USA und Deutschland und vor Japan […] 21 Konjunkturflauten, eine Depression, zwei Zusammenbrüche des Aktienmarkts und zwei Weltkriege konnten das Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft während des vergangenen Jahrhunderts nicht stoppen. […] China steht in diesem Jahrhundert ein ähnliches Wachstum bevor. Auch wenn die Menschen in China im Durchschnitt nicht so wohlhabend sind wie Amerikaner und auch wenn die USA weiterhin ein starkes Spiel in der Wirtschaft spielen und in Technologien führend sind, wird China ein immer eindrucksvollerer Konkurrent sein. Wenn irgendein Land die USA auf dem Weltmarkt verdrängt, dann China.«[79]

Kurz gesagt: Weit davon entfernt, die Grundlagen für ein zweites amerikanisches Jahrhundert zu errichten, hat die amerikanische Besetzung des Iraks die Glaubwürdigkeit der US-amerikanischen Militärmacht gefährdet, die Zentralität der USA und ihrer Währung in der globalen politischen Ökonomie weiter geschwächt und die Tendenz zum Hervortreten Chinas als Alternative zur US-amerikanischen Führung in Ostasien und darüber hinaus verstärkt. Ein schnelleres und vollständigeres Scheitern des neokonservativen imperialistischen Projekts hätte man sich kaum vorstellen können. Aber wenn die Bemühung der Bush-Regierung um die globale Vormachtstellung auch höchstwahrscheinlich als eine von mehreren »Blasen«, die die finale Krise der US-Hegemonie unterstrichen, in die Geschichte eingehen wird, so wird ihr Platzen die welthistorischen Umstände, die das *Project for a New American Century* hervorgebracht haben, zwar verwandelt, aber nicht ausgelöscht haben.[80] Wenn sie auch nicht mehr he-

---

[79] T. C. Fishman, »The Chinese Century«, *The New York Times Magazine*, 4. Juli 2004.

[80] »Der Irak sollte die neue globale Macht der USA bestätigen: Tatsächlich könnte er sich durchaus als Vorbote ihres Niedergangs erweisen […] Sobald die Blase der US-amerikanischen Macht in einem globalen Kontext, der sich bereits in andere Richtungen neigt, aufgestochen ist, könnte sie sich durchaus etwas schneller entleeren als man sich vorgestellt hat.« (M. Jacques, »The Disastrous Foreign Policies of the US Have Left it More Isolated than Ever, and China Is Standing By to Take Over«, *The Guardian*, 28. März 2006) George Soros (2004): *The Bubble of American Supremacy: Correcting the Misuse of American Power.* New York, charakterisierte das neokonservative Trachten nach globaler Vormacht schon lange, ehe ihr Verfall offensichtlich wurde, als »Blase«.

gemonial sind in dem Sinne, wie wir diesen Ausdruck verwenden, bleiben die USA die überragende Militärmacht und behalten beträchtlichen Einfluss im neuen »Gleichgewicht des Schreckens«, das ihre Wirtschaftspolitik mit derjenigen ausländischer Konkurrenten und Finanziers verbindet. Um den möglichen künftigen Nutzen dieser Restmacht zu ermitteln, müssen wir uns jetzt den historischen Prozessen zuwenden, die der Beziehung zwischen Kapitalismus und Imperialismus zugrunde liegen.

# Kapitel 8
# Die territoriale Logik des historischen Kapitalismus

»Das Wort Imperialismus geht leicht von der Zunge.« Wie John A. Hobson ein Jahrhundert zuvor, stellt Harvey fest, der Ausdruck habe so unterschiedliche Bedeutungen angenommen, dass sein analytischer Gebrauch, im Gegensatz zum bloß polemischen, eine Klärung erforderlich mache.[1] Seine allgemeinste Bedeutung ist die Ausdehnung oder erzwungene Verbreitung von Macht, Autorität oder Einfluss eines Staates auf andere Staaten oder staatenlose Gemeinschaften. So verstanden gibt es Imperialismus schon sehr lange und in sehr vielfältiger Form. Wir müssen aber die spezielle Sorte, die Harvey »kapitalistischen Imperialismus« oder »Imperialismus kapitalistischer Prägung« nennt, untersuchen, um zu verstehen, warum die größte kapitalistische Macht der Weltgeschichte, die USA, einen Militärapparat von beispielloser und nie da gewesener Zerstörungskraft entwickelt und sich nur allzu bereit gezeigt haben, diesen Apparat zur Verfolgung des bislang ehrgeizigsten Projekts der Weltherrschaft einzusetzen.

Harvey definiert den Imperialismus kapitalistischer Prägung als »widersprüchliche Verschmelzung« zweier Elemente: der »›Politik von Staaten und Imperialen‹« und »der ›molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit‹«. Das erste Element bezieht sich auf »die politischen, diplomatischen und militärischen Strategien […], die ein Staat (oder eine Ansammlung von Staaten, die als politischer Machtblock operiert) ins Feld führt und anwendet in dem Bemühen, in der ganzen Welt seine Interessen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen«. Diese Anstrengungen werden von einer »territorialen Logik der Macht« angetrieben – einer Logik also, in der die Kontrolle über ein Gebiet und seine menschlichen und natürlichen Ressourcen die Basis für Machtstreben konstituiert. Das zweite

[1] Harvey 2005, S. 33. Zu Hobsons klassischer Definition von Imperialismus und ihrer Nützlichkeit zur analytischen Aufschlüsselung der verschiedenen (oft entgegengesetzten) Bedeutungen, die der Ausdruck historisch angenommen hat, siehe Giovanni Arrighi (1983): *The Geometry of Imperialism*. Revised Edition. London.

Element bezieht sich dagegen auf den Strom wirtschaftlicher Macht »durch das Raumkontinuum […], in territoriale Einheiten […] hinein und aus ihnen heraus«, durch »die alltägliche Praxis von Produktion, Handel, Gewerbe, Kapitalflüssen, Geldtransfer, Arbeitsmigration, Technologietransfer, Währungsspekulation, Informationsflüssen, kulturellen Impulsen und ähnliches«. Die Antriebskraft dieser Prozesse ist eine »kapitalistische Logik der Macht«, eine Logik also, in der die Kontrolle über wirtschaftliches Kapital die Basis für Machtstreben konstituiert.[2]

Die Verschmelzung dieser Elemente ist immer problematisch und oft widersprüchlich (das heißt dialektisch). Keine Logik kann auf die andere reduziert werden. So »wäre es schwierig, den Vietnamkrieg oder den Einmarsch in den Irak allein im Hinblick auf die unmittelbaren Erfordernisse der Kapitalakkumulation zu verstehen«, denn »es lassen sich plausible Argumente dafür finden, dass solche Wagnisse für die Geschicke des Kapitals eher hinderlich sind als förderlich«. Ebenso schwierig wäre es jedoch, »die allgemeine territoriale Strategie der Eindämmung sowjetischer Macht zu verstehen, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten – die Strategie, die auf eine US-amerikanische Intervention in Vietnam hinauslief –, ohne einzugestehen, welch zwingende Notwendigkeit Vertreter US-amerikanischer Geschäftsinteressen darin sahen, einen möglichst großen Teil der Welt für Kapitalakkumulation durch die Expansion von Handel […] und Möglichkeiten zur Auslandsinvestition offen zu halten«.[3]

Die territoriale und die kapitalistische Logik der Macht lassen sich zwar nicht aufeinander reduzieren, und zeitweise tritt die territoriale Logik in

[2] Harvey 2005, S. 33f. Harvey bezieht sich auf meine eigene Unterscheidung zwischen einer kapitalistischen und einer territorialen Logik der Macht (Arrighi 1994, S. 33f.). Sein Gebrauch der Unterscheidung weicht jedoch von meinem in zwei wichtigen Punkten ab. Bei ihm bezieht sich die territoriale Logik auf die Politik von Staaten und die kapitalistische Logik auf die Politik der Produktion, des Austausches und der Akkumulation. Bei mir beziehen sich dagegen beide Logiken hauptsächlich auf die Politik von Staaten. Außerdem geht Harvey anscheinend davon aus, dass alle Marktprozesse (einschließlich Handel, Gewerbe, Arbeitsmigration, Technologietransfer, Informationsflüsse und ähnliches) von einer kapitalistischen Logik angetrieben sind. Davon gehe ich nicht aus. Wie wir noch sehen werden, führen diese Unterschiede dazu, dass meine historische Darstellung der Beziehung zwischen Kapitalismus und imperialistischen Praktiken in wesentlichen Hinsichten von Harveys abweicht.

[3] Harvey 2005, S. 36.

den Vordergrund, aber »was den Imperialismus kapitalistischen Einschlags von anderen Konzeptionen von Imperien unterscheidet, ist, dass hier typischerweise die kapitalistische Logik dominiert«. Doch wenn dies der Fall ist, so fragt Harvey, »wie kann die territoriale Logik der Macht, die gewöhnlich in ungünstiger Weise räumlich fixiert ist, auf die offenen räumlichen Dynamiken unendlicher Kapitalakkumulation reagieren?« Und wenn Hegemonie innerhalb des globalen Systems die Eigenschaft eines Staates oder eines Staatenkollektivs ist, »wie kann die kapitalistische Logik dann so gehandhabt werden, dass sie den Hegemon trägt?« Veranlasst das Bestreben von Hegemonialstaaten, ihre Position in Bezug auf die unendliche Kapitalakkumulation zu halten, sie nicht unvermeidlich dazu, ihre Macht militärisch und politisch zu erweitern, auszudehnen und zu intensivieren, bis zu einem Punkt, an dem sie gerade die Position gefährden, die sie zu halten versuchen? Gingen die USA unter George W. Bush nicht trotz Paul Kennedys Warnung von 1987, dass Überdehnung und Überschreitung der eigenen Belastungsgrenzen sich immer wieder als Achillesferse von Hegemonialstaaten und -reichen erwiesen haben, in diese Falle? Und schließlich: »Wenn die USA alleine nicht mehr ausreichend groß und ressourcenreich sind, um die beträchtlich ausgeweitete Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts zu lenken, welche Art von Akkumulation politischer Macht unter welcher Art von politischer Ordnung kann dann, angesichts der Tatsache, dass die Welt immer noch in hohem Maße der unbegrenzten Kapitalakkumulation verschrieben ist, ihren Platz einnehmen?«[4]

Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen interpretiert Harvey die Übernahme des »Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert« durch die Bush-Regierung als hochriskanten Ansatz zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie unter den Bedingungen beispielloser globaler wirtschaftlicher Integration, die am Ende des 20. Jahrhunderts durch unendliche Kapitalakkumulation geschaffen wurden. Wenn die USA ein ihnen freundlich gesonnenes Regime im Irak und anschließend auch im Iran einsetzen, ihre strategische Präsenz in Zentralasien festigen und so die Ölvorkommen im Kaspischen Becken dominieren könnten –, »dann können sie, dadurch,

[4] Ebd., S. 39-41; Paul Kennedy (1989): *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000.* Frankfurt a.M.

dass sie den globalen Ölhahn fest unter ihrer Kontrolle haben, hoffen, die nächsten fünfzig Jahre lang wirksam die Weltwirtschaft zu kontrollieren«. Da alle wirtschaftlichen Konkurrenten der USA, sowohl in Europa als auch in Ostasien, stark vom westasiatischen Öl abhängig sind,

> »wie könnten die USA diese Konkurrenz besser abwehren und ihre eigene hegemoniale Position sichern, als indem sie den Preis, die Bedingungen und die Verteilung der wirtschaftlichen Schlüsselressource kontrollieren, auf die diese Konkurrenten angewiesen sind? Und wie könnten sie das besser tun als mit Hilfe der einen Art von Machtausübung, in der die USA immer noch allmächtig sind – durch militärische Überlegenheit?«[5]

Doch selbst wenn eine solche Strategie militärisch hätte erfolgreich sein können, hätte sie nicht ausgereicht, um die *hegemoniale* Position der USA zu erhalten. So hatte Thomas Friedman am Vorabend des Einmarsches der USA in den Irak gemeint, es hätte »nichts Illegitimes oder Unmoralisches, wenn die USA besorgt sind, dass ein bösartiger, größenwahnsinniger Diktator übermäßigen Einfluss auf die natürliche Ressource gewinnt, die die industrielle Basis der Welt antreibt«. Aber die USA müssten sorgfältig darauf achten, der Öffentlichkeit zu vermitteln und der Welt zu versichern, dass ihre Absicht sei, »das Recht der Welt auf wirtschaftliches Überleben zu schützen« und nicht ihr eigenes Recht, sich etwas zu gönnen; dass die USA »zum Nutzen des Planeten handeln, nicht einfach, um die amerikanischen Exzesse mit Nahrung zu versehen. […] Wenn wir den Irak besetzen und einfach einen US-freundlicheren Autokraten einsetzen, um die irakische Tankstelle zu betreiben (wie wir es in anderen arabischen Ölstaaten getan haben), dann wäre dieser […] Krieg unmoralisch.«[6]

Harvey verwendet Friedmans Argument, um den – von uns bereits in Kapitel 6 diskutierten – Unterschied zwischen Hegemonie in Gramscis Sinne und blanker Dominanz zu illustrieren. Im Weiteren stellt er fest, dass die USA im Lauf der letzten fünfzig Jahre regelmäßig auf Zwangsmittel angewiesen waren, um feindliche Gruppen im In- und – insbesondere – Ausland zu unterwerfen oder zu liquidieren. Zwang war nichtsdes-

[5] Harvey 2005, S. 31f., 82-84.
[6] Zit. n. Harvey 2005, S. 31.

totrotz »nur ein, noch dazu manchmal kontraproduktiver, Teil der Basis für die US-amerikanische Macht«. Eine ebenso unverzichtbare Grundlage war die Fähigkeit der USA, international Zustimmung und Kooperation zu mobilisieren, indem sie anderen durch ihr Verhalten die Behauptung plausibel machten, sie handelten im allgemeinen Interesse, selbst wenn sie in Wirklichkeit eng begrenzte US-amerikanische Interessen an die erste Stelle setzten.[7] Auch um den Einmarsch in den Irak zu rechtfertigen, suchte die Bush-Regierung mit aller Macht die Welt davon zu überzeugen, dass die USA »zum Nutzen des Planeten handeln, nicht einfach, um die amerikanischen Exzesse mit Nahrung zu versehen«, wie Friedman es angedeutet hatte. Diese Behauptung nahmen jedoch außerhalb der USA nur wenige ernst. Von Anfang an bestand das Hauptproblem nicht darin, dass es den Rationalisierungen »Massenvernichtungswaffen« und »Verbindungen zwischen dem Irak und Al-Qaida« an Glaubwürdigkeit mangelte, sondern vielmehr, dass die Invasion Teil eines größeren Projekts der globalen Dominanz der USA war, das explizit und ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Machtinhaber den Erhalt der US-amerikanischen Macht für ein weiteres Jahrhundert in den Vordergrund stellte. Der Versuch, diesen Plan durch die unilaterale Entscheidung für den Einmarsch in den Irak umzusetzen, führte zu einem »sogar von China unterstützte[n] Übereinkommen zum Widerstand zwischen Frankreich, Deutschland und Russland«. Durch diese plötzliche geopolitische Neuordnung »ließen sich die blassen Umrisse eines eurasischen Machtblocks ausmachen, der, wie Halford Mackinders vor langer Zeit vorhergesagt hatte, die Welt mit Leichtigkeit geopolitisch dominieren könnte«.[8]

Im Lichte von Washingtons alten Ängsten vor dem tatsächlichen Zustandekommen eines solchen Blocks nahm die Irak-Invasion eine noch weitergehende Bedeutung an.

> »Sie stellt nicht nur einen Versuch dar, durch Dominanz im Nahen Osten den globalen Ölhahn und damit die Weltwirtschaft zu kontrollieren. Sie bildet auch einen mächtigen Brückenkopf für das US-Militär auf die eurasische Landmasse, der den USA, gemeinsam mit ihren sich ver-

[7] Ebd., S. 45.

[8] Ebd., S. 87. Zur aktuellen Bedeutung von Mackinder für geostrategische Überlegungen siehe auch Paul Kennedy (2004): »Mission Impossible?« *The New York Review*, 10. Juni.

sammelnden Verbündeten von Polen bis hinunter auf den Balkan, eine mächtige geostrategische Position in Eurasien einbringt. Dadurch hätten die USA zumindest das Potenzial, jede Konsolidierung von eurasischer Macht zu durchbrechen – denn diese könnte tatsächlich der nächste Schritt jener unendlichen Akkumulation politischer Macht sein, die die ebenso unendliche Kapitalakkumulation stets begleiten muss.«[9]

Diese weitreichenden Pläne waren es, die Beobachter von einem »neuen« Imperialismus sprechen ließen. Doch, wie Harvey bemerkt, »das Gleichgewicht der wirkenden Kräfte innerhalb der kapitalistischen Logik weist in eine ganz andere Richtung«.[10] Die Wechselwirkung dieser Kräfte mit der Logik des territorialen Expansionismus ist das Thema dieses Kapitels. Ich beginne mit der Einführung von Harveys Begriffen der »räumlichen Fixierung« und der »Akkumulation durch Enteignung« und verwende diese dann für meine eigene Schilderung des langen historischen Prozesses der kapitalistischen Entwicklung und territorialen Ausdehnung, der im gescheiterten Projekt eines wahrhaft universellen US-amerikanischen Imperiums gipfelte – und an seine Grenzen stieß.

## Überakkumulation und die Produktion von Raum

Eine der wesentlichsten (und am stärksten theoretisch vernachlässigten) Eigenschaften des historischen Kapitalismus ist die »Produktion von Raum«. Dieser Prozess war nicht nur unter besonders kritischen Umständen für das Überleben des Kapitalismus entscheidend, wie Henri Lefebvre meinte.[11] Er ist auch die grundlegendste Bedingung für die Ausbildung und Ausdehnung der globalen Reichweite des Kapitalismus als historisches Gesellschaftssystem. Harveys Theorie einer »raum-zeitlichen Fixierung« oder kürzer gesagt einer »räumlichen Fixierung« liefert, auf die krisenanfälligen Tendenzen der unendlichen Akkumulation von Kapital bezogen, eine zwingende Erklärung für die Unverzichtbarkeit der Produktion von Raum als

[9] Harvey 2005, S. 87f.

[10] Ebd., S. 88.

[11] Henri Lefebvre (1974): *Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse.* München.

Bestandteil der erweiterten Reproduktion des Kapitalismus.[12] In *Der neue Imperialismus* wird diese Theorie entwickelt, um die Beziehung zwischen der Entstehung des *Project for a New American Century* und der Überakkumulationskrise der 1970er und 1980er Jahre herauszustreichen, ebenso wie die Widersprüche zwischen der diesem Projekt zugrunde liegenden territorialen und der kapitalistischen Logik. Der Ausdruck »Fixierung« hat eine doppelte Bedeutung:

> »Ein bestimmter Teil des Gesamtkapitals ist buchstäblich in physischer Form für eine relativ lange Zeitspanne (abhängig von seiner ökonomischen und physischen Lebenszeit) in und an das Land fixiert. Manche Sozialausgaben (wie das öffentliche Bildungswesen oder das Gesundheitssystem) sind durch staatliches Engagement ebenfalls territorialisiert und geographisch unbeweglich. Andererseits ist die raum-zeitliche ›Fixierung‹ die Metapher für eine bestimmte Art von Reparierung und der Lösung der kapitalistischen Krisen durch die zeitliche Verschiebung und die geographische Ausdehnung.«[13]

Die wörtliche Bedeutung des Ausdrucks »Fixierung« unterstreicht, dass Kapitalakkumulation auf die Existenz einer gebauten Umgebung von Anlagen und Einrichtungen (wie Häfen, Eisenbahnen, Straßen, Flughäfen, Kabelnetzwerke, faseroptische Systeme, Pipelines, Stromnetze, Wasser- und Abwassersysteme ebenso wie Fabriken, Büros, Wohnungen, Krankenhäuser und Schulen) angewiesen ist, die fixes Kapital darstellen, das im Land *verankert* ist, im Gegensatz zu Formen des fixen Kapitals (wie Schiffe, Lastwagen, Flugzeuge und Maschinen), die von einem Standort zum anderen bewegt werden können. Nur durch die Fixierung bestimmter physischer Infrastruktur *im* Raum kann sich Kapital in all seinen physisch mobilen Formen auf der Suche nach dem maximalen Profit tatsächlich *durch* den Raum bewegen.[14]

---

[12] David Harvey (1982): *Limits to Capital.* Oxford, U.K., und die in ders. (2001): *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography.* New York, gesammelten Aufsätze.

[13] Harvey 2005, S. 115f. Arrighi und Harvey beziehen sich hier einerseits auf die wörtliche Bedeutung des englischen »to fix«: befestigen, fixieren; andererseits auf die übertragene Bedeutung: reparieren, in Ordnung bringen (Anm. d.Ü.).

[14] Harvey 2005, S. 100f.

Die metaphorische Bedeutung des Ausdrucks »Fixierung« unterstreicht dagegen die Tendenz der erfolgreichen Kapitalakkumulation, unablässig die Verringerung, wenn nicht die Eliminierung räumlicher Barrieren anzusteuern – was Marx »die Vernichtung von Raum durch Zeit« genannt hat –, und damit durch die Intensivierung der Konkurrenz überall im geographischen Raum unabsichtlich die monopolistischen Privilegien bestimmter Standorte zu unterminieren. Als Ergebnis dieser Tendenz akkumuliert Kapital immer wieder über das hinaus, was innerhalb von bestehenden territorialen Systemen in profitabler Weise in die Produktion und den Austausch von Waren reinvestiert werden kann. Dieser Kapitalüberschuss manifestiert sich in unverkauften Warenbeständen, die nur unter Verlust beseitigt werden können, ungenutzten Produktionskapazitäten und Liquidität ohne Abflussmöglichkeiten in profitable Investition. Die Aufnahme neuen Raums in das System der Akkumulation »bringt« die resultierende Krise der Überakkumulation durch die Absorption dieser Überschüsse »in Ordnung« (d.h. hilft bei ihrer Überwindung), zuerst durch »zeitliche Verschiebung« und dann durch eine räumliche Vergrößerung des Akkumulationssystems. Die Absorption durch zeitliche Verschiebung bezieht sich speziell auf die Produktion von Raum, das heißt auf die Verwendung von überschüssigem Kapital zur Eröffnung des neuen Raums und seine Ausstattung mit der notwendigen Infrastruktur, sowohl der physischen als auch der sozialen. Die Absorption durch räumliche Vergrößerung bezieht sich ihrerseits auf die Verwendung von überschüssigem Kapital in den neuen produktiven Kombinationen, die durch die geographische Expansion des Akkumulationssystems profitabel gemacht werden, nachdem der neue Raum angemessen produziert wurde.[15]

Die gemeinsame Auswirkung der Tendenzen, auf die die beiden Bedeutungen der räumlichen Fixierung unsere Aufmerksamkeit lenken, ist eine geographische Variante von Schumpeters »schöpferischer Zerstörung«, die wir in Kapitel 3 diskutiert haben. Wie Harvey es ausdrückt,

> »Als Gesamtresultat […] strebt der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an, die seine Aktivitäten zu einem gegebenen

[15] Ebd., S. 111f., 115-117.

> Zeitpunkt erleichtert, nur um sie zu einem späteren zerstören und eine ganz andere Landschaft aufbauen zu müssen. Solcherart ist die Geschichte der schöpferischen Zerstörung eingeschrieben in die Landschaft der tatsächlichen historischen Geographie der Kapitalakkumulation.«[16]

Schumpeters eigene Liste der Art von Innovationen, die den Prozess der schöpferischen Zerstörung vorantreiben, umfasst Veränderungen in der räumlichen Struktur von Handel und Produktion. Aber Schumpeter verdeutlichte nie die Beziehung zwischen Innovationen, die die räumliche Struktur von Handel und Produktion verändern, und anderen Arten von Innovationen. Harvey tut das, indem er das Zusammenwirken von technologischen und Standortvorteilen bei der Erzeugung überschüssiger Profite unterstreicht, die die Schumpetersche Dynamik antreiben. In dieser Dynamik spielen, wie in Kapitel 3 bemerkt, überschüssige Profite (bei Schumpeter: »außerordentliche Belohnungen«) eine doppelte Rolle. Einerseits liefern sie einen ständigen Anreiz zur Innovation und andererseits sind sie die Antriebskraft jener gewaltigen Mehrheit von Geschäftsleuten, die das Feld der potenziellen überschüssigen Profite betreten und dabei die Konkurrenz auslösen, die nicht nur überschüssige Profite eliminiert, sondern auch durch die Zerstörung zuvor bestehender produktiver Kombinationen umfassende Verluste nach sich zieht. Harvey erörtert einen ähnlichen Prozess, konzentriert sich aber darauf, dass die individuellen Kapitalisten nicht nur durch die Übernahme überlegener Technologien, sondern auch durch das Ausfindigmachen überlegener Standorte überschüssige Profite erwirtschaften können.

> »Daher besteht ein direkter Trade-off zwischen Technologie- und Standortwechsel im Wettbewerbsstreben nach überschüssigen Profiten. […] [In] beiden Fällen verschwindet der überschüssige Profit, der den einzelnen Kapitalisten erwächst […], sobald andere Kapitalisten dieselbe Technologie übernehmen oder den Wechsel an gleichermaßen vorteilhafte Standorte vollziehen […] In dem Maße, in dem die Chancen auf überschüssige Profite aufgrund des Standorts eliminiert werden, […] erhöht sich der aus dem Wettbewerb erwachsende Anreiz für einzelne Kapitalisten, die Grundlage des [entstehenden] Gleichgewichts durch techno-

[16] Ebd., S. 102.

> logische Veränderungen zu stören. […] [Somit] fördert die Konkurrenz gleichzeitig Verschiebungen in der räumlichen Struktur der Produktion, Veränderungen im Technologiemix, die Umstrukturierung von Wertbeziehungen und zeitliche Verschiebungen in der gesamten Dynamik der Akkumulation. Der räumliche Aspekt der Konkurrenz ist ein unbeständiger Bestandteil dieses unbeständigen Kräftemixes.«[17]

Die raum-zeitlichen Verschiebungen in der gesamten Dynamik der Akkumulation, die überschüssiges Kapital absorbieren, »bedrohen […] die Werte, die bereits an einem bestimmten Ort fixiert (im Land verankert) wurden, aber noch nicht realisiert worden sind«. Daher wirken

> »[d]ie enormen Mengen des an einen bestimmten Ort fixierten Kapitals […] als Hemmschuh auf die Fähigkeit, eine räumliche Fixierung anderswo zu verwirklichen. […] Wenn Kapital tatsächlich abgezogen wird, hinterlässt es eine Spur der Zerstörung und Entwertung; die Deindustrialisierungen im Kernland des Kapitalismus […] in den 1970er und 1980er Jahren sind einschlägige Fälle. Andererseits, wenn Kapital sich nicht bewegen kann und nicht bewegt, läuft überakkumuliertes Kapital Gefahr, direkt durch das Einsetzen einer deflationären Rezession oder Depression entwertet zu werden.«[18]

So oder so verursachen räumliche Fixierungen interregionale Unbeständigkeit und die Umlenkung von Kapitalflüssen von einem Raum in einen anderen. Die Umlenkung kann glatt ablaufen oder das mit sich bringen, was Harvey »Umschaltkrisen« nennt.[19] Harvey erklärt nicht im Einzelnen, was dies genau für Krisen sind. Sein Argument scheint jedoch darauf abzuzielen, dass Umschaltkrisen Momente der Ausweglosigkeit sind und aus dem Widerstand gegen die mit raum-zeitlichen Fixierungen verbundene Standortverschiebung herrühren, die immer wieder die historische Geographie des Kapitalismus revolutionieren. Teilweise entspringt Widerstand aus der widersprüchlichen Logik der Kapitalakkumulation selbst. Ja, »je weiter sich

---

[17] Harvey 1982, S. 390-393; auch 2005, S. 96f. Harveys Überlegungen zur Beziehung zwischen technologischen Innovationen und dem Kampf um Standortvorteile treffen mutatis mutandis auch auf Produktinnovationen zu.

[18] Harvey 2005, S. 116f.

[19] Ebd. 2005, S. 121-123; 1982, S. 428f.

der Kapitalismus entwickelt«, so Harveys Behauptung, »um so mehr erliegt er gewöhnlich den Kräften, die geographische Trägheit fördern«.

> »Der Kapitalkreislauf ist zunehmend in unbeweglichen physischen und sozialen Infrastrukturen gefangen, die zur Unterstützung bestimmter Produktionsweisen […] Arbeitsprozesse, Verteilungsarrangements, Konsummuster und so weiter errichtet worden sind. Zunehmende Mengen fixierten Kapitals […] hemmen die ungehinderte Mobilität. […] Territoriale Bündnisse, die häufig immer mächtiger und immer tiefer verwurzelt werden, entstehen, […] um erworbene Privilegien zu erhalten, getätigte Investitionen zu stärken, eine Verständigung vor Ort intakt zu halten und um sich selbst zu schützen vor dem eisigen Wind der räumlichen Konkurrenz. […] Neue räumliche Strukturen lassen sich nicht durchsetzen, weil man regionalen Entwertungen nicht ihren Lauf lässt.«[20]

Zum Teil jedoch entspringen die Kräfte der geographischen Trägheit nicht dem Widerstand gegen wirtschaftliche Veränderung als solche, sondern gegen die realen oder eingebildeten politischen und sozialen Folgen der räumlichen Fixierung. Wenn er den Widerstand gegen politische Folgen diskutiert, richtet Harvey sein Augenmerk auf China als vielversprechendsten Standort für eine effektive räumliche Fixierung bzw. Reparierung der laufenden Überakkumulationskrise. So ist China nicht nur zum am schnellsten wachsenden Anziehungspunkt für ausländische Direktinvestitionen geworden, sondern sein Binnenmarkt ist schneller gewachsen als irgendein anderer. Noch drastischer sind Harveys Ansicht nach die Aussichten für langfristige Investitionen in Infrastruktur. Die Anstrengungen, die mit dem Bau neuer U-Bahn-Systeme, Autobahnen, Schienenwege und dem Ausbau der städtischen Infrastruktur verbunden sind, »sind im Ganzen viel größer, als das, was die USA in den 1950er und 1960er Jahren unternommen haben, und bergen das Potenzial, über Jahre hinweg überschüssiges Kapital zu absorbieren«.[21]

Da sie größtenteils durch Defizite finanziert ist, birgt diese massive Produktion neuen Raums das Risiko einer großen Finanzkrise des chinesischen

[20] Harvey 1982, S. 428f.
[21] Harvey 2005, S. 122f.

Staates. Dennoch, vorausgesetzt, dass eine solche Krise vermieden oder erfolgreich überstanden werden kann, hat diese raum-zeitliche Fixierung weltweite »Implikationen, nicht nur für die Absorption überakkumulierten Kapitals, sondern auch für die Verschiebung des wirtschaftlichen und politischen Machtgleichgewichts auf China […], was die Region Asien, unter chinesischer Führung, vielleicht in eine viel konkurrenzfähigere Position gegenüber den Vereinigten Staaten bringt«. Diese Möglichkeit macht den US-amerikanischen Widerstand gegen eine reibungslose räumliche Fixierung um so wahrscheinlicher, auch wenn dieser Prozess die besten Aussichten für eine Überwindung der zugrundeliegenden Überakkumulationskrise schafft.[22] Der Zusammenhang zwischen räumlichen Fixierungen und hegemonialen Verschiebungen verstärkt so die Zwickmühle, in der etablierte Zentren der kapitalistischen Entwicklung sich stets befinden. Die ungehinderte Entwicklung neuer Regionen bedeutet für diese Zentren Abwertung durch die intensivere internationale Konkurrenz. Eingeschränkte Entwicklung im Ausland begrenzt den internationalen Wettbewerb, blockiert aber Möglichkeiten der profitablen Investition überschüssigen Kapitals und löst so intern erzeugte Entwertungen aus.[23]

Wenn das von der Konkurrenz herausgeforderte Zentrum auch hegemoniales Zentrum ist, drohen beide Resultate nicht nur den Wert seines Vermögens zu mindern, sondern auch seine Macht. Noch schlimmer, sie könnten die soziale Stabilität des herausgeforderten Zentrums gefährden, denn räumliche Fixierungen von Überakkumulationskrisen haben immer eine soziale Dimension, die ihre Stoßkraft sowohl positiv als auch negativ beeinflusst. Harvey leitete diese soziale Dimension ursprünglich aus Hegels Beobachtung in den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* ab, nach der die bürgerliche Gesellschaft nicht in der Lage zu sein scheint, durch *interne* Mechanismen das Problem der sozialen Ungleichheit und Instabilität zu lösen, das aus ihrer Tendenz zur Überakkumulation von Reichtum an einem Pol und von Entbehrung am anderen entsteht. Eine »reife« Gesellschaft wird so dazu getrieben, externe Lösungen im Außenhandel und

[22] Ebd., 123f.
[23] Harvey 1982, S. 435.

durch koloniale oder imperiale Praktiken zu suchen.[24] In *Der neue Imperialismus* ergänzt Harvey diese Beobachtung mit Hannah Arendts Behauptung, dass der Staat von Hobbes' Commonwealth »ein ewig schwankendes Gebäude [ist], […] darauf angewiesen, dass er dauernd von außen neue Stützen erhält, soll er nicht über Nacht zusammenstürzen in das zweck- und prinzipienlose Nichts, aus dem er entstand«.[25]

Harvey meint, Arendts Aussage ließe sich auf die USA besonders gut anwenden. Diese »recht außergewöhnliche multikulturelle Einwandergesellschaft [ist] angetrieben von einem starken, vom Konkurrenzdenken geprägten Individualismus, der das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ständig revolutioniert, [was] die Demokratie chronisch instabil« macht. Die Schwierigkeit, in solch einer ethnisch gemischten und stark individualistischen Gesellschaft innere Geschlossenheit zu erreichen, produzierte die Tradition, die Richard Hofstadter in den frühen 1960er Jahren als den »paranoiden Stil« der amerikanischen Politik bezeichnete – die Tradition also, in der die Angst vor einem »anderen« (wie Kommunismus, Sozialismus, Anarchismus, »Agitatoren von außen« oder, für die Linke, kapitalistische oder staatliche Verschwörungen) entscheidend ist für das Entstehen politischer Solidarität an der Heimatfront.[26] Bisweilen wirkt »das ganze Land so ungebärdig, […] dass es scheint, als sei es unregierbar«. Trotz (oder wegen) einer boomenden Wirtschaft und des Verschwindens der kommunistischen Bedrohung mit dem Ende des Kalten Krieges, waren die 1990er Jahre nach Harveys Einschätzung so eine Zeit, und ein Teil der Anziehungskraft von George W. Bush für die Wähler von 2000 »beruhte […] auf seinem Versprechen, einer allmählich außer Kontrolle geratenden

---

[24] G.W.F. Hegel (1970): *Grundlinien der Philosophie des Rechts.* Frankfurt a.M., S. 390-392 (§ 245-248); Harvey 2005, S. 124; 2001, Kapitel 14; 1982, S. 414f.

[25] Hannah Arendt (2000[7]): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft.* München, S. 324.

[26] Harvey 2005, S. 22f., 54; Richard Hofstadter (1996): *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays.* Cambridge, MA. Hofstadter führte den Begriff des paranoiden Stils der US-amerikanischen Politik speziell in Bezug auf die radikalen Rechten ein, denen es gelang, Barry Goldwater auf dem Parteitag der Republikaner von 1964 als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Heute kontrollieren diese Radikalen, wie Krugman feststellt, sowohl den Kongress als auch das Weiße Haus, so dass »die politische Paranoia […] zum Mainstream geworden ist.« (»The Paranoid Style«, *The New York Times*, 9. Oktober 2006.)

bürgerlichen Gesellschaft einen willensstarken und robusten moralischen Kompass zur Verfügung zu stellen«. Wie dem auch sei, der 11. September gab »den Anstoß […], die Zügellosigkeit der 1990er Jahre aufzugeben«. In dieser Hinsicht war der Krieg gegen den Irak nicht bloß eine Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten, sondern »eine großartige Gelegenheit, dem Land ein neues Gefühl der sozialen Ordnung zu oktroyieren und das Gemeinwesen an die Kandare zu nehmen«. Erneut wurde der »böse äußere Feind […] zur wesentlichen Kraft, mit deren Hilfe die im Inneren lauernden Teufel ausgetrieben oder gezähmt werden sollten«.[27]

Diese Beobachtungen deuten darauf hin, dass räumliche Fixierungen nicht nur durch Widerstand gegen ökonomischen Standortwechsel und damit verbundene geopolitische Neuordnungen eingeschränkt sind, sondern auch durch Widerstand gegen soziale Veränderungen. Denn beide Bedeutungen der räumlichen Fixierung haben unvermeidlich soziale Aspekte. Das buchstäbliche Fixieren von Kapital in Form von Häfen, Straßen, Flughäfen, Stromnetzen, Wasser- und Abwassersystemen, Fabriken, Wohnungsbau, Krankenhäusern, Schulen usw. in und auf dem Land erzeugt mehr als nur eine geographische Landschaft, die die Akkumulation von Kapital ermöglicht. Es lässt auch einen bestimmten Lebensraum der sozialen Interaktion und Reproduktion entstehen. Und umgekehrt umfasst die metaphorische räumliche Fixierung zur Überwindung von Überakkumulationskrisen viel mehr als eine Entwertung des im und an das Land gebundenen Kapitals, das durch die Schaffung einer neuen geographischen Landschaft obsolet geworden ist. Sie bringt auch eine Verwüstung des in die veraltete Landschaft der Kapitalakkumulation eingebetteten menschlichen Lebensraums mit sich.

Wie Polanyi vor langer Zeit speziell im Hinblick auf die Überakkumulationskrise des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts anmerkte, rufen Verheerungen dieser Art unvermeidlich den »Selbstschutz der Gesellschaft« hervor, sowohl in progressiven als auch in reaktionären politischen Formen, mobilisiert von Kräften, die den mit der räumlichen Fixierung einhergehenden Standortwechsel wirtschaftlicher Aktivitäten und politischer

[27] Harvey 2005, S. 23-25.

Macht abzubremsen oder umzukehren suchen.[28] Solche Mobilisierungen verstärken die geographische Trägheit und machen so die Lösung der Überakkumulationskrise problematischer. Es gibt jedoch einen möglichen Weg aus dieser Sackgasse, nämlich die Verwendung von finanziellen Mitteln, um »das System durch Entwertungskrisen in verwundbaren Gebieten von der Überakkumulation zu befreien«. Harvey nennt den Einsatz solcher Mittel die »finstere und destruktive Seite raum-zeitlicher Fixierungen zur Lösung des Überakkumulationsproblems«.[29] Wir wollen kurz untersuchen, was dies mit sich bringt.

## Akkumulation durch Enteignung

Bei der Erörterung der Absorption von überschüssigem Kapital durch die Produktion von neuem Raum weist Harvey darauf hin, dass die Umwandlung von nicht verkauften Beständen und ungenutzter Produktionskapazität in Investitionen in die Infrastruktur entscheidend von der vermittelnden Rolle von Finanz- und Staatsinstitutionen abhängt. »Überschüssiges Kapital in Hemden und Schuhen kann nicht direkt in einen Flughafen oder ein Forschungsinstitut umgewandelt werden.« Aber Staats- und Finanzinstitutionen können dem in die Produktion von Hemden und Schuhen eingebundenen überschüssigen Kapital entsprechend Kredit bereitstellen und an Unternehmer vergeben, die bereit und in der Lage sind, Mittel für Flughäfen, Forschungsinstitute oder andere Formen der Investitionen in die Infrastruktur aufzuwenden. Staaten haben natürlich auch die Macht, überschüssiges Kapital in die Infrastruktur in die Produktion neuen Raums umzuwandeln, und zwar durch Defizitfinanzierung oder die Bereitstellung von Steuereinnahmen für Investitionen.[30]

---

[28] Polanyi spricht nicht von räumlichen Fixierungen oder Überakkumulationskrisen. Nichtsdestotrotz ist seine Betonung des Gegensatzes »Behausung kontra Verbesserung« Ausdruck desselben Gedankens eines grundsätzlichen Widerspruchs zwischen der Tendenz des Kapitals, geopolitische Landschaften schonungslos umzuwandeln auf der einen und der Tendenz der in diese Landschaften eingebetteten Gemeinschaften, sich solchem schonungslosen Wandel zu widersetzen, auf der anderen Seite. Polanyi 1978, Kapitel 3.

[29] Harvey 2005, S. 133f.

[30] Ebd., S. 114; Harvey 1982, S. 404.

In der realen Welt des Kapitalismus ist diese konstruktive Funktion des privaten und öffentlichen Finanzwesens unvermeidlich verflochten mit spekulativen Aufschwüngen und Pleiten sowohl auf dem Land- und Immobilienmarkt als auch in Staatsschulden. Spekulative Exzesse zweigen Kapital von Handel und Produktion ab und erleiden letztlich ihr Schicksal in Entwertungen. Dennoch hätte die Kürzung der Spekulation »vom Standpunkt des Kapitalismus aus gleichermaßen unerfreuliche Ergebnisse«:

> »Die Umwandlung räumlicher Strukturen in die gebaute Umgebung würde erschwert und die für künftige Akkumulation notwendige physische Landschaft könnte nicht zustande kommen. […] Wild wuchernde Spekulation und ungehemmte Aneignung, mögen sie auch kostspielig für das Kapital und kräftezehrend für die Arbeiterschaft sein, erzeugen den chaotischen Gärstoff, aus dem neue räumliche Strukturen erwachsen können.«[31]

Solange spekulative Exzesse die Entstehung neuer räumlicher Strukturen begünstigen – und nicht erschweren –, durch die Handel und Produktion stärker expandieren können als unter den zuvor existierenden, sind sie »notwendige Übel« eines ansonsten positiven Summenspiels. So rechtfertigte die offizielle Rhetorik die spekulativen Exzesse und den »irrationalen Überschwang« der 1990er Jahre: Unbehinderte räumliche Mobilität von Kapital, so wurde behauptet, sei letztlich zum Wohl der erweiterten Reproduktion der Weltwirtschaft, einschließlich ihrer verwundbarsten Bestandteile. Hinter dieser offiziellen Rhetorik stand jedoch die zerstörerischere Realität eines negativen Summenspiels, das die Entstehung neuer räumlicher Strukturen erschwerte, statt sie zu erleichtern.

> »Wie der Krieg im Verhältnis zur Diplomatie kann eine staatlich gestützte Intervention des Finanzkapitals sich häufig in eine Akkumulation mit anderen Mitteln verwandeln. Eine unheilige Allianz zwischen staatlichen Mächten und den raubtierhaften Aspekten des Finanzkapitals bildet den Übergang zu einem ›Blutsaugerkapitalismus‹, dem es ebenso sehr um kannibalistische Praktiken und erzwungene Entwertungen geht wie um das Erreichen einer harmonischen weltweiten Entwicklung.«[32]

---

[31] Harvey 1982, S. 398; siehe auch Harvey 2005, S. 131.
[32] Harvey 2005, S. 135.

Im Weiteren bemerkt Harvey, dass diese »anderen Mittel« das sind, was Marx, Smith folgend, als die Mittel der »primitiven« oder »ursprünglichen« Akkumulation bezeichnete. Er zitiert zustimmend Arendts Beobachtung, dass durch das Aufkommen von »überflüssigem Geld«, das »produktiv innerhalb der nationalen Grenzen nicht zu investieren war«, im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eine Situation entstanden war, in der die »Wiederholung des ›Sündenfalls‹ […] unvermeidlich« geworden war, »um den Akkumulationsmotor weiterlaufen zu lassen«. Da im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert anscheinend wieder eine ähnliche Situation entstanden ist, befürwortet Harvey eine »grundsätzliche Neubewertung der fortdauernden Bedeutung und Beständigkeit der räuberischen Praktiken der ›primitiven‹ oder ›ursprünglichen‹ Akkumulation innerhalb der langen historischen Geographie der Kapitalakumulation«. Und da er es merkwürdig findet, einen anhaltenden Prozess »primitiv« oder »ursprünglich« zu nennen, schlägt er die Ersetzung dieser Ausdrücke durch den Begriff der »Akkumulation durch Enteignung« vor.[33] Historisch hat die Akkumulation durch Enteignung viele verschiedene Formen angenommen, darunter die Umwandlung diverser Formen von Eigentumsrechten (öffentlich, kollektiv, staatlich usw.) in exklusive Privateigentumsrechte, die koloniale, halbkoloniale, neokoloniale und imperiale Aneignung von Vermögenswerten und natürlichen Ressourcen und die Unterdrückung von Alternativen zur kapitalistischen Nutzung menschlicher und natürlicher Ressourcen. Auch wenn am *Modus operandi* dieser Prozesse vieles zufällig ist und aufs Geratewohl geschieht, sind das Finanzkapital und das Kreditsystem wichtige Hebel der Enteignung, während die Staaten mit ihren Gewaltmonopolen und Definitionen der Legalität entscheidende Protagonisten sind. Aber was auch immer ihre Erscheinungsformen, Träger und Instrumente sind:

> »Was die Akkumulation durch Enteignung tut, ist eine Reihe von Vermögenswerten (darunter auch die Arbeitskraft) zu sehr niedrigen (und in manchen Fällen ganz ohne) Kosten freizusetzen. Das überakkumulierte Kapital kann sich solcher Vermögenswerte bemächtigen und sie unmittelbar in einen profitablen Nutzen verwandeln.«[34]

---

[33] Ebd., S. 140-143; Marx 1971: 741; Arendt 2000, S. 308; 335.
[34] Harvey 2005, S. 147f.

Harveys Ansicht zufolge spielen die aufkommende neoliberale Ideologie und die damit verbundene Politik der Privatisierung seit den späten 1970er Jahren bei der derzeitigen Phase der Akkumulation durch Enteignung eine Vorreiterrolle. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die drastische, unter der Überschrift »Schocktherapie« auf Anraten der kapitalistischen Mächte und internationalen Finanzinstitutionen durchgeführte Privatisierung bewirkten eine beträchtliche Freisetzung bislang nicht verfügbarer Vermögenswerte zu Schleuderpreisen. Ähnlich entscheidend ist jedoch die Freigabe von entwertetem Kapital in anderen Ländern mit niedrigem Einkommen im Gefolge der zwischen Perioden der Liberalisierung der Kapitalströme in den 1980er und 1990er Jahren liegenden Finanzkrisen.[35] Natürlich besteht immer eine gewisse Gefahr, dass lokale Krisen und örtlich begrenzte Entwertungen außer Kontrolle geraten und einen globalen Zusammenbruch auslösen oder einen Aufstand gegen das System provozieren, das als ihre Ursache angesehen wird. Gerade bei der für ihn vorteilhaften Feinabstimmung der Prozesse muss der Hegemon daher »Rettungsaktionen« organisieren, um die globale Kapitalakkumulation auf dem richtigen Weg zu halten. Die Anteile von Zwang und Konsens bei solchen Rettungsaktionen variieren beträchtlich. Nichtsdestotrotz lassen sie erkennen, so schließt Harvey,

> »wie Hegemonie durch finanzielle Mechanismen konstruiert wird, so dass der Hegemon profitiert und die untergeordneten Staaten auf den angeblich goldenen Weg der kapitalistischen Entwicklung geführt werden. Die Nabelschnur, die die Akkumulation durch Enteignung mit der erweiterten Reproduktion verbindet, besteht aus dem Finanzkapital und den Kreditinstitutionen, wie immer gestützt durch die staatlichen Mächte.«[36]

Wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, betonte auch Marx die entscheidende Rolle, die Finanz- und Staatsinstitutionen dabei gespielt haben, die Akkumulation durch Enteignung (seine ursprüngliche Akkumulation) an verschiedenen Schauplätzen mit der erweiterten Reproduktion des historischen Kapitalismus zu verbinden. Anders als Harvey konzentrierte er sich

[35] Ebd., S. 148f.; 155-160.
[36] Ebd., S. 151.

jedoch ausschließlich auf die Rolle nationaler Schulden und des internationalen Kreditsystems als Mittel einer unsichtbaren interkapitalistischen Kooperation, die die Kapitalakkumulation die ganze Raum-Zeit des kapitalistischen Weltsystems über wieder und wieder »angeschoben« hat, von ihren Anfängen bis in seine eigenen Tage. In Marx' Abfolge der kooperierenden kapitalistischen Staaten, so stellten wir fest, ist das, was in einem entstehenden Zentrum (Holland, England, die USA) als »Ausgangspunkt« erscheint, gleichzeitig das »Ergebnis« langer Zeiten der Kapitalakkumulation (und letztlich der Überakkumulation) in ehemals etablierten Zentren (Venedig, Holland, England). Außerdem, wenn Marx dies auch nicht explizit sagt, stellt jedes entstehende führende Zentrum in seiner Folge eine Macht von größeren territorialen Ausmaßen dar als seine Vorgänger.

Marx' Abfolge beschreibt – in Harveys Terminologie ausgedrückt – eine Reihe von räumlichen Fixierungen zunehmenden Umfangs und Ausmaßes, die profitable Abflussmöglichkeiten für das zuvor in etablierten kapitalistischen Zentren überakkumulierte überschüssige Kapital bieten und gleichzeitig die Notwendigkeit zur Akkumulation durch Enteignung in den neu hervortretenden Zentren *verringern*. Bestünde diese Tendenz heute noch, würden die USA und andere reife Zentren der Kapitalakkumulation »riesige Mengen von Kapital« an entstehende Zentren verleihen. Warum also leiht sich die USA – wie in Kapitel 5 festgestellt – selbst riesige Summen von Kapital in Höhe von mehr als 2 Milliarden Dollar täglich, statt zu verleihen? Und warum kommt ein zunehmend großer Anteil dieses Kapitals von entstehenden Zentren, insbesondere China?

Diese Anomalität zeigt eine Blockierung der Mechanismen an, die in der Vergangenheit die Absorption von überschüssigem Kapital in räumlichen Fixierungen von zunehmendem Umfang und Ausmaß ermöglichten. Harvey beschäftigt sich nicht mit dieser Anomalie, aber seine Theorie der räumlichen Fixierung legt nahe, dass die Erstarkung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kräfte der geographischen Trägheit die Ursache für die Blockade sein könnte. Obwohl dies definitiv ein Teil der Erklärung ist, könnte ein weiterer Grund sein, dass die Akkumulation durch Enteignung an ihre Grenzen gestoßen ist, entweder weil das entstehende führende Zentrum (China) mit anderen Mitteln Kapital akkumuliert – eine plausible Hypothese, wie wir in Kapitel 12 sehen werden – oder weil

Zwangsmaßnahmen keine räumliche Fixierung von ausreichendem Umfang und Ausmaß mehr erzeugen können, um die nie dagewesene Masse des weltweit akkumulierenden überschüssigen Kapitals profitabel absorbieren zu können.

Harvey untersucht diese Möglichkeit nicht und er klärt auch nicht die Verbindung zwischen Washingtons Übernahme des Programms eines Neuen Amerikanischen Jahrhunderts und der Akkumulation durch Enteignung ab. Er weist zwar darauf hin, dass die Akkumulation durch Enteignung beginnend mit der »Enteignung des irakischen Öls« mit militärischen Mitteln fortgesetzt werden könnte, behauptet aber auch, die spezielle territoriale Logik, die das neokonservative imperialistische Projekt der Welt aufzuzwingen suchte, sei vollkommen unvereinbar mit der kapitalistischen Machtlogik gewesen. Auch wenn Militärausgaben die US-amerikanische Wirtschaft kurzfristig ankurbeln könnten, wären ihre längerfristigen Auswirkungen eine erhöhte Auslandsverschuldung der USA und damit deren größere Verwundbarkeit durch Kapitalflucht. Die Risiken für das Finanzkapital, weiterhin für die nationalen Schulden der USA zu bürgen, würden sich entsprechend erhöhen, und wenn diese Situation sich nicht änderte, würde früher oder später eine Kapitalflucht die US-Ökonomie in eine »strukturelle Anpassung« zwingen, die »ein bislang ungekanntes Maß an Entbehrungen, wie man sie seit der Großen Depression der 1930er Jahre nicht mehr erlebt hat«, mit sich brächte.[37]

Harvey spekulierte, dass die USA unter diesen Umständen »sehr in Versuchung [wären], ihre Macht über das Öl als Bremsklotz China in den Weg zu stellen, was zumindest zu einem geopolitischen Konflikt in Zentralasien führen und sich möglicherweise zu einem globaleren Konflikt auswachsen würde«. Die einzige realistische Alternative zu solch einem verheerenden Resultat ist in seinen Augen eine Art von »neuem ›New Deal‹«, angeführt von den USA und Europa, sowohl innenpolitisch als auch international. »Das würde bedeuten, die Logik der Kapitalzirkulation und -akkumulation von ihren neoliberalen Ketten zu befreien, die Staatsmacht in die Richtung erweiterter Eingriffs- und Umverteilungsmöglichkeiten umzuformulieren, die Spekulationsmacht des Finanzkapitals einzuschränken

[37] Ebd., S. 195f., 198-202.

und die überwältigende Macht von Oligopolen und Monopolen (insbesondere […] des militärisch-industriellen Komplexes) […] zu dezentralisieren oder demokratisch zu kontrollieren.« Dieses alternative Projekt ähnelt dem »Ultraimperialismus« kooperierender kapitalistischer Mächte, wie Karl Kautsky ihn sich vor langer Zeit vorstellte, und hat als solches seine eigenen negativen Konnotationen und Konsequenzen. Nichtsdestoweniger scheint es »tatsächlich auf eine viel weniger gewaltsame und mildere imperialistische Marschroute abzuzielen als der rohe militaristische Imperialismus, für den die neokonservative Bewegung der Vereinigten Staaten momentan steht«.[38]

In den vier Jahren, seit dies geschrieben wurde, hat der Verfall des neokonservativen imperialistischen Projekts die Möglichkeit des Beginns einer neuen Phase der Akkumulation durch Enteignung durch die Inbesitznahme des irakischen Öls mit militärischen Mitteln ausgeschlossen und Auslandsverschuldung und Verwundbarkeit der USA für Kapitalflucht weiter erhöht. Bislang jedoch bürgen das Finanzkapital und ausländische Regierungen noch für die nationale Verschuldung der USA, so dass keine Kapitalflucht die US-Ökonomie in eine strukturelle Anpassung und damit verbundene Austeritätspolitik gezwungen hat, von einer mit den 1930er Jahren vergleichbaren Erfahrung ganz zu schweigen. Solch eine Flucht und strukturelle Anpassung bleiben zwar möglich, doch ist schwer zu sagen, wie die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn sie sich tatsächlich einstellten. Wie wir im vierten Teil des Buches sehen werden, hat das Irak-Debakel die USA nicht davor zurückschrecken lassen, gegenüber China Strategien zu verfolgen, die die von Harvey prognostizierte Art von geopolitischen Konflikten auslösen könnten. Doch das globale politisch-ökonomische Umfeld legt so einen Ausgang heute weniger nahe, und in jedem Fall ist ein euro-amerikanisches »ultraimperialistisches « Projekt weder die einzige noch die plausibelste Alternative zu dem rohen militaristischen Imperialismus, den die Bush-Regierung so erfolglos betrieben hat.

Um die ganze Palette der sich aus dem Verfall der US-Hegemonie ergebenden historischen Möglichkeiten aufzuzeigen, müssen die Begriffe der räumlichen Fixierung und der Akkumulation durch Enteignung neu

[38] Ebd., S. 202-204.

gefasst werden, und zwar aus einem weiteren und längeren historischen Blickwinkel als bei Harvey. Aus dieser Perspektive wird der neue Imperialismus als Ergebnis eines langwierigen historischen Prozesses erscheinen, der einerseits aus räumlichen Fixierungen von zunehmendem Umfang und Ausmaß besteht und andererseits aus dem Versuch der USA, diesen Prozess durch die Bildung einer Weltregierung mit den USA als Zentrum enden zu lassen. Dieser Versuch, so werde ich vertreten, war von Anfang an Bestandteil der US-Hegemonie. Unter George W. Bush ist er schlicht an seine Grenzen gestoßen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach bei der laufenden Umwandlung der globalen politischen Ökonomie nicht länger der hauptsächliche Faktor sein.

## Überakkumulation und Finanzialisierung

In *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* macht Arendt eine aufschlussreiche, wenn auch ein wenig funktionalistische Bemerkung zur Beziehung zwischen der Akkumulation von Kapital und der Akkumulation von Macht:

> »Zu dem aus der Verabsolutierung der Macht sich automatisch ergebenden Prozess einer unabsehbar fortschreitenden Machtakkumulation kam Hobbes aus der theoretisch unbestreitbar richtigen Einsicht, dass eine unabsehbar fortschreitende Besitzakkumulation sich nur halten kann, wenn sie sich auf eine ›unwiderstehliche Macht‹ gründet. Der unbegrenzte Prozess der Kapitalakkumulation *bedarf* zu seiner Sicherstellung einer ›unbegrenzten Macht‹, nämlich eines Prozesses von Machtakkumulation, der durch nichts begrenzt werden darf außer durch die jeweiligen Bedürfnisse der Kapitalakkumulation.«[39]

Nachdem er diese theoretische Betrachtung zitiert hat, schreibt Harvey, sie entspreche »genau« meiner eigenen empirischen Darstellung der Abfolge führender Organisationen, die die Bildung eines kapitalistischen Weltsystems vorangetrieben und aufrechterhalten hat, von den italienischen

[39] Arendt 2000, S. 326. Ich habe »bedarf« hervorgehoben, um für spätere Bezugnahmen die funktionalistische Natur von Arendts Behauptung zu betonen.

Stadtstaaten über die niederländische, die britische bis hin zur US-amerikanischen Phase der Hegemonie.[40]

> »So wie die Rolle der Hegemonialmacht im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert für einen Staat der Größe der Vereinigten Provinzen[41] zu groß geworden war, so war sie im frühen 20. Jahrhundert für einen Staat der Größe und der Ressourcen Großbritanniens zu groß geworden. In beiden Fällen fiel die Rolle der Hegemonialmacht einem Staat zu – Großbritannien im 18., den USA im 20. Jahrhundert –, der in den Genuss einer beträchtlichen ›Schutzpacht‹ gekommen war, das heißt exklusiver Kostenvorteile in Verbindung mit absoluter oder relativer geostrategischer Insellage. […] Aber dieser Staat hatte in beiden Fällen außerdem ausreichend Gewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft, um das Machtgleichgewicht zwischen konkurrierenden Staaten seinen Interessen entsprechend verschieben zu können. Und da die kapitalistische Weltwirtschaft sich im 19. Jahrhundert beträchtlich ausgeweitet hatte, waren das Territorium und die Ressourcen, die man im frühen 20. Jahrhundert benötigte, um Hegemonialmacht zu werden, viel größer als im 18.«[42]

Die Übereinstimmung ist zwar unbestreitbar, aber nicht so »genau«, wie Harvey behauptet. Denn Arendts Bemerkung bezieht sich auf die Akkumulation von Macht und Kapital *innerhalb von Staaten*, während meine sich auf die Akkumulation von Macht und Kapital in einem sich entwickelnden *Staatensystem* bezieht. Der Unterschied ist in mehr als einer Hinsicht wesentlich.

Arendt richtet das Augenmerk auf den Prozess, in dem individuelle kapitalistische Staaten gewöhnlich die Akkumulation von »überflüssigem Geld« (das heißt von mehr Kapital, als profitabel innerhalb ihrer nationalen Grenzen investiert werden kann) und die Notwendigkeit erfahren, mächtiger zu werden, um wachsenden Besitz schützen zu können. Aus dieser Perspektive ist Imperialismus kapitalistischer Prägung eine Politik,

---

[40] Harvey 2005, S. 40. Meine empirischen Beobachtungen habe ich unabhängig von Arendts theoretischen Behauptungen gemacht. Ich danke Harvey für den Hinweis auf die Übereinstimmung.

[41] Gemeint ist die Republik der Sieben Vereinigten Niederlande (Anm. d. Übers.).

[42] Arrighi 1994, S. 62.

die sowohl auf das Auffinden profitabler externer Abflussmöglichkeiten für überschüssiges Kapital abzielt als auch auf eine Stärkung des Staates. Meine Bemerkung richtet das Augenmerk dagegen auf den Prozess, in dem zunehmend mächtige kapitalistische Organisationen zum Träger der Expansion eines Systems der Akkumulation und Herrschaft wurden, das von Anfang an eine Vielzahl von Staaten umfasste. Aus dieser Perspektive ist Imperialismus kapitalistischer Prägung ein Aspekt der wiederkehrenden Kämpfe, durch die kapitalistische Staaten mit Hilfe von Zwangsausübung versucht haben, die im Zuge der »unendlichen« Akkumulation von Kapital und Macht auftretenden räumlichen Verschiebungen zu ihren Gunsten zu wenden.[43]

Wie Harvey betont, spielt von der Staatsmacht gestütztes Finanzkapital eine entscheidende Vermittlungsrolle sowohl bei der durch die erweiterte Reproduktion von Kapital hervorgerufenen Produktion von Raum als auch in den »kannibalistischen Praktiken und erzwungenen Entwertungen«, die das Wesen der Akkumulation durch Enteignung ausmachen. Dennoch ist er vage, was die welthistorischen Koordinaten dieser Rolle angeht. Wie Arendt scheint er der Ansicht anzuhängen, Finanzkapital sei eine Erscheinung des industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Dies mag auf die kapitalistische Entwicklung in manchen Staaten zutreffen, gilt aber mit Sicherheit nicht für die kapitalistische Entwicklung auf Weltebene.

Wie in Kapitel 3 vorgreifend erwähnt, demonstrierte Braudel, dass Finanzialisierung (die Fähigkeit des Finanzkapitals, »sich des Handelsplatzes zu bemächtigen und – zumindest eine Zeitlang – die gesamte Geschäftswelt zu beherrschen«) in Reaktion auf die Überakkumulation von Kapital (»einer die normalen Investitionsmöglichkeiten überschreitenden Akkumulation«) in der europäischen Ökonomie deutlich erkennbar war, lange bevor der Kapitalismus mit der Industrie in Verbindung gebracht wurde. Dem sollten wir nun hinzufügen, dass Braudel auch eine Liste von Daten, Orten und ausführenden Organen bereitstellt, die uns in die Lage versetzt, Harveys

[43] Ich ziehe den Ausdruck »unendlich« dem von Arendt verwendeten »unbegrenzt« vor, denn »unendlich« trägt die genauere Bedeutung einer Akkumulation, die angeblich »nie endet« und gleichzeitig ein »Zweck an sich« ist (Arrighi spielt hier auf die doppelte Bedeutung des englischen Worts »end« an, das Ende oder Zweck bedeuten kann; Anm. d. Ü.), egal, ob sie tatsächlich endet oder nicht.

theoretische Überlegungen zum Finanzkapital im welthistorischen Raum-Zeit-Kontinuum zu verankern. Braudel erklärt, der Rückzug der Holländer aus dem Handel cirka 1740, um die »Bankiers von Europa« zu werden, sei typisch für eine immer wiederkehrende weltsystemische Tendenz. Derselbe Prozess trat im Italien des 15. Jahrhunderts zutage und erneut um 1560, als führende Gruppen der genuesischen Geschäftsdiaspora allmählich den Handel aufgaben, um ungefähr siebzig Jahre lang die Herrschaft über die europäischen Finanzen auszuüben. »Präzise Angaben für Beginn und Ende der genuesischen Vorrangstellung lassen sich nicht machen, weil [...] Genuas Herrschaft von A bis Z im Zeichen größter Diskretion steht, ganz ähnlich wie heute [...] die übrigens durchaus vergleichbare Rolle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.« Nach den Holländern wiederholten die Briten die Tendenz während und nach der Großen Depression von 1873-96, als »das fantastische Experiment der Industriellen Revolution« eine Überfülle an Geldkapital erzeugte. Mit dem ebenso »fantastischen Experiment« des so genannten Fordismus-Keynesianismus, so können wir hinzufügen, ist das US-amerikanische Kapital seit den 1970er Jahren einer ähnlichen Marschroute gefolgt. »Schließlich scheint sich bei Evolutionen dieser Art mit der Phase des finanziellen Aufblühens ein Stadium der Reife, *gewissermaßen der Herbst,* anzukündigen.«[44]

Im Lichte dieser Betrachtungen lässt sich Marx' allgemeine Formel des Kapitals (G-W-G') neu interpretieren, als Beschreibung nicht nur der Logik individueller kapitalistischer Investitionen, sondern auch eines wiederkehrenden Musters des Weltkapitalismus. Der zentrale Aspekt dieses Musters ist, dass sich Epochen der materiellen Expansion (G-W-Phasen der Kapitalakkumulation) mit Phasen der finanziellen Expansion (W-G'-Phasen) abwechseln. In Phasen der materiellen Expansion mobilisiert Geldkapital (G) eine zunehmende Masse von Waren (W), darunter Arbeitskraft und Gaben der Natur; in Phasen der finanziellen Expansion befreit sich eine größere Masse Geldkapital (G') aus seiner Warenform und die Akkumulation geht durch finanzielle Transaktionen weiter (wie in Marx' abgekürzter Formel G-G'). Zusammengenommen machen die beiden Epochen oder

[44] Braudel 1986b, S. 175, 262f., 268, 602. Hervorhebung G.A.

Phasen das aus, was ich einen *systemischen Zyklus der Akkumulation* genannt habe (G-W-G').[45]

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, habe ich vier solcher Zyklen aufgezeigt, von denen jeder ein »langes« Jahrhundert umfasst: einen genuesisch-iberischen Zyklus, der die Spanne vom 15. bis ins frühe 17. Jahrhundert abdeckt; einen holländischen Zyklus, vom späten 16. bis ins späte 18. Jahrhundert; einen britischen Zyklus von der Mitte des 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert und einen US-amerikanischen Zyklus vom späten 19. Jahrhundert bis zur letzten finanziellen Expansion. Jeder Zyklus ist benannt nach (und bestimmt von) dem speziellen Komplex aus staatlichen und geschäftlichen Organen, die das kapitalistische Weltsystem zuerst in die materielle und dann in die finanzielle Expansion führten, die zusammen den Zyklus ausmachen. Aufeinander folgende systemische Zyklen der Akkumulation überlappen sich an ihren Anfängen und Enden gegenseitig, weil Phasen der finanziellen Expansion nicht nur der »Herbst« großer Entwicklungen des Weltkapitalismus sind. Sie sind auch Zeitspannen, in deren Verlauf ein neuer Staats-Geschäftswelt-Komplex entsteht und im Lauf der Zeit das System neu organisiert, wodurch seine weitere Expansion möglich wird.[46]

Materielle und finanzielle Expansionen sind beides Prozesse eines Systems der Akkumulation und Herrschaft, das sich im Lauf der Jahrhunderte in Umfang und Ausmaß vergrößert hat, aber schon von seinen frühesten Anfängen an eine große Zahl und Vielfalt von staatlichen und geschäftlichen Organen umfasste. Innerhalb jedes Zyklus erfolgen materielle Expansionen aufgrund der Entstehung eines bestimmten Blocks von staatlichen und geschäftlichen Organen, die in der Lage sind, das System in eine neue räumliche Fixierung zu führen und so die Bedingungen für die Entstehung einer erweiterten oder tiefgehenderen Arbeitsteilung schaffen. Unter diesen Bedingungen nehmen die Renditen für in Handel und Produktion investiertes Kapital zu, Profite werden üblicherweise mehr oder weniger routinemäßig in die weitere Expansion reinvestiert, und die Hauptzentren des

[45] Arrighi 1994, S. 4-6.

[46] Zur historischen und theoretischen Untermauerung der systemischen Zyklen der Akkumulation siehe Arrighi (1994). Zu einer detaillierten Analyse der Übergänge von der holländischen zur britischen und von der britischen zur US-amerikanischen Hegemonie siehe Arrighi/Silver 1999.

Systems kooperieren wissentlich oder unwissentlich darin, ihre Expansion gegenseitig aufrechtzuerhalten. Im Laufe der Zeit jedoch führt die Investition einer stetig anwachsenden Masse von Profiten in Handel und Produktion zu einer Kapitalakkumulation weit über das hinaus, was in den An- und Verkauf von Waren reinvestiert werden kann, ohne die Gewinnspannen drastisch zu verringern. An diesem Punkt neigen kapitalistische Organe dazu, gegenseitig in die Tätigkeitsbereiche der anderen einzudringen, die Arbeitsteilung, die zuvor die Bedingungen ihrer gegenseitigen Kooperation definierte, bricht zusammen und die Konkurrenz wird zunehmend bösartig. Die Aussichten, das in Handel und Produktion investierte Kapital wieder hereinzubekommen, werden schlechter, und kapitalistische Organe neigen dazu, einen größeren Anteil ihrer hereinströmenden Cashflows liquide zu halten. Somit ist der Weg bereitet für den Phasenwechsel von der materiellen zur finanziellen Expansion.

In allen für das System signifikanten finanziellen Expansionen hatte die Akkumulation von überschüssigem Kapital in liquider Form drei Hauptauswirkungen. Erstens verwandelte sie in Landschaften, Infrastruktur und Handels- und Produktionsmitteln steckendes überschüssiges Kapital in einen expandierenden Geld- und Kreditvorrat. Zweitens entzog sie Regierungen und Bevölkerungen die zuvor aus Handel und Produktion erzielten Einnahmen, da jene, weil unprofitabel oder zu riskant, nicht länger durchgeführt wurden. Schließlich und weithin infolge der ersten beiden Auswirkungen schuf sie äußerst profitable Marktnischen für Finanzvermittler, die das wachsende Liquiditätsangebot in die Hände von Regierungen und Bevölkerungen in finanziellen Engpässen lenken konnten, oder von öffentlichen und privaten Unternehmern, die auf die Eröffnung neuer gewinnbringender Wege in Handel und Produktion bedacht waren.

In der Regel waren die führenden Körperschaften der vorangegangenen materiellen Expansion in der besten Position, um diese äußerst profitablen Marktnischen zu besetzen und somit das Akkumulationssystem zur finanziellen Expansion zu führen. Vor allem aufgrund dieser Fähigkeit, von einer Art der Führung zu einer anderen umzuschalten, genossen alle etablierten Zentren des Weltkapitalismus nach der Signalkrise ihrer Hegemonien eine *Belle Époque* der vorübergehenden, aber nichtsdestoweniger signifikanten Wiederbelebung ihres Wohlstands und ihrer Macht. All diese *Belle Épo-*

*ques* waren jedoch vorübergehende Phänomene, weil sie die zugrundeliegende Überakkumulationskrise gewöhnlich eher verschärften als überwanden. Damit verstärkten sie wirtschaftliche Konkurrenz, soziale Konflikte und zwischenstaatliche Rivalität so sehr, dass die Situation für die etablierten Zentren außer Kontrolle geriet. Ehe wir nun die sich stets verändernde Natur der daraus folgenden Kämpfe diskutieren, sind zwei Bemerkungen angezeigt.

Die erste ist, dass alle finanziellen Expansionen Akkumulation durch Enteignung zur Folge hatten. Es genügt zu erwähnen, dass das Verleihen von überschüssigem Kapital an Regierungen und Bevölkerungen in finanziellen Engpässen nur in dem Maße profitabel war, in dem es Vermögen oder Einkommen von den Schuldnern an die Organe umverteilte, die das überschüssige Kapital kontrollierten. Massive Umverteilungen dieser Art waren tatsächlich Schlüsselelemente aller *Belle Époques* des Finanzkapitalismus – vom Florenz der Renaissance bis hin zur Reagan- und Clinton-Ära. In und an sich sorgten sie jedoch nicht für eine Überwindung der zugrundeliegenden Überakkumulationskrise. Im Gegenteil, indem sie Kaufkraft aus Schichten und Gemeinschaften mit einer niedrigeren Liquiditätspräferenz (das heißt, mit einer geringeren Neigung, Geldkapital zu akkumulieren) auf Schichten und Gemeinschaften mit einer höheren Liquiditätspräferenz übertrugen, bewirkten sie gewöhnlich eine noch größere Überakkumulation von Kapital und die Wiederkehr von Rentabilitätskrisen. Darüber hinaus lösten sie dadurch, dass sie die enteigneten Schichten und Gemeinschaften gegen sich aufbrachten, häufig zusätzlich eine Legitimitätskrise aus. Auf solch eine zugrundeliegende Kombination aus Rentabilitäts- und Legitimitätskrise führen Arendt und Harvey natürlich den jeweiligen Imperialismus ihrer Zeit zurück. Nichtsdestoweniger waren vergleichbare Zustände auch in früheren finanziellen Expansionen erkennbar und verschärften direkt oder indirekt Konflikte innerhalb von oder zwischen Staaten.[47]

Zumindest anfänglich nützten eskalierende zwischenstaatliche Konflikte den etablierten Zentren, denn sie trieben den finanziellen Bedarf der Staaten in die Höhe und intensivierten so ihre gegenseitige Konkurrenz um

[47] Arrighi 1994; Arrighi/Silver 1999; insbesondere Kapitel 3.

mobiles Kapital. Aber sobald die Konflikte sich zu großen Kriegen steigerten, wurden die etablierten Zentren im Allgemeinen sogar im finanziellen Bereich von neu entstehenden Zentren verdrängt, die in einer besseren Position waren, für die unendliche Akkumulation von Kapital und Macht eine räumliche Fixierung größeren Ausmaßes bereitzustellen als die vorangegangene.

Dies bringt uns zur zweiten Bemerkung, die die Übermittlung von überschüssigem Kapital aus etablierten in entstehende Zentren der kapitalistischen Entwicklung betrifft. Wie bereits bemerkt, weist die Rolle, die Marx dem Kreditsystem bei der Förderung einer solchen Umverteilung zuschrieb, auf eine unsichtbare interkapitalistische Kooperation hin, die den Bedarf an Akkumulation durch Enteignung in den entstehenden Zentren *reduziert*. Wir stellten auch fest, dass Marx' Abfolge der führenden kapitalistischen Zentren (Venedig, Holland, England, Vereinigte Staaten) auf eine Reihe von räumlichen Fixierungen von zunehmendem Umfang und Ausmaß hindeutet, die die Bedingungen für die Überwindung der vorhergehenden Überakkumulationskrise und den Beginn einer neuen Phase der materiellen Expansion schuf.

Dem sollten wir jetzt hinzufügen, dass Kriege eine entscheidende Rolle spielten. In mindestens zwei Fällen (von Holland zu Großbritannien und von Großbritannien zu den Vereinigten Staaten) begann die Umverteilung von überschüssigem Kapital von reifen in entstehende Zentren lange vor der Eskalation zwischenstaatlicher Konflikte. Diese frühe Übertragung begründete jedoch Ansprüche der reifen Zentren auf das Vermögen und künftige Einkünfte der entstehenden Zentren und brachte jenen Ströme von Zinsen, Profiten und Pachtgeldern ein, die der ursprünglichen Investition gleichkamen oder diese sogar überstiegen. Statt sie zu schwächen, stärkte dies daher die Position der etablierten Zentren in der Welt der Hochfinanz. Aber sobald die Kriege eskalierten, wurde die Gläubiger-Schuldner-Beziehung zwischen den reifen und den entstehenden Zentren gewaltsam umgekehrt, und die Umverteilung an die entstehenden Zentren erfolgte sowohl umfangreicher als auch dauerhafter.

Die Mechanismen der Umkehrung unterschieden sich beträchtlich von Übergang zu Übergang. Bei der Holland-Großbritannien-Umkehrung war der Schlüsselmechanismus die Plünderung Indiens während und nach dem

Siebenjährigen Krieg, die Großbritannien in die Lage versetzte, seine nationalen Schulden von den Holländern zurückzukaufen und so die Napoleonischen Kriege fast frei von Auslandsschulden zu beginnen. Bei der Großbritannien-USA-Umkehrung war der Schlüsselmechanismus die Lieferung von Waffen, Maschinen, Nahrungsmitteln und Rohmaterialien in Kriegszeiten durch die USA, weit über das hinaus, was Großbritannien aus laufenden Einnahmen bezahlen konnte. Aber in beiden Fällen waren Kriege entscheidende Bestandteile beim Wachwechsel auf den Kommandohöhen des Weltkapitalismus.[48]

## Ursprünge der kapitalistischen Machtstrategie

Entgegen der Lesart einiger Kritiker stellt mein Begriff der systemischen Zyklen der Akkumulation die Geschichte des Kapitalismus nicht als »ewige Wiederkehr des immer Gleichen« dar.[49] Statt dessen zeigt er, dass gerade wenn »das Gleiche« (d.h. periodisch auftretende systemweite finanzielle Expansionen) wiederzukehren schien, neue Runden der interkapitalistischen Konkurrenz, zwischenstaatlichen Rivalitäten, Akkumulation durch Enteignung und Produktion von Raum in ständig zunehmendem Ausmaß die Geographie und die Vorgehensweise des Weltkapitalismus sowie seine Beziehung zu imperialistischen Praktiken *revolutionierten*. So sehen wir, wenn wir das Augenmerk auf die »Behältnisse der Macht«[50] und »Hauptquartiere« der führenden kapitalistischen Organe aufeinander fol-

[48] Zum Holland-Großbritannien-Übergang siehe Ralph Davis (1979): *The Industrial Revolution and British Overseas Trade*. Leicester, S. 55f.; P.J. Cain/A.G. Hopkins (1980): »The Political Economy of British Expansion Overseas, 1750-1914«, *The Economic History Review*, 2. Reihe (33) 4, S. 471, und Arrighi 1994, S. 208-212. Zum Großbritannien-USA-Übergang siehe Barry Eichengreen/Richard Portes (1986): »Debt and Default in the 1930s: Causes and Consequences«, *European Economic Review* (30), S. 601-603); Kennedy 1989, S. 406; Arrighi/Silver 1999, S. 73-77. Die Besonderheiten des laufenden USA-Ostasien-Übergangs sind in Teil II bereits angedeutet worden und werden in den folgenden Kapiteln weiter untersucht.

[49] Hardt/Negri 2002, S. 251.

[50] Anthony Giddens (1987) führte diesen Ausdruck zur Charakterisierung von Staaten ein, insbesondere Nationalstaaten. Hier wird der Ausdruck, wie man leicht bemerken wird, zur Bezeichnung einer größeren Bandbreite von Organisationen verwendet.

gender Zyklen der Akkumulation richten, sogleich eine Progression von einem Stadtstaat und einer kosmopolitischen Geschäftsdiaspora (der genuesischen), über einen Protonationalstaat (den Vereinigten Provinzen) und ihren amtlich zugelassenen Aktiengesellschaften, zu einem multinationalen Staat (Großbritannien) und seinem den Globus umspannenden tributpflichtigen Empire, bis hin zu einem Nationalstaat von Kontinentalgröße (den USA) und seinem weltumspannenden System transnationaler Konzerne, Militärstützpunkte und Institutionen der Weltregierung.[51]

Wie diese Progression zeigt, entspricht keine der Körperschaften, die die Entstehung und Expansion des Weltkapitalismus gefördert haben, dem mythischen Nationalstaat der politischen und sozialen Theorie: Genua und die Vereinigten Provinzen waren weniger, Großbritannien und die USA waren mehr als ein Nationalstaat. Und von Anfang an waren die Netzwerke der Akkumulation und der Macht, durch die diese Körperschaften eine führende Rolle in der Entstehung und Expansion des Weltkapitalismus spielen konnten, nicht auf die ihre protonationalen, multinationalen oder nationalen Identitäten definierenden Gebiete der Hauptstädte beschränkt. Ja, Fernhandel, Hochfinanz und damit verwandte imperialistische Praktiken (d.h. Kriegsführung und der Aufbau von Imperien) waren für die früheren Träger des Weltkapitalismus sogar noch entscheidendere Profitquellen als für die späteren. Wie Arendt behauptet, muss der Imperialismus tatsächlich als »das erste (und vielleicht zugleich auch das letzte) Stadium der politischen Herrschaft der Bourgeoisie« betrachtet werden und nicht als »das letzte Stadium des Kapitalismus«.[52] Aber dieses erste Stadium muss in frühmodernen Stadtstaaten verortet werden, statt in Nationalstaaten des späten 19. Jahrhunderts, wie sie vorschlägt.

Die Tatsache, dass imperialistische Praktiken in den frühen Stadien der kapitalistischen Expansion eine entscheidendere Profitquelle waren als in den späteren, heißt nicht, dass Politik und Maßnahmen der späteren Körperschaften weniger imperialistisch gewesen wären als die der früheren. Im Gegenteil, sie sind mit der Zeit eher stärker imperialistisch geworden, aufgrund einer zunehmenden gegenseitigen Durchdringung der kapitalis-

[51] Detaillierte Darstellungen dieser Progression finden sich in Arrighi 1994; Arrighi/Silver 1999, Kapitel 1; Arrighi/Silver 2001.

[52] Arendt 2000, S. 316.

tischen und der territorialen Machtstrategien. Diese Tendenz stellt man eindeutig fest, wenn man die historische Geographie aufeinander folgender systemischer Akkumulationszyklen vergleicht.

Schon ehe sich der erste Zyklus einstellte, hatten einige italienische Stadtstaaten, allen voran Venedig, die Zweckdienlichkeit einer kapitalistischen Machtstrategie im frühmodernen europäischen Kontext demonstriert. Machthaber, die territoriale Strategien verfolgten, suchten durch die Ausweitung der Größe ihres territorialen Herrschaftsbereichs Macht zu akkumulieren. Die Bourgeoisien, die die italienischen Stadtstaaten kontrollierten, suchten dagegen durch die Ausweitung ihrer Befehlsgewalt über das Geldkapital Macht zu akkumulieren und verzichteten auf die Aneignung von Territorien, außer wenn diese für die Akkumulation von Kapital absolut entscheidend war. Der Erfolg dieser Strategie beruhte auf der Wechselwirkung von zwei Bedingungen. Die eine war das Kräftegleichgewicht unter den größeren territorialen Organisationen des europäischen Subkontinents. Die andere war die Extravertiertheit des entstehenden europäischen Staatensystems – die Tatsache also, dass das erfolgreiche Streben nach Profit und Macht *innerhalb* Europas entscheidend von privilegierten Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen *außerhalb* Europas durch Handel oder Plünderung abhing. Das Kräftegleichgewicht sicherte nicht nur das politische Überleben der kapitalistischen Organisationen mit knapp bemessenem Territorium. Es stellte auch sicher, dass die Konkurrenz unter den größeren territorialen Organisationen um finanzielle Ressourcen die kapitalistischen Organisationen, die diese Ressourcen kontrollierten, mächtig machte. Zur gleichen Zeit stellte die Extravertiertheit des europäischen Machtkampfes sicher, dass diese Konkurrenz ständig erneuert wurde durch die Notwendigkeit für die Staaten, sich in der Erlangung privilegierter Zugangsmöglichkeiten zu außereuropäischen Ressourcen gegenseitig zu überbieten.[53]

Anfangs war das Zusammenspiel dieser beiden Bedingungen extrem günstig für die kapitalistische Machtstrategie. Ja, sie war so günstig, dass ihr erfolgreichstes ausführendes Organ eine fast vollkommen ent-territorialisierte Organisation war. Denn die Bezeichnung des ersten systemischen

[53] Arrighi 1994, Kapitel 1 und 2.

Zyklus der Akkumulation als genuesisch-iberisch bezieht sich nicht auf die Republik Genua als solche – einen Stadtstaat, der den ganzen Zyklus hindurch eine politisch unsichere Existenz führte und sehr wenig Macht »beinhaltete«. Statt dessen bezieht er sich auf die transkontinentalen Handels- und Finanznetzwerke, die es der in einer kosmopolitischen Diaspora organisierten genuesischen kapitalistischen Klasse ermöglichten, auf Augenhöhe mit den mächtigsten Herrschern Europas zu verhandeln und die Konkurrenz um Kapital dieser Herrscher untereinander in einen mächtigen Motor für die Selbstexpansion ihres eigenen Kapitals zu verwandeln. Aus dieser Position der Stärke trat die genuesische kapitalistische Diaspora in eine hoch profitable Beziehung des informellen politischen Austausches mit den Herrschern Portugals und des Königreichs Spanien. Aufgrund dieser Beziehung führten die iberischen Herrscher alle kriegerischen und staatsbildenden Aktivitäten aus, die mit der Bildung eines weltumspannenden Marktes und Reiches einhergehen, während Genuas Diaspora-Kapitalisten sich darauf spezialisierten, diese Aktivitäten geschäftlich und finanziell zu ermöglichen. Anders als die Fugger, die durch ihre Verbindung mit dem spanischen Königreich in den Ruin getrieben wurden, profitierten die Genueser vermutlich mehr von der Beziehung als ihre iberischen Partner. Wie Richard Ehrenberg feststellte: »Nicht die Silbergruben Potosís, sondern die Genueser Wechselmessen ermöglichten es […] Philip II., […] noch Jahrzehnte lang Weltmachtpolitik zu betreiben […]« Aber dabei wurden, wie Suarez de Figueroa 1617 klagte, Spanien und Portugal zum »Indien der Genuesen«.[54]

Im zweiten (holländischen) systemischen Zyklus der Akkumulation waren die Bedingungen für die Verfolgung einer strikt kapitalistischen Machtstrategie immer noch günstig, aber nicht mehr so günstig wie im ersten Zyklus. Sicherlich waren die intensiven Konflikte, in denen sich die größeren Territorialstaaten Europas gegenüberstanden, für den Aufstieg der Holländer wesentlich, und 1648 sorgte der Westfälische Frieden für etwas

[54] Ehrenberg wird zitiert in Peter Kriedte (1980): Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Göttingen, S. 63, und de Figueroa in J.H. Elliott (1970): The Old World and the New 1492-1650. Cambridge, S. 96. Zu Details zum genuesisch-iberischen Zyklus siehe Arrighi 1994, S. 109-132, 145-151.

institutionelle Stabilität des europäischen Kräftegleichgewichts. Außerdem konnten die Holländer im 17. Jahrhundert den räumlichen Umfang ihrer Operationen nur so leicht und schnell von der Ostsee auf den Atlantik und den Indischen Ozean ausdehnen, weil die Iberer bereits Amerika erobert und einen direkten Seeweg nach Ostindien gefunden hatten. Nichtsdestotrotz ließ die geopolitische Landschaft, die in Europa durch die iberische weltumspannende räumliche Fixierung erzeugt worden war, keinen Spielraum für die Art von kapitalistischer Machtstrategie, mit der die genuesische Diaspora im »lang anhaltenden« 16. Jahrhundert ein Vermögen gemacht hatte. Tatsächlich gelang es den Holländern, aus den iberischen See- und Territorialreichen das auf Amsterdam zentrierte System von Handelsumschlaghäfen und privilegierten Handelskompanien aufzubauen und zur Grundlage des zweiten systemischen Zyklus der Akkumulation zu machen, indem sie genau das taten, was die Genueser nicht getan hatten, nämlich in der Kriegsführung und im Staatsaufbau autark zu werden.[55]

Violet Barbour erklärte, dieses auf Amsterdam zentrierte System sei das letzte Beispiel gewesen für »ein wahrhaftes Imperium des Handels und Kredits […], das von einer eigenständigen Stadt, ohne die Unterstützung durch die Macht eines modernen Staats, gehalten wurde«.[56] Da die Vereinigten Provinzen Eigenschaften der schwindenden Stadtstaaten mit denjenigen der aufkommenden Nationalstaaten verbanden, lässt sich darüber streiten, ob sie als »moderner Staat« zu bezeichnen sind. Aber welche Eigenschaften man auch betonen möchte, der holländische Zyklus scheint tatsächlich der Wendepunkt zwischen zwei unterschiedlichen Zeitaltern des historischen Kapitalismus gewesen zu sein: dem Zeitalter der Stadt auf der einen Seite und dem des Territorialstaats und der nationalen Ökonomie auf der anderen.

> »Wie sich Europa dank seiner Erfolge aufbläht und gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf dem besten Weg ist, sich auf die ganze Welt auszudehnen, *so muss sich auch – allein schon aus Gründen des Gleichgewichts – das Machtzentrum ausweiten*. Die Städte allein, oder fast allein, denn der

[55] Arrighi 1994, S. 36-47, 127-151, Arrighi/Silver 1999, S. 39-41, 99-109.

[56] Violet Barbour (1950): *Capitalism in Amsterdam in the Seventeenth Century*. Baltimore, S. 13.

Beitrag der umgebenden Wirtschaft fällt nicht wesentlich ins Gewicht, sind den neuen Anforderungen an eine solche Position nicht mehr gewachsen und müssen den Territorialstaaten weichen.«[57]

Wir werden uns später mit der Frage beschäftigen, warum sich »aus Gründen des Gleichgewichts« das Machtzentrum »ausweiten« musste. Für den Moment wollen wir festhalten, dass das Aufkommen von Territorialstaaten als führende Träger der kapitalistischen Expansion eine viel größere gegenseitige Durchdringung von Kapitalismus und Imperialismus mit sich brachte, als es bis dahin der Fall gewesen war. Obwohl die Geschicke der genuesischen kapitalistischen Diaspora ganz und gar von den kriegsführenden und reichsaufbauenden Aktivitäten ihrer iberischen Partner abhängig gewesen waren, verzichtete die Diaspora selbst vollkommen auf solche Aktivitäten. Der genuesische Kapitalismus und der iberische Imperialismus erhielten sich gegenseitig, aber durch eine Beziehung des politischen Austauschs, die ihre getrennten organisatorischen Identitäten vom Anfang bis zum Ende reproduzierte. Im holländischen Zyklus existierte zwar keine solche Trennung, aber der achtzig Jahre währende Kampf um Unabhängigkeit, den die Vereinigten Provinzen gegen das Königreich Spanien führten, gab dem holländischen Kapitalismus eine langanhaltende antiimperialistische Identität. Auch nach dem Ende dieses Kampfs konnte Peter de la Court Holland noch als »Katze« in einem Dschungel von »wilden Bestien« bezeichnen. Die wilden Bestien waren die Territorialstaaten Europas: »Löwen, Tiger, Wölfe, Füchse, Bären oder irgendein anderes Raubtier, die oft durch ihre eigene Stärke umkommen und gefangen werden, wenn sie bei anderen auf der Lauer liegen.« Eine Katze ähnelt zwar einem Löwen, aber Holland sei und bliebe eine Katze, denn »wir, die wir von Natur aus Kaufleute sind, können nicht in Soldaten verwandelt werden«, und »wir können in einer Zeit des Friedens und des guten Handels mehr erreichen als durch Krieg und die Zerstörung des Handels«.[58]

In Wirklichkeit war das holländische System der Akkumulation, das aus dem Westfälischen Frieden tatsächlich größeren Nutzen zog, als es aus einem weiteren Krieg gezogen hätte, zuvor mit Hilfe von Krieg und

[57] Braudel 1986b, S. 187. Hervorhebung G.A.

[58] Zit. n. Peter Taylor (1994): »Ten Years that Shook the World? The United Provinces as First Hegemonic State«, *Sociological Perspectives* 37 (1), S. 36, 38.

der Zerstörung des iberischen Handels aufgebaut worden. Außerdem war die »Katze von Holland« in der außereuropäischen Welt, insbesondere auf dem indonesischen Archipel, von den anderen europäischen »Raubtieren« in der Anwendung von Gewalt zur Zerstörung der existierenden Landschaften von Handel und Produktion und der Errichtung von für die unendliche Akkumulation holländischen Kapitals günstigeren Landschaften unübertroffen. De la Courts Metapher unterstreicht jedoch einen Unterschied zwischen dem Imperialismus der größeren Territorialstaaten von Europa und dem Kapitalismus der holländischen Republik mit ihrem knapp bemessenen Territorium, der den ganzen holländischen Zyklus hindurch erkennbar bleibt. Denn die Machtstrategie der holländischen Republik beruhte hauptsächlich nicht auf ihrer territorialen Expansion, sondern auf der Ausweitung ihrer Kontrolle über Geldkapital und das internationale Kreditsystem. Sie vereinigte in sich die Stärken der venezianischen und der genuesischen Strategie, indem sie sich auf Geld und Kredite als entscheidende Mittel verließ, durch die die Kämpfe unter den Territorialstaaten Europas in einen Motor der Selbstexpansion holländischen Kapitals verwandelt wurden. Im Lauf der Zeit jedoch unterminierte die Eskalation dieser Kämpfe den Erfolg der holländischen Strategie und schuf gleichzeitig die Bedingungen für eine komplette Verschmelzung von Kapitalismus und Imperialismus in den Praktiken des Staats, der letztlich als neuer Führer der kapitalistischen Expansion hervortrat.[59]

Um Einblick in die Gründe für diese Verschmelzung zu gewinnen, müssen wir zu Braudels Behauptung zurückkehren, nach der das territoriale Ausmaß des dominanten Zentrums des Systems der Akkumulation irgendwie parallel zur Zunahme des räumlichen Umfangs des Systems anwachsen musste. Braudel selbst deutet an, einer der Hauptgründe dafür, dass die geringe territoriale Größe Hollands sich nachteilig auf seinen Erhalt als Zentrum des globalisierenden europäischen Systems der Akkumulation auswirkte, sei eine strukturelle Knappheit an Arbeitskräften gewesen. »Holland«, behauptet er, »übernimmt die internationale Seefracht nur in dem Maße, in dem ihm das arme Europa das erforderliche zusätzliche Menschenmaterial stellt. Kurzum, nicht die ›Trägheit‹, sondern das

[59] Arrighi 1994, S. 144-158, Arrighi/Silver 1999, S. 48-51.

Elend Europas ermöglicht den Holländern, ihre Republik ›auf die Beine zu stellen‹.«[60] Aber sobald eine wachsende Zahl europäischer Staaten durch die eine oder andere Variante von Merkantilismus und Imperialismus versuchte, die Quellen des Reichtums und der Macht Hollands auf ihr eigenes Gebiet zu verpflanzen, intensivierte sich die Konkurrenz um europäische Arbeitskraft-Ressourcen und die Größe der holländischen Republik wurde immer mehr zu einem unüberwindlichen Hindernis. Wie Stavorinus beklagte:

> »Seit dem Jahr 1740 haben die vielen Seeschlachten, die starke Zunahme von Handel und Schiffsverkehr, insbesondere in vielen Ländern, in denen diese Beschäftigungen bisher wenig Aufmerksamkeit fanden, und die sich daraus ergebende große und anhaltende Nachfrage nach fähigen Seeleuten sowohl für Kriegs- als auch für Handelsschiffe, den Vorrat an diesen so stark verringert, dass es in unserem eigenen Land, in dem es früher eine Fülle an Seeleuten gab, jetzt nur unter Schwierigkeiten und großem Aufwand möglich ist, fähige Leute in angemessener Zahl zu beschaffen, um ein Schiff zu navigieren.«[61]

Die Holländer konnten auch bei der Besiedlung von Kolonien nicht mit den größeren Territorialstaaten konkurrieren, weil schlicht zu wenig Holländer zu diesem Zweck zur Verfügung standen. Das hatte zur Folge, dass der größte Teil der kolonialen Bevölkerung in Nordamerika und fast alle wohlhabenden Handelsleute, Plantagenbesitzer und höheren Berufsstände britischer Herkunft waren, gewöhnt an Erzeugnisse aus britischen Quellen und an Verkäufe durch britische Kommissionäre. So begannen englische Häfen Amsterdams Wiederausfuhrhandel zuerst herauszufordern und dann zu überbieten. Außerdem verkümmerte die holländische Industrie, während die englische unter den gemeinsamen Einwirkungen des Atlantikhandels und zunehmender Protektion durch die Regierung schnell expandierte.[62] Der Erfolg der Briten darin, die Holländer in der Auswei-

---

[60] Braudel 1986b, S. 207f.

[61] Zit. n. Boxer 1965, S. 109.

[62] Ebd., S. 109; Ralph Davis (1966): »The Rise of Protection in England, 1689-1786«, *Economic History Review*, 2. Reihe, 19, S. 307; Ders. (1969): »English Foreign Trade, 1700-1774«, in: W. E. Minchinton (Hrsg.), *The Growth of English Overseas Trade in the Seventeenth and Eighteenth Centuries*. London, S. 115; Minchinton 1969, S. 13.

tung sowohl des Überseehandels als auch der heimischen Industrie aus dem Feld zu schlagen, verringerte allmählich Amsterdams Anteil am Wiederausfuhrhandel. Aber den Todesstoß versetzte der holländischen Handelsüberlegenheit die Ausbreitung des Merkantilismus auf die Ostseeregion und die daraus folgende Unterbrechung dessen, was stets der »Mutterhandel« des holländischen Kapitalismus gewesen war.[63]

## Die Verschmelzung von Kapitalismus und Imperialismus

In diesem Kontext trat Großbritannien durch eine komplette Verschmelzung von Kapitalismus und Imperialismus als neuer Anführer der unendlichen Akkumulation von Kapital und Macht hervor. Sobald London Amsterdam als finanzielles Zentrum des globalisierenden europäischen Staatensystems abgelöst hatte, was in den 1780er Jahren der Fall war, wurde Großbritannien zum Hauptnutznießer der zwischenstaatlichen Konkurrenz um mobiles Kapital. In dieser Hinsicht trat es das Erbe der kapitalistischen Tradition, die die Genueser im »langen« 16. Jahrhundert eingeführt und die Holländer im »langen« 17. Jahrhundert weiterentwickelt hatten, an. In anderen Hinsichten beerbte Großbritannien jedoch auch die imperialistische Tradition, die die iberischen Partner der Genueser eingeführt hatten – eine Tradition, die der »Anti-Imperialismus« der Holländer und die Stabilisierung des europäischen Kräftegleichgewichts nur zeitweilig und teilweise umgekehrt hatten.[64]

---

[63] »Der wesentliche Grund für den entscheidenden Niedergang des holländischen Welthandelssystems in den 1720er und 1730er Jahren war die Welle des industriellen Merkantilismus im neuen Stil, die ab etwa 1720 praktisch den gesamten Kontinent mitriss. […] Bis 1720 hatten Länder wie Preußen, Russland, Schweden und Dänemark-Norwegen nicht die Mittel und, solange der Große Nordische Krieg währte, auch keine Gelegenheit, dem aggressiven Merkantilismus von England und Frankreich nachzueifern. Aber in den Jahren um 1720 führte ein verstärkter Konkurrenzgeist unter den Nordmächten, zusammen mit der Ausbreitung neuer Technologie und Fertigkeiten, die ihrem Ursprung nach oft holländisch oder hugenottisch waren, zu dramatischen Veränderungen. Innerhalb der folgenden zwanzig Jahre war der größte Teil des nördlichen Europas in eine Rahmenstruktur der systematischen industriellen merkantilistischen Politik integriert.« (Jonathan Israel [1989]: *Dutch Primacy in World Trade, 1585-1740.* Oxford, S. 383f.).

[64] Siehe Arrighi 1994, S. 47-58; 159-169.

Diese merkwürdige Verschmelzung von Kapitalismus und Imperialismus versah die unendliche Akkumulation von Kapital und Macht mit einer räumlichen und organisatorischen Fixierung, die sich von derjenigen des holländischen Zyklus in entscheidender Hinsicht unterschied. Geopolitisch war das Staatensystem, das im Westfälischen Frieden unter holländischer Führung eingerichtet wurde, wahrhaft anarchisch – das heißt, es zeichnete sich durch die Abwesenheit einer zentralen Herrschaft aus. In dem zwischenstaatlichen System, das nach den Napoleonischen Kriegen unter britischer Führung wiederhergestellt wurde, wurde das europäische Kräftegleichgewicht dagegen, zumindest für eine Weile, in ein Instrument der inoffiziellen britischen Herrschaft umgewandelt. Nachdem sie während der Kriege die Vorherrschaft über das Kräftegleichgewicht erlangt hatten, suchten die Briten durch eine Reihe von Schritten sicherzustellen, dass sie in ihren Händen bleiben würde. Den absolutistischen, in der Heiligen Allianz organisierten Regierungen Kontinentaleuropas versicherten sie, dass Veränderungen im Kräftegleichgewicht nur durch Absprache im neu eingerichteten europäischen Konzert zustande kommen würden, schufen jedoch gleichzeitig zwei Gegengewichte zu ihrer Macht. In Europa begehrten sie mit Erfolg, dass das besiegte Frankreich in die Großen Mächte eingeschlossen werde, wenn auch mit zweitrangigen Mächten auf eine Stufe gestellt und dadurch unter Kontrolle gehalten. In Amerika wirkten sie den Plänen der Heiligen Allianz entgegen, die Kolonialherrschaft wieder einzusetzen, indem sie das Prinzip der Nichteinmischung in Lateinamerika geltend machten und die Vereinigten Staaten zu dessen Unterstützung aufforderten. Was später zur Monroe-Doktrin wurde – der Gedanke, dass Europa sich nicht in amerikanische Angelegenheiten einmischen sollte – war ursprünglich ein Grundsatz der britischen Politik.[65]

Während Großbritannien sein nationales Interesse an der Erhaltung und Konsolidierung einer fragmentierten und »ausgeglichenen« Machtstruktur in Kontinentaleuropa verfolgte, förderte es die Sichtweise, nach der

---

[65] Siehe Polanyi 1957, S. 22f., 290f.; David Weigall (1987): *Britain and the World, 1815-1986: A Dictionary of International Relations.* New York, S. 58, 111; Henry Kissinger (1962): *Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs.* Düsseldorf/Wien, S. 45f.; Alonso Aguilar (1968): *Pan-Americanism from Monroe to the Present: A View from the Other Side*. New York, S. 23-25.

seine überwältigende Weltmacht im allgemeinen Interesse ausgeübt wurde – dem Interesse früherer Feinde sowie dem früherer Verbündeter, dem der neuen Republiken Amerikas ebenso wie dem der alten Monarchien Europas. Diese Auffassung wurde durch Großbritanniens *unilaterale* Liberalisierung seines Handels gefestigt, die 1846 in der Aufhebung der Getreidegesetze und 1849 in der Aufhebung der Navigationsakte kulminierte. Im Laufe der darauffolgenden zwanzig Jahre ging nahezu ein Drittel der Exporte der übrigen Welt nach Großbritannien. Die Vereinigten Staaten waren mit fast 25% aller Importe und Exporte Großbritanniens größter einzelner Handelspartner und europäische Länder machten weitere 25% aus. Durch diese Politik verringerte Großbritannien die Kosten für die Grundversorgung im Land und stellte gleichzeitig die Zahlungsmittel bereit, damit andere Länder die eigenen Erzeugnisse kaufen konnten. Es zog auch einen großen Teil der westlichen Welt in seine Handelskreise, indem es zwischenstaatliche Kooperation förderte und niedrige Schutzkosten für seinen Überseehandel und sein territoriales Imperium sicherstellte.[66]

Auch in dieser Hinsicht unterschied sich das auf Großbritannien zentrierte System der Akkumulation radikal von seinem holländischen Vorgänger. In beiden Systemen spielten die Hauptstadtgebiete des führenden kapitalistischen Staats die Rolle des zentralen Umschlagplatzes. Aber bald nachdem das holländische System vorherrschend geworden war, wurde es durch den aggressiven Merkantilismus von Großbritannien und Frankreich herausgefordert. Das britische System dagegen konnte sich während des längsten Friedens in der europäischen Geschichte – Polanyis hundertjährigem Frieden (1815-1914) – weiter festigen. Die britische Vorherrschaft im europäischen Kräftegleichgewicht und die britische Zentralität im Welthandel waren sich gegenseitig verstärkende Bedingungen für diesen langen Frieden. Die erste verringerte die Möglichkeit, dass irgendein Staat fähig wäre, die britische Handelsüberlegenheit in Frage zu stellen, so wie die Briten nach dem Westfälischen Frieden die holländische Überlegenheit in Frage gestellt hatten. Die zweite »sperrte« eine wachsende Reihe von Territorialstaaten in eine globale Arbeitsteilung, die sich gegenseitig in ihrem

[66] Michael Barrat Brown (1963): *After Imperialism.* London, S. 63; Paul Kennedy (1976): *The Rise and Fall of British Naval Mastery.* London, S. 156-164, 149f.; Joseph S. Nye (1990): *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power.* New York, S. 53.

Interesse bestärkten, das auf Großbritannien zentrierte System zu erhalten. Und je allgemeiner dieses Interesse wurde, desto leichter war es für Großbritannien, das Kräftegleichgewicht zu manipulieren, um eine Infragestellung seiner Handelsüberlegenheit schon im Keim zu ersticken.

Diese Verknüpfung von Umständen hing entscheidend von einem dritten Unterschied zwischen dem britischen und dem holländischen System ab. Während der holländische »Umschlagplatz« hauptsächlich einer des Handels war, war der britische »Umschlagplatz« auch ein industrieller, die »Werkstatt der Welt«. England war lange eines der industriellen Hauptzentren Europas gewesen. Aber erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts machten die Expansion von Englands Wiedereinfuhrhandel und die massiven Staatsausgaben während der Napoleonischen Kriege das britische industrielle Leistungsvermögen zu einem effektiven Instrument des nationalen Aufstiegs.[67] Insbesondere die Napoleonischen Kriege stellten einen entscheidenden Wendepunkt dar. In McNeills Worten:

> »Insbesondere schuf die staatliche Nachfrage eine rasch aufblühende Eisenindustrie, deren Kapazitäten den Bedarf in Friedenszeiten überstiegen, wie die Depression in den Nachkriegsjahren 1816-20 zeigte. Aber sie legte auch das Fundament für künftiges Wachstum, weil sie den britischen Eisenfabrikanten außergewöhnliche Anreize bot, neue Verwendungszwecke für das billiger gewordene Produkt zu suchen, das ihre neuen, großen Schmelzöfen herstellen konnten. So trugen die militärischen Anforderungen an die englische Wirtschaft stark dazu bei, die folgenden Phasen der Industriellen Revolution zu formen; sie ermöglichten die Verbesserungen an den Dampfmaschinen, bedeutende Innovationen wie Eisenbahnen und eiserne Schiffsrümpfe unter Bedingungen, die ohne den Schwung, den der Krieg der Eisenproduktion gab, einfach nicht gegeben gewesen wären.«[68]

Im Laufe des 19. Jahrhunderts formten Eisenbahnen und Dampfschiffe den Globus zu einer einzigen interagierenden Ökonomie wie nie zuvor. 1848 gab es außerhalb Großbritanniens nichts, was einem Eisenbahnnetz ähn-

---

[67] Arrighi 1994, Kapitel 3.

[68] William McNeill (1984): *Krieg und Macht. Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute*. München, S. 189. Siehe auch Leland H. Jenks (1938): *The Migration of British Capital to 1875.* New York/London, S. 133f., und Hobsbawm 1968, S. 34.

lich gesehen hätte. Im Verlauf der nächsten etwa dreißig Jahre, so stellt Eric Hobsbawm fest, begannen »die am weitesten auseinanderliegenden Weltgegenden […] durch Verkehrs- und Kommunikationsmittel verbunden [zu werden], die alles bisher Bekannte an Zuverlässigkeit, Nutzlast für Güter und Menschen und insbesondere an Geschwindigkeit übertrafen«. Während dieses Transport- und Kommunikationssystem Gestalt annahm, erweiterte sich der Welthandel in beispielloser Geschwindigkeit. Von Mitte der 1840er bis Mitte der 1870er Jahre nahm der Umfang der Seehandelsgüter zwischen den großen europäischen Staaten um mehr als das Vierfache zu und der Wert der Tauschgeschäfte zwischen Großbritannien und dem Ottomanischen Reich, Lateinamerika, Indien und Australasien erhöhte sich um das Sechsfache. Diese Expansion des Welthandels verstärkte letztlich den Wettbewerb und die Rivalitäten zwischen den Staaten. Aber um die Mitte des Jahrhunderts herum waren die Vorteile, sich dem britischen Umschlagsplatz anzuschließen, und so seine Einrichtungen und Ressourcen in Anspruch nehmen zu können, zu groß, als dass irgendein europäischer Staat bereitwillig darauf verzichtet hätte.[69]

Anders als das holländische Welthandelssystem des 17. Jahrhunderts, das immer ein rein merkantiles war, wurde das britische Welthandelssystem des 19. Jahrhunderts auch zu einem integrierten System des mechanisierten Transports und der mechanisierten Produktion. Großbritannien war sowohl der Hauptorganisator als auch der Hauptnutznießer dieses Systems, in dem es die doppelte Rolle einer zentralen Clearingstelle und eines Regulators ausfüllte. Während die Funktion der zentralen Clearingstelle untrennbar war von Großbritanniens Rolle als Werkstatt der Welt, war die Funktion des zentralen Regulators untrennbar von seiner Rolle als führender Erbauer eines Imperiums in der nichteuropäischen Welt. Um auf die Metapher von de la Court zurückzukommen, anders als Holland, das eine »Katze« war und blieb, war und blieb Großbritannien ein territoriales »Raubtier«, dessen Bekehrung zum Kapitalismus nur seinen Appetit auf territoriale Expansion anregte. Wie bereits bemerkt, ermöglichte es die Plünderung Indiens Großbritannien, seine nationalen Schulden von

[69] Eric Hobsbawm (1977): *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875*. München, S. 50f.; 70-73.

Holland zurückzukaufen und die Napoleonischen Kriege fast ohne Auslandsschulden zu beginnen. Damit ermöglichte sie eine Steigerung der britischen Ausgaben von 1792-1815 um das Sechsfache, der McNeill eine entscheidende Rolle bei der Prägung der Kapitalgüterphase der Industriellen Revolution beimaß. Noch wichtiger, sie gab den Anstoß zur Eroberung eines territorialen Reichs in Südasien, das später zur Hauptsäule der globalen Macht Großbritanniens werden sollte.

Die Entfaltung dieses Prozesses der territorialen Eroberung wurde an anderer Stelle im Detail ausgeführt.[70] Hier werde ich mich darauf beschränken, die beiden Hauptaspekte ihrer Beziehung zur erweiterten Reproduktion der britischen Macht zu erwähnen, einen demographischen und einen finanziellen. Indiens riesige demographische Ressourcen stützten die britische Weltmacht sowohl kommerziell als auch militärisch. Kommerziell, weil die indischen Arbeiter zwangsweise aus den Hauptkonkurrenten für die europäische Textilindustrie in Hauptproduzenten billiger Nahrungsmittel und Rohstoffe für Europa verwandelt wurden. Militärisch waren, wie bereits in Kapitel 5 erwähnt, indische Soldaten in einer kolonialen Armee im europäischen Stil organisiert und wurden ganz und gar von indischen Steuerzahlern finanziert. Während des 19. Jahrhunderts wurde diese Armee in der endlosen Reihe von Kriegen eingesetzt, durch die Großbritannien Asien und Afrika für westlichen Handel und Investitionen öffnete. Was den finanziellen Aspekt betrifft, so machten die Entwertung der indischen Währung zusammen mit der Verhängung der berüchtigten Home Charges – durch die Indien gezwungen wurde, für das Privileg, von Großbritannien ausgeplündert und ausgebeutet zu werden, zu bezahlen – und der Kontrolle über die indischen Devisenreserven durch die Bank of England Indien zum »Dreh- und Angelpunkt« der britischen finanziellen und kommerziellen Vorherrschaft.[71]

Unter britischer Führung wurde die unendliche Akkumulation von Kapital und Macht somit in eine räumliche Fixierung größeren Ausmaßes eingebettet als im genuesisch-iberischen und im holländischen Zyklus. Aber

[70] Arrighi/Silver 1999, S. 106-114; 223-46.

[71] Zu diesen und anderen Aspekten der Tributextraktion aus Indien siehe Barrat Brown 1974, S. 133-136; Tomlinson 1975; de Cecco 1984, S. 62f.; Washbrook 1990, S. 481; Bagchi 2005, S. 145-157, 239-243.

genau aus diesem Grund führte sie schließlich zu einer viel massiveren Überakkumulation von Kapital. Wie in den früheren Zyklen war das etablierte Zentrum anfangs in der besten Position, um aus der Intensivierung der Konkurrenz, die den Übergang der Phase von materieller zu finanzieller Expansion anzeigte, Vorteile zu ziehen. Die folgende edwardianische *Belle Époque* war jedoch nur die Präambel zu einer Eskalation der zwischenstaatlichen Konflikte, die die historische Geographie des Weltkapitalismus erneut revolutionierten. Die analoge »Revolution« des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts hatte proto-nationale Staaten wie die Vereinigten Provinzen aus dem Kampf um die kapitalistische Führung eliminiert. In der »Revolution« der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Reihe an den Nationalstaaten selbst, aus dem Kampf gedrängt zu werden, wenn sie nicht integrierte landwirtschaftlich-industriell-militärische Komplexe von kontinentalen Ausmaßen kontrollierten.

»Großbritanniens neue Unsicherheit und sein zunehmender Militarismus und Hurrapatriotismus [gegen Ende des 19. Jahrhunderts]«, schreibt Andrew Gamble, »entstand, weil die Welt plötzlich voller Industriemächte zu sein schien, deren Metropolen, was ihre Ressourcen und ihre Leistungsfähigkeit angeht, potenziell viel stärkere Grundlagen boten als die Großbritanniens.«[72] Die zügige Industrialisierung des vereinten Deutschlands nach 1870 war für die Briten besonders beunruhigend, denn sie schuf die Bedingungen für den Aufstieg einer Landmacht in Europa, die die kontinentale Vorherrschaft anstreben und Großbritanniens Seeherrschaft in Frage stellen konnte. Während des Ersten Weltkriegs gelang es Großbritannien und seinen Verbündeten, Deutschland in Schach zu halten, und Großbritannien vergrößerte den Bereich seines territorialen Überseeimperiums sogar. Aber die finanziellen Kosten dieser militärisch-politischen Erfolge zerstörten Großbritanniens Fähigkeit, sich als Zentrum des Weltkapitalismus zu behaupten.

Während des Krieges fungierte Großbritannien weiterhin als Hauptbankier und Beschaffer von Anleihen auf den Kreditmärkten der Welt, nicht nur für sich selbst, sondern auch, indem es Darlehen an Russland, Italien und Frankreich garantierte. Dies wirkte wie eine Wiederholung der Rolle

[72] Andrew Gamble (1985): *Britain in Decline.* London, S. 58.

Großbritanniens aus dem 18. Jahrhundert als »Bankier der Koalition«. Es gab jedoch einen entscheidenden Unterschied: das riesige Handelsdefizit mit den USA, die Munition und Nahrungsmittel im Wert von Milliarden von Dollar an die Alliierten lieferten, aber wenige Güter dafür erhielten. »Weder der Goldtransfer noch der Verkauf gewaltiger Mengen an Dollarwertpapieren konnten diese Lücke schließen; das Kunststück konnte nur vollbracht werden, indem man an den Geldmärkten New Yorks und Chicagos Kredite aufnahm, um die amerikanischen Rüstungslieferanten in Dollar bezahlen zu können.«[73] Als Großbritanniens Kreditwürdigkeit annähernd ausgeschöpft war, warfen die USA ihr wirtschaftliches und militärisches Gewicht in die Waagschale, um das Kräfteverhältnis zum Vorteil ihres Schuldners zu verschieben. Die Vorherrschaft über das europäische Kräftegleichgewicht war maßgeblich aus britischen in US-amerikanische Hände übergegangen. Der Atlantik gewährleistete noch die Abgeschiedenheit des Inseldaseins, die der Ärmelkanal nicht mehr bot. Noch wichtiger, während Innovationen in Transport- und Kommunikationsmitteln räumliche Hindernisse immer mehr überwanden, hörte Amerikas Abgelegenheit in kommerzieller und militärischer Hinsicht immer mehr auf, ein Nachteil zu sein. »Ja, als der Pazifik begann, zu einer ökonomischen Konkurrenzzone zum Atlantik zu werden, wurde die Position der USA zentral – eine Insel in Kontinentgröße mit unbegrenztem Zugang zu den beiden wichtigsten Ozeanen der Welt.«[74]

Diese »Insel in Kontinentgröße« war lange im Entstehen begriffen gewesen. Sie war das räumliche Produkt des jahrhundertelangen Prozesses der territorialen Inbesitznahme und Besetzung, durch den die Vereinigten Staaten den Imperialismus schon seit dem Beginn ihrer Geschichte »internalisiert« hatten. »US-amerikanische Historiker, die selbstgefällig davon sprechen, dass es bei ihnen nicht den für die europäischen Mächte charakteristischen Kolonialismus des Siedlertyps gab, verhehlen schlicht die Tatsache, dass die gesamte *inländische* Geschichte der USA ein riesiger Prozess der territorialen Inbesitznahme und Besetzung war. Das Ausbleiben des Territorialismus ›im Ausland‹ basierte auf einem beispiellosen Territo-

[73] Kennedy 1989, S. 406.

[74] Goldstein, Joshua S./David P. Rapkin (1991): »After Insularity. Hegemony and the Future World Order«, *Futures* 23, S. 946.

rialismus ›im Land‹.«[75] Wie Clyde Barrow bei der Zusammenfassung von Charles Beards Darstellung dieses internen Imperialismus betont:

> »Die Migration in Richtung Westen brachte Menschen-Massaker und Umweltzerstörung von massivem Ausmaß mit sich, da amerikanische Siedler wie Heuschrecken über eine Grenze nach der anderen strömten und nur lang genug anhielten, um das Land zu plündern und die Ureinwohner fortzuschaffen, zu töten oder an den Rand zu drängen. Ja, am Vorabend des Ersten Weltkriegs sagte Beard den studentischen Pazifisten in seinen Vorlesungen, es sei ›eine Illusion, Amerikaner für ein pazifistisches Volk zu halten; sie sind und waren schon immer eines der gewalttätigsten Völker der Geschichte‹.«[76]

Wenn die »Insel in Kontinentgröße« der USA unter massiver Vernichtung von Menschen und Umwelt entstanden war, so waren es die Transportrevolution und die Industrialisierung des Krieges in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sie zu einem mächtigen landwirtschaftlich-industriellen-militärischen Komplex mit entscheidenden Wettbewerbs- und Strategievorteilen gegenüber europäischen Staaten machten. Sicherlich enthielt Großbritanniens weltumspannendes territoriales Imperium sogar noch größere Ressourcen als die USA. Nichtsdestoweniger waren die weltweite Zerstreuung und die schwache Integration der Kolonialgebiete Großbritanniens – im Gegensatz zu der regionalen Konzentration und starken politischen wie wirtschaftlichen Integration der territorialen Gebiete der USA – ein entscheidender Unterschied in der räumlichen Struktur der führenden kapitalistischen Staaten des »langen« 19. bzw. 20. Jahrhunderts. Wie bereits bemerkt, war das weit verstreute britische Imperium ein wesentlicher Bestandteil bei der Entstehung und Konsolidierung des auf Großbritannien zentrierten Systems der Akkumulation. Aber sobald sich die zwischenstaatliche Konkurrenz um »Lebensraum« unter den Auswirkungen der Transportrevolution und der Industrialisierung des Krieges intensi-

[75] Gareth Stedman Jones (1972): »The History of US Imperialism«, in: R. Blackburn (Hrsg.), *Ideology in Social Science,* New York, S. 216f. Hervorhebung im Original. Siehe auch John Agnew (1987): *The United States in the World-Economy: A Regional Geography*. Cambridge.

[76] Clyde W. Barrow (2004): »God, Money, and the State. The Spirits of American Empire«, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 22. Universität Marburg, Marburg S. 28.

vierte, begannen die Kosten für den Schutz von Großbritanniens Gebieten zu Hause und in Übersee zu eskalieren und seine imperialen Besitztümer verwandelten sich von Vermögenswerten in Bürden. Gleichzeitig machte die ebenfalls von diesen beiden Phänomenen herbeigeführte Überwindung räumlicher Hindernisse die Kontinentalgröße der USA, ihre Kompaktheit, Abgeschiedenheit und der direkte Zugang zu den beiden Hauptozeanen der Welt zu entscheidenden strategischen Vorteilen der USA im eskalierenden zwischenstaatlichen Machtkampf.[77]

Es war nicht überraschend, dass der Kampf mit der Entstehung der bipolaren Welt endete, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert so häufig vorhergesagt worden war: »Die internationale Ordnung […] hatte nun den Sprung ›von einem System zum nächsten‹ vollzogen. Nur die Vereinigten Staaten und die UdSSR zählten noch, so schien es; und im Vergleich der beiden war die amerikanische ›Supermacht‹ weit überlegen.«[78] Wie Thomas McCormick betont hat, führten die US-Staatschefs den Zweiten Weltkrieg »nicht einfach, um ihre Feinde zu besiegen, sondern um die geopolitische Basis für eine Nachkriegsweltordnung zu legen, die sie sowohl aufbauen als auch anführen würden«. Bei der Verfolgung dieses ehrgeizigen Ziels halfen die Erkenntnisse der britischen Vorgänger in den Napoleonischen Kriegen. Vor allem:

> »Großbritannien betrat die europäische Hauptbühne erst in der letzten und entscheidenden Phase des Krieges. Seine direkte militärische Präsenz hinderte jede andere kontinentale Macht an dem Versuch, Frankreichs Platz in der kontinentalen Machtstruktur einzunehmen und bekräftigte die Legitimität von Großbritanniens Anspruch auf ein entscheidendes Mitspracherecht bei Friedensverhandlungen. Dementsprechend betraten die USA die europäische Bühne erst in der letzten und entscheidenden Phase des Zweiten Weltkriegs. Operation Overlord, ihre Invasion in Frankreich im Juni 1944 und ihr Vordringen nach Osten, nach Deutschland, schränkte in ähnlicher Weise Russlands potenzielle Ambitionen im Westen ein und sicherte Amerika den Platz am Kopfende des Tisches bei den Friedensverhandlungen.«[79]

[77] Arrighi/Silver 1999, S. 66-84.
[78] Kennedy 1989, S. 533.
[79] McCormick 1989, S. 33-35.

Diese Analogien spiegeln die Tatsache wider, dass bei beiden Übergängen die Vorherrschaft über das Kräftegleichgewicht im zwischenstaatlichen System für den Machtgewinn des aufstrebenden Hegemonialstaats entscheidend war. Aber die räumliche und organisatorische Fixierung der unendlichen Akkumulation von Kapital und Macht, die unter der US-Hegemonie entstand, konnte nicht dieselbe sein wie die britische. Sie musste die neue historische Geographie des Kapitalismus widerspiegeln, die aus der unumkehrbaren Zerstörung der räumlichen Fixierung des Großbritanniens des 19. Jahrhunderts entstanden war. Diese neue historische Geographie lag dem ehrgeizigsten politischen Projekt zugrunde, das in der menschlichen Geschichte je erdacht wurde: der Schaffung eines Weltstaats. Dem Aufstieg und Untergang dieses Projekts wenden wir uns jetzt zu.

# Kapitel 9
# Der Weltstaat, den es nie gab

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vertrat Ludwig Dehio die These, jede Runde des europäischen Machtkampfs habe die Bedingungen für eine geographische Expansion des auf Europa zentrierten Systems souveräner Staaten geschaffen, für eine »Abwanderung« des geometrischen Orts der Macht nach Westen und Osten und eine unumkehrbare Mutation der Struktur des expandierenden Systems. Ja, Dehio präsentierte seine Studie der Mechanismen, die das europäische Kräftegleichgewicht im Laufe der vorangegangenen 500 Jahre reproduziert hatten, als den Umgang mit einer Struktur, die aufgehört hat zu existieren – gewissermaßen als Befund einer Autopsie.

> »Das Gleichgewicht des Abendlandes blieb nur um deswegen erhalten, weil immer neue Gegengewichte aus dem Bereiche jenseits seiner Grenzen gegen die Hegemoniebestrebungen in die Waagschale geworfen werden konnten. […] Im zweiten Weltkriege aber wurden die Rollen vollends vertauscht. Die aus Europa sukzessive ausgewanderten Kräfte […] kehrten überraschend ihre Front dem Bereiche ihres Ursprungs zu. […] Das alte kleinteilige System der Kulturstaaten wurde gänzlich überschattet von den jungen Riesenmächten der Zivilisation, die es zu seiner Hilfe herbeigerufen hatte […] So ist denn der alte Rahmen in Auflösung begriffen, der das europäische Geschehen […] umschlossen hatte. Die engere Bühne verliert ihre überragende Bedeutung als Spielfeld einer eigenen starken Truppe und geht auf in der weiteren Bühne. Hier wie dort übernehmen fortan die beiden Weltriesen die maßgeblichen Rollen. […] Ein zerklüftetes Staatensystem kehrt immer wieder in den Schwebezustand zurück. Aber die alte europäische Tendenz zur Zerklüftung wird ja nunmehr beiseite gedrängt durch die junge Welttendenz zur Vereinheitlichung. Und diese mag in ihrem stürmischen Vordrängen nicht zur Ruhe kommen, ehe sie sich auf dem Erdballe durchgesetzt hat.«[1]

[1] Ludwig Dehio (1948): *Gleichgewicht oder Hegemonie: Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte.* Krefeld, S. 229f.

Ein halbes Jahrhundert später ließ der Zusammenbruch eines dieser beiden »Weltriesen« und die weitere Zentralisierung des globalen militärischen Leistungsvermögens in den Händen der USA diese Bemerkungen prophetisch klingen. Aber Franklin D. Roosevelt hatte schon lange vor Dehios Hinweis auf das Ende der »alten europäischen Tendenz zur Zerklüftung« die Frage angesprochen, welche Art von politischer Struktur aus »dem neuen globalen Trend zur Vereinigung« entstehen könnte. Nach 30 Jahren der Weltkriege, Revolutionen, Konterrevolutionen und des gravierendsten wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Geschichte des Kapitalismus war er überzeugt, dass das weltweite Chaos nur durch eine grundlegende Umorganisation der Weltpolitik überwunden werden konnte. Zentral für seine Vision war der Gedanke, dass Sicherheit für die Welt auf von internationalen Institutionen ausgeübte US-amerikanische Macht gegründet sein müsste. »Aber um bei einer breiten Masse unter den leidenden Völkern ideologisch Anklang zu finden, musste so ein Programm aus einer weniger geheimnisvollen Institution als dem internationalen Währungssystem und einer weniger plumpen als einer Reihe von Militärbündnissen oder -basen hervorgehen.«[2]

Die entscheidende Körperschaft sollten die Vereinten Nationen sein, mit ihrem Appell an den universellen Wunsch nach Frieden und dem Verlangen armer Nationen nach Unabhängigkeit und letztlich nach Gleichheit mit den reichen Nationen. Nicht ohne Grund findet Schurmann die politischen Implikationen dieser Vision wahrhaft revolutionär.

> »Zum ersten Mal in der Weltgeschichte gab es eine konkrete Institutionalisierung der Idee einer Weltregierung. Während die Liga der Nationen von einem hauptsächlich dem 19. Jahrhundert verhafteten Geist eines Kongresses der Nationen geleitet wurde, wurden die Vereinten Nationen offen von amerikanischen politischen Ideen geleitet […] An der Art von Weltsystem, das Großbritannien durch sein Empire schuf, war nichts Revolutionäres […] Großbritanniens wahre imperiale Größe war wirtschaftlich, nicht politisch. Die Vereinten Nationen jedoch waren und sind eine politische Idee. Die Amerikanische Revolution hatte bewiesen, dass Nationen durch bewusste und überlegte Taten errich-

[2] Schurmann 1974, S. 68.

> tet werden können […] Roosevelt war mutig genug, die Ausweitung dieses Prozesses der Regierungsbildung auf die Welt als Ganze zu ersinnen und umzusetzen.«[3]

Roosevelts Vision einer Weltregierung hatte sowohl soziale Ziele als auch fiskalisch-finanzielle Auswirkungen. Sie war eine bewusste Projektion des US-amerikanischen New Deal auf Weltebene.

> »Das Wesentliche am New Deal war die Vorstellung, dass das ›Big Government‹ freizügig Geld ausgeben muss, um Erfolg und Fortschritt zu erzielen. So würde Sicherheit in der Nachkriegszeit großzügige Auslagen der USA nötig machen, um das vom Krieg hervorgerufene Chaos zu überwinden. Hilfsmittel an […] arme Nationen hätten dieselben Auswirkungen wie soziale Wohlfahrtsprogramme innerhalb der USA – sie gäben ihnen die Sicherheit, das Chaos zu überwinden und hielten sie davon ab, zu gewalttätigen Revolutionären zu werden. In der Zwischenzeit würden sie unwiderruflich in das wiederbelebte Weltmarktsystem hineingezogen. Die Einbindung in das allgemeine System machte sie verantwortlich, ebenso wie amerikanische Gewerkschaften während des Krieges. Die Hilfe für Großbritannien und den Rest von Westeuropa erweckte das Wirtschaftswachstum wieder, was den Transatlantikhandel stimulieren und damit der amerikanischen Wirtschaft langfristig helfen würde. Amerika hatte enorme Summen ausgegeben und riesige Defizite gemacht, um die Kriegsbemühungen aufrechtzuerhalten. Das Resultat war ein erstaunliches und unerwartetes Wirtschaftswachstum. Die Nachkriegsausgaben würden dieselben Auswirkungen in weltweitem Umfang haben.«[4]

Und das hatten sie, aber erst nachdem Roosevelts »Eine Welt« – die die UdSSR unter den armen, zum Nutzen und zur Sicherheit aller in die neue Weltordnung zu integrierende Nationen der Welt einreihte – zu Trumans »Freier Welt« geworden war, die die Eindämmung der sowjetischen Macht zum Hauptorganisationsprinzip der US-Hegemonie machte. Roosevelts revolutionärer Idealismus, seine Sicht der Institutionen der Weltregierung als Hauptinstrument zur Ausdehnung des New Deal auf die Welt als Ganze,

---

[3] Ebd., S. 71.
[4] Ebd., S. 67.

wurde durch den reformistischen Realismus seiner Nachfolger, und damit die Institutionalisierung der US-amerikanischen Kontrolle über das Weltgeld und globale Militärmacht als Hauptinstrumente der US-Hegemonie ersetzt.[5]

Denn Roosevelts Projekt war schlicht zu idealistisch für den Geschmack des Kongresses und der US-amerikanischen Geschäftswelt. Die Welt war ein zu großer und zu chaotischer Ort, als dass die USA sie nach ihrem Bild neu organisieren konnten, insbesondere wenn die Neuorganisation nur durch Organe der Weltregierung zu erreichen war, in denen die US-Regierung Kompromisse schließen müsste, um Ansichten und Interessen von Freund und Feind gleichermaßen zu berücksichtigen. Der Kongress und die US-amerikanische Geschäftswelt waren viel zu »rational« in ihrer Berechnung der finanziellen Kosten und Gewinne der US-Außenpolitik, um die nötigen Mittel zur Durchführung eines so unrealistischen Plans freizugeben. Ja, wie in Kapitel 7 festgestellt, wäre Korea nicht »gekommen«, um Truman zu geben, was er brauchte, um »das amerikanische Volk zu Tode zu erschrecken«, wäre vielleicht nicht einmal die im Dokument 68 des Nationalen Sicherheitsrats (NSC-68) ins Auge gefasste US-amerikanische und europäische Wiederbewaffnung finanziert worden. Aber Korea kam und die massive Wiederbewaffnung während und nach dem Koreakrieg gab der US-amerikanischen und der Weltwirtschaft gewaltigen Auftrieb.

Die US-Regierung agierte als sehr nachgiebige Zentralbank, und US-amerikanische Militärhilfen an ausländische Regierungen und direkte Militärausgaben im Ausland – die beide von 1950 bis 1958 und erneut zwischen 1964 und 1973 konstant anstiegen – pumpten Liquidität zurück in den Welthandel und die Produktion, die mit nie da gewesener Geschwindigkeit wuchsen.[6] McCormick zufolge waren die 23 Jahre zwischen dem Koreakrieg und den Pariser Friedensvereinbarungen von 1973, die den Vietnamkrieg praktisch beendeten, »die nachhaltigste und profitabelste Zeitspanne des Wirtschaftswachstums in der Geschichte des Weltkapitalismus.«[7]

---

[5] Siehe ebd., S. 5, 67, 77.

[6] Siehe David P. Calleo (1970): *The Atlantic Fantasy.* Baltimore, S. 86f.; Robert Gilpin (1987): *The Political Economy of International Relations*. Princeton, S. 133f.

[7] McCormick 1989, S. 99.

Diese Zeitspanne wird von vielen Kommentatoren das Goldene Zeitalter des Kapitalismus genannt. Obgleich die Expansionsrate von Welthandel und -produktion in den 1950er und 1960er Jahren nach historischen Maßstäben tatsächlich außergewöhnlich war, war dies kaum das erste goldene Zeitalter des Kapitalismus. Ebenso beeindruckend war Hobsbawms Blütezeit des Kapitals (1848-1875), das Beobachter des späten 19. Jahrhunderts mit dem Zeitalter der großen Entdeckungen verglichen.[8] Wie die »Blütezeit des Kapitals« hundert Jahre zuvor, endete das goldene Zeitalter der 1950er und 1960er Jahre in einer langen Zeitspanne der finanziellen Expansion, die in einem Wiederaufleben imperialistischer Praktiken kulminierte. Das echte Novum des momentanen Wiederauflebens im Vergleich mit dem vor hundert Jahren ist in meiner Argumentation der Versuch der verblassenden Hegemonialmacht, sich dem Verfall zu widersetzen, indem sie sich zu einem Weltstaat macht. Ein solcher Versuch ist die Fortsetzung von Roosevelts Weltregierungsprojekt mit anderen Mitteln und unter radikal anderen Umständen. Obwohl Roosevelts Eine-Welt-, Globale-New-Deal-Vision nie Realität wurde, resultierte Trumans verkleinerte, militarisierte Kalte-Kriegs-Version in einer bedeutenden Expansion von US-Kapital und -Macht. Warum also ist das neokonservative Projekt unter sogar noch größerer Zentralisierung des globalen militärischen Potenzials in US-amerikanischen Händen so kläglich am Versuch einer Wiederholung dieser Erfahrung gescheitert?

## Die sich verändernde Natur des US-amerikanischen Schutzes

Charles Tillys Konzeptualisierung staatlicher Aktivitäten als komplementäre Facetten der Organisation und Monopolisierung von Gewalt ermöglicht es uns, auf diese Frage eine einfache Antwort zu geben. Was immer Regierungen sonst noch tun mögen, so Tilly, sie »heben sich von anderen Organisationen durch ihre Tendenz ab, die gebündelten Gewaltmittel zu monopolisieren«. Diese Tendenz manifestiert sich in vier unterschiedlichen Aktivitäten: Schutz, Staatsaufbau, Kriegsführung und Extraktion von Tri-

[8] Hobsbawm 1977, S. 50.

buten. Schutz ist das charakteristischste »Produkt« staatlicher Aktivitäten. Wie Tilly unterstreicht, »schlägt das Wort ›Schutz‹ bzw. ›Schutzgeld‹ zwei gegensätzliche Töne an«. Mit dem einen beschwört es das tröstliche Bild eines mächtigen Freundes herauf, der eine Zuflucht vor Gefahr bietet. Mit dem anderen beschwört es das finstere Bild von organisiertem Erpresserwesen herauf, in dem ein Tyrann Kaufleute zwingt, Tribut zu zahlen, um einen Schaden zu vermeiden, den zuzufügen der Tyrann selbst stillschweigend oder offen androht.

> »An welches Bild das Wort ›Schutz‹ denken lässt, hängt hauptsächlich von unserer Einschätzung der Realität und der Äußerlichkeit der Bedrohung ab. Wer sowohl die Gefahr als auch, gegen Bezahlung, den Schutz davor darstellt, ist ein Schutzgelderpresser. Wer benötigten Schutz bietet, aber wenig Kontrolle über das Auftreten der Gefahr hat, kann als *legitimer Beschützer* gelten, insbesondere wenn sein Preis nicht höher ist als der seiner Konkurrenten. Jemand, der verlässlichen und preisgünstigen Schutz vor örtlichen Erpressern sowie vor Plünderern von außen bietet, macht das beste Angebot von allen.«

Nach diesem Standard, so fährt Tilly in seiner Argumentation fort, kann die Bereitstellung von Schutz durch Regierungen häufig als Schutzgelderpressung bezeichnet werden.

> »In dem Maße, in dem die Bedrohungen, vor denen eine gegebene Regierung ihre Bürger schützt, eingebildet oder die Folgen ihrer eigenen Aktivitäten sind, hat die Regierung ein Erpresserwesen organisiert. Da Regierungen selbst üblicherweise die Drohung externen Kriegs vortäuschen oder sogar erzeugen und Unterdrückung und Tribut-Extraktion durch Regierungen häufig die größten aktuellen Bedrohungen für die Existenz ihrer eigenen Bürger darstellen, agieren viele Regierungen im Wesentlichen genau wie *Schutzgelderpresser*. Es gibt natürlich einen Unterschied: Schutzgelderpresser, nach der üblichen Definition, operieren ohne die *Unantastbarkeit von Regierungen*.«[9]

In Anlehnung an Arthur Stinchcombe behauptet Tilly, die Legitimität von Machtinhabern hänge viel weniger von der Zustimmung derjenigen ab, auf

[9] Charles Tilly (1985): »War Making and State Making as Organized Crime«, in: P.B. Evans/D. Rueschemeyer/T. Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In.* Cambridge, S. 170f. Hervorhebungen G.A.

die die Macht ausgeübt wird, als von der Zustimmung anderer Machtinhaber. Dem fügt Tilly hinzu, dass andere Autoritäten »viel eher die Entscheidungen einer in Frage gestellten Autorität bestätigen, die über beträchtliche Macht verfügt; diese allgemeine Regel empfiehlt sich nicht nur aus Angst vor Vergeltung, sondern auch aus dem Wunsch nach Aufrechterhaltung einer stabilen Umgebung«.[10] Daher nimmt die Glaubwürdigkeit der Behauptung einer Regierung, Schutz zu bieten, mit ihrem Erfolg in der Monopolisierung gebündelter Gewaltmittel zu. Dies schließt die Eliminierung oder Neutralisierung von Konkurrenten sowohl innerhalb ihres territorialen Bereichs (Staatsaufbau) als auch außerhalb (Kriegsführung) ein. Und da Schutz, Staatsaufbau und Kriegsführung finanzielle und materielle Ressourcen erfordern, treiben Regierungen solche Ressourcen durch Aktivitäten der Tribut-Extraktion ein. Bei effektiver Durchführung »verstärkt im Allgemeinen« jede dieser vier Aktivitäten »die anderen«.[11]

Tillys Modell betont die Synergie zwischen der Schutz-Bereitstellung, dem Staatsaufbau, der Kriegsführung und der Extraktion von Tributen beim Sicherstellen des Erfolgs der Regierung in der Monopolisierung von gebündelten Gewaltmitteln *auf nationaler Ebene*. Um das Modell auf die USA anzuwenden, also eine Regierung, die versucht hat, gebündelte Gewaltmittel *auf globaler Ebene* zu organisieren und zu monopolisieren, sind zwei Modifikationen notwendig. Erstens verwischt die Bildung eines Weltstaats die Unterscheidung zwischen Staatsaufbau- und Kriegsführungsaktivitäten, denn der Möchtegern-Weltstaat beansprucht die ganze Welt als sein künftiges Gebiet und weist so de facto die Unterscheidung zwischen inner- und zwischenstaatlichen Angelegenheiten zurück. Daher werden die vielen »Kriege« der Vereinigten Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so häufig eher als Polizeiaktionen bezeichnet. Zweitens ist es für den Möchtegern-Weltstaat, da die »Unantastbarkeit von Regierungen« noch den Nationalstaaten eigen ist, schwerer, sich selbst als Organisator von »legitimem Schutz« statt von einem »Erpresserwesen« zu präsentieren.

Mit diesen Modifikationen im Hinterkopf wird verständlich, warum die Bush-Regierung die Erfolge der Truman-Regierung, was die Unter-

---

[10] Arthur L. Stinchcombe (1968): *Constructing Social Theories.* New York, S. 150); Tilly 1985, S. 171.

[11] Tilly 1985, S. 171, 181.

scheidung zwischen einem dysfunktionalen Erpresserwesen und legitimem Schutz angeht, nicht wiederholen konnte. Trotz all seiner Einschränkungen konnte das von Truman gestartete verkleinerte, militarisierte Weltregierungsprojekt als legitimer Schutz gelten und wurde von einer großen Zahl von Machtinhabern auf nationaler Ebene als solcher wahrgenommen. Zum Teil beruhte dies auf dem US-amerikanischen Vertrauen während der 1950er und 1960er Jahre, dass die Vereinten Nationen die Übertragung zumindest eines Teils der noch der nationalen Ebene verhafteten »Unantastbarkeit von Regierungen« auf die Weltregierungsaktivitäten der USA sicherstellen würden. Die beiden Hauptgründe dafür, dass das US-amerikanische Projekt des Kalten Krieges als legitimer Schutz gelten durfte, waren jedoch sachbezogen und nicht institutionell.

Der erste Grund war, um Tilly zu paraphrasieren, dass es den nötigen Schutz vor einer nicht von den USA verursachten Gefahr bot. Obwohl die Vereinigten Staaten ökonomisch und politisch die Hauptnutznießer der eskalierenden Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren, lag das Epizentrum der Eskalation in Europa und nicht in den USA. Europa hatte den Schutz am nötigsten, denn, wie Arno Mayer in einem anderen Kontext feststellt, in beiden Weltkriegen war »Europas Blutopfer unermesslich viel größer und zermürbender als Amerikas«.[12] Aber das Opfer hatte seine Ursache in europäischen Konflikten. Daher machte es die USA zu einem legitimen Beschützer, dass sie eine Weltordnung anboten, die die Wahrscheinlichkeit für ein Wiederauftreten ähnlicher Konflikte verringerte.

Der zweite Grund war, dass die USA effektiven Schutz zu einem unschlagbaren Preis anboten. Roosevelt und Truman beabsichtigten beide, die weltweite Bereitstellung von Schutz mit dem Überschusskapital zu finanzieren, das während der vorangegangenen dreißig Jahre des weltweiten Chaos in den USA akkumuliert worden war. Kein Staat, von einer der neu geschaffenen internationalen Institutionen ganz zu schweigen, hatte die notwendigen Ressourcen, um sich mit einem so niedrigpreisigen Angebot zu messen. Ja, das Hauptproblem für die Truman-Regierung war nicht, Klienten für den von ihr angebotenen Schutz zu finden, sondern den Kon-

[12] Arno J. Mayer ( 2003): »Beyond the Drumbeat: Iraq, Preventive War, ›Old Europe‹«, *Monthly Review* 54 (10).

gress davon zu überzeugen, dass es tatsächlich im nationalen Interesse der USA lag, ihr Überschusskapital in die Bereitstellung von Schutz auf Weltebene zu investieren. Zu diesem Zweck blähte Truman die kommunistische Bedrohung so kunstvoll auf.

Diese Situation begann sich mit der Signalkrise der US-Hegemonie der späten 1960er und frühen 1970er Jahre zu verändern. Der Vietnamkrieg demonstrierte, dass der US-amerikanische Schutz nicht so verlässlich war, wie die USA behaupteten und ihre Klienten erwarteten. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg waren die USA reich und mächtig geworden, indem sie andere Länder den größten Teil der tatsächlichen Kampfhandlungen erledigen ließen, diese mit Krediten, Nahrung und Waffen versorgten, zusahen, wie sie sich finanziell und militärisch gegenseitig erschöpften und spät in den Kampf eingriffen, um ein in ihrem nationalen Interesse liegendes Ergebnis sicherzustellen. In Vietnam dagegen mussten sie einen großen Teil der Kampfhandlungen in einer sozial, kulturell und politisch feindseligen Umgebung selbst ausführen, während ihre europäischen und ostasiatischen Klienten als wirtschaftliche Konkurrenten an Stärke gewannen und US-amerikanische multinationale Konzerne Profite auf exterritorialen Finanzmärkten akkumulierten und so der US-Regierung dringend benötigte Steuereinnahmen vorenthielten. Als Resultat dieser Gemengelage verlor die Militärmacht der USA an Glaubwürdigkeit und der US-amerikanische Gold-Dollar-Standard brach zusammen. Zu allem Übel verwandelten sich die Vereinten Nationen in einen Resonanzboden für Beschwerden der Dritten Welt, was wenig Legitimität für die Ausübung von Weltregierungsfunktionen durch die USA erzeugte.

Nach einem Jahrzehnt der sich verschärfenden Krise stellte die Reagan-Regierung die Weichen für die Umwandlung des legitimen Schutzes durch die USA in ein organisiertes Erpresserwesen. Sie verwarf die Vereinten Nationen als Quelle der Legitimität für die US-Hegemonie. Sie begann, Japan unter Druck zu setzen – das zufällig sowohl der am stärksten von ihrem Schutz abhängige Klient der USA und der schnellste Akkumulator von überschüssigem Kapital war –, damit es seine Konkurrenz gegenüber den USA durch »freiwillige« Exportbeschränkungen (ein in den Annalen des internationalen Handels einmaliger Kunstgriff) zügelte und sein überschüssiges Kapital dazu verwendete, die wachsenden US-amerikanischen

Haushalts- und Handelsdefizite zu finanzieren. Sie verschärften das Gleichgewicht des Schreckens mit der UdSSR durch eine starke Eskalation des Wettrüstens. Und sie beschäftigten ein breites Spektrum örtlicher Tyrannen (darunter Saddam Hussein) und religiöser Fundamentalisten (darunter Osama bin Laden) bei der Eindämmung der Macht der Dritten Welt und der Sowjetunion. So begannen die USA, ihren Verbündeten für ihren Schutz einen Preis zu berechnen und gleichzeitig die Gefahren hervorzurufen, vor denen sie später Schutz anboten.[13]

Der Erfolg der US-Regierung bei der Unterminierung der Macht der Dritten Welt und der Sowjetunion ließ unter George Bush Senior die Illusion entstehen, es sei möglich, das US-amerikanische »Imperium der Militärbasen« sich selbst finanzieren zu lassen. Chalmers Johnson hat darauf hingewiesen, dass ein solches Imperium für Handelsdefizite und Kapitalbewegungen viel anfälliger war (und ist) als die »älteren, sich selbst finanzierenden Imperien«. »Gelegentlich« jedoch nimmt das US-amerikanische Imperium der Militärbasen »Geld ein, weil die USA – wie Gangster in den 1930er Jahren, die Menschen und Gewerbebetriebe in ihrer Gewalt zwangen, Schutzgelder zu bezahlen – ausländische Regierungen nötigen, für ihre imperialistischen Projekte zu bezahlen«. Die markanteste dieser Gelegenheiten war der erste Irakkrieg. Indem sie die Vereinten Nationen wieder ins Spiel brachte, um dem Krieg Legitimität zu verleihen, gelang es der Bush-Regierung, von ihren wohlhabendsten und militärisch am stärksten abhängigen Klienten (namentlich Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Deutschland und vor allem Japan) Abgaben von insgesamt 54,1 Milliarden Dollar zu erzielen, wobei sich der US-amerikanische Beitrag von 7 Milliarden Dollar nur auf etwas mehr als die Hälfte des japanischen von 13 Milliarden Dollar belief.[14] Außerdem wurde diese

[13] Dazu, wie die Abwendung der USA unter Reagan von dem direkten Eingriff in den Kampf gegen den Kommunismus und die Hinwendung zur Unterstützung von Auflehnung auf unteren Ebenen mit Hilfe privater Milizen künftige Terroristen züchtete, siehe Mamdani 2004.

[14] Johnson 2004b, S. 25, 307. Johnson zufolge brüsteten sich die USA später, dass sie sogar einen kleinen Nettogewinn aus dem Konflikt erzielt hätten. Siehe auch Eric Hobsbawm (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* München/Wien, S. 305. Dies war das erste und einzige Mal, dass die USA nicht nur versuchten, ihre Klienten für einen ihrer großen Kriege bezahlen zu lassen, sondern in dem Bemühen auch tatsäch-

gewaltige Zahlung nicht zum Schutz vor einer Gefahr wie dem Kommunismus eingetrieben, die die USA nicht geschaffen hatten, sondern vor einer Gefahr, die teilweise auf die US-amerikanische Unterstützung von Saddam Husseins Krieg gegen den Iran zurückgeführt werden konnte.

Der Übergang von legitimem Schutz auf organisiertes Erpresserwesen wurde unter Clinton mit anderen Mitteln fortgesetzt. Die Vermittlung durch die UN als Mittel zur Erzeugung von Legitimität für US-amerikanische Polizeiaktionen wurde erneut verworfen, diesmal zugunsten eines kollektiven Anstrebens ausgesuchter »humanitärer« Missionen durch die NATO. Gleichzeitig wurden die Bretton-Woods-Institutionen als Instrumente der US-amerikanischen Herrschaft über einen zunehmend integrierten globalen Markt aufgemöbelt. Der »Erfolg« der Bosnien- und der Kosovo-Mission zusammen mit dem unaufhaltsamen Anwachsen der New-Economy-Blase verlieh der Darstellung der USA als »unverzichtbare Nation« durch Außenministerin Albright Glaubwürdigkeit. Aber die Grundlage für diese »Unverzichtbarkeit« bestand nicht, wie Albright behauptete, in der vermeintlichen Fähigkeit der USA, »weiter in die Zukunft zu blicken als andere Länder«.[15] Stattdessen bestand sie aus einer allgemeinen Angst vor dem irreparablen Schaden, den die US-Politik dem Rest der Welt zufügen könnte. Die Gefahren, vor denen die USA jetzt Schutz anboten, waren Gefahren, die die USA selbst erzeugt hatten oder erzeugen könnten. Und die inzwischen von ausländischen Regierungen in das Staatssäckel der US-Regierung geschütteten Billionen von Dollar zeigten, dass der US-amerikanische Schutz keinen niedrigen Preis mehr hatte.

---

lich erfolgreich waren. An sich war der Erfolg der Erpressung kein Zeichen für Hegemonie, denn auf dem Höhepunkt ihrer Hegemonie bezahlten die USA für ihre Kriege und den Schutz ihrer Klienten voll und ganz selbst. Er war eher ein Zeichen dafür, dass die US-Hegemonie aufgehört hatte, auch eine Geldhegemonie zu sein, aber noch so fest im Sattel saß, dass die USA ihre Klienten dazu bringen konnten, für den bereitgestellten Schutz zu bezahlen. Dass es George W. Bush misslang, die US-Klienten für den zweiten Irakkrieg bezahlen zu lassen, lässt sich dagegen als Zeichen dafür auffassen, dass die USA inzwischen sowohl die Geldhegemonie (»hegemoney«) als auch die Hegemonie eingebüßt hatten.

[15] Zit. n. S. Sestanovich, »Not Much Kinder and Gentler«, *The New York Times*, 3. Februar 2005.

## Verzichtbare Vereinigte Staaten?

Die Neokonservativen in der Bush-Administration leiteten die Verwandlung der USA von legitimen Beschützern in Schutzgelderpresser somit nicht ein. Als sie an die Macht kamen, befand sich die Verwandlung schon in einem fortgeschrittenen Stadium. Aber indem sie sie zu weit vorantrieben, legten sie am Ende ihre Grenzen bloß, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich. Wie wir in Kapitel 7 gesehen haben, scheiterte ihr Versuch zu demonstrieren, dass die US-amerikanische Militärmacht die Welt effektiv unter Kontrolle halten und gleichzeitig die anhaltende Zentralität der USA in der globalen politischen Ökonomie sicherstellen konnte, in beiden Hinsichten. Wir können dieses doppelte Scheitern jetzt auf eine Überdehnung der weltweiten Schutzgelderpressung durch die USA zurückführen.

Colin Powell selbst beschwor einst Tillys finsteres Schutzbild herauf, als er sagte, die USA sollten der Schulhoftyrann sein. Im Weiteren rief er das tröstliche Schutzbild wach und versicherte, der Rest der Welt würde diese Rolle gerne akzeptieren, weil man den USA »vertrauen kann, dass sie diese Macht nicht missbrauchen«.[16] Wir wissen nicht, worauf Powell diesen Glauben stützte. Aber weniger als ein Jahr nach der US-amerikanischen Invasion in den Irak zeigten Berichte von überall her auf der Welt, dass das tröstliche Bild des US-amerikanischen Schutzes dem finsteren von Vereinigten Staaten gewichen war, die versuchten, die Einreihung aller in ihr außenpolitisches Programm zu erzwingen. Was noch wichtiger war, der Versuch blieb erfolglos.

Der zwingendste Beweis hierfür war der Widerwille, mit dem sogar ihre treuesten Klienten den USA die zur Befreiung aus dem irakischen Sumpf benötigten Ressourcen zur Verfügung stellten. Trotz Colin Powells Versuch, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem er die »Geberkonferenz«, die im Oktober 2003, nach der juristischen Legitimation der Besetzung des Iraks durch den UN-Sicherheitsrat, in Madrid einberufen worden war, zum Erfolg erklärte, blieben die Zahlungen weit hinter den Erwartungen zurück und, bezeichnenderweise, hinter den Summen, die für den Irakkrieg von 1991 aufgebracht worden waren. Die tatsächlichen Zuwen-

[16] Zit. n. Harvey 2005, S. 83.

dungen (das heißt Darlehen) betrugen weniger als ein Achtel des Ziels von 36 Milliarden Dollar und deutlich weniger als ein Viertel der von den USA zugesicherten 20 Milliarden Dollar. Im merklichen Gegensatz zu der sehr erfolgreichen Erpressung im ersten Irakkrieg ließ man die USA diesmal in der Tinte sitzen. Deutschland und Saudi-Arabien gaben praktisch nichts. Sogar Japans Zusicherung von 1,5 Milliarden Dollar – bei weitem die größte in Madrid – war dürftig im Vergleich zu den 13 Milliarden, die Japan für den ersten Irakkrieg ausgespuckt hatte, insbesondere da der reale Wert von US-Dollar 1991 wesentlich höher lag als 2003. Dieser steile Rückgang der Fähigkeit der USA zur Schutzgeld-Extraktion von Klienten lässt sich auf die Auffassung zurückführen, dass ihr Schutz kontraproduktiv geworden war, entweder weil die USA aus einigen ihrer Klienten das Letzte herausholten und sie dann in noch größerer Gefahr zurückließen als der, vor der sie sie geschützt hatten, oder weil die Handlungen der USA drohten, größere künftige Gefahren zu verursachen als die, vor denen sie gegenwärtig Schutz boten. So oder so, wie James Carroll speziell im Hinblick auf Vorderasien anmerkte, die »unverzichtbare Nation« schien nur »unverzichtbar für die Verbreitung von Chaos« zu sein.

> »Iraker, Libanesen, Israelis und Palästinenser treffen alle Entscheidungen zur Gewalt und tragen die Last der Folgen der Gewalt, aber der Kontext, in dem diese Entscheidungen getroffen werden, ist in überwältigendem Maße durch in Washington getroffene Entscheidungen für Gewalt festgesetzt.«[17]

Teilweise kann die dramatische Verringerung der Tributzahlungen jedoch dem Glauben zugeschrieben werden, dass die Notwendigkeit US-amerikanischen Schutzes, wozu dieser auch gut sein mag, heute weniger zwingend ist als 1991. Diese Auffassung ist viel weiter verbreitet als der feierliche Respekt, den man der US-amerikanischen Macht noch entgegenbringt, vielleicht ahnen lässt. Aber sie ist vermutlich am wichtigsten im Fall der ost-

---

[17] J. Carroll, »Reject the War«, *International Herald Tribune*, 19. Dezember 2006. Zu den Entscheidungen der USA für die Gewalt, die den Irak zu einem Ausbildungsgebiet für Terroristen in Ländergröße gemacht haben, siehe neben anderen Daniel Benjamin/Steven Simon (2005): *The Next Attack: The Failure of the War on Terror and a Strategy for Getting it Right*. New York; und P. Rogers, »The War on Terror: Past, Present, Future«, *openDemocracy*, 24. August 2006.

asiatischen Klienten der USA. Während in der Vergangenheit viele Staaten der Region den Schutz der USA als entscheidend ansahen, um der realen oder eingebildeten Bedrohung ihrer Sicherheit durch China entgegenzuwirken, wird China heute nicht mehr als ernsthafte Bedrohung angesehen, und selbst wenn sich eine solche Bedrohung erneut abzeichnen sollte, gilt der Schutz der USA inzwischen als unzuverlässig. Außerdem schränkte die zunehmende Abhängigkeit der USA von ostasiatischem Geld in Kombination mit der abnehmenden Abhängigkeit der ostasiatischen Länder vom US-amerikanischen Markt aufgrund der Konsolidierung Chinas als ihr größter und am schnellsten wachsender Markt die Fähigkeit der USA zur Extraktion von Schutzgeldern von ihren ostasiatischen Klienten weiter ein.

Wie bereits bemerkt, reicht die Attraktion Chinas als wirtschaftlicher und strategischer Partner weit über die Region Ostasien hinaus. Chinas Aufstieg erinnert tatsächlich an den Aufstieg der USA während der Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ebenso wie die USA als wahrer Gewinner aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, nachdem die UdSSR 1942-43 entscheidende Siege gegen die Wehrmacht errungen hatte, so deutet nun alles auf China als wahren Gewinner des Kriegs gegen den Terror hin, gleichgültig, ob es den USA je gelingt, Al-Qaida und den irakischen Aufständischen das Rückgrat zu brechen.[18]

Im Nachwort dieses Buches werden wir uns mit der Frage beschäftigen, welche Art einer neuen Weltordnung (oder Unordnung) letztlich aus diesem »Sieg« hervorgehen mag. Für den Moment halten wir einfach fest, dass der neue Imperialismus des *Project for a New American Century* wahrscheinlich das unrühmliche Ende der sechzig Jahre währenden Bemühungen der USA markiert, das organisatorische Zentrum eines Weltstaats zu werden. Diese Bemühungen veränderten die Welt, aber selbst in ihren größten Momenten des Triumphs hatten die USA in ihren Bestrebungen nie Erfolg. George W. Bush, der am Ende dieses langen Prozesses

[18] 2004 erinnerte ein Diskussionsteilnehmer vom Institute of Electrical and Electronic Engineers an den alten Witz, dass die USA den Kalten Krieg führten und Japan ihn gewann. »Der neue Witz«, fügte er hinzu, »ist, dass die USA den Krieg gegen den Terror führen, aber China ihn gewinnt.« (J. Kumagi/W. Sweet, »East Asia Rising«, *IEEE Spectrum Online*, www.spectrum.ieee.org, Zugriff am 19. Oktober 2004). Zufällig fängt der Witz einen wichtigen Aspekt nicht nur der heutigen, sondern auch der vergangenen Dynamik des historischen Kapitalismus ein, der in Kapitel 8 skizziert wurde.

steht, hat nichts anderes getan, als zu beweisen, dass Albright Unrecht hatte. »Wie sich herausstellt«, klagt Michael Lind, »sind die USA eine verzichtbare Nation«.

> »Noch vor kurzem lief nichts ohne die USA. Heute jedoch findet der internationale Aufbau neuer Institutionen von langfristiger Bedeutung für die globale Diplomatie und den Welthandel praktisch nur noch ohne US-amerikanische Beteiligung statt. […] Europa, China, Russland, Lateinamerika und andere Regionen und Nationen ergreifen im Stillen Maßnahmen, deren Effekt sein wird, […] Amerika zurechtzustutzen.«[19]

»Die Position der respektierten internationalen Führerschaft, die die USA im Laufe der vergangenen hundert Jahre oder mehr aufgebaut hatten, drastisch untergraben zu haben« – schrieb Brian Urquhart am Vorabend der Wahlen vom November 2004 –, »ist eine außergewöhnliche Leistung«.[20] Trotz dieser »außergewöhnlichen Leistung« und zum Erstaunen der übrigen Welt brachten die Wahlen nicht nur Präsident Bush ins Weiße Haus zurück, sondern verfestigten den Einfluss des neokonservativen Blocks auf alle Zweige der US-amerikanischen Regierung. Im Anschluss an den Wahlsieg gab Bush die berühmte Erklärung ab, er habe »politisches Kapital« verdient, das er nun nach seinem Gutdünken ausgeben wolle. Wenn wir jedoch die Differenz aus seinen Zustimmungs- und Ablehnungswerten als ungefähre Messgröße für sein politisches Kapital auffassen, offenbart Abbildung 9.1, wie vollkommen realitätsfremd er auch in dieser Hinsicht war.

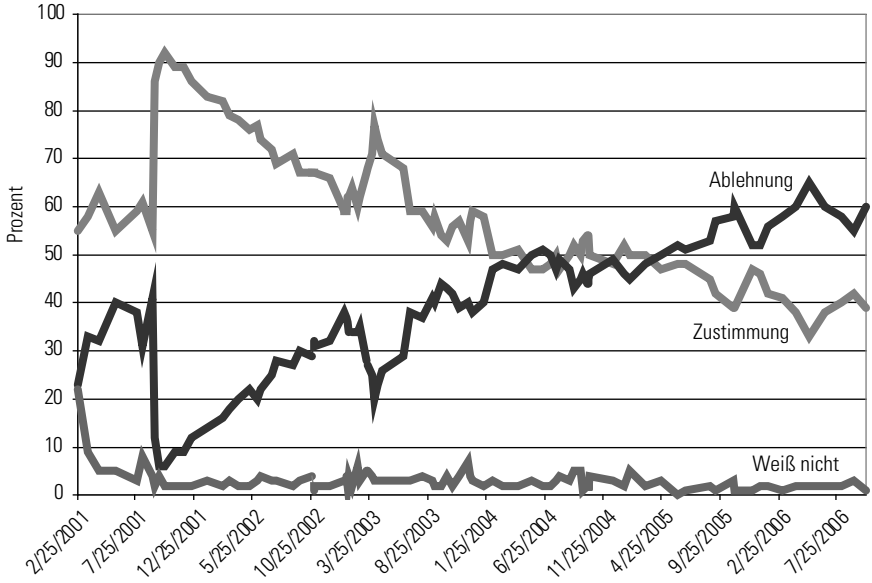
Die Abbildung zeigt erstens, dass der größte Teil von Bushs politischem Kapital nichts war, was er »verdient« hatte, sondern ein Geschenk, das er am 11. September von bin Laden erhielt, und zweitens, dass er trotz eines starken, aber kurzlebigen Gewinns im Gefolge des Einmarsches in den Irak im März 2003 dieses Geschenk zur Zeit seiner Wiederwahl 2004 bereits vergeudet hatte und seine Uhr nun abgelaufen war. Was ihm – außer dem Ideenmangel seiner demokratischen Herausforderer in der Frage, wie das von ihm angerichtete heillose Durcheinander aufgeräumt werden sollte – vier weitere Jahre im Weißen Haus verschaffte, war die noto-

---

[19] M. Lind, »How the U.S. Became the World's Dispensable Nation«, *The Financial Times*, 25. Januar 2005.

[20] K. Anthony Appiah et al. (2004): »The Election and America's Future«, *The New York Review*, 4. November, S. S. 16.

**Abbildung 9.1: Präsident Bushs Umfragewerte von Februar 2001 bis Oktober 2006**




Quelle: Washington Post – ABC News Poll

rische Gerissenheit seines Beraters Karl Rove, der die Idee ausheckte, der Krieg gegen den Terror sollte besser in Übersee ausgefochten werden als zu Hause, und die Terroristen würden, wenn man sie nicht im Irak aufstöberte, in den Straßen von San Francisco oder Des Moines auftauchen. Mit diesem Argument gelang es ihm, »das amerikanische Volk [wieder einmal] zu Tode zu erschrecken« und Bush zur Wiederwahl zu verhelfen, es war aber kaum überzeugend für die wachsende Mehrheit der Iraker, deren Leben durch das von den USA verursachte Chaos vernichtet oder vorzeitig beendet wurde, und auch nicht für alle anderen Länder, die sich von der Kombination aus Rücksichtslosigkeit und Unbekümmertheit, mit der die USA die Gefahren verbreiteten, vor denen sie angeblich Schutz boten, bedroht fühlten. Aber selbst das amerikanische Volk konnte nicht ewig zum Narren gehalten werden, und die Gerissenheit Karl Roves konnte die List des zugrundeliegenden historischen Prozesses nicht für immer übertref-

fen, so dass sich – wie Abbildung 9.1 zeigt – die Abnutzung von Bushs politischem Kapital kurz nach seiner zweiten Amtseinführung unaufhaltsam fortsetzte.

Ein bedeutender Wendepunkt war die Verwüstung Louisianas durch den Hurrikan Katrina im September 2005. »Wenn der 11. September ein Markstein für die Bush-Regierung war«, schrieb Thomas Friedman, »könnte Katrina der andere sein. Der 11. September verschaffte Präsident Bush Rückenwind, durch Katrina bekam er Gegenwind.«[21] Entgegen Bushs und Rumsfelds Behauptung, die Tragödie habe nichts mit dem Irak zu tun, stellt Mike Davis fest, »das Fehlen von mehr als einem Drittel der Nationalgarde von Louisiana und einem Großteil ihres schweren Geräts lähmte die Rettungs- und Hilfseinsätze von Anfang an […] Wie ein verbitterter Repräsentant der verwüsteten Gemeinde St. Bernard der *Times-Picayune* sagte: ›Die Hilfe aus Kanada traf vor der US-Army ein.‹«[22] Und entgegen Bushs Behauptung, niemand hätte den Bruch der Deiche von New Orleans vorhersagen können, war Katrina, in Simon Schamas Worten, »die am deutlichsten vorhergesehene Katastrophe der modernen US-amerikanischen Geschichte«.

> »Bei der Wahl [von 2004] bat George W. Bush die Amerikaner, ihn zu wählen als denjenigen, der am besten der wichtigsten Verpflichtung einer Regierung nachkommen würde: dem unvoreingenommenen und wachsamen Schutz ihrer Bürger. Nun sucht ihn der Vertrauensmissbrauch dieser Behauptung nicht in Bagdad, sondern in den überschwemmten Bezirken von Louisiana heim.«[23]

In Wirklichkeit waren der Irak und Louisiana zwei Seiten derselben Medaille eines Landes, das fünfundzwanzig Jahre lang seinen lange gehegten Glauben an die Zauberkraft der Hochtechnologie mit dem an die Zauberkraft der sich selbst regulierenden Märkte vermischt hat. Nachdem sie mit dem Slogan »Shock and Awe« (»Schock und Lähmung«) in den Irak gezogen sind, der »eine nie zuvor auf der Erde gesehene Macht ausstrahlen

---

[21] »Osama and Katrina«, *The New York Times*, 7. September 2005.

[22] »The Predators of New Orleans«, *Le Monde Diplomatique,* englische Ausgabe, September 2005. Siehe auch R. Scheer, »Finally Fooling None of the People«, *Los Angeles Times*, 13. September 2005.

[23] »Sorry Mr President, Katrina Is Not 9/11«, *Guardian*, 12. September 2005.

sollte« – schreibt Polly Toynbee –, waren die USA nun mit einer anderen Art von Schock konfrontiert.

> »Es ist der Schock zu entdecken, dass […] die USA jetzt wie ein furchterregender Roboterdinosaurier aussehen, der durch die Landschaft stapft, ein riesiges Power-Ranger-Spielzeug voller glänzender Apparaturen und Displays, aber ohne Macht und innen hohl […] Der Irak hat gezeigt, dass intelligente Raketen, Techno-Mätzchen aus Schwermetall und Soldaten, deren Helme elektronisch von der Southern Command in Tampa kontrolliert werden, praktisch nutzlos sind. Die Lektionen, die die Vietkong auf Fahrrädern dachten, dem Giganten erteilt zu haben, werden noch einmal von vorne gelernt, während der Misserfolg und die Katastrophe dem Weißen Haus ins Gesicht starren […] Nun, da die USA feststellen, dass die Macht zum Brechen von Nationen nutzlos ist ohne die Macht zu ihrem Aufbau, sind Schock und Lähmung vorbei. Aber um die wahre Leere unter dem US-amerikanischen Panzer bloßzulegen, war Hurrikan Katrina nötig. Kein Wunder, dass die Regierung des Iraks über die Kompetenzen einer Nation hinausging, die innerhalb ihrer eigenen Grenzen so kraftlos regiert wird. Wie könnte ein Staat, in dem die Hälfte der Wähler nicht an die Regierung glaubt, irgendetwas gut durchführen? Was die große Katastrophe von Louisiana enthüllt hat, ist ein Land, das überhaupt kein Land ist, sondern atomisierte, segmentierte Individuen, die so weit wie möglich voneinander entfernte parallele Leben führen, mit nichts, was sie vereint, außer der Idee einer Fahne.«[24]

Damit sind wir wieder bei Arendts Behauptung, nach der Hobbes' Gemeinwesen ein »ewig schwankendes Gebäude« ist, »darauf angewiesen, dass [es] dauernd von außen neue Stützen erhält, soll [es] nicht über Nacht zusammenstürzen in das zweck- und prinzipienlose Nichts, aus dem [es] entstand«. Aber gerade deswegen überwog, als die Erinnerungen an Katrina zu verblassen begannen, die Angst des US-amerikanischen Volks vor weiterem Schaden, den Bush der US-Flagge zufügen könnte, die Angst vor dem Auftauchen von Terroristen in den Straßen San Franciscos oder Des Moines', was zu einer weiteren Erosion von Bushs politischem Ka-

[24] »The Chasm Between Us«, *Guardian*, 9. September 2005. Eine ähnliche These findet sich in R. Drayton, »Shock, Awe and Hobbes Have Backfired on America's Neocons«, *Guardian*, 28. Dezember 2005.

pital führte. In seinem bisher sachlichsten Eingeständnis der Kosten des Irakkriegs für seine Präsidentschaft gab Bush im März 2006 widerstrebend zu: »Ich würde sagen, ich verbrauche [mein politisches] Kapital für den Krieg.«[25] Bei den Wahlen in der Mitte seiner Legislaturperiode, im November 2006, war er tief in den roten Zahlen, die Demokraten gewannen beide Kammern des Kongresses, alle noch in der Regierung verbliebenen Neokonservativen außer Cheney wurden verabschiedet und alle Träume von einem »Neuen Amerikanischen Jahrhundert« zurückgestellt, um sich auf Schadensbegrenzung zu konzentrieren.

## Rekapitulation und Vorschau

»Die Geschichte der *army*«, schrieb Marx am 25. September 1857 an Engels, »hebt anschaulicher als irgend etwas die Richtigkeit unsrer Anschauung von dem Zusammenhang der Produktivkräfte und der sozialen Verhältnisse hervor.

> »Überhaupt ist die army wichtig für die ökonomische Entwicklung. Z.B. Salär [Lohnsystem] zuerst völlig in der Armee entwickelt bei den Alten. […] Ebenso hier erste Anwendung der Maschinerie im großen. Selbst der besondre Wert der Metalle und ihr use als Geld scheint ursprünglich […] auf kriegerischer Bedeutung zu beruhen. Auch die Teilung der Arbeit *innerhalb* einer Branche zuerst in den Armeen ausgeführt. Die ganze Geschichte der bürgerlichen Gesellschaften ferner sehr schlagend darin resümiert. Wenn Du einmal Zeit hast, musst Du einmal die Sache von diesem Standpunkt ausarbeiten.«[26]

Hätte Engels dafür Zeit gefunden, hätte er vielleicht die Richtigkeit seiner und Marx' Ansicht über den Zusammenhang der Produktivkräfte und der sozialen Verhältnisse demonstrieren können, aber nur wenn er die Produktivkräfte so neudefiniert hätte, dass sie die Bereitstellung von Schutz umfassen. Noch wichtiger, er hätte es aller Wahrscheinlichkeit nach für nötig befunden, sich mit der Frage des Zusammenhangs von Kapitalismus,

[25] E. Bumiller, »Bush Concedes Iraq War Erodes Political Status«, *New York Times*, 22. März 2006.

[26] Karl Marx (1963): *Briefe*. MEW, Bd. 29. Berlin, S. 192; Hervorhebungen im Original.

Industrie und Militarismus zu befassen, die Smiths Beobachtung, dass die großen Ausgaben für moderne Kriegsführung wohlhabenden Nationen gegenüber armen Nationen einen Vorteil verschaffen, implizit aufwarf. Wie wir in Kapitel 3 gefragt haben: Verstärken sich Kapitalismus, Industrie und Militarismus angesichts der größeren Rolle, die verarbeitendes Gewerbe, Außenhandel und Navigation im europäischen kapitalistischen Pfad spielten – im Vergleich zu Smiths marktorientiertem »natürlichen« Pfad – nicht in einem positiven Kreislauf der Bereicherung und Ermächtigung gegenseitig auf Kosten der übrigen Welt? Und wenn ja, wo liegen die Grenzen für diese Bereicherung und Ermächtigung?

William McNeills wegweisende Darstellung des Machtstrebens auf dem europäischen Entwicklungspfad legt, zusammen mit der in diesem und den vorhergehenden beiden Kapiteln entwickelten Analyse, mehrere Beobachtungen nahe, die zur Beantwortung dieser Fragen hilfreich sein können. Eine erste Beobachtung ist, dass der westliche Pfad der kapitalistischen Entwicklung von seinen ersten Anfängen in den italienischen Stadtstaaten bis zu seinem letzten Höhepunkt im gescheiterten US-amerikanischen Weltstaat durch die Kommerzialisierung des Krieges und ein ununterbrochenes Wettrüsten charakterisiert ist. So genannter »militärischer Keynesianismus« – die Praktik, durch die Militärausgaben das Einkommen der Bürger des Staats, der die Ausgaben getätigt hat, anzuheben und dadurch die Steuereinnahmen und die Fähigkeit zur Finanzierung neuer Runden der Militärausgaben zu erhöhen – ist ebenso wenig ein Novum des 20. Jahrhunderts wie Finanzkapital und transnationale Geschäftsunternehmen. Indem sie Lohnarbeitsverhältnisse in der Kriegsführung und dem Staatsaufbau entwickelten, praktizierten die italienischen Stadtstaaten bereits eine Art von Miltärkeynesianismus in kleinem Umfang, was einen Teil ihrer Schutzkosten in Einnahmen umwandelte und damit anscheinend Kriege sich selbst finanzieren ließ.

> »Neuartig freilich war, dass in den reicheren italienischen Städten soviel Geld im Umlauf war, dass die Bürger sich selbst besteuern und die Erträge dazu verwenden konnten, bewaffnete Fremde zu mieten. Die Söldner brachten dann – einfach dadurch, dass sie ihren Sold ausgaben – das Geld wieder in Umlauf. Damit intensivierten sie den Wirtschaftsverkehr, der es solchen Städten überhaupt ermöglichte, die bewaffnete

> Macht zu kommerzialisieren. Das sich herausbildende System neigte mithin dazu, sich selbst am Leben zu erhalten.«[27]

In Wirklichkeit konnte das entstehende System nur unter der Bedingung sich selbst erhalten, dass Militärausgaben Einnahmen hervorbrachten, die höher waren als die für ihre Aufrechterhaltung bezahlten Steuern. Dies führt uns zu der zweiten Beobachtung, dass diese Bedingung im europäischen System zumindest für manche Staaten durch das Zusammenspiel zweier Mechanismen erfüllt war. Der eine war ein Mechanismus des Kräftegleichgewichts, der es dem führenden kapitalistischen Staat einer gegebenen Epoche ermöglichte, sich die Gewinne der zwischenstaatlichen Konkurrenz anzueignen – und so Kriege wirklich sich selbst bezahlen zu lassen. Und der andere war systematische externe Expansion, die eine Doppelfunktion erfüllte: Sie erhielt durch die Entwicklung immer ausgefeilterer Mittel und Techniken des Krieges die Konkurrenz zwischen europäischen Staaten lebendig und machte es ihnen gleichzeitig möglich, sich die für die Vergrößerung ihrer Handels- und Steuereinnahmen benötigten Ressourcen aus der übrigen Welt anzueignen. McNeill rekapituliert den Prozess insbesondere im Hinblick auf die hundertfünfzig Jahre vor der Industriellen Revolution folgendermaßen:

> »[I]n der europäischen Arena drängten sich die Armeen modernen Stils. Dies führte zu nur lokalen und vorübergehenden Störungen des Gleichgewichts der Kräfte, die die Diplomatie einzugrenzen verstand. An den Rändern des europäischen Aktionsbereichs hingegen war die Folge eine stetige Expansion, ob in Indien, Sibirien oder den beiden Amerikas. Diese territoriale Ausdehnung trug wiederum ein expandierendes Handelsnetz, mehrte in Europa die Steuerkraft und machte den Unterhalt der Militärapparate weniger drückend, als es sonst der Fall gewesen wäre. Kurzum, Europa katapultierte sich in einen sich selbst verstärkenden Zyklus: Seine militärische Organisation trug – auf Kosten anderer Völker und anderer Staatswesen der Erde – die politische Expansion, und ebenso geschah es umgekehrt: die Expansion stützte die militärische Organisation.«[28]

---

[27] McNeill 1984, S. 76.
[28] Ebd., S. 130f.

Die dritte Beobachtung ist, dass dieser sich selbst verstärkende Kreislauf sowohl Ursache als auch Wirkung von zwei unterschiedlichen Innovationen in der Bereitstellung von Schutz war. Die erste betraf – wie Marx in seinem Brief an Engels andeutete – die technische Arbeitsteilung innerhalb von Armeen. Durch die Wiederentdeckung und Perfektionierung lang vergessener römischer Militärtechniken organisierte Moritz von Nassau die holländische Armee im frühen 17. Jahrhundert neu, in ähnlicher Weise, wie Frederick W. Taylors »wissenschaftliche Betriebsführung« zweihundert Jahre später die US-amerikanische Industrie neu organisieren sollte. Er organisierte Belagerungstechniken so um, dass die Effektivität militärischer Arbeitskraft gesteigert, Kosten im Sinne von Opferzahlen gesenkt und die Aufrechterhaltung der Disziplin in den Rängen der Armee erleichtert wurden. Er standardisierte das Marschieren und das Laden und Abfeuern von Gewehren und machte das Exerzieren zu einer regulären Aktivität von Soldaten. Er teilte die Armee in kleinere taktische Einheiten auf, erhöhte die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere und rationalisierte die Weisungslinien.

> »Auf diese Weise wurde ein Heer zu einem gegliederten Organismus mit einem ›Zentralnervensystem‹, das ein sensibles und mehr oder minder intelligentes Eingehen auf unvorhergesehene Umstände möglich machte. Jede Bewegung erreichte eine neue Stufe der Genauigkeit und Schnelligkeit. Die individuellen Bewegungen von Soldaten beim Feuern und Marschieren ebenso wie die von Bataillonen über das Schlachtfeld ließen sich steuern und berechnen wie nie zuvor. Eine gut gedrillte Einheit, die so agierte, dass jede Bewegung, jeder Griff zählte, konnte die Salvenfolge pro Minute zusehends steigern. Gewandtheit und Kampfgeist des einzelnen Infanteristen zählten kaum mehr. Tapferkeit und persönlicher Mut verschwanden beinahe völlig hinter einer gepanzerten Routine. […] Doch Truppen, die nach dem Reglement Moritz von Nassaus gedrillt waren, erwiesen sich im Kampf automatisch als überlegen.«[29]

[29] Die Verbreitung der »wissenschaftlichen Betriebsführung« Moritz von Nassaus in europäischen Armeen hatte eine doppelte Bedeutung. In Europa neutralisierte sie die Größenvorteile, von denen Spanien profitierte, und tendierte daher zur Angleichung militärischer Fähigkeiten und damit zur Reproduktion des Kräftegleichgewichts. Außerhalb Europas ermöglichte sie europäischen Drillmeistern die Schaffung von Miniaturarmeen, indem sie an

Die zweite Art der Innovation entspricht dem, was Marx die »Anwendung der Maschinerie im großen« nennt. Wie in Kapitel 8 bemerkt, schreibt unter anderen McNeill der militärischen Inanspruchnahme der britischen Ökonomie während der Napoleonischen Kriege eine entscheidende Rolle dabei zu, die Verbesserung von Dampfmaschinen und solchen bahnbrechenden Innovationen wie der Eisenbahn und der Dampfschiffe zu einer Zeit unter Bedingungen möglich gemacht zu haben, die ohne den Anlass zur Eisenproduktion durch den Krieg schlicht nicht existiert hätten. In diesem Sinne war die Industrielle Revolution in den wirklich wichtigen Bereichen – d.h. den Kapitalgüterindustrien – größtenteils ein Nebenprodukt des europäischen Wettrüstens. Sehr bald jedoch gab der Einsatz der Produkte und Prozesse der modernen Industrie bei Kriegsführungsaktivitäten – was McNeill die »Industrialisierung des Krieges« nennt – diesem Wettlauf einen beispiellosen Impuls.

Die Industrialisierung des Krieges begann ernsthaft in den 1840er Jahren, als die französische Marine mit großkalibrigen Sprenggeschossen ausgerüstete gepanzerte Dampfschiffe einführte, die hölzerne Kriegsschiffe hoffnungslos veraltet erscheinen ließen. Da die französische Marine immer ausgeklügeltere gepanzerte Dampfschiffe einführte, hatte die britische Marine keine Wahl, als es ihr gleichzutun. Da andere Staaten dasselbe taten, nahm das neue Wettrüsten eine Eigendynamik an, die weder Großbritannien noch Frankreich kontrollieren konnten.

Der Krimkrieg (1854-56) war ein entscheidender Wendepunkt. Um 1850 waren überall in Europa in der Rüstungsindustrie noch handwerkliche Methoden vorherrschend, ebenso wie in den meisten Zweigen der Investitionsgüterindustrie. Aber zwischen 1855 und 1870, unter der Initialwirkung des Krimkriegs, wurden diese Methoden durch das ersetzt, was damals das »amerikanische Produktionssystem« genannt wurde. Das Hauptprinzip war die Verwendung automatischer oder halbautomatischer Fräsmaschinen, um austauschbare Teile in vorgeschriebene Formen zu schneiden. Diese Maschinen waren teuer und gingen verschwenderisch mit dem Mate-

---

den Küsten des Indischen Ozeans örtliche Soldaten zum Schutz europäischer Handelsstationen rekrutierten. »Im 18. Jahrhundert bewiesen dann solche Truppen, wie gering auch an Zahl, eine klare Überlegenheit über die ungefügen Heere, die asiatische Herrscher ins Feld zu schicken gewohnt waren.« (McNeill 1984, S. 121-126).

rial um. »Doch wenn Gewehre in großer Zahl gebraucht wurden, machte sich die Automatisierung dank der Vorteile der Serienproduktion um ein Vielfaches bezahlt.« Die britische Regierung und belgische Waffenhersteller waren die ersten, die US-amerikanische Maschinenanlagen importierten, aber bis 1870 folgten Österreich, Frankreich, Preußen, Russland, Spanien, Dänemark, Schweden, die Türkei und sogar Ägypten ihrem Beispiel. Infolgedessen wurde die Konkurrenz der Staaten um die Beschaffung von Handfeuerwaffen von den Fesseln des Handwerks befreit, die Neuausstattung ganzer Armeen war eine Sache von Jahren statt Jahrzehnten und diese Beschleunigung wurde selbst ein Faktor ständiger Innovationen im Design von Handfeuerwaffen.[30]

Zur gleichen Zeit wurden private Großfirmen zu einer Einflussgröße im Wettrüsten. Die wichtigste der durch den Krimkrieg angeregten Neuerungen war die Erfindung des Bessemer-Verfahrens zur Stahlherstellung, das die älteren Methoden des Gießens von Feuerwaffen obsolet machte. Im Gegensatz zu dem, was in der Produktion von Handfeuerwaffen geschehen war – wo staatliche Waffenfabriken Pionierarbeit geleistet hatten für Veränderungen im Arbeitsprozess und im Produktdesign, die es ihnen ermöglichten, die Produktion auf Kosten von privaten Kleinunternehmen in ihren Händen zu zentralisieren –, gingen in der Produktion der Schwerartillerie große Privatunternehmen bei der Übernahme neuer Methoden und Materialien voran, was die Arbeiten, die zuvor in staatlichen Waffenfabriken ausgeführt worden waren, in ihren Händen zentralisierte.

> »So entwickelte sich nach 1860 eine globale Rüstungsindustrie. […] Selbst technisch hochentwickelte staatliche Arsenale wie die französischen, englischen und preußischen sahen sich hartnäckig von Privatherstellern herausgefordert, die ungeniert die Punkte herausstellten, in denen ihre Produkte in Staatsregie hergestelltes Kriegsgerät übertrafen. So förderte die privatwirtschaftliche Konkurrenz gemeinsam mit nationalen Rivalitäten Verbesserungen an der Geschützproduktion.«[31]

---

[30] Ebd., S. 201-203; 207-209.

[31] Dies war erst der Anfang eines langen Prozesses, durch den Geschäftsunternehmen zu Protagonisten im Wettrüsten wurden und sich ihrerseits durch ihn verwandelten: »Im ganzen betrachtet, scheint es klar, dass die Rüstungsfirmen, als sie einer neuen Technologie nach der anderen den Weg bahnten – Stahlherstellung, industrielle Chemie, Elektrotechnik,

Der Krimkrieg brachte auch eine neue Eigendynamik in die Errichtung nationaler Eisenbahnnetze quer durch Kontinentaleuropa. Er demonstrierte, dass die Dampfschifftechnologie die logistischen Vorteile der Seemächte gegenüber Landmächten steigerte. Während Truppen und Vorräte aus Frankreich und England per Seetransport innerhalb von drei Wochen in die Krim gebracht werden konnten, brauchten russische Truppen und Vorräte aus Moskau manchmal drei Monate, um die Front zu erreichen. Hinzu kam, dass eine britische Blockade den Import neuer Waffen nach Russland per Schiff unterdrückte und den Strom von Russlands Korn und anderen Exporten, mit denen Vorräte bezahlt werden sollten, die man über Land importieren konnte, unterbrach. Daher begann man, den Bau effektiver nationaler Eisenbahnnetzwerke als wesentlichen Aspekt der Kriegs- und Staatsführung anzusehen, nicht nur in Russland, sondern auch in Zentral- und Südeuropa, was unter den europäischen Regierungen zu einer wahren Eisenbahnmanie führte. Zwischen 1850 und 1870 wurden 80.000 Kilometer neue Schienen verlegt, im Vergleich zu 24.000 in all den Jahren zuvor. Die Vorwärts- und Rückwärtsverflechtung dieses Aufschwungs des europäischen Eisenbahnbaus wurde ihrerseits zum wichtigsten Einzelfaktor bei der Verringerung des Industrialisierungsgefälles zwischen Großbritannien und den Staaten Kontinentaleuropas.[32]

Die Industrialisierung des Krieges gab dem sich selbst verstärkenden Kreislauf, durch den die europäische Militärorganisation die wirtschaftliche und politische Expansion aufrechterhielt und von ihr aufrechterhalten wurde, einen enormen neuen Impuls, auf Kosten anderer Völker und Gemeinwesen der Erde. Als Dampfschiffe und Eisenbahnen natürliche Hindernisse der Geographie und der Entfernungen aufhoben, »wurde die krasse Diskrepanz zwischen der europäischen und der jeweiligen lokalen militärischen Organisation in einer Weltgegend nach der anderen offenkundig«. Das »Monopol auf strategische Verbindungen und Transportmittel,

---

Funkverkehr, Turbinen, Dieselmotoren, Optik, Rechengeräte (für die Feuerregelung), hydraulische Maschinen und dergleichen mehr –, sich rasch zu bürokratischen Gebilden von quasi-öffentlichem Charakter entwickelten.« (McNeill 1984, S. 210f., 213f., 257.

[32] Kennedy 1989, S. 267f.; William L. McElwee (1974): *The Art of War, Waterloo to Mons*. London, S. 106-110; Landes 1973, S. 187-189. Clive Trebilcock zufolge regte das Rüstungswesen als Nebeneffekt die europäischen Ökonomien zwischen 1890 und 1914 fast so sehr an wie zuvor der Eisenbahnbau. Wiedergegeben in McNeill 1984, S. 393.

das die Europäer [neuerdings] praktisch besaßen, zusammen mit der rapiden Entwicklung im Waffenwesen – das allem, was die jeweiligen Gegner an Kriegsgerät aufbieten konnten, immer weit voraus war«, machte imperialistische Expansion »für die Europäer zu einem billigen und leicht zu handhabenden Unternehmen […], für Asiaten, Afrikaner und die Völker Ozeaniens hingegen zu einer Katastrophe«.[33]

Eine vierte Beobachtung zur Verknüpfung zwischen Kapitalismus, Industrie und Militarismus war die Bedeutung der Kontrolle über die weltweite Liquidität zur Erringung eines militärischen Vorteils. In dieser Hinsicht setzten sich Schumpeters Kapitalisten gegenüber den Unternehmern durch. So war die üppige Liquidität, die im 19. Jahrhundert in britischen Händen akkumuliert wurde oder durch sie hindurchging, ein mächtiges Instrument im Konkurrenzkampf, nicht nur auf den Warenmärkten, sondern auch beim Wettrüsten. Von Mitte der 1840er bis in die 1860er Jahre war Frankreich Vorreiter bei den meisten technologischen Durchbrüchen in der Bauweise von Kriegsschiffen. Und doch rief jeder französische Durchbruch Fördermittel für die Marine in Großbritannien hervor, mit denen Frankreich nicht gleichziehen konnte, sodass es »für die Royal Navy verhältnismäßig leicht [war], die Franzosen jedes Mal, wenn sie die Basis des Wettbewerbs veränderten, technisch einzuholen und zahlenmäßig zu überflügeln«.[34] Diesem Muster des Wettrüstens im 19. Jahrhundert hatte zuerst und am spektakulärsten die genuesische kapitalistische Diaspora drei

[33] McNeill 1984, S. 131, 229f. Wie bereits bemerkt, beruhte die Leichtigkeit und Billigkeit des britischen Imperialismus in der Viktorianischen Ära hauptsächlich auf der Extraktion von Ressourcen an Geld und Arbeitskraft aus Indien. Soweit es Indien betraf, war die Hauptauswirkung der Industrialisierung des Krieges, dass sie der zunehmenden Raffinesse des indischen bewaffneten Widerstands entgegenwirkte. Während britische Armeen im späten 18. Jahrhundert sechs- oder siebenmal größere indische Armeen besiegen konnten, brauchten die Briten in den 1840er Jahren gleichgroße, mit überlegener Feuerkraft ausgestattete Armeen, um indische Armeen zu besiegen. Siehe Robert B. Marks (2007): *The Origins of the Modern World. A Global and Ecological Narrative from the Fifteenth to the Twenty-first Century.* Lantham, S. 153, und Philip D. Curtin (2000): *The World and the West: The European Challenge and the Overseas Response in the Age of Empire.* Cambridge, Kapitel 2. Zu einigen katastrophalen Aspekten der europäischen imperialistischen Expansion für die Völker des künftigen globalen Südens siehe Mike Davis (2001): *Late Victorian Holocausts: El Nino Famines and the Making of the Third World.* London.

[34] McNeill 1984, S. 203.

Jahrhunderte zuvor den Weg gebahnt, als sie, wie in Kapitel 8 bemerkt, aus ihren iberischen Partnern, die die ganze Arbeit der Eröffnung neuer Handelsrouten und Kontinente für die europäische Ausbeutung erledigt hatten, das Letzte herausholten. Aber das Muster wiederholte sich erneut in der Konkurrenz zwischen den USA und der UdSSR im Kalten Krieg. Die technologische Schlüsselinnovation dieses »Krieges« war der Start des sowjetischen *Sputnik* im Oktober 1957; aber deren Leistungen wurden vollkommen überschattet vom Raumprogramm, das die USA 1961 starteten, mit einer Fülle an finanziellen Mitteln, die ganz und gar außerhalb der Reichweite der UdSSR lag.

Kurz, der zwischenstaatliche Kampf um die Kontrolle über die weltweiten Ressourcen war eine wesentliche Dimension der interkapitalistischen Konkurrenz, die die unendliche Akkumulation von Macht und Kapital auf dem europäischen Pfad vorantrieb. Ja, das Wettrüsten war die Hauptquelle des unendlichen Stroms an Neuerungen, der ständig neue räumliche Strukturen des Handels und der Produktion von zunehmendem Umfang und Ausmaß schuf und zuvor bestehende zerstörte. Was den europäischen Pfad spezifisch *kapitalistisch* machte, war die Tatsache, dass die Kontrolle über die finanziellen Ressourcen der Welt den entscheidenden Vorteil im Kampf um alle anderen Ressourcen verlieh. Obwohl die Industrie von vornherein ein wesentlicher Bestandteil des Pfads war, war die Industrielle Revolution selbst eher eine »intervenierende« als eine »unabhängige« Variable: das Ergebnis von zwei- oder dreihundert Jahren der Wechselwirkung zwischen Finanzkapitalismus, Militarismus und Imperialismus, der damals zum mächtigsten Antrieb dieser Mischung wurde. Außerdem begann, sobald die Industrialisierung zum ausschlaggebenden Faktor der Militärmacht geworden war, der positive Kreislauf aus Bereicherung und Machterwerb auf dem europäischen Pfad an seine Grenzen zu stoßen. Die europäischen Kämpfe um Raum, der als unerlässlich für den Aufbau und den Erhalt konkurrenzfähiger militärisch-industrieller Komplexe angesehen wurde, gerieten außer Kontrolle und ermöglichten den »Aufstand gegen den Westen«, der die Kosten der territorialen Expansion in Übersee stark ansteigen ließ und ihren Nutzen verringerte. Gleichzeitig rief er eine »Abwanderung« des geometrischen Orts der Macht nach Westen und Osten hervor, in Richtung der beiden Staaten von Kontinentgröße, die sich

bereits allen Raum angeeignet hatten, den sie brauchten, um wettbewerbsfähige militärisch-industrielle Komplexe aufzubauen und zu erhalten. Das Ergebnis war der unwiderrufliche Strukturwandel des globalisierten europäischen Systems, den Dehio in der zu Beginn dieses Kapitels zitierten Passage skizzierte.

Unter dem neuen System wurden globale militärische Fähigkeiten ein effektives »Duopol« der USA und der UdSSR, aber das Wettrüsten ging machtvoll weiter, angetrieben von einem »Gleichgewicht des Schreckens« statt eines Kräftegleichgewichts. Wie McNeill feststellt, »mit der Entdeckung der atomaren Sprengkraft erreichte die menschliche Zerstörungskraft eine neue, selbstmörderische Stufe und ließ frühere Schranken in einem beinahe unvorstellbaren Maß hinter sich«. So unvorstellbar es war, wurde dieses Maß erneut übertroffen, als die Stationierung Hunderter Langstreckenraketen in den zehn Jahren nach 1957 die USA und die UdSSR in die Lage versetzte, die Städte des jeweils anderen innerhalb von Minuten zu zerstören. Die Unterzeichnung eines Fünfjahresvertrags zur Begrenzung strategischer Waffen (Strategic Arms Limitation Treaty – SALT) 1972 verfestigte das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den beiden Supermächten, brachte den Rüstungswettlauf aber nicht zum Stillstand. Er verschob ihn »lediglich auf andere Waffen, die in dem Vertrag nicht erwähnt waren – einfach, weil es sie noch nicht gab«.[35]

Mit der wissenschaftlichen Entdeckung neuer Waffensysteme – noch mehr als mit der Industrialisierung des Krieges – konnte die Supermacht mit der größeren Kontrolle über globale finanzielle Ressourcen das Gleichgewicht des Schreckens zu ihrem eigenen Vorteil verschieben, indem sie ihre Forschungsbemühungen verstärkte oder auf ein Niveau zu verstärken drohte, das die andere Supermacht sich schlicht nicht leisten konnte. Genau das taten die USA in den 1980er Jahren, womit sie die UdSSR in den Bankrott und die Tendenz zur Zentralisierung der globalen militärischen Potenziale auf die Spitze trieben. Aber während die Umwandlung des US-amerikanischen Wohlstands in eine Quelle der Macht relativ leicht war, ist die Umwandlung des daraus folgenden Beinahe-Monopols

[35] Ebd., S. 316, 324, 328.

globaler militärischer Fähigkeiten in eine Quelle des Wohlstands bei weitem problematischer.

Bei der Behandlung der Frage nach der Beziehung zwischen Wohlstand und Macht ist Smiths Reduzierung der durch Wohlstand verliehenen Macht auf die Kaufkraft wesentlich weniger hilfreich als Hobbes' ursprüngliche Behauptung, die Smith zitiert, ohne ihr gerecht zu werden. Hobbes' Bemerkungen zu diesem Thema folgten auf die Feststellung, »Deshalb ist es Macht, Diener zu haben, Freunde zu haben ebenfalls, denn sie sind vereinte Kräfte«, woraus er die Maxime ableitete: »Ebenso ist Reichtum, verbunden mit Freigiebigkeit, Macht, da er Freunde und Diener verschafft – ohne Freigiebigkeit aber nicht, denn in diesem Fall schützt er nicht, sondern setzt uns dem Neid als Beute aus.«[36]

Obwohl sich diese Bemerkungen auf Einzelpersonen beziehen, sind sie besonders hilfreich zur Erfassung der sich herausbildenden Machtlogik kapitalistischer Staaten im globalisierenden europäischen System. Als die italienischen Stadtstaaten durch massive Kapitalakkumulationen in kleinen territorialen Behältnissen die erste Pionierarbeit für die kapitalistische Machtlogik leisteten, verwendeten sie einen Teil ihres Wohlstands, um sich »Freunde« und »Diener« zu verschaffen, aber nicht in ausreichendem Maße, um zu vermeiden, zur Beute der größeren Territorialstaaten zu werden, die sie als Verbündete in ihren Kämpfen gegeneinander mobilisierten. Um auf de la Courts Metapher zurückzukommen, dasselbe Schicksal ereilte die »Katze von Holland«, die trotz ihrer größeren territorialen Gebiete und ihres weit ausgedehnteren Netzwerks von Handel und Akkumulation zunehmende Schwierigkeiten hatte, die »Raubtiere« des europäischen Dschungels in Schach zu halten. Die Situation änderte sich, als ein Raubtier, der »Löwe« von England, selbst der führende kapitalistische Staat wurde und die Ressourcen, die er aus seinem weltumspannenden Reich, in erster Linie aus Indien, herausholte, verwendete, um sich Verbündete und Klienten in der sich ausdehnenden europäischen Welt zu verschaffen, insbesondere in Amerika. Wie im Fall seiner Vorgänger jedoch setzte der außerordentliche Wohlstand des englischen Löwen ihn dem Neid anderer Staaten aus, der seiner Industrie und seinem Impe-

[36] Thomas Hobbes (1966): *Leviathan*. Frankfurt a.M., S. 66.

rialismus auf dem Fuße folgte, und erhöhte damit die Kosten und verringerte den Nutzen von beiden.

Die Situation änderte sich sogar noch dramatischer, als die USA zum Anführer der kapitalistischen Welt wurden und sich beim Versuch, die Kräfte des Nationalismus und Kommunismus einzudämmen, in einem Projekt der Weltregierung betätigten, das im westlichen Staatensystem ohne Präzedenzfall war. Zu diesem Zweck experimentierten die USA mit der Idee, dass »Reichtum, verbunden mit Freigiebigkeit, Macht [ist], da er Freunde und Diener verschafft«. Obwohl die Großherzigkeit der USA entscheidend war für die Vergrößerung der US-amerikanischen Macht in den frühen Stadien des Kalten Krieges, hatte sie die Tendenz, ihre Hauptnutznießer (Deutschland und Japan) zu Konkurrenten zu machen und so ihre eigene Grundlage zu unterminieren. Das bedeutet nicht, dass Großherzigkeit in zwischenstaatlichen Beziehungen notwendigerweise das Gegenteil ihres Ziels erreicht und kurzlebig ist. Es heißt nur, dass wir, um zu sehen, wie Hobbes' Maxime tatsächlich über längere Zeiträume in einem anderen systemischen Kontext effektiv sein könnte und eines Tages möglicherweise wieder effektiv wird, den Fokus unserer Betrachtungen vom europäischen Pfad der kapitalistischen Entwicklung zurück zum ostasiatischen Pfad der marktbasierten Entwicklung verschieben müssen – was wir nun in Teil IV tun.

# Teil IV
# Die Genealogie des neuen asiatischen Zeitalters

# Kapitel 10
# Die Herausforderung des »friedlichen Aufstiegs«

»Das Sturmzentrum der Welt hat sich […] nach China verschoben. Wer dieses mächtige Reich versteht, […] hält den Schlüssel zur Weltpolitik für die nächsten fünfhundert Jahre in der Hand.« So gab US-Außenminister John Hay 1899 die »Politik der offenen Tür« (»Open Door Policy«) bekannt, die für die USA den gleichen Zugang zu Chinas Märkten einforderte, wie ihn andere Großmächte hatten. Der frühere UN-Botschafter der USA Richard Holbrooke behauptete, unter Berufung auf Hay, mehr als ein Jahrhundert später, heute sei »alles anders, und nichts hat sich geändert«. Auf »ganz andere Weise suchen die Vereinigten Staaten immer noch eine offene Tür; der Finanzminister und ein aufgebrachter Kongress bearbeiten China, seine Währung aufzuwerten, um die Chancen US-amerikanischer Firmen zu verbessern, mit der weltweit am schnellsten wachsenden großen Ökonomie zu konkurrieren«.[1]

Ohne Holbrooke zu nahe treten zu wollen, in dieser Hinsicht unterscheidet sich die Situation heute radikal von der vor hundert Jahren. Unter den WTO-Regeln haben die Vereinigten Staaten den gleichen Zugang zu Chinas Märkten wie jedes andere Land. Außerdem hat China, als es 2001 der WTO beitrat, »einem der schnellsten Programme zur Senkung der Einfuhrzölle und zur Öffnung der Märkte zugestimmt, die je von einem neuen Mitglied akzeptiert wurden«, und trotz Problemen »hat es die Termine eingehalten und die Gesetze verabschiedet«.[2] Das Problem in den Beziehungen zwischen den USA und China zu Beginn des 21. Jahrhunderts

---

[1] R. Holbrooke, »China Makes Its Move«, *The Washington Post*, 27. Mai 2005.

[2] H. Winn, »Accession has Brought Changes to China and WTO«, *International Herald Tribune*, 7. November 2005. Unter anderem durfte China der WTO erst beitreten, nachdem es eingewilligt hatte, dass andere WTO-Mitglieder chinesische Textil- und Bekleidungsexporte einschränken dürfen, wenn diese Exporte Märkte überschwemmen und stören. 2005 machten sich sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten diese Vereinbarung zunutze, um erneut Quoten auf Importe aus China zu verhängen. Siehe J. Kanter/K. Bradsher, »A Return to Quotas«, *The New York Times*, 9. November 2005.

besteht nicht mehr im Zugang der USA zu Chinas Märkten, sondern vielmehr in der Tatsache, dass China die USA als die am schnellsten wachsende große Ökonomie der Welt abgelöst hat und den gleichen Zugang zu US-amerikanischen Märkten anstrebt, wie andere Länder ihn haben. Was Hays Metapher angeht, ist das Problem nicht nur, dass das Sturmzentrum der Welt sich nach China verschoben hat – etwas, das heute mehr zutrifft als vor hundert Jahren. Das Problem ist die weit verbreitete Auffassung in den USA, dass ein »roter Sturm« mit China in seinem Zentrum, wie Lou Dobbs es in seiner CNN-Sendung vom 27. Juni 2005 ausdrückte, »auf unsere Küsten trifft«.

Nachdem er jahrelang in der Luft gelegen hatte, brach mit der Panik um das Gebot der China National Offshore Oil Company (CNOOC) für die US-amerikanische Ölfirma Unocal der Streit darum, wie weit die US-amerikanische »Tür« für chinesische Exporte und Investitionen geöffnet sein sollte, offen aus. Obwohl Unocal bereits in die Übernahme durch Chevron eingewilligt hatte, zu der es letztlich auch kam, verabschiedete das Repräsentantenhaus am 30. Juni mit 398 zu 15 Stimmen eine Resolution, in der es hieß, der Kauf von Unocal durch die CNOOC drohe »die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu beeinträchtigen«. Die Emotionen schlugen hohe Wellen. Ein Direktor der CIA unter Clinton nannte die CNOOC das unternehmerische Vehikel einer »kommunistischen Diktatur« und wiederholte damit Dobbs' »Roter Sturm«-Rhetorik. Ein leitender Funktionär im Verteidigungsministerium unter Reagan beschrieb den Zug der CNOOC als Schritt zur Versorgung Chinas mit den nötigen Ressourcen, »um die Vereinigten Staaten als weltweit führende Wirtschaftsmacht zu ersetzen und uns, falls nötig, militärisch zu besiegen«.[3]

Auch wenn schwer zu sagen ist, wo der Antikommunismus des Kalten Krieges aufhört und die Besorgnis über einen neuen Konkurrenten anfängt, erinnert die Panik um das Gebot der CNOOC für Unocal von 2005 an die US-amerikanischen Ängste vor der »japanischen Bedrohung« Ende der 1980er Jahre. Damals wurde, wie Doug Henwood sich erinnert, behauptet, die Japaner hätten

[3] S. Lohr, »Who's Afraid of China Inc.?«, *The New York Times*, 24. Juli 2005.

»zuerst unsere industrielle Grundlage durch ›unfairen‹ Wettbewerb zerstört und sich dann darauf verlegt, US-amerikanische Vermögenswerte wie US-Staatsanleihen, das Rockefeller Center und MCA [Music Corporation of America] aufzukaufen. Die wahre Bedrohung war natürlich, dass die USA einem ernsthaften wirtschaftlichen Konkurrenten gegenüberstanden. […] Da dieser asiatisch war, konnten die Ängstlichen auf eine große Fundgrube an Giftstoffen zurückgreifen. Dann platzte die japanische Blase und die Bedrohung durch die gelbe Gefahr schwand. Doch sie ist wieder da, diesmal mit einem chinesischen Gesicht.«[4]

Selbst ein Kommentator wie Krugman, der fünfzehn Jahre zuvor die US-amerikanische Öffentlichkeit gemahnt hatte, über die japanischen Ankäufe von US-Unternehmen nicht in Panik auszubrechen, meinte, die »chinesische Herausforderung wirkt viel gravierender, als es die japanische jemals tat«. Krugman fand »nichts Schockierendes« an der Tatsache, dass die Chinesen anscheinend nicht mehr »zufrieden [waren] mit der Rolle der passiven Geldgeber [für die US-amerikanischen Auslandsschulden] und die Macht einforderten, die mit Besitz einhergeht«. Ja, die USA sollten erleichtert sein darüber, dass die Chinesen ihre Dollars für den Kauf von US-Firmen verwenden wollten, statt sie zu verschleudern. Doch er sah zwei Punkte, in denen sich die chinesischen Investitionen von den japanischen 15 Jahre zuvor unterschieden. Zum einen, dass die Chinesen keine Neigung zeigen, »ihr Geld so sehr [für Prestigeinvestitionen] zu verschwenden, wie es die Japaner taten«. Daher verheißen ihre Investitionen weniger finanzielle Unterstützung für die USA als die japanischen. Noch wichtiger aber sei, dass »China sich, anders als Japan, anscheinend tatsächlich als strategischer Rivale der USA und als Konkurrent um knappe Ressourcen entpuppt«. Dadurch wurde das chinesische Gebot für Unocal, eine Energiefirma mit globaler Reichweite, »mehr als bloß ein geschäftliches Angebot«.

»Unocal klingt […] genau wie die Art von Firma, die die chinesische Regierung vielleicht unter ihre Kontrolle bringen will, wenn sie sich eine Art von ›großem Spiel‹ und eine Rangelei der großen Wirtschaftsmächte um den Zugang zu entlegenen Erdöl- und Erdgasvorräten ausmalt. (Eine Firma zu kaufen ist, was Leben und Geld angeht, viel billi-

[4] D. Henwood, »Chinese Shark Attack«, *The Nation*, 12. Juli 2005.

ger, als in ein erdölproduzierendes Land einzumarschieren.) […] Wenn es meine Entscheidung wäre, würde ich das chinesische Gebot für Unocal abblocken. Aber es wäre viel leichter, diese Position einzunehmen, wenn die Vereinigten Staaten gerade jetzt nicht so abhängig wären von China, nicht nur um ihre Schuldscheine zu kaufen, sondern auch um den USA zu helfen, mit Nordkorea fertig zu werden, nun da das US-amerikanische Militär im Irak feststeckt.«[5]

Alle Symptome des in Kapitel 7 diskutierten China-Syndroms sind in dieser Diagnose offensichtlich. Die Angriffe vom 11. September hatten den Neokonservativen innerhalb der Bush-Regierung das gegeben, worauf sie gewartet hatten: die einmalige Chance, in den Irak einzumarschieren, um zum einen das Vietnamsyndrom zu überwinden und zum anderen die US-amerikanische Kontrolle über globale Energievorräte zu festigen. Obwohl ein Engagement an der westasiatischen Front den Verzicht auf die Kampagne gegen China mit sich brachte, die lange von den Neokonservativen geführt worden war, hatten sie Grund zu der Annahme, dass ein schneller und leichter Sieg im Irak äußerst günstige Bedingungen dafür schaffen würde, die Kampagne in wirksamerer Weise wieder aufzunehmen. Bis zum Sommer 2004 war jedoch klar geworden, dass die Irak-Invasion ihre ursprünglichen Ziele nicht erfüllen würde und statt dessen die Konsolidierung und weitere Ausdehnung von Chinas wirtschaftlicher und politischer Macht in Ostasien und darüber hinaus förderte. So begann sich in den der Bush-Regierung nahestehenden Kreisen das Gefühl einzuschleichen, dass die Kampagne gegen China ihren Schwung verlor und die Zeit gekommen war, realistischere Alternativen zu dem gescheiterten neokonservativen Plan auszuarbeiten.

In diesem Kapitel sollen drei solcher Alternativen mitsamt den Problemen, die sie aufwerfen, untersucht werden sowie die Gründe dafür, dass die China-Politik der USA von einer inkohärenten Mischung der drei gekennzeichnet ist. Alle drei Alternativen wurden von Konservativen vorgelegt, stellen aber verschiedene logische Möglichkeiten dar, von denen zu erwarten ist, dass sie in der einen oder anderen Form die US-amerikanische Politik leiten, gleichgültig, welche Partei in Washington die Verant-

[5] P. Krugman, »The Chinese Challenge.« *International Herald Tribune*, 28. Juni 2005.

wortung trägt. Welcher Plan sich letztlich durchsetzen wird, ist schwer zu sagen. Mit Sicherheit können wir nur feststellen, dass die antichinesische Rhetorik sich durch alle Parteien zieht und auch eine Regierung der Demokraten wahrscheinlich nicht von den hier dargelegten politischen Linien abweichen würde.

## Arrangement mit Chinas Aufstieg

Die USA haben die Gewohnheit, China »bizarr gemischte« Botschaften zu senden.

> »Spiel im kapitalistischen Baseballstadion, aber nicht so gut, dass du einer der großen Stars wirst. Es ist eine Botschaft, die, wie bei der Japan-Dresche in den 1980er Jahren, bestenfalls paranoid ist und schlimmstenfalls rassistisch. Wir im Westen können mit enormer wirtschaftlicher Macht betraut werden, aber nicht Gottes vergessene Kinder.«[6]

Die Panik über das Gebot der CNOOC für Unocal sandte sogar noch widersprüchlichere Botschaften. »Wir haben China das Geld gegeben, mit dem sie versuchen, Unocal zu kaufen«, sagte Clyde V. Prestowitz, ein Handelsberater in der Reagan-Regierung. »Und jetzt sagen wir China, bitte investiert weiter in unsere Wertpapiere, aber einen winzigen Teilbetrag eures Überschusses in eine Ölfirma investieren, das dürft ihr nicht. Das ist wirklich wirr und heuchlerisch unsererseits.«[7] Noch schlimmer, Gesetzgeber, die »die ›präventive‹ Besetzung der Nation mit den zweitgrößten Erdölvorräten der Erde guthießen, [stellen] jetzt Chinas Recht in Frage, Dollars, die es durch den Export legaler Produkte eingenommen hat, zum Kauf eines multinationalen Unternehmens mit Sitz in den USA zu verwenden«. Während sich Asiaten »[nicht] im Geringsten [durch] Unocals Besitz an Erdgasfeldern auf ihrem Kontinent bedroht fühlen sollten«, nehmen Demokraten ebenso wie Republikaner ein US-amerikanisches Recht in Anspruch, die Chinesen aus Gründen der nationalen Sicherheit am Kauf von Unocal zu hindern, obwohl die USA »die einzige Nation mit der militärischen

[6] R. Scheer, »On China at least, Nixon was right«, *Los Angeles Times*, 26. Juli 2005.
[7] Zitiert in Lohr, »Who's Afraid of China Inc.?« *The New York Times*, 24. Juli 2005.

Macht zur Inkraftsetzung bzw. Verhinderung einer weltweiten Blockade von [Erdöl] oder einer anderen lebenswichtigen Ressource« sind.[8]

Diese widersprüchlichen Botschaften und der ganze CNOOC-Vorfall waren fester Bestandteil einer Verschiebung der politischen Linie der USA hin zu einer aggressiven antichinesischen Haltung. Schon auf dem Parteitag der Republikaner im August 2004 in New York wurde bekannt gegeben: »Amerika wird Taiwan helfen, sich zu verteidigen.« Im selben Sommer führte die US-Marine die »Operation Summer Pulse '04« durch, bei der es zur gleichzeitigen Entsendung von sieben der zwölf US-Flugzeugträgerverbände kam. Auch wenn nur drei der Flugzeugträgerverbände in den Pazifik entsandt wurden, beunruhigte die Zurschaustellung von Macht die Chinesen zutiefst. Um die Lage zu beruhigen, erklärte Außenminister Powell vor der Presse in Beijing am 26. Oktober, »Taiwan ist nicht unabhängig. Es genießt keine Souveränität als Nation, und das bleibt unsere Politik, unsere feste Politik. […] Wir wollen von keiner der beiden Seiten einseitige Maßnahmen sehen, die einen letztendlichen Erfolg, die von allen Parteien angestrebte Wiedervereinigung, beeinträchtigen könnten.«[9]

Trotz Powells eindeutiger Äußerung pendelte sich die US-amerikanische Politik nach den Novemberwahlen und der Übernahme des Außenministeriums durch Rice deutlich auf eine aggressive antichinesische Haltung ein. Am 19. Februar 2005 unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Japan eine neue militärische Vereinbarung und gaben eine Erklärung ab, in der sich Japan zum ersten Mal den USA darin anschloss, die Sicherheit in der Taiwan-Straße als »gemeinsames strategisches Ziel« auszuweisen. »Nichts hätte für Chinas Führer beunruhigender sein können«, stellt Chalmers Johnson fest, »als festzustellen, dass Japan sechzig Jahren des offiziellen Pazifismus entschieden ein Ende gesetzt hatte, indem es ein Recht auf Intervention in der Taiwan-Straße beanspruchte«.[10] Die amtliche Nachrichtenagentur New China News Agency beschrieb die gemeinsame Erklärung als »beispiellos« und zitierte einen Staatssekretär des Außenmi-

---

[8] R. Scheer, »On China at least, Nixon was right«. Siehe auch A. M. Jaffe, »China's Oil Thirst: Wasted Energy«, *International Herald Tribune*, 28. Juli 2005.

[9] Chalmers Johnson (2005): »No Longer the ›Lone‹ Superpower: Coming to Terms with China«, Japan Policy Research Institute, www.jpri.org, S. 7.

[10] Ebd.

nisteriums mit den Worten, China »lehnt es entschieden ab, dass die USA und Japan ein bilaterales Dokument erlassen, das sich auf Chinas Taiwan bezieht, sich damit in die internen Angelegenheiten Chinas einmischt und Chinas Souveränität verletzt«.[11]

Wenige Monate später, am 4. Juni, hielt Rumsfeld eine Rede auf einer Strategiekonferenz in Singapur, in der er feststellte, China »scheint sein Raketenkontingent zu erweitern, was ihm das Erreichen von Zielen in vielen Teilen der Welt ermöglichen wird«, und im Übrigen »verbessert es seine Fähigkeit, seine Macht [in der Region] zur Geltung zu bringen«. Dann fuhr er folgendermaßen fort: »Da keine Nation China bedroht, muss man sich doch fragen: Warum diese verstärkten Investitionen? Wozu diese anhaltenden umfangreichen und zunehmenden Waffeneinkäufe? Wieso diese dauernden massiven Truppenaufmärsche?« Angesichts der Tatsache, dass sich US-amerikanische Flugzeuge und Kriegsschiffe ständig vor der chinesischen Küste aufhalten, dass US-Raketen mit atomaren Sprengköpfen auf China gerichtet sind, dass US-amerikanische Militärstützpunkte China von allen Seiten umgeben und dass die USA im Laufe der letzten zehn Jahre immer schlagkräftigere Waffen nach Taiwan geliefert haben – angesichts all dessen muss Beijing, wie Michael Klare bemerkt, »über diese Bemerkungen erstaunt gewesen sein«. Erstaunlich oder nicht, diese Kommentare »wiesen ein höheres Maß an Aggressivität gegenüber China auf, als in irgendeiner offiziellen Stellungnahme der USA seit dem 11. September zum Ausdruck gekommen war, und wurden in der amerikanischen und der asiatischen Presse auch weithin so dargestellt«.[12]

Einen Monat später bestätigte ein vom Pentagon veröffentlichter Bericht über die militärische Schlagkraft Chinas diese aggressive Haltung. Obwohl es die militärischen Schwächen Chinas ebenso betonte wie seine Stärken, war die Hauptstoßrichtung des Dokuments, dass China seine Fähigkeit zur Kriegsführung außerhalb seines eigenen Territoriums erweitere und dass dies für die globale Ordnung eine gefährliche Kampfansage darstelle. »Chinas Aufstockung der militärischen Kräfte gefährdet in Tempo und Ausmaß bereits das militärische Gleichgewicht der Region«, stellte der Bericht

[11] Zit. n. M. Klare, »Revving Up the China Threat: New Stage in US China policy«, *Japan Focus*, 13. Oktober 2005.

[12] Klare, »Revving Up the China Threat …«

fest. »Die gegenwärtige Entwicklung von Chinas militärischer Modernisierung könnte China mit einer Streitmacht ausstatten, die zur Durchführung einer Palette von militärischen Operationen in Asien – weit über Taiwan hinaus – in der Lage und durchaus eine potenzielle Bedrohung für in der Region operierende moderne Streitkräfte wäre.« China reagierte prompt. Bei einem eilig arrangierten Treffen sagte ein Staatssekretär des Außenministeriums dem US-amerikanischen Botschafter, der Bericht verbreite absichtlich die Theorie einer »chinesischen Bedrohung«. »Er stellt eine grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten dar und eine Provokation gegen Chinas Beziehungen zu anderen Ländern.«[13]

Als die Panik über das Angebot der CNOOC für Unocal im Kongress und den Medien ausbrach, hatte die Bush-Regierung ihre Kampagne zur Eindämmung und möglichen Zurückdrängung der chinesischen Macht also bereits wieder aufgenommen. In dieser Hinsicht jedoch war die Regierung, abgelenkt durch den Irakkrieg, in der antichinesischen Stimmung hinter den Kongress zurückgefallen, insbesondere bezüglich des US-Handelsdefizits und der angeblich unfairen chinesischen Praktiken, die den eigentlichen Grund dafür darstellten. Ja, die Wiederaufnahme der geopolitischen antichinesischen Initiativen durch die Regierung kann durchaus als Antwort auf den Druck im Kongress interpretiert werden, antichinesische Initiativen im Handel zu verstärken.

Das beinhaltet die Unterscheidung zwischen »guter« und »schlechter China-Dresche« durch den Neokonservativen Max Boot. Er erklärte,

> »schlechte China-Dresche konzentriert sich auf Beschwerden über chinesische Güter, die unseren Markt überschwemmen. Tatsache ist, dass ihr Erfolg die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit unserer Ökonomie zeigt. Aber die Bemerkungen Rumsfelds [China gebe zu viel für sein Militärbudget aus und bewege sich nicht schnell genug in Richtung einer ›offeneren und repräsentativeren Regierung‹] sind gute China-Dresche, denn Chinas schnelle Aufrüstung […] [bedroht] Taiwan und könnte ein Wettrüsten auslösen, das Japan, Südkorea und Taiwan zu Nuklearmächten werden lässt.«

[13] Ebd.

Boots Ansicht nach sollte China sich aus diesem Grund, obwohl die US-amerikanischen Militäraufwendungen fünf bis zehn Mal höher sind als die chinesischen, bei Militärausgaben zurückhalten, den asiatischen Status quo akzeptieren und die regionale Sicherheit durch US-Streitkräfte sicherstellen lassen.[14]

Boots Argumente sind weitgehend vereinbar mit der Nationalen Sicherheitsdoktrin vom September 2002, der zufolge die US-Streitkräfte »stark genug sein werden, um potenzielle Gegner davon abzubringen, in der Hoffnung auf ein Überflügeln oder ein Gleichziehen mit der Macht der USA eine Aufstockung ihrer militärischen Kräfte anzustreben«. Nichtsdestotrotz musste die Bush-Regierung in dem neuen Klima der weltweiten Empfindlichkeit für US-amerikanische Schikane und der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit der USA von China bei ihrem Versuch, die US-amerikanische Macht zu erhalten, etwas leiser auftreten. Daher ihr Widerstreben, protektionistische Initiativen zu ergreifen und China möglicherweise zu Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren, die die Zinssätze in den USA erhöhen würden, mit unvorhersehbaren deflationären Folgen für US-amerikanische Ausgaben für Anlagen und Konsum. Wie der damalige Vorsitzende von Präsident Bushs Gremium von Wirtschaftsberatern (und heutige Vorsitzende der US-Notenbank) Ben S. Bernanke es im Juli 2005 ausdrückte, die US-Regierung glaubte »keine andere Wahl« zu haben, als geduldig zu sein«, da so die Bedingungen für eine Umkehrung der Rollen geschaffen würden, die die USA eher zu einer produzierenden Nation machen und sogar ihre Exporte nach Asien steigern würde, und Asien – insbesondere China – veranlassen würde, stärker die Rolle des Konsumenten zu übernehmen.[15]

Trotz der größeren Aggressivität gegenüber China in geopolitischen Fragen (Boots »gute China-Dresche«) machten die Schwierigkeiten im Irak sogar in diesem Bereich eine realistischere Haltung erforderlich. Der neue »Realismus aus dem Irak, einem so kostspieligen Unternehmen im Hinblick auf Ansehen und Glaubwürdigkeit der USA in der Welt, dass es

[14] Zit. n. R. Cohen, »Shaping China's Future Power«, *The New York Times*, 12. Juni 2005.

[15] L. Uchitelle, »China and the U.S. Embark on a Perilous Trip«, The New York Times, 23. Juli 2005.

weitere Präventivhandlungen im Krieg gegen den Terror erschwert und möglicherweise undurchführbar gemacht hat«, wurde bald offenkundig im »Bemühen, einen Teil des Schadens der ersten [Bush-Regierung] wiedergutzumachen, indem man auf Verbündete zuging, sie anhörte und vom Iran bis zum Kosovo ein kooperatives Vorgehen anstrebte«.[16] Diese im Irak entstandene realistischere Haltung war jedoch dort nur schwer festzustellen, wo es am wichtigsten ist – in den Beziehungen zwischen China und den USA. Außerdem war (und ist immer noch) sogar unter Konservativen äußerst umstritten, was Realismus in den US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen bedeutet. Die große Bandbreite der Meinungen lässt sich am besten anhand der radikal entgegengesetzten Positionen von Robert Kaplan, Henry Kissinger und James Pinkerton illustrieren.

## Steht ein neuer Kalter Krieg bevor?

Kaplans Position ist eine Ausarbeitung von Mearsheimers Strategie der Eindämmung der chinesischen Macht durch eine »Gleichgewichtskoalition«.[17] Wie Mearsheimer hält Kaplan das Aufkommen Chinas als Großmacht für unvermeidlich und ebenso den Konflikt eines solchen Aufkommens mit US-amerikanischen Interessen. »Wann immer sich Großmächte herausgebildet haben […] (Deutschland und Japan in den frühen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, um zwei jüngere Beispiele anzuführen), waren sie gewöhnlich besonders durchsetzungsfähig – und sorgten so für gewaltigen Tumult in internationalen Angelegenheiten. China wird keine Ausnahme sein.« Kaplan hält es für ganz legitim, dass,

> »die Chinesen in diesel- und nukleargetriebene U-Boote [investiert haben] […], nicht nur, um ihre Küstengebiete zu schützen, sondern auch, um die […] Seewege für den Transport von Energieressourcen aus dem Nahen Osten und anderswoher abzusichern. Natürlich trauen sie den USA nicht, […] dies für sie zu tun. Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht und was die Geschichte über Konflikte lehrt, die entstehen, wenn

[16] Cohen, »Shaping China's Future Power«.

[17] Mearsheimers Ansichten wurden in Kapitel 7 bereits vorweggenommen und werden in Kapitel 11 weiter diskutiert.

> verschiedene Großmächte legitime Interessen verfolgen, ist die Folge wahrscheinlich der ausschlaggebende militärische Konflikt des 21. Jahrhunderts: Wenn nicht ein großer Krieg mit China, dann eine Reihe von Pattsituationen im Stil des Kalten Kriegs, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehen.«[18]

Um diesen neuen Kalten Krieg zu gewinnen, müssen die USA »sich der Macht auf die vorsichtigste, mechanischste und am stärksten auf Nützlichkeit ausgerichtete mögliche Weise annähern und dabei die jeweiligen regionalen Kräfteverhältnisse immer wieder neu abwägen«, ohne sich »von Ausbrüchen liberalen Internationalismus und neokonservativen Interventionismus in die Irre führen zu lassen«. Wie bereits unter gemäßigten republikanischen Präsidenten wie George H.W. Bush, Gerald Ford und Richard Nixon muss das Risikomanagement wieder die »herrschende Ideologie« werden. Militärische Abenteuer wie der Irakkrieg müssen sorgfältig vermieden werden.

> »Selbst wenn der Irak sich als demokratische Erfolgsstory entpuppt, wird es sicherlich ein den Klauen des Scheiterns entrissener Erfolg sein, den niemand in der militärischen oder diplomatischen Führungsschicht je wiederholen will – insbesondere in Asien, wo die wirtschaftlichen Auswirkungen eines militärischen Abenteuers gewaltig wären […], da sowohl die USA als auch China […] selbst nach dem Verlust einer großen Schlacht oder eines Schlagabtauschs mit Raketen noch weiterkämpfen könnten.«

Um einen solch gefährlichen Kurs zu vermeiden, befürwortet Kaplan eine Bismarcksche Strategie der Eindämmung, mit der US Pacific Command, bekannt unter dem Namen PACOM, im Zentrum. Er schließt sich dem deutschen Kommentator Josef Joffe an, wenn er behauptet, beim Einmarsch in Afghanistan sei eine Situation offenbar geworden, in der die Vereinigten Staaten Bismarcks Preußen ähnelten. Großbritannien, Russland und Österreich brauchten Preußen mehr als einander, was sie zu »Speichen« der »Nabe« Berlin machte. Der Einmarsch in Afghanistan zeigte, dass die USA

[18] Robert D. Kaplan (2005): »How We would Fight China«, *The Atlantic Monthly*, Juni, S. 50f.

verschiedene Koalitionen für verschiedene Krisen schmieden konnten, weil die anderen Weltmächte die USA mehr brauchten als einander.

> »Leider zogen die USA aus diesem neuen Machtgefüge keinen unmittelbaren Nutzen, denn George W. Bush fehlte der Sinn für Zwischentöne und die dazugehörige Selbstbeherrschung Bismarcks, der verstand, dass ein solches System nur so lange Bestand haben kann, wie man es nicht überbeansprucht. Denn genau das tat die Bush-Regierung natürlich im Vorlauf zum Einmarsch in den Irak, was Frankreich, Deutschland, Russland und China, zusammen mit einer Reihe kleinerer Mächte wie der Türkei, Mexiko und Chile, dazu führte, sich gegen uns zu vereinigen.«[19]

Glücklicherweise florierte jedoch noch ein Bismarcksches Arrangement im Pazifik, »befördert vom Pragmatismus unserer in Hawaii stationierten Offiziere, fünf Zeitzonen vom ideologischen Treibhaus Washington D. C. entfernt«. Überhaupt repräsentiere PACOM, so Kaplan, »eine viel reinere Version von Bismarcks imperialistischem Überbau als irgendetwas, was die Bush-Regierung vor dem Einmarsch im Irak geschaffen hat«. In Verhandlungen über bilaterale Sicherheitsvereinbarungen mit Ländern, die miteinander wenige solcher Übereinkommen haben, hatte das US-Militär eine Art von pazifischem Militärbündnis gegründet, zentriert auf »eine geographische Nabe relativer Isolation – die Inseln von Hawaii – mit Speichen zu wichtigen Verbündeten wie Japan, Südkorea, Thailand, Singapur, Australien, Neuseeland und Indien. Diese Länder konnten ihrerseits sekundäre Naben bilden, um uns zu helfen, unter anderem die Archipele Melanesien, Mikronesien und Polynesien zu verwalten, und auch den Indischen Ozean«.[20]

Dieses »große, aber dynamische«, von diplomatischer Bürokratie unbelastete »Konstrukt« stellt einen »funktionierenden« Ersatz für das Bündnissystem der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. »Die Kriegsführung per Komitee, wie von der NATO praktiziert, ist einfach zu schwerfällig geworden in einem Zeitalter, das leichte und tödliche Schläge erfordert.« Die Förderung der gegenseitigen Einsatzbereitschaft mit freundlich gesinnten

---

[19] Ebd., S. 50.
[20] Ebd., S. 51, 54f.

asiatischen Truppen durch die ständige Bewegung von US-Truppen von einem Ausbildungseinsatz zum anderen »wäre eine Verbesserung gegenüber der NATO, deren Kampftauglichkeit durch die Aufnahme von minderwertigen Truppen aus dem ehemaligen Ostblock eingeschränkt wird«. Außerdem erschweren »Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa derzeit eine militärische Integration, während unsere pazifischen Verbündeten, allen voran Japan und Australien, eine stärkere militärische Bindung an die USA anstreben, um dem Aufbau der chinesischen Marine etwas entgegenzusetzen.« Auf PACOM zu setzen, bedeutet nicht, die NATO aufzugeben. Im Gegenteil, »die Vitalität der NATO selbst […] könnte durch den Kalten Krieg im Pazifik erneuert werden – und tatsächlich sollte der Wiedereinsatz der NATO als unverzichtbares Instrument zur Kriegsführung Amerikas ständiges Ziel sein«.

> »Es ist an uns, die NATO zu führen – nicht an der zunehmend mächtigen Europäischen Union, deren eigene Streitkräfte, sollten sie tatsächlich aufgestellt werden, unvermeidlich eine konkurrierende regionale Macht darstellten, eine, die sich als Gegengewicht zu uns nach China ausrichten könnte […]; die NATO und eine autonome europäische Streitmacht können nicht beide florieren. Das kann nur eine von beiden – und wir sollten es für die ersteren anstreben, so dass Europa für uns bei der Konfrontation mit China ein militärischer Vorteil und keine Bürde ist.«[21]

Mit anderen Worten, die Vorstellung, dass die USA »sich nicht mehr auf das ›zynische‹ Spiel der Machtpolitik einlassen«, ist »illusorisch«. »Wir werden China ständig diverse Teile der Welt abringen müssen, ebenso wie Richard Nixon der Sowjetunion Staaten mit nicht ganz perfekter Charakterfestigkeit abrang.« Die Bühne ist der Pazifik statt des Atlantiks und der Hauptdarsteller PACOM statt der NATO. Aber der Spielzweck wird so ziemlich derselbe sein: »andere so geschickt von China abzubringen, dass der aufstrebende Gigant im Lauf der Zeit ohne einen riesigen Flächenbrand in das PACOM-Bündnissystem hineingezogen wird – so wie die NATO letztlich die Sowjetunion neutralisieren konnte«. Kaplan warnt, dass die US-amerikanischen Bemühungen in dieser Richtung »besondere Umsicht erfordern werden, denn China brüstet sich, anders als die damalige Sowjetunion

[21] Ebd., S. 64.

(oder das heutige Russland, was das betrifft), mit weicher sowie mit harter Macht«. Durch den Aufbau von Geschäftswelten und diplomatischen Vorposten und durch die Verhandlungen über Bau- und Handelsvereinbarungen überall auf der Erde »werden die Chinesen zu Meistern der indirekten Einflussnahme«. Außerdem

> »lieben Geschäftsleute die Vorstellung von China […] Chinas Mischung von traditionellem autoritärem System und Marktwirtschaft hat breite kulturelle Anziehungskraft überall in Asien und anderen Teilen der Welt. Und weil China das materielle Wohlergehen von Hunderten von Millionen seiner Bürger verbessert, hat die Notlage seiner Dissidenten nicht ganz den gleichen Marktwert wie die Notlage der Sacharows und Sharanskys der Sowjetunion.«[22]

Kaplans Strategie des Neuen Kalten Krieges spiegelt unzweifelhaft eine wichtige Denkrichtung innerhalb der Bush-Administration wider. Zum Beispiel ist einem Asien-Sicherheitsexperten und früheren Verteidigungsspezialisten zufolge »das Modewort im Pentagon ›Interoperabilität‹ zwischen den USA und Taiwan«. Die Kooperation ist »wirklich nahe dran, die Verbindung wiederherzustellen«, die zwischen Taiwan und den USA bestand, bevor Washington seine Anerkennung auf Beijing verlagerte. Obgleich weder Japan noch die Vereinigten Staaten es zugeben wollen, behauptet ein pensionierter Diplomat, der jetzt bei der Heritage Foundation arbeitet, der Austausch der Geheimdienste zwischen japanischen und taiwanesischen Streitkräften über den US Pacific Command beinhalte »viel, viel mehr als auf den ersten Blick ersichtlich«.[23]

Noch wichtiger ist, dass sich in der Aussage von Admiral William Fallon, dem PACOM-Kommandeur, vom 8. März 2005 – drei Monate vor der Veröffentlichung von Kaplans Artikel – vor dem Senate Armed Services Committee[24] Elemente von Kaplans Strategie ausmachen lassen. Um Chinas militärische Modernisierung zu kontern, rief Fallon dazu auf, die

---

[22] Ebd., S. 54.

[23] M. Dickie/V. Mallet/D. Sevastopulo, »Washington is turning its attention from the Middle East to contemplate a previously disregarded threat that the Bush administration now sees as more worrying even than North Korea's nuclear weapons programme«, The Financial Times, 7. April 2005.

[24] US-Senats-Ausschuss, der für die parlamentarische Kontrolle des Verteidigungsministeriums, die militärische Forschung und Entwicklung, die Atomenergie (soweit sie die Si-

Kampfkraft der US-Streitkräfte bei der Abwehr von Raketen und U-Booten zu stärken und die militärischen Bande Amerikas mit seinen alten und neuen Verbündeten in Asien zu festigen, was auf die Eindämmung Chinas auf sein Heimatterritorium abzielte. Er beschrieb den *Theater Security Cooperation Plan* für verstärkte militärische Kooperation mit US-Verbündeten in der Region als »eines der Hauptmittel zur Ausweitung des US-amerikanischen Einflusses, der Entwicklung von Zugangsmöglichkeiten und der Förderung von Kompetenzen unter potenziellen Koalitionspartnern«. Die Kooperation umfasst in der Regel die Bereitstellung von Waffen und militärischer Unterstützung, gemeinsame Militärmanöver, regelmäßige Absprachen der höheren Offiziere und die Erweiterung oder Einrichtung von US-amerikanischen Militärstützpunkten. In Japan wirkt PACOM beispielsweise bei der gemeinsamen Entwicklung eines regionalen Raketenabwehrsystems mit, auf den Philippinen hilft es bei der Neuorganisation und Modernisierung der nationalen Streitkräfte, in Singapur – das bereits US-amerikanische Flugzeugträger zu Besuchen empfängt – »erkunden wir Möglichkeiten für den erweiterten Zugriff auf singapurische Einrichtungen«. Fallon sprach auch von Bemühungen, Indien für die Koalition zu werben, und stellte fest: »Wir bauen unsere Beziehungen mit dem Indischen *Integrated Defense Staff* und den Indischen Streitkräften weiter aus. Die US-amerikanischen und die indischen Sicherheitsinteressen nähern sich weiterhin einander an, und aus unserer militärischen Kooperation erwächst eine stärkere strategische Partnerschaft.«[25]

Diese Aussage vermittelt den Eindruck, als wäre Kaplans Strategie des Neuen Kalten Krieges nichts als eine nähere Ausführung der politischen Linie, für die PACOM selbst steht. Und doch widersprach Fallon drei Monate nach der Veröffentlichung von Kaplans Artikel explizit der Vorstellung, dass eine Reihe von Pattsituationen im Stil des Kalten Krieges, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehen, wohl den ausschlaggebenden militärischen Konflikt des 21. Jahrhunderts ausmachen würden. »Wird es durch den Aufstieg Chinas zu Konflikten kommen? Das glaube ich nicht«, erklärte er. »Sein Wachsen wird unvermeidlich Druck auslösen, wenn es seine

cherheit der USA betrifft), eine mögliche Wehrpflicht und andere Belange der militärischen Handlungsfähigkeit der USA zuständig ist (Anm. d. Übers.).

[25] Klare, »Revving Up the China Threat …«

wirtschaftliche Fähigkeit zur Verbesserung seines militärischen Vermögens nutzt«, sagte er über China. »Wir sollten das als Realität anerkennen. Dies ist kein Nullsummenspiel.« Obwohl Rumsfelds Bemerkungen Chinas Motive zur Modernisierung seiner militärischen Streitkräfte in Zweifel gezogen hatten, behauptete Fallon im Weiteren, er habe aus Washington das eindeutige Mandat erhalten, ein Netzwerk von Kontakten mit der Regierung und dem Militär Chinas aufzubauen, mit dessen Hilfe man die Überschneidung der Machtbereiche verwalten könne, statt sie auszufechten.[26]

Wir wissen nicht, ob das nur Rhetorik fürs Publikum ist, um zu verbergen, was hinter den Kulissen vor sich geht. Wir wissen aber, dass Kaplans Weg keineswegs der einzige ist, der zum Realismus der gemäßigten republikanischen Präsidenten wie Nixon, Ford und dem älteren Bush zurückführt. Im Gegenteil, der intellektuelle Vater dieses Realismus plädierte für einen ganz anderen Weg.

## In Richtung Anpassung und Einlenkung?

Trotz seiner Mahnungen hinsichtlich der fundamental verschiedenen Quellen der heutigen Macht Chinas und der einstigen Macht der Sowjetunion, beruht Kaplans Strategie auf der Prämisse, dass die Herausforderung Chinas, wie einst die der Sowjetunion, letztlich militärischer Natur ist und man sich ihr durch die Manipulation eines Systems von Militärbündnissen mit Zentrum im pazifischen Raum statt im atlantischen effektiv stellen kann. In einem Artikel, der etwa zeitgleich mit dem Kaplans veröffentlicht wurde, vertrat Kissinger eine radikal andere realistische Position. Er stimmte Kaplan darin zu, dass sich der »Schwerpunkt des Weltgeschehens aus dem atlantischen […] in den pazifischen Raum verschiebt«, stellte aber die Vermutung in Frage, eine strategische Auseinandersetzung mit China sei unvermeidlich.

»Diese Vermutung ist so gefährlich wie falsch. Das europäische System des 19. Jahrhunderts ging davon aus, dass seine Großmächte seine Inte-

[26] E. Cody, »Shifts in Pacific Force. U.S. Military to Adapt Thinking«, *The Washington Post*, 17. September 2005.

> ressen letztlich mit Gewalt durchsetzen würden. Jede Nation glaubte, ein Krieg wäre kurz und am Ende stünde eine Verbesserung ihrer eigenen strategischen Position.«[27]

In einer globalisierten Welt der Nuklearwaffen sind solche Berechnungen unsinnig. »Ein Krieg zwischen Großmächten wäre eine Katastrophe für alle Beteiligten; da gäbe es keine Gewinner.« Außerdem ist die Art von militärischem Imperialismus, aufgrund dessen Deutschland Großbritannien mit einer Aufstockung der Marine herausforderte und Russland 1908 in der Bosnischen Annexionskrise sowie Frankreich in zwei Marokkokrisen 1905 und 1911 zu demütigen versuchte, »nicht der chinesische Stil«.

> »Clausewitz, der führende westliche Stratege und Militärtheoretiker, beschäftigt sich mit der Vorbereitung und Führung einer zentralen Schlacht. Sun Tzu, sein chinesisches Pendant, konzentriert sich auf die psychologische Schwächung des Gegners. China sucht sich seine Ziele durch sorgfältige Beobachtung, Geduld und die Anhäufung von Nuancen – nur selten riskiert China eine Alles-oder-nichts-Machtprobe.«[28]

Aus ähnlichen Gründen ist China nicht die Sowjetunion. Die Sowjetunion stand in einer imperialistischen Tradition, die Russlands Ausdehnung von der Region um Moskau zu einem territorialen Imperium von Mitteleuropa bis Wladiwostock bewirkt hatte. »Der chinesische Staat in seinen heutigen Dimensionen« existiert dagegen »im Wesentlichen seit 2000 Jahren«. Was noch wichtiger ist, Chinas Versicherung seiner kooperativen Absichten und sein Leugnen einer militärischen Herausforderung sind Ausdruck der strategischen Realitäten einer Situation, in der

> »das chinesische Militärbudget selbst nach den höchsten Schätzungen weniger als 20% des amerikanischen beträgt […], nur knapp, wenn überhaupt, mehr als das japanische und ... viel weniger als die Militärbudgets der chinesischen Anrainerstaaten Japan, Indien und Russland zusammengenommen – ganz zu schweigen von Taiwans militärischer Modernisierung, die durch die US-amerikanischen Entscheidungen von 2001 unterstützt wurde. […] Die Herausforderung, vor die China uns mit-

[27] H.A. Kissinger, »China: Containment Won't Work«, *The Washington Post*, 13. Juni 2005.

[28] Ebd.

> telfristig stellt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine politische und wirtschaftliche sein, keine militärische.«[29]

Daraus folgt, dass es »unklug ist«, auf China die Politik der militärischen Eindämmung aus dem Kalten Krieg anzuwenden, wie Kaplan vorschlägt. Ein Kalter Krieg mit den USA kann tatsächlich »potenziell katastrophale Auswirkungen […] auf den kontinuierlichen Anstieg des Lebensstandards [in China] haben, von dem die Legitimität der Regierung abhängt«. Aber daraus folgt nicht, dass ein Kalter Krieg mit China den USA etwas nützen würde. »Wir hätten wenig Nachahmer in Asien. Asiatische Länder würden weiterhin mit China handeln. Was auch geschieht, China wird nicht verschwinden.« Daher ist es im Interesse der USA, beim Streben nach einem stabilen internationalen System mit China zu kooperieren. In einem solchen Bestreben, fügt Kissinger hinzu,

> »ist die innere Einstellung psychologisch wichtig. China muss vorsichtig sein mit einer Politik, die Amerika aus Asien auszugrenzen scheint, und unsere Empfindlichkeiten in Bezug auf Menschenrechte berücksichtigen. […] Amerika muss verstehen, dass ein herrischer Tonfall in China an imperialistische Herablassung erinnert, und das ist nicht angebracht im Umgang mit einem Land, das 4000 Jahre lang ununterbrochene Selbstverwaltung bewerkstelligt hat.«[30]

Kissingers realistische Position ist bemerkenswert kompatibel mit der chinesischen Doktrin des *heping jueqi* (wörtlich: »sehr steiles Auftauchen in friedlicher Weise«). Diese Doktrin wurde zum ersten Mal 2003 auf dem Boao Forum für Asien angewandt – Chinas Versuch, ein Weltwirtschaftsforum im Stil von Davos für Asien zu schaffen. Sie basierte auf historischen Untersuchungen zu früheren Erfahrungen aufsteigender Mächte und den durch sie hervorgerufenen Reaktionen, die das Politbüro in Auftrag gegeben hatte, und richtete sich gegen die Vorstellung von einer »Bedrohung durch China«. So diente sie als Charmeoffensive, die der US-amerikanischen Strategie, China mit einem Netz aus Militärstützpunkten und Sicherheitsabkommen zu umgeben, etwas entgegensetzen sollte. Der zentrale Grundsatz dieser Doktrin ist, dass China den Weg der Aggression

[29] Ebd.
[30] Ebd.

und Expansion, dem frühere aufstrebende Mächte gefolgt sind, vermeiden kann und wird. In den Worten Zheng Bijians, eines der Gestalter und Hauptbefürworter der Doktrin, wird »China nicht den Weg Deutschlands im Ersten Weltkrieg und den Deutschlands und Japans im Zweiten Weltkrieg einschlagen – d.h. Gewalt anzuwenden, um Ressourcen zu plündern und die Welthegemonie anzustreben«.[31] Statt dessen, wie ein Forscher an einer regierungsnahen Institution es ausdrückte, »beabsichtigt China, zu wachsen und voranzukommen, ohne die bestehende Ordnung durcheinanderzubringen. Wir versuchen so aufzusteigen, dass es unseren Nachbarn nützt.«[32]

Seit er zum ersten Mal formuliert wurde, wird der Ausdruck »friedlicher Aufstieg« von entgegengesetzten Fronten innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei angegriffen. Auf der einen Seite stehen die, die getreu der Maxime Deng Xiaopings, China sollte »sein Licht unter den Scheffel stellen«, meinen, überhaupt von einem *Aufstieg* zu sprechen, selbst von einem friedlichen, schüre die Ängste vor einer chinesischen Bedrohung. Auf der anderen Seite stehen die, die meinen, von einem *friedlichen* Aufstieg zu sprechen, vermittle den USA und Taiwan die Botschaft, sie könnten China dreist herumkommandieren. »Zwischen diesen beiden Polen sichert sich die politische Führung nach allen Seiten ab.«[33] Obwohl der Ausdruck »friedlicher Aufstieg« stillschweigend zugunsten von »friedlicher Entwicklung« oder »friedlicher Koexistenz« fallengelassen wurde, blieb die zugrundeliegende Doktrin unverändert bestehen, wie Präsident Hu Jintao 2004 in seiner Erklärung der »vier Neins« (»nein zur Hegemonie, zur Gewalt, zu Blöcken und zum Wettrüsten«) und »vier Jas« (dazu, »Vertrauen aufzubauen, Schwierigkeiten zu verringern, Zusammenarbeit zu entwickeln und Auseinandersetzungen zu vermeiden«) bezeugt.[34] Für chinesische Funktionäre besteht kein Widerspruch zwischen ihrer Doktrin der »friedlichen Entwicklung« und ihrer Entschlossenheit, kompetentere

[31] Zit. n. M. Leonard, »China's Long and Winding Road«, *Financial Times*, 9./10. Juli 2005.

[32] Zit. n. Y. Funabashi, »China is Preparing a Peaceful Ascendancy«, *International Herald Tribune*, 30. Dezember 2003.

[33] Leonard, »China's Long and Winding Road«.

[34] Zit. n. M. Bulard, »China: Middle Kingdom, World Centre«, *Le Monde Diplomatique*, August 2005.

Streitkräfte aufzubauen. Letzteres sehen sie als wesentlich für Chinas Entwicklung sowie als natürliche Reaktion auf die Demütigungen der Opiumkriege Mitte des 19. Jahrhunderts und die brutale japanische Invasion und Besetzung 1931-45 an. »Chinas nationale Verteidigungspolitik dient dem Selbstschutz«, behauptete Premierminister Wen Jiabao im April 2005. »In den letzten hundert Jahren wurde China ständig von anderen tyrannisiert. China hat nie einen einzigen Soldaten entsandt, um auch nur einen Zentimeter des Gebiets eines anderen Landes zu besetzen.«[35]

Hu wiederholte Chinas Selbstverpflichtung zur »friedlichen Entwicklung« während eines Besuchs der Vereinten Nationen in New York im September 2005, wobei er die Herausforderungen unterstrich, mit denen es verbunden ist, den Wohlstand einer Nation von 1,3 Milliarden Menschen zu verwalten und zu mehren. US-amerikanischen Funktionären zufolge war Bush sowohl von den Herausforderungen als auch von der Vision beeindruckt.[36] Nichtsdestotrotz schrieb der stellvertretende Außenminister Robert Zoellick nur wenig später in einer ausführlichen Stellungnahme zur Position der Bush-Regierung gegenüber China, in den USA »brodele die Angst«. »Aufgrund der Unsicherheiten, wie China seine Macht verwenden wird, werden die Vereinigten Staaten – und auch andere – sich in ihren Beziehungen mit China absichern. […] Viele Länder hoffen, dass China einen ›friedlichen Aufstieg‹ anstrebt, aber keines wird seine Zukunft darauf verwetten.« Er erkannte zwar an, dass »China keine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten« wünscht, legte jedoch im Weiteren Kriterien zur Beurteilung des chinesischen Verhaltens fest. Zu ihnen gehört eine Erklärung von Chinas Verteidigungsausgaben, -absichten und -doktrin; eine weitere Öffnung statt der Steuerung der Märkte, einschließlich des Währungsmarkts; weniger Toleranz für »wild wuchernden Diebstahl geistigen Eigentums und Fälschungen«; die Gewähr, dass Nordkorea die Vereinba-

[35] Dickie/Mallet/Sevastopulo, »Washington is turning its attention from the Middle East …« Wen vertuscht hier absichtlich Chinas Invasionen in Indien in den frühen 1960er und in Vietnam in den späten 1970er Jahren. Dennoch passt das Bild eines durch andere (insbesondere Japan und die Westmächte) tyrannisierten Chinas, wie wir in Kapitel 11 sehen werden, perfekt zu den historischen Berichten von den Opiumkriegen bis zur Gründung der VRC.

[36] P. Baker/P. P. Pan, »Bush's Asia Trip Meets Low Expectations«, *The Washington Post*, 21. November 2005.

rung zur Beendigung seines Atomprogramms einhält, die Unterstützung der Bemühungen, Irans Atomprogramme zu beenden und die Zusicherung von mehr Geld für Afghanistan und Irak; nicht länger zu versuchen, mit Hilfe getrennter Bündnisse »eine führende Machtposition in Asien anzusteuern«; die Möglichkeit von Wahlen auf Bezirks- und Provinzebene zu prüfen und so politische Reformen voranzutreiben und »aufzuhören, Journalisten zu schikanieren, die auf Probleme hinweisen«.[37]

Schon allein die Länge von Zoellicks Liste der Kriterien, die größtenteils entweder nicht überprüfbar waren oder wohl nicht umgesetzt würden, zeugte mehr von US-amerikanischen Ängsten als von einem kohärenten Programm. Diesen Mangel bekundeten auch die gemischten Botschaften der US-Regierung an China. Während eines China-Besuchs im Oktober 2005 lobte Finanzminister John W. Snow, der Chinas Weigerung zur Freigabe des Yuan-Wechselkurses wiederholt kritisiert hatte, den Fünfjahresplan, den die KPCh gerade genehmigt hatte, als »vorteilhaft nicht nur für China, sondern gut für die Welt«. Insbesondere spendete er dem Ziel des Plans Beifall, die riesige Kluft zwischen Stadtbewohnern und Hunderten von Millionen Chinesen, die größtenteils auf dem Land leben, zu verringern, denn wenn sich der Wohlstand der chinesischen Landbevölkerung auch nur geringfügig verbessert, werden sie vermutlich mehr US-amerikanische Güter kaufen und das US-amerikanische Handelsdefizit mit China wird abnehmen.[38]

Bald nach Snows Abreise kam Rumsfeld selbst nach Beijing. Er kritisierte zwar immer noch das chinesische Verteidigungsbudget, kam aber mit seinen chinesischen Amtskollegen überein, man wolle »sich zusammentun, um die militärischen Verbindungen zwischen China und den USA auszubauen und sie mit den gesamten bilateralen Beziehungen in Einklang zu bringen«. Ja, Gerüchten zufolge versuchte Rumsfeld auf dieser Reise, noch während er die chinesische Führung öffentlich kritisierte, US-amerikanische Waffen an China zu verkaufen.[39]

---

[37] G. Kessler, »U.S. Says China Must Address Its Intentions«, *The Washington Post*, 22. September 2005.

[38] T. Sakai, »Hu Jintao's Strategy for Handling Chinese Dissent and U.S. Pressure«, *Japan Focus*, 20. November 2005.

[39] Ebd.

Als Wurzel dieser gemischten Botschaften erweist sich, wie schwierig es aufgrund des Glaubwürdigkeitsverlusts der US-amerikanischen Militärmacht im Irak für die USA war, Chinas »friedlichen Aufstieg« aufzuhalten oder zu ihrem eigenen Vorteil zu wenden. Das Scheitern im Irak verlangte nach einer größeren Dosis Realismus in der US-Politik. Gleichzeitig erschwerte es den USA die Mobilisierung von Verbündeten für die militärgestützte Eindämmung chinesischer Macht, wie sie beispielsweise in Kaplans Strategie des »Neuen Kalten Krieges« vorgesehen ist. Es genügt wohl, den Fall Singapurs zu erwähnen, das Kaplan als Modell-Bündnispartner der USA in der von ihm befürworteten PACOM-geführten Koalition feierte. Wie der einflussreiche Dekan der Lee Kuan Yew School of Public Affairs in Singapur, Kishore Mahbuhani, klarmachte, schließt Singapurs Kooperation mit PACOM nicht die Unterstützung einer auf die Destabilisierung Chinas abzielenden US-amerikanischen Politik ein. Im Gegenteil, wie viele andere in Ostasien glaubt er, ein plötzliches Ende der kommunistischen Herrschaft in China könnte gefährliche nationalistische Kräfte freisetzen und in der Region zu Konflikten führen, die niemandem etwas nützten.[40]

Es ist daher nicht überraschend, dass die USA bei ihren Versuchen, China durch ein System aus Militärbündnissen einzukreisen, nicht weit kamen. Die Beziehungen des US-amerikanischen Geheimdiensts und Militärs zu Vietnam und Indien verbesserten sich. Aber die Beziehungen dieser beiden Länder zu China verbesserten sich noch mehr. Gleichzeitig schloss Indonesien, nach jahrelanger Feindseligkeit mit China und einem langwährenden Bündnis mit den Vereinigten Staaten, eine strategische Partnerschaft mit Beijing, die Präsident Hu als den Beginn einer »neuen Ära« in den Beziehungen beider Nationen bejubelte. Zu einer ähnlichen Verschiebung kam es in Südkorea. Im November 2005 wurde Präsident Bush bei seinem Besuch des Landes durch Seouls Ankündigung, ein Drittel seiner Truppen aus dem Irak abzuziehen, gedemütigt, während Präsident Hu in der südkoreanischen Nationalversammlung Standing Ovations erhielt und erklären konnte, die Beziehungen zwischen Südkorea und China

[40] M. Vatikiotis, »U.S. Sights are back on China«, *International Herald Tribune*, 7. Juni 2005.

seien in die »beste Ära der Geschichte« eingetreten.[41] Nur Japan bewegte sich entschieden in Richtung engerer militärischer Beziehungen mit den USA. Diese engeren Verbindungen schienen jedoch eher Japan zu isolieren als China. Zusammen mit Koizumis taktlosem Besuch des Yasukumi-Schreins kosteten sie Japan den begehrten ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie die Absage des Dreier-Treffens mit China und Südkorea im Dezember 2005, das seit 1999 jedes Jahr am Rande des ASEAN-Gipfels stattgefunden hatte. Das ist vermutlich der Grund dafür, dass Koizumis Ablösung durch Shinzo Abe als Japans Premierminister 2006 nicht nur in asiatischen Hauptstädten, sondern auch in Japan als möglicher Anbruch einer neuen Ära der Kooperation zwischen China und Japan begrüßt wurde.[42]

Am anderen Ende des realistischen Spektrums von Kaplan war die Mischung aus Zugeständnissen an Chinas Macht und Vertrauen auf politisch-ökonomische Mechanismen ihrer Eindämmung, die Kissinger vertrat, zweifellos akzeptabler für tatsächliche und potenzielle Verbündete der USA, aber sie war der US-amerikanischen Wählerschaft viel schwerer zu »verkaufen«. Die fast einstimmige Ablehnung des chinesischen Gebots für Unocal im Repräsentantenhaus war nur eins von vielen Zeichen dafür, dass die antichinesische Stimmung im Kongress quer durch die Parteien stärker war als in der Bush-Regierung.[43] Sinophobie hat in der US-amerikanischen Po-

---

[41] Cody, »Shifts in Pacific Force...«, E. Nakashima, »Vietnam, U.S. to Improve Intelligence, Military Ties«, *The Washington Post*, 17. Juni 2005; J. Burton/V. Mallet/R. McGregor, »A New Sphere of Influence: How Trade Clout is Winning China Allies Yet Stocking Distrust«, *The Financial Times*, 9. Dezember 2005.

[42] B. Wallace, »Japan Looks at Ridding Military of its Shackles«, *Los Angeles Times*, 23. November 2005; T. Shanker, »U.S. and Japan Agree to Strengthen Military Ties«, *The New York Times*, 30. Oktober 2005; Burton, Mallet und McGregor, »A New Sphere of Influence …«, V. Mallet, »Japan's Best Chance to Strike a Deal with China«, *The Financial Times*, 28. September 2006.

[43] G. Dinmore/A. Fifield/V. Mallet, »The rivals«, *The Financial Times*, 18. März 2005. Ein weiteres Zeichen war der Streit zwischen Kongress und Regierung über die Verhängung von Strafzöllen auf chinesische Importe, um China zu zwingen, eine Aufwertung seiner Währung gegenüber dem Dollar zuzulassen. Im April 2005 stimmte der von Republikanern kontrollierte Senat mit 67 zu 33 für einen vom demokratischen Senator Charles Schumer und seinem republikanischen Kollegen Lindsey Graham protegierten Gesetzesentwurf, der Zölle in Höhe von 27,5% auf chinesische Importe vorsah, sollte China seine Währungspolitik nicht ändern. Obwohl die Regierung Schumer und Graham davon über-

pulärkultur eine lange Tradition. Aber ihr plötzliches Wiederaufleben zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde durch die Erkenntnis ausgelöst, dass China und nicht die USA sich als Hauptnutznießer des Globalisierungsprojekts erwies, das die USA selbst in den 1980er und 1990er Jahren gefördert hatten. Zu erwarten, dass weitere wirtschaftliche Integration über den Pazifik hinweg die Situation zugunsten der USA bereinigen würde, erforderte einen großen Vertrauensbeweis auf die ultimative Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft. Die meisten Kongressmitglieder bekundeten dieses Vertrauen, aber wenige verhielten sich dementsprechend, und so unterminierten sie die Umsetzbarkeit von Strategien, die auf Zugeständnisse an Chinas »friedlichen Aufstieg« abzielten.

## Ein lachender Dritter?

Überlegungen dieser Art liegen der Befürwortung eines weiteren Wegs zu größerem Realismus der China-Politik der USA zugrunde. In *The American Conservative* äußerte sich Pinkerton ebenso kritisch zu Strategien der militärischen Eindämmung wie Kissinger – einschließlich der auf PACOM gestützten Strategie Kaplans.

> »Es ist ein Klischee der Zeit, dass China dem Deutschland von Kaiser Wilhelm II. entspricht, eine aufstrebende Macht auf der Suche nach ihrem ›Platz an der Sonne‹. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, wie die Chinesen in Schranken gehalten werden können. Im Fall Deutschland war – zwei Mal – eine große Koalition aus Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA nötig, um Berlin unter Kontrolle zu bringen. Es bleibt abzuwarten, ob die Vereinigten Staaten jemals eine vergleichbar große Koalition zusammenbekämen, um China in Schranken zu halten.«[44]

---

zeugen konnte, den Gesetzesentwurf zurückzuziehen, zwang der Druck des Kongresses sie ihrerseits, mit China über die Einschränkung seiner Exporte in die USA in Verhandlungen zu treten. E. Andrews, »Bush's Choice: Anger China or Congress Over Currency«, *The New York Times*, 17. Mai 2005.

[44] Pinkerton, James P. (2005): »Superpower Showdown«, *The American Conservative*, 7. November, http://www.amconmag.com, S. 5.

Pinkerton hielt die Chance hierzu für gering. Noch schlimmer, jeder Versuch, eine solche Koalition zu versammeln, würde seiner Ansicht nach einen katastrophalen Krieg mit China provozieren. Nichtsdestotrotz stand er der alternativen Strategie der Zugeständnisse noch kritischer gegenüber. Ohne sich explizit auf Kissinger zu beziehen, titulierte er solch eine Strategie als »Neo-Angellismus« wegen ihrer Ähnlichkeit mit der Behauptung Norman Angells von 1910, Krieg sei obsolet geworden. Die Gründe, die Angell – wie die »dogmatischen Globalisten« von heute – für diese angebliche Überholtheit angab, waren erstens, dass Nationen, zwischen denen wirtschaftliche Beziehungen bestehen, keine Wahl hätten, als auch politisch zu kooperieren, und zweitens, dass militärische und politische Macht keinen kommerziellen Vorteil mehr schaffe. So beruhigend der Neo-Angellismus für Geschäftsleute sein mag, befand Pinkerton ihn für grundlegend fehlerhaft.

Der Hauptfehler ist das Outsourcing. Um seine Ansicht zu unterstreichen, dass Outsourcing für die US-amerikanische Wettbewerbsfähigkeit wesentlich ist, zitierte Pinkerton den Geschäftsführer eines großen US-amerikanischen multinationalen Betriebs, der sagte: »Zeigen Sie mir einen Betrieb, der nicht in China herstellen lässt, und ich zeige Ihnen einen Betrieb, der im Wettbewerb geschlagen werden kann.« Gleichzeitig betonte er jedoch, dass Outsourcing in den USA eine beträchtliche Gegenreaktion hervorruft, da Arbeiter fürchten, ihre Jobs zu verlieren, und insbesondere, dass es die nationale Sicherheit der USA gefährdet:

> »[E]in vollkommen postindustrielles Amerika wäre nicht in der Lage, die notwendigen Instrumente des Krieges zu produzieren, sollten diese benötigt werden. Ja, das Pentagon kämpft darum, wenigstens überhaupt einen heimischen Industriestandort in den USA zu erhalten. […] Wenn der gegenwärtige Trend anhält, werden die Chinesen bald in der Lage sein, unserer Wirtschaft schlicht den Hahn abzudrehen – und so werden wir nicht gegen China kämpfen können, selbst wenn wir das wollen oder müssen, was einen Krieg für die Chinesen um so verlockender machen könnte.«

Im Weiteren zitierte er den britischen konservativen Politiker Leo Amery, »der regelmäßig Einwände gegen Angell und andere dogmatische Globalisten vorgebracht hatte«.

»Amery warnte, dass Deutschlands merkantilistische, den Nachbarn arm machende Wirtschaftsstrategie – das Gegenteil von Großbritanniens Angellistischer Herangehensweise – dem Kaiser einen gefährlichen Vorteil in der Rüstungsproduktion verschaffte. ›Die Mächte mit der größten industriellen Basis werden erfolgreich sein‹, prophezeite Amery und fügte hinzu, wer im Besitz ›der industriellen Macht und der Macht der Erfindung und Naturwissenschaft [ist], wird alle anderen besiegen können‹. Wie Winston Churchill, unter dem Amery in Großbritanniens Kabinett des Zweiten Weltkriegs saß, einmal bemerkte, ein kriegführendes Land braucht das Handwerkszeug, um den Job zu erledigen.«[45]

Ein zweiter Fehler ist, dass Angellismus sich »für auf Beijing eindreschende US-amerikanische Falken als politisch nicht akzeptabel erweisen wird«. Sicherlich, »die meisten der Fortune 500-Unternehmen[46] [werden] Lobbyisten engagieren, um die Handelsrouten nach Osten offenzuhalten«. Doch »alle Lobbyisten der K Street[47] könnten den Flächenbrand antichinesischer Gefühle nicht austreten, der wegen des gescheiterten Gebots der China National Overseas Oil Company für Unocal […] ausbrach«.

»Wenn Belange des Status und der Vorrangstellung auf dem Spiel stehen, scheint es, als würden Echsenhirne die Kontrolle übernehmen und das rationale Denken schwächen – und Nationalismus, Xenophobie und andere primitive Reflexe erheben sich in blutrünstigem Primitivismus. Das Ergebnis ist vorhersehbar: wie Angell vor 90 Jahren werden die Neo-Angellisten abermals besiegt werden.«[48]

Kurz gesagt, eine militärische Strategie der Eindämmung würde zu einem verheerenden Krieg mit China führen, denn »wenn man etwas lange genug vortäuscht, wird es irgendwann eintreten«, aber der Neo-Angellismus »würde seinen politischen Kampf in Washington an das [nationalistisch-militaristische] Lager verlieren – das dann wiederum einen verheerenden Krieg gegen China führen würde«. Also, fragt Pinkerton, was ist zu tun?

---

[45] Ebd., S. 8.

[46] Fortune 500: Liste der umsatzstärksten amerikanischen Unternehmen, erstellt von der US-amerikanischen Wirtschaftszeitschrift *Fortune* (Anm. d. Ü.).

[47] K Street ist eine große Durchgangsstraße in Washington D. C., die bekannt ist für ihre zahlreichen Think-tanks, Lobbyisten und Interessengruppen, die von diesem Ort aus Einfluss ausüben (Anm. d. Ü.).

[48] Pinkerton 2005, S. 8f.

»Hat Amerika nur die Wahl zwischen militaristischem Hurrapatriotismus und naivem Angellismus?«[49] Die bessere Wahl, meinte er, ist eine zweigleisige Strategie. Im Anschluss an Michael Lind befürwortete er an der geopolitischen Front die Eindämmung Chinas durch eine Strategie des Kräftegleichgewichts.

> »Jahrhundertelang spielte [Großbritannien] die europäischen Rivalen gegeneinander aus, und es lief gut für das Empire. Wenn also die Briten Leute wie die Bourbonen, die Habsburger, die Hohenzollern und die Romanows gegeneinander ausspielen konnten, können die USA vielleicht die unvermeidliche Konkurrenz der asiatischen Mächte gegeneinander ausspielen. Es ist schließlich das Glück der US-Amerikaner, dass wir in unserer eigenen Hemisphäre unangefochten sind und dies vermutlich noch lange Zeit bleiben werden. Und zu unserem weiteren Glück liegen drei gewaltige Mächte – China, Indien und Japan – alle nebeneinander, genau wie einst Spanien, Frankreich, Holland und Deutschland.«[50]

Statt die aufstrebenden asiatischen Mächte direkt zu konfrontieren, sollten die USA sie gegeneinander ausspielen. Wie der lateinische Ausdruck *tertium gaudens* – der lachende Dritte – uns erinnert, ist es manchmal besser, statt mitten in jeden Kampf hineinzugeraten, den Kämpfenden »die Mäntel zu halten«. Für die nationalen Interessen der USA »wäre ein besseres Asien eines, in dem China, Indien, Japan und möglicherweise ein oder zwei weitere ›Tiger‹ miteinander um die Macht ringen, während wir den fröhlichen Luxus eines dabeistehenden Dritten genießen«.[51]

Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung dieser Strategie ist eine realistische Lösung des Taiwan-Problems. Falls es nicht zu einem allgemeinen Krieg kommt, wird China sich mit Taiwan wiedervereinigen, so wie der Norden der USA sich nach dem Bürgerkrieg mit dem Süden wiedervereinigte. »Die Bundesregierung in Washington […] wäre einer ausländischen Macht, die versucht hätte, die Abspaltung Richmonds sicherzustellen, nicht freundlich gesonnen gewesen […] Die USA sollten ehrliche Realpolitik betreiben und Taipei sagen, sein optimaler Kurs wäre eine friedliche Rückkehr ins Mutterland, im Stil von Hongkong und Ma-

[49] Ebd., S. 6f., 9.
[50] Ebd., S. 9.
[51] Ebd., S. 1.

cau.« Von der Streitfrage Taiwan befreit, wären die USA in einer Position, von den Konflikten zwischen den drei Großmächten Asiens zu profitieren, statt deren Kosten zu tragen. »Wenn also zum Beispiel Japan den nuklearen Weg beschritte […], würden andere asiatische Mächte sich gegen eine solche Wiederbewaffnung Japans wehren, aber das sollte ihr Problem sein, nicht unseres. In einem solchen asiatischen Kampf ist man besser der lachende Dritte – statt unglücklicher Hauptbeteiligter.«[52]

Um an der geopolitischen Front der »lachende Dritte« zu sein, sind jedoch auch Maßnahmen an der Heimatfront nötig. »Amerikaner sollten sich nicht vormachen, dass unser derzeit boomender Immobilienmarkt […] unsere langfristige geopolitische Vorrangstellung sichern wird.« Eine solche Vormachtstellung kann nur durch ein »Pendant zu Alexander Hamiltons aus dem 18. Jahrhundert stammendem ›Report on Manufactures‹ für unsere Zeit« erreicht werden, das heißt, durch eine Entscheidung darüber, welche Industriezweige wesentlich sind für die nationale Sicherheit, und »eine bewusste Industrieanlagenpolitik, die sicherstellt, dass solche unerlässlichen Industriezweige im Land bleiben«. Obwohl diese Neo-Hamiltonsche Politik den Preis für Konsumgüter erhöhen, Zinssätze steigern und vielleicht den Aktienmarkt schwächen würde, wäre all das »ein niedriger Preis für echte nationale Sicherheit«. Pinkerton gab zu, dass diese zweigleisige Strategie über den derzeitigen Horizont der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft hinausginge. Nichtsdestotrotz hoffte er, »dass der fürchterliche Weckruf, wenn er kommt, uns keinen zu schlimmen Schlag versetzen wird. Schlechte Politik kann eine Kehrtwende erleben, leider ist jedoch meistens eine Niederlage nötig, um die Aufmerksamkeit der politischen Akteure und der Öffentlichkeit zu erhalten.«[53]

Diese Strategie des lachenden Dritten hat viel mehr wichtige Präzedenzfälle in der US-amerikanischen Geschichte, als Pinkerton zur Kenntnis nahm. Seiner Ansicht nach praktizierten die USA nur von 1901-1909 und vor allem während der Präsidentschaft Theodore Roosevelts eine solche Strategie.[54] In Wirklichkeit zogen die USA, wie wir in Kapitel 8 gesehen haben, während des ganzen 19. und insbesondere der ersten Hälfte des 20.

[52] Ebd., S. 10.
[53] Ebd., S. 11.
[54] Ebd., S. 11.

Jahrhunderts immensen Nutzen aus den Konflikten, in denen sich die europäischen Mächte gegenüberstanden. Und dass sie die Weltkriege des frühen 20. Jahrhunderts zu ihrem Vorteil wenden konnten, beruhte ebenso sehr auf der Autarkie und dem technischen Leistungsstand ihres militärisch-industriellen Komplexes wie auf ihrer relativen kontinentalen Isolation.

Ob erklärtermaßen oder nicht, könnten die Vereinigten Staaten im Gefolge der Niederlage im Irak durchaus versuchen, auf diese Tradition zurückzugreifen. Nichtsdestotrotz lassen sich die asiatischen Elemente der Art von Gleichgewicht der Kräfte, die Pinkerton befürwortet, bereits heute in der politischen Linie der USA feststellen. Koizumi mag tatsächlich geglaubt haben, seine Beendigung von sechzig Jahren des offiziellen Pazifismus in Japan, »um Australien als Washingtons ›Hilfssheriff‹ in der Asien-Pazifik-Region zu ersetzen«, würde die endgültige Verpflichtung des Sheriffs zu Japans Schutz in einem möglichen Konflikt mit China festigen.[55] Aber es ist ebenso gut möglich, dass die vergangene und künftige Unterstützung der Beteiligung Japans am Taiwan-Streit durch die USA nicht in eine Strategie der Koalitionsbildung nach Kaplan eingebunden ist, sondern in eine des Kräftegleichgewichts nach Pinkerton. Das heißt, die US-amerikanische Unterstützung von Japans Heraustreten aus seiner jüngeren pazifistischen Vergangenheit, um erneut eine für die Region bedeutsame Militärmacht zu werden, könnte für die USA eine Methode sein, durch die Schaffung militärischer Gegengewichte zu China innerhalb Asiens den eigenen militärischen Rückzug aus Ostasien zu erleichtern.

Dieser mögliche Fall muss natürlich nicht das unerklärte Ziel der momentanen US-amerikanischen Politik sein und ist es wahrscheinlich auch nicht. Aber er könnte durchaus die Ausweichlösung (oder »Plan B«) sein, auf die die USA zweckmäßigerweise zurückgreifen können, sollte die angestrebte, von PACOM angeführte antichinesische Koalition nicht zustande kommen oder ihre Bildung zu riskant werden. Ja, die Möglichkeit, dass das Scheitern im Irak einen militärischen Rückzug der USA aus Ostasien nach sich ziehen könnte, ist taiwanesischen Beobachtern nicht ent-

[55] S. Tisdall, »Japan Emerges as America's Deputy Sheriff in the Pacific«, *The Guardian*, 19. April 2005.

gangen. So erklärte der frühere Außenminister Taiwans, T'ien Hung-mao, in einem Interview mit lokalen Medien:

> »Wenn die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus dem Irak abziehen, wird Amerika vom Isolationismus überrollt werden und sich nicht in Übersee engagieren wollen, und die Ausbreitung der chinesischen Hegemonie wird sich beschleunigen. Mit abnehmender Streitlust Amerikas wird die Wahrscheinlichkeit für einen militärischen Konflikt in der Straße von Taiwan abnehmen. Die taiwanesische Regierung sollte sich diesem Szenario stellen und realistische Pläne zum Umgang mit einer solchen Situation aufstellen.«[56]

Die taiwanesische Regierung ist vielleicht nicht geneigt, sich diesem Szenario zu stellen. Bezeichnenderweise löste jedoch ihr Zögern Ende 2005 in der Frage, ob sie ein pauschales Waffenlieferungsangebot aus Washington über mehr als vier Jahre finanzieren sollte, im US-amerikanischen Kongress Entrüstung aus. Nachdem er festgestellt hatte, dass Taiwan zig Milliarden Dollar Devisenreserven akkumuliert hatte, erklärte der damals ranghöchste Demokrat im internationalen Komitee im Repräsentantenhaus Tom Lantos drohend: »Wenn man von uns im Ernstfall Hilfe erwartet, ist es empörend, sich wegen eines 18-Milliarden-Dollar-Pakets herumzustreiten.«[57]

Empörend oder nicht, die taiwanesische Unentschlossenheit lässt nicht nur den Argwohn erkennen, der Schutz durch eine von den USA protegierte antichinesische Koalition könnte nicht sehr zuverlässig sein. Sie weist auch auf einen grundlegenden Widerspruch in der Strategie vom lachenden Dritten hin. Wenn die Vereinigten Staaten sich militärisch aus der Region zurückzögen, warum sollten die asiatischen Mächte ihre Konflikte untereinander zum Nutzen der USA ausweiten, statt zu ihrem eigenen Vorteil gegenseitiges Entgegenkommen anzustreben? Dass die USA im frühen 20. Jahrhundert der lachende Dritte der innereuropäischen Machtkämpfe waren, hing entscheidend von der Intensität und der inneren Wucht dieser Kämpfe ab; diese sind jedoch im heutigen Asien nicht gegeben. Ja, wie in vorangegangenen Kapiteln festgestellt, war Ostasien der wahre »lachende Dritte« des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. In den 1980er Jahren

---

[56] Zit. n. Sakai, »Hu Jintao's Strategy …«

[57] Zit. n. Dickie/Mallet/Sevastopulo, »Washington is turning its attention from the Middle East …«; siehe auch Cody, »Shifts in Pacific Force …«

waren Japan und die vier »kleinen Tiger«[58] die Hauptnutznießer der Eskalation des Kalten Krieges zwischen den USA und der UdSSR, und in letzter Zeit ist China als wahrer Gewinner des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror hervorgetreten. Fehlkalkulationen sind natürlich immer möglich. Ohne Lantos zu nahe treten zu wollen, ist jedoch unklar, warum die asiatischen Staaten plötzlich in ein Wettrüsten eintreten sollten, das der US-Rüstungsindustrie und -Wirtschaft Gewinne bescheren, aber die Hauptmachtquelle der asiatischen Staaten, nämlich ihre Position als Gläubiger, entscheidend schwächen würde.

Ja, der erste, im Dezember 2005 in Kuala Lumpur abgehaltene Asiengipfel zeigte bereits, wie schwierig es für die USA sein würde, die asiatischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Washington hatte schon den Gedanken eines solchen Gipfels immer abgelehnt und sich für die viel inklusivere APEC als alternatives Forum eingesetzt, bei dem die Vereinigten Staaten der einflussreichste Teilnehmer wären. In den letzten Jahren jedoch hat der Einfluss der USA in der APEC im Verhältnis zu dem Chinas abgenommen, während die Bedeutung einer erweiterten ASEAN, die die USA aus Ostasien betreffenden Entscheidungen aus- und China einschließt, stetig zugenommen hat.[59] »Während China und Amerika sich um die geopolitische Vormachtstellung streiten, wünscht sich der Rest von Ostasien bloß eine effizientere Handelszone und Zugang zu einem größeren Markt. Und im Moment ist der größte Markt China.« Demzufolge stand China beim ASEAN-Gipfel im Januar 2007 auf den Philippinen im Mittelpunkt, unterzeichnete ein neues Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen und, noch wichtiger, wirkte vollwertig an verschiedenen Über-

[58] Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur (Anm. d. Übers.).

[59] ASEAN vergrößerte sich zuerst in Folge der ostasiatischen Finanzkrise um China, Japan und Südkorea zur so genannten ASEAN+3. Dieser Schritt zielte explizit auf eine Verringerung des US-amerikanischen Einflusses ab, der allgemein für die Schwere der Krise verantwortlich gemacht wurde. Die weitere Ausweitung von ASEAN+3 zur ASEAN+3+3, bei der Indien, Australien und Neuseeland als Vollmitglieder des ersten Ostasiengipfels dazukamen, wurde dagegen hauptsächlich als Schritt zum Ausgleich des chinesischen Einflusses in Abwesenheit der USA angesehen. Siehe S. Mydans, »New Group for ›Asian Century‹ Shuns U.S.«, *International Herald Tribune*, 12. Dezember 2005; Burton/Mallet/McGregor, »A New Sphere of Influence …«

einkommen mit, durch die für das Gremium eine Charta im Stil der EU angesteuert werden soll.[60]

## Die Große Mauer der Unbekannten

Im Juli 2004 beklagte ein Kommentar der *International Herald Tribune* das Fehlen einer US-amerikanischen China-Strategie.

> »Unser Vorgehen lässt sich nicht kohärent klassifizieren. Behandeln wir China als gleichberechtigten Partner? Selten. Behandeln wir China als Konkurrenten? Manchmal. Gehen wir souverän vor? Fast nie. Keine sehr klare politische Linie. Die USA können von Glück sagen, dass sich nicht noch mehr wirtschaftliche oder politische Krisen eingestellt haben, während sie mit dem Irak beschäftigt waren.«[61]

Zweieinhalb Jahre später haben die Vereinigten Staaten immer noch keine nennenswerte China-Strategie. Die Erkenntnis, dass ihre Schwierigkeiten im Irak Chinas Machterwerb konsolidiert haben, hat vermehrt zu antichinesischen Initiativen und gleichzeitig zu mehr Realismus in der US-Politik geführt. Aber die daraus folgende Kombination lässt sich immer noch nicht kohärent klassifizieren.

Wir können mindestens drei Hauptgründe für dieses anhaltende Fehlen einer klaren politischen Linie der USA gegenüber China feststellen. Der eine ist, dass für die Bush-Regierung die Entscheidungsschlacht zur Eindämmung der zunehmenden Macht Chinas immer noch im Irak geschlagen wird. Frühere Träume von einem leichten Sieg, der es den USA ermöglicht hätte, sich aus einer Position der Stärke heraus mit China auseinander zu setzen, sind dem Ziel gewichen, sich mit minimalen Verlusten für die Glaubwürdigkeit der USA aus dem Irak zurückzuziehen. Unter diesen Umständen wurden die antichinesische Rhetorik und Versuche, die Macht des australischen und insbesondere des japanischen »Hilfsshe-

---

[60] M. Vatikiotis, »East Asia Club Leaves U.S. Feeling Left Out«, *International Herald Tribune*, 6. April 2005; C. H. Conde, »China and Asean Sign Broad Trade Accord«, *International Herald Tribune*, 15. Januar 2007.

[61] T. Manning, »America needs a China strategy«, *International Herald Tribune*, 22. Juli 2004.

riffs« zu vergrößern, verstärkt. Aber bis die Vereinigten Staaten sich aus dem irakischen Sumpf befreit haben, müssen sie China weiter in Dienst nehmen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, gab es keine Unstimmigkeit in der US-amerikanischen China-Politik: nur eine taktische Anpassung an die Notwendigkeit, das zu retten, was von der Glaubwürdigkeit der USA gegenüber China und der Welt im Ganzen gerettet werden kann. Selbst Regierungskritiker im Kongress stimmen dem zu. Eine frühe Klage unter Demokraten über die Irak-Invasion war, dass sie die USA von der Konfrontation mit China ablenkte. Aber sobald das irakische Abenteuer schiefging, waren die Demokraten selbst tief gespalten darüber, was getan werden sollte, um den Schaden zu begrenzen. So verlagerte sich die Debatte auf die Frage, ob und wie man sich aus dem Irak zurückziehen sollte, und überschattete die Sorgen über die »chinesische Bedrohung«.

Ein zweiter Grund für das anhaltende Fehlen einer klaren politischen Linie der USA gegenüber China ist die Schwierigkeit, das US-amerikanische nationale Interesse zu definieren. Unter Beobachtern besteht recht allgemeine Einigkeit darüber, dass eine Strategie der Anpassung und des Einlenkens im Interesse US-amerikanischer Unternehmen, insbesondere der Großunternehmen, liegt.[62] Letztere haben die wirtschaftliche Expansion Chinas tatsächlich mit viel größerer Begeisterung angenommen als die wirtschaftliche Expansion Japans in den 1980er Jahren, trotz der größeren langfristigen Herausforderung, die China für die Vormachtstellung der USA bedeutet.

> »Der herzliche Empfang, den China multinationalen Unternehmen und ausländischen Investitionen bereitet, ließ viele westliche Manager, die vor mehr als zehn Jahren einem verschlossenen Japan so kritisch gegenüberstanden, China mit seinen billigen Arbeitskräften und seinen riesigen Märkten begeistert in die Arme schließen […] Japan hat durch die Vergabe von Technologie-Lizenzen schnell zum Westen aufgeschlossen […] Aber China hat sowohl Technologie lizenziert als auch die Anziehungskraft seiner potenziell riesigen Märkte genutzt, um ausländische

[62] Wie die zuvor zitierten Passagen zeigen, stimmen Kaplan und Pinkerton hierüber überein. Obwohl Kissinger sich nicht explizit zu den Interessen von Großunternehmen äußert, fühlte er sich dennoch im oben zitierten Artikel verpflichtet einzugestehen, dass seine Beraterfirma den Unternehmen zu Geschäften mit China rät.

> Investoren anzulocken. Das hat nicht nur weitere Investitionen eingebracht, sondern auch dazu beigetragen […], China gegen Handelskonflikte abzuschotten. Viele derselben Multis, die einst gegen die Japaner kämpften, wie die Autohersteller aus Detroit, sind jetzt Großinvestoren in China – Investoren, die die Restriktion des Handels mit China ablehnen.«[63]

Gleichzeitig jedoch kann man die alte Redensart, was gut ist für General Motors, ist gut für Amerika, nicht mehr unwidersprochen hinnehmen, ganz abgesehen von der Tatsache, dass Chinas bester Kunde, Wal-Mart, General Motors als größtes Unternehmen der USA abgelöst hat. Fishman sprach eine weit verbreitete Meinung aus, als er feststellte, »Chinas Versprechen erscheint großen US-amerikanischen Konzernen und den Superreichen so großartig, dass die nationalen Interessen der USA und die langfristige Gesundheit der Wirtschaft wenig zählen«.[64] Diese Ansicht lässt sich durch die häufig gemachte Feststellung stützen, dass fast die Hälfte der US-amerikanischen Exporte und Importe innerhalb von multinationalen Unternehmen getätigt werden, die Materialien und Komponenten zwischen ihren weit auseinanderliegenden Fabriken hin- und herbewegen und die Produktion über Landesgrenzen hinweg verlagern, um Kosten, insbesondere Lohnkosten, zu senken. Solche Vorgänge bringen Unternehmen und Investoren, wie behauptet wird, hohe Gewinne, doch die Nationen selbst, einschließlich der USA, profitieren davon nicht.[65]

Auch wenn die Möglichkeit eines Konflikts zwischen den Interessen US-amerikanischer Unternehmen und dem nationalen Interesse der USA zugestanden wird, besteht keine Einigkeit darüber, ob eine engere US-amerikanisch-chinesische Wirtschaftsintegration dem nationalen Interesse der USA förderlich wäre. Konservative wie Pinkerton betonen die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Outsourcing. Aber selbst führende Vertreter des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes be-

---

[63] K. Bradsher, »Like Japan in the 1980's, China Poses Big Economic Challenge«, *The New York Times*, 2. März 2004.

[64] T. Fishman, »Betting on China«, *USA Today*, 16. Februar 2005.

[65] Siehe neben anderen W. Greider, »Trade Truth that the Public Won't Hear«, *International Herald Tribune*, 19. Juli, 2005; und J. Petras, »Statism or Free Markets: China Bashing and the Loss of US Competitiveness«, *CounterPunch*, 22. Oktober 2005.

zweifeln, dass die militärische Vormachtstellung der USA ohne ein Outsourcing aufrechterhalten werden kann, das China in jedem Fall nur wenig oder überhaupt nicht einbezieht.[66]

Demokraten und die organisierte Arbeiterschaft verweisen auf die Arbeitsplätze, die durch Handel und Outsourcing an China verloren gehen, und fordern Schutzmaßnahmen und staatliche Schritte, um China zur Aufwertung seiner Währung zu zwingen. Andere betonen dagegen die noch größere Gefahr eines schnell an Wert verlierenden Dollars, der »Amerikas globales politisches Durchsetzungsvermögen aufs Spiel setzen« und die USA »in die Schuldenfalle [stürzen könnte], die Lateinamerika […] lange erdulden musste«.[67] Und manche weisen auf die Vorteile hin, die die Flut billigen chinesischen Kredits und billiger chinesischer Waren nicht nur den Superreichen bringen, sondern auch den unteren Schichten der US-amerikanischen Gesellschaft.

> »Die Vereinigten Staaten schwimmen in Schulden […] Vieles davon geht auf das Konto von Arbeitern, die ihr Darlehen auf einer Kreditkarte nach der anderen aufstocken oder zweifelhafte Hypotheken abschließen, um Bruchstücke des berauschenden Lebensstils einer Oberschicht zu erhaschen, die immer reicher wird […] Die Verbreitung von Schulden ist heute eines der maßgeblichen sozialen Phänomene in den USA; sie gestattet es den weniger gut Betuchten, mehr auszugeben, als sie haben, und mildert so das Gefühl, von den außergewöhnlich Reichen in den Schatten gestellt zu werden. So lange die Zinssätze nicht steil an-

[66] Eine neuere Pentagon-Studie nennt 73 vorwiegend westeuropäische ausländische Lieferanten, die die USA mit Teilen für zwölf ihrer wichtigsten Waffensysteme versorgten. »Unser Job ist es, das Beste für den Warfighter zu bekommen«, sagte der Chefwaffeneinkäufer des Pentagons. »Innovationen sind nicht immer von Landesgrenzen abhängig. Wir wollen das beste Können zum kostengünstigsten Preis und von den besten Lieferanten, die wir finden können.« Ein leitender Vizepräsident bei Lockheed Martin, dem größten Auftragnehmer des US-Militärs, erklärte seinerseits, selbst wenn sie es wollten, könnten die USA nicht all ihre Lieferungen für das Militär im Inland herstellen lassen. Industrielle Partner aus den USA würden bevorzugt ausgesucht, aber in manchen Fällen hätte man keine Wahl, als sich nach Übersee zu orientieren. Siehe L. Wayne, »U.S. Weapons, Foreign Flavor«, *The New York Times*, 27. September 2005.

[67] Fishman, »Betting on China«.

steigen, wird dieser soziale Prozess weiterhin funktionieren. Daher Hu [Jintao]s Gewicht auf der Main Street.«[68]

Kurz gesagt, wie Krugman es ausdrückte, die USA sind »nach chinesischen Dollarankäufen süchtig geworden« – und, wie man hinzufügen kann, nach billigen chinesischen Produkten – »und werden schmerzhafte Entzugserscheinungen erleiden, wenn sie aufhören«. Die Sucht zu durchbrechen, könnte die US-amerikanische Industrie letztlich wettbewerbsfähiger machen, aber die schmerzhaften Entzugserscheinungen werden zuerst kommen.[69] Je mehr die Dinge im Irak schief gingen, um so weiter wurde die Bush-Regierung in die Sucht getrieben, um zu verhindern, dass die Dinge auch an der wirtschaftlichen und sozialen Heimatfront schief gehen würden. Daher die Zögerlichkeit der Regierung, China wegen der Aufwertung des Yuan zu sehr zu bedrängen, ihr Lob des Fünfjahresplans der Chinesischen Kommunistischen Partei und allgemeiner ihre im Vergleich zum Kongress größere Zurückhaltung bei Beschwerden über die Überschwemmung des US-Markts mit chinesischen Gütern und den Verlust US-amerikanischer Jobs an China.

Verschärfte antichinesische Rhetorik und Initiativen an der geopolitischen Front – Boots »gute China-Dresche« – sollten nicht bloß diese größere Zurückhaltung beim Schimpfen auf China in Wirtschaftsfragen – Boots »schlechte China-Dresche« – kaschieren. Sie waren auch kein bloßes Auf-die-Brust-Trommeln, um in Ostasien und anderswo Satellitenstaaten zu beruhigen (und potenzielle Konkurrenten zu warnen), dass die Schwierigkeiten im Irak die Entschlossenheit der USA zur Bewahrung ihrer regionalen und militärischen Vormachtstellung nicht verringert haben. Sie waren auch Ausdruck eines nationalen Interesses, wie es vom Kern der Wählerschaft der Republikanischen Partei unter der neokonservativen Hegemonie verstanden wird.

Wie Thomas Frank vertreten hat, war eines der signifikantesten politischen Phänomene der letzten zwanzig Jahre in den USA der Aufstieg der von ihm so genannten »Konservativen der Gegenreaktion«. Diese sind vorwiegend weiße US-Amerikaner der Arbeiter- und Mittelschicht, die auf

[68] R. Cohen, »China and the Politics of a U.S. Awash in Debt«, *The International Herald Tribune*, 21. Mai 2005.

[69] P. Krugman, »The Chinese Connection«, *The New York Times*, 20. Mai 2005.

ihren Verlust an Status und an relativem Einkommen mit einer stärkeren Identifikation mit Gott, den Streitkräften und der Republikanischen Partei statt mit ihren Klasseninteressen, Arbeiterorganisationen und der Demokratischen Partei reagiert haben. Die Neokonservativen nutzten diese Disposition geschickt aus, um die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen und, sobald sie an der Macht waren, eine politische Linie zu verfolgen, die die Reichen begünstigte, und indirekt die Frustrationen reproduzierte, aufgrund derer ihre Basis im Volk sich mit Gott, den Streitkräften und der Republikanischen Partei identifizierte.[70]

Aus dieser Perspektive, wenn auch nicht aus der Perspektive traditionellerer Konservativer innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei, war es unwichtig, dass die Regierung und die Konsumenten der USA immer süchtiger nach billigen chinesischen Krediten und Produkten wurden. Am wichtigsten war, dass der US-amerikanische Präsident als »bodenständig, patriotisch, ein echter Mann und, für einige, ein göttlicher Vertreter im Weißen Haus« gesehen wurde.[71] Dies bedeutete, dass die Zurückhaltung bei der »schlechten« China-Dresche mit verschärfter »guter« China-Dresche einhergehen musste, was die chinesische kommunistische Führung vor einer Infragestellung der Überlegenheit US-amerikanischer Streitkräfte abschreckte, und mahnte, statt dessen die US-amerikanischen Freiheiten und Werte anzunehmen. Und je größer die Schwierigkeiten der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak wurden, desto lauter musste diese Mahnung werden. Kurz gesagt, ein zweiter Grund für das anhaltende Fehlen einer klaren politischen Linie in der China-Politik der USA war die doppelte Loyalität der Bush-Regierung gegenüber Großunternehmen und der Großfinanz auf der einen und »Konservativen der Gegenreaktion«

[70] Thomas Frank (2005): *What's the Matter with Kansas?: How Conservatives Won the Heart of America*. New York.

[71] Cohen, »China and the Politics of a U.S. Awash in Debt«. Wie Cohen feststellt, ist es »nicht sehr neu, dass sich Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Gott, Patriotismus und die Streitkräfte flüchten«. Ja, der militaristische Hurrapatriotismus in den USA des frühen 21. Jahrhunderts hat durchaus Ähnlichkeiten mit dem Hurrapatriotismus in Großbritannien ein Jahrhundert zuvor. Der Hauptunterschied ist der viel größere Akzent auf Gott statt auf dem Imperium bei der US-amerikanischen Sorte von Hurrapatriotismus – ein Akzent, der tief in der religiösen Tradition des US-amerikanischen Expansionismus verwurzelt ist. Zu letzterer siehe Barrow 2004.

auf der anderen Seite. Von dieser Warte aus betrachtet ist die Inkohärenz der Chinapolitik der USA Ausdruck dafür, dass die Bush-Regierung dem Wunsch des US-Kapitals, von der chinesischen wirtschaftlichen Expansion zu profitieren, entgegenkommen und gleichzeitig an die nationalistisch-militaristische Gesinnung ihrer Wählerschaft appellieren muss.

Ein dritter und für unsere momentanen Zwecke letzter Grund für das Fehlen einer klaren Linie in der Chinapolitik der USA ist die Schwierigkeit, derzeitige und künftige Trends der chinesischen politischen Ökonomie zu erkennen. In dieser Hinsicht stehen US-amerikanische Beobachter und Politiker vor einer »großen Mauer aus Unbekannten«. Allmählich wächst das Bewusstsein, dass »allein das Ausmaß und die Geschwindigkeit von Chinas Wachstum […] es zu einem unvorhersehbaren Faktor X in der weltweiten [politischen] Ökonomie machen. Gute und schlechte Überraschungen werden sich vervielfachen – nie da gewesene Gewinne, Verluste, Bedrohungen und Chancen.« Aber bislang herrscht wenig Einsicht darin, was diese Überraschungen sein könnten.

> »Sicher wissen wir nur, dass wir es nicht wirklich wissen. Wenn ein so großes Land wie China so viele dramatische Veränderungen durchmacht – und aus einer ›Zwangs- und Planwirtschaft‹ zu einem Marktsystem wird –, ist die Wahrscheinlichkeit dafür, dass jemand ein vollständiges Bild von den Geschehnissen hat, gering oder nichtexistent. Bei einem kleineren Land wäre unsere Unwissenheit nicht so wichtig. Aber bei China ist sie etwas Furcht einflößend.«[72]

Am erschreckendsten ist natürlich, dass diese Unwissenheit die Politik eines Landes – der USA – angeregt hat, das die Fähigkeit zur Entfesselung eines Armageddons besitzt – und dieses wird von den fanatischsten Gruppen unter den Konservativen der Gegenreaktion schadenfroh erwartet. Das Problem ist nicht nur, dass der Rückgriff auf Kenntnisse aus Gegenwart und Vergangenheit zu Voraussagen über die Zukunft immer ein schwieriges und riskantes Bestreben ist. Das Hauptproblem liegt eher in der Art von Wissen, das für diesen Zweck mobilisiert wird. »Chinesische Geschichte«, stellt Lyric Hughes Hale fest, »wird in den USA kaum studiert«. Viele, die über China sprechen, »streuen ein paar Tatsachen über

[72] R. J. Samuelson, »Great Wall of Unknowns«, *The Washington Post*, 26. Mai 2004.

abgedroschene Ansichten« und ignorieren dabei zweckmäßigerweise Tatsachen, die zu diesen Ansichten nicht passen.[73] Noch schlimmer, ein solches Vorgehen ist auch in den Unterstellungen offenkundig, die sowohl der politischen Linie der USA gegenüber China zugrunde liegen als auch den in diesem Kapitel diskutierten vorgeschlagenen alternativen realistischen Strategien. Mit Ausnahme Kissingers ignorieren sie alle vollkommen die chinesische Geschichte und verlassen sich auf eine sehr reduzierte Lesart der westlichen Geschichte. Natürlich ist eine selektive Interpretation der Vergangenheit notwendig, um die große Mauer von Unbekannten zu durchbrechen, die die voraussichtlichen Folgen von Chinas Aufstieg umgibt. Aber es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, welche selektive Lesart die nützlichste ist, um vorauszusehen, was zu erwarten ist oder auch nicht. Dieser Frage wollen wir uns nun zuwenden.

[73] Zum Beispiel schweigen sich diejenigen, die sich über den Verlust von 2 Millionen Jobs im US-amerikanischen verarbeitenden Gewerbe hauptsächlich an China beschweren, über die »viel mehr Millionen von Chinesen[, die] ihren Job, hauptsächlich durch Umstrukturierungen staatlicher Unternehmen, in demselben Zeitraum verloren haben«, aus. Und diejenigen, die sich über Verletzungen des geistigen Eigentumsrechts in China beschweren, vergessen zweckmäßigerweise, dass solche Gesetze in Japan missachtet wurden, bis japanische Firmen diesen Schutz selbst brauchten. L. H.Hale, »It's a Juggernaut … Not!: The China of Our Imagination Bears No Resemblance to Reality«, *Los Angeles Times*, 22. Mai 2005.

# Kapitel 11
# Staaten, Märkte und Kapitalismus in Ost und West

In einer Auseinandersetzung mit Mearsheimer schätzte Zbigniew Brzezinski Chinas »friedlichen Aufstieg« kürzlich sehr ähnlich ein wie Kissinger. »China integriert sich eindeutig ins internationale System. Seine Führung ist sich offenbar im Klaren, dass der Versuch, die USA zu verdrängen, vergeblich wäre und dass die behutsame Ausweitung des chinesischen Einflusses der sicherste Weg zur globalen Überlegenheit ist.« Entgegen dieser Beurteilung wiederholte Mearsheimer die Ansicht, dass »China nicht friedlich aufsteigen kann«. Wenn sein dramatisches Wirtschaftswachstum die nächsten Jahrzehnte anhielte, »werden die Vereinigten Staaten und China wahrscheinlich in eine intensive Konkurrenz in Sicherheitsfragen treten, mit beträchtlichem Kriegspotenzial. Die meisten Nachbarländer Chinas, darunter Indien, Japan, Singapur, Südkorea, Russland und Vietnam, werden sich wahrscheinlich den USA anschließen, um Chinas Macht einzudämmen.«[1]

Diese gegensätzlichen Meinungen spiegeln unterschiedliche Methoden wider. Mearsheimer stellt die Theorie über die politische Realität, denn »wir können nicht wissen, wie die politische Realität im Jahr 2025 aussehen wird«. Eine Theorie des Aufstiegs von Großmächten dagegen kann uns sagen, was wir zu erwarten haben, »wenn China über ein viel größeres Bruttoinlandsprodukt und ein viel Respekt einflößenderes Militär verfügt als heute«. Seine Theorie gibt »eine klare Antwort« darauf, was zu erwarten ist: China wird »versuchen, die USA aus Asien hinauszudrängen, ganz ähnlich wie die USA die europäischen Großmächte aus der westlichen Hemisphäre hinausdrängten«, und die USA werden »versuchen, China zu kontrollieren und letztlich soweit zu schwächen, dass es nicht mehr in der Lage ist, Asien zu dominieren […], und sich China gegenüber damit ganz

[1] Zbigniew Brzezinski/John J. Mearsheimer (2005): »Clash of the Titans«, *Foreign Policy* Januar/Februar, S. 2 (http://www.foreignpolicy.com).

ähnlich [verhalten], wie sie sich im Kalten Krieg der Sowjetunion gegenüber verhielten«.[2]

Brzezinski dagegen stellt die politische Realität über die Theorie, denn »die Theorie ist – zumindest in internationalen Beziehungen – notwendigerweise rückblickend. Wenn etwas geschieht, das nicht zur Theorie passt, wird sie revidiert.« Er vermutet, dass dies bei den Beziehungen zwischen den USA und China der Fall sein wird. Zum einen haben Nuklearwaffen die Machtpolitik verändert. Die Vermeidung eines direkten Konflikts in der festgefahrenen Situation zwischen den USA und der Sowjetunion »war größtenteils den Waffen geschuldet, die die völlige Auslöschung von Gesellschaften zu einem Teil der Eskalationsdynamik von Kriegen machen. Es ist bezeichnend, dass die Chinesen nicht versuchen, die notwendigen militärischen Fähigkeiten zu erlangen, um es mit den USA aufnehmen zu können.«

Außerdem ist das Verhalten von Großmächten nicht vorherbestimmt. »Wenn die Deutschen und die Japaner anders gehandelt hätten, als sie es taten, wären ihre Staatsordnungen vielleicht nicht zerstört worden.« In dieser Hinsicht scheint »die chinesische Führung viel flexibler und weltklüger als viele frühere Kandidaten für den Großmachtstatus«.[3]

Für beide Methoden spricht vieles. Was »auf kurze Sicht«, in zehn oder zwanzig Jahren geschieht, ist die Folge einer ganzen Masse von kontingenten und willkürlichen Ereignissen, die aus einer weiteren Perspektive, wie Mearsheimer es ausdrückt, von dauerhafteren zugrundeliegenden Trends »aus der Gleichung ausgeschwemmt werden«. Ohne eine Theorie zur Ermittlung und Erklärung dieser dauerhafteren Trends stehen wir ratlos vor der Frage, was geschehen wird, wenn der »Staub« der kontingenten und willkürlichen Ereignisse sich legt. Dauerhafte zugrundeliegende Trends sind jedoch weder unveränderlich noch unvermeidlich; ebenso wenig wie kontingente und willkürliche Ereignisse bloßer »Staub« sind. Idealerweise muss eine Theorie der Weltpolitik und -gesellschaft sowohl Veränderungen als auch Kontinuität im Verhalten und den Interaktionen der Schlüsselfiguren erklären können, sie muss Lernen als Faktor einkalkulie-

[2] Ebd., S. 2f.
[3] Ebd., S. 3.

ren – wenn nicht von der Theorie selbst, dann zumindest von den historischen Erfahrungen, die die Theorie beschreiben und erklären soll – und sie muss die Bedingungen dafür angeben, dass kontingente und willkürliche Ereignisse, statt »ausgeschwemmt« zu werden, die bestehenden Trends destabilisieren und die Herausbildung neuer Trends fördern können. Das ist keine leichte Aufgabe.

Aber um nutzbringend anwendbar zu sein, muss eine Theorie der Beziehung zwischen etablierten und aufkommenden Großmächten mindestens zwei Anforderungen erfüllen: Sie muss auf den für das vorliegende Problem relevantesten historischen Erfahrungen basieren, und sie muss die Möglichkeit des Bruchs mit zugrundeliegenden Trends zulassen. Das Problem an Brzezinskis Ansichten ist, dass ihnen eine theoretische Grundlage fehlt, das Problem an Mearsheimers Ansichten dagegen ist, dass sie jede Abweichung vom vorhergesagten Ergebnis (d.h. einer militärischen Auseinandersetzung) ausschließen und auf vollkommen unangemessenen historischen Grundlagen basieren.

Mearsheimer spielt die Rolle herunter, die Märkte und das Kapital selbst historisch als Machtinstrumente auf eigene Rechnung gespielt haben. Er sieht zwar das anhaltende Wirtschaftswachstum Chinas als Bedingung dafür, dass es letztlich zu einer Großmacht wird, die die USA militärisch herausfordern kann. Aber in seiner Betrachtungsweise kann nur die Umwandlung der wirtschaftlichen Macht in militärische Macht, wie sie heute in den Händen der USA konzentriert ist, China zu einer wahren Großmacht machen.

> »Wenn die Chinesen pfiffig sind, werden sie sich […] darauf konzentrieren, ihre Wirtschaft soweit aufzubauen, dass sie größer ist als die US-amerikanische. Dann sind sie imstande, diese wirtschaftliche Stärke in militärische Macht umzuwandeln und eine Situation zu schaffen, in der sie den Staaten in der Region Bedingungen diktieren und den USA allen möglichen Ärger bereiten können. […] Der große Vorteil, den die USA im Moment haben, ist, dass kein Staat in der westlichen Hemisphäre ihr Überleben oder ihre Sicherheitsinteressen gefährden kann. So steht es den Vereinigten Staaten frei, durch die Welt zu ziehen und in den Hinterhöfen anderer Leute Ärger zu machen. Andere Staaten, darunter natürlich China, haben ein persönliches Interesse daran, im Hin-

terhof der Vereinigten Staaten Ärger zu machen, damit sie darauf konzentriert bleiben.«[4]

Die Möglichkeit, dass es »pfiffiger« von den Chinesen sein könnte, weiterhin ihren rapide expandierenden heimischen Markt und ihren nationalen Wohlstand als Instrumente regionaler und globaler Macht einzusetzen (wie sie es bereits tun, während der angeblich allmächtige US-Militärapparat sich im Irak festgefahren hat), wird mit fadenscheinigen historischen Begründungen ausgeschlossen. Mearsheimer tut Brzezinskis These, Chinas Wunsch nach anhaltendem Wirtschaftswachstum mache einen Konflikt mit den USA unwahrscheinlich, mit dem Argument ab, »diese Logik hätte auch für Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg und für Japan vor dem Zweiten Weltkrieg gelten müssen«.

Und doch, trotz seines »beeindruckenden Wirtschaftswachstums« begann Deutschland beide Weltkriege und Japan Konflikte in Asien.[5] In Wirklichkeit waren weder Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg noch Deutschland und Japan vor dem Zweiten Weltkrieg *wirtschaftlich* besonders erfolgreich. Sie waren *industriell* sehr erfolgreich, aber was ihren nationalen Wohlstand angeht, verringerten sie den Abstand im Pro-Kopf-Einkommen zu Großbritannien kaum und fielen hinter die USA zurück.[6] Ja, dass sie sich auf den Krieg verlegten, kann als Versuch interpretiert werden, durch militärische Mittel die Macht zu erlangen, die sie durch wirtschaftliche Mittel nicht erlangen konnten.

Die USA dagegen brauchten Großbritannien nicht militärisch herauszufordern, um ihre wachsende wirtschaftliche Macht zu festigen. Wie wir in Kapitel 8 gesehen haben, mussten sie einfach nur, erstens, Großbritannien und seine Herausforderer sich gegenseitig militärisch und finanziell erschöpfen lassen, zweitens, sich durch die Lieferung von Gütern und die Bereitstellung von Krediten an die wohlhabendere Konfliktpartei bereichern und, drittens, in einem späten Stadium in den Krieg eintreten, um in der Position zu sein, die Bedingungen des Friedens so zu diktieren, dass sie die Ausübung der eigenen wirtschaftlichen Macht im größtmöglichen geographischen Umfang ermöglichten. Heute gibt es keine aufstre-

[4] Ebd., S. 4.
[5] Ebd., S. 3.
[6] Landes 1973, S. 305f.; Arrighi 1994, S. 334.

benden Militärmächte mit der Neigung oder der Fähigkeit, die dominante Macht herauszufordern. Nichtsdestotrotz ist die dominante Macht in einen Krieg mit offenem Ausgang verwickelt, der demonstrieren sollte, was sie offensichtlich nicht demonstrieren kann, nämlich, dass sie der Welt aufgrund der Zerstörungskraft ihrer Streitmacht ihre Interessen und Werte nach Belieben aufzwingen kann. Könnte unter diesen Umständen die optimale Machtstrategie Chinas gegenüber den USA nicht eine Variante der früheren US-amerikanischen Strategie gegenüber Großbritannien sein? Wäre es nicht am meisten in Chinas Interesse, erstens, die USA sich militärisch und finanziell in einem endlosen Krieg gegen den Terror erschöpfen zu lassen, sich zweitens durch die Lieferung von Gütern und die Bereitstellung von Krediten an die zunehmend widersprüchliche US-amerikanische Supermacht zu bereichern und drittens seinen expandierenden nationalen Markt und Wohlstand dazu zu verwenden, Verbündete zu gewinnen (einschließlich einiger US-amerikanischer Großunternehmen) für die Schaffung einer neuen, auf China zentrierten, aber nicht notwendig militärisch von China dominierten Weltordnung?

Dass Mearsheimer diese Möglichkeit nicht einmal in Betracht zieht, ist Teil einer allgemeinen Tendenz US-amerikanischer Analysen der voraussichtlichen Folgen von Chinas Aufstieg, sich ausschließlich auf Beispiele für Konkurrenz statt kooperative Beziehungen zwischen etablierten und aufsteigenden Großmächten zu konzentrieren. So wird die heutige Beziehung zwischen den USA und China normalerweise mit Deutschlands Verhältnis zu Großbritannien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert verglichen oder mit Japans Verhältnis zu den USA in der Zeit zwischen den Kriegen oder mit den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Überraschenderweise ignorieren die meisten US-amerikanischen Beobachter das, was mir der relevanteste Vergleich zu sein scheint – nämlich den der heutigen Beziehungen zwischen den USA und China mit Beziehungen zwischen der etablierten Hegemonialmacht des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Großbritannien) und der wirtschaftlich erfolgreichsten aufstrebenden Macht der Epoche (den USA).

Dies war eine Beziehung, die sich, gerade als die Vereinigten Staaten begannen, die britische Hegemonie regional und global in Frage zu stellen,

von tiefer gegenseitiger Feindseligkeit zu enger Kooperation entwickelte.[7] Wenn dies früher geschehen ist, warum kann es nicht wieder geschehen? Eine Theorie, die auf diese Frage keine Antwort hat und voraussagt, die USA und China steuerten unvermeidlich auf eine militärische Auseinandersetzung in zwanzig oder dreißig Jahren zu, könnte durchaus schlechter sein als überhaupt keine Theorie.

Diese Beurteilung ist vor allem aufgrund der Tatsache gerechtfertigt, dass Mearsheimers Theorie (ebenso wie Kaplans und Pinkertons in Kapitel 10 diskutierte Positionen) die historische Erfahrung des einheimischen ostasiatischen zwischenstaatlichen Systems vollkommen ignoriert. Der Hauptzweck dieses Kapitels ist zu zeigen, dass nicht nur China (wie Kissinger bemerkte), sondern das ganze ostasiatische System zwischenstaatlicher Beziehungen von einer langfristigen Dynamik charakterisiert ist, die in scharfem Kontrast zu der westlichen Dynamik steht, auf der Mearsheimers Theorie basiert. Diese von der westlichen verschiedene Dynamik führte das 18. und 19. Jahrhundert hindurch zu einer weithin anerkannten chinesischen Vormachtstellung im Errichten des Staates und der nationalen Ökonomie. Aber sie schuf auch die Bedingungen für die anschließende unterordnende Eingliederung des ostasiatischen Systems in die Strukturen des globalisierenden europäischen Systems. Diese unterordnende Eingliederung veränderte das zuvor existierende regionale System internationaler Beziehungen, zerstörte es aber nicht. Noch wichtiger, sie trug auch zur laufenden Veränderung des integrierenden westlichen Systems selbst bei. Das Ergebnis war ein hybrides politisch-wirtschaftliches Gebilde, das ein besonders günstiges Umfeld für die ostasiatische ökonomische Renaissance darstellte und für die daraus folgende Veränderung, die über den Bereich hinausgeht, der sich anhand von Theorien auf der Basis westlicher Erfahrung erklären lässt.

---

[7] Wie Brad DeLong speziell mit Bezug auf mögliche künftige Entwicklungen der heutigen Beziehungen zwischen den USA und China anmerkte, standen die USA und Großbritannien noch in den 1840er Jahren kurz vor einem Krieg um territoriale Streitigkeiten im nordwestlichen Pazifikraum und den lukrativen Pelzhandel dort. Aber in den folgenden Jahrzehnten beschloss Großbritannien, den USA eher entgegenzukommen, als sie zu unterdrücken, und entwickelte zunehmend enge wirtschaftliche und politische Verbindungen. Zit. n. G. Ip/N. King, »Is China's Rapid Economic Development Good for U.S.?« *The Wall Street Journal*, 27. Juni 2005.

## Der Fünfhundertjährige Frieden

Einer der großen Mythen der westlichen Sozialwissenschaften ist, dass Nationalstaaten und ihre Organisation in einem zwischenstaatlichen System europäische Erfindungen sind. In Wirklichkeit waren außer ein paar Staaten, die von europäischen Kolonialmächten geschaffen worden waren (insbesondere Indonesien, Malaysia und die Philippinen), die meisten wichtigen Staaten Ostasiens – von Japan, Korea und China bis hin zu Vietnam, Laos, Thailand und Kambodscha – lange vor ihren europäischen Pendants Nationalstaaten. Außerdem standen sie alle, direkt oder über das chinesische Zentrum, durch Handel und diplomatische Beziehungen miteinander in Verbindung, und ein allen gemeinsames Verständnis der Prinzipien, Normen und Regeln, die ihre Interaktionen als eine Welt unter anderen regelten, hielt sie zusammen. Wie auf die Rekonstruktion des um China zentrierten Tributhandelssystems spezialisierte japanische Wissenschaftler gezeigt haben, wies dieses System genügend Ähnlichkeit mit dem europäischen zwischenstaatlichen System auf, um einen Vergleich analytisch sinnvoll zu machen.[8]

Beide Systeme bestanden aus einer Vielzahl von politischen Hoheitsgebieten mit einem gemeinsamen kulturellen Hintergrund, die innerhalb ihrer Region viel Handel miteinander trieben. Obwohl der grenzübergreifende Handel in Ostasien stärker staatlich reglementiert war als in Europa, hatte der private Überseehandel seit Songs Zeiten (960-1276) floriert und das Wesen des Tributhandels verändert, dessen Hauptzweck, in Takeshi Hamashitas Worten, »immer mehr im Streben nach Profiten durch den inoffiziellen Handel bestand, der neben dem offiziellen System existierte«. Auch in der zwischenstaatlichen Konkurrenz, die beide Systeme kennzeichnete, lassen sich Analogien feststellen. Die verschiedenen Bereiche,

[8] In Satoshi Ikeda (1996b): »The History of the Capitalist World-System vs. The History of East-Southeast Asia«, Review (Fernand Braudel Center) 19 (1), findet sich ein Überblick über die Beiträge dieser Wissenschaftler. Die japanische Rekonstruktion baut auf die frühere Konzeptualisierung des auf China zentrierten Systems durch Fairbank und seine Schüler 1968) auf und setzt sich kritisch von dieser ab. Zur Beziehung zwischen diesen beiden Konzeptualisierungen siehe Peter C. Perdue (2003): »A Frontier View of Chineseness«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.), *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives.* London/New York.

die durch das auf China zentrierte Tributhandelssystem zusammengehalten wurden, waren einander »nah genug, um sich gegenseitig zu beeinflussen, aber […] zu weit auseinander, um ineinander aufzugehen«. Das Tributhandelssystem bot ihnen ein symbolisches Bezugssystem der politisch-wirtschaftlichen Interaktion, das dennoch lose genug war, um seinen peripheren Bestandteilen beträchtliche Autonomie gegenüber dem chinesischen Zentrum zu gewähren. So waren Japan und Vietnam Mitglieder der Peripherie des Systems, aber auch Konkurrenten Chinas um die Ausübung der kaiserlichen Funktion der Titelverleihung, wobei Japan eine Beziehung der Tributpflichtigkeit mit dem Königreich Ryukyu aufbaute und Vietnam mit Laos.[9] Sugihara behauptet explizit, dass die Verbreitung der besten Technologie und des organisatorischen Know-hows es »erlaubt, vom Bestehen eines ostasiatischen politischen Systems mit vielen Zentren zu sprechen […], das viele Merkmale mit dem zwischenstaatlichen System in Europa gemeinsam hat«.[10]

Diese Ähnlichkeiten machen einen Vergleich der beiden Systeme analytisch sinnvoll. Aber sobald wir ihre Dynamiken vergleichen, werden zwei grundlegende Unterschiede unmittelbar offensichtlich. Erstens war, wie in vorhergehenden Kapiteln dargelegt, die Dynamik des europäischen Systems von einer unablässigen militärischen Konkurrenz unter seinen nationalen Bestandteilen und von einer Tendenz zur geographischen Expansion sowohl des Systems als auch seines den Standort wechselnden Zentrums charakterisiert. Lange Zeitabschnitte des Friedens zwischen europäischen Mächten waren eher die Ausnahme als die Regel. So war der »hundertjährige Frieden« (1815-1914), der auf die Napoleonischen Kriege folgte, ein »in den Annalen der westlichen Zivilisation nie da gewesenes Phänomen«.[11]

---

[9] Takeshi Hamashita (1988): »The Tribute Trade System of Modern Asia«, *The Memoirs of the Toyo Bunko* XLVI, S. 75f.; ders. (1994): »The Tribute Trade System and Modern Asia«, in: A.J.H. Latham/H. Kawakatsu (Hrsg.), *Japanese Industrialization and the Asian Economy.* London/New York, S. 92; ders. (1997): »The Intra-Regional System in East Asia in Modern Times«, in: Peter J. Katzenstein/T. Shiraishi (Hrsg.), *Network Power. Japan and Asia*. Ithaca, S. 114-124.

[10] Sugihara, Kaoru (1996): »The European Miracle and the East Asian Miracle. Towards a New Global Economic History«, *Sangyo to keizai* XI, 12, S. 38.

[11] Während es zwischen 1815 und 1914 nur dreieinhalb Jahre lang Krieg zwischen europäischen Mächten gab (einschließlich des Krimkriegs), lagen europäische Mächte in den

Außerdem waren europäische Staaten selbst während dieses hundertjährigen Friedens an zahllosen Eroberungskriegen in der nichteuropäischen Welt und am eskalierenden Wettrüsten beteiligt, das in der Industrialisierung des Krieges gipfelte. Diese Beteiligungen führten anfänglich zu einer neuen Welle der geographischen Expansion, die Konflikte innerhalb des europäischen Systems abschwächte, doch ihr Endergebnis war eine neue Runde der Kriege zwischen europäischen Mächten (1914-1945) von beispielloser Zerstörungswut.[12]

In scharfem Gegensatz zu dieser Dynamik fällt am ostasiatischen System von Nationalstaaten das fast gänzliche Fehlen intrasystemischer militärischer Konkurrenz und extrasystemischer geographischer Expansion auf. So lebten die Nationalstaaten des ostasiatischen Systems, mit Ausnahme von Chinas Grenzkriegen, auf die jetzt eingegangen werden soll, vor ihrer unterordnenden Eingliederung in das europäische System nicht hundert, sondern dreihundert Jahre lang fast ohne Unterbrechung friedlich miteinander. Dieser dreihundertjährige Frieden lag zwischen zwei japanischen Invasionen Koreas, die beide einen Krieg mit China auslösten – die chinesisch-japanischen Kriege von 1592-98 und 1894-95. Zwischen 1598 und 1894 kam es nur zu zwei Kriegen ohne chinesische Beteiligung – die siamesisch-burmesischen Kriege von 1607-18 und 1660-62 – und drei kurzen Kriegen, an denen China beteiligt war – die Kriege mit Burma von 1659-60 und 1767-71 und der Krieg mit Vietnam von 1788-89. Ja, was China angeht, sollten wir von einem fünfhundertjährigen Frieden sprechen, denn in den zweihundert Jahren vor der japanischen Invasion Koreas von 1592 lag China nur während der Invasion Vietnams von 1406-28, zur Wiedereinsetzung der Tran-Dynastie, mit einem anderen ostasiatischen Staat im Krieg.[13]

---

beiden Jahrhunderten zuvor durchschnittlich jeweils sechzig bis siebzig Jahre im Krieg. Polanyi 1978, S. 21f.

[12] Siehe oben, Kapitel 5 und 8.

[13] Basierend auf Informationen in: Jacques Gernet (1982): *A History of Chinese Civilization*. New York: Cambridge University Press; G.S.P. Freeman-Grenville (2002): *Historical Atlas of Islam*. New York; »Ancient Battles and Wars of Siam and Thailand«, in: *Siamese and Thai History and Culture.* www.usmta.com/Thai-History-Frame.htm (1999); »China, 1400-1900 A.D.«, in: *Timeline of Art History*, The Metropolitan Museum of Art, New York, Oktober 2004, www.metmuseum.org/toah/ht/10/eac/ht10eac.htm, und »South-

Die Seltenheit von Kriegen unter ostasiatischen Staaten ging mit einem zweiten wesentlichen Unterschied zwischen dem ostasiatischen und dem europäischen System einher: dem unter ostasiatischen Staaten zu bemerkenden Fehlen jeglicher Neigung, im Wettbewerb miteinander Imperien *in Übersee* aufzubauen und sich an einem auch nur entfernt mit dem europäischen vergleichbaren Wettrüsten zu beteiligen. Allerdings konkurrierten ostasiatische Staaten durchaus miteinander. So weist Sugihara eine Konkurrenzbeziehung in zwei komplementären Tendenzen nach, die typisch sind für das Japan der Tokugawa (1600-1868): sein Versuch, ein Tributhandelssystem mit Zentrum in Japan statt in China aufzubauen, und seine umfangreiche Übernahme von technologischem und organisatorischem Know-how in Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitung aus Korea und China. Durch diese Tendenzen versuchte Japan, wie Heita Kawakatsu es ausdrückte, »sowohl in ideologischer als auch in materieller Hinsicht ein Mini-China zu werden«.[14] Diese Art von Konkurrenz trieb den ostasiatischen Entwicklungspfad jedoch eher in Richtung des Aufbaus staatlicher und nationaler Ökonomien als in Richtung territorialer Expansion – also in die dem europäischen Pfad entgegengesetzte Richtung.

Diese Behauptung scheint der langen Reihe von Kriegen zu widersprechen, die China während der letzten Jahre der Ming-Herrschaft und der ersten 150 Jahre der Qing-Herrschaft an seinen Grenzen führte. Wie Peter Perdue festgestellt hat, erscheint das China-zentrierte System aus einer »Grenzperspektive« betrachtet in einem anderen Licht. Insbesondere die militärische Aktivität an Chinas nördlicher und nordwestlicher Grenze sticht hervor, da hier nomadische Reiter einfielen und gelegentlich die chinesische Hauptstadt eroberten. Noch markanter wurde die militärische Aktivität, als die Eroberer aus dem Norden 1644 die Qing-Dynastie errichteten und darauf abzielten, dass sie selbst nicht, wie die Ming, zum Opfer anderer Invasoren aus dem Norden würden.

---

east Asia, 1400-1900 A.D.«, in: *Timeline of Art History*, The Metropolitan Museum of Art, New York, Oktober 2001, www.metmuseum.org/toah/ht/08/sse/ht08sse.htm.

[14] Sugihara 1996, S. 37f.; Heita Kawakatsu (1994): »Historical Background«, in: A.J.H. Latham/H. Kawakatsu (Hrsg.), *Japanese Industrialization and the Asian Economy*. London/New York, S. 6f.

»Im Norden und Nordwesten hatte China es mit viel stärkeren und unverwechselbareren Völkern zu tun als an anderen Grenzen. Hier wurde die Ordnung des Handelsrituals ganz offen durch die Androhung von Gewalt untermauert. Die Qing konnten erst im Ernst den Anspruch erheben, unangefochtener zentraler Pol eines auf Beijing konzentrierten Tributsystems zu sein, nachdem sie militärische Bündnisse mit den Ostmongolen geschlossen, die konkurrierenden Westmongolen vernichtet, Xinjiang erobert und die formale Oberhoheit über Tibet gesichert hatten.«[15]

Die sich daraus ergebende territoriale Expansion und die diese stützenden militärischen Aktivitäten festigten ein umgrenztes Gebiet, um dessen Aufrechterhaltung alle nachfolgenden chinesischen Regime ringen sollten. Sein Hauptzweck war die Umwandlung einer schwer zu verteidigenden Grenze in eine befriedete Peripherie und Pufferzone gegen Räuber und Eroberer aus Zentralasien. Sobald dieses Ziel erreicht war, in den 1760er Jahren, wurde die territoriale Expansion eingestellt, und militärische Aktivitäten wurden zu Polizeiaktivitäten, die das Gewaltmonopol des chinesischen Staates auf dem neu abgesteckten Gebiet konsolidieren sollten. Trotz ihres beträchtlichen Umfangs verblasst diese territoriale Expansion im Vergleich zu den aufeinander folgenden Wellen der europäischen – die frühere iberische Expansion nach Amerika und Südostasien, die zeitgleiche russische Expansion nach Nordasien und die holländische Expansion nach Südostasien, ganz zu schweigen von der späteren Expansion Großbritanniens nach Südasien und Afrika und seiner Abkömmlinge in Nordamerika und Australien. Anders als diese aufeinander folgenden Wellen war die Qing-Expansion räumlich und zeitlich streng auf ihr Ziel der Grenzsicherung beschränkt und kein Glied einer »unendlichen« Kette miteinander zusammenhängender Expansionen.

Dies war nicht nur ein quantitativer, sondern auch ein qualitativer Unterschied. Chinas territoriale Expansion unter den Qing war nicht in die Art des in Kapitel 9 diskutierten »sich selbst verstärkenden Zyklus« eingebettet, in dem die konkurrierenden Militärapparate europäischer Staaten auf Kosten anderer Völker und Gemeinwesen der Erde die Expansion auf-

[15] Perdue 2003, S. 60, 65.

rechterhielten und durch sie aufrechterhalten wurden. In Ostasien konnte kein sich selbst verstärkender Zyklus dieser Art beobachtet werden. Die territoriale Expansion des Chinas der Qing wurde weder von der Konkurrenz mit anderen Staaten um die Rohstoffgewinnung aus Peripherien in Übersee vorangetrieben, noch resultierte sie darin. Die zu dieser Art der Konkurrenz gehörende Logik der politischen Ökonomie hatte mit Chinas Praktiken wenig gemein. »Statt hier Rohstoffe zu gewinnen, war es wahrscheinlicher, dass der chinesische Staat in die Peripherien investierte. Politische Expansion zur Integration neuer Grenzgebiete verpflichtete die Regierung zu einer Investition von Ressourcen in die Peripherien, statt eines Abzugs von Ressourcen aus ihnen.«[16]

Diese unterschiedlichen Dynamiken des europäischen und des ostasiatischen Systems hingen eng zusammen mit und wurden in wesentlichen Hinsichten bestimmt durch zwei andere Unterschiede – einem Unterschied in der Verteilung von Macht unter den jeweiligen Einheiten des Systems und einem Unterschied in dem Grad, in dem die primäre Machtquelle innerhalb oder außerhalb des Systems zu verorten war. Schon vor dem »langen« 16. Jahrhundert in der europäischen Geschichte (1350-1650) und der Ming-Ära in der ostasiatischen Geschichte (1368-1643) war die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht in Ostasien weitaus stärker auf sein Zentrum (China) konzentriert als in Europa, wo ein echtes Zentrum viel schwerer auszumachen war. Aber der Unterschied wurde noch verstärkt durch Japans Niederlage nach seiner versuchten Infragestellung der chinesischen Zentralität von 1592-98 und die Institutionalisierung des europäischen Kräftegleichgewichts durch die Westfälischen Verträge von 1648.

Die Struktur des Kräftegleichgewichts des europäischen Systems beförderte die Neigung europäischer Staaten, gegeneinander Krieg zu führen. Wie Polanyi betont hat, waren die Mechanismen des Kräftegleichgewichts – das heißt, »dass drei oder mehr Macht ausübende Einheiten sich stets so verhalten, dass sich die Schwächeren gegen jeden Machtzuwachs der Stärksten zusammenschließen« – ein Schlüsselelement bei der Organisation des hundertjährigen Friedens im 19. Jahrhundert. Historisch jedoch erreichten Mechanismen des Kräftegleichgewichts das Ziel, die Unabhängigkeit

[16] Wong 1997, S. 148.

der teilnehmenden Einheiten zu bewahren, »nur durch ständige Kriege zwischen wechselnden Koalitionen«.[17] Der Hauptgrund dafür, dass im 19. Jahrhundert dieselben Mechanismen zu Frieden führten statt zu Krieg, ist, dass sich die politische und wirtschaftliche Macht nun so sehr in den Händen Großbritanniens konzentrierte, dass es das Kräftegleichgewicht von einem Mechanismus, den kein einzelner Staat kontrollierte und der durch Kriege funktionierte, in ein Instrument der informellen britischen Herrschaft umwandeln konnte, das den Frieden förderte.[18]

Der Zusammenhang zwischen einem größeren Machtungleichgewicht und einer geringeren Häufigkeit von Kriegen innerhalb des europäischen Systems im 19. Jahrhundert deutet darauf hin, dass das für das ostasiatische System typische Machtungleichgewicht ein Grund für die Seltenheit von Kriegen unter ostasiatischen Staaten war. Die Konzentration der Macht im 19. Jahrhundert auf Großbritannien führte jedoch zu einer Eskalation der zwischenstaatlichen Konkurrenz sowohl in der Produktion immer zerstörerischerer Mittel des Krieges als auch im Einsatz dieser Mittel, um Zugang zu extrasystemischen Ressourcen zu erhalten. Dies deutet darauf hin, dass ein größeres Machtungleichgewicht an sich das praktisch gänzliche Fehlen dieser beiden Arten von Konkurrenz im ostasiatischen System nicht erklären kann. In der europäischen »Mischung« musste ein weiterer Bestandteil enthalten sein und in der ostasiatischen fehlen, um diese divergierenden Muster der zwischenstaatlichen Konkurrenz hervorzubringen. Der plausibelste Kandidat hierfür ist die größere Extrovertiertheit des europäischen Entwicklungspfads im Vergleich mit und im Verhältnis zum ostasiatischen Pfad.

Obwohl der Handel innerhalb von politischen Hoheitsgebieten, zwischen ihnen und durch sie hindurch sich für den Ablauf in beiden Systemen als wesentlich erwies, war das wirtschaftliche und politische Gewicht von Fernhandel im Verhältnis zum Handel über kurze Strecken im europäischen viel größer als im ostasiatischen System. Vor allem der Ost-West-Handel war eine viel entscheidendere Quelle des Wohlstands und der Macht für europäische als für ostasiatische Staaten, insbesondere China. Di-

[17] Polanyi 1978, S. 23.

[18] Zur britischen Umwandlung des Kräftegleichgewichts in ein Instrument der informellen Herrschaft siehe Arrighi/Silver 1999, S. 59-64.

ese grundlegende Asymmetrie war es, mit der Venedig sein Vermögen gemacht hatte und die die iberischen Staaten – angeregt und unterstützt von Venedigs genuesischen Rivalen – veranlasste, einen direkten Anschluss an die Märkte des Ostens zu suchen.[19] Wie wir noch sehen werden, lag diese Asymmetrie auch den – im Verhältnis zu den Kosten – niedrigen Erträgen von Cheng Hos Expedition in den Indischen Ozean im 15. Jahrhundert zugrunde. Ohne diese Asymmetrie wäre es »durchaus möglich, dass [Cheng Hos Flotte] Afrika hätte umsegeln und Portugal ›entdecken‹ können – mehrere Jahrzehnte, bevor Heinrich der Seefahrer ernsthat mit seinen Expeditionen begann«.[20] Columbus' zufällige »Entdeckung« Amerikas, auf der Suche nach einer kürzeren Route zu den Reichtümern Asiens, veränderte die Bedingungen der Asymmetrie, indem sie europäischen Staaten sowohl neue Mittel zum Streben nach einer Zugangsmöglichkeit zu asiatischen Staaten verschaffte als auch eine neue Quelle des Wohlstands und der Macht im Atlantik. Aber selbst zweihundert Jahre nach der Entdeckung behauptete Charles Davenant noch, wer immer den Handel mit Asien kontrolliere, sei in der Lage, »der gesamten Handelswelt die Gesetze zu diktieren«.[21]

In Kapitel 8 haben wir behauptet, dass diese Extrovertiertheit des europäischen Machtkampfs ein wichtiger Faktor der speziellen Kombination

---

[19] Arrighi 1994, Kapitel 2. Die Ost-West-Asymmetrie hat eine lange Geschichte, die dem »langen« 16. Jahrhundert und der Ming-Ära vorausgeht. Siehe Archibald Lewis (1970): *The Islamic World and the West, A. D. 622-1492.* New York, S. vii; Carlo Cipolla (1976): *Before the Industrial Revolution. European Society and Economy, 1000-1700.* New York, S. 206; Janet Abu-Lughod (1989): *Before European Hegemony: The World System A.D. 1250-1350.* New York, S. 106f. In dieser Studie befassen wir uns jedoch nur mit der speziellen Ost-West-Asymmetrie, die die Entwicklung in Europa während des »langen« 16. Jahrhunderts und in Ostasien während der Ming-Ära prägte und ihrerseits durch sie verändert wurde.

[20] Kennedy 1989, S. 34. Alternativ ist, wie McNeill es ausdrückte, »leicht vorstellbar, dass wenn die Chinesen weiterhin Erkundungsreisen nach Übersee entsandt hätten, vielleicht ein chinesischer Admiral unter Ausnutzung der Japan-Strömung mehrere Jahrhunderte, bevor Columbus zwischen die karibischen Inseln geriet, in die San Francisco Bay gesegelt wäre«. (William McNeill [1998]: »World History and the Rise and Fall of the West«, *Journal of World History* 9 [2], S. 229). Mit Schiffen, die vermutlich 1.500 Tonnen verdrängten, im Vergleich mit dem 300-Tonnen-Flaggschiff von Vasco Da Gama hatte Chinas Leistungsvermögen auf See zu dieser Zeit nicht seinesgleichen. Siehe McNeill 1984, S. 49.

[21] Zit. n. Eric Wolf (1991): *Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400.* Frankfurt a.M./New York, S. 184.

aus Kapitalismus, Militarismus und Territorialismus war, die die Globalisierung des europäischen Systems antrieb. Die entgegengesetzte Dynamik des ostasiatischen Systems – in dem eine zunehmende Introvertiertheit des Machtkampfs eine Kombination von politischen und wirtschaftlichen Kräften ohne die Tendenz zur »unendlichen« territorialen Expansion erzeugte – kann jetzt als kontrafaktischer Beleg zur Untermauerung dieser Behauptung aufgefasst werden. Aber ebenso wie sich die Herausbildung des extrovertierten europäischen Pfads nur im Lichte der Verbreitung der Machtstrategien verstehen ließ, für die die italienischen Stadtstaaten Pionierarbeit leisteten, lässt sich die Herausbildung des introvertierten ostasiatischen Pfads nur im Lichte des Erfolgs der Ming- und Qing-Politik bei der Entwicklung der bei weitem größten Marktwirtschaft ihrer Zeit verstehen.

## Marktwirtschaft und Chinas »natürlicher« Pfad zum Reichtum

Nationale Märkte sind ebenso wenig eine westliche Erfindung wie Nationalstaaten und zwischenstaatliche Systeme. Wie wir in Teil I gesehen haben, wusste Smith ganz genau, was die westlichen Sozialwissenschaften später vergaßen – dass nämlich der bei weitem größte nationale Markt während des 18. Jahrhunderts nicht in Europa, sondern in China zu finden war. Dieser nationale Markt war lange im Entstehen begriffen, aber sein Aufbau im 18. Jahrhundert hatte seinen Ursprung in den staatsbildenden Aktivitäten der Ming- und frühen Qing-Ära.

Während der Südlichen Song-Dynastie (1127-1276) veranlassten die hohen Militärausgaben und Reparationen für die Kriege mit den mongolischen und tungusischen Völkern an Chinas Nordgrenze, zusammen mit dem Verlust der Kontrolle über die Seidenstraße und der Schwächung so profitabler Staatsmonopole wie der Salzgewinnung sowie der Eisen- und Weinproduktion den Hof der Song, den privaten Seehandel als Einnahmequelle zu fördern. Vor allem die Förderung der Navigationstechnologie durch die Bereitstellung von finanzieller und technischer Unterstützung an Schiffsbauer war maßgeblich. Sie führten zu Pionierleistungen beim Gebrauch des Kompass, und ihre Bauweise mit breitem, flachem Boden und

hochgezogenem Bug und Heck erlaubte es den chinesischen Dschunken wie keinem anderen Schiff der Welt, mit hoher Geschwindigkeit in turbulenter See zu navigieren. Militärischer Druck und Gebietsverluste im Norden verursachten zudem massive Abwanderung in südliche Regionen, die besonders für den ergiebigen Nassreisanbau geeignet sind. Da bei dieser Art des Anbaus zusätzliche Arbeitskräfte den Ertrag des Landes signifikant steigern konnten, wuchs die Bevölkerung dieser Regionen rapide und erreichte eine viel höhere Dichte als in Europa. Außerdem garantierte die Effizienz des Nassreisanbaus Nahrungsmittelüberschüsse über den Eigenbedarf hinaus und ermöglichte es den Bauern daher, die Menge und Vielfalt der angebauten und vermarkteten Produkte zu steigern und nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen.[22]

Durch die miteinander zusammenhängenden Auswirkungen von maritimem Handel und der Entwicklung des Nassreisanbaus erlebten die Küstenregionen einen langdauernden Wirtschaftsaufschwung, der auf den Fortschritten in der Navigationstechnologie, der Konsolidierung der »Seeseidenstraße« und dem Florieren von Guangzhou, Quanzhou und kleineren Hafenstädten der Südostküste als Zentren des Tributhandels basierte. Gleichzeitig steigerten chinesische Ansiedlungen überall auf den Inseln Südostasiens den privaten Seehandel, der den offiziellen Tributhandel als Hauptform des wirtschaftlichen Austauschs zwischen China und dem maritimen Asien übertraf.[23] Die anhaltende staatliche Unterstützung des privaten Seehandels und die Migration nach Südostasien unter den Yuan (1277-1368) führten zur Entstehung eines chinesischen Überseehandelsnetzwerks in der Südsee und im Indischen Ozean von so großer Ausdeh-

[22] Giovanni Arrighi/Po-keung Hui/Ho-Fung Hung/Mark Selden (2003): »Historical Capitalism, East and West«, in: Giovanni Arrighi/Takeshi Hamashita/Mark Selden (Hrsg.): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives,* London/New York, S. 269f.; Jung-pang Lo (1969): »Maritime Commerce and its Relation to the Sung Navy«, *Journal of the Economic and Social History of the Orient* XII, S. 77-91; Francesca Bray (1986): *The Rice Economies: Technology and Development in Asian Societies*. Berkeley, S. 119; Elvin 1973, Kapitel 9; Ravi A. Palat (1995): »Historical Transformations in Agrarian Systems Based on Wet-Rice Cultivation: Toward an Alternative Model of Social Change«, in: P. McMichael (Hrsg.), *Food and Agrarian Orders in the World-Economy*. Westport, CT., S. 59.

[23] Lo 1969, S. 57f.; Po-keung Hui (1995): »Overseas Chinese Business Networks: East Asian Economic Development in Historical Perspective«. Dissertation, Fachbereich Soziologie, Binghamton University, S. 29f.

nung wie die größten europäischen Netzwerke dieser Zeit. Unter den Song und den Yuan waren also die Tendenzen, die später für den europäischen Entwicklungspfad typisch wurden, bereits in Ostasien vorhanden.[24]

In Ostasien führten diese Tendenzen jedoch nicht zur zwischenstaatlichen Konkurrenz im Aufbau von Handels- und Territorialimperien in Übersee, wie sie es in Europa taten. Im Gegenteil, unter den Ming wurden sie durch eine politische Linie unter Kontrolle gebracht, die dem Binnenhandel den Vorrang gab und den Außenhandel zeitweise verbot. Die Verlagerung der Hauptstadt von Nanjing nach Beijing, um die nördliche Grenze effektiver vor mongolischen Invasionen zu schützen, dehnte die im Süden entstandenen Kreisläufe des Marktaustauschs weiter nach Norden aus. Um die Nahrungsmittellieferungen zur Hauptstadt und ihrer Umgebung zu gewährleisten, reparierten und erweiterten die Ming das Kanalsystem, das die reisanbauenden südlichen Regionen mit dem nördlichen politischen Zentrum verband, und förderten so das weitere Wachstum der Marktwirtschaft und der »Kanalstädte« in der unteren Yangtse-Region. Auch die Förderung des Baumwollanbaus im Norden durch die frühen Ming war bedeutungsvoll. Die daraus folgende Spezialisierung des Nordens auf die Produktion von Rohbaumwolle und der unteren Yangtse-Region auf die Herstellung von Baumwolltextilien förderte den Nord-Südhandel über den Großen Kanal und vergrößerte damit den nationalen Markt noch weiter.[25]

Die Ming förderten die Bildung und Expansion eines nationalen Markts und versuchten, die Kontrolle über die Einnahmen durch die Auferlegung administrativer Beschränkungen auf den Seehandel und auf die chinesische Migration nach Südostasien zentral zusammenzufassen. Admiral Zheng Hes sieben große Seereisen nach Südostasien und über den Indischen Ozean zwischen 1405 und 1433 sollten ebenfalls die staatliche Kontrolle über den

---

[24] Lien-sheng Yang (1952): *Money and Credit in China. A Short History.* Cambridge, MA; Elvin 1973, Kapitel 14; Yoshinobu Shiba (1983): »Sung Foreign Trade: Its Scope and Organization«, in: M. Rossabi (Hrsg.): *China among Equals: The Middle Kingdom and its Neighbors, 10th-14th Centuries*, Berkeley, S. 106f.; Luquan Guan (1994): *Songdai Guangzhou de haiwai maoyi* (The Guangzhou Sea Trade in the Song Dynasty). Guangzhou, S. 57-60.

[25] Giovanni Arrighi/Po-keung Hui/Ho-Fung Hung/Mark Selden 2003, S. 271; Ho-fung Hung (2001a): »Imperial China and Capitalist Europe in the Eighteenth-Century Global Economy«, in: *Review* (Fernand Braudel Center) 24 (4), S. 491-497.

Außenhandel verbessern. Die Expeditionen erwiesen sich jedoch als äußerst kostspielig; und als die Ming begannen, sich mehr mit den unmittelbaren militärischen Bedrohungen an der Nordgrenze zu beschäftigen, wurden sie eingestellt. Danach blieb das Ming-Regime mehr als ein Jahrhundert lang nach innen gerichtet: Es förderte weiterhin den Binnenhandel, beschränkte aber den privaten Seehandel, griff beim unautorisierten externen Handel mit dem maritimen Asien hart durch, beschnitt die Anzahl der Tribut-Gesandtschaften und untersagte sogar den Bau seetüchtiger Schiffe.[26]

Janet Abu-Lughod meint, der Rückzug von Ming-China aus dem Indischen Ozean »hat seriöse Forscher mindestens die letzten hundert Jahre lang verwirrt – ja, Verzweiflung unter ihnen hervorgerufen«. Genauer gesagt:

> »Nachdem China nahe daran war, einen bedeutenden Teil des Globus zu dominieren und nicht nur in der friedlichen Produktion, sondern auch in der See- und Militärmacht technisch im Vorteil zu sein […], warum wandte [China] sich ab, zog seine Flotte zurück und hinterließ somit ein gewaltiges Machtvakuum? Muslimische Handelsschiffe, die nicht die Unterstützung einer staatlichen Seemacht genossen, waren überhaupt nicht darauf vorbereitet, dieses zu füllen, ihre europäischen Gegenstücke jedoch sollten – nach einer Unterbrechung von etwa 70 Jahren – dazu mehr als bereit und in der Lage sein.«[27]

Die bereits festgestellte Asymmetrie zwischen dem Streben nach Wohlstand und Macht in ostasiatischen und europäischen Kontexten liefert eine einfache Antwort auf diese Frage. Europäische Staaten führten endlose Kriege um die exklusive Kontrolle über Seewege, die den Westen mit dem Osten verbanden, weil die Kontrolle über den Handel mit dem Osten eine entscheidende Ressource für ihr Streben nach Wohlstand und Macht darstellte. Für die Herrscher in China dagegen war die Kontrolle über diese

---

[26] Gungwu Wang (1998): »Ming Foreign Relations: Southeast Asia«, in: Twitchett und Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China Vol. 8 (2), The Ming Dynasty*, Cambridge, S. 316-323; McNeill 1982, S. 47; Binchuan Zhang (1991): »Mingqing haishang maoyi zhengce: biguanzishou?« (The Sea Trade Policy of Ming and Qing: Closed Door and Conservative?) *Selected Essays in Chinese Maritime History* IV. Taipei, S. 49-51; Hui 1995, S. 34-38, 53.

[27] Abu-Lughod 1989, S. 321f.

Handelsrouten viel weniger wichtig als friedliche Beziehungen mit Nachbarstaaten und die Integration ihrer bevölkerungsreichen Gebiete in eine auf Landwirtschaft basierende Nationalökonomie. Daher war es für die Ming in höchstem Maße angemessen, keine Ressourcen auf den Versuch einer Kontrolle über die Ost-West-Seewege zu verschwenden, sich statt dessen auf die Entwicklung des nationalen Markts zu konzentrieren und den Pfad zu eröffnen, den Smith später als Musterbeispiel seines »natürlichen« Pfads zu Reichtum anführte.

Ja, selbst Chinas »Tributhandel« – dessen Umfang Zheng Hes Expeditionen zu erweitern suchten und den die Ming anschließend einschränkten – brachte größere ökonomische Kosten als Nutzen mit sich. Die Tributbeziehungen zwischen dem chinesischen Kaiserhof und den Vasallenstaaten waren bereits bei der Einführung eines einheitlichen Besteuerungssystems unter den Qin- und Han-Dynastien, mehr als tausend Jahre zuvor, nicht mit der Erhebung von Steuern verknüpft. Im Gegenteil, insbesondere nach der Tang-Dynastie und mit der einzigen Ausnahme der Yuan-Dynastie boten Vasallenstaaten dem chinesischen Kaiserhof nur symbolische Geschenke an und erhielten im Gegenzug viel wertvollere Geschenke. Was nominell ein »Tribut« war, war so tatsächlich ein wechselseitiges Geschäft, das es dem Reich der Mitte ermöglichte, die Loyalität von Vasallenstaaten zu »kaufen« und gleichzeitig die Ströme von Menschen und Waren über weitgespannten Grenzen zu kontrollieren.[28]

Die Zukunftsfähigkeit und Wirksamkeit dieser Praxis – die, welthistorisch, die wichtigste Illustration der Gültigkeit des Hobbesschen Diktums darstellt, nach dem »Reichtum, verbunden mit Freigiebigkeit, Macht [ist], da er Freunde und Diener verschafft« – hing von mehreren Bedingungen ab. Die chinesische Ökonomie musste die notwendigen Ressourcen erzeugen, um die Loyalität der Vasallenstaaten zu kaufen, der chinesische Staat musste in einer Position sein, über diese Ressourcen zu verfügen, und die umliegenden Staaten mussten überzeugt sein, dass Versuche, dem chinesischen Staat Ressourcen durch die Mittel zu entreißen, die die Autorität der chinesischen Regierung in Frage stellten (wie Raubzüge, Eroberungen,

[28] Vgl. Weinong Gao (1993): *Zou xiang jinshi de Zhongguo yu ›chaogong‹ guo guanxi*. (The Relation between China and its Tributary States in Modern Times). Guangdong, S. 1-78.

Kriege oder einfach illegaler Handel), sich nicht lohnten. Trotz oder möglicherweise wegen ihres Erfolgs in der Konsolidierung und Expansion der nationalen Ökonomie bereitete es der nach innen gerichteten Politik der Ming am Ende des 16. Jahrhunderts zunehmend Probleme, diese Bedingungen zu reproduzieren. Verbreitete Korruption, wachsende Inflation und zunehmende finanzielle Rückstände im Inland gingen einher mit steigendem externem Druck durch die Ausbreitung der Jurchen im Norden und die Ausweitung illegalen Handels entlang der südöstlichen Küste, der die Ming-Steuereintreiber umging. Von bewaffneten chinesischen und japanischen Händlern durchgeführt, wurde der illegale Handel aktiv von japanischen Bandenchefs gefördert, die durch den profitablen Handel mit chinesischen Gütern ihre Kämpfe untereinander finanzieren wollten. Da die finanziell knappen Ming den teuren Tributhandel einschränkten und zu einer effektiven militärischen Kontrolle über die südöstlichen Küstengebiete nicht in der Lage waren, wurde der private Handel erneut zur Hauptform des Wirtschaftsaustauschs in der Region.[29]

Interne Schwächung und externer Druck verstärkten sich gegenseitig und führten zu drängendem sozialen Unfrieden. Konfrontiert mit der zunehmenden Unregierbarkeit des Reiches versuchten die Ming die Misere der Bauern durch Steuerreformen und die Nutzung des florierenden privaten Handels zu mildern und so die Krise zu überwinden. Frondienste und Besteuerung in Form von Feldfrüchten – zwei der Hauptursachen für die Not der Bauern und die Unruhen – wurden größtenteils durch eine einzige, in Silber zu entrichtende Steuer ersetzt. Die angeschlagene Papierwährung wurde zugunsten eines Silberstandards aufgegeben, und um den Silberzu-

[29] W. James Tong (1991): Disorder Under Heaven: Collective Violence in the Ming Dynasty. Stanford, S. 115-129; Frederic Wakeman (1985): The Great Enterprise: The Manchu Reconstruction of Imperial Order in Seventeenth-Century China. Berkeley, Kapitel 1; Ray Huang (1969): »Fiscal Administration During the Ming Dynasty«, in: Charles O. Hucker (Hrsg.), *Chinese Government in Ming Times*. New York, S. 105-123; Ho-fung Hung (2001b): »Maritime Capitalism in Seventeenth-Century China: The Rise and Fall of Koxinga in Comparative Perspective«. Unpublished manuscript. Department of Sociology, Johns Hopkins University, S. 12-18); John E. Wills Jr. (1979): »Maritime China From Wang Chih to Shih Lang: Themes in Peripheral History«, in: Jonathan D. Spence/John E. Wills Jr. (Hrsg.): *Conquest, Region, and Continuity in Seventeenth Century China.* New Haven/London, S. 210f.

strom aus Übersee auszuweiten, wurden die Handelsbeschränkungen mit Südostasien in den 1560er Jahren gelockert und lizenzierte Seekaufleute wurden besteuert.[30]

Diese Verschiebung in der Finanz-, Geld- und Handelspolitik wurde durch den massiven Silberzustrom aus dem Überseehandel ermöglicht und gefördert, anfangs mit Japan (dem Hauptsilberlieferanten der Region) und anschließend mit Europa und Amerika.[31] Obwohl Spanien durch die Verschiffung eines großen Teils seines amerikanischen Silbers über Manila nach China die finanzielle und soziale Krise dort milderte, schnellten die Geldschwierigkeiten der Ming infolge des teuren Kriegs mit Japan in den 1590er Jahren, des Ausbruchs eines richtiggehenden Krieges mit den Mandschus in den 1610er Jahren sowie der zunehmenden Korruption am Hof und in der Verwaltung in die Höhe. Japans Verhängung von Handelsbeschränkungen in den 1630er Jahren war zusammen mit einem starken Rückgang der europäischen Silberlieferungen in den 1630er und 1640er Jahren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Der Silberpreis stieg, die Steuerlast der Landbevölkerung erhöhte sich, und dies führte zum Wiederaufleben der reichsweiten Unruhen, die 1644 im Zusammenbruch der Ming-Dynastie gipfelten.[32]

Mit der Konsolidierung der Qing-Herrschaft wurde die frühe Ming-Politik des Vorrangs des Binnenhandels gegenüber dem Außenhandel mit größerem Nachdruck wiederaufgenommen. Zwischen 1661 und 1683 verboten die Qing den privaten Seeverkehr erneut und verfolgten eine Politik der verbrannten Erde, die Chinas südöstliche Küste von einem wichtigen Verbindungsglied zwischen dem chinesischen und dem Weltmarkt in ein

---

[30] Tong 1991; William S. Atwell (1986): »Some Observations on the ›Seventeenth-Century Crisis‹ in China and Japan«, *Journal of Asian Studies* XLV; Dennis O. Flynn/Arturo Giraldez (1995): »Born with ›Silver Spoon‹: The Origin of World Trade in 1571«, *Journal of World History* 6 (2), S. 201-211; Wills 1979, S. 211; Jurgis Elisonas (1991): »The Inseparable Trinity: Japan's Relations With China and Korea«, in: John Hall (Hrsg.): *The Cambridge History of Japan, Vol. 4, Early Modern Japan*. Cambridge, S. 261f.; Hung 2001a, S. 498-500.

[31] William S. Atwell (1998): »Ming China and the Emerging World Economy. C. 1470-1650«, in: Denis Twitchett/Frederick Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China Vol. 8 (2), The Ming Dynasty*. Cambridge, S. 403-416; Timothy Brooks (1998): *The Confusions of Pleasure. Commerce and Culture in Ming China.* Berkeley, S. 205.

[32] Atwell 1986; ders. 1998, S. 407-415.

trennendes Niemandsland verwandelte. Das Seeverbot wurde 1683 aufgehoben, aber strenge Vorschriften zur Beschränkung von Größe und Gewicht aller Handelsdschunken wurden über die Schiffsbauindustrie verhängt und Schusswaffen an Bord verboten. Dies läutete eine neue Ära ein, in der Handel legal war, das maritime China aber seine fragile Autonomie verlor. Außerdem wurde es chinesischen Untertanen 1717 erneut untersagt, privat ins Ausland zu reisen, und 1757 besiegelte die Ernennung von Guangzhou zum einzigen legalen Hafen für den Außenhandel das Schicksal der ganzen südöstlichen Küstenregion für fast ein Jahrhundert.[33]

Während der Außenhandel niedergehalten wurde, vergrößerte die Integration von Grenzregionen an allen Seiten nicht nur den Umfang des Binnenmarktes, sie verringerte auch die Gesamtkosten für den Schutz des Reiches – eine Verringerung, die die Qing-Herrscher in Form von dauerhaft niedrigen Steuern an ihre Untertanen weitergaben. Die dauerhaft niedrige Besteuerung wurde von energischen staatlichen Maßnahmen begleitet, die durch reichsweite Landvermessungen, finanzpolitische Reformen und effektivere Systeme zur Informationsbeschaffung auf die Beseitigung von bürokratischer Korruption und Steuerflucht abzielten. Ebenso wichtig war die Förderung von Umverteilung und Wiederurbarmachung von Land. Um ihre Macht gegenüber Han-Grundbesitzern zu festigen, förderten die frühen Qing die laufende Teilung großer Ländereien in kleine Parzellen und die Umwandlung von Tagelöhnern in Pächter. Gleichzeitig starteten sie eine große Bandbreite von Programmen zur Wiederurbarmachung, die darauf abzielten, der Finanzpolitik eine neue Basis zu geben, ohne die Steuern zu erhöhen.[34]

---

[33] W.G. Skinner (1985): »The Structure of Chinese History«, *Journal of Asian Studies*, 44 (2), S. 278f.; Wills 1979.

[34] Yeh-chien Wang (1973): *Land Taxation in Imperial China, 1750-1911.* Cambridge, MA.; Peter C. Perdue (1987): *Exhausting the Earth: State and Peasant in Hunan, 1500-1850.* Cambridge, MA., S. 78f.; Ho-fung Hung (2004): »Early Modernities and Contentious Politics in Mid-Qing China, c. 1740-1839«, *International Sociology* 19 (4), S. 482f.; Beatrice S. Bartlett (1991): *Monarchs and Ministers: The Grand Council in Mid-Ch'ing China, 1723-1820.* Berkeley; Philip C.C. Huang (1985): *The Peasant Economy and Social Change in North China.* Stanford, CA, S. 97-105); Junjian Jing (1982): »Hierarchy in the Qing Dynasty«, *Social Science in China: A Quarterly Journal* 3 (1), S. 169-181. Da die Qing-Politik zu einem explosiven Bevölkerungswachstum führte, verschob sich der Zweck der Wiederurbarmachung von Land von der Wiederherstellung einer finanziellen Basis der Zentralregierung zur

Die doppelte »Demokratisierung« des Landbesitzes – durch die Zerschlagung großer Ländereien und Wiederurbarmachung – führte zu massiven staatlichen Maßnahmen zum Erhalt und zur Erweiterung der hydraulischen Infrastruktur. Wie der äußerst einflussreiche Beamte Chen Hongmou es ausdrückte:

> »Wenn arme Menschen neues Land bebauen, ist es an der Regierung, bei der Entwicklung örtlicher Bewässerungssysteme rechtzeitig Beistand zu leisten. Sollte die Gesellschaft vor Ort die Kosten dafür nicht tragen können, müssen Geldmittel aus öffentlichen Kassen bereitgestellt werden. Wenn Entscheidungen über die Wasserversorgung allein auf der Grundlage dessen getroffen werden, was die Menschen selbst sich leisten können, wird man tatsächlich sehr wenig erreichen.«[35]

Die staatliche Beteiligung an der Verbesserung der Landwirtschaft, der Bewässerung und des Transport auf dem Wasser war wesentlich für die Maßnahmen der Qing, um gegen die räumliche und zeitliche Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung anzuarbeiten. Wie bereits bemerkt, wurde der räumlichen Ungleichheit durch eine Politik begegnet, die die Markttendenzen zur wirtschaftlichen Aufwertung interner Peripherien verstärkte. Diese umfasste die Förderung von Wanderbewegungen in dünner besiedelte Gebiete durch die Versorgung mit Informationen, Infrastruktur und Krediten; das Bestreben, neues Saatgut und handwerkliches Können zu verbreiten; umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur, um den Lebensunterhalt in Zonenrandgebieten sicherzustellen, und eine Grundsteuerpolitik, die ärmere Gegenden begünstigte.[36]

Was die zeitliche Ungleichheit anging, bestand das Herzstück der Qing-Maßnahmen in einer starken Erweiterung und beispiellosen Koordination der Praxis der »Kornspeicher für dauerhaft normale Preise«. Die Qing-Regierung war ebenso sehr wie ihre Vorgänger, wahrscheinlich sogar noch stärker, auf Marktmechanismen angewiesen, um Chinas riesige und wach-

---

Suche nach neuen Nahrungsquellen, um die rapide zunehmende Zahl von Menschen zu versorgen. William Rowe (2001): *Saving the World. Chen Hongmou and Elite Consciousness in Eigteenth-Century China*. Stanford, CA, S. 56f.

[35] Zit. n. Rowe 2001, S. 223.

[36] Pomeranz 2000, S. 250; Susan Mann (1992): »Household Handicrafts and State Policy in Qing Times«, in: J.K. Leonard/J. Watt (Hrsg.), *To Achieve Security and Wealth: The Qing State and the Economy*, S. 86; Wong 1997, S. 148.

sende Bevölkerung zu ernähren. Nichtsdestotrotz übertraf sie sie alle im Schutz der Bevölkerung vor den Launen des Getreidemarkts durch ein System von Kornspeichern, das es ihnen ermöglichte, Korn zu Zeiten der Fülle und der niedrigen Preise zu kaufen und einzulagern und es zu Zeiten der Knappheit und der ungewöhnlich hohen Preise unter dem Marktpreis wieder zu verkaufen. Außerdem koordinierten Beamte auf hoher Ebene den Getreidefluss unter örtlichen Kornspeichern, um sicherzustellen, dass jeder einzelne von ihnen prompt und effektiv übertriebenen zyklischen Preisschwankungen entgegentreten konnte.[37]

Resultat dieser Kombination der politischen Grundsätze waren der bemerkenswerte Frieden, Wohlstand und das Bevölkerungswachstum, die das China des 18. Jahrhunderts zum Musterbeispiel von Smiths »natürlichem« Pfad zum Reichtum sowie zur Quelle der Inspiration für europäische Befürworter von aufgeklärtem Absolutismus, Meritokratie und einer auf Landwirtschaft basierenden nationalen Ökonomie machte. Obwohl kein chinesischer Denker des 18. Jahrhunderts über den Beitrag eigennütziger Unternehmen zur Nationalökonomie theoretisiert hat, so stellt Rowe fest, schätzte der oben zitierte Chen Hongmou den Markt genau wie Smith, Hobbes, Locke oder Montesquieu als Herrschaftsinstrument.

> »Chen appelliert ohne zu zögern an das Profitmotiv, um die örtliche Bevölkerung dazu zu bringen, sich seinen diversen Entwicklungsprojekten wie dem Bau neuer Straßen, der Einführung neuer Waren für den regionalen Export, der Errichtung öffentlicher Kornspeicher und so weiter anzupassen. In einer Formulierung, die nicht allzu weit von Adam Smiths ›unsichtbarer Hand‹ entfernt ist, behauptet Chen, solche Projekte brächten in dem Ausmaß, in dem sie einem selbst Gewinn bringen, […] Gewinn für alle.«[38]

Weder Chen noch einer seiner chinesischen Zeitgenossen lehnten jedoch »das konfuzianische Ideal der sozialen Harmonie zugunsten einer Befürwortung des uneingeschränkten Kampfs auf dem Marktplatz […] und einer Politik des pauschalen Laissez-faire ab«.[39] Obwohl Smith, wie wir in Ka-

---

[37] Pierre-Etienne Will/R. Bin Wong (1991): *Nourish the People: The State Civilian Granary System in China, 1650-1850*. Ann Arbor; Rowe 2001, S. 155-185.

[38] Rowe 2001, S. 201f.

[39] Ebd., S. 204.

pitel 2 gesehen haben, kein Konfuzianer war, war ihm der Gedanke einer Gefährdung des sozialen Friedens und der nationalen Sicherheit durch eine Politik des pauschalen Laissez-faire ebenso fremd wie Chen. Es ist schwer zu sagen, was er anders gemacht hätte, wäre er an Chens Stelle gewesen. Zwar meinte er, mehr Engagement im Außenhandel, insbesondere wenn dieser mit chinesischen Schiffen durchgeführt worden wäre, hätte Chinas nationalen Wohlstand weiter gesteigert. Aber der entwicklungsbedingte Vorrang, den die Qing-Regierung der landwirtschaftlichen Verbesserung, der Umverteilung und der Wiederurbarmachung von Land einräumte, sowie die Konsolidierung und Ausweitung des Binnenmarkts ist genau das, was er im *Wohlstand der Nationen* befürwortete.

Das Problem am Entwicklungsbegriff von Chen und den Quing ist nicht die Ablehnung einer Politik des pauschalen Laissez-faire, sondern ihre Blindheit für den sich zusammenbrauenden Sturm, der bald auf die chinesischen Küsten treffen sollte. Wie Smith übersahen sie, dass der scheinbar »unnatürliche« europäische Pfad zum Reichtum die Welt durch einen Prozess der schöpferischen Zerstörung veränderte, der in der Weltgeschichte ohne Beispiel war. »Europäische Schiffe« – so McNeill – »hatten in Wirklichkeit in Eurasien das Innere nach außen gekehrt. Die Meeresküste hatte den Rand der Steppe als entscheidenden Ort der Begegnung mit Fremden abgelöst und die Autonomie asiatischer Staaten und Völker begann zu bröckeln.«[40] Wenn Smith – der im Epizentrum des Sturms saß – dies nicht kommen sah, ist entschuldbar, dass auch Chen und die Qing es nicht kommen sahen. Was sie alle, wie auch viele unserer Zeitgenossen, nicht verstanden, ist der grundlegende Unterschied zwischen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer marktorientierter Entwicklung.

## Kapitalisten in einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft

Im Schlussteil seiner klassischen Studie zur Bildung des »größten beständigen Staats der Welt« meint Elvin, Chinas Gefangensein in einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau sei gerade auf seine erfolgreiche Entwicklung

[40] McNeill 1998, S. 231.

eines riesigen nationalen Marktes zurückzuführen. Das schnelle Wachstum von Produktion und Bevölkerung machte alle Ressourcen *außer Arbeitskraft* knapp, und dies wiederum ließ profitable Innovationen zunehmend problematisch werden.

> »Angesichts von sinkenden Überschüssen in der Landwirtschaft und damit sinkenden Pro-Kopf-Einkommen und -Nachfrage, angesichts von billiger werdender Arbeitskraft und der zunehmenden Verteuerung von Ressourcen und Kapital, angesichts von Landwirtschafts- und Transporttechnologien, die so gut waren, dass keine einfachen Verbesserungen vorgenommen werden konnten, gehörten gewöhnlich nicht so sehr arbeitssparende Maschinen, sondern vielmehr die Einsparung von Ressourcen und fixem Kapital zu einer rationalen Strategie von Bauern wie von Kaufleuten. Riesige, aber fast statische Märkte schufen keine Engpässe im Produktionssystem, die zur Kreativität veranlasst hätten. Wenn es zeitweilig zu Knappheiten kam, war die auf billigem Transport basierende Flexibilität des Handels ein schnelleres und sichereres Heilmittel als die Erfindung von Maschinen. Diese Situation lässt sich als ›Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau‹ beschreiben.«[41]

In dieser Darstellung ist nicht eindeutig zu erkennen, wann genau China in diese Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau geriet. Elvin stellt jedoch zwei Thesen auf, die nicht nur zur Auflösung der Mehrdeutigkeit beitragen, sondern auch zur Bestimmung des Wesens der marktorientierten Entwicklung unter den Ming und frühen Qing. Die erste These ist, dass die Abschaffung der Leibeigenschaft und des leibeigenschaftsähnlichen Pachtwesens unter den Qing zum »Aufstieg eines wesentlich neuen Typus ländlicher Gesellschaft« führte. Und die zweite ist, dass »technologische Innovationen und Erfindungen in der Zeit von 800 bis 1300 zu so großen Veränderungen führten, dass das Ergebnis vernünftigerweise nur als ›Revolution‹ beschrieben werden kann, und dass das chinesische Wachstum sich danach nicht nur in Relation zu einem beschleunigenden Europa verlangsamte, sondern auch zu seiner eigenen früheren Leistung«.[42]

---

[41] Elvin 1973, S. 314.
[42] Ebd., S. 318.

Die chinesische Entwicklung vor 1300 liegt außerhalb des Bereichs unserer Untersuchung. Für unsere Zwecke genügt es zu sagen, dass die zur Verfügung stehenden Belege, darunter die von Elvin, Christopher Chase-Dunns und Thomas Halls Behauptung stützen, nach der der Kapitalismus »fast als erstes in Song-China aufgetreten« sei.[43] Wir selbst haben in diesem Kapitel bereits festgestellt, dass Tendenzen, die für den europäischen kapitalistischen Pfad des »langen« 16. Jahrhunderts typisch wurden, im China unter den Song und den Yuan bereits vorhanden waren. Wie dem auch sei, die Verlangsamung des chinesischen Wachstums nach 1300 lässt sich als ein erstes Festsitzen in einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau interpretieren – wie Smith selbst es anscheinend tut, wenn er behauptet, China habe »anscheinend schon lange vor Marco Polo diesen augenfälligen Wohlstand erlangt, soweit es Gesetze und Einrichtungen des Landes erlaubt haben, ihn zu erwerben«.[44]

Diese Interpretation passt jedoch nicht zu dem bemerkenswerten Wirtschaftswachstum des 18. Jahrhunderts, das Sugihara das »chinesische Wunder« nennt und das, wie Abbildung 1.1 zeigt, den asiatischen Anteil am Welt-BIP noch fast ein Jahrhundert nach dem Beginn der britischen Industriellen Revolution weiter ansteigen ließ. Wenn China um 1300 oder früher in einen Stillstand eingetreten war, wie erklärt sich dann dieser erneute Aufschwung des Wirtschaftswachstums? Trugen die Aktivitäten zum Aufbau des Staats und der nationalen Ökonomie der Ming und frühen Qing und der Aufstieg eines »wirklich neuen Typs von ländlicher Gesellschaft« unter den letzteren überhaupt nichts zur Befreiung Chinas aus der Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau bei? Unter Berücksichtigung der in Kapitel 3 eingeführten Unterscheidung zwischen kapitalistischer und nichtkapitalistischer marktorientierter Entwicklung können wir diese Frage wie folgt beantworten.

---

[43] Christopher Chase-Dunn/Thomas Hall (1997): *Rise and Demise: Comparing World-Systems*. Boulder, CO., S. 47

[44] Smith relativiert diese Äußerung sofort durch eine andere, was eine ähnliche Mehrdeutigkeit verrät wie Elvins bei der Datierung von Chinas Gefangensein in einem Stillstand: »Die Entwicklung Chinas mag zwar zum Stillstand gekommen sein, doch kann man nicht von einem Rückschritt sprechen.« (Smith 1993, S. 62f.)

Erstens schließt die Tendenz des Smithschen Wachstums, in einer Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau steckenzubleiben, die Existenz eines Gleichgewichts auf noch höherem Niveau, das durch geeignete Veränderungen der die Ökonomie einbettenden geographischen und institutionellen Umgebung zu erreichen ist, nicht aus. Zweitens lässt sich das chinesische »Wirtschaftswunder« des 18. Jahrhunderts am besten als Verschiebung der Ökonomie von einem hohen auf ein noch höheres Gleichgewicht interpretieren, hauptsächlich aufgrund der Veränderungen in der institutionellen und geographischen Umgebung durch die Politik der Ming und Qing. Drittens verlief die marktorientierte Entwicklung in China trotz dieser Aufwärtsbewegung in eine andere Richtung als in Europa, denn sie wurde in ihrer Ausrichtung weniger kapitalistisch statt kapitalistischer.[45]

Wie in Kapitel 3 und 8 argumentiert wird, ist nicht die Präsenz kapitalistischer Institutionen und Dispositionen für den kapitalistischen Charakter einer marktorientierten Entwicklung entscheidend, sondern die Beziehung zwischen Staatsmacht und Kapital. Man kann einer Marktwirtschaft beliebig viele Kapitalisten hinzufügen, solange der Staat ihren Klasseninteressen nicht unterstellt ist, bleibt die Marktwirtschaft nichtkapitalistisch. Braudel selbst führt »das chinesische Beispiel [an] zur Stützung unserer hartnäckig verfochtenen These einer berechtigten Unterscheidung zwischen *Wirtschaft* und *Kapitalismus*«. China hatte nicht nur »eine […] recht solide Marktwirtschaft mit ganzen Girlanden lokaler Märkte, dem bunten Getriebe kleiner Handwerker und Wanderhändler und dem Gewimmel der Buden und städtischen Treffs«. Darüber hinaus ähnelten die Kaufleute und Bankiers der Shanxi-Provinz und die aus Fujian und anderen südlichen Küstenprovinzen stammenden Überseechinesen stark der Geschäftswelt, die die Hauptorganisationen des Kapitalismus des 16. Jahrhunderts in Europa bildete. Aber: »Die Regierung besitzt das Recht, im Namen des Gemeinwohls, das exzessiven Reichtum einzelner als unmora-

[45] Bezogen auf die Diagramme in Abbildung 3.1 bedeutet die zweite Aussage, das chinesische »Wirtschaftswunder« des 18. Jahrhunderts lässt sich am besten durch eine Verschiebung der Kurve dy/y nach rechts darstellen. Die dritte Aussage bedeutet, trotz dieser Verschiebung zeigt die marktbasierte Entwicklung in China keine Tendenz zu finanziellen Expansionen und »räumlichen Fixierungen« von zunehmendem Ausmaß wie in Kapitel 8 diskutiert.

lische Ungleichheit und Ungerechtigkeit verdammt, zuzuschlagen, wann immer es ihr gutdünkt und mit Steuern zu belegen, wen sie beliebt.« Was bedeutete: »Kein Kapitalismus also, außer bei bestimmten, vom Staat offiziell approbierten, damit aber auch stets mehr oder weniger von seiner Gnade abhängigen Gruppen«.[46]

Braudel übertreibt das Ausmaß, in dem Kapitalisten unter den Ming und den Qing – ganz zu schweigen von früheren Dynastien – von der Gnade eines feindlichen Staates abhängig waren. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass es in Ostasien kein Pendant zu der Abfolge immer mächtigerer Staaten gibt, die sich in Europa mit dem Kapitalismus identifizierten – von den italienischen Stadtstaaten über den holländischen Protonationalstaat und dann mit Großbritannien hin zu einem Nationalstaat, der zu dieser Zeit zum Zentrum eines weltumspannenden maritimen und territorialen Imperiums wurde. Wie in vorhergehenden Kapiteln vertreten, kennzeichnet diese Abfolge mehr als alles andere den europäischen Entwicklungspfad als einen kapitalistischen. Und umgekehrt ist das Fehlen einer vergleichbaren Abfolge das eindeutigste Zeichen dafür, dass die marktorientierte Entwicklung in Ostasien in der Ming- und der frühen Qing-Ära nichtkapitalistisch blieb. Eng verbunden hiermit war das Fehlen eines unablässigen Wettrüstens und einer territorialen Expansion nach Übersee, wie sie für europäische Staaten typisch waren. Wie Wong es ausdrückte:

> »Einen großen Teil des europäischen kommerziellen Wohlstands zweigten bedürftige Regierungen zur Erweiterung ihrer Einkommensgrundlage für sich ab, um die stets eskalierenden Ausgaben für den Krieg zu bestreiten […] Sowohl europäische Kaufleute als auch ihre Regierungen zogen aus ihrer komplexen Beziehung Gewinn, erstere erzielten sagenhafte Profite, letztere sicherten sich dringend notwendige Einnahmen. Das ehemalige chinesische Kaiserreich entwickelte nicht diese Art von gegenseitiger Abhängigkeit von reichen Kaufleuten. Da sie nicht vor so großen finanziellen Schwierigkeiten standen wie ihre europäischen Kollegen zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert, hatten chinesische Beamte weniger Gründe, sich neue Formen der Finanzierung,

[46] Fernand Braudel (1986a): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. II: Der Handel.* München, S. 652-654; Hervorhebung im Original.

riesige Handelskredite und die Begriffe öffentliche und private Schulden auszudenken.«[47]

Der Kapitalismus in Ostasien schwand dadurch nicht dahin. Innerhalb von China entwickelten sich große Unternehmensorganisationen, die ausgedehnte Netzwerke kommerzieller Zwischenhändler und Subunternehmer kontrollierten, zu wesentlichen Bestandteilen der nationalen Ökonomie. Aber der Einstieg selbst in den Handel über weite Entfernungen stand Menschen im ganzen Land viel weiter offen und war für sie leichter möglich als in Europa.[48] Demzufolge blieben Kapitalisten eine untergeordnete Gesellschaftsgruppe, ohne die Fähigkeit, das allgemeine Interesse ihrem eigenen Klasseninteresse unterzuordnen. Ja, die besten Entwicklungschancen hatte der Kapitalismus in Ostasien nicht nahe der Zentren, sondern im Randgebiet der Staaten des Systems, in den Zwischenräumen. Markanteste Verkörperung dieser Entwicklung war die chinesische Diaspora in Übersee, deren Widerstandsfähigkeit und nachhaltige wirtschaftliche Bedeutung in der Weltgeschichte wenig Parallelen hat. Trotz der Beschränkungen durch die Ming, regelmäßiger Rückschläge und Herausforderungen durch Muslime und andere Konkurrenten, erzielte sie außerordentliche Profite und sorgte für einen steten Strom von Einnahmen für die Regierungen vor Ort und von Geldsendungen in Chinas Küstenregionen.[49]

Der Übergang von der Ming- zur Qing-Herrschaft im 17. Jahrhundert ermöglichte sogar eine Entwicklung, die dem ähnelte, was in Europa vor sich ging: die Errichtung eines mit dem holländischen vergleichbaren Handelsimperiums durch die Zheng-Familie. Durch den Einsatz von Kriegsschiffen und Schusswaffen im europäischen Stil schalteten die Zhengs die

---

[47] Wong 1997, S. 146.

[48] Gary G. Hamilton/Wei-An Chang (2003): »The Importance of Commerce in the Organization of China's Late Imperial Economy«, in: G. Arrighi, T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.) (2003): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives*. London/New York; R. Bin Wong (2004): »The Role of the Chinese State in Long-distance Commerce«, Working Paper No. 05/04, Global Economic History Network, Department of Economic History, London School of Economics, London.

[49] Hui 1995, S. 35f.; Wills, John E. Jr. (1998): »Relations With Maritime Europeans«, in: Denis Twitchett/Frederick Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China, Vol. 8 (2), The Ming Dynasty.* Cambridge, S. 333; Gungwu Wang (1991): *China and the Chinese Overseas.* Singapore, S. 85f.; ders. 1998, S. 320-323.

portugiesische Konkurrenz aus, widersetzten sich erfolgreich den Steuereintreibern und der Kriegsflotte der Ming, monopolisierten den Seiden- und Keramikhandel und erweiterten ihren Einflussbereich von Guangdong und Fujian bis nach Japan, Taiwan und Südostasien. Darüber hinaus errichteten sie 1650 einen Rebellenstaat an der Südostküste Chinas. Nachdem sie es nicht geschafft hatten, die Mandschus auf dem Festland zu besiegen, zogen sie sich 1662 nach Taiwan zurück, vertrieben die Holländer und gründeten ihr eigenes Königreich. Ein ehemaliger holländischer Gouverneur Taiwans war von diesen Erfolgen so beeindruckt, dass er den Aufstieg der Zhengs als Seemacht 1675 mit dem Aufstieg der Holländer in Europa ein Jahrhundert zuvor verglich. Dieser Vergleich ist ein bisschen weit hergeholt; Chumei Ho bewegt sich auf festerem Boden, wenn er meint, »das Zheng-Netzwerk der kommerziellen und politischen Informationen muss mindestens so effektiv gewesen sein wie das ihrer beiden Hauptfeinde, der Mandschus und der Holländer […] die Zheng-Organisation hatte wohl einige Züge mit der Niederländischen Ostindien-Kompanie VOC gemeinsam«.[50]

Ebenso wichtig war, dass die Zhengs keine unbedeutenden Akteure beim Wechsel der Dynastien waren. Zheng Zhilong, ein respektierter Verbündeter der Ming in den frühen Stadien des Kampfs – als viele Mitglieder der Zheng-Familie Offiziere und Generäle in der Ming-Armee wurden – versuchte nach der Eroberung Fujians durch die Qing-Armee 1647 die Seiten zu wechseln. Der Versuch schlug fehl, die Qing sperrten Zheng Zhilong aufgrund seines Entgegenkommens ein und exekutierten ihn schließlich. Und doch stieg die Macht der Zhengs unter Zheng Chenggong in neue Höhen. Während der 1660er und 1670er Jahre hindurch regierten sie in Taiwan ein de facto unabhängiges Königreich, das von den spanischen Philippinen, den Ryukyu-Inseln und diversen Königreichen Südostasiens Tribut eintrieb und mit ihnen handelte. Zheng Chenggongs Nachfolger Zheng

[50] Wills 1979, 1998; Young-tsu Wong (1983): »Security and Warfare on the China Coast: The Taiwan Question in the Seventeenth Century«, *Monumenta Serica*. XXXV (1983); Frederick Coyett (1903) [1675]: »Verwaerloosde Formosa«, in: William Campbell (Hrsg.), *Formosa Under the Dutch: Described From Contemporary Records*. London: Kegan Paul, Trench, Trubner.; Chumei Ho (1994): »The Ceramic Trade in Asia, 1602-82«, in: A.J.H. Latham/H. Kawakatsu (Hrsg.): *Japanese Industrialization and the Asian Economy*. London/New York.

Jing lehnte wiederholt den von den Qing angebotenen halbautonomen Status ab und beantragte statt dessen, unter Berufung auf die Präzedenzfälle Korea und Ryukyu die Anerkennung als Tribut-Vasall der Qing. Kaiser Kangxi beharrte jedoch auf seiner Meinung: »Die Diebe in Taiwan sind Fujianesen, Taiwan ist nicht vergleichbar mit Korea und Ryukyu.« Nachdem sie ihre Forderungen zu hoch geschraubt hatten, bekamen die Zhengs am Ende gar nichts und ihre Herrschaft wurde 1683 durch eine militärische Niederlage beendet.[51]

Gerade die Vergleichbarkeit der Handelsimperien der Zhengs und der Holländer macht ihr gegensätzliches Schicksal besonders aufschlussreich. Im europäischen Kontext leiteten die Holländer die Institutionalisierung des Kräftegleichgewichts unter den europäischen Staaten, die Ermächtigung der kapitalistischen Schicht innerhalb dieser Staaten und die Intensivierung der zwischenstaatlichen Konkurrenz um den Aufbau von Überseeimperien ein. In Ostasien dagegen ebnete der Sturz des Zheng-Imperiums der Entmilitarisierung der chinesischen Kaufleute, dem forcierten Aufbau einer nationalen Ökonomie sowohl im China der Qing als auch im Japan der Tokugawa und dem steilen Machtverfall der Überseechinesen gegenüber den Territorialstaaten der Region den Weg. Wie Pomeranz bemerkt, stellt das Zheng-Imperium »ein aufschlussreiches Beispiel für eine Art der Tätigkeit [dar], die sich mit Erfolg europäischem bewaffneten Handel und Kolonialisierung anglich, aber kein normaler Teil des chinesischen Staatssystems war«.[52]

Trotz ihres Erfolgs bei der Förderung der ostasiatischen Fleißrevolution und einer weiteren Steigerung des ostasiatischen Anteils an der weltweiten Produktion, führte die nach innen gerichtete Politik von Qing-China und Tokugawa-Japan – wie Sugihara selbst einräumt – vom frühen 18. Jahrhundert an zu einem starken Rückgang des Handels zwischen asiatischen Ländern.[53] Noch schlimmer, sie hinterließ ein politisches Vakuum im maritimen Ostasien, und die entmilitarisierten chinesischen Kaufleute waren zu schlecht ausgerüstet, um es zu füllen. Nach und nach wurde das Vakuum von europäischen Staaten, Firmen und Kaufleuten ausgefüllt, de-

[51] Hung 2001b, S. 33-37.
[52] Pomeranz 2000, S. 204.
[53] Sugihara 1996, S. 38f.

ren Fähigkeit, das maritime Ostasien zu dominieren, um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert rapide zunahm. Entscheidend in dieser Hinsicht war der anhaltende Rückgang der Schiffsbauindustrie und Navigationstechnologien Chinas in einer Zeit der raschen europäischen Fortschritte in beiden Bereichen.[54]

In dieser Hinsicht hatte Smiths oben zitierte Einschätzung, nach der ein umfangreicherer Außenhandel in Chinas nationalem Interesse gelegen hätte (»namentlich dann, wenn dieser Handel in beachtlichem Umfang auf chinesischen Schiffen erfolgen würde«), eine gewisse Stichhaltigkeit, nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen als vielmehr aus Gründen der nationalen Sicherheit – das heißt in Bezug auf Chinas Fähigkeit, die wachsende Herausforderung der Europäer in Sachen Schifffahrt im Auge zu behalten und ihr etwas entgegenzusetzen. Mindestens ein Jahrhundert lang lag das Hauptsicherheitsproblem für die Qing jedoch an der Nordwestgrenze und innerhalb von Han-China, wo die Legitimität ihrer Herrschaft als ausländische Eroberer unsicher blieb. Unter diesen Umständen schien die Ausschüttung von Ressourcen für Schiffbau, Navigation und Transportgewerbe bestenfalls ein Luxus und schlimmstenfalls der sicherste Weg zur imperialen Überdehnung zu sein. Außerdem, warum eine solche Überdehnung riskieren, wenn sich die Europäer darum rissen, China im Austausch gegen chinesische Waren mit Silber zu beliefern? Durch Chinas äußerst konkurrenzfähige Exportgüter Seide, Porzellan und Tee und den Silberbedarf Chinas, der die Silberpreise auf das Doppelte des andernorts üblichen Niveaus hinauftrieb, fanden vom 16. bis weit ins 18. Jahrhundert hinein volle drei Viertel des Silbers aus der »neuen Welt« ihren Weg nach China.[55] Man kann sich wirklich kaum vorstellen, wie der Erfolg von Chinas auf sich selbst zentrierter Entwicklung – der selbst Europäer so sehr beeindruckte – die Qing nicht hätte blind machen sollen für die neue Macht, die die aggressiven seefahrenden »Barbaren« in die Region brachten.

---

[54] Jennifer Wayne Cushman (1993): *Fields from the Sea. Chinese Junk Trade with Siam during the Late Eighteenth and Early Nineteenth Centuries*. Studies on Southeast Asia, Southeast Asia Program, Cornell University, Ithaca, NY., S. 136; Hui 1995, S. 79f.

[55] Dennis O. Flynn/Arturo Giraldez (1999): »Spanish Profitability in the Pacific: the Philippines in the Sixteenth and Seventeenth Centuries«, in: Dennis O. Flynn/Lionel Frost/A.J.H. Latham, *Pacific Centuries: Pacific and Pacific Rim History since the Sixteenth Centuries*. London, S. 23f.

Kurz, in Ostasien trat die für den europäischen Entwicklungspfad typische Synergie zwischen Militarismus, Industrialismus und Kapitalismus, die eine unaufhörliche territoriale Expansion nach Übersee antrieb und ihrerseits durch diese aufrechterhalten wurde, nicht auf. Infolgedessen erlebten ostasiatische Staaten viel längere Friedenszeiten als europäische Staaten, und China konnte seine Position als weltgrößte Marktwirtschaft festigen. Und doch machte die Nichtbeteiligung an der Expansion nach Übersee und dem Wettrüsten im europäischen Stil China und das gesamte ostasiatische System verwundbar für den militärischen Ansturm der expandierenden europäischen Mächte. Als der Ansturm kam, war die unterordnende Eingliederung Ostasiens in das globalisierende europäische System eine ausgemachte Sache.

## Eingliederung und Hybridisierung

Die unterordnende Eingliederung Ostasiens in das europäische System und der in Abbildung 1.1 gezeigte Produktionsrückgang der Region im weltweiten Vergleich waren nicht in erster Linie auf den Wettbewerbsvorteil der westlichen Wirtschaftsunternehmen gegenüber den ostasiatischen, insbesondere chinesischen, zurückzuführen.

Wie in Kapitel 3 vorweggenommen und entgegen Marx' und Engels' Behauptung, billige Waren seien die »schwere Artillerie«, mit der die europäische Bourgeoisie »alle chinesischen Mauern niederreißen [würde]«, hatten britische Kaufleute und Produzenten es sogar noch nach dem Niederreißen der Mauer aus staatlichen Regulierungen um die chinesische Binnenwirtschaft durch britische Kanonenboote schwer, ihre chinesischen Pendants aus dem Feld zu schlagen. Von den 1830er Jahren an hatten Importe britischer Baumwolltextilien tatsächlich verheerende Auswirkungen auf einige Sektoren und Regionen der chinesischen Ökonomie. Doch der britische Baumwollstoff konnte auf ländlichen Märkten nie mit dem festeren chinesischen Stoff konkurrieren. Außerdem gab, als ausländische Importe das Spinnen von Baumwollgarn in Handarbeit ersetzten, die Verwendung von billigerem, maschinell produziertem Garn dem heimischen Webereigewerbe neuen Auftrieb, so dass dieses sich behaupten und sogar expan-

dieren konnte.[56] Westliche Firmen, die Produktionsanlagen in China errichteten, konnten das unermessliche Hinterland nie effektiv durchdringen und waren für die Beschaffung von Rohmaterialien und die Vermarktung ihrer Produkte auf chinesische Händler angewiesen. In einigen Branchen triumphierten westliche Produkte und Betriebe, aber abgesehen von Eisenbahnen und Minen hielt der chinesische Markt für ausländische Kaufleute im Allgemeinen nur Frustration bereit.[57]

Die Integration Chinas in die Strukturen der auf Großbritannien zentrierten kapitalistischen Ökonomie führte bei weitem nicht zu einer Zerstörung der einheimischen Formen von Kapitalismus, sondern vielmehr zu einer erneuten Expansion der chinesischen Kaufmannsgemeinschaften, die sich in den Zwischenräumen des auf China zentrierten Tributhandelssystems entwickelt hatten. Als die Opiumkriege und innerstaatlichen Aufstände die Fähigkeit des Qing-Hofs zur Regulierung der Waren- und Menschenströme über Chinas Grenzen hinweg zerrütteten, vermehren sich die profitablen Gelegenheiten für diese Gemeinschaften stark. Vor allem der Opiumhandel bot eine solche Gelegenheit, aber die größten Chancen ergaben sich im »Kulihandel« – der Beschaffung und Überseeverschiffung von Schuldknechten und den mit den Rücksendungen von Geld nach China verbundenen Finanzgeschäften. Im Kulihandel machten nicht nur einzelne Kaufleute, sondern auch die Hafenstädte Singapur, Hongkong, Penang und Macao ein Vermögen; letztere wurden zu bevorzugten »Behältnissen« des Reichtums der chinesischen Geschäftsdiaspora. Außerdem vermehrte er die chinesischen Ansiedlungen überall in Südostasien und stärkte damit die Fähigkeit des chinesischen Überseekapitals, von der Handels- und

---

[56] Linda Cooke Johnson (1993): »Shanghai: An Emerging Jiangnan Port, 1638-1840«, in: Linda Cooke Johnson (Hrsg.), *Cities of Jiangnan in Late Imperial China*. Albany, S. 171-174; Albert Feuerwerker (1970): »Handicraft and Manufactured Cotton Textiles in China, 1871-1910«, *Journal of Economic History* 30 (2), S. 371-375; Hamilton/Chang 2003.

[57] Resat Kasaba (1993): »Treaties and Friendships: British Imperialism, the Ottoman Empire, and China in the Nineteenth Century«, Journal of World History 4 (2); Ciyu Chen (1984): »On the Foreign Trade of China in the 19th Century and the China-India-Britain Triangular Trade«, *Essays in Chinese Maritime History*. Taipei, S. 58-61; Alvin Y. So (1986): *The South China Silk District*. Albany, S. 103-116; Andrew J. Nathan (1972): »Imperialism's Effects on China«, *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 4 (4), S. 5.

Finanzvermittlung innerhalb von und zwischen Hoheitsgebieten der Region zu profitieren.[58]

Der durch Kriege, Aufstände, sich verschlechternde Handelsbedingungen und Naturkatastrophen erzeugte politische und finanzielle Druck zwang den Qing-Hof nicht nur zur Lockerung der Kontrolle über die Aktivitäten der Überseechinesen, sondern auch dazu, um ihre finanzielle Unterstützung nachzusuchen. Im Austausch gegen ihre Hilfe verlieh der Qing-Hof ihnen Ämter und Titel und gewährleistete den Schutz ihres Eigentums und ihrer Verbindungen nach China sowie Zugang zu den überaus einträglichen Handelsgeschäften mit Waffen und mit Regierungsanleihen. Dieser »politische Austausch« rettete die Qing nicht, war aber, bis zu ihrem letztendlichen Zusammenbruch 1911, eine wichtige Quelle der Bereicherung für chinesische Kapitalisten in Übersee.[59]

Wie in Kapitel 3 festgestellt, war Marx selbst sich über die tatsächliche Rolle der metaphorischen Artillerie billiger Waren bei der Neugestaltung der Welt entsprechend der Interessen der europäischen Bourgeoisie nicht ganz sicher; und er erwähnte ausdrücklich die Opiumkriege als Beispiel für die anhaltende Bedeutung militärischer Gewalt als »Geburtshelfer« dieser Umgestaltung. Militärische Gewalt war tatsächlich der Schlüssel zur Unterwerfung Ostasiens durch den Westen. Darüber hinaus war ihre Anwendung ein direktes Ergebnis der Unfähigkeit britischer Kaufleute, mit legalen Mitteln in den chinesischen Markt einzudringen.

Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – so stellt Joseph Esherick fest – war Opium »für den Westen der einzige gangbare Zugang zu Chinas Markt«.[60] Im Fall Großbritanniens war es viel mehr als das, denn Großbritanniens Verkauf indischen Opiums an China war für die Tributabgabe Indiens an London entscheidend. Wie der Leiter der Statistikabteilung im East India House erklärte:

---

[58] Hui 1995, Kapitel 3; David Northup (1995): Indentured Labor in the Age of Imperialism, 1834-1922. Cambridge; Daniel R. Headrick (1988): The Tentacles of Progress: Technology Transfer in the Age of Imperialism, 1850-1940. London, S. 259-303.

[59] Tsai, Jung-Fang (1993): *Hong Kong in Chinese History: Community and Social Unrest in the British Colony, 1842-1913.* New York, S. 63; Hui 1995, Kapitel 3.

[60] Joseph Esherick (1972): »Harvard on China: The Apologetics of Imperialism«, *Bulletin of Concerned Asian Scholars* IV, 4, S. 10.

> »Indien fördert durch den Opiumexport die Versorgung Englands mit Tee. China erleichtert durch den Opiumkonsum die finanziellen Transaktionen zwischen Indien und England. England trägt durch den Teekonsum zur Steigerung der Nachfrage nach indischem Opium bei.«[61]

Die Notwendigkeit, den Handel zwischen Indien und China auszuweiten, um die »finanziellen Transaktionen« zwischen Indien und England zu erleichtern, war von Anfang an der Hauptanreiz an der Ausweitung des Opiumhandels gewesen. Bereits 1786 wies der damalige Generalgouverneur von Indien Lord Cornwallis darauf hin, dass die Ausweitung des Handels zwischen Indien und China unerlässlich war für die zumindest teilweise Bezahlung für chinesische Exporte von Tee und Seide nach Großbritannien und in andere europäische Länder und vor allem, um den riesigen Tribut von Bengalen *ohne beträchtliche Umtauschverluste* nach England zu überführen.[62] Nachdem das Monopol der East India Company auf Handel mit Indien 1813 aufgehoben worden war, verdoppelte die Kompanie ihre Bemühungen um die Förderung des Opiumschmuggels nach China. Die Lieferungen vergrößerten sich rapide – auf mehr als das Dreifache zwischen 1803 und 1813 sowie 1823 und 1833 – und die Triftigkeit von Cornwallis' Argument war erwiesen. In den Worten einer zeitgenössischen Darstellung des Opiumhandels:

> »Die Ehrenwerte Kompanie hat jahrelang gewaltige Einnahmen erzielt und durch sie haben auch die britische Regierung und Nation unermessliche politische und finanzielle Vorteile genossen. Die Wende in der Handelsbilanz zwischen Großbritannien und China zugunsten des ersteren hat Indien in die Lage versetzt, seinen Konsum britischer Erzeugnisse zu verzehnfachen; dies trägt direkt zur Unterstützung der gewaltigen Struktur britischer Herrschaft im Osten, zur Deckung der Kosten für die Niederlassung Seiner Majestät in Indien, zur Ausschüttung üppiger Einnahmen für die britische Staatskasse durch Umsätze und Geldsen-

---

[61] Edward Thornton (1835): *India, its State and Prospects*. London, S. 89.

[62] Amiya Kumar Bagchi (1982): *The Political Economy of Underdevelopment*. Cambridge, S. 96; Michael Greenberg (1951): *British Trade and the Opening of China 1800-1842.* Cambridge, Kapitel 2.

dungen aus dem Teegeschäft und zu Gewinnen für die Nation in einem Ausmaß von bis zu 6 Millionen Pfund jährlich bei.«[63]

Die Aufhebung des Chinamonopols der East India Company 1833 verstärkte die Konkurrenz in diesem lukrativen Zweig britischen Handels und ermutigte britische Kaufleute, für »den starken Arm Englands« zu agitieren, um die Beschränkungen, die die chinesische Regierung dem Opiumhandel auferlegt hatte, zu Fall zu bringen. Weit davon entfernt, dem britischen Druck nachzugeben, griff die chinesische Regierung schnell ein, um einen Handel zu verbieten, der für China so unheilbringend war wie für England vorteilhaft. Abgesehen von den schädlichen Auswirkungen einer wachsenden Zahl von Abhängigen auf die soziale Struktur war der Handel ein mächtiger Störfaktor der politischen Ökonomie Chinas. Ein Teil der Einnahmen aus dem Opiumschmuggel floss in die Taschen chinesischer Beamter, deren Korruption die Umsetzung der offiziellen Politik in allen Bereichen behinderte und, direkt oder indirekt, sozialen Unruhen Vorschub leistete. Gleichzeitig verursachte der Handel einen massiven Abfluss von Silber aus China nach Indien; dieser stieg von 1,6 Millionen Tael[64] jährlich in der Zeit von 1814-24 auf 5,6 Millionen Tael jährlich in den zwei Jahren vor dem ersten Opiumkrieg.[65] Wie im kaiserlichen Erlass von 1838, der die Entscheidung zur Zerschlagung des Handels verkündete, betont wurde, wirkte sich dieser Abfluss verheerend auf die finanzielle und finanzpolitische Integrität des chinesischen Staates aus. »Wenn keine Schritte zu unserer Verteidigung unternommen werden«, wurde in dem Erlass erklärt, »wird der wertvolle Reichtum Chinas in den bodenlosen Abgrund überseeischer Regionen ausgeschüttet werden«.[66]

Die chinesische Regierung übertrug dem energischen und unbestechlichen Lin Zexu die Verantwortung für die Unterdrückung des Opium-

---

[63] Zit. n. Greenberg 1951, S. 106f.

[64] Alte chinesische Währungs- und Gewichtseinheit für Edelmetall, die sehr starken örtlichen und zeitlichen Schwankungen unterlag. Im Allgemeinen wog ein Silbertael etwa 40 Gramm (Anm. d. Übers.).

[65] Zhongping Yen et al. (1957): *Zhongguo jindai jingjishi tongji* (Collections of Statistical Data of Modern Chinese Economic History). Beijing S. 34; Manhong Lin (1991): »The Silver Drain of China and the Reduction in World Silver and Gold Production (1814-1850)«, in: *Essays in Chinese Maritime History IV*, S. 1-44. Taipei, S. 11.

[66] Zit. n. Greenberg 1951, S. 143.

schmuggels, hatte jedoch nicht die Absicht, geschäftliche Chancen in anderen Branchen des Außenhandels wie Seide, Tee und Baumwollgüter zunichte zu machen, sondern förderte diese weiterhin. Lin selbst unterschied sorgfältig zwischen dem illegalen Opiumhandel – den zu unterdrücken er fest entschlossen war, mit oder ohne Beteiligung der britischen Regierung– und legalen Formen des Handels, um deren Förderung, als Ersatz für den illegalen Handel, er die britische Regierung bat.[67] Nach dem vergeblichen Versuch, Großbritannien dazu zu bewegen, im Namen des internationalen Rechts und der allgemeinen Moral an der Unterdrückung des illegalen Handels mitzuwirken, konfiszierte und zerstörte er geschmuggeltes Opium und inhaftierte einige Schmuggler. Dieser Polizeieinsatz auf chinesischem Territorium wurde im britischen Parlament angeprangert als »eine schwere Sünde – ein böses Vergehen – ein grausamer Verstoß gegen die Gerechtigkeit, für die England das Recht hatte, ein striktes und unbestreitbares Recht«, durch »das Gesetz Gottes und der Menschen«, » per Zwang Wiedergutmachung zu verlangen, wenn friedliche Gesuche abgelehnt werden«.[68]

Offensichtlich herrschten in Großbritannien und China zwei ganz verschiedene Ansichten über internationales Recht und allgemeine Moral. Aber während die chinesische Ansicht nur im eigenen Land das Recht für sich beanspruchte, Gesetze aufzustellen und zu vollstrecken, beanspruchte die britische Ansicht dieses Recht nicht nur im eigenen Land, sondern auch in China. Um Marx zu paraphrasieren, zwischen zwei gleichen Rechten entscheidet die Gewalt, und Großbritannien verfügte über die notwendige Feuerkraft, um seine eigene Ansicht von richtig und falsch den Chinesen gegenüber durchzusetzen. China hatte keine Antwort auf das Dampf-Kriegsschiff, das an einem einzigen Tag im Februar 1841 neun Kriegsdschunken, fünf Festungen, zwei Militärposten und eine Küstenbatterie zerstörte.[69] Nach einem verheerenden Krieg, dem explosiven Ausbruch großer Auf-

[67] Arthur Waley (1958): *The Opium War through Chinese Eyes.* London, S. 18, 28-31, 46, 123; Yen-p'ing Hao (1986): *The Commercial Revolution in Nineteenth-Century China.* Berkeley, CA., S. 113-115.

[68] Zit. n. Bernard Semmel (1970): *The Rise of Free Trade Imperialism.* Cambridge, S. 153; siehe auch D.E. Owen (1934): *British Opium Policy in China and India.* New Haven, CT.

[69] Parker 1989, S. 96. Wie K.N. Chaudhuri es ausdrückte: »Als die chinesische Regierung nach einem verheerenden Krieg (1839-42) einwilligte, ihre Häfen für britische Opiumhänd-

stände und einem zweiten, ebenso verheerenden Krieg gegen Großbritannien (zu dem sich jetzt noch Frankreich gesellt hatte), hörte China praktisch auf, das Zentrum eines relativ abgeschlossenen zwischenstaatlichen Systems Ostasien zu sein. Für etwa ein Jahrhundert wurde es stattdessen zu einem untergeordneten und immer stärker peripheren Mitglied des globalen kapitalistischen Systems. Diese zunehmende periphere Stellung war nicht bloß das Ergebnis der unterordnenden Eingliederung Ostasiens in das europäische System. Ebenso wichtig war die radikale Veränderung der zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb Ostasiens, die durch den Versuch Chinas und Japans, in die Fußstapfen des europäischen Entwicklungspfads zu treten, ausgelöst worden war.

Wie Kawakatsu und Hamashita unterstrichen haben, waren Japans Modernisierung und territoriale Expansion des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine Fortführung der jahrhundertelangen Bestrebungen Japans, selbst wieder zum Zentrum des ostasiatischen Tributhandelssystems zu werden, mit neuen Mitteln.[70] Nichtsdestotrotz verwandelte die Veränderung des systemischen Kontexts radikal das Wesen der zwischenstaatlichen Konkurrenz, die das ostasiatische System seit der Konsolidierung der Tokugawa- und Qing-Regime charakterisiert hatte. In dem neuen Kontext war die zwischenstaatliche Konkurrenz innerhalb Ostasiens untrennbar verknüpft mit den Versuchen, den Westen in Bezug auf die Leistungen in den Kapitalgüterindustrien einzuholen, deren Modernisierung (in Ostasien ebenso sehr wie in Europa) eng mit der Steigerung der militärischen Fähigkeiten verbunden war. So wurde das Wettrüsten, das lange ein Merkmal des europäischen Systems gewesen war, vom ostasiatischen System »internalisiert«.[71]

---

ler zu öffnen, entschied sie sich nicht zwischen richtig und falsch: es war eine Entscheidung zwischen Überleben und Zerstörung.« (Chaudhuri 1990, S. 99)

[70] Kawakatsu 1994, S. 6f.; Hamashita 1988, S. 20.

[71] Durch die brutale Enthüllung sämtlicher Folgen militärischer Überlegenheit des Westens machten die Opiumkriege den Herrschern Chinas und Japans die Notwendigkeit der beschleunigten militärischen Modernisierung bewusst. In diesem neuen Bewusstsein entwickelte der chinesische gelehrte Beamte Wei Yuan die alte Idee, die Barbaren dazu zu nutzen, die Barbaren zu kontrollieren, zu der neuen Idee weiter, die Waffen der Barbaren (und die Mittel zu ihrer Produktion) zu benutzen, um die Barbaren zu kontrollieren. In China wurde die Idee zentral für die Bewegung der »Selbststärkung«, die nach dem zweiten Opi-

Zunächst brachten die Industrialisierungsbemühungen etwa fünfundzwanzig Jahre lang in China und Japan ähnliche wirtschaftliche Ergebnisse hervor. Am Vorabend des chinesisch-japanischen Krieges von 1894 war »der Unterschied zwischen den beiden Ländern im Grad ihrer modernen wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht eklatant«.[72] Nichtsdestoweniger war Japans Sieg in diesem Krieg symptomatisch für einen grundlegenden Unterschied der Industrialisierungsdynamik der beiden Länder. In China waren die Hauptträger der Dynamik die Provinzbehörden, deren Macht gegenüber der Zentralregierung während der Unterdrückung der Aufstände in den 1850er Jahren beträchtlich zugenommen hatte und die die Industrialisierung nutzten, um ihre Autonomie zu konsolidieren. In Japan dagegen war die Industrialisierung fester Bestandteil der Meiji-Restauration, die die Macht auf Kosten der Provinzbehörden in den Händen der nationalen Regierung zentralisierte.[73]

Infolge des chinesisch-japanischen Krieges vertiefte sich jedoch die zugrundeliegende Divergenz zwischen den Verlaufsformen der japanischen und der chinesischen Industrialisierung. Chinas Niederlage schwächte den nationalen Zusammenhalt, was ein halbes Jahrhundert des politischen Chaos auslöste, gekennzeichnet durch weitere Einschränkungen der Souveränität, erdrückende Kriegsentschädigungen, den endgültigen Zusammenbruch des Qing-Regimes und die wachsende Autonomie halbsouveräner Warlords, gefolgt von japanischer Invasion und wiederkehrenden Bürgerkriegen zwischen den Kräften des Nationalismus und des Kommunismus. Dieser katastrophale Zusammenbruch des Staats ist wahrscheinlich die wichtigste Einzelursache – um O'Briens in Kapitel 1 zitierte Frage zu beantworten – dafür, dass China so lange gebraucht hat, um seinen welt-

---

umkrieg einsetzte. Ein paar Jahre später übernahm auch die Meiji-Restauration die Idee und trieb Japan auf demselben Pfad der rapiden Modernisierung voran. Siehe Tsiang, Ting-fu (1967): »The English and the Opium Trade«, in: F. Schurmann/O. Schell (Hrsg.), *Imperial China*, New York, S. 144; John K. Fairbank (1983): *The United States and China*. Cambridge, S. 197f.; Alvin Y. So/Stephen W.K. Chiu (1995): *East Asia and the World-Economy*. Newbury Park, CA, S. 49f.

[72] Albert Feuerwerker (1958): *China's Early Industrialization: Sheng Hsuan-Huai 1844-1916 and Mandarin Enterprise*. Cambridge, S. 53.

[73] So/Chiu 1995, S. 53, 68-72.

weiten wirtschaftlichen Rang und Status von der Mitte des 18. Jahrhunderts wiederzuerlangen.

Der Sieg über China von 1894, gefolgt vom Sieg über Russland im Krieg von 1904/05, machte Japan, im Gegensatz dazu – um Akira Iriye zu paraphrasieren – zum »respektablen Teilnehmer am Spiel der imperialistischen Politik«.[74] Die Aneignung von chinesischem Territorium – vor allem Taiwan 1895, gefolgt von der Liaodong-Halbinsel sowie der Sicherung aller russischen Rechte und Privilegien in der Südmandschurei 1905 und als Höhepunkt Chinas Anerkennung der japanischen Oberhoheit über das 1910 als Kolonie angegliederte Korea – verschaffte Japan wertvolle Vorposten als Ausgangspunkte für künftige Angriffe auf China sowie einen sicheren Bestand an billigen Nahrungsmitteln, Rohmaterialien und Märkten in Übersee. Gleichzeitig konnte Japan durch chinesische Entschädigungen in Höhe von mehr als einem Drittel des japanischen Nationaleinkommens die Expansion seiner Schwerindustrie finanzieren und für seine Währung den Goldstandard einführen. Dies wiederum verbesserte seine Kreditwürdigkeit in London und damit seine Möglichkeit, zusätzliche Finanzmittel für die industrielle Expansion zu Hause und die imperialistische Expansion in Übersee zu erschließen.[75]

Diese Gabelung der Entwicklungspfade Japans und Chinas gipfelte in den 1930er Jahren darin, dass Japan Großbritannien als die dominierende Macht in der Region in den Schatten stellte. Mit der Inbesitznahme der Mandschurei 1931, gefolgt von der Besetzung Nordchinas 1935, der Invasion ganz Chinas ab 1937 und der anschließenden Eroberung von Teilen von Innerasien und einem großen Teil Südostasiens schien es Japan schließlich zu gelingen, erneut selbst zum Zentrum der Region Ostasien zu werden. Japans Streben nach der regionalen Vormachtstellung konnte jedoch nicht aufrechterhalten werden. Wie die massive Zerstörung des Landes durch den strategischen Bombenkrieg der USA in den letzten Kriegsmonaten, noch

[74] Akira Iriye (1970): »Imperialism in East Asia«, in: J. Crowley, (Hrsg.), *Modern East Asia*, S. 122-150. New York, S. 552.

[75] Mark Peattie (1984): »Introduction«, to Ramon Myers und Mark Peattie (Hrsg.), *The Japanese Colonial Empire*, 1895-1945, S. 3-26. Princeton, S. 16-18; Peter Duus (1984): »Economic Dimensions of Meiji Imperialism: The Case of Korea, 1895-1910«, in: R.H. Myers/ M.R. Peattie (Hrsg.), *The Japanese Colonial Empire, 1895-1945*, Princeton, S. 143, 161f.; Herbert Feis (1965): *Europe: The World's Banker, 1870-1914*. New York, S. 422f.

vor Hiroshima und Nagasaki, demonstrierte, konnten die japanischen Fortschritte in westlicher Militärtechnologie mit den US-amerikanischen nicht Schritt halten. Aber die Bestrebungen Japans scheiterten auch, weil sie in China Widerstandskräfte wachriefen, die eine Dominanz durch Japan so entschieden ablehnten wie eine Dominanz durch den Westen. Nach der Niederlage Japans sollte die Entstehung der Volksrepublik China, in einem seitdem die Trends und Ereignisse der Region prägenden Kampf um Zentralität in Ostasien, das westliche Hegemoniestreben anfechten.

## Die US-Hegemonie und der japanische Aufstieg

Die Hybridisierung des westlichen und des ostasiatischen Entwicklungspfads wirkte in beide Richtungen. Hatte sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert hauptsächlich der ostasiatische an den westlichen Pfad angenähert – mit verheerenden Folgen für alle ostasiatischen Staaten, einschließlich Japan, dessen anfänglicher Erfolg im Spiel der imperialistischen Politik mit dem nuklearen Holocaust von Hiroshima und Nagasaki endete – so war es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts am westlichen Pfad, sich dem ostasiatischen anzunähern. Diese wenig beachtete Annäherung begann mit der Einführung der US-amerikanischen Ordnung des Kalten Krieges.

Die militärische Besetzung Japans durch die USA 1945 und die Teilung der Region in zwei feindliche Blöcke nach dem Koreakrieg schuf, in Cumings Worten, eine »vertikale Verwaltung [durch die USA], gefestigt durch bilaterale Verteidigungsverträge (mit Japan, Südkorea, Taiwan und den Philippinen) und durchgeführt von einem US-Außenministerium, das die Außenministerien dieser vier Länder turmhoch überragte«.

> »Alle wurden zu halbsouveränen Staaten, tief durchdrungen von den US-amerikanischen Militärstrukturen (Kontrolle des Einsatzes der südkoreanischen Streitkräfte, Patrouillen der Siebten Flotte in der Straße von Taiwan, Abhängigkeit der Verteidigung aller vier Länder, militärische Stützpunkte auf ihren Territorien) und außerstande zu unabhängiger Außenpolitik oder Verteidigungsinitiativen […] Seit Mitte der 1950er Jahre gab es gelegentlich eine kleine Demarche durch den militärischen

Vorhang […] Aber die vorherrschende Tendenz bis in die 1970er Jahre war ein stark auf militärische Kommunikationsformen ausgerichtetes unilaterales US-amerikanisches System.«[76]

Der Militarismus dieses unilateralen US-amerikanischen Regimes war in Ostasien ohne Beispiel, nur das Yuan-Regime im späten 13. und frühen 14. Jahrhundert und das vorzeitig beendete, auf Japan zentrierte Regime des frühen 20. Jahrhunderts wiesen in dieser Hinsicht Ähnlichkeiten auf. Nichtsdestotrotz ähnelte das US-Regime dem auf China zentrierten Tributhandelssystem in drei wichtigen Aspekten. Erstens war der Binnenmarkt des Zentralstaats unvergleichlich viel größer als der der Vasallenstaaten. Zweitens mussten die Vasallenstaaten für die Legitimierung durch das Regime und den Zugang zum Binnenmarkt des Zentralstaats eine Beziehung der politischen Unterordnung unter den Zentralstaat in Kauf nehmen. Und drittens wurden den Vasallenstaaten im Austausch gegen politische Unterordnung »Geschenke« und äußerst vorteilhafte Handelsbeziehungen mit dem Zentralstaat gewährt. Dies war das »großmütige« Regime von »Handel und Hilfe« der Pax Americana in der frühen Nachkriegszeit, auf das sowohl Ozawa als auch Sugihara die Ursprünge der ostasiatischen Renaissance zurückführen.[77]

Bei Betrachtung dieser Ähnlichkeiten können wir sagen, die Vormachtstellung der USA in Ostasien wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Umwandlung der Peripherie des früheren auf China zentrierten Tributhandelssystems in die Peripherie eines auf die USA zentrierten Tributhandelssystems erzielt. Nichtsdestotrotz bestanden zwischen den beiden Systemen zwei wichtige Unterschiede. Erstens war das auf die USA zentrierte System nicht nur seiner Struktur und Orientierung nach viel militaristischer als seine auf China zentrierten Vorgänger, es pflegte auch eine funktionale Spezialisierung zwischen dem imperialistischen und den Vasallenstaaten, die es im alten auf China zentrierten System nicht gegeben hatte. Wie bei der in Kapitel 8 besprochenen iberisch-genuesischen Beziehung des politischen Austauschs spezialisierten die USA sich auf die Bereitstellung von Schutz und das regionale und globale Streben nach po-

[76] Bruce Cumings (1997): »Japan and Northeast Asia into the Twenty-first Century«, in: P.J. Katzenstein/T. Shiraishi (Hrsg.): *Network Power. Japan and Asia*, Ithaca, NY, S. 155.

[77] Ozawa 1993, S. 130; Sugihara 2003, S. 81.

litischer Macht, während ihre ostasiatischen Vasallenstaaten sich auf den Handel und das Streben nach Profit spezialisierten. Diese Beziehung des politischen Austauschs spielte eine entscheidende Rolle bei der Förderung der spektakulären wirtschaftlichen Expansion Japans, die die regionale Renaissance einleitete. Wie Schurmann in einem frühen Stadium der Expansion schrieb, »befreit von der Last der Verteidigungsausgaben, kanalisierte die japanische Regierung […] all ihre Ressourcen und Energien in einen wirtschaftlichen Expansionismus, der Japan Reichtum einbrachte und seine Geschäfte in die entlegensten Gegenden des Globus verbreitete«.[78]

Der zweite Unterschied ist, dass das US-zentrierte Regime des Kalten Krieges in der Region, anders als die früheren China-zentrierten Regime, höchst instabil war: Es begann kurz nach seiner Errichtung zusammenzubrechen. Der Koreakrieg hatte das ostasiatische Regime mit den USA als Zentrum eingeführt, indem die VRC durch Blockaden und Kriegsdrohungen, gestützt von »einem Archipel US-amerikanischer Militäranlagen« von den normalen Handels- und diplomatischen Beziehungen mit dem nichtkommunistischen Teil der Region ausgeschlossen wurde.[79] Die Niederlage im Vietnamkrieg zwang die USA jedoch, die normalen Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas mit dem übrigen Ostasien wieder zuzulassen. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Integration und Expansion der Region wurde dadurch beträchtlich erweitert, aber die US-amerikanische Fähigkeit zur Kontrolle des Prozesses verringerte sich entsprechend.[80] Die Krise des militaristischen US-Regimes und die gleichzeitige Expansion der japanischen Netzwerke des nationalen Marktes und Gewerbes in der Region markierten das erneute Auftauchen eines Musters der zwischenstaatlichen Beziehungen, das dem einheimischen (ostasiatischen) Muster – in dem Zentralität hauptsächlich durch die relative Größe und den Entwicklungsstand der nationalen Ökonomien des Systems bestimmt wurde – stärker ähnelte als dem verpflanzten (westlichen) –, in dem Zen-

---

[78] Schurmann 1974, S. 143.

[79] Cumings 1997, S. 154f.

[80] Giovanni Arrighi (1996): »The Rise of East Asia: World Systemic and Regional Aspects«, *International Journal of Sociology and Social Policy*, 16 (7); Mark Selden (1997): »China, Japan and the Regional Political Economy of East Asia, 1945-1995«, in: P. Katzenstein/T. Shiraishi (Hrsg.), *Network Power. Japan and Asia*, Ithaca, NY.

tralität nunmehr hauptsächlich durch die relative Stärke der militärisch-industriellen Komplexe des Systems bestimmt wurde. Während die Niederlage der USA in Japan die Grenzen des industriellen Militarismus als Machtquelle bloßlegte, demonstrierte Japans wachsender Einfluss auf die Weltpolitik in den 1980er Jahren die zunehmende Effektivität wirtschaftlicher im Vergleich zu militärischen Machtquellen. Nicht ihr mächtiger Militärapparat, sondern billige japanische Kredite und Waren ermöglichten es den USA in den 1980er Jahren, den in den 1970er Jahren erfahrenen steilen Niedergang ihrer Macht umzukehren. Die zuvor bestehende Beziehung der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Japans von den USA wurde so in eine Beziehung der gegenseitigen Abhängigkeit umgewandelt: Japan blieb abhängig vom militärischen Schutz der USA, doch die Reproduktion des US-amerikanischen für Schutz sorgenden Apparats hing nun entscheidend von japanischer Finanzierung und Industrie ab.

Dass Japans Wirtschaftsmacht in den 1980er Jahren wuchs, beruhte nicht auf einem entscheidenden technologischen Durchbruch, sondern hauptsächlich auf organisatorischen Veränderungen. Wie in Kapitel 6 argumentiert wird, verstärkte die weltweite Verbreitung vertikal integrierter multinationaler Unternehmen ihre gegenseitige Konkurrenz und zwang sie, Kleinunternehmen mit Aktivitäten zu beauftragen, die zuvor innerhalb ihrer eigenen Organisationen durchgeführt worden waren. An die Stelle der Tendenz zur vertikalen Integration und Bürokratisierung des Gewerbes – die seit den 1870er Jahren das Vermögen des US-Kapitals ausgemacht hatte – trat somit eine Tendenz zu informellen Netzwerken und der nachrangigen Wiederbelebung von Kleinunternehmen. Diese Tendenz ist überall erkennbar, wird aber nirgends erfolgreicher ausgeübt als in Ostasien. Japans Außenhandelsorganisation zufolge würde »Japans Big Business« ohne die Unterstützung mehrerer Schichten formal unabhängiger Subunternehmen »ins Schwimmen geraten und untergehen«. Seit seinen Anfängen in den frühen 1970er Jahren vergrößerten sich Umfang und Ausmaß dieses vielschichtigen Systems von Subunternehmen durch die Verbreitung in einer wachsenden Zahl von ostasiatischen Staaten rapide.[81]

[81] Daniel I. Okimoto/Thomas P. Rohlen (1988): *Inside the Japanese System: Readings on Contemporary Society and Political Economy*. Stanford, S. 83-88; Giovanni Arrighi/Satoshi

Obwohl das japanische Kapital ihr Hauptakteur war, hing diese Verbreitung stark von den geschäftlichen Netzwerken der Überseechinesen ab, die von Anfang an die Hauptvermittler zwischen japanischen und örtlichen Unternehmen waren, nicht nur in Singapur, Hongkong und Taiwan, sondern in den meisten südostasiatischen Ländern, wo die chinesische ethnische Minderheit eine beherrschende Position in örtlichen Netzwerken innehatte. Die Expansion des japanischen vielschichtigen Systems von Subunternehmen in der ganzen Region wurde somit nicht nur durch die politische Protektion der USA von oben unterstützt, sondern auch durch die chinesische kommerzielle und finanzielle Protektion von unten.[82]

Im Laufe der Zeit jedoch hemmte die Protektion von oben und von unten die Fähigkeit des japanischen Wirtschaftslebens, den Prozess der regionalen Wirtschaftsintegration und -expansion anzuführen. Wie ein Repräsentant des japanischen Big Business in den frühen 1990er Jahren klagte:

> »Wir haben keine militärische Macht. Japanische Geschäftsleute haben keine Möglichkeit, politische Entscheidungen anderer Länder zu beeinflussen […] Dies ist ein Unterschied zur US-amerikanischen Geschäftswelt und das ist etwas, worüber japanische Geschäftsleute nachdenken müssen.«[83]

Dieser Unterschied bedeutete nicht nur, dass Japan sich mit der Fähigkeit der USA, die Politik von Drittländern zu beeinflussen, nicht messen konnte. Er bedeutete auch, dass Japans eigene Politik viel anfälliger dafür war, von US-amerikanischen Interessen geprägt zu werden, als die US-amerikanische Politik, von japanischen Interessen geprägt zu werden. Diese Asymmetrie war kein Problem, solange das »großmütige« US-Regime von »Handel und Hilfe« der Nachkriegszeit bestand. Wie in Kapitel 9 behauptet, wurde dieses Regime jedoch in den 1980er und frühen 1990er Jahren durch ein richtiggehendes organisiertes Erpresserwesen ersetzt, das Japan Handelskonzessionen abnötigte, wie eine massive Aufwertung des Yen und freiwillige Exportbeschränkungen, sowie echte Schutzgelder, wie

---

Ikeda/Alex Irwan (1993): »The Rise of East Asia: One Miracle or Many?«, in: R.A. Palat, (Hrsg.), *Pacific Asia and the Future of the World-Economy*, Westport, CT., S. 55ff.

[82] Hui 1995; Alex Irwan (1995): »Japanese and Ethnic Chinese Business Networks in Indonesia and Malaysia.« Dissertation, Fachbereich Soziologie, Binghamton University.

[83] J. Friedland, »The Regional Challenge«, *Far Eastern Economic Review*, 9. Juni, 1994.

diejenigen, die zur Bezahlung des Golfkriegs eingezogen wurden. Unter diesen Umständen begann die Rentabilität von Japans Beziehung des politischen Austauschs mit den USA zu schwinden.

Noch schlimmer, die US-amerikanische Geschäftswelt begann sich umzustrukturieren, um effektiver mit der japanischen Geschäftswelt um die Ausbeutung von Ostasiens reichlich vorhandenen Arbeitskräften und unternehmerischen Ressourcen zu konkurrieren, nicht nur durch direkte Investitionen, sondern auch und insbesondere durch vielfältige Absprachen mit Subunternehmen in lose integrierten Organisationsstrukturen. Wie in Kapitel 10 festgestellt, führte diese Tendenz zur Verdrängung von vertikal integrierten Unternehmen, wie General Motors, durch Subunternehmer einsetzende Unternehmen, wie Wal-Mart, als führende US-amerikanische Unternehmensorganisation. Wie Gary Hamilton und Chang Wei-An gezeigt haben, waren »käufergesteuerte« Subunternehmensregelungen wie die von Wal-Mart ein charakteristisches Merkmal der Großunternehmen im späten kaiserlichen China und sind bis heute die vorherrschende Form der Geschäftsorganisation in Taiwan und Hongkong geblieben.[84] Wir können daher die Herausbildung und Ausweitung der US-amerikanischen Subunternehmensnetzwerke als weiteres Beispiel für die westliche Annäherung an ostasiatische Muster interpretieren. Trotz dieser Annäherung war der Hauptnutznießer der Mobilisierung ostasiatischer Subunternehmensnetzwerke im sich verstärkenden Konkurrenzkampf unter den führenden kapitalistischen Organisationen der Welt weder das japanische noch das US-amerikanische Kapital. Statt dessen war es eine andere Hinterlassenschaft des ostasiatischen Entwicklungspfads: die chinesische kapitalistische Diaspora in Übersee.

Wie bereits bemerkt, ergaben sich die größten Möglichkeiten zum Wachstum der Diaspora der Überseechinesen – die jahrhundertelang der Hauptort der Saat des Kapitalismus war, die in den Zwischenräumen des China-zentrierten Tributhandelssystems spross – mit der unterordnenden Eingliederung Ostasiens in die Strukturen des um Großbritannien zentrierten Weltsystems. Im frühen 20. Jahrhundert versuchten Teile der Diaspora, ihre wachsende Wirtschaftsmacht in politischen Einfluss auf das chinesische

[84] Hamilton/Chang 2003.

Festland umzuwandeln, indem sie in der Ära der Bandenchefs die Revolution von 1911 und die Guomindang (GMD) unterstützten. Aber der Versuch schlug fehl aufgrund des eskalierenden politischen Chaos, der Übernahme von Chinas Küstenregionen durch Japan und des letztendlichen Sieges der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) über die GMD.[85]

Durch die Auslösung eines neuen chinesischen Migrationsschubs nach Südostasien, insbesondere Hongkong und Taiwan, und in die USA stockte der kommunistische Sieg die unternehmerischen Ränge der Diaspora wieder auf. Kurze Zeit später sorgte der Koreakrieg für eine Erholung im Fluss des interregionalen Handels und schuf neue Geschäftschancen für die Überseechinesen, und das taten auch der Rückzug der europäischen und US-amerikanischen Großunternehmen aus der Kolonialära sowie die Ankunft neuer multinationaler Unternehmen auf der Suche nach geeigneten Jointventure-Partnern.[86] Aus dem Koreakrieg ging indes das unilaterale Regime der USA hervor, und die Rolle der Überseechinesen als Handelsvermittler zwischen dem kontinentalen China und der umliegenden maritimen Region wurde durch die von der VRC verhängten Handelsbeschränkungen, aber auch durch das US-amerikanische Handelsembargo gegen die VRC ausgeschaltet. Außerdem wurde die Ausweitung des Kapitals der Überseechinesen in den 1950er und 1960er Jahren durch die Ausbreitung von Nationalismus sowie Ideologien und Praktiken der nationalen Entwicklung in Südostasien in Schach gehalten. Trotz dieser ungünstigen Umstände gelang es den geschäftlichen Netzwerken der Überseechinesen, ihren Einfluss auf die Kommandohöhen der meisten südostasiatischen Ökonomien zu konsolidieren.[87]

---

[85] Zur Beziehung zwischen der chinesischen Diaspora in Übersee und chinesischem Nationalismus siehe Prasenjit Duara (1997): »Nationalists Among Transnationals: Overseas Chinese and the Idea of China, 1900-1911«, in: A. Ong/D.M. Nonini (Hrsg.). *Ungrounded Empires: The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism.* New York.

[86] Siu-lun Wong (1988): *Emigrant Entrepreneurs*. Hongkong; Jamie Mackie (1998): »Business Success Among Southeast Asian Chinese – The Role of Culture, Values, and Social Structures«, in: R.W. Hefner (Hrsg.), *Market Cultures. Society and Morality in the New Asian Capitalism*. Boulder: Westview Press, S. 142.

[87] Baker, Christopher (1981): »Economic Reorganization and the Slump in Southeast Asia«, *Comparative Studies in Society and History* 23 (3), S. 344f.; Yuan-li Wu/Chun-hsi Wu (1980): *Economic Development in Southeast Asia. The Chinese Dimension*. Stanford, S. 30-34; Jamie Mackie (1992): »Changing Patterns of Chinese Big Business«, in: R. McVey

So war das Kapital der Überseechinesen hervorragend positioniert, um von der Ausweitung des vielschichtigen japanischen Subunternehmenssystems über Japans Grenzen hinaus und der wachsenden Nachfrage US-amerikanischer Unternehmen nach Geschäftspartnern in der Region zu profitieren. Je intensiver die Konkurrenz um ostasiatische kostengünstige und qualitativ hochwertige Arbeitskräfte wurde, um so stärker bildeten die Überseechinesen sich als eines der mächtigsten kapitalistischen Netzwerke in der Region heraus, das in vielerlei Hinsicht die Netzwerke der US-amerikanischen und japanischen Multis in den Schatten stellte.[88] Aber die besten Gelegenheiten für ihre Bereicherung und ihren Machterwerb kamen mit der Reintegration des kontinentalen Chinas in die regionalen und globalen Märkte in den 1980er Jahren. In dieser Hinsicht war die Öffnung der VRC für den Außenhandel und Investitionen entscheidend, deren Erfolg eine ganz neue Phase der ostasiatischen Renaissance einleitete – die Phase der Neuzentrierung der regionalen Ökonomie auf China. Diesem Stadium wenden wir uns im Folgenden zu.

(Hrsg.), *Southeast Asian Capitalists*. Southeast Asian Program, Cornell University, Ithaca, NY., S. 165; Hui 1995, S. 184f.

[88] Arrighi/Hui/Hung/Selden 2003, S. 316; Aihwa Ong/Donald M. Nonini (Hrsg.) (1997): *Ungrounded Empires: The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism.* New York.

# Kapitel 12
# Ursprünge und Dynamik des chinesischen Aufstiegs

Entgegen einem weitverbreiteten Glauben besteht die Hauptanziehungskraft der VRC für ausländisches Kapital nicht in ihren riesigen Reserven billiger Arbeitskraft an sich – es gibt viele solcher Reserven überall auf der Welt, aber nirgends haben sie in dem Ausmaß Kapital angelockt wie in China. Die Hauptanziehungskraft, so unsere Argumentation, besteht in der hohen Qualität dieser Reserven – in Sachen Gesundheit, Bildungsstand und Fähigkeit zum Selbstmanagement – in Kombination mit der rapiden Erweiterung der Angebots- und Nachfragebedingungen für die produktive Mobilisierung dieser Reserven innerhalb Chinas selbst. Diese Kombination wurde außerdem nicht von ausländischem Kapital hervorgebracht, sondern von einem Entwicklungsprozess auf Grundlage einheimischer Traditionen – einschließlich der revolutionären Tradition, die die VRC entstehen ließ. Ausländisches Kapital griff spät in diesen Prozess ein und unterstützte ihn in einigen Richtungen, unterminierte ihn jedoch in anderen.

Die »Kupplerin«, die das Zusammentreffen von ausländischem Kapital und chinesischen Arbeitskräften, Unternehmern und Regierungsfunktionären ermöglichte, war das Kapital der chinesischen Diaspora.[1] Seine Rolle wurde möglich gemacht durch die Entschlossenheit, mit der die VRC unter Deng bei der Öffnung Chinas für Außenhandel und Investitionen aus dem Ausland und beim Streben nach der Rückkehr Hongkongs, Macaus und letztendlich Taiwans gemäß dem Modell »Ein Land, zwei Systeme« die Überseechinesen um Unterstützung bat. Dieses Bündnis erwies sich für die chinesische Regierung als viel fruchtbarer als ihre Politik der offenen Tür gegenüber US-amerikanischen, europäischen und japanischen Unter-

[1] Zum Kapital der chinesischen Diaspora als »Kupplerin« siehe unter anderen Nicholas R. Lardy (1992): *Foreign Trade and Economic Reform in China, 1978-1990*. Cambridge, S. 37-82; Kichiro Fukasaku/David Wall (1994): *China's Long March to an Open Economy*. Paris, S. 26-42; Louis Kraar (1993): »The New Power in Asia«, *Fortune*, 31. Oktober, S. 40. Zur Herkunft des Kapitals der chinesischen Diaspora siehe Kapitel 11.

nehmen. Diese Unternehmen fühlten sich in ihrer Freiheit zum Einstellen und Entlassen von Arbeitskräften, zum Kauf und Verkauf von Waren und der Übersendung von Profiten aus China heraus durch gesetzliche Regulierungen stark beeinträchtigt und beschränkten ihre Investitionen daher gewöhnlich auf das absolut nötige Minimum, um ein Standbein in der VRC zu behalten. Die Überseechinesen dagegen konnten dank ihrer Vertrautheit mit Bräuchen, Gepflogenheiten und der Sprache vor Ort, dank der Instrumentalisierung von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen zu Gemeinden – die sie durch großzügige Spenden an örtliche Institutionen stärkten – und dank der Vorzugsbehandlung, die Funktionäre der KPCh ihnen zuteil werden ließen, die meisten Regulierungen umgehen. So begannen chinesische Unternehmer, während ausländische Betriebe sich noch über das »Investitionsklima« beschwerten, fast ebenso schnell wie (und viel massiver als) vierzig Jahre zuvor von Shanghai nach Hongkong, von Hongkong nach Guangdong abzuwandern. Von dem Erfolg ermutigt, verdoppelte die chinesische Regierung 1988 ihre Bemühungen um das Vertrauen und die Unterstützung der Überseechinesen, indem sie viele der Privilegien, die zuvor den Bewohnern Hongkongs gewährt worden waren, auf die Bewohner Taiwans ausdehnte.[2]

Lange vor dem Tian'anmen-Massaker wurde so ein politisches Bündnis zwischen der KPCh und den Geschäften der Überseechinesen geschlossen. Die Abkühlung der US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Tian'anmen-Massaker dämpfte die Begeisterung des Westens für Investitionen in China noch weiter. Obwohl der chinesische Anteil an Japans gesamten Direktinvestitionen in Ostasien rapide anwuchs – von 5% 1990 auf 24% 1993 –, erlangte Japan nicht mehr die Führungsposition im Prozess der Integration und Expansion der regionalen Wirtschaft, die es in den 1970er und 1980er Jahren innegehabt hatte (s. Kapitel 11). Statt dessen spiegelte dieses Anwachsen den Versuch der japanischen Geschäftswelt wider, die Profitmöglichkeiten, die sich durch die Wirtschaftsreformen in der VRC boten, ebenso sehr zu nutzen wie die Überseechinesen. 1990, als die japanischen Investitionen anliefen, machten die Investitionen von 12 Milliarden US-Dollar aus Hongkong und Taiwan zusammen 75% aller

[2] So/Chiu 1995, Kapitel 11.

Auslandsinvestitionen in China aus und betrugen fast das 35-fache des japanischen Anteils. Ganz gleich, wie schnell die japanischen Investitionen danach wuchsen, sie folgten dem Boom der Auslandsinvestitionen in China eher, als dass sie ihn anführten.[3] Als der chinesische Aufstieg in den 1990er Jahren aus eigener Kraft Schwung aufnahm, strömte japanisches, US-amerikanisches und europäisches Kapital immer massiver nach China. Ausländische Direktinvestitionen, die sich in den ganzen 1980er Jahren auf nur 20 Milliarden Dollar belaufen hatten, schnellten bis 2000 auf 200 Milliarden Dollar empor und stiegen in den nächsten drei Jahren auf mehr als das Doppelte (450 Milliarden Dollar) an. »Aber wenn die Ausländer investierten«, kommentiert Clyde Prestowitz, »dann nur, weil die Chinesen noch mehr investierten«.[4]

Mit anderen Worten, das ausländische Kapital sprang auf den fahrenden Zug einer Wirtschaftsexpansion auf, die es weder gestartet hatte noch anführte. Ausländische Direktinvestitionen spielten eine große Rolle bei der Ankurbelung chinesischer Exporte. Wie Abbildung 5.1 zeigt, war der Boom der chinesischen Exporte jedoch eine späte Episode des chinesischen Aufstiegs. Und selbst dann brauchte das ausländische (insbesondere das US-amerikanische) Kapital China auf jeden Fall viel nötiger als China das ausländische Kapital. US-Firmen von Intel bis General Motors »sind mit einem einfachen Imperativ konfrontiert: Investiere in China, um die billige Arbeitskraft und schnell wachsende Wirtschaft des Landes auszunutzen oder lass dich von Konkurrenten verdrängen.« Im einst bloßen Produktionszentrum China werden heute Hightech-Waren entwickelt und verkauft. »Gott und die Welt will nach China. Dort drüben gibt es 1,2 Milliarden Konsumenten«, sagt der Leiter der US-amerikanischen Technologie-Handelsgruppe AEA. Der Vizepräsident des Herstellers techno-

[3] Arrighi/Hui/Hung/Selden 2003, S. 316f. Trotz der boomenden ausländischen Direktinvestitionen in den 1990er und frühen 2000er Jahren stellen Überseechinesen immer noch mehr als die Hälfte des ausländischen Geldes für Geschäftsgründungen in China bereit. Ted C. Fishman (2005): *China, INC. How the Rise of the Next Superpower Challenges America and the World.* New York, S. 27.

[4] Clyde Prestowitz (2005): *Three Billion New Capitalists. The Great Shift of Wealth and Power to the East.* New York, S. 61.

logischer Komponenten Corning stimmt zu: »Wenige andere Länder werden wohl so große Bedeutung erlangen.«[5]

Aber wie erlangte China so große Bedeutung? Auf welche Kombination von Handlungen und Umständen lässt sich sein außerordentlicher wirtschaftlicher Wandel zurückführen, laut Stiglitz »wahrscheinlich der bemerkenswerteste […] in der Geschichte«?[6] Und in welcher Beziehung steht die heutige ökonomische Renaissance zu früheren Traditionen der nichtkapitalistischen, marktorientierten Entwicklung, zum hundertjährigen Niedergang nach den Opiumkriegen und zur revolutionären Tradition, die zur Entstehung der VRC führte? Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen wollen wir zunächst mit dem Mythos aufräumen, der chinesische Aufstieg sei einem angeblichen Festhalten am neoliberalen Credo zuzuschreiben.

## Die Öffnung Chinas: Smith contra Friedman

Häufig wird bemerkt, dass Chinas Wirtschaftsexpansion sich von der früheren japanischen darin unterscheidet, dass sie für Außenhandel und Investitionen aus dem Ausland offener ist. Die Beobachtung ist korrekt, aber nicht die Folgerung, China befolge damit die neoliberalen Rezepte des Washington-Konsenses. Diese Folgerung ist unter linken Intellektuellen so verbreitet wie unter den Fürsprechern des Konsenses. So erscheint beispielsweise Deng Xiaoping zusammen mit Reagan, Pinochet und Thatcher an herausragender Stelle auf dem Cover von Harveys Buch, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, und darin ist ein ganzes Kapitel dem »Neoliberalismus ›mit chinesischen Eigenschaften‹« gewidmet.[7] Ebenso behauptet Peter Kwong, dass sowohl Reagan als auch Deng »große Fans des neoliberalen Gurus Milton Friedman waren«.

---

[5] »Is the Job Drain China's Fault?«, *Business Week Online*, 13. Oktober 2003; M. Kessler, »U.S. Firms: Doing Business in China Tough, But Critical«, *USA Today*, 17. August 2004, S. 1f.

[6] J. Stiglitz, »Development in Defiance of the Washington Consensus«, *The Guardian*, 13. April 2006.

[7] David Harvey (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich

> »Es ist verblüffend, wie früh sich die Chinesen Friedman als Leitfigur ausgesucht haben – nur ein Jahr, nachdem Thatcher ihre brutalen ›Es gibt keine Alternative‹-Reformen startete. Gerade als Ronald Reagan seine ›Revolution‹ in Amerika begann, indem er die seit der Roosevelt-Ära etablierten sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitsnetze entfernte, folgten Deng und seine Anhänger also Friedmans Rezept, ›die Regierung den Menschen vom Hals zu schaffen‹, und führten China in das neoliberale Universum ein.«[8]

Am anderen Ende des ideologischen Spektrums rühmen sich die institutionellen Fürsprecher des Washington-Konsenses – die Weltbank, der IWF, das US-amerikanische und das britische Finanzministerium, sekundiert von meinungsbildenden Medien wie *The Financial Times* und *The Economist* –, die weltweite Verringerung der Einkommensunterschiede und der Armut, die seit 1980 mit Chinas Wirtschaftswachstum einherging, könne auf Chinas Befolgung ihrer politischen Verordnungen zurückgeführt werden.[9] Dieser Behauptung widerspricht die lange Reihe wirtschaftlicher Katastrophen, die das tatsächliche Befolgen dieser Verordnungen im subsaharischen Afrika, Lateinamerika und der ehemaligen UdSSR ausgelöst hat. Angesichts dieser Erfahrung fragt sich James Galbraith, ob die 1990er Jahre weiterhin als »goldenes Zeitalter des Kapitalismus« gelten sollten oder nicht vielmehr als »eine Art goldenes Zeitalter des reformierten Sozialismus in zwei Ländern (China und Indien) – neben einem Zeitalter der Katastrophen für diejenigen, die sich nach den von *The Economist* befürworteten Verordnungen richteten«.

> »Sowohl China als auch Indien mieden westliche Banken in den 1970er Jahren und ersparten sich die Schuldenkrise. Beide haben bis heute Kapitalkontrollen beibehalten, so dass heißes Geld[10] nicht frei hinein und hinaus fließen kann. Beide halten bis zum heutigen Tag große staatliche Anteile an der Schwerindustrie […] Ja, China und Indien sind im

[8] Peter Kwong (2006): »China and the US are Joined at the Hip. The Chinese Face of Neoliberalism«, *Counterpunch*, 7./8. Oktober, S. 1f.

[9] Zu einem kritischen Überblick über diese Behauptungen siehe Robert Wade (2004): »Is Globalization Reducing Poverty and Inequality?« *World Developmen*t 32 (4).

[10] Geldkapital, das in Phasen schwankender Kurse und daraus resultierender Geld- oder Devisenbewegungen in Erwartung kurzfristiger Aufwertungsgewinne von einem Land in ein anderes fließt (Anm. d. Ü.).

Großen und Ganzen recht erfolgreich. Aber liegt das an ihren Reformen oder an den Regulierungen, die sie weiterhin verhängen? Zweifellos lautet die richtige Antwort: An beidem.«[11]

Wir konzentrieren uns ausschließlich auf China und lassen für den Moment die Frage beiseite, ob es »reformierten Sozialismus« statt einer Variante des Kapitalismus praktiziert. Galbraiths Behauptung, Chinas Reformen seien nicht den neoliberalen Verordnungen gefolgt, wird von Stiglitz' in Kapitel 1 zitierter These gestützt, worauf der Erfolg Chinas beruhe: Es habe den allmählichen Wandel *nicht* zugunsten der vom Washington-Konsens befürworteten Schocktherapien aufgegeben, es habe anerkannt, dass soziale Stabilität die Schaffung von Arbeitsplätzen ebenso erfordert wie Umstrukturierung, und es habe versucht, die fruchtbare Verwendung von durch den intensiver gewordenen Wettbewerb freigesetzten Ressourcen sicherzustellen. Obwohl China den Rat und die Hilfe der Weltbank seit dem Beginn der Reformen begrüßt hat, tat es das immer in einer Weise und unter Bedingungen, die eher dem »nationalen Interesse« Chinas dienten als dem des US-Finanzministeriums und des westlichen Kapitals. So erinnert sich Ramgopal Agarwala an seine eigene Erfahrung als leitender Funktionär der Weltbank in Beijing:

»China ist vielleicht das beste Beispiel für ein Land, das auf Ratschläge aus dem Ausland gehört hat, Entscheidungen aber im Lichte seiner eigenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umstände getroffen hat […] Was immer dem Erfolg Chinas noch zugrunde liegen mag, es war definitiv keine blinde Übernahme der Politik des Washington [Konsens]. Eine Reform ›chinesischer Ausprägung‹ war der bestimmende Zug von Chinas Reformprozess.«[12]

Die chinesische Regierung begrüßte zwar ausländische Direktinvestitionen, aber auch diese nur, wenn sie der Ansicht war, sie dienten Chinas nationalen Interessen. So wurde Toshiba und anderen großen japanischen Firmen in den frühen 1990er Jahren ohne viel Umschweife mitgeteilt, wenn sie ihre Teilehersteller nicht mitbrächten, bräuchten sie gar nicht erst zu

[11] J.K. Galbraith, »Debunking *The Economist* Again«, zugänglich unter: http://www.salon.com/opinion/feature/2004/03/22/economist/print.html.

[12] Agarwala, Ramgopal (2002): *The Rise of China: Threat or Opportunity?* New Delhi, S. 86-89.

kommen.[13] Neuerdings sind chinesische Automobilfirmen in der beneidenswerten Lage, gleichzeitig Jointventure-Verträge mit rivalisierenden ausländischen Konkurrenten zu haben, so wie Guangzhou Automotive mit Honda und Toyota – auf so etwas hat Toyota sich noch nie irgendwo anders eingelassen. Dieses Arrangement ermöglicht es dem chinesischen Partner, die besten Verfahren von beiden Konkurrenten zu erlernen und der einzige im Netzwerk der drei Spieler zu sein, der zu allen anderen Zugang hat.[14]

Allgemeiner gesagt, Deregulierung und Privatisierung sind viel selektiver und allmählicher durchgeführt worden als in Ländern, die sich nach den neoliberalen Verordnungen gerichtet haben. Ja, die Schlüsselreform war nicht Privatisierung, sondern die Tatsache, dass Staatsunternehmen dem Wettbewerb untereinander, mit ausländischen Unternehmen und vor allem mit einer Mischung aus neu geschaffenen privaten, halbprivaten und in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen ausgesetzt wurden. Der Wettbewerb führte im Vergleich zum Zeitraum von 1949-1979 zu einem steilen Rückgang des Anteils der Staatsunternehmen an der Beschäftigung und der Produktion, aber, wie wir gleich sehen werden, verringerte sich die Rolle der chinesischen Regierung bei der Entwicklungsförderung nicht. Im Gegenteil, sie schüttete riesige Geldsummen für die Entwicklung neuer Industrien aus, für die Einrichtung neuer Sonderwirtschaftszonen für Exportproduktion (export processing zones, EPZ), für den Ausbau und die Modernisierung höherer Bildung und für große Infrastrukturprojekte, in einem Ausmaß, das in keinem Land mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen je da gewesen ist.

Dank der einem Kontinent vergleichbaren Größe des Landes und seiner riesigen Bevölkerung ermöglichte diese Politik es der chinesischen Regierung, die Vorteile der größtenteils von ausländischen Investitionen vorangetriebenen, exportorientierten Industrialisierung mit den Vorteilen einer selbstzentrierten, durch eine Sprache, Bräuche, Institutionen und Netzwerke, die Außenstehenden nur durch einheimische Vermittler zugänglich sind, informell geschützten nationalen Ökonomie zu verbinden. Eine

[13] *Far Eastern Economic Review*, 6. September 1994, S. 45.

[14] Oded Shenkar (2006): *The Chinese Century*. Upper Saddle River, NJ., S. 66; Fishman 2005, S. 208-210.

gute Illustration dieser Kombination sind die riesigen EPZ , die die chinesische Regierung aus dem Nichts aufbaute und die jetzt zwei Drittel der Gesamtzahl von Arbeitern in EPZ weltweit beherbergen. Die reine Größe hat es China ermöglicht, drei Produktionsschwerpunkte aufzubauen, von denen jeder auf etwas anderes spezialisiert ist: das Perlflussdelta, spezialisiert auf arbeitsintensive Herstellung, die Produktion von Ersatzteilen und ihre Installation, das Yangtse-Delta, spezialisiert auf kapitalintensive Industrie und die Produktion von Autos, Halbleitern, Handys und Computern, und Zhongguan Cun, Bejing, Chinas Silicon Valley. Mehr als anderswo greift die Regierung hier direkt ein, um die Zusammenarbeit von Universitäten, Unternehmen und staatlichen Banken in der Entwicklung der Informationstechnologie zu fördern.[15]

Die Arbeitsteilung unter den Sonderwirtschaftszonen für Exportproduktion illustriert auch die Strategie der chinesischen Regierung, die wissensintensiven Industrien zu fördern, ohne die arbeitsintensiven aufzugeben. Im Zuge der Verfolgung dieser Strategie, die mehrere chinesische Städte zu Nährböden der High-tech-Forschung gemacht hat, hat die chinesische Regierung das Bildungssystem in einem Tempo und Ausmaß modernisiert und ausgebaut, das selbst in Ostasien ohne Beispiel ist. Aufbauend auf den außergewöhnlichen Errungenschaften in der Grundschulausbildung während der Mao-Ära erhöhte sie die durchschnittliche Länge des Schulbesuchs auf etwa acht Jahre und die Schülerzahl auf 340 Millionen. Infolge-

[15] Loong-Yu Au (2005): »The Post MFA Era and the Rise of China«, A*sian Labour Update*, 56, Fall, S. 10-13. Zusätzlich zu diesen und anderen Sonderwirtschaftszonen für Exportproduktion haben sich industrielle Cluster aller Art über das ganze Land verbreitet. »Die Produktionscluster sind nichts Neues, insbesondere Italien ist ja für sie bekannt, aber in China haben sie eine neue Größenordnung erhalten«, da dort gigantische Industriebezirke geschaffen wurden, von denen jeder »dafür gebaut wurde, sich auf die Herstellung genau einer Sache zu spezialisieren, darunter die prosaischsten Güter: Zigaretten, Feuerzeuge, Aufkleber, Krawatten, Verschlüsse«. In der Gegend von Datang bestreiten mehr als 10.000 Haushalte in 120 Dörfern ihren Lebensunterhalt mit Strümpfen. 2004 stellten sie mehr als 9 Milliarden Paar Strümpfe her, während Fort Payne in den Appalachen – das sich einst zur »Strumpfhauptstadt der Welt« erklärte – weniger als eine Milliarde herstellte. Datangs Betriebe rund um die Strumpfherstellung umfassen etwa 1000 Anlagen zur Textilverarbeitung, 400 Garnhändler, 300 Nähfirmen, 100 Bügelunternehmen, 300 Verpackungsfirmen und 100 Beförderungsunternehmen sowie Tausende von Nähwerkstätten mit durchschnittlich jeweils acht Strickmaschinen. (D. Lee, »China's Strategy Gives It the Edge in the Battle of Two Sock Capitals.« *Los Angeles Times*, 10. April 2005.)

dessen sind die absoluten Zahlen der Absolventen von Chinas staatlichen Colleges mit viel wohlhabenderen Ländern vergleichbar. 2002 erhielten in China beispielsweise 590.000 College-Studenten einen Abschluss in Naturwissenschaften und Technologie, im Vergleich mit Japans 690.000 nur ein oder zwei Jahre früher. Außerdem zeigen Chinas höhere Bildungseinrichtungen eine größere Offenheit für äußere Einflüsse als ihre japanischen und koreanischen Pendants. Chinas beste Universitäten werteten nicht nur ihre Infrastruktur und ihr akademisches Personal auf, darüber hinaus hat das Land das größte Kontingent von Auslandsstudenten in den USA und rapide wachsende Kontingente in Europa, Australien, Japan und anderswo. Die chinesische Regierung hat alle möglichen Anreize geschaffen, um chinesische Auslandsstudenten nach ihrem Studienabschluss zur Rückkehr zu veranlassen, und viele von ihnen, darunter praktizierende Naturwissenschaftler und Führungskräfte, lassen sich von den Möglichkeiten, die eine schnell wachsende Ökonomie bietet, zurücklocken.[16]

Kurz gesagt, die relative Sanftheit, mit der Wirtschaftsreformen durchgeführt wurden, und die kompensierenden Maßnahmen, mit denen die Regierung versucht hat, die Synergie zwischen einem expandierenden nationalen Markt und der neuen Arbeitsteilung zu fördern, zeigen, dass das utopische Vertrauen des neoliberalen Credos bezüglich des Nutzens von Schocktherapien, minimalistischer Regierung und sich selbst regulierenden Märkten den chinesischen Reformern so fremd war wie Smith. In Smiths in Kapitel 2 skizzierter Konzeption einer marktorientierten Entwicklung nutzen Regierungen Märkte als Herrschaftsinstrumente und wenn sie den Handel liberalisieren, so tun sie es allmählich, um die »öffentliche Ruhe« nicht

[16] Yugui Guo (2005): *Asia's Educational Edge: Current Achievements in Japan, Korea, Taiwan, China, and India*. Oxford, S. 154f.; Au 2005; Shenkar 2006, S. 4f.; P. Aiyar, »Excellence in Education: The Chinese Way«, *The Hindu*, 17. Februar 2006; H.W. French, »China Luring Scholars to Make Universities Great«, *The New York Times*, 24. Oktober 2005; C. Buckley, »Let a Thousand Ideas Flower: China Is a New Hotbed of Research«, The New York Times, 13. September 2004. *People's Daily* (17. November 2003) und Statistiken des Bildungsministeriums zufolge sind seit dem Beginn der Reformen 1978 580.000 chinesische Studenten ins Ausland gegangen, um einen höheren Studienabschluss anzustreben, und 150.000 von ihnen sind nach China zurückgekehrt. Unter anderem haben zurückgekehrte Studenten bis zu 5.000 Betriebe überall im Land eröffnet und Einkünfte von mehr als 10 Milliarden Yuan generiert.

zu stören. Sie lassen Kapitalisten statt Arbeiter miteinander konkurrieren, so dass die Profite auf ein tolerierbares Mindestniveau gesenkt werden. Sie fördern die Arbeitsteilung zwischen, statt innerhalb von Produktionseinheiten und -gemeinschaften und investieren in Bildung, um den negativen Auswirkungen der Arbeitsteilung auf die intellektuellen Qualitäten der Bevölkerung entgegenzuwirken. Priorität hat für sie die Errichtung eines Binnenmarktes sowie landwirtschaftliche Entwicklung als Hauptgrundlage der Industrialisierung und, im Lauf der Zeit, auch des Außenhandels und ausländischer Investitionen. Sollte diese Priorität jedoch mit der »Hauptaufgabe« des Souveräns – der »Pflicht, das Land gegen Gewalttätigkeit und Angriff anderer unabhängiger Staaten zu schützen« – kollidieren, so gestattet Smith, dass der Industrie und dem Außenhandel Priorität eingeräumt wird.

Die meisten Charakteristika von Chinas Rückkehr zur Marktwirtschaft passen besser zu dieser Konzeption von marktorientierter Entwicklung als zu Marx' Konzeption der kapitalistischen Entwicklung – eine Konzeption, der zufolge Regierungen die Rolle von Komitees zur Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten der Bourgeoisie übernehmen und damit die Trennung der direkten Produzenten von den Produktionsmitteln ebenso ermöglichen wie die Tendenz kapitalistischer Akkumulatoren, den auf ihnen lastenden Konkurrenzdruck auf die Arbeiter abzuwälzen.

Sicherlich hat die chinesische Regierung bei der Förderung von Exporten und des Imports von technologischem Know-how in viel größerem Ausmaß als die Regierungen der Ming und der Qing aus der Zeit vor den Opiumkriegen, ganz zu schweigen von der VRC unter Mao, die Unterstützung ausländischer und chinesischer Diaspora-Kapitalisten erbeten. Ja, ihre Beziehung zum chinesischen Diaspora-Kapital ähnelt tatsächlich sehr der Beziehung des politischen Austauschs zwischen dem Spanien und dem Portugal des 16. Jahrhunderts und der genuesischen kapitalistischen Diaspora.

Die chinesische Regierung jedoch hat in diesen Beziehungen, wie bereits bemerkt, die Oberhand behalten, indem sie selbst einer der Hauptgläubiger des dominanten kapitalistischen Staats (der USA) wurde und Unterstützung in einer Weise und zu Bedingungen annahm, die Chinas nationalen Interessen entsprachen. Sie kann beim besten Willen nicht als Diener

der Interessen des Auslands oder der chinesischen Diaspora-Kapitalisten charakterisiert werden.[17]

Schwieriger zu beurteilen ist, ob die chinesische Regierung dabei ist, ein Komitee zur Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten der nationalen Bourgeoisie zu werden, die sich im kontinentalen China selbst herausbildet. Auf diesen Punkt werden wir später zurückkommen, aber zunächst einmal mahnt ein anderes Smithsches Merkmal von Chinas Übergang zur Marktwirtschaft zur Vorsicht bei seiner Charakterisierung als Übergang zum Kapitalismus. Dieses andere Merkmal ist die aktive Förderung des Wettbewerbs durch die Regierung, nicht nur unter ausländischem Kapital, sondern unter allem Kapital, ob ausländisch oder inländisch, privat oder öffentlich. Ja, die Reformen legen den Akzent stärker auf die Intensivierung des Wettbewerbs durch das Aufbrechen nationaler Monopole und die Abschaffung von Barrieren als auf Privatisierung.[18] Die Folge, eine ständige Überakkumulation von Kapital und Druck auf Profitraten, ist als »Chinas Dschungelkapitalismus« charakterisiert worden, ähnelt aber mehr einer Smithschen Welt von Kapitalisten, die durch die unerbittliche Konkurrenz dazu getrieben werden, im nationalen Interesse zu handeln.

> »Ein neues Produkt wird eingeführt, häufig von einer ausländischen Firma, und innerhalb von Monaten beginnt ein Pulk von Fabrikanten, viele von ihnen chinesische Privatunternehmen, es auf den Markt zu schmeißen. Stürmische Konkurrenz setzt ein und lässt die Preise abrutschen. Und binnen kurzem kümmern sich Fabrikanten um neue Märkte, zunehmend in Übersee. All dies wird von einem Wirrwarr von Kräften vorangetrieben, die einen der konkurrenzbetontesten Märkte der Welt hervorgebracht haben. Eine Flutwelle von Investitionen aus dem Aus-

[17] Der neueste Beweis hierfür ist die Reihe neuer Hürden, die die chinesische Regierung 2006 für ausländische Investoren geschaffen hat – einschließlich verstärkter Überprüfungen vom Ausland unterstützter Fusionierungen und beabsichtigter Einschränkungen in Bereichen vom Bankwesen über den Einzelhandel bis hin zur Fertigung –, worüber ausländische Firmen besonders beunruhigt sind, weil sie aus der zunehmenden Beschäftigung der Regierung mit der Hilfe für Chinas sich erweiterndes Universum inländischer Firmen und dringlicher sozialer Fragen wie Armut und Einkommensunterschieden herrühren. A. Batson/M. Fong, »In Strategic Shift, China Hits Foreign Investors With New Hurdles«, *Wall Street Journal*, 30. August, 2006, A1.

[18] Rawski 1999, S. 142, 145; Agarwala 2002, S. 103-106.

land […] hat das Land einige der modernsten Herstellungstechniken gelehrt. Ein ungezügelter Appetit auf ausländische Technologie hat Produktivitätszuwächse in der ganzen Ökonomie vorangetrieben, während im ganzen Land unternehmerische Leidenschaft aus dem Chaos ihres einst zentral geplanten Systems gesprossen ist.«[19]

Halsabschneiderische Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen führte, natürlich, zu einer starken Zerrüttung der Arbeitsplatzsicherheit, die städtische Arbeiter in der Mao-Ära genossen, sowie zu zahllosen Fällen von extremer Ausbeutung, insbesondere von Wanderarbeitern.[20] Wie wir im Schlussteil des Kapitels sehen werden, gehörten die Not, die entlassene städtische Arbeiter erlitten, und die extreme Ausbeutung von Wanderarbeitern zu den Hauptursachen der Eskalation von Arbeiterunruhen und sozialen Konflikten der späten 1990er und frühen 2000er Jahre. Nichtsdestotrotz müssen Arbeiternot und Aufstände in den Kontext der Regierungspolitik gestellt werden, die, auch in dieser Hinsicht, nicht das neoliberale Schlüsselrezept übernahm, der Steigerung der Rentabilität das Wohlergehen der Arbeiter zu opfern. Nicht nur sind medizinische, Renten- und andere »obligatorische Leistungen« für Arbeiter in Jointventures in Chinas offiziellem Sektor weiterhin großzügiger und das Entlassen von Arbeitern schwieriger als in Ländern mit einem vergleichbaren oder sogar höheren Pro-Kopf-Einkommen. Noch wichtiger ist, dass die Verbindung zwischen dem Ausbau höherer Bildung, der rapiden Zunahme alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten in neuen Industrien, der Steuererleichterungen für die Landbevölkerung und anderer Reformen, die Dorfbewohner zur Arbeit in der Agrarwirtschaft animieren, einen Arbeits-

---

[19] K. Leggett/P. Wonacott, »Burying the Competition«, *Far Eastern Economic Review*, 17. Oktober 2002. Ähnliche Darstellungen finden sich, unter anderem, in James Kynge (2006): *China Shakes the World.* Boston, MA., und S. Kotkin, »Living in China's World«, *The New York Times*, 5. November 2006.

[20] Siehe, unter anderen Anita Chan (2000): »Globalization, China's Free (Read Bounded) Labor Market, and the Trade Union«, Asia Pacific Business Review 6 (3-4); Jun Tang (2003-4): »Selection from Report on Poverty and Anti-Poverty in Urban China«, Chinese Sociology and Anthropology 36 (2-3); Ching Kwan Lee/Mark Selden (2007): »Durable Inequality: The Legacies of China's Revolutions and the Pitfalls of Reforms«, in: J. Foran/D. Lane/A. Zivkovic (Hrsg.), Revolution in the Making of the Modern World: Social Identities, Globalization, and Modernity. London.

kräftemangel herbeigeführt und so die Grundlagen für die extreme Ausbeutung von Wanderarbeitern unterminiert hat. »Wir erleben das Ende des goldenen Zeitalters von extrem kostengünstiger Arbeitskraft in China«, erklärt ein Goldman-Sachs-Ökonom. »Es gibt reichlich Arbeiter, aber der Bestand an ungebildeten Arbeitern schrumpft […] Chinesische Arbeiter steigen in der Wertschöpfungskette schneller empor als erwartet.«[21]

Die bis hierher untersuchten Smithschen Merkmale von Chinas Reformen, – die Tatsache, dass sie in kleinen Schritten durchgeführt werden und von staatlichen Maßnahmen zur Erweiterung und Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dem massiven Ausbau des Bildungswesens, der Unterordnung kapitalistischer Interessen unter das nationale Interesse und der aktiven Förderung des Wettbewerbs zwischen Kapitalisten begleitet werden– haben alle zu diesem entstehenden Mangel beigetragen. Aber der entscheidende Faktor war wahrscheinlich ein weiteres Smithsches Merkmal von Chinas Reformen: die führende Rolle, die sie der Ausbildung des Binnenmarkts und der Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land zuwiesen. Diesem äußerst wichtigen Faktor wenden wir uns nun zu.

## Akkumulation ohne Enteignung

Wie Smith geraten hätte, nahmen Dengs Reformen als erstes die heimische Ökonomie und die Landwirtschaft ins Visier. Die Schlüsselreform war die Einführung des Systems der Eigenverantwortlichkeit der Haushalte von 1978-1983, das die Entscheidungsfindung und die Kontrolle über landwirtschaftliche Überschüsse von den Kommunen zurück in die ländlichen Haushalte brachte. Darüber hinaus wurden 1979 und erneut 1983 die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wesentlich erhöht. Infolgedessen stieg die Produktivität von Höfen und die Rückkehr zu bäuerlichen Tätigkeiten

[21] D. Barboza, »Labor Shortage in China May Lead to Trade Shift«, *New York Times*, 3. April 2006; T. Fuller, »Worker Shortage in China: Are Higher Prices Ahead?«, *Herald Tribune Online*, 20. April 2005; S. Montlake, »China's Factories Hit an Unlikely Shortage: Labor«, *Christian Science Monitor,* 1. Mai 2006; »China's People Problem.« *The Economist*, 14. April 2005.

dramatisch an und stärkte die frühere Tendenz der Kommunen- und Brigadeunternehmen, nichtlandwirtschaftliche Güter zu produzieren. Durch diverse institutionelle Beschränkungen der räumlichen Mobilität ermutigte die Regierung Landarbeiter, »das Land zu verlassen, ohne das Dorf zu verlassen«. Dennoch erteilte sie 1983 Landbewohnern die Erlaubnis, Ferntransport und Marketing zu betreiben, um Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu finden. Dies war das erste Mal in einer Generation, dass chinesischen Landwirten das Recht eingeräumt wurde, außerhalb ihrer Heimatdörfer geschäftlich tätig zu sein. 1984 wurden die Vorschriften noch weiter gelockert, um Landwirten zu gestatten, in nahegelegenen Ortschaften in den entstehenden kollektiven Gemeinde- und Dorfunternehmen (»Township and Village Enterprises«; TVEs) zu arbeiten.[22]

Zur Entstehung der TVEs führten zwei weitere Reformen: die finanzpolitische Dezentralisierung, die Kommunalverwaltungen Autonomie in der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Nutzung von überschüssigen Steuereinnahmen für Bonuszahlungen gewährte, und die Umstellung auf eine Beurteilung der Kader auf Grundlage der Wirtschaftsleistung ihrer Gegend, was Kommunalverwaltungen starke Anreize gab, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen. So wurden TVEs zu Vorreitern der Neuausrichtung unternehmerischer Energien von Parteikadern und Regierungsbeamten auf Entwicklungsziele. Die finanziell größtenteils selbständigen Unternehmen wurden auch zur wichtigsten Einflussgröße bei der Umverteilung landwirtschaftlicher Überschüsse auf arbeitsintensive industrielle Tätigkeiten, die überschüssige städtische Arbeitskräfte produktiv absorbieren konnten.[23]

---

[22] Fang Cai/Albert Park/Yaohui Zhao (2004): »The Chinese Labor Market«. Vortrag auf der Second Conference on China's Economic Transition: Origins, Mechanisms, and Consequences. University of Pittsburgh, Pittsburgh, 5.-7. November; Jonathan Unger (2002): *The Transformation of Rural China*. Armonk NY.

[23] Jean Oi (1999): *Rural China Takes Off: Institutional Foundations of Economic Reform*. Berkeley; Nan Lin (1995): »Local Market Socialism: Local Corporatism in Action in Rural China«, *Theory and Society* 24; Andrew Walder (1995): »Local Governments as Industrial Firms: An Organizational Analysis of China's Transitional Economy«, *American Journal of Sociology* 101 (2); Susan H. Whiting ( 2001): *Power and Wealth in Rural China: the Political Economy of Institutional Change*. Cambridge; Juan Wang (2005): »Going Beyond Township and Village Enterprises in Rural China«, *Journal of Contemporary China*. 14 (42), S. 179; Kellee S. Tsai (2004): »Off Balance: The Unintended Consequences of Fiscal Federa-

Die Folge war ein explosives Anwachsen der ländlichen Arbeitskräfte, die in nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten beschäftigt waren, von 28 Millionen 1978 auf 176 Millionen 2003. Den größten Teil dieses Zuwachses machten TVEs aus. Zwischen 1980 und 2004 schufen sie fast viermal so viele Arbeitsplätze, wie in staatlichen und kollektiven städtischen Betrieben verloren gingen. Obwohl zwischen 1995 und 2004 die Zunahme an Arbeitsplätzen in TVEs weit hinter ihrer Abnahme in staatlichen und kollektiven städtischen Betrieben zurückblieb, beschäftigten TVEs am Ende dieses Zeitabschnitts immer noch mehr als doppelt so viele Arbeiter wie alle städtischen Unternehmen in ausländischem, privatem und kollektivem Besitz zusammengenommen.[24]

Die Dynamik ländlicher Unternehmen überraschte Chinas Führungsschicht. Die Entwicklung der TVEs – gab Deng Xiaoping 1993 zu – »überstieg unsere Erwartungen in jeder Hinsicht«. Inzwischen hatte sich die Regierung eingeschaltet und die TVEs legalisiert und reguliert. 1990 wurde allen Gemeinde- oder Dorfbewohnern kollektiv der Besitz der TVEs zugesprochen. Den Kommunalverwaltungen wurde jedoch die Befugnis erteilt, Manager zu benennen und zu entlassen oder dieses Recht einer Regierungsbehörde zu übertragen. Auch die Verteilung der TVE-Profite wurde geregelt, wobei mehr als die Hälfte zur Modernisierung und Erweiterung der Produktion und zur Aufstockung der Wohlfahrts- und Bonusfonds in das Unternehmen reinvestiert und der Rest größtenteils für den Aufbau landwirtschaftlicher Infrastruktur, Technologiebetriebe, die öffentliche Wohlfahrt und Investitionen in neue Unternehmen zur Verfügung gestellt werden musste. In den späten 1990er Jahren gab es Versuche, vage definierte Besitzrechte in Formen von Aktien- oder rein privatem Besitz umzuwandeln. Alle Regulierungen – einschließlich der Vorschriften zur Verteilung der Profite – waren jedoch schwer durchzusetzen, sodass TVEs inzwischen

lism in China«, *Journal of Chinese Political Science* 9 (2) (2004); Justin Yifu Lin/Yang Yao (o.J.): »Chinese Rural Industrialization in the Context of the East Asian Miracle«, China Center for Economic Research, Beijing University. Zugänglich unter http://www.esocialsciences.com/articles/displayArticles.asp?Article_ID=647.

[24] China Statistical Yearbook 2005 (Zhongguo Tongji Nianjian 2005) Beijing: China Statistics Press and China Agricultural Yearbook 2005 (Zhongguo Nongye Tongji Nianjian 2005) Beijing: China Agricultural Press.

von einer solchen Vielfalt lokaler Arrangements und Praktiken charakterisiert werden, dass ihre Kategorisierung extrem schwierig geworden ist.[25]

Und doch, trotz oder vielleicht wegen ihrer organisatorischen Vielfalt könnten sich TVEs im Rückblick durchaus als ebenso wesentlich für Chinas wirtschaftlichen Aufstieg erweisen wie vertikal integrierte, bürokratisch geleitete Unternehmen für den US-amerikanischen Aufstieg ein Jahrhundert zuvor. Sie haben in mannigfaltiger Weise zum Erfolg der Reformen beigetragen. Erstens gestattete ihre arbeitsintensive Orientierung ihnen, ländliche überschüssige Arbeitskräfte zu absorbieren und ohne eine massive Zunahme der Abwanderung in städtische Gegenden das Einkommen auf dem Land zu erhöhen. Ja, der größte Teil der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt in den 1980er Jahren war die Bewegung von Landwirten aus der Landwirtschaft heraus, um in ländlichen Kollektivbetrieben zu arbeiten. Zweitens erhöhte der Einstieg der relativ wenig regulierten TVEs in zahlreiche Märkte den Konkurrenzdruck allgemein, weswegen nicht nur die Staatsunternehmen, sondern alle städtischen Unternehmen ihr Abschneiden verbessern mussten.[26] Drittens waren TVEs eine wichtige Quelle ländlicher Steuereinnahmen und verringerten so die finanzielle Belastung der Bauern. Da Steuern und Abgaben eine Hauptursache für die Not der Bauern waren, trugen sie so zur sozialen Stabilität bei. Außerdem halfen sie durch die Übernahme eines Großteils der zuvor von den Bauern zu entrichtenden Steuern und Kosten, die Bauern vor raffgierigen Kommunalverwaltungen zu schützen.[27] Viertens, und dies war entscheidend, haben TVEs durch die lokale Reinvestition von Profiten und Renditen den Binnenmarkt vergrößert und die Bedingungen für neue Runden von Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsteilung geschaffen.[28]

---

[25] Wing Thye Woo (1999): »The Real Reasons for China's Growth«, *The China Journal* 41, S. 129-137; Boudewijn R.A. Bouckaert (2005): »Bureaupreneurs in China: We Did It Our Way – A comparative study of the explanation of the economic successes of town-village-enterprises in China«, Vortrag auf der EALE Konferenz. Ljubljana, September; Martin Hart-Landsberg/Paul Burkett (2004): »China and Socialism: Market Reform and Class Struggle«, *Monthly Review* 56 (3), S: 35); Lin und Yao (o.J.).

[26] Cai/Park/Zhao 2004.

[27] Wang 2005, S. 177f.; Thomas P. Bernstein/Xiaobo Lu (2003): *Taxation without Representation in Contemporary Rural China*. New York.

[28] Lin/Yao (o.J.).

Wie Gillian Hart bei der Auflistung der Entwicklungsvorteile Chinas im Vergleich zu Südafrika bemerkt hat – wo die afrikanische Landbevölkerung schon seit langem von den Produktionsmitteln enteignet ist, ohne eine entsprechende Schaffung der Nachfragebedingungen für ihre Absorption in Lohnarbeit –, kann ein großer Teil des chinesischen Wirtschaftswachstums auf den Beitrag der TVEs zur Reinvestition und Umverteilung von industriellen Profiten innerhalb lokaler Kreisläufe und auf deren Nutzung in Schulen, Kliniken und anderen Formen des kollektiven Konsums zurückgeführt werden. Außerdem konnten die Einwohner in TVEs mit einer relativ egalitären Landverteilung unter den Haushalten – wie diejenigen, die Hart 1992 in den Provinzen Sichuan und Hunan besichtigte – ihren Lebensunterhalt durch die Kombination aus intensiver Bebauung winziger Grundstücke mit industriellen oder anderen Formen nichtlandwirtschaftlicher Arbeit bestreiten. Ja, »eine Schlüsselkraft beim Antrieb des Wachstums [der TVEs] ist, dass sie, anders als ihre städtischen Gegenstücke, keine Unterkünfte, Kranken- und Rentenversicherung und andere Leistungen für Arbeiter zur Verfügung stellen müssen. Eigentlich ist ein großer Teil der Kosten für die Reproduktion von Arbeitskraft aus den Unternehmen verlagert worden – wird aber, zumindest in einigen Fällen, durch Mechanismen der Umverteilung getragen«. Dieses Muster könnte man, so schlägt Hart im weiteren vor, nicht nur in China, sondern auch in Taiwan beobachten.

> »Was an China und Taiwan charakteristisch ist – und sie drastisch von Südafrika unterscheidet – sind die Bodenreformen seit den späten 1940er Jahren, die die Macht der Klasse der Grundbesitzer tatsächlich zerschlugen. Die für die Agrarreformen in China und Taiwan verantwortlichen politischen Kräfte waren eng verwandt und genau entgegengesetzt. Doch sowohl im sozialistischen und postsozialistischen China als auch im ›kapitalistischen‹ Taiwan waren die den landwirtschaftlichen Wandel bestimmenden Umverteilungsreformen durch rapide, dezentralisierte industrielle Akkumulation *ohne* Enteignung des Landes gekennzeichnet. […] Dass sich einige der spektakulärsten Vorgänge der industriellen Produktion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ohne die Enteignung der Bauern/Arbeiter von ihrem Land vollzogen, gibt nicht nur über die unverwechselbar ›nichtwestlichen‹ Formen der Akkumu-

lation, die den globalen Wettbewerb stärken, Aufschluss […] [Es sollte uns auch zwingen,] die teleologischen Annahmen über ›ursprüngliche Akkumulation‹, durch die Enteignung als natürliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung gesehen wird, zu revidieren.«[29]

Aus dem in diesem Buch entwickelten Blickwinkel lässt sich Harts Plädoyer für eine Revidierung der Annahmen über ursprüngliche Akkumulation wie folgt neu fassen. Die Trennung landwirtschaftlicher Produzenten von den Produktionsmitteln war eher eine Folge der schöpferischen Zerstörung des Kapitalismus als eine seiner Voraussetzungen. Die langlebigste und entscheidende Form der ursprünglichen Akkumulation – oder, wie Harvey den Prozess umbenannt hat, von Akkumulation durch Enteignung – ist der Einsatz militärischer Gewalt durch westliche Staaten, um für die unendliche Akkumulation von Macht und Kapital räumliche Fixierungen von zunehmendem Umfang und Ausmaß bereitzustellen. Die Versuche der USA, zum Weltstaat zu werden und so die ultimative räumliche Fixierung zustande zu bringen, schlugen jedoch fehl. Statt einen Weltstaat zu schaffen, schufen sie einen Weltmarkt von nie da gewesener Ausdehnung und Dichte, auf dem die Region mit dem größten Vorrat an billiger Arbeitskraft von hoher Qualität einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil hat. Es ist kein historischer Zufall, dass diese Region Ostasien ist – Erbe einer Tradition der Marktwirtschaft, die mehr als jede andere eher menschliche als nichtmenschliche Ressourcen mobilisiert und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Wohlergehen der landwirtschaftlichen Produzenten eher geschützt als zerstört hat.

Dies ist noch eine weitere Umformulierung von Sugiharas These der anhaltenden Bedeutung der ostasiatischen Fleißrevolution. Harts Beobachtung, dass in den TVEs die intensive Bebauung kleiner Grundstücke kombiniert wird mit industriellen und anderen Formen nichtlandwirtschaftlicher Arbeit und mit Investitionen in die qualitative Verbesserung der Arbeitskräfte, bestätigt die Gültigkeit der These. Aber das tut auch die häufig angestellte Beobachtung, dass, selbst in städtischen Gegenden, der Hauptvorteil chinesischer Produzenten nicht die niedrigen Löhne als solche sind,

[29] Gillian Hart (2002): *Disabling Globalization: Places of Power in Post-Apartheid South Africa*. Berkeley, S. 199-201.

sondern der Einsatz von Techniken, die billige gut ausgebildete Arbeiter verwenden statt teurer Maschinen und Manager. Eine gute Illustration ist die Automobilfabrik Wanfeng, in der Nähe von Shanghai, wo »kein einziger Roboter zu sehen ist«. Wie in vielen anderen chinesischen Fabriken sind die Fertigungsstraßen von einer großen Zahl junger Männer besetzt, frisch aus Chinas expandierenden technischen Hochschulen eingetroffen und mit wenig mehr als großen elektrischen Bohrern, Schraubenschlüsseln und Gummihämmern ausgestattet.

> »Motoren und Karosserien, die sich in einer westlichen, koreanischen oder japanischen Fabrik auf automatischen Förderbändern von Station zu Station bewegen würden, werden von Hand und per Sackkarre befördert. Aus diesem Grund kann Wanfeng seinen handgemachten Luxusjeep Tributes im Nahen Osten für 8.000 bis 10.000 Dollar verkaufen. Statt viele Millionen Dollar für teure Maschinen auszugeben, um Autos zu bauen, verwendet die Firma äußerst kompetente Arbeiter, [deren] Jahreseinkommen […] weniger beträgt als das Monatseinkommen von neu Angestellten in Detroit.«[30]

Allgemein gesagt sind Buchführungsberichte, die Lohnkosten für ein fertiggestelltes Produkt von nur 10% seiner Kosten aufweisen, irreführend, denn sie enthalten weder die vollen Lohnkosten der eingekauften Komponenten noch die allgemeinen Betriebsunkosten. Werden diese Kosten mit eingerechnet, liegen die gesamten Personalkosten eher bei etwa 40 bis 60% der Kosten des Endprodukts, und in China sind diese Personalkosten allgemein niedriger. Allerdings besteht Chinas Hauptwettbewerbsvorteil im Grunde nicht darin, dass seine Produktionsarbeiter typischerweise 5% ihrer US-amerikanischen Pendants kosten, sondern dass seine Ingenieure und Werksleiter 35% oder weniger kosten. In ähnlicher Weise ignorieren Statistiken, die für US-amerikanische Arbeiter in kapitalintensiven Fabriken eine um ein Vielfaches höhere Produktivität ausweisen als für ihre chinesischen Kollegen, die Tatsache, dass die höhere Produktivität der US-amerikanischen Arbeiter am Austausch vieler Fabrikarbeiter gegen komplexe Maschinen für flexible Automatisierung und Materialtransport

[30] Fishman 2005, S. 205f. Weitere Illustrationen zum Einsatz billiger Arbeitskraft statt teurer Anlagen finden sich in George Stalk/David Young, »Globalization Cost Advantage«, *Washington Times*, 24. August 2004.

liegt, was Personalkosten verringert, aber die Kosten für Kapital und Systembetreuung erhöht. Indem sie Kapital sparen und der Arbeitskraft wieder mehr Bedeutung beimessen, kehren chinesische Fabriken diesen Prozess um. Dass Teile so designt werden, dass man sie von Hand herstellen, transportieren und zusammenbauen kann, verringert beispielsweise das erforderliche Gesamtkapital um immerhin ein Drittel.[31]

Außerdem ersetzen chinesische Betriebe, wie schon aufgrund von Sugiharas These zu erwarten, mit billigen gut ausgebildeten Arbeitskräften nicht nur teure Maschinen, sondern auch teure Manager. Eine Arbeiterschaft unter Selbstmanagement »hält auch die Kosten für Management niedrig« und rechtfertigt so Smiths schlechte Meinung von bürokratischem Unternehmensmanagement.

> »Trotz der gewaltigen Zahlen von Arbeitern in chinesischen Fabriken sind die Reihen der Manager, die sie beaufsichtigen, nach westlichen Standards bemerkenswert dünn besetzt. Je nach Arbeit sieht man vielleicht 15 Manager für 5.000 Arbeiter, ein Indiz dafür, wie unglaublich gut sie sich selbst managen.«[32]

Wie bereits bemerkt, hat die Regierungspolitik im Bildungsbereich China mit einem Fundus an menschlichen Ressourcen ausgestattet, der, zusammen mit einem riesigen Angebot an belesenen und fleißigen Arbeitern, ein großes und schnell anwachsendes Angebot an Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Technikern umfasst. Dieses sich erweiternde Angebot an Wissensarbeitern erleichtert nicht nur den Ersatz teurer Maschinen und Manager durch billige gut ausgebildete Arbeitskräfte, sondern auch – wie Smith befürwortete – die Erweiterung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf wissensintensive Produktion und Innovationen. Es genügt wohl zu erwähnen, dass die USA 2003, während sie fast fünf Mal so viel für Forschung und Entwicklung ausgaben wie China, weniger als doppelt so viele Forscher hatten (1,3 Millionen gegenüber 743.000). Außerdem sind Chinas Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Laufe der letzten zwölf

---

[31] T. Hout/J. Lebretton, »The real Contest Between America and China«, *The Wall Street Journal Online*, 16. September 2003.

[32] Ted C. Fishman, »The Chinese Century«, *The New York Times Magazine*, 4. Juli 2004.

Jahre um jährlich 17% gestiegen, gegenüber den 4 bis 5%, die für die USA, Japan und die Europäische Union berichtet werden.[33]

## Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs

Die enge Übereinstimmung zwischen der gegenwärtigen Umgestaltung der politischen Ökonomie Chinas und Smiths Konzeption von marktorientierter Entwicklung heißt nicht, dass Dengs Reformen in irgendeiner Weise von Smiths Texten inspiriert gewesen wären. Wie bereits bemerkt, nahmen die Praktiken des Beamten Chen Hongmou im 18. Jahrhundert das vorweg, was Smith später in *Der Wohlstand der Nationen* theoretisch erörterte. Diese Praktiken entstammten nicht der Theorie, sondern einer pragmatischen, von chinesischen Traditionen inspirierten Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China der Mitte der Qing-Dynastie. Ob Deng jemals Smiths Texte las oder nicht, seine Reformen leiteten sich aus einer ähnlich pragmatischen Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China nach Mao her.

So hat Wang Hui von der Tsinghua Universität kürzlich die Ursprünge der Reformen zurückgeführt auf eine – innerhalb und außerhalb der KPCh weithin gutgeheißene – Reaktion auf die »internen Unstimmigkeiten und den chaotischen Charakter der Politik während der letzten Jahre der Kulturrevolution«. Während sie die Kulturrevolution vollkommen ablehnte, wies die KPCh dennoch »weder die Chinesische Revolution oder sozialistische Werte noch Mao Zedongs Gedankengut im Ganzen zurück.« Zwei Auswirkungen ergaben sich daraus.

> »Erstens hat die sozialistische Tradition bis zu einem gewissen Grad als interne Beschränkung staatlicher Reformen gewirkt. Jedes Mal, wenn das System der Staatspartei die politische Linie entscheidend veränderte, musste dies im Dialog mit dieser Tradition durchgeführt werden […] Zweitens gab die sozialistische Tradition Arbeitern, Bauern und anderen gesellschaftlichen Kollektiven legitime Mittel an die Hand, ge-

[33] Ebd.; G. Naik, »China's Spending for Research Outpaces the U.S.«, *The Wall Street Journal Online*, 29. September, 2006.

gen die korrupten oder inegalitären Methoden der Marktorientierung zu kämpfen oder über sie zu verhandeln. So eröffnet eine Reaktivierung von Chinas Vermächtnis innerhalb des historischen Prozesses der Überwindung der Kulturrevolution auch eine Möglichkeit zur Entwicklung künftiger Politik.«[34]

Was die Beziehungen zwischen den Reformen und Chinas sozialistischer Tradition angeht, gibt es mindestens zwei gute Gründe dafür, dass die KPCh unter Deng die Kulturrevolution, aber nicht die durch die Chinesische Revolution begründete Tradition ablehnte. Erstens vollendeten die internen Unstimmigkeiten und das politische Chaos der späteren Jahre der Kulturrevolution die Errungenschaften der Chinesischen Revolution, drohten diese aber gleichzeitig zunichte zu machen. Und zweitens verschonte der Ansturm der Kulturrevolution die KPCh nicht, vielmehr unterminierte er die Basis der Macht und Privilegien ihrer Kader und Funktionäre im Verwaltungsapparat. So hatten Dengs Reformen einen doppelten Reiz: für Parteikader und Funktionäre als Mittel zur Wiederherstellung ihrer Macht und Privilegien auf neuer Grundlage, und für die Gesellschaft im Allgemeinen als Mittel zur Konsolidierung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, die die Kulturrevolution gefährdet hatte.

Was den ersten Anreiz betrifft, so schufen die Reformen unzählige Gelegenheiten zur Neuausrichtung unternehmerischer Energien von der politischen auf die wirtschaftliche Sphäre, die Parteikader und -funktionäre eifrig beim Schopf packten, um sich im Bündnis mit Regierungsbeamten und Managern von Staatsunternehmen – häufig selbst einflussreiche Parteimitglieder – zu bereichern und Macht zu erlangen. Dabei wurde mit diversen Formen der Akkumulation durch Enteignung, etwa der Aneignung öffentlichen Besitzes, der Veruntreuung staatlicher Gelder und dem Verkauf von Landnutzungsrechten, der Grundstock riesiger Vermögen gelegt.[35] Un-

[34] Wang Hui (2006): »Depoliticized Politics, From East to West«, *New Left Review* II/41, S. 34, 44f.

[35] Yingyi Qian (1996): »Enterprise Reforms in China: Agency Problems and Political Control«, *Economics of Transition* 4 (2); X.L. Ding (2000): »The Illicit Asset Stripping of Chinese State Firms«, *The China Journal* 43; Lee/Selden (2007). Diese und andere Formen der Akkumulation durch Enteignung traten zusammen mit der von Hart betonten Akkumulation ohne Enteignung auf. Bei einem Land von der Größe und Komplexität Chinas ist es natürlich sehr schwer zu sagen, welche Tendenz zu verschiedenen Zeitpunkten vor-

klar ist jedoch, ob Bereicherung und Machterwerb dieser Art zur Herausbildung einer kapitalistischen Klasse geführt haben und, noch wichtiger, ob eine solche Klasse, wenn sie denn entstanden ist, die Kontrolle über die Kommandohöhen der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen konnte. Unter Jiang Zemin (1989-2002) schien eine positive Antwort auf beide Fragen nahezuliegen. Aber unter Hu Jintao und Wen Jiaobao – wenn die Zeitspanne zur Beurteilung ihrer Orientierung auch kürzer ist – kommt es anscheinend zu einer Umkehr, durch die eine positive Antwort, insbesondere auf die zweite Frage, viel weniger naheliegt.[36]

Was den Reiz von Dengs Reformen für die Gesellschaft im Allgemeinen betrifft, so müssen wir zunächst anerkennen, dass der Erfolg der Reformen in hohem Maße auf früheren Errungenschaften der Chinesischen Revolution beruhte. Wenn westliche und japanische Beobachter Chinas Arbeiterschaft im Vergleich zu der Indiens, einschließlich ländlicher Migranten, für ihre Bildung, Lernwilligkeit und Disziplin loben, schreibt Au Loong-yu, »kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dass einer der Faktoren hierfür die große Veränderung durch die vorhergehende Landreform ist, und die aus ihr folgende kollektive Versorgung mit ländlicher Infrastruktur und Bil-

herrschte, und noch schwerer, welche Tendenz sich wahrscheinlich in der Zukunft durchsetzen wird. Die unten vorgebrachte Position ist, dass unter Jiang Zemin die Akkumulation durch Enteignung im Vormarsch war und sich letztlich vielleicht durchgesetzt hätte, wäre es nicht unter Hu Jintao, durch die Eskalation sozialer Unruhen, zu einer Änderung der politischen Grundsätze gekommen.

[36] Die Umkehr kündigt sich nicht nur durch die Veränderung politischer Grundsätze und der intensiveren Beschäftigung der neuen Führung mit sozialen Fragen an, sondern auch in der Nutzung einer laufenden Antikorruptionskampagne zur Säuberung des Parteiapparats von Jiangs Anhängern und der Stärkung der Fähigkeit der KPCh und der Zentralregierung, die neue politische Linie effektiv umzusetzen. Siehe J. Kahn, »China's Anti-graft Bid Bolsters Top Leaders«, *The International Herald Tribune*, 4. Oktober 2006; R. McGregor, »Push to Bring the Provinces into Line«, *Financial Times*, 12. Dezember 2006. Ob die Reformen die Fähigkeit der obersten Führungsschicht der KPCh und der Zentralregierung, politischen Grundsätzen auf provinzieller und lokaler Ebene effektiv Geltung zu verschaffen, gestärkt oder geschwächt haben, bleibt umstritten. Gegensätzliche Ansichten zu dieser Frage finden sich in Maria Edin (2003): »State Capacity and Local Agent Control in China: CCP Cadre Management from a Township Perspective«, *The China Quarterly* 173, und Ho-fung Hung (2006): »Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis.« Vortrag beim jährlichen Treffen der Society for the Study of Social Problems, Montreal, August.

dung, und nicht etwas, das mit der späteren Marktreform zu tun hatte«.[37] Der Boom in der landwirtschaftlichen Produktion von 1978–84 hatte etwas mit den Reformen zu tun, aber nur, weil sie auf dem Vermächtnis der Mao-Ära aufbauten. 1978 bewässerten die Gemeinden Chinas mehr als doppelt so viel Ackerland wie 1952 und setzten verstärkt verbesserte Technologien ein, wie Düngemittel und ertragreichen Halb-Zwergreis, der 1977 auf 80% der chinesischen Reisanbaufläche wuchs. »Zu dem Boom in der landwirtschaftlichen Produktion kam es dadurch, dass die während [der] Mao-Ära aufgebaute produktive Basis mit den Anreizen durch das System der Eigenverantwortlichkeit der Haushalte verbunden wurde.«[38]

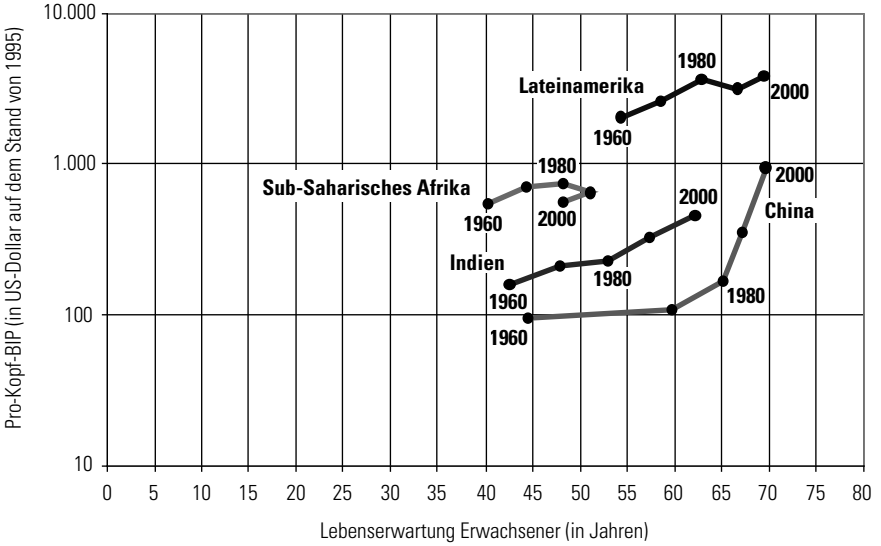
Wie die Abbildungen 12.1 und 12.2 zeigen, traten Chinas größte Fortschritte im Pro-Kopf-Einkommen (dargestellt durch den Anstieg der Kurven) nach 1980 auf. Aber die größten Fortschritte in der Lebenserwartung Erwachsener und, in einem geringeren Ausmaß, in der Alphabetisierungsrate Erwachsener, das heißt in der Grundversorgung (dargestellt durch Bewegungen der Kurve nach rechts) traten vor 1980 auf. Dieses Muster ist ein starker Beleg für die Behauptung, dass Chinas wirtschaftlicher Erfolg auf den außergewöhnlichen sozialen Errungenschaften der Mao-Ära aufbaute. In einem 1981 veröffentlichten Bericht erkannte sogar die Weltbank die Bedeutung dieser Errungenschaften an.

> »Chinas bemerkenswerteste Errungenschaft der letzten dreißig Jahre ist, dass die untersten Einkommensschichten hier in Bezug auf Grundbedürfnisse viel besser gestellt sind als in den meisten anderen armen Ländern. Sie haben Arbeit, ihre Nahrungsmittelversorgung wird durch eine Mischung aus staatlicher Rationierung und kollektiver Eigenversicherung gewährleistet, der größte Teil ihrer Kinder besucht nicht nur eine Schule, sondern erhält auch einen vergleichsweise guten Unterricht,

[37] Au 2005, S. 10-13. Zu der Zeit, als Dengs Reformen anliefen, hatte China Indien in allen Indikatoren zur menschlichen Entwicklung bereits weit hinter sich gelassen: Alphabetisierungsrate, tägliche Kalorienzufuhr, Sterberate, Säuglingssterberate, Lebenserwartung und so weiter. Siehe Peter Nolan (2004): *Transforming China. Globalization, Transition and Development*. London, S. 118.

[38] Agarwala 2002, S. 95f. Zu Bewässerungsprojekten, Straßen- und Schienennetzerweiterungen und dem Anpflanzen von Hybridreis in der Mao-Ära als Grundlage für das Wachstum in der Reformära siehe auch Chris Bramall (2000): *Sources of Chinese Economic Growth, 1978-1996*. New York, S. 95f., 137f., 153, 248.

**Abbildung 12.1: Pro-Kopf-Einkommen und Lebenserwartung Erwachsener, 1960-2000**



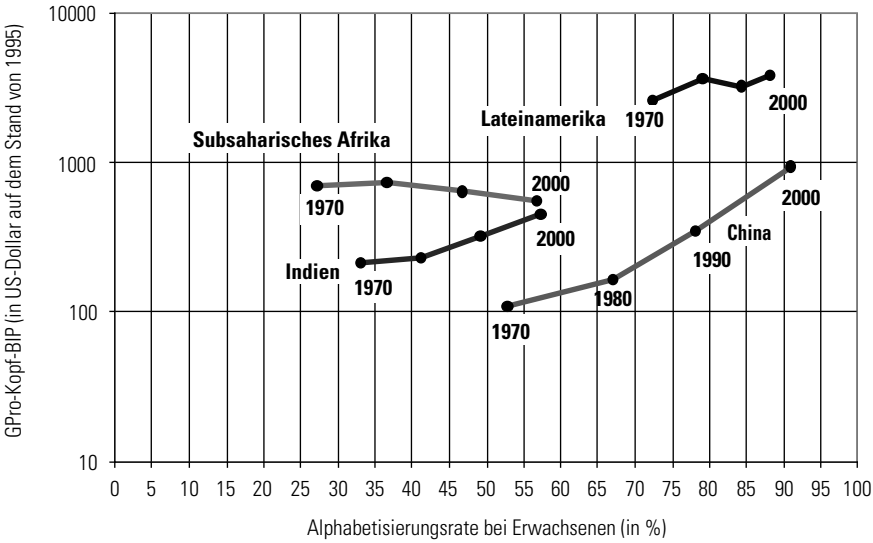

Quelle: Berechnungen auf Grundlage des BIP, der Lebenserwartung Erwachsener und der Bevölkerung von der Weltbank – Weltentwicklungsindikatoren 2004 und 2001

und die große Mehrheit hat Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung und Familienplanungsdiensten. Die Lebenserwartung – deren Abhängigkeit von vielen wirtschaftlichen und sozialen Variablen sie wahrscheinlich zum besten Einzelindikator für das Ausmaß echter Armut in einem Land macht – ist außerordentlich hoch für ein Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen dieses Niveaus.«[39]

Ob Dengs Reformen diese Errungenschaften konsolidiert oder unterminiert haben, ist ein strittiger Punkt, zu dem ich hier nur zwei Betrachtungen anstellen möchte. Erstens hatten sich die Indikatoren für die Grundversorgung der Bevölkerung Chinas (Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate Erwachsener) schon vor den Reformen so stark verbessert, dass

[39] Zit. n. Yuyu Li (2006): »The Impact of Rural Migration on Village Development: A Comparative Study in Three Chinese Villages«, Dissertation, Fachbereich Soziologie, The Johns Hopkins University, Baltimore MD. Siehe auch Agarwala 2002, S. 55.

**Abbildung 12.2: Pro-Kopf-Einkommen und Alphabetisierung Erwachsener**




Quelle: Berechnungen auf Grundlage des BIP und der Bevölkerung von der Weltbank – Weltentwicklungsindikatoren 2004 und 2001 und Alphabetisierungsraten unter Erwachsenen von der United Nations Population Division 2005

es wenig Raum für weitere entscheidende Verbesserungen gab. Und doch kam es, nach den aus den oben dargestellten Abbildungen ablesbaren Indikatoren, zu weiteren Verbesserungen, insbesondere in der Alphabetisierungsrate Erwachsener. Von diesem Standpunkt aus scheint es, als hätten die Reformen die vorhergehenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution konsolidiert und nicht unterminiert.

Zweitens darf man die Bedeutung von Chinas Fortschritten im Pro-Kopf-Einkommen während der Reform-Ära nicht unterschätzen, selbst wenn sie nicht mit einer entsprechenden Verbesserung der Grundversorgung einhergingen. In einer kapitalistischen Welt ist, wie wir wiederholt betont haben, der nationale Wohlstand, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, die primäre Quelle nationaler Macht. Selbst wenn das Streben nach nationaler Macht die Veränderung der Welt in eine sozialistische Richtung bezweckt, blieb der KPCh, wie Mao stets immer sehr genau verstand, wenig

anderes übrig, als das Spiel der Weltpolitik nach den bestehenden kapitalistischen Regeln zu spielen. Als die bevorstehende Niederlage in Vietnam die Vereinigten Staaten zwang, die normalen Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas mit dem übrigen Ostasien und der Welt im Ganzen wieder zuzulassen, war es für das kommunistische China vollkommen sinnvoll, die sich aus diesen Beziehungen ergebenden Chancen zu nutzen, um seinen nationalen Wohlstand und seine Macht zu steigern. Noch bevor die US-amerikanische Invasion im Irak dem chinesischen Aufstieg neuen Schwung verlieh, zeigten Richard Bernstein und Ross Munro ungeschminkt, aber scharfsinnig die wahre politische Bedeutung von Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft auf.

> »Die Ironie der chinesisch-amerikanischen Beziehungen besteht darin, dass China, als es sich fest im Griff des ideologischen Maoismus befand und solche ideologische Verbissenheit an den Tag legte, dass Amerikaner es für gefährlich und bedrohlich hielten, in Wirklichkeit ein Papiertiger war, schwach und praktisch ohne globalen Einfluss. Nun, da China die äußeren Zeichen des Maoismus abgelegt und einen pragmatischen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung und des globalen Handels eingeschlagen hat, scheint es weniger bedrohlich, erwirbt aber tatsächlich die erforderlichen Mittel, um seinen globalen Ambitionen und Interessen mit echter Macht Nachdruck zu verleihen.«[40]

Eine präzisere Version dieser Bewertung ist, dass die KPCh, solange China durch die US-amerikanische Politik des Kalten Krieges vom globalen Handel abgeschnitten war und sich militärisch durch die UdSSR bedroht fühlte, dazu getrieben wurde, Ideologie als Hauptwaffe im Kampf um die nationale und internationale Konsolidierung ihrer Macht einzusetzen. Aber als die ideologische Waffe in den letzten Jahren der Kulturrevolution begann, auf sie zurückzuschlagen, etwa zur selben Zeit, als die USA im Kalten Krieg gegen die UdSSR ein Bündnis mit China anstrebten, waren die Voraussetzungen geschaffen für eine pragmatische Nutzung des Marktes als Instrument des Machterwerbs der KPCh auf nationaler und der VRC auf internationaler Ebene. Während über den Machterwerb der KPCh das

[40] Richard Bernstein/Ross H. Munro (1997): »The Coming Conflict with America«, *Foreign Affairs* 76 (2), S. 22.

letzte Wort noch nicht gesprochen ist – da noch nicht klar ist, ob ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft Chinas gestärkt oder geschwächt worden ist –, steht bereits fest, dass die Wirtschaftsreformen für den Machterwerb der VRC ein durchschlagender Erfolg waren.

Warum also einen neuen Kurs einschlagen, wie die KPCh es unter ihrer neuen Führung getan hat? Was hat die Veränderung ausgelöst und in welche Richtung wird sie Chinas Ökonomie und Gesellschaft aller Voraussicht nach führen? Wang Huis Beobachtungen zur Beziehung zwischen Dengs Reformen und der Tradition der Chinesischen Revolution geben uns einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Fragen. Die Grundlage dieser Tradition ist eine eigene chinesische Sorte von Marxismus-Leninismus, die mit der Aufstellung der Roten Armee in den späten 1920er Jahren entstand, sich aber erst nach der Besetzung von Chinas Küstenregionen durch Japan in den späten 1930er Jahren voll entwickelte. Diese ideologische Neuerung hatte zwei Hauptbestandteile.

Erstens wurde das leninistische Prinzip der Partei als Avantgarde beibehalten, die aufrührerische Stoßrichtung der leninistischen Theorie aber aufgegeben. In der stark zersplitterten Einzelstaatsstruktur des Chinas der Bandenchefs und der Guomindang (GMD) gab es keinen »Winterpalast« zu stürmen oder besser gesagt, es gab zu viele solcher Paläste, als dass eine aufständische Strategie irgendeine Erfolgschance gehabt hätte. Die aufrührerischen Aspekte der leninistischen Theorie wurden daher durch das ersetzt, was Mao später als »Massenlinie« zur Theorie erhob – die Idee, dass die Partei als Avantgarde nicht nur Lehrer, sondern auch Schüler der Massen sein sollte. »Dieses Von-den-Massen-zu-den-Massen-Konzept«, so bemerkt Fairbank, »war tatsächlich eine Art Demokratie, angepasst an die Tradition Chinas, wo der Beamte der oberen Klassen dann am besten regierte, wenn ihm die wahren Wünsche der Menschen vor Ort am Herzen lagen, und er so in ihrem Interesse regierte.«[41]

Zweitens, in der Frage nach der gesellschaftlichen Basis gab die KPCh der Bauernschaft statt dem städtischen Proletariat – Marx' und Lenins revolutionärer Klasse – den Vorrang. Wie das Massaker der GMD an kommunistisch geführten Arbeitern in Shanghai 1927 demonstriert hatte, wa-

[41] John K. Fairbank (1992): *China. A New History*. Cambridge, MA., S. 319.

ren die Küstenregionen, in denen sich das Gros des städtischen Proletariats konzentrierte, ein viel zu trügerisches Gelände, um von hier aus die ausländische Vorherrschaft und die Hegemonie der GMD über die chinesische Bourgeoisie herauszufordern. Da sie durch die im westlichen Stil ausgebildeten und ausgerüsteten GMD-Armeen immer weiter von den Stätten der kapitalistischen Expansion fortgetrieben wurden, blieb der KPCh und der Roten Armee nichts anderes übrig, als ihre Wurzeln unter der Bauernschaft in armen und entlegenen Gegenden zu schlagen. Dies führte zu dem, was Mark Selden als »einen in beide Richtungen wirkenden Sozialisationsprozess« beschrieben hat, in dem die Partei-Armee die subalternen Schichten der chinesischen ländlichen Gesellschaft zu einer mächtigen revolutionären Kraft formte und ihrerseits von den Bestrebungen und Werten dieser Schichten geprägt wurde.[42]

Die Verbindung dieser beiden Merkmale mit der modernistischen Stoßrichtung des Marxismus-Leninismus ist die Grundlage der chinesischen revolutionären Tradition und trägt zur Erklärung der Schlüsselaspekte des chinesischen Entwicklungspfads vor und nach den Reformen sowie der jüngsten Veränderung der politischen Linie unter Hu bei. Zuallererst erklärt sie, warum in Maos China, in scharfem Gegensatz zu Stalins UdSSR, die Modernisierung nicht durch die Zerstörung der Bauernschaft, sondern durch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Bildung angestrebt wurde. Zweitens erklärt sie, warum die chinesische Modernisierung, vor und nach den Reformen, nicht nur auf die Internalisierung der westlichen Industriellen Revolution gegründet war, sondern auch auf die Wiederbelebung der Merkmale der einheimischen Fleißrevolution mit ihrer ländlichen Basis. Drittens erklärt sie, warum unter Mao die Tendenz zur Herausbildung einer städtischen Bourgeoisie von Funktionären der Staatspartei und Intellektuellen durch ihre »Umerziehung« in ländlichen Gegenden bekämpft wurde. Schließlich erklärt sie, warum Dengs Reformen zuerst in der Landwirtschaft gestartet wurden und warum sich Hus neuer Kurs auf den Ausbau der Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsleistun-

[42] Mark Selden (1995): »Yan'an Communism Reconsidered«, *Modern China* 21 (1), S. 37f.

gen in ländlichen Gegenden unter dem Banner einer »neuen sozialistischen Landschaft« konzentriert.

Das eigentliche, dieser Tradition zugrunde liegende Problem besteht darin, ein Land zu regieren und zu entwickeln, dessen *Land*bevölkerung größer ist als die *Gesamt*bevölkerung Afrikas, Lateinamerikas oder Europas. Kein anderes Land außer Indien hatte je ein auch nur ansatzweise vergleichbares Problem.[43] Von diesem Standpunkt aus, und wie schmerzlich die Erfahrung für städtische Funktionäre und Intellektuelle auch gewesen sein mag, konsolidierte die Kulturrevolution die ländliche Basis der Chinesischen Revolution und leistete die Vorarbeit für den Erfolg der Wirtschaftsreformen. Es genügt zu erwähnen, dass, teilweise als Ergebnis der Politik, teilweise als Ergebnis der Störung des städtischen Industriebetriebs durch parteiinterne Konflikte, große Nachfrage nach den Produkten ländlicher Unternehmen bestand, was zu einer bedeutenden Expansion der Kommunen- und Brigadeunternehmen führte, aus denen später viele der TVEs hervorgingen.[44]

Gleichzeitig gefährdete die Kulturrevolution nicht nur, wie bereits bemerkt, die Macht der Funktionäre der Staatspartei und die politischen Errungenschaften der Chinesischen Revolution, sondern auch die gesamte modernistische Komponente der revolutionären Tradition. Ihre Ablehnung zugunsten von Wirtschaftsreformen wurde daher als wesentlich für eine Wiederbelebung dieser Komponente präsentiert und wahrgenommen. Im Lauf der Zeit jedoch ließ gerade der Erfolg dieser Wiederbelebung das Pendel in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen und unterminierte Mitte bis Ende der 1990er Jahre ernsthaft die revolutionäre Tradition. Insbesondere zwei Entwicklungen kennzeichneten diese Tendenz: ein enormer Anstieg der Einkommensunterschiede und die wachsende Unzufriedenheit des Volkes mit den Methoden und den Folgen der Reformen.

---

[43] Der chinesische Wissenschaftler Pei Minxin hat die Zeiten zusammengerechnet, in denen die Zentralregierung die Kontrolle über große Gebiete verloren hatte, und stellte fest, dass China 1.000 Jahre des internen Chaos erlebt hat. Zitiert in M. Naim, »Only a Miracle Can Save China from itself.« *The Financial Times*, 15. September 2003.

[44] Lin/Yao (o.J.); Louis Putterman (1997): »On the Past and Future of China's Township and Village-Owned Enterprises«, *World Development* 25 (10).

## Soziale Widersprüche des wirtschaftlichen Erfolgs

Der enorme Anstieg der Einkommensunterschiede innerhalb und zwischen städtischen und ländlichen Gegenden sowie zwischen verschiedenen Klassen, sozialen Schichten und Provinzen ist eine der am besten belegten Tatsachen, wenn es um Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft geht.[45] Solange dieser Trend glaubhaft als Ergebnis einer Strategie der unausgewogenen Entwicklung präsentiert werden konnte, die für eine Mehrheit Aufstiegschancen eröffnete, hielt sich der Widerstand gegen die zunehmende Ungleichheit in Grenzen und konnte leicht neutralisiert oder unterdrückt werden. Im Lauf der Zeit jedoch geriet die zunehmende Ungleichheit mit der revolutionären Tradition in Konflikt, was die soziale Stabilität ernsthaft unterminierte.[46]

---

[45] Siehe, neben anderen, Yehua D. Wei (2000): *Regional Development in China. States, Globalization and Inequality*. New York; Carl Riskin/Zhao Renwei/Li Shih (Hrsg.) (2001): *Retreat from Equality. Essays on the Changing Distribution of Income in China, 1988 to 1995*. Armonk, NY; Andrew Walder (2002): »Markets and Income Inequality in Rural China: Political Advantage in an Expanding Economy«, *American Sociological Review* 67 (2); Wang Hui (2003): *China's New Order: Society, Politics and Economy in Transition*. Cambridge, MA; Ximing Wu/Jeffrey M. Perloff (2004): »China's Income Distribution Over Time: Reasons for Rising Inequality«, KUDARE Working Paper 977, University of California at Berkeley. Zugänglich unter: http://ssrn.com/abstract=506462; Yi Li (2005): *The Structure and Evolution of Chinese Social Stratification*. Lanham, MD.

[46] Um zu erklären, warum das enorme Anwachsen der Einkommensunterschiede bis vor kurzem noch nicht zu einem sozial destabilisierenden Faktor geworden ist, sollten drei Überlegungen berücksichtigt werden. Erstens hielt, wie bereits bemerkt, die Verbesserung der Grundversorgung während der Reformen an. Die durch zunehmende Ungleichheit verursachte größere relative Entbehrung ging also mit einer geringeren absoluten Entbehrung einher. Zweitens ist die Zunahme der Ungleichheit in China – bemessen nach synthetischen Indikatoren wie dem Gini – vorwiegend auf eine Verbesserung (statt einer Verschlechterung) der Position der Gruppen mit mittlerem Einkommen zurückzuführen. Siehe insbesondere Wu/Perloff 2004, Abbildungen 2 und 3. Schließlich war die zunehmende Ungleichheit während der Dauer der Reformen, der Forschungsgruppe für soziale Strukturen im heutigen China (Research Group for Social Structure in Contemporary China, 2005, Kapitel 4) zufolge, von einer *Zunahme* der Mobilität zwischen den Generationen (Beruf der Eltern/Beruf der Kinder) und innerhalb der Generationen (erster Beruf/momentaner Beruf) begleitet. So hatten Personen in Berufen mit niedrigerem Einkommen größere Chancen als in der Zeit vor den Reformen, die Einkommenslücke zwischen verschiedenen Tätigkeiten durch den Wechsel in einen Beruf mit höherem Einkommen zu einem persönlichen Vorteil zu machen, und je größer die Lücke, desto größer der Vorteil.

Die Traditionen der »Massenlinie« und des »in beide Richtungen wirkenden Sozialisationsprozesses« spielten anscheinend eine Rolle in den Reformen selbst.[47] Nichtsdestotrotz, je stärker die lokalen und provinziellen Parteikader und -funktionäre ihre unternehmerischen Energien auf die wirtschaftliche Sphäre umlenkten und sich an Akten der Akkumulation durch Enteignung beteiligten, desto mehr wurde die Tradition der »Massenlinie« zur Fiktion und der »in beide Richtungen wirkende Sozialisationsprozess« zwischen dem Parteistaat und den subalternen Schichten der chinesischen Gesellschaft durch einen ähnlichen Prozess zwischen dem Parteistaat und der sich herausbildenden Bourgeoisie ersetzt. Und doch hatte die revolutionäre Tradition, wie Samir Amin in einem in Kapitel 1 zitierten Abschnitt behauptet, Chinas subalterne Schichten mit einem Selbstbewusstsein und einer Streitlust ausgestattet, die anderswo im globalen Süden wenig Entsprechungen hat und, so können wir hinzufügen, im globalen Norden ebenso wenig. Und wie Wang Hui herausstellte, hat das anhaltende offizielle Festhalten des Parteienstaats an dieser Tradition diesem Selbstbewusstsein und der Streitlust einige Legitimität verliehen.

Das Ergebnis ist eine starke Zunahme sozialer Kämpfe in städtischen ebenso wie in ländlichen Gegenden. Offiziell gemeldete Fälle von »Störungen der öffentlichen Ordnung« – ein Hinweis auf Proteste, Tumulte und andere Formen sozialer Unruhen – eskalierten von 10.000 im Jahr 1993 auf 50.000 (2002), 58.000 (2003), 74.000 (2004) und 87.000 (2005) mit einem nur leichten Rückgang in den ersten sechs Monaten von 2006. In ländlichen Gegenden waren bis etwa 2000 die Hauptmissstände, die Massen mobilisierten, Steuern, Abgaben, Gebühren und diverse andere »Lasten«. In jüngerer Zeit sind die Umwidmung von Anbauflächen für die In-

[47] Agarwala stellte fest, dass unter politischen Entscheidungsträgern Chinas »Leute in oberen Führungspositionen ein größeres Interesse an der Interaktion mit verschiedenen Schichten der Gesellschaft demonstrieren als in demokratischer organisierten Gesellschaften wie der Indiens« (2002, S. 90). In ähnlicher Weise bemerkte Stiglitz, dass »George W. Bush die Gefahren übertriebener Geheimhaltung und der Eingrenzung der Entscheidungsfindung auf einen engen Zirkel von Schmeichlern vorgeführt hat. Die meisten Menschen außerhalb Chinas würdigen das Maß, in dem sich seine Führungspersönlichkeiten, im Gegensatz dazu, zur Lösung der enormen Probleme, vor denen sie stehen, auf ausgedehnte Beratungen und Besprechungen eingelassen haben, nicht ausreichend.« (»Development in Defiance of the Washington Consensus«, siehe auch Rawski [1999, S. 142]).

dustrie, Immobilien- und Infrastrukturentwicklung, Umweltzerstörung und die Korruption von kommunalen Partei- und Verwaltungsfunktionären die Themen, die am meisten Unruhe stiften. Vorfälle wie der Aufruhr wegen der Emissionen einer Pestizidfabrik in Dongyang von 2005, in dem mehr als 10.000 Einwohner die Polizei in die Flucht schlugen, was zur Stilllegung der Fabrik führte, sind »in die chinesische Folklore eingegangen, als Beweis dafür, dass in Massen auftretende entschlossene Bürger die Behörden zwingen können, den Kurs zu wechseln und sich nach ihren Bedürfnissen zu richten«.[48]

In den städtischen Gegenden hat die »alte« Arbeiterklasse der Staatsunternehmen seit den späten 1990er Jahren auf Massenentlassungen mit einer Welle von Protesten reagiert, die häufig an Gerechtigkeitsstandards der sozialistischen Tradition und an den Gesellschaftsvertrag der »eisernen Reisschüssel« appellierten, die die ersten vierzig Jahre der VRC hindurch vorherrschten. Meist dämmte eine Kombination aus Unterdrückung und Zugeständnissen diese Potestwelle leicht ein. In jüngerer Zeit jedoch war eine beispiellose Streikserie der Vorbote für die Ausbreitung der Unruhen auf die »neue« Arbeiterklasse meist junger Wanderarbeiter, die das Rückgrat von Chinas Exportindustrien bilden. Zusammen mit wachsenden Unruhen unter städtischen Arbeitern im Dienstleistungssektor räumen diese beiden Wellen mit der im Westen verbreiteten Ansicht auf, dass »es in China keine Arbeiterbewegung gibt«: »Man kann inzwischen in fast jede Stadt des Landes gehen«, stellt Robin Munro vom China Labour Bulletin fest, »und dort werden mehrere große kollektive Arbeiterproteste zur gleichen Zeit stattfinden«. Es ist eine spontane und relativ rudimentäre Arbeiterbe-

[48] H. W. French, »Protesters in China Get Angrier and Bolder«, *International Herald Tribune*, 20. Juli 2005; T. Friedman, »How to Look at China«, *International Herald Tribune*, 10. November 2005; H.W. French, »20 Reported Killed as Chinese Unrest Escalates«, *The New York Times*, 9. Dezember 2005; J. Muldavin, »In Rural China, a Time Bomb Is Ticking«, *International Herald Tribune*, 1. Januar 2006; C. Ni, »Wave of Social Unrest Continues Across China«, *Los Angeles Times*, 10. August 2006; M. Magnier, »As China's Spews Pollution, Villagers Rise Up«, *Los Angeles Times*, 3. September 2006; M. Magnier, »China Says It's Calmed Down«, *Los Angeles Times*, 8. November 2006; Lee/Selden 2007.

wegung, aber das war die US-amerikanische Arbeiterbewegung während ihrer goldenen Ära der 1930er Jahre auch.[49]

Wie in Kapitel 1 festgestellt, hat dieser steile Anstieg sozialer Unruhen die Führung der KPCh vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt und sie veranlasst, ihre Rhetorik und politische Linie zu ändern, um eine ausgewogenere Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen einzelnen Regionen und zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft anzustreben und in jüngster Zeit dazu, ein neues Arbeitsrecht einzuführen, das die Rechte der Arbeiter erweitern soll. Ob die Veränderung die sozialistische Tradition tatsächlich retten und die Entwicklung in eine egalitärere Richtung umlenken wird, ist bislang noch reine Spekulation. Was uns hier beschäftigt, ist jedoch nicht so sehr das Schicksal der sozialistischen Tradition in China als vielmehr die weitergehenden Implikationen des chinesischen Aufstiegs für die Beziehungen zwischen den Zivilisationen in der Welt im Ganzen. Diesen Implikationen wenden wir uns nun zu.

[49] B. Smith/J. Brecher/T. Costello, »China's Emerging Labor Movement«, *ZNet* www.zmag.org, 9. Oktober 2006. Zur früheren Welle der Unruhen siehe Ching Kwan Lee (2002): »From the Specter of Mao to the Spirit of the Law: Labor Insurgency in China«, *Theory and Society* 31 (2), und Lee/Selden (2007). Zum Gegensatz zwischen den beiden Wellen siehe Beverly Silver, (2005b): »Labor Upsurges: From Detroit to Ulsan and Beyond«, *Critical Sociology* 31 (3), S. 445-447; 2005a, S. 88-90.

# Epilog

Wir sind von der zentralen Frage ausgegangen, ob und unter welchen Umständen der chinesische Aufstieg, mit all seinen Schwächen und voraussichtlichen künftigen Rückschlägen, als Vorbote der größeren Gleichheit und des gegenseitigen Respekts unter den Völkern europäischer und nichteuropäischer Herkunft angesehen werden kann, die von Smith vor 230 Jahren vorhergesehen und befürwortet wurden. Die in diesem Buch entwickelte Analyse deutet auf eine positive Antwort hin, aber mit einigen wichtigen Einschränkungen.

Wie wir in Kapitel 7 und 9 gesehen haben, hat das Hervortreten Chinas als wahrer Gewinner des US-amerikanischen Kriegs gegen den Terror zu einer Umkehrung des Einflusses der beiden Länder in Ostasien und allgemein in der Welt geführt. Ein Ausdruck dieser Umkehrung war der von Joshua Cooper Ramo so genannte Beijing-Konsens – die von China angeführte Entstehung eines »Pfads für andere Nationen überall auf der Welt«, nicht nur, um sich zu entwickeln, sondern auch, um »sich in die internationale Ordnung in einer Weise einzugliedern, die ihnen wahre Unabhängigkeit erlaubt, um ihre Lebensweise und ihre politischen Entscheidungen zu schützen«. Ramo weist auf zwei Merkmale des neuen Konsenses hin, die besonders für die Nationen des globalen Südens attraktiv sind. Das eine ist »Lokalisierung« – die Berücksichtigung der auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittenen Entwicklung, die notwendig von einem Standort zum anderen voneinander abweichen – in scharfem Gegensatz zu den Verordnungen »in Einheitsgröße« des zunehmend in Misskredit geratenden Washington-Konsenses; und das andere ist »Multilateralismus« – die Anerkennung von zwischenstaatlicher Kooperation für den Aufbau einer neuen globalen Ordnung, die auf gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit beruht, aber politische und kulturelle Unterschiede respektiert – in scharfem Gegensatz zum Unilateralismus der US-Politik. Wie Arif Dirlik hervorgehoben hat, können diese Merkmale des Beijing-Konsenses die Welt in radikal unterschiedliche Richtungen führen. Sie können zur Entstehung eines neuen

Bandung führen – d.h. einer neuen Version des Dritte-Welt-Bündnisses der 1950er und 1960er Jahre –, das, wie das alte, aber angepasst an ein Zeitalter der beispiellosen wirtschaftlichen Integration, einer wirtschaftlichen und politischen Unterordnung entgegenwirken soll. Oder sie können in Richtung einer Kooptation südlicher Staaten in Nord-Süd-Bündnissen führen, die auf die Eindämmung der von China angeführten Zersetzung der globalen Wohlstandshierarchie abzielen.[1]

Die in Kapitel 10 diskutierten »realistischeren« Alternativen zur gescheiterten, auf die Eindämmung Chinas abzielenden neokonservativen Strategie deuten auf drei verschiedene Arten von Nord-Süd-Bündnis hin. Jede alternative Strategie, so argumentierten wir, hat eigene Probleme, die eine inkohärente US-amerikanische Politik gegenüber China nach sich zögen. Solange die Vereinigten Staaten in Vorderasien militärisch festgefahren sind, wird die Inkohärenz vermutlich fortbestehen, egal, wer in Washington die Verantwortung trägt. Aber ob sie kohärent verfolgt werden oder nicht, alle drei Strategien haben das Potenzial, die Entstehung einer neuen Südallianz, die der nördlichen Dominanz entgegenwirken kann, zu vereiteln.

Die verheerendste Vereitelung wäre die implizit in Pinkertons Strategie des »lachenden Dritten« enthaltene, die für eine Wiederholung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eintritt – als die USA reich und mächtig wurden, indem sie die gegeneinander Krieg führenden europäischen Staaten finanzierten und mit Mitteln zur Kriegsführung belieferten – mit dem Unterschied, dass sich jetzt asiatische statt europäischer Staaten bekriegen würden. Die am wenigsten verheerende Vereitelung wäre die implizit in Kissingers Strategie enthaltene – die die Kooptation Chinas in eine reformierte US-amerikanische Weltordnung ins Auge fasst –, denn wenn sie Erfolg hätte, würde sie die Vorherrschaft des Nordens erhalten, aber, anders als die erfolgreiche Anwendung der Strategie vom lachenden Dritten, Asien und den globalen Süden zumindest nicht in Chaos und Kriege stürzen. Kaplans Strategie – die eine Wiederholung des Kalten Krieges befürwortet, aber auf Asien statt auf Europa zentriert – läge in Bezug auf

[1] Ramo 2004, S. 3f.; Arif Dirlik (o.J.): »Beijing Consensus: Beijing ›Gongshi.‹ Who Recognizes Whom and to What End?« *Globalization and Autonomy Online Compendium*. Zugänglich unter http://www.globalautonomy.ca/global1/position.jsp?index=PP_Dirlik_BeijingConsensus.xml, S. 5f.

Kosten und Risiken für den Süden irgendwo dazwischen. Sie würde tiefe Spaltungen unter asiatischen und südlichen Ländern hervorrufen und den nuklearen Holocaust riskieren, den der alte Kalte Krieg vermeiden konnte, aber sie würde die Vereinigten Staaten zu einigem Respekt gegenüber ihren südlichen Verbündeten und Zugeständnissen an diese sowie zur Umsicht zwingen, um keine Kriege mit direkter US-amerikanischer Beteiligung zu provozieren. Natürlich gibt es andere Möglichkeiten, von denen einige bereits praktiziert werden; aber alle sind Varianten oder Kombinationen der Strategien des »lachenden Dritten«, der »Kooptation« und des »Kalten Krieges«.[2]

Wir dürfen weder die Versuchung für China unterschätzen, sich für eine Kooptation in eine US-amerikanisch oder nördlich dominierte Weltordnung zu entscheiden, noch die für andere südliche Länder, bei ihren Eifersüchteleien untereinander die Unterstützung der USA zu suchen oder zu akzeptieren. Aber ebenso wenig dürfen wir die Macht der Vereinigten Staaten überschätzen, diese Strategien, selbst in geheimer Absprache mit Europa, erfolgreich anzuwenden. So hat das irakische Debakel nicht nur deutlich die Grenzen für die Durchsetzbarkeit des Willens des Nordens gegen den Widerstand des Südens durch Zwangsmittel aufgezeigt. In einer kapitalistischen Welt ist es noch wichtiger, dass die finanzielle Untermauerung der US-amerikanischen und nördlichen Dominanz auf zunehmend unsicherem Boden steht.

---

[2] Diese Strategien können natürlich nicht nur gegen China gerichtet werden, sondern auch gegen andere Staaten oder allgemein gegen Bündnisse zwischen Staaten des Südens. So hatte das US-amerikanische Angebot der Kooperation in zivil wie militärisch nutzbarer Nuklear- und Raumfahrttechnologie mit Indien anscheinend das unmittelbare Ziel, die Iran-Pakistan-Indien-Gaspipeline zu blockieren, um den Iran zu isolieren und gleichzeitig eine zwischen Staaten des Südens entstehende Beziehung von großem symbolischen und materiellen Wert auseinander zu brechen. Siehe Ravi Palat, »India Suborned: The Global South and the Geopolitics of India's Vote Against Iran«, *Japan Focus*, 24. Oktober 2005. In ähnlicher Weise zielte die Kooptation von Indien und Brasilien durch die USA und die EU in eine unter dem Namen FIPs (Five Interested Parties) bekannte informelle Gruppierung aus den vieren und Australien darauf ab, diese beiden Anführer eines sich herausbildenden Südbündnisses zu Partnern in einem Nord-Süd-Bündnis beim WTO-Treffen von 2005 in Hongkong zu machen. Focus on the Global South, »The End of an Illusion. WTO Reform, Global Civil Society and the Road to Hong Kong.« *Focus on Trade* #108, April 2005.

Ein entscheidender Wendepunkt in dieser Hinsicht war die asiatische Finanzkrise von 1997/98. Wade und Veneroso behaupteten, diese Krise habe die Richtigkeit des Andrew Mellon zugeschriebenen Ausspruchs bestätigt, dass »Vermögenswerte in einer Depression zu ihren rechtmäßigen Besitzern zurückkehren«.

> »Die Kombination aus massiven Abwertungen, vom IWF angeschobener finanzieller Liberalisierung und durch den IWF ermöglichter Erholung hat vielleicht die größte Übereignung von Vermögenswerten in Friedenszeiten von inländischen auf ausländische Besitzer in den letzten fünfzig Jahren irgendwo auf der Welt herbeigeführt und damit die Übereignungen von inländischen auf US-amerikanische Besitzer in Lateinamerika in den 1980er Jahren und in Mexiko nach 1994 in den Schatten gestellt.«[3]

Die Diagnose hat zwar die unmittelbaren Auswirkungen der Krise korrekt identifiziert, sie ging aber an deren längerfristigen Auswirkungen auf die Nord-Süd-Beziehungen und auf die Fähigkeit des IWF, die weitere Übereignung von südlichen Vermögenswerten auf nördliche Besitzer zu ermöglichen, völlig vorbei. Wie Abbildung 7.1 zeigt, markiert die Krise von 1997/98 den Beginn einer gewaltigen Gabelung zwischen dem Defizit des Nordens und den Überschüssen der übrigen Welt in der laufenden Rechnung ihrer jeweiligen Zahlungsbilanz. Die Gabelung spiegelt die Tatsache wider, dass es immer weniger Güter und Dienstleistungen gibt, die der Norden, insbesondere die USA, billiger produzieren kann als der Rest der Welt. Ein großer Teil des Überschusses der restlichen Welt fließt immer noch in das US-amerikanische finanzielle Zwischenlager, um sowohl das eskalierende US-amerikanische Defizit zu finanzieren, als auch um überall in der Welt, einschließlich des globalen Südens, reinvestiert zu werden. Aber ein signifikanter und wachsender Anteil umgeht das US-amerikanische Zwischenlager, sowohl um Währungsreserven aufzubauen als auch um direkt anderen südlichen Bestimmungsorten zuzufließen, was den Ein-

[3] Robert Wade/Frank Veneroso (1998): »The Asian Crisis: The High Debt Model Versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex«, *New Left Review* I/228.

fluss des IWF und anderer durch den Norden kontrollierter Finanzinstitutionen auf südliche Länder abschwächt.[4]

Gut bei Kasse und darauf erpicht, die Kontrolle über ihre Wirtschaftspolitik wiederzuerlangen, haben Länder des Südens ihre Schulden zurückgekauft und damit das Anleihenportfolio des IWF auf den niedrigsten Stand seit den 1980er Jahren gebracht. Ein schrumpfendes Anleihenportfolio, bemerkt *The Wall Street Journal*, »verringert den Einfluss des IWF auf die globale Wirtschaftspolitik stark«, zwingt ihn, in seinen Methoden vom »Anlegen der Daumenschrauben« zu »Überzeugung« überzuwechseln und dezimiert sein Zinseinkommen und seine Bargeldreserven. »In einer Ironie des Schicksals, die viele Finanzminister [des Südens] zum Kichern brachte, muss die Institution, die lange ein Engerschnallen des Gürtels gepredigt hat, dies nun selbst praktizieren.«[5]

Trotz seines massiven Erwerbs von US-Staatsanleihen hat China sowohl durch die Rückführung des Süd-Überschusses in Richtung Süden als auch dadurch, dass es angrenzenden wie ferneren südlichen Ländern attraktive Alternativen zu Handel, Investitionen und Hilfe aus Ländern und von Finanzinstitutionen des Nordens bietet, eine führende Rolle gespielt. »Hier tritt ein sehr großer neuer Spieler auf die Bildfläche, mit dem Potenzial, die Landschaft der Entwicklungshilfe aus Übersee zu verändern«, bemerkte der für die Philippinen zuständige Direktor bei der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB), kurz nachdem China für die Philippinen ein außergewöhnliches Darlehenspaket von zwei Milliarden

---

[4] Die Verwüstungen früherer Finanzkrisen trugen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen entscheidend zum Aufbau von Währungsreserven bei. Für die meisten dieser Länder »sind diese Reserven schlicht eine Versicherung gegen ein finanzielles Desaster. Eine lange Liste von Entwicklungsländern hat in den letzten 15 Jahren verheerende Krisen erlebt: Mexiko 1994, Thailand, Indonesien und andere asiatische Länder 1997, Russland 1998, Brasilien 1999 und Argentinien 2002 […] Als der Staub über den Ruinen vieler ehemals ›aufstrebender‹ Ökonomien sich legte, setzte sich unter den Entscheidungsträgern der Entwicklungswelt ein neues Credo durch: Häufe so viele Devisen an wie möglich.« E. Porter, »Are Poor Nations Wasting Their Money on Dollars?«, *The New York Times*, 30. April 2006; »Another Drink? Sure. China Is Paying«, *The New York Times*, 5. Juni 2005; F. Kempe, »Why Economists Worry About Who Holds Foreign Currency Reserves«, *The Wall Street Journal*, 9. Mai 2006.

[5] M. Moffett/B. Davis, »Booming Economy Leaves the IMF Groping for Mission«, *The Wall Street Journal*, 21. April 2006.

Dollar jährlich über drei Jahre angekündigt hatte, das das 200-Millionen-Dollar-Angebot der Weltbank und der ADB mickerig wirken ließ, ein Darlehen von einer Milliarde Dollar, über das mit Japan verhandelt wurde, bei weitem übertraf und die Philippinen vor Washingtons Ungnade schützte, nachdem Präsident Arroyo die Truppen seines Landes aus dem Irak abgezogen hatte. Dies war nur einer von einer großen und wachsenden Anzahl ähnlicher Deals, mit denen China Institutionen des Nordens aus dem Wettbewerb wirft, indem es Ländern des Südens im Austausch gegen Zugang zu ihren natürlichen Ressourcen großzügigere Bedingungen, größere Darlehen mit weniger politischen Gängelungen und ohne hohe Beratungsgebühren sowie große und komplizierte Infrastrukturprojekte in entlegenen Gegenden zum halben Preis der Konkurrenten aus dem Norden anbietet.[6]

In Ergänzung der chinesischen Initiativen haben auch ölreiche Länder ihre Überschüsse an den Süden umgeleitet. Von großer politischer und symbolischer Bedeutung war Venezuelas Verwendung seiner unverhofften Einnahmen aus hohen Ölpreisen zur Befreiung lateinamerikanischer Länder aus ihrer Unterordnung unter die Interessen des Nordens.

> »Als Argentinien Darlehen brauchte, um sich vom Internationalen Währungsfonds verabschieden zu können, erhielt es von Venezuela 2,4 Milliarden Dollar. Venezuela kaufte ecuadorianische Staatsanleihen für 300 Millionen Dollar. Washington hatte historisch durch seine Kontrolle der Hauptkreditquellen, einschließlich des IWF, der Weltbank und der Inter-American Development Bank, enormen Einfluss auf die lateinamerikanische Wirtschaftspolitik. Venezuelas Rolle als neuer ›Kreditgeber des letzten Auswegs‹ hat diesen Einfluss verringert.«[7]

Ebenso wichtig und potenziell ruinöser für die finanzielle Vorherrschaft des Nordens ist das Interesse, das Saudi-Arabien und andere westasiatische Länder in letzter Zeit daran gezeigt haben, zumindest einen Teil ih-

---

[6] J. Perlez, »China Competes With West in Aid to Its Neighbors«, *The New York Times*, 18. September 2006; V. Mallet, »Hunt for Resources in the Developing World«, *Financial Times*, 12. Dezember 2006.

[7] M. Weisbrot, »The Failure of Hugo-bashing«, *The Los Angeles Times,* 9. März, 2006. Siehe auch N. Chomsky, »Latin America and Asia are Breaking Free of Washington's Grip«, *Japan Focus*, 15. März 2006.

rer Überschüsse von den USA und Europa nach Ost- und Südostasien umzulenken. Westlichen Bankfachleuten zufolge »erleben wir definitiv einen sprunghaften Anstieg des Deal Flows[8] zwischen dem Nahen Osten und Asien, insbesondere Südostasien und China«. Obwohl westasiatische Investoren bis auf weiteres kein Geld aus den Vereinigten Staaten abziehen, »fließt eine Menge neuen Geldes aus höheren Ölpreisen nicht nach Nordamerika«. Die Gründe hierfür sind teilweise politisch: die Unpopularität des Kriegs im Irak und Vorkommnisse wie die Gegenreaktion in den USA, die Dubais Hafenbetreibergesellschaft zwang, US-amerikanischen Aktienbesitz abzustoßen, nachdem sie den britischen Hafenbetreiber P&O gekauft hatte. Aber der zwingendste Grund ist ein rein wirtschaftlicher: China und alle schnell wachsenden asiatischen Ökonomien wollen westasiatisches Öl, und westasiatisches durch dieses Öl erzeugtes Kapital und Liquidität suchen nach Investitionen, die höhere Renditen versprechen als die US-Staatsanleihen.[9]

Als Indiens Premierminister Manmohan Singh auf der Jahreshauptversammlung der ADB im Mai 2006 asiatische Nationen dazu anhielt, asiatische Überschüsse in asiatische Entwicklungsprojekte umzulenken, bezeichnete ein US-amerikanischer Beobachter die Rede als »umwerfend« und »Vorbote des Endes des Dollars und der US-amerikanischen Hegemonie«.[10] Mein Argument in Kapitel 7 weist in eine etwas andere Richtung: Die US-Hegemonie im Gegensatz zu reiner Dominanz hat aller Wahrscheinlichkeit nach bereits geendet, aber ebenso wie das Pfund Sterling nach dem Ende der britischen Hegemonie noch 30-40 Jahre lang weiterhin als internationale Währung verwendet wurde, könnte auch der Dollar so weiterverwendet werden. Die wirklich wichtige Frage ist hier jedoch nicht, ob asiatische und andere südliche Länder weiterhin US-Dollars als Tauschmittel verwenden werden – was sie, in einem unbekannten Ausmaß, wahrscheinlich noch lange tun werden. Entscheidend ist vielmehr, ob sie ihre Zah-

[8] Als Deal Flow bezeichnet man die Zahl der Investmentmöglichkeiten, die einem Investor bzw. einer Venture-Capital-Gesellschaft angeboten werden (Anm. d. Übers.).

[9] H. Timmons, »Asia Finding Rich Partner in Mideast.« *The New York Times*, 1. Dezember 2006.

[10] A. Giridharadas, »Singh Urges Asian Self-reliance«, *International Herald Tribune*, 5. Mai 2006.

lungsbilanzüberschüsse weiterhin Institutionen unter US-amerikanischer Kontrolle zur Verfügung stellen und so ihre Umwandlung in Instrumente der nördlichen Dominanz zulassen werden, oder ob sie sie als Instrumente der Emanzipation des Südens verwenden werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet hat Singhs Stellungnahme nichts »Umwerfendes«, sondern leistet bloß einer bereits gängigen Praktik Beistand. Wahrhaft umwerfend ist das mangelnde Bewusstsein – im Süden nicht weniger als im Norden – von dem Ausmaß, in dem die monetaristische Konterrevolution der frühen 1980er Jahre fehlgeschlagen ist, was günstigere Bedingungen als je zuvor für die Errichtung der Gemeinschaft der Zivilisationen, die Smith sich vor langer Zeit ausmalte, durch ein neues Bandung geschaffen hat.

Denn im Gegensatz zum alten kann ein neues Bandung den globalen Markt mobilisieren und als Instrument zur Angleichung der Süd-Nord-Machtverhältnisse einsetzen. Die Grundlage des alten Bandung war ausschließlich politisch-ideologisch und daher leicht durch die monetaristische Konterrevolution zu zerstören. Die Grundlagen des jetzt vielleicht entstehenden neuen Bandung sind dagegen vorrangig wirtschaftlich und daher viel solider. Wie der ehemalige indische Außenminister Yashwant Sinha es in einer Rede von 2003 formulierte: »In der Vergangenheit basierte Indiens Bindung an einen großen Teil Asiens, einschließlich Südost- und Ostasien, auf einer idealistischen Vorstellung von asiatischer Brüderschaft, die auf gemeinsamen Erfahrungen des Kolonialismus und kulturellen Banden aufbaute […] Heute dagegen bestimmen Handel, Investitionen und Produktion den Rhythmus der Region ebenso sehr wie Geschichte und Kultur.«[11]

Unter diesen Umständen kann der Widerstand des Nordens gegen die Zersetzung der globalen Hierarchie von Wohlstand und Macht nur mit weit ausgedehnter Kollaboration des Südens gelingen. In dieser Hinsicht ist entscheidend, was China und Indien – die allein mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen – beschließen werden. In einem Kommentar der *International Herald Tribune* zur Meldung über riesige Investitionen Chinas und Indiens in die Ökonomie des jeweils anderen Landes fragte

[11] Zitiert in A. Giridharadas, »India Starts Flexing Economic Muscle«, *International Herald Tribune*, 12. Mai 2005.

Howard French treffend: »Wenn man dem Begriff der schöpferischen Zerstörung etwas abgewinnen kann, was könnte sich störender auf den globalen Status quo auswirken?«

> »Da sie zusammen mehr als 2,3 Milliarden Menschen sind, macht eine Übereinkunft zwischen Indien und China über beinahe jeglichen Standard den betreffenden Gegenstand unmittelbar zum Kandidaten für den Status des globalen Standards. Was bedeutet das in praktischer Hinsicht? Dass der Nachfolger eines allgegenwärtigen Produkts wie Microsoft Office durchaus chinesisch sein könnte […] Es könnte bedeuten, dass die Mobiltelefonstandards der Zukunft gemeinsam in Asien und nicht in Europa oder den Vereinigten Staaten entschieden werden. […] Was es eindeutig schon heute bedeutet, ist, dass der Tag, an dem ein lauschiger Club der Reichen – die USA, die stärksten Ökonomien Westeuropas und Japan – für den Rest der Welt das Tempo bestimmt, Instruktionen ausgibt und Noten verteilt, sich schnell dem Ende zuneigt.«[12]

Das bedeutet es tatsächlich, unter der Bedingung, dass die herrschenden Gruppen des globalen Südens im Allgemeinen und Chinas und Indiens im Besonderen, einen Pfad der Emanzipation, nicht nur ihrer Nationen, sondern der ganzen Welt von den sozialen und ökologischen Verwüstungen der westlichen kapitalistischen Entwicklung erschließen. Eine Neuerung von solch welthistorischer Bedeutung erfordert einiges Bewusstsein von der Unmöglichkeit, der Mehrheit der Weltbevölkerung die Vorteile der Modernisierung zu bringen, außer wenn – um Sugihara zu paraphrasieren – der westliche Entwicklungspfad sich dem ostasiatischen annähert und nicht umgekehrt. Das ist keine neue Entdeckung. Schon im Dezember 1928 schrieb Mohandas Gandhi:

> »Gott behüte uns davor, dass Indien sich je nach westlichem Vorbild industrialisiert. Der ökonomische Imperialismus eines einzigen kleinen Insel-Königreichs [England] hält heute die ganze Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation von dreihundert Millionen [Indiens damalige Be-

[12] H. W. French, »The Cross-pollination of India and China«, *International Herald Tribune*, 10. November 2005.

völkerung] den gleichen Weg einschlagen sollte, würde sie die Welt wie Heuschrecken kahl fressen.«[13]

Gandhi wusste schon damals, was viele Führungspersönlichkeiten der Emanzipation des Südens noch lernen müssen oder vergessen haben: Der westliche Erfolg auf dem extrovertierten Pfad der Industriellen Revolution beruhte auf dem Ausschluss der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung vom Zugang zu den natürlichen und menschlichen Ressourcen, die nötig sind, um von der globalen Industrialisierung zu profitieren, statt deren Kosten zu tragen. Für diese Mehrheit war er schlicht nie eine Option. Elvins Überlegungen zu den Entwicklungsvor- und -nachteilen von Chinas riesigem nationalem Markt im 18. Jahrhundert demonstrieren die Absurdität der unter Historikern und Sozialwissenschaftlern quer durchs ideologische Spektrum immer noch vorherrschenden entgegengesetzten Ansicht. Die gewaltige Größe von Chinas Markt bot in kleineren Märkten nicht gegebene Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, aber sie schloss auch in einer kleineren Ökonomie realisierbare Innovationen aus. Zwischen 1741 und den frühen 1770er Jahren verdreifachte beispielsweise die Einführung von Spinnmaschinen Großbritanniens Verbrauch an Rohbaumwolle.

»Diese Verdreifachung in einer ähnlichen Zeitspanne von gut dreißig Jahren für China zu erreichen, hätte die Baumwollproduktions-Ressourcen der gesamten Welt des 18. Jahrhunderts überstiegen. Zwischen 1785 und 1833 importierte schon allein die Provinz Kwang-tung jedes Jahr durchschnittlich sechs Mal so viel Baumwolle aus Indien, wie ganz Großbritannien jährlich zur Zeit von Arkwrights erstem Wasserrahmen[14] verwendete. Genauso hätte eine in Geschwindigkeit und Größe relativ zum Binnenmarkt mit der im Großbritannien des 18. Jahrhunderts vergleichbare Expansion chinesischer Baumwolltuch-Exporte die Kapazitäten der zur Verfügung stehenden Kaufkraft der Welt zu dieser Zeit überschritten.«[15]

---

[13] Zitiert in Ramachandra Guha (2000): *Environmentalism: A Global History.* New York, S. 22.

[14] Die erste in größerem Umfang industriell eingesetzte Spinnmaschine (Anm. d. Ü.).

[15] Elvin 1973, S. 313f.

Mit anderen Worten, der wirtschaftliche Erfolg von Großbritanniens Industrieller Revolution hing von der sowohl relativ als auch absolut geringen Größe der britischen Wirtschaft ab. Eine geringe absolute Größe bedeutete, dass eine gegebene Steigerung des Imports von Rohbaumwolle und des Exports von Baumwollerzeugnissen eine viel höhere Wachstumsrate der Wirtschaft bewirkte, als dies in einer Wirtschaft von der Größe der chinesischen der Fall gewesen wäre. Und eine geringe Größe relativ zur globalen Wirtschaft bedeutete, der Rest der Welt konnte die notwendigen natürlichen Rohstoffe liefern und genügend Produkte kaufen, um die hohe Wachstumsrate in einem Maße aufrechtzuerhalten, das für China unvorstellbar war. Wären die Herrscher von Qing-China unvernünftig genug gewesen, in die Fußstapfen von Großbritanniens extrovertiertem Pfad der Industriellen Revolution zu treten, wären sie durch eskalierende Importpreise, zusammenbrechende Exportpreise und unerträgliche soziale Spannungen im Land wieder zur Vernunft gekommen, lange bevor sie die Möglichkeit gehabt hätten, »die Welt wie Heuschrecken kahl zu fressen«.

Zweihundert Jahre später stehen China und Indien nachdrücklich vor demselben Problem. Die Verdrängung des kleinen Inselreichs Großbritannien durch die kontinentale US-»Insel« als Anführer auf dem Pfad der Industriellen Revolution hat eine weitere massive Zunahme nicht nur der Intensität der Produktion natürlicher Ressourcen zur Folge gehabt, sondern auch ihres Verbrauchs. Diese massive Zunahme war möglich, weil die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung von den durch die Vereinigten Staaten eingeführten Produktions- und Konsumstandards ausgeschlossen war. Aber sobald eine kleine Minderheit der chinesischen Bevölkerung (und eine noch kleinere der indischen Bevölkerung) einen partiellen Zugang zu diesen Standards errang, wurde die Stichhaltigkeit von Gandhis Behauptung für alle außer den begriffsstutzigsten Verteidigern der US-amerikanischen Lebensweise offensichtlich. »Wie sich gezeigt hat, kann sich die Welt nicht leisten, dass sich zwei Länder [mit einer großen Bevölkerung] wie die Vereinigten Staaten verhalten. Dazu fehlt ihr die Atmosphäre […] und vielleicht auch die Ressourcen.« Bill McKibben bezeichnet dies als »Tragödie«, denn

»China vollbringt mit seinem Wachstum tatsächlich messbar Gutes. Die Menschen genießen ein wenig Fleisch, schicken ihre [Kinder] zur

> Schule, heizen ihre Hütten. Wir dagegen verbrauchen pro Kopf neun Mal so viel Energie, um Hobbyräume zu klimatisieren, 2.000 m² große Rasenflächen zu mähen, jede Besorgung mit dem Geländewagen zu erledigen, aus Chile eingeflogene Tomaten zu essen […] Weshalb es, wenn man sich in China aufhält, intuitiv das offensichtliche Ziel des 21. Jahrhunderts zu sein scheint, gleichzeitig die Ökonomien der ärmsten Teile der Welt zu entwickeln und die der reichsten *zurückzuentwickeln* […], sprich, dass wir weniger Energie verbrauchen, damit sie mehr verbrauchen können, und weniger Fleisch essen, damit sie mehr essen können […] Aber man stelle sich die politischen Möglichkeiten in Amerika vor […], einzugestehen, dass keine zwei sich so verhalten können wie wir und dass wir, nur weil wir zuerst an diesen Punkt gelangten, nicht das Recht auf unseren Lebensstil besitzen. Der Vater des derzeitigen Präsidenten [George Bush Senior] verkündete auf seinem Weg zum Gipfel in Rio, der zum Vertrag von Kyoto führte, ›die amerikanische Lebensweise steht nicht zur Diskussion‹. So definiert sich eine Tragödie.«[16]

Inzwischen hat der neueste, im Irak aufgeführte Akt der Tragödie gezeigt, dass die Vereinigten Staaten nicht die Macht haben, unter Gewaltandrohung ihr Recht auf eine extravagante Lebensweise in der Welt durchzusetzen, und daher einen steigenden Preis für den Erhalt dieses Rechts zahlen müssen.[17] Aber Tatsache ist und bleibt, dass nicht einmal ein Viertel der Bevölkerungen Chinas und Indiens nach Art der US-Amerikaner produzieren und konsumieren können, ohne sich selbst und alle anderen zu ersticken. Auch in dieser Hinsicht hat die neue Führung der VRC ein größeres Bewusstsein von den Umweltproblemen energieintensiven Wirtschaftswachstums gezeigt als ihre Vorgänger. »Modellstädte« mit spezieller Konzentration auf den Umweltschutz wurden gegründet, Wälder werden neu aufgeforstet, der Fünfjahresplan für 2006-10 hat das ehrgeizige Ziel einer

[16] Bill McKibben (2005): »The Great Leap. Scenes from China's Industrial Revolution«, *Harper's Magazine*, Dezember, S. 52.

[17] Als eifriger Unterstützer des Kriegs gegen den Irak bemerkte Zeitungsbaron Rupert Murdoch, dass eine Senkung des Ölpreises von 30 auf 20 Dollar pro Barrel eine gute Sache für die US-Wirtschaft gewesen wäre: D. Kirkpatrick, »Mr. Murdoch's War«, *The New York Times*, 7. April 2003. Die Tatsache, dass der Ölpreis sich nach vier Jahren Krieg statt dessen verdoppelt hat, ist ein guter Maßstab für das Scheitern des US-amerikanischen Versuchs, unter Gewaltandrohung das eigene Recht auf extravaganten Energieverbrauch durchzusetzen.

Verringerung der Energieintensität der Wirtschaft von 20% vorgegeben, und zu diesem Zweck wurde eine weitreichende Industriepolitik verkündet, die 399 industrielle Teilsektoren verbietet und weitere 190 einschränkt. Dennoch bleibt unklar, wie diese und andere Maßnahmen eine ernsthaft gefährdete Ökobilanz in Stand setzen können, wenn im Lauf der nächsten fünfzehn Jahre, wie erwartet, 300 Millionen Landbewohner oder mehr in Städte ziehen werden, in denen wachsende motorisierte Fahrzeugflotten die Fahrräder verdrängen.[18]

Kurz gesagt, da es zu sehr auf den energieverbrauchenden westlichen Pfad vertraut hat, hat Chinas rasches Wirtschaftswachstum für sich und die Welt noch keinen ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad erschlossen. Dieses Vertrauen droht nicht nur, das »Wirtschaftswunder« wegen des Drucks auf knappe Ressourcen (einschließlich sauberer Luft und Wasser) zu einem frühzeitigen Ende zu bringen. Vor allem ist es sowohl ein Ergebnis als auch eine Ursache der sich verbreiternden Kluft zwischen denjenigen, die sich die Gewinne des schnellen Wirtschaftswachstums aneignen konnten, und denjenigen, die seine Kosten tragen mussten. Wie wir in Kapitel 12 gesehen haben, hatte diese Kluft eine große Welle öffentlicher Unruhen zur Folge, in denen ökologische Missstände eine große Rolle spielten und zu einer bedeutenden Umorientierung der chinesischen Politik führten, hin zu einer ausgewogeneren Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen den Regionen und zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Um unsere Untersuchung zum Abschluss zu bringen, brauchen wir nur noch hinzuzufügen, dass das Endergebnis dieser Umorientierung von entscheidender Bedeutung für die Zukunft nicht nur der chinesischen Gesellschaft, sondern auch der Weltgesellschaft sein wird.

Wenn die Umorientierung Chinas Traditionen der selbstzentrierten marktorientierten Entwicklung, der Akkumulation *ohne* Enteignung, der Mobilisierung menschlicher statt nicht-menschlicher Ressourcen und der Regierung durch Mitwirkung der Massen beim Entwerfen politischer

---

[18] Lester R. Brown, »A New World Order«, *Guardian*, 25. Januar 2006; *Quarterly Update*, World Bank Office, Beijing, Februar 2006, S. 13-16; K. Bradsher, »China Set to Act on Fuel Economy«, *The New York Times*, 18. November 2003; J. Kynge, »New Agenda for a New Generation«, *The Financial Times*, 16. Dezember 2003; A. Lorenz, »China's Environmental Suicide: A Government Minister Speaks«, *openDemocracy*, 5. April 2005.

Grundsätze erfolgreich wiederbelebt und konsolidiert, dann wird China aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend zur Herausbildung einer Gemeinschaft der Zivilisationen beitragen können, die kulturelle Unterschiede wirklich respektiert. Aber wenn die Umorientierung scheitert, könnte China durchaus zu einem neuen Epizentrum des sozialen und politischen Chaos werden, das die Versuche des Nordens, eine verfallende globale Vorherrschaft wieder zu festigen, erleichtert oder, um erneut Schumpeter zu paraphrasieren, dazu beiträgt, dass die Menschheit in den Schrecken (oder den Seligkeiten) der eskalierenden Gewalt, die die Liquidierung der Weltordnung des Kalten Krieges begleitete, verbrennt.

# Literatur[1]


Abu-Lughod, Janet (1989): *Before European Hegemony: The World System A.D. 1250-1350.* New York, Oxford University Press.

Adas, Michael (1989): *Machines as Measure of Men. Science, Technology and Ideologies of Western Dominance*. Ithaca: Cornell University Press.

Agarwala, Ramgopal (2002): *The Rise of China: Threat or Opportunity?* New Delhi: Bookwell.

Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. London: New Left Books.

Agnew, John (1987): *The United States in the World-Economy: A Regional Geography*. Cambridge: Cambridge University Press.

Aguilar, Alonso (1968): *Pan-Americanism from Monroe to the Present: A View from the Other Side*. New York: Monthly Review Press.

Akamatsu, Kaname (1961): »A Theory of Unbalanced Growth in the World Economy«, *Weltwirtschaftliches Archiv* 86 (1), S. 196-217.

Amin, Samir (1976): *Unequal Development*. New York: Monthly Review Press.

Amin, Samir (2005): »China, Market Socialism, and U.S. Hegemony.« *Review* (Fernand Braudel Center) 28 (3), S. 259-279.

Amsden, Alice (2001): *The Rise of »The Rest«.* New York: Oxford University Press.

Amsden, Alice (2003): »Good-bye Dependency Theory, Hello Dependency Theory«, *Studies in Comparative International Development*, 38 (1), S. 32-38.

Anderson, Perry (1979): *Lineages of the Absolutist State*. London: New Left Books.

Appiah, K. Anthony et al. (2004): »The Election and America's Future«, *The New York Review*, 4. November, S. 6-17.

Arendt, Hannah (2000[7]): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München: Piper [Arendt, Hannah (1966): *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt, Brace and World].

Armstrong, Philip/Andrew Glyn/John Harrison (1984): *Capitalism since World War II. The Making and Breakup of the Great Boom*. London: Fontana.

Armstrong, Philip/Andrew Glyn (1986): *Accumulation, Profits, State Spending: Data for Advanced Capitalist Countries 1952-1983.* Oxford: Oxford Institute


[1] In den Fußnoten angeführte Artikel aus Zeitungen und Magazinen sind nicht in der Literaturliste enthalten. Wenn deutschsprachige Übersetzungen der angeführten Texte vorlagen, sind sie angegeben, die von Arrighi verwendeten Ausgaben finden sich dann in eckigen Klammern dahinter.

of Economics and Statistics.
Arrighi, Giovanni (1983): *The Geometry of Imperialism*. Revised Edition. London: Verso.
Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times*. London: Verso.
Arrighi, Giovanni (1996): »The Rise of East Asia: World Systemic and Regional Aspects«, *International Journal of Sociology and Social Policy*, 16 (7), S. 6-44.
Arrighi, Giovanni (2002): »The African Crisis: World Systemic and Regional Aspects«, *New Left Review*, II/15, S. 5-36.
Arrighi, Giovanni (2003): »The Social and Political Economy of Global Turbulence«, in: *New Left Review* II/20, S. 5-71.
Arrighi, Giovanni (2005a): »Hegemony Unraveling-I«, in: *New Left Review* II/32, S. 23-80.
Arrighi, Giovanni (2005b): »Hegemony Unraveling-II«, in: *New Left Review* II/33, S. 83-116.
Arrighi, Giovanni (2005c): States, Markets and Capitalism, East and West«, in: M. Miller (Hrsg.): *Worlds of Capitalism. Institutions, Economic Performance, and Governance in the Era of Globalization.* London: Routledge.
Arrighi, Giovanni/Terence K. Hopkins/Immanuel Wallerstein (1989): *Antisystemic Movements*. London: Verso.
Arrighi, Giovanni/Po-keung Hui/Ho-Fung Hung/Mark Selden (2003): »Historical Capitalism, East and West«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.) (2003): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives*, S. 259-333. London/New York: Routledge.
Arrighi, Giovanni/Satoshi Ikeda/Alex Irwan (1993): »The Rise of East Asia: One Miracle or Many?«, in: R. A. Palat, (Hrsg.), *Pacific Asia and the Future of the World-Economy*, S. 42–65. Westport, CT: Greenwood Press.
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver (1984): »Labor Movements and Capital Migration: the US and Western Europe in World-Historical Perspective«, in: Charles Bergquist (Hrsg.), *Labor in the Capitalist World-Economy*, S. 183–216. Beverly Hills, CA: Sage.
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver (2001): »Capitalism and World (Dis)Order«, *Review of International Studies* 27, S. 257-279.
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver/Benjamin D. Brewer (2003a): »Industrial Convergence and the Persistence of the North-South Divide«, *Studies in Comparative International Development* 38 (1), S. 3-31.
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver/Benjamin D. Brewer (2003b): »A Reply to Alice Amsden«, *Studies in Comparative International Development* 38(1).
Arrighi, Giovanni/Beverly J. Silver/Benjamin D. Brewer (2005): »Industrial Con-

vergence and the Persistence of the North-South Divide: A Rejoinder to Firebaugh«, *Studies in Comparative International Development* 40 (1), S. 83-88.
Atwell, William S. (1986): »Some Observations on the ›Seventeenth-Century Crisis‹ in China and Japan«, *Journal of Asian Studies* XLV, S. 223-244.
Atwell, William S. (1998): »Ming China and the Emerging World Economy. C. 1470–1650«, in: Denis Twitchett/Frederick Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China Vol. 8 (2), The Ming Dynasty*, S. 376-416. Cambridge: Cambridge University Press.
Au, Loong-Yu (2005): »The Post MFA Era and the Rise of China«, *Asian Labour Update*, 56, Fall. Zugänglich unter http://www.globalmon.org.hk/eng/Post-MFA-era.pdf.
Bacevich, Andrew (2004): »A Modern Major General«, *New Left Review* II/29, S. 123-134.
Bagchi, Amiya Kumar (1982): *The Political Economy of Underdevelopment*. Cambridge, Cambridge University Press.
Bagchi, Amiya K. (2005): *Perilous Passage. Mankind and the Global Ascendancy of Capital.* Lantham, MD: Rowman & Littlefield.
Baker, Christopher (1981): »Economic Reorganization and the Slump in Southeast Asia«, *Comparative Studies in Society and History* 23 (3), S. 325-349.
Balakrishnan, Gopal (Hrsg.) (2003): *Debating Empire*. London/New York: Verso.
Barbour, Violet (1950): *Capitalism in Amsterdam in the Seventeenth Century*. Baltimore: John Hopkins Press.
Barraclough, Geoffrey (1967): *Tendenzen der Geschichte im 20. Jahrhundert.* München: Beck [Barraclough, Geoffrey (1967): *An Introduction to Contemporary History*. Harmondsworth: Penguin].
Barrat Brown, Michael (1974): *The Economics of Imperialism*. Hardmondsworth: Penguin.
Barrat Brown, Michael (1963): *After Imperialism*. London: Heinemann.
Barrow, Clyde W. (2004): »God, Money, and the State. The Spirits of American Empire«, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 22. Universität Marburg, Marburg.
Bartlett, Beatrice S. (1991): *Monarchs and Ministers: The Grand Council in Mid-Ch'ing China, 1723–1820*. Berkeley: University of California Press.
Becattini, Giacomo (1990): »The Marshallian Industrial District as a Socio-Economic Notion«, in: F. Pyke, G. Becattini, and W. Senenberger (Hrsg.), *Industrial Districts and Inter-Firm Cooperation in Italy*, S. 37-51. Geneva: International Institute for Labor Studies.
Benjamin, Daniel/Steven Simon (2005): *The Next Attack: The Failure of the War on Terror and a Strategy for Getting it Right*. New York: Times Books.
Bergesen, Albert/Ronald Schoenberg (1980): »Long Waves of Colonial Expansion

and Contraction, 1415-1969«, in: A. Bergesen (Hrsg.), *Studies of the Modern World-System*, S. 231-277. New York: Academic Press.
Bernstein, Richard/Ross H. Munro (1997): »The Coming Conflict with America«, *Foreign Affairs* 76 (2), S. 18-32.
Bernstein, Thomas P./Xiaobo Lu (2003): *Taxation without Representation in Contemporary Rural China*. New York: Cambridge University Press.
Blackburn, Robin (2002): *Banking on Death: Or, Investing in Life. The History and Future of Pensions*. London: Verso.
Block, Fred (1977): *The Origins of International Economic Disorder: A Study of the United States International Monetary Policy from World War II to the Present*. Berkeley: University of California Press.
Bond, Brian (Hrsg.) (1967): *Victorian Military Campaigns*. London: Hutchinson.
Bouckaert, Boudewijn R.A. (2005): »Bureaupreneurs in China: We Did It Our Way – A comparative study of the explanation of the economic successes of town-village-enterprises in China«, Vortrag auf der EALE Konferenz. Ljubljana, September.
Boxer, Charles R. (1965): *The Dutch Seaborne Empire 1600-1800*. New York: Knopf.
Bramall, Chris (2000): *Sources of Chinese Economic Growth, 1978-1996.* New York: Oxford University Press.
Braudel, Fernand (1977): *Afterthoughts on Material Civilization and Capitalism*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
Braudel, Fernand (1986a): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. II: Der Handel.* München: Kindler [Braudel, Fernand (1982): *Civilization and Capitalism, 15th-18th Century, II: The Wheels of Commerce*. New York: Harper & Row].
Braudel, Fernand (1986b): *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, Bd. III: Aufbruch zur Weltwirtschaft.* München: Kindler [Braudel, Fernand (1984): *Civilization and Capitalism, 15th-18th Century, III: The Perspective of the World*. New York: Harper and Row].
Bray, Francesca (1986): *The Rice Economies: Technology and Development in Asian Societies*. Berkeley: University of California Press.
Braverman, Harry (1974): *Labor and Monopoly Capital: The Degradation of Work in the Twentieth Century*. New York: Monthly Review Press.
Brenner, Robert (1977): »The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism«, *New Left Review* I/104, S. 25-92.
Brenner, Robert (1983): »Das Weltsystem. Theoretische und historische Perspektiven«, in: J. Blaschke (Hrsg.), *Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, »Das moderne Weltsystem«*, S. 80-111. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag.

Brenner, Robert (1998): »The Economics of Global Turbulence: A Special Report on the World Economy, 1950-1998.« *New Left Review*, II/229, S. 1-264.

Brenner, Robert (2003): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. Hamburg: VSA [Brenner, Robert (2002): *The Boom and the Bubble: The U.S. in the World Economy*. London: Verso].

Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945-2005*. London: Verso.

Brenner, Robert/Christopher Isett (2002): »England's Divergence from China's Yangzi Delta: Property Relations, Microeconomics, and Patterns of Development«, *The Journal of Asian Studies* 61 (2), S. 609-662.

Brooks, Timothy (1998): *The Confusions of Pleasure. Commerce and Culture in Ming China.* Berkeley: University of California Press.

Brusco, Sebastiano (1986): »Small Firms and Industrial Districts: The Experience of Italy«, in: D. Keeble/F. Weever (Hrsg.), *New Firms and Regional Development*, S. 184-202. London: Croom Helm.

Brzezinski, Zbigniew/John J. Mearsheimer (2005): »Clash of the Titans«, *Foreign Policy* Januar/Februar, http://www.foreignpolicy.com.

Burawoy, Michael (1982): *Manufacturing Consent: Changes in the Labor Process Under Monopoly Capitalism*. Chicago: University Of Chicago Press.

Burley, Ann-Marie (1993): »Regulating the World: Multilateralism, International Law, and the Projection of the New Deal Regulatory State«, in: J. G. Ruggie (Hrsg.), *Multilateralism Matters: The Theory and Praxis of an Institutional Form*, S. 125-156. New York: Columbia University Press.

Cai, Fang/Albert Park/Yaohui Zhao (2004): »The Chinese Labor Market«. Vortrag auf der Second Conference on China's Economic Transition: Origins, Mechanisms, and Consequences. University of Pittsburgh, Pittsburgh, 5.-7. November.

Cain, P.J./A.G. Hopkins (1980): »The Political Economy of British Expansion Overseas, 1750-1914«, *The Economic History Review*, 2. Reihe, (33) 4, S. 463-490.

Cairncross, A. K. (1953): *Home and Foreign Investment, 1870-1913.* Cambridge: Cambridge University Press.

Calleo, David P. (1970): *The Atlantic Fantasy*. Baltimore: Johns Hopkins Press.

Calleo, David (1982): *The Imperious Economy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Calleo, David P. (1987): *Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance*. New York: Basic Books.

Castells, Manuel/Alejandro Portes (1989): »World Underneath: The Origins, Dynamics, and Effects of the Informal Economy«, in: A. Portes/M. Castells/L. A. Benton (Hrsg.), *The Informal Economy. Studies in Advanced and Less De-*

*veloped Countries*, S. 11-39. Baltimore, MD: The Johns Hopkins University Press.
Chan, Anita (2000): »Globalization, China's Free (Read Bounded) Labor Market, and the Trade Union«, *Asia Pacific Business Review* 6 (3-4), S. 260-279.
Chandler, Alfred (1977): *The Visible Hand: The Managerial Revolution in American Business*. Cambridge, MA: The Belknap Press.
Chandler, Alfred (1990): *Scale and Scope: The Dynamics of Industrial Capitalism*. Cambridge, MA; The Belknap Press.
Chapman, Stanley D. (1992): *Merchant Enterprise in Britain: From the Industrial Revolution to World War I*. New York: Cambridge University Press.
Chase-Dunn, Christopher/Thomas Hall (1997): *Rise and Demise: Comparing World-Systems*. Boulder, CO: Westview Press.
Chaudhuri, K. N. (1990): *Asia before Europe. Economy and Civilization of the Indian Ocean from the Rise of Islam to 1750*. Cambridge: Cambridge University Press.
Chen Ciyu (1984): »On the Foreign Trade of China in the 19th Century and the China-India-Britain Triangular Trade«, *Essays in Chinese Maritime History*, S. 131-173. Taipei: Sun Yat-sen Institute for Social Sciences and Philosophy, Academia Sinica.
Cipolla, Carlo (1976): *Before the Industrial Revolution. European Society and Economy, 1000-1700*. New York: Norton.
Clancy, Tom mit Anthony Zinni und Tony Koltz (2004): *Battle Ready*. New York: Putnam.
Clarke, Richard (2004): *Against All Enemies: Inside America's War on Terror*. New York: Free Press.
Cohen, Benjamin (1996): »Phoenix Risen. The Resurrection of Global Finance«, *World Politics* 48, S. 268-296.
Cohen, Jerome B. (1958): *Japan's Postwar Economy*. Bloomington, IN: Indiana University Press.
Coyett, Frederick (1903) [1675]: »Verwaerloosde Formosa«, in: William Campbell (Hrsg.), *Formosa Under the Dutch: Described From Contemporary Records*, S. 383-538. London: Kegan Paul, Trench, Trubner.
Crotty, James (1999): »Review of *Turbulence in the World Economy* by Robert Brenner«, *Challenge*, 42 (3), S. 108-130.
Cumings, Bruce (1987): »The Origins and Development of the Northeast Asian Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences«, in: F. C. Deyo (Hrsg.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, S. 44-83. Ithaca, NY: Cornell University Press.
Cumings, Bruce (1993a): »The Political Economy of the Pacific Rim«, in: R. A. Palat (Hrsg.), *Pacific-Asia and the Future of the World-System*, S. 21-37. Westport, CT: Greenwood Press.

Cumings, Bruce (1993b): »Global Realm with no Limit, Global Realm with no Name«, *Radical History Review* 57, S. 47-48.
Cumings, Bruce (1997): »Japan and Northeast Asia into the Twenty-first Century«, in: P.J. Katzenstein/T. Shiraishi (Hrsg.), *Network Power. Japan and Asia*, S. 136-168. Ithaca, NY: Cornell University Press.
Curtin, Philip D. (2000): *The World and the West: The European Challenge and the Overseas Response in the Age of Empire*. Cambridge: Cambridge University Press.
Cushman, Jennifer Wayne (1993): *Fields from the Sea. Chinese Junk Trade with Siam during the Late Eighteenth and Early Nineteenth Centuries*. Studies on Southeast Asia, Southeast Asia Program, Cornell University, Ithaca, NY.
Davis, Mike (2001): *Late Victorian Holocausts: El Nino Famines and the Making of the Third World*. London: Verso.
Davis, Ralph (1966): »The Rise of Protection in England, 1689-1786«, *Economic History Review*, 2. Reihe, 19: 306-317.
Davis, Ralph (1969): »English Foreign Trade, 1700-1774«, in: W. E. Minchinton (Hrsg.), *The Growth of English Overseas Trade in the Seventeenth and Eighteenth Centuries*, S. 99-120. London: Methuen.
Davis, Ralph (1979): *The Industrial Revolution and British Overseas Trade*. Leicester: Leicester University Press.
de Cecco, Marcello (1982): »Inflation and Structural Change in the Euro-dollar Market«, *EUI Working Papers*, 23. Florence: European University Institute.
de Cecco, Marcello (1984): *The International Gold Standard: Money and Empire*. 2. Aufl. New York, St. Martin's Press.
Dehio, Ludwig (1948): *Gleichgewicht oder Hegemonie: Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte.* Krefeld: Scherpe-Verlag [Dehio, Ludwig (1962): *The Precarious Balance: Four Centuries of the European Power Struggle*. New York: Vintage].
De Vries, Jan (1994): »The Industrial Revolution and the Industrious Revolution«, *Journal of Economic History* 54 (2), S. 249-270.
Ding, X. L. (2000): »The Illicit Asset Stripping of Chinese State Firms«, *The China Journal* 43, S. 1-28.
Dirlik, Arif (o.J.): »Beijing Consensus: Beijing ›Gongshi.‹ Who Recognizes Whom and to What End?« *Globalization and Autonomy Online Compendium*. Zugänglich unter http://www.globalautonomy.ca/global1/position.jsp?index=PP_Dirlik_BeijingConsensus.xml.
Drucker, Peter (1969/1998): *Die Zukunft bewältigen. Aufgaben und Chancen im Zeitalter der Ungewißheit,* Düsseldorf: Econ [Drucker, Peter (1969): *The Age of Discontinuity*. New York: Harper & Row].
Duara, Prasenjit (1997): »Nationalists Among Transnationals: Overseas Chinese and the Idea of China, 1900-1911«, in: A. Ong/D.M. Nonini (Hrsg.), *Ungroun-*

*ded Empires: The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism*, S. 39-59. New York: Routledge.
Duus, Peter (1984): »Economic Dimensions of Meiji Imperialism: The Case of Korea, 1895-1910«, in: R.H. Myers/M.R. Peattie (Hrsg.), *The Japanese Colonial Empire, 1895-1945*, S. 128-171. Princeton: Princeton University Press.
Edin, Maria (2003): »State Capacity and Local Agent Control in China: CCP Cadre Management from a Township Perspective«, *The China Quarterly* 173, S. 35-52.
Edwards, Richard (1979): *Contested Terrain*. New York: Basic Books.
Eichengreen, Barry/Richard Portes (1986): »Debt and Default in the 1930s: Causes and Consequences«, *European Economic Review* (30), S. 599-640.
Elisonas, Jurgis (1991): »The Inseparable Trinity: Japan's Relations With China and Korea«, in: John Hall (Hrsg.), *The Cambridge History of Japan, Vol. 4, Early Modern Japan*, S. 235-300. Cambridge: Cambridge University Press.
Elliott, John E. (1980): »Marx and Schumpeter on Capitalism's Creative Destruction: A Comparative Restatement«, *The Quarterly Journal of Economics* XCV (1), S. 45-68.
Elliott, J.H. (1970): *The Old World and the New 1492–1650*. Cambridge: Cambridge University Press.
Elliott, William Y. (Hrsg.) (1957): *Weltwirtschaft und Weltpolitik. Grundlage, Strategie und Grenzen der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik.* München: Verlag R. Oldenbourg [Elliott, William Y. (Hrsg.) (1955): *The Political Economy of American Foreign Policy: Its Concepts, Strategy, and Limits*. New York: Henry Holt and Co.].
Elvin, Mark (1973): *The Pattern of the Chinese Past*. Stanford: Stanford University Press.
Esherick, Joseph (1972): »Harvard on China: The Apologetics of Imperialism.« *Bulletin of Concerned Asian Scholars* IV, 4, S. 9-16.
Fairbank, John K. (Hrsg.) (1968): *The Chinese World Order*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
Fairbank, John K. (1983): *The United States and China*. Cambridge: Harvard University Press.
Fairbank, John K. (1989): »Keeping Up with the New China«, *The New York Review*, 16. März, S. 17-20.
Fairbank, John K. (1992): *China. A New History*. Cambridge, MA: The Belknap Press.
Feis, Herbert (1965): *Europe: The World's Banker, 1870-1914.* New York: Norton.
Ferguson, Niall (2004): *Colossus: The Price of America's Empire*. New York: The Penguin Press.
Feuerwerker, Albert (1958): *China's Early Industrialization: Sheng Hsuan-Huai*

*1844-1916 and Mandarin Enterprise*. Cambridge: Harvard University Press.
Feuerwerker, Albert (1970): »Handicraft and Manufactured Cotton Textiles in China, 1871-1910«, *Journal of Economic History* 30 (2), S. 338-378.
Fishman, Ted C. (2005): *China, INC. How the Rise of the Next Superpower Challenges America and the World*. New York: Scribner.
Flynn, Dennis O./Arturo Giraldez (1995): »Born with ›Silver Spoon‹: The Origin of World Trade in 1571«, *Journal of World History* 6 (2), S. 201-211.
Flynn, Dennis O./Arturo Giraldez (1999): »Spanish Profitability in the Pacific: the Philippines in the Sixteenth and Seventeenth Centuries«, in: Dennis O. Flynn, Lionel Frost/A.J.H. Latham, *Pacific Centuries: Pacific and Pacific Rim History since the Sixteenth Centuries*. London: Routledge.
Frank, Andre Gunder (1968): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M./Köln: Europäische Verlagsanstalt [Frank, Andre Gunder (1969): *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*. New York: Monthly Review Press].
Frank, Andre Gunder (1974): »On the Roots of Development and Underdevelopment in the New World: Smith and Marx vs. the Weberians.« *International Review of Sociology* 2. Reihe, 10 (2-3), S. 109-155.
Frank, Andre Gunder (1978): »Multilateral Merchandise Trade Imbalances and Uneven Economic Development«, *Journal of European Economic History*, 5 (2), S. 407-438.
Frank, Andre Gunder (1998): *ReOrient: Global Economy in the Asian Age*. Berkeley: University of California Press.
Frank, Andre Gunder (2005): »Meet Uncle Sam – Without Clothes – Parading Around China and the World«, www.rrojasdatabank.info/agfrank/noclothes.htm.
Frank, Thomas (2005): *What's the Matter with Kansas? How Conservatives Won the Heart of America*. New York: Owl Books.
Freeman-Grenville, G. S. P. (2002): *Historical Atlas of Islam*. New York: Continuum Publishing Group.
Friedman, Thomas L. (2006): *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Friedman, Thomas L. (2005): *The World Is Flat. A Brief History of the Twenty-First Century*. New York: Farrar, Straus and Giroux].
Fukasaku, Kichiro/David Wall (1994): *China's Long March to an Open Economy*. Paris: OECD.
Gamble, Andrew (1985): *Britain in Decline*. London: Macmillan.
Gao, Weinong (1993): *Zou xiang jinshi de Zhongguo yu ›chaogong‹ guo guanxi*. (The Relation between China and its Tributary States in Modern Times). Guangdong: Guangdong gaodeng jiaoyu chubanshe.
Gernet, Jacques (1982): *A History of Chinese Civilization*. New York: Cambridge

University Press.
Gershman, John (2002): »Remaking Policy in Asia?«, *Foreign Policy in Focus*, November, www.fpif.org.
Giddens, Anthony (1987): *The Nation-State and Violence*. Berkeley: University of California Press.
Gilpin, Robert (1987): *The Political Economy of International Relations*. Princeton: Princeton University Press.
Goldstein, Joshua S./David P. Rapkin (1991): »After Insularity. Hegemony and the Future World Order«, *Futures* 23, S. 935-959.
Gordon, David/Richard Edwards/Michael Reich (1982): *Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labor in the United States*. New York: Cambridge University Press.
Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte*. Bd. 7. Hamburg und Berlin: Argument Verlag [Gramsi, Antonio (1971): Selections from the Prison Notebooks. New York: International Publishers].
Greenberg, Michael (1951): *British Trade and the Opening of China 1800-1842.* Cambridge, Cambridge University Press.
Guan, Luquan (1994): *Songdai Guangzhou de haiwai maoyi* (The Guangzhou Sea Trade in the Song Dynasty). Guangzhou: Guangdong renmin chubanshe.
Guha, Ramachandra (2000): *Environmentalism: A Global History*. New York: Longman.
Guha, Ranajit (1992): »Dominance Without Hegemony and Its Historiography«, in: R. Gupta (Hrsg.), *Subaltern Studies IV*, S. 210-305. New York: Oxford University Press.
Guo, Yugui (2005): *Asia's Educational Edge: Current Achievements in Japan, Korea, Taiwan, China, and India.* Oxford: Lexington.
Haakonssen, Knud (1981): *The Science of a Legislator. The Natural Jurisprudence of David Hume and Adam Smith*. Cambridge: Cambridge University Press.
Hamashita, Takeshi (1988): »The Tribute Trade System of Modern Asia«, *The Memoirs of the Toyo Bunko* XLVI, S. 7-25.
Hamashita, Takeshi (1993): »Tribute and Emigration: Japan and the Chinese Administration of Foreign Affairs«, *Senri Ethnological Studies* XXV, S. 69-86.
Hamashita, Takeshi (1994): »The Tribute Trade System and Modern Asia«, in: A.J.H. Latham/H. Kawakatsu (Hrsg.), *Japanese Industrialization and the Asian Economy*, S. 91-107. London/New York: Routledge.
Hamashita, Takeshi (1997): »The Intra-Regional System in East Asia in Modern Times«, in: Katzenstein, Peter. J./T. Shiraishi (Hrsg.), *Network Power. Japan and Asia*. Ithaca: Cornell University Press. S. 113-135
Hamilton, Gary G./Wei-An Chang (2003): »The Importance of Commerce in the Organization of China's Late Imperial Economy«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.) (2003): *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year*

*Perspectives*, S. 173-213. London/New York: Routledge.
Hao, Yen-p'ing (1986): *The Commercial Revolution in Nineteenth-Century China*. Berkeley, CA: California University Press.
Hardt, Michael/Antonio Negri (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a.M./New York: Campus [Hardt, Michael/Antonio Negri (2000): *Empire*. Cambridge, MA: Harvard University Press].
Harrison, Bennett (1994): *Lean and Mean: The Changing Landscape of Corporate Power in the Age of Flexibility*. New York: Basic Books.
Hart, Gillian (2002): *Disabling Globalization: Places of Power in Post-Apartheid South Africa*. Berkeley: University of California Press.
Hart-Landsberg, Martin/Paul Burkett (2004): »China and Socialism: Market Reform and Class Struggle«, *Monthly Review* 56 (3), S. 7-123.
Harvey, David (1982): *Limits to Capital*. Oxford, U.K.: B. Blackwell.
Harvey, David (1995): »Globalization in Question«, *Rethinking Marxism*, VIII, 4, S. 1-17.
Harvey, David (2000): *Spaces of Hope*. Berkeley: University of California Press.
Harvey, David (2001): *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*. New York: Routledge.
Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA [Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. New York: Oxford University Press].
Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunktverlag [Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. New York: Oxford University Press].
He, Qinglian (2006): China in der Modernisierungsfalle. Hamburg: Hamburger Edition.
Headrick, Daniel R. (1988): *The Tentacles of Progress: Technology Transfer in the Age of Imperialism, 1850-1940*. London: Oxford University Press.
Hegel, G.W.F. (1970): *Grundlinien der Philosophie des Rechts.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Heilbroner, Robert (1991): »Economic Predictions«, *The New Yorker*, 8. Juli, S. 70-77.
Held, David/Anthony McGrew/David Goldblatt/Jonathan Perraton (1999): *Global Transformations*. Stanford, CA: Stanford University Press.
Hersh, Seymour M. (2003): »The Stovepipe«, *The New Yorker*, 27. Oktober, S. 7-87.
Hersh, Seymour M. (2004): *Chain of Command: The Road from 9/11 to Abu Ghraib*. New York: Harper Collins.
Hirschman, Albert O. (1987): *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Ho, Chumei (1994): »The Ceramic Trade in Asia, 1602-82«, in: A.J.H. Latham/H. Kawakatsu (Hrsg.), *Japanese Industrialization and the Asian Economy*. Lon-

don/New York: Routledge.
Hobbes, Thomas (1966): *Leviathan*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Hobbes, Thomas (1968): *Leviathan*. Edited by C.B. Macpherson. Harmondsworth: Penguin].
Hobsbawm, Eric J. (1968): *Industry and Empire: An Economic History of Britain since 1750*. London: Weidenfeld and Nicolson.
Hobsbawm, Eric J. (1977): *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875*. München: Kindler [Hobsbawm, Eric J. (1979): *The Age of Capital 1848-1875*. New York: New American Library].
Hobsbawm, Eric (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1750*. Frankfurt a.M./New York: Campus. [Hobsbawm, Eric (1991): *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality*. Cambridge: Cambridge University Press.]
Hobsbawm, Eric J. (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* München/Wien: Hanser [Hobsbawm, Eric J. (1994): *The Age of Extremes: A History of the World, 1914-1991*. New York, Vintage].
Hofstadter, Richard (1996): *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
Huang, Philip C. C. (1985): *The Peasant Economy and Social Change in North China*. Stanford, CA: Stanford University Press.
Huang, Philip C. C. (1990): *The Peasant Family and Rural Development in the Yangzi Delta, 1350-1988.* Stanford: Stanford University Press.
Huang, Philip C. C. (2002): »Development or Involution in Eighteenth-Century Britain and China? A Review of Kenneth Pomeranz's The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy«, *The Journal of Asian Studies* 61 (2), S. 501-538.
Huang, Ray (1969): »Fiscal Administration During the Ming Dynasty«, in: Charles O. Hucker (Hrsg.), *Chinese Government in Ming Times*, S. 73-128. New York: Columbia University Press.
Hugill, Peter J. (1993): *World Trade since 1431. Geography, Technology, and Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
Hui, Po-keung (1995): »Overseas Chinese Business Networks: East Asian Economic Development in Historical Perspective.« Dissertation, Fachbereich Soziologie, Binghamton University.
Hung, Ho-fung (2001a): »Imperial China and Capitalist Europe in the Eighteenth-Century Global Economy«, in: *Review* (Fernand Braudel Center) 24 (4), S. 473-513.
Hung, Ho-fung (2001b): »Maritime Capitalism in Seventeenth-Century China: The Rise and Fall of Koxinga in Comparative Perspective.« Unpublished manuscript. Department of Sociology, Johns Hopkins University.
Hung, Ho-fung (2003): »Orientalist Knowledge and Social Theories: China and European Conceptions of East-West Differences from 1600 to 1900«, *Sociolo-*

*gical Theory* 21:3, S. 254-280.
Hung, Ho-fung (2004): »Early Modernities and Contentious Politics in Mid-Qing China, c. 1740-1839«, *International Sociology* 19 (4), S. 478-503.
Hung, Ho-fung (2006): »Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis.« Vortrag beim jährlichen Treffen der Society for the Study of Social Problems, Montreal, August.
Hymer, Stephen (1972): »The Multinational Corporation and the Law of Uneven Development«, in: J. N. Bhagwati (Hrsg.), *Economics and World Order*, S. 113-40. New York: Macmillan.
Ikeda, Satoshi (1996a): »World Production«, in: T. K. Hopkins/I. Wallerstein et al. (Hrsg.), *The Age of Transition: Trajectory of the World-System 1945-2025*, S. 38-86. London: Zed Books.
Ikeda, Satoshi (1996b): »The History of the Capitalist World-System vs. The History of East-Southeast Asia«, *Review* (Fernand Braudel Center) 19 (1), S. 49-76.
International Monetary Fund (diverse Jahre): *International Financial Statistics Yearbook*. Washington D. C.: International Monetary Fund.
Iriye, Akira (1970): »Imperialism in East Asia«, in: J. Crowley, (Hrsg.), *Modern East Asia*, S. 122-150. New York: Harcourt.
Irwan, Alex (1995): »Japanese and Ethnic Chinese Business Networks in Indonesia and Malaysia«, Dissertation, Fachbereich Soziologie, Binghamton University.
Israel, Jonathan (1989): *Dutch Primacy in World Trade, 1585-1740*. Oxford: Clarendon Press.
Itoh, Makoto (1990): *The World Economic Crisis and Japanese Capitalism*. New York: St. Martin's Press.
Jenks, Leland H. (1938): *The Migration of British Capital to 1875.* New York und London: Knopf.
Jing, Junjian (1982): »Hierarchy in the Qing Dynasty«, *Social Science in China: A Quarterly Journal* 3 (1), S. 156-192.
Johnson, Chalmers (2004a): »Why I Intend to Vote for John Kerry«, *The History News Network*, 14. Juni, http://hnn.us/.
Johnson, Chalmers (2004b): *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*. New York: Metropolitan Books.
Johnson, Chalmers (2005): »No Longer the ›Lone‹ Superpower: Coming to Terms with China«, Japan Policy Research Institute, www.jpri.org.
Johnson, Linda Cooke (1993): »Shanghai: An Emerging Jiangnan Port, 1638–1840«, in: Linda Cooke Johnson (Hrsg.), *Cities of Jiangnan in Late Imperial China*, S. 151-182. Albany: State University of New York Press.
Judt, Tony (2005): »Europe vs. America«, *The New York Review*, 10. Februar, S. 37-41.
Kaplan, Robert D. (2005): »How We would Fight China«, *The Atlantic Monthly*,

Juni, S. 49-64.
Kasaba, Resat (1993): »Treaties and Friendships: British Imperialism, the Ottoman Empire, and China in the Nineteenth Century«, *Journal of World History* 4 (2), S. 213-241.
Kawakatsu, Heita (1994): »Historical Background«, in: A.J.H. Latham/ H. Kawakatsu, (Hrsg.), *Japanese Industrialization and the Asian Economy.* London and New York: Routledge. S. 4-8.
Kennedy, Paul (1976): *The Rise and Fall of British Naval Mastery*. London: Scribner.
Kennedy, Paul (1989): *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Frankfurt a.M.: S. Fischer [Kennedy, Paul (1987): *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York: Random House].
Kennedy, Paul (2004): »Mission Impossible?«, *The New York Review*, 10. Juni, S. 16-19.
Kissinger, Henry (1962): *Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs*. Düsseldorf/Wien: Econ-Verlag [Kissinger, Henry. 1964. *A World Restored: European After Napoleon: The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age*. New York: Grosset & Dunlap].
Kojima, K. (2000): »The ›Flying Geese‹ Model of Asian Economic Development: Origin, Theoretical Extensions, and Regional Policy Implications«, *Journal of Asian Economics* 11, S. 375-401.
Kojima, K./Terutomo Ozawa (1985): »Toward a Theory of Industrial Restructuring and Dynamic Comparative Advantage«, *Hitotsubashi Journal of Economics* 26 (2), S. 135-145.
Kraar, Louis (1993): »The New Power in Asia«, *Fortune*, 31. Oktober, S. 38-44.
Krasner, Stephen (1988): »A Trade Strategy for the United States«, *Ethics and International Affairs* 2, S. 17-35.
Kreisler, Harry (2002): »Through the Realist Lens«, *Conversations with History: Conversation with John Mearsheimer*, Institute of International Studies, UC Berkeley, 8. April. Zugänglich unter http://globetrotter.berkeley.edu/.
Kriedte, Peter (1980): *Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [Kriedte, Peter (1983): *Peasants, Landlords, amd Merchant Capitalists: Europe and the World Economy, 1500-1800*. Cambridge: Cambridge University Press].
Krippner, Greta R. (2005): »The Financialization of the American Economy«, *Socio-Economic Review* 3, S. 173-208.
Krugman, Paul (1994): »The Myth of Asia's Miracle«, *Foreign Affairs* 73 (6), S. 62-78.
Kwong, Peter (2006): »China and the US are Joined at the Hip. The Chinese Face

of Neoliberalism«, *Counterpunch*, Wochenendausgabe, 7./8. Oktober.
Kynge, James (2006): *China Shakes the World.* Boston, MA: Houghton Mifflin Company
Landes, David S. (1973): *Der entfesselte Prometheus: Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart*. Köln: Kiepenheuer & Witsch [Landes, David S. (1969): *The Unbound Prometheus: Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present*. Cambridge, Cambridge Univ. Press.]
Lardy, Nicholas R. (1992): *Foreign Trade and Economic Reform in China, 1978-1990.* Cambridge: Cambridge University Press.
Lee, Ching Kwan (2002): »From the Specter of Mao to the Spirit of the Law: Labor Insurgency in China«, *Theory and Society* 31 (2), S. 189-228.
Lee, Ching Kwan/Mark Selden (2007): »Durable Inequality: The Legacies of China's Revolutions and the Pitfalls of Reforms«, in: J. Foran/D. Lane/A. Zivkovic (Hrsg.), *Revolution in the Making of the Modern World: Social Identities, Globalization, and Modernity*. London: Routledge.
Lee, John (1999): »Trade and Economy in Preindustrial East Asia, c. 1500-c. 1800: East Asian in the Age of Global Integration«, *The Journal of Asian Studies* 58 (1), S. 2-26.
Lefebvre, Henri (1974): *Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse.* München: List [Lefebvre, Henri (1976): *The Survival of Capitalism: Reproduction of the Relations of Production*. New York: St. Martin's Press].
Leibenstein, Harvey (1963): *Economic Backwardness and Economic Growth*. New York: Wiley.
Lewis, Archibald (1970): *The Islamic World and the West, A. D. 622-1492*. New York: Wiley.
Li, Yi (2005): *The Structure and Evolution of Chinese Social Stratification*. Lanham, MD: University Press of America.
Li, Yuyu (2006): »The Impact of Rural Migration on Village Development: A Comparative Study in Three Chinese Villages«, Dissertation, Fachbereich Soziologie, The Johns Hopkins University, Baltimore MD.
Lin, Justin Yifu/Yang Yao (o.J.): »Chinese Rural Industrialization in the Context of the East Asian Miracle«, China Center for Economic Research, Beijing University. Zugänglich unter http://www.esocialsciences.com/articles/displayArticles.asp?Article_ID=647.
Lin, Manhong (1991): »The Silver Drain of China and the Reduction in World Silver and Gold Production (1814-1850)«, in: *Essays in Chinese Maritime History IV*, S. 1-44. Taipei: Sun Yat-sen Institute for Social Sciences and Philosophy, Academia Sinica.
Lin, Nan (1995): »Local Market Socialism: Local Corporatism in Action in Rural

China.« *Theory and Society* 24, S. 301-354.
Liu Binyan/Perry Link (1998): »A Great Leap Backward?«, *The New York Review*, 8. Oktober, S. 19-23.
Lo, Jung-pang (1969): »Maritime Commerce and its Relation to the Sung Navy«, *Journal of the Economic and Social History of the Orient* XII, S. 57-101.
Lynn, Barry (2006): »The Case for Breaking Up Wal-Mart«, *Harper's Magazine*, 24. Juli.
Mackie, Jamie (1992): »Changing Patterns of Chinese Big Business«, in: R. McVey (Hrsg.), *Southeast Asian Capitalists*. Southeast Asian Program, Cornell University, Ithaca, NY.
Mackie, Jamie (1998): »Business Success Among Southeast Asian Chinese – The Role of Culture, Values, and Social Structures«, in: R.W. Hefner (Hrsg.), *Market Cultures. Society and Morality in the New Asian Capitalism*. Boulder: Westview Press.
Maddison, Angus (2007): *Contours of the World Economy, 1-2030 AD*. New York: Oxford University Press.
Magdoff, Harry/John Bellamy Foster (2004): »China and Socialism: Market Reform and Class Struggle. Editors' Foreword«, *Monthly Review* 56 (3), S. 2-6.
Mamdani, Mahmood (2004): *Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors.* Hamburg: Edition Nautilus [Mamdani, Mahmood (2004): *Good Muslim, Bad Muslim: America, the Cold War, and the Roots of Terror*. New York: Pantheon].
Mann, Michael (2003): *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können.* Frankfurt a. M./New York: Campus [Mann, Michael (2003): *Incoherent Empire*. London: Verso].
Mann, Susan (1992): »Household Handicrafts and State Policy in Qing Times«, in: J. K. Leonard/J. Watt (Hrsg.), *To Achieve Security and Wealth: The Qing State and the Economy*, S. 75-96. Ithaca, NY: Cornell University Press.
Marks, Robert B. (2007): *The Origins of the Modern World. A Global and Ecological Narrative from the Fifteenth to the Twenty-first Century*. Lantham, MD: Rowman & Littlefield.
Marshall, Alfred (1919): *Industry and Trade*. London: Macmillan.
Marx, Karl (1963): *Briefe*. MEW, Bd. 29. Berlin: Dietz Verlag.
Marx, Karl (1971): *Das Kapital*. Erster Band. Berlin: Dietz [Marx, Karl (1959): *Capital*. Vol. I. Moscow: Foreign Languages Publishing House].
Marx, Karl (1981): *Das Kapital.* Dritter Band. Berlin: Dietz [Marx, Karl (1962): *Capital.* Vol. III. Moscow: Foreign Languages Publishing House].
Marx, Karl (1983): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie.* MEW Bd. 42. Berlin: Dietz. [Marx, Karl (1973): *Grundrisse. Foundations of the Critique of Political Economy*. New York: Vintage].
Marx, Karl (1972): *Theorien über den Mehrwert.* MEW Bd. 26.2. Berlin: Dietz

[Marx, Karl (1978): »Crisis Theory (from *Theories of Surplus Value*)«, in: R.C. Tucker, ed, *The Marx-Engels Reader*. New York: Norton].

Marx, Karl/Friedrich Engels (1974): *Manifest der Kommunistischen Partei.* Berlin: Dietz [Marx, Karl/Friedrich Engels (1967): The Communist Manifesto. Harmondsworth: Penguin].

Mathias, Peter (1969): *The First Industrial Nation: An Economic History of Britain 1700–1914*. London: Methuen.

Mayer, Arno J.( 2003): »Beyond the Drumbeat: Iraq, Preventive War, ›Old Europe‹«, *Monthly Review* 54 (10) März.

McCormick, Thomas J. (1989): *America's Half Century: United States Foreign Policy in the Cold War*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

McElwee, William L. (1974): *The Art of War, Waterloo to Mons*. London: Weidenfeld & Nicolson.

McKibben, Bill (2005): »The Great Leap. Scenes from China's Industrial Revolution«, *Harper's Magazine*, Dezember, S. 42-52.

McNamara, Robert (1970): »The True Dimension of the Task«, *International Development Review*, 1, S. 1-7.

McNeill, William (1984): *Krieg und Macht. Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute.* München: C. H. Beck [McNeill, William (1982): *The Pursuit of Power: Technology, Armed Force, and Society since A.D. 1000*. Chicago: The University of Chicago Press].

McNeill, William (1998): »World History and the Rise and Fall of the West«, *Journal of World History* 9 (2), S. 215-237.

Mearsheimer, John J. (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W.W. Norton.

Minchinton, W. E. (Hrsg.) (1969): *The Growth of English Overseas Trade in the Seventeenth And Eighteenth Centuries*. London: Methuen.

Moffitt, Michael (1983): *The World's Money. International Banking from Bretton Woods to the Brink of Insolvency*. New York: Simon & Schuster.

Muller, Jerry Z. (1993): *Adam Smith in His Time and Ours. Designing the Decent Society*, New York: Free Press.

Muralidharan, Sukumar (2004): »Israel: An Equal Partner in Occupation of Iraq«, *Economic and Political Weekly*, 9. Oktober, www.epw.com.in.

Nakamura, Takafusa (1981): *The Postwar Japanese Economy*. Tokyo: Tokyo University Press.

Nathan, Andrew J. (1972): »Imperialism's Effects on China«, *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 4 (4), S. 3-8.

Nelson, Richard (1956): »A Theory of the Low-level Equilibrium Trap in Underdeveloped Economies«, *The American Economic Review* 46(4), S. 894-908.

Nolan, Peter (2004): *Transforming China. Globalization, Transition and Development*. London, Anthem Press.

Northup, David (1995): *Indentured Labor in the Age of Imperialism, 1834-1922.* Cambridge: Cambridge University Press.
Nye, Joseph S. (1990): *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. New York: Basic Books.
O'Brien, Patrick (2001): »Metanarratives in Global Histories of Material Progress«, *The International History Review* 23 (2), S. 345-367.
O'Connor, James (1974): *Die Finanzkrise des Staats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp [O'Connor, James (1973): *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St. Martin's Press].
Oi, Jean (1999): *Rural China Takes Off: Institutional Foundations of Economic Reform*. Berkeley: University of California Press.
Okimoto, Daniel I./Thomas P. Rohlen (1988): *Inside the Japanese System: Readings on Contemporary Society and Political Economy*. Stanford: Stanford University Press.
Ong, Aihwa/Donald M. Nonini (Hrsg.) (1997): *Ungrounded Empires: The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism*. New York: Routledge.
Owen, D. E. (1934): *British Opium Policy in China and India*. New Haven, CT, Yale University Press.
Ozawa, Terutomo (1979): *Multinationalism, Japanese Style: The Political Economy of Outward Dependency*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
Ozawa, Terutomo (1993): »Foreign Direct Investment and Structural Transformation: Japan as a Recycler of Market and Industry«, *Business and the Contemporary World* 5 (2), S. 129-150.
Ozawa, Terutomo (2003): »Pax Americana-Led Macro-Clustering and Flying-Geese-Style Catch-Up in East Asia: Mechanisms of Regionalized Endogenous Growth.« *Journal of Asian Economics* 13, S. 699-713.
Palat, Ravi A. (1995): »Historical Transformations in Agrarian Systems Based on Wet-Rice Cultivation: Toward an Alternative Model of Social Change«, in: P. McMichael (Hrsg.), *Food and Agrarian Orders in the World-Economy*, S. 55-77. Westport, CT: Praeger.
Panitch, Leo/Sam Gindin (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium.* Hamburg: VSA [Panitch, Leo/Sam Gindin (2003): »Global Capitalism and American Empire«, in: L. Panitch/C. Leys (Hrsg.), *The New Imperial Challenge*. London: Merlin Press].
Parboni, Riccardo (1981): *The Dollar and its Rivals*. London: Verso.
Parker, Geoffrey (1989): »Taking Up the Gun«, *MHQ: The Quarterly Journal of Military History* 1 (4), S. 88-101.
Parsons, Talcott (1960): »The Distribution of Power in American Society«, in: *Structure and Process in Modern Societies*. New York: Free Press.
Parsons, Talcott (1964): »Some reflections on the Place of Force in Social Process«, in: H. Eckstein (Hrsg.), *Internal War*, S. 33-70. Glencoe, IL: The Free Press.

Peattie, Mark (1984): »Introduction«, to Ramon Myers und Mark Peattie (Hrsg.), *The Japanese Colonial Empire, 1895-1945,* S. 3-26. Princeton: Princeton University Press.

Perdue, Peter C. (1987): *Exhausting the Earth: State and Peasant in Hunan, 1500-1850*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Perdue, Peter C. (2003): »A Frontier View of Chineseness«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.), *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives*, S. 51-77. London/New York: Routledge.

Phelps Brown, E. H. (1975): »A Non-Monetarist View of the Pay Explosion«, *Three Banks Review*, 105, S. 3-24.

Pinkerton, James P. (2005): »Superpower Showdown«, *The American Conservative,* 7. November, http://www.amconmag.com.

Piore, Michael J./Charles F. Sable (1984): *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*. New York: Basic Books.

Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Polanyi, Karl (1957): *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press].

Pomeranz, Kenneth (2000): *The Great Divergence: Europe, China, and the Making of the Modern World Economy.* Princeton: Princeton University Press.

Prestowitz, Clyde (2005): *Three Billion New Capitalists. The Great Shift of Wealth and Power to the East*. New York: Basic Books.

Putterman, Louis (1997): »On the Past and Future of China's Township and Village-Owned Enterprises«, *World Development* 25 (10), S. 1639-1655.

Quesnay, François (1969): »From *Despotism in China*«, in: F. Schurmann/O. Schell, (Hrsg.), *Imperial China*, S. 115-120. New York: Vintage.

Qian, Yingyi (1996): »Enterprise Reforms in China: Agency Problems and Political Control«, *Economics of Transition* 4 (2), S. 427-447.

Ramo, Joshua Cooper (2004): *The Beijing Consensus: Notes on the New Physics of Chinese Power*. London: Foreign Affairs Policy Centre.

Rawski, Thomas G. (1999): »Reforming China's Economy: What Have We Learned?«, *The China Journal* 41, S. 139-156.

Research Group for Social Structure in Contemporary China, Chinese Academy of Social Sciences (2005): *Social Mobility in Contemporary China*. Montreal: America Quantum Media.

Riskin, Carl/Zhao Renwei/Li Shih (Hrsg.) (2001): *Retreat from Equality. Essays on the Changing Distribution of Income in China, 1988 to 1995*. Armonk, NY: M.E. Sharpe.

Rosenberg, Nathan (1965): »Adam Smith on the Division of Labour: Two Views or One?«, *Economica* 32 (127), S. 127-139.

Rowe, William (1990): »Modern Chinese Social History in Comparative Perspec-

tive«, in: P. S. Ropp (Hrsg.), *Heritage of China: Contemporary Perspectives on Chinese Civilization*, S. 242-62. Berkeley: University of California Press.
Rowe, William (2001): *Saving the World. Chen Hongmou and Elite Consciousness in Eigteenth-Century China*. Stanford, CA: Stanford University Press.
Rozman, Gilbert (1991): *The East Asian Region: Confucian Heritage and its Modern Adaptation*. Princeton: Princeton University Press.
Saul, S. B. (1969): *The Myth of the Great Depression, 1873-1896.* London: Macmillan.
Schlesinger, Arthur Jr. (2004): »The Making of a Mess«, *The New York Review*, 22. September, S. 40-43.
Schumpeter, Joseph (1965): *Geschichte der ökonomischen Analyse*. Bd. 1. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [Schumpeter, Joseph (1954a): *History of Economic Analysis*. New York: Oxford University Press].
Schumpeter, Joseph (2005[8]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen und Basel: A. Francke Verlag [Schumpeter, Joseph (1954b): *Capitalism, Socialism, and Democracy*. London: George Allen & Unwin].
Schumpeter, Joseph (1987[7]): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin: Duncker & Humblot [Schumpeter, Joseph (1961): *The Theory of Economic Development*. New York: Oxford University Press].
Schumpeter, Joseph (1964): *Business Cycles: A Theoretical, Historical, and Statistical Analysis of the Capitalist Process*. New York: McGraw Hill.
Schurmann, Franz (1974): *The Logic of World Power: An Inquiry into the Origins, Currents, and Contradictions of World Politics*. New York: Pantheon.
Segal, Adam (2004): »Is America Losing Its Edge?«, *Foreign Affairs* (November-Dezember), www.foreignaffairs.org.
Selden, Mark (1995): »Yan'an Communism Reconsidered«, *Modern China* 21 (1), S. 8-44.
Selden, Mark (1997): »China, Japan and the Regional Political Economy of East Asia, 1945-1995«, in: P. Katzenstein/T. Shiraishi (Hrsg.), *Network Power. Japan and Asia*, S. 306-340. Ithaca, NY: Cornell University Press.
Semmel, Bernard (1970): *The Rise of Free Trade Imperialism*. Cambridge: Cambridge University Press.
Shambaugh, David (2004): »China and Europe: The Emerging Axis«, *Current History* (September), S. 243-248.
Shaikh, Anwar (1999): »Explaining the Global Economic Crisis«, *Historical Materialism*, 5, S. 103-144.
Shambaugh, David (2004): »China and Europe: The Emerging Axis«, *Current History* 103 (674), S. 243-248.
Shenkar, Oded (2006): *The Chinese Century*. Upper Saddle River, NJ: Wharton School Publishing.
Shiba, Yoshinobu (1983): »Sung Foreign Trade: Its Scope and Organization«, in: M.

Rossabi (Hrsg.), *China among Equals: The Middle Kingdom and its Neighbors, 10th-14th Centuries*, S. 89-115. Berkeley: University of California Press.

Silver, Beverly J. (2005a): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870.* Berlin: Assoziation A [Silver, Beverly J. (2003): *Forces of Labor: Workers' Movements and Globalization Since 1870*. Cambridge: Cambridge University Press].

Silver, Beverly (2005b): »Labor Upsurges: From Detroit to Ulsan and Beyond«, *Critical Sociology* 31 (3), S. 439-451.

Silver, Beverly J./Giovanni Arrighi (2003): »Polanyi's ›Double Movement‹: The *Belle Époques* of British and U.S. Hegemony Compared«, *Politics and Society*, 31 (2), S. 325-355.

Skinner, W. G. (1985): »The Structure of Chinese History«, *Journal of Asian Studies,* 44 (2), S. 271-292.

Sklar, Martin J. (1988): *The Corporate Reconstruction of American Capitalism, 1890-1916*. The Market, the Law, and Politics. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Smith, Adam (1993[6]): *Der Wohlstand der Nationen*. München: DTV [Smith, Adam (1961): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 2 Vols. London: Methuen].

Smith, Neil (1984): *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space*. Oxford: Basil Blackwell.

So, Alvin Y. (1986): *The South China Silk District*. Albany: State University of New York Press.

So, Alvin Y./Stephen W. K. Chiu (1995): *East Asia and the World-Economy*. Newbury Park, CA: Sage.

Soros, George (2004): *The Bubble of American Supremacy: Correcting the Misuse of American Power.* New York: Public Affairs.

Stedman Jones, Gareth (1972): »The History of US Imperialism«, in: R. Blackburn (Hrsg.), *Ideology in Social Science*, S. 207-237. New York: Vintage.

Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin: Siedler [Stiglitz, Joseph (2002): *Globalization and Its Discontents*. New York: Norton].

Stinchcombe, Arthur L. (1968): *Constructing Social Theories.* New York: Harcourt, Brace & World.

Stopford, John M./John H. Dunning (1983): *Multinationals: Company Performance and Global Trends*. London: Macmillan.

Strange, Susan (1986): *Casino Capitalism*. Oxford: Basil Blackwell.

Sugihara, Kaoru (1996): »The European Miracle and the East Asian Miracle. Towards a New Global Economic History«, *Sangyo to keizai* XI, 12, S. 27-48.

Sugihara, Kaoru (2003): »The East Asian Path of Economic Development: A Long-term Perspective«, in: G. Arrighi/T. Hamashita/M. Selden (Hrsg.) (2003), *The Resurgence of East Asia. 500, 150 and 50 Year Perspectives*, S. 78-123. London/

New York: Routledge.
Sugihara, Kaoru (2004): »The State and the Industrious Revolution in Japan«, Working Paper No. 02/04, Global Economic History Network, Department of Economic History, London School of Economics, London.
Summers, Lawrence H. (2004): »America Overdrawn«, *Foreign Policy* 143, S. 46-49.
Suskind, Ron (2004): *The Price of Loyalty: George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill*. New York: Simon and Schuster.
Sweezy, Paul (1959): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*. Köln: Bund-Verlag [Sweezy, Paul (1946): *The Theory of Capitalist Development*. London: Dobson].
Sylos-Labini, Paolo (1976): »Competition: The Product Markets«, in: T. Wilson/A.S. Skinner (Hrsg.), *The Market and the State: Essays in Honor of Adam Smith*, pp. 200-32. Oxford: Clarendon Press.
Tang, Jun (2003-4): »Selection from Report on Poverty and Anti-Poverty in Urban China«, *Chinese Sociology and Anthropology* 36 (2-3).
Taylor, Peter (1994): »Ten Years that Shook the World? The United Provinces as First Hegemonic State«, *Sociological Perspectives* 37 (1), S. 25-46.
Therborn, Göran (2000): *Die Gesellschaften Europas 1945-2000. Ein soziologischer Vergleich.* Frankfurt a. M./New York: Campus [Therborn, Goran (1995): *European Modernity and Beyond: The Trajectory of European Societies, 1945-2000.* London, Sage Publications].
Thornton, Edward (1835): *India, its State and Prospects*. London, Parbury, Allen & Co.
Tilly, Charles (1985): »War Making and State Making as Organized Crime«, in: P. B. Evans/D. Rueschemeyer/T. Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 169-191.
Tomlinson, B. R. (1975): »India and the British Empire, 1880-1935«, *The Indian Economic and Social History Review* 12 (4), S. 337-380.
Tong, W. James (1991): *Disorder Under Heaven: Collective Violence in the Ming Dynasty*. Stanford: Stanford University Press.
Tronti, Mario (1971): *Operai e Capitale*. Turin: Einaudi.
Tsai, Jung-Fang (1993): *Hong Kong in Chinese History: Community and Social Unrest in the British Colony, 1842–1913.* New York: Columbia University Press.
Tsai, Kellee S. (2004): »Off Balance: The Unintended Consequences of Fiscal Federalism in China«, *Journal of Chinese Political Science* 9 (2), S. 7-26.
Tsiang, Ting-fu (1967): »The English and the Opium Trade«, in: F. Schurmann /O. Schell (Hrsg.), *Imperial China*, S. 132-145. New York: Vintage.
Unger, Jonathan (2002): *The Transformation of Rural China*. Armonk NY: M. E. Sharpe.
Urquhart, Brian (2004): »The Good General«, *The New York Review*, 23. Sep-

tember, S. 28-33.
Veblen, Thorstein (1978): *The Theory of Business Enterprise.* New Brunswick, N.J.: Transaction Books.
Vernon, Raymond (1966): »International Investment and International Trade in the Product Cycle«, *Quarterly Journal of Economics*, 80 (2), S. 190-207.
Versluysen, Eugène L. (1981): *The Political Economy of International Finance*. New York: St. Martin's Press.
Wade, Robert (1992): »East Asian economic Success: Conflicting Perspectives, Partial Insights, Shaky Evidence«, *World Politics*, 44, S. 270-320.
Wade, Robert (2004): »Is Globalization Reducing Poverty and Inequality?«, *World Development* 32 (4), S. 567-589.
Wade, Robert/Frank Veneroso (1998): »The Asian Crisis: The High Debt Model Versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex«, *New Left Review* I/228, S. 3-22.
Wakeman, Frederic (1985): *The Great Enterprise: The Manchu Reconstruction of Imperial Order in Seventeenth-Century China*. Berkeley: University of California Press.
Walder, Andrew (1995): »Local Governments as Industrial Firms: An Organizational Analysis of China's Transitional Economy«, *American Journal of Sociology* 101 (2), S. 263-301.
Walder, Andrew (2002): »Markets and Income Inequality in Rural China: Political Advantage in an Expanding Economy«, *American Sociological Review* 67 (2), S. 231-253.
Waldinger, Roger/Chris Erickson/Ruth Milkman/Daniel J. B. Mitchell/Abel Valenzuela/Kent Wong/Maurice Zeitlin (1998): »Helots No More: A Case Study of the Justice for Janitors Campaign in Los Angeles«, in: K. Bronfenbrenner/S. Friedman/R. W. Hurd/R.A. Oswald/R.L. Seeber (Hrsg.), *Organizing to Win*, S. 102-119. Ithaca, NY: Cornell University Press.
Waley, Arthur (1958): *The Opium War through Chinese Eyes*. London, Allen & Unwin.
Walter, Andrew (1991): *World Power and World Money*. New York: St. Martin's Press.
Wang, Gungwu (1991): *China and the Chinese Overseas*. Singapore: Times Academic Press.
Wang, Gungwu (1998): »Ming Foreign Relations: Southeast Asia«, in: Twitchett und Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China Vol. 8 (2), The Ming Dynasty*, S. 301-332. Cambridge: Cambridge University Press.
Wang, Hui (2003): *China's New Order: Society, Politics and Economy in Transition*. Cambridge, MA: Harvard University Press
Wang, Hui (2006): »Depoliticized Politics, From East to West«, *New Left Review* II/41, S. 29-45.

Wang, Juan (2005): »Going Beyond Township and Village Enterprises in Rural China«, *Journal of Contemporary China* 14 (42), S. 177-187.
Wang, Yeh-chien (1973): *Land Taxation in Imperial China, 1750-1911*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
Washbrook, David (1990): »South Asia, the World System, and World Capitalism«, *The Journal of Asian Studies* (49) 3, S. 479-508.
Weber, Max (1924): *Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. München und Leipzig: Verlag von Duncker & Humblodt [Weber, Max (1961): *General Economic History*. New York: Collier].
Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J. C. B. Mohr [Weber, Max. 1978. *Economy and Society*. Berkeley, CA, University of California Press].
Wei, Yehua D. (2000): *Regional Development in China. States, Globalization and Inequality*. New York: Routledge.
Weigall, David (1987): *Britain and the World, 1815-1986: A Dictionary of International Relations*. New York: B. T. Batsford Ltd.
Werhane, Patricia (1991): *Adam Smith and His Legacy for Modern Capitalism*. New York: Oxford University Press.
West, E. G. (1964): »Adam Smith's Two Views on the Division of Labour«, *Economica* 31 (122), S. 23-32.
Whiting, Susan H. ( 2001): *Power and Wealth in Rural China: the Political Economy of Institutional Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
Wilkins, Mira (1970): *The Emergence of Multinational Enterprise. American Business Abroad from the Colonial Era to 1914*. Cambridge: Cambridge University Press.
Will, Pierre-Etienne/R. Bin Wong (1991): *Nourish the People: The State Civilian Granary System in China, 1650-1850*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
Wills, John E. Jr. (1979): »Maritime China From Wang Chih to Shih Lang: Themes in Peripheral History«, in: Jonathan D. Spence/John E. Wills, Jr. (Hrsg.): *Conquest, Region, and Continuity in Seventeenth Century China*, S. 203-238. New Haven/London: Yale University Press.
Wills, John E. Jr. (1998): »Relations With Maritime Europeans«, in: Denis Twitchett/Frederick Mote (Hrsg.), *The Cambridge History of China Vol. 8 (2), The Ming Dynasty*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 333-375.
Winch, Donald (1978): *Adam Smith's Politics. An Essay in Historiographic Revision*. Cambridge: Cambridge University Press.
Winch, Donald (1983): »Science of the Legislator: Adam Smith and After«, *The Economic Journal* 93, S. 501-520.
Wolf, Eric (1991): *Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag [Wolf, Eric (1982): *Europe and*

*the People without History*. Berkeley, CA, California University Press].
Wong, R. Bin (1997): *China Transformed. Historical Change and the Limits of European Experience*. Ithaca: Cornell University Press.
Wong, R. Bin (2004): »The Role of the Chinese State in Long-distance Commerce«, Working Paper No. 05/04, Global Economic History Network, Department of Economic History, London School of Economics, London.
Wong, Siu-lun (1988): *Emigrant Entrepreneurs*. Hongkong: Oxford University Press.
Wong, Young-tsu (1983): »Security and Warfare on the China Coast: The Taiwan Question in the Seventeenth Century.« *Monumenta Serica*. XXXV, S. 111-196.
Woo, Wing Thye (1999): »The Real Reasons for China's Growth«, *The China Journal* 41, S. 115-137.
World Bank (1984): *World Tables*. Bde. 1 und 2. Washington D.C.: World Bank.
World Bank (diverse Jahre): *World Development Indicators*. CD ROM. Washington D. C.: World Bank.
Wright, Steve (2002): *Storming Heaven: Class Composition and Class Struggle in Italian Autonomist Marxism*. London: Pluto.
Wright, Steve (2004): »Children of a Lesser Marxism?«, *Historical Materialism* 12 (1), S. 261-276.
Wrigley, E.A. (1988): *Continuity, Chance and Change: The Character of the Industrial Revolution in England*. Cambridge: Cambridge University Press.
Wrigley, E.A. (1989): »The Limits to Growth: Malthus and the Classical Economists«, in: M. S. Teitelbaum/J. M. Winter (Hrsg.), *Population and Resources in Western Intellectual Traditions*. Cambridge: Cambridge University Press.
Wu, Ximing/Jeffrey M. Perloff (2004): »China's Income Distribution Over Time: Reasons for Rising Inequality«, KUDARE Working Paper 977, University of California at Berkeley. Zugänglich unter: http://ssrn.com/abstract=506462.
Wu, Yuan-li/Chun-hsi Wu (1980): *Economic Development in Southeast Asia. The Chinese Dimension*. Stanford: Hoover Institution Press.
Yang, Lien-sheng (1952): *Money and Credit in China. A Short History*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
Yen, Zhongping et al. (1957): *Zhongguo jindai jingjishi tongji* (Collections of Statistical Data of Modern Chinese Economic History). Beijing: Scientific Publishers.
Zhang, Binchuan (1991): »Mingqing haishang maoyi zhengce: biguanzishou?« (The Sea Trade Policy of Ming and Qing: Closed Door and Conservative?) *Selected Essays in Chinese Maritime History* IV, S. 45-59. Taipei: Academia Sinica.
Zolberg, Aristide R. (1995): »Response: Working-Class Dissolution«, *International Labor and Working-Class History* 47, S. 28-38.

# Namensregister


Aaronovitch, D. 227
Abdullah, König von Jordanien 238
Abe, Shinzo, Premierminister 368
Abu-Lughod, Janet 398, 402
Acheson, Dean, US-Außenminister 223, 224
Adas, Michael 16f., 80
Afrasiabi, K. 262
Agarwala, Ramgopal 440, 445, 458f., 466
Aglietta, Michel 34
Agnew, John 312
Aguilar, Alonso 305
Aiyar, P. 443
Akamatsu, Kaname 54
Akira, Hayami 50
Albright, Madeline, US-Außenministerin 229, 325, 329
Amery, Leo 370f.
Amin, Samir 29f., 131, 466
Amsden, Alice 170
Anderson, Perry 12, 80
Andreas, Joel 11
Andrews, E. 243, 369
Angell, Norman 370f.
Appiah, K. Anthony 329
Arendt, Hannah 279, 283, 288-290, 294, 297, 332
Armstrong, Philip 163
Arrighi, Giovanni 9, 11, 19f., 99, 115, 118f., 122, 152, 161f., 167, 171, 173, 178, 183, 185f., 192f., 195, 199, 206f., 210, 215, 245, 267f., 273, 289f., 292, 294, 296-300, 302, 304, 307, 309, 313, 388, 391, 397, 398, 400f., 429f., 434, 437
Arroyo, Gloria Macapagal, Präsidentin der Philippinen 474
Aschoff, Nicole 11
Atwell, William 405
Au, Loong-Yu 442f., 457, 458

Bacevich, Andrew 232, 234
Bagchi, Amiya Kumar 176, 309, 421
Baker, Christopher 433
Baker, P. 231f., 250, 365
Balakrishnan, Gopal 223
Baltimore, D. 251
Balzac, Honoré de 242, 244, 254
Barbour, Violet 300
Barboza, D. 447
Barraclough, Geoffrey 13
Barrat Brown, Michael 306, 309
Barrow, Clyde 312, 382
Bartlett, Beatrice S. 406
Batson, A. 445
Beard, Charles 312
Becattini, Giacomo 216
Bender, B. 232
Benjamin, Daniel 327
Bergesen, Albert 174
Bernanke, Ben S. 354
Bernstein, Richard 461
Bernstein, Thomas 450
bin Laden, Osama 224, 230, 324, 329
Bismarck, Otto von 356f.
Blackburn, Robin 213
Blaschke, Jochen 38
Block, Fred 195
Bond, Brian 175
Bonini, Astra 11
Boot, Max 353f., 381
Bouckaert, Boudewijn 450
Boxer, Charles R. 209, 303
Bradsher, K. 251, 346, 379, 481
Bramall, Chris 458
Braudel, Fernand 10, 120-122, 124, 290f., 301-303, 412f.
Braverman, Harry 34
Bray, Francesca 400
Brecher, J. 468
Brenner, Robert 10, 12, 37-39, 44-46, 57f., 93, 97, 103, 119, 130-159, 162f., 165, 167-169, 171-173, 178-182, 187, 189-191, 193, 195f., 199f., 203, 205-209, 211f.
Brewer, Benjamin D. 11, 171
Brinkley, J. 237
Broad, W.J. 251
Brooks, Timothy 405

Brown, Lester R. 481
Brusco, Sebastiano 216
Brzezinski, Zbigniew 385-388
Buckley, C. 443
Budd, Alan 189
Bulard, M. 364
Bumiller, E. 333
Burawoy, Michael 34
Burkett, Paul 29, 450
Burley, Ann-Marie 194
Burns, J. F. 239
Burton, J. 368, 376
Bush, George H.W. 228, 324, 326, 356, 361, 480
Bush, George W. 21f., 206, 223-225, 230-235, 237, 239, 241f., 247-250, 253f., 257-259, 263, 265, 269, 271, 279, 287f., 321, 325, 328-333, 349, 353-355, 357, 359, 365, 367f., 377, 381-383, 466, 504

Cabral, Amilcar 33
Cai, Fang 448, 450
Cain, P.J. 296
Cairncross, A.K. 183
Calleo, David 203, 209f., 318
Carroll, James 327
Carter, Jimmy 142, 178, 254
Cassidy, J. 254
Castells, Manuel 186, 216
Castro, Fidel 33
Cecco, Marcello de 176f., 200, 202, 309
Chan, Anita 446
Chandler, Alfred 119, 152, 200, 214, 215
Chang, Wei-an 414, 419, 432
Chapman, Stanley D. 183
Chase-Dunn, Christopher 411
Chaudhuri, K.N. 120, 423f.
Chávez, Hugo 263
Chen, Ciyu 419
Chen, Hongmou 407-409, 455
Cheney, Richard 225, 254, 333
Cheng Ho 398
Chiu, Stephen W.K. 425, 436
Chomsky, Noam 474
Churchill, Winston 371
Cipolla, Carlo 398
Clancy, Tom 228
Clark, J.B. 59
Clarke, Richard 225
Clausewitz, Carl von 362
Clinton, William Jefferson (Bill) 143, 149, 229, 234, 241, 247, 253, 258f., 294, 325, 347
Cody, E. 31, 361, 368, 375
Cohen, Jerome 196
Cohen, R. 230, 235, 259, 354f., 381f.
Columbus, Christoph 398
Conde, C. H. 377
Connally, John B. 253
Cooper, C. G. 264
Cornwallis, Lord, Gouverneur von Indien 421
Costello, T. 468
Coyett, Frederick 415
Crotty, James 208
Cumings, Bruce 19, 54, 195f., 222, 427-429
Curtin, Philip 340
Cushman, Jennifer Wayne 417

Da Gama, Vasco 398
Daragahi, B. 239
Davenant, Charles 398
Davis, B. 473
Davis, Mike 331, 340
Davis, Ralph 296, 303
Dawar, W.N. 262
de Gaulle, Charles 164
Dehio, Ludwig 315f., 342
de la Court, Peter 301f., 308, 343
DeLong, Brad 390
Deng Xiaoping 28f., 31, 364, 435, 438f., 447, 449, 455-459, 462f.
Denny, C. 253
Derluguian, Georgi 11
de Vries, Jan 50, 93
Dickie, M. 359, 365, 375
Diderot, Denis 80
Ding, X.L. 456
Dinmore, G. 368
Dirlik, Arif 469f.
Dobbs, Lou 347
Drayton, R. 332
Drucker, Peter 215
Duara, Prasenjit 433
Dulles, John Foster 196
Dunning, John H. 185
Duus, Peter 426

Economy, E. 263
Edin, Maria 457
Edwards, Richard 34
Ehrenberg, Richard 299
Eichengreen, Barry 296
Elisonas, Jurgis 405
Elliott, J.H. 299
Elliott, John E. 118

Elliott, William Y. 185
Elvin, Mark 71, 400f., 409f., 478
Engels, Friedrich 35f., 101, 103, 333, 336, 418
Eren, Baris Cetin 11
Esherick, Joseph 420

Fairbank, John K. 26, 125, 391, 425, 462
Fallon, William, Admiral 359-361
Feis, Herbert 426
Ferguson, Niall 176, 241f., 244
Feuerwerker, Albert 419, 425
Fifield, A. 368
Fishman, Ted 265, 379f., 437, 441, 453-455
Fletcher, M. 232
Flynn, Dennis O. 405, 417
Fong, M. 445
Ford, Gerald 142, 356, 361
Forero, J. 263
Foster, John Bellamy 29
Frank, Andre Gunder 11f., 36f., 41-43, 47, 58, 61, 93, 118, 120, 177, 251
Frank, Thomas 381f.
Freeman-Grenville, G.S.P. 393
French, Howard W. 262, 443, 467, 477
Friedland, J. 431
Friedman, Milton 61, 438f.
Friedman, Thomas 35f., 99, 236, 248, 251, 270f., 331, 467
Fukasuku, Kichiro 435
Fuller, T. 447
Funabashi, Y. 364

Galbraith, James K. 11, 439f.
Gamble, Andrew 310
Gandhi, Mohandas 477-479
Gao, Weinong 403
Gates, Robert, Verteidiungsminister 231
Gentile, Antonina 11
Gernet, Jacques 393
Gershman, John 258
Giddens, Anthony 175, 296
Gilpin, Robert 318
Gindin, Sam 222
Giraldez, Arturo 405, 417
Giridharadas, A. 475f.
Glyn, Andrew 163
Goldstein, Joshua S. 311
Goldwater, Barry 279
Gordon, David 34
Gordon, M.R. 229
Graham, Lindsey 368
Gramsci, Antonio 102, 191f., 210, 270
Greenberg, Michael 421f.
Greenlees, D. 261
Greenspan, Alan 145, 190, 212, 262
Greider, W. 379
Guan, Luquan 401
Guha, Ramachandra 478
Guha, Ranajit 192f., 225
Guo, Yugui 443

Haakonssen, Knud 62f., 89
Hale, Lyric Hughes 383f.
Hall, Thomas 411
Halliday, Fred 234, 238f.
Hamashita, Takeshi 11, 391f., 424
Hamilton, Alexander 373
Hamilton, Gary G. 414, 419, 432
Hao, Yen-p'ing 423
Harding, J. 259
Hardt, Michael 222f., 296
Harris, Kevan 11
Harrison, Bennett 186, 216f.
Harrison, John 163
Hart, Gillian 451f., 456
Hart-Landsberg, Martin 29, 450
Harvey, David 11, 33, 36, 189, 240, 267-290, 294, 326, 438, 452
Hashimoto, Ryutaro 248
Hay, John, US-Außenminister 346
He, Qinglian 28
Headrick, Daniel 420
Hegel, G.W.F. 278
Heilbroner, Robert 61
Heinrich der Seefahrer 398
Heisbourg, F. 237
Held, David 166
Henwood, Doug 347f.
Hersh, Seymour 239
Hirschman, Albert O. 87
Ho, Chi Minh 33
Ho, Chumei 415
Hobbes, Thomas 86, 100, 279, 288, 332, 343f., 403, 408
Hobsbawm, Eric 130, 160, 307f., 319, 324
Hobson, John A. 267
Hofstadter, Richard 279
Holbrooke, Richard 346

Holmes, Amy 11
Hopkins, A.G. 296
Hopkins, Terence 99
Hout, T. 454
Hu, Jintao 31, 263, 364f., 367, 381, 457, 463
Huang, Philip 40, 46, 56-58, 93, 97, 103, 406
Huang, Ray 404
Hugill, Peter J. 183
Hui, Po-keung 10f., 400-402, 414, 417, 420, 431, 434, 437
Hu Jintao 263, 457
Hung, Ho-fung 10f., 400f., 404-406, 416, 434, 437, 457
Hussein, Saddam 227f., 324f.
Hymer, Stephen 184

Ikeda, Satoshi 185, 391, 431
Ikenberry, John 222
Ip, G. 390
Iriye, Akira 426
Irwan, Alex 431
Isett, Christopher 44f.
Israel, Jonathan 304
Itoh, Makoto 163, 196, 202

Jacques, M. 265
Jaffe, A. M. 351
Jenks, Leland H. 307
Jiang, Zemin 457
Jing, Junjian 406
Joffe, Josef 356
Johnson, Chalmers 231, 241, 258, 324, 351
Johnson, Linda Cooke 419
Judt, Tony 213

Kahn, J. 30, 457
Kangxi, Kaiser 416
Kanter, J. 346
Kaplan, Robert 355-361, 363, 367-369, 374, 378, 390, 470
Kasaba, Resat 419
Kautsky, Karl 287
Kawakatsu, Heita 394, 424
Kempe, F. 243, 473
Kennan, George 196
Kennedy, Paul 269, 271, 296, 306, 311, 313, 339, 398
Kennicott, P. 232
Kessler, G. 260, 366
Khalaf, R. 239
King, N. 390
Kirkpatrick, D. 480
Kissinger, Henry 305, 355, 361-363, 368-370, 378, 384f., 390, 470
Klare, Michael 352, 360
Knight, Frank 61
Koizumi, Junichiro, Premierminister 368, 374
Kojima, K. 54
Kolko, G. 239
Koltz, Tony 228
Kotkin, S. 446
Kraar, Louis 435
Krasner, Stephen 18
Kreisler, Harry 258
Kriedte, Peter 299
Krippner, Greta 11, 180-182
Kristof, N. 235
Krugman, Paul 26, 28, 216, 219, 231, 246, 250, 259, 279, 348f., 381
Kumagi, J. 251, 328

Kwa, A. 264
Kwong, Peter 438f.
Kynge, James 252, 446, 481

Lachman, Richard 11
Landes, David 128-130, 190, 339, 388
Landler, M. 253
Lantos, Tom 375f.
Lapper, R. 263
Lardy, Nicholas R. 435
Lebretton, J. 454
Lee, Ching Kwan 446, 456, 467f.
Lee, D. 442
Lee, John 42
Lefebvre, Henri 272
Leggett, K. 263, 446
Leibenstein, Harvey 94
Leibniz, Gottfried von 16, 80
Lenin, W.I. 131
Leonard, M. 364
Leonhardt, D. 247
Lewis, Archibald 398
Li, Shih 465
Li, Yi 465
Libby, Lewis 258
Lin, Justin Y. 449f., 464
Lin, Manhong 422
Lin, Nan 448
Lin, Zexu 422f.
Lind, Michael 329, 372
Link, Perry 28f.
Liu, Binyan 28f.
Liu, Guoguang 30
Lo, Jung-pang 400
Locke, John 408
Lohr, S. 347, 350
Lorenz, A. 481
Loy, Patrick 11
Lu, Aiguo 10

Lu, Xiaobo 450
Lula da Silva, Luis Inacio 263
Lynn, Barry 219

Mackie, Jamie 433
Mackinder, Halford 183, 218, 271
Maddison, Angus 56f.
Madrick, J. 219
Magdoff, Harry 29
Magnier, M. 467
Mahbuhani, Kishore 367
Mallet, V. 359, 365, 368, 375f., 474
Malthus, Thomas 45, 69, 94, 96
Mamdani, Mahmood 227, 324
Mankiw, Greg 259
Mann, Michael 224, 233
Mann, Susan 407
Manning, T. 377
Mao, Zedong 33, 442, 444, 446, 455, 458, 460, 462f.
Marks, Robert 340
Marshall, Alfred 61, 216f.
Marshall, T. 262
Martinez, A. 241
Marx, Karl 14, 15, 22, 32, 33-38, 42, 60f., 65f., 72, 80, 92, 97-114, 117-121, 123, 149, 203, 211, 215, 219, 223, 274, 283-285, 291, 295, 333, 336f., 418, 420, 423, 444, 462
Mathias, Peter 183
Mayer, Arno 322
McCain, John 228
McCormick, Thomas 195f., 223f., 313, 318
McElwee, William L. 339
McGregor, R. 368, 376, 457
McKibben, Bill 480
McNamara, Robert 198
McNeill, William 309, 334f., 337-340, 342, 398, 402, 409
Meade, Edward S. 213
Mearsheimer, John 257, 259, 355, 385-390
Mellon, Andrew 472
Mian, Z. 239
Milne, S. 227
Minchinton, W.E. 303
Moffett, Matt 473
Moffitt, Michael 174
Moisi, Dominique 236
Monaghan, K. 263
Montesquieu, Baron 80, 408
Montlake, S. 447
Moritz von Nassau 336
Mubarak, Husni 237
Muldavin, J. 467
Muller, Jerry 63
Munro, Robin 467
Munro, Ross H. 461
Muralidharan, Sukumar 238
Murdoch, Rupert 480
Murphy, D. 264
Murphy, J. 263
Mydans, S. 376
Myers, Ramon 42

Naik, G. 455
Naim, M. 464
Nakamura, Takafusa 196
Nakashima, E. 368
Nathan, Andrew J. 419
Negri, Antonio 34, 222f., 296
Nelson, Richard 94f.
Ni, C. 467
Nixon, Richard M. 134f., 142, 163, 186, 232, 259, 356, 358, 361
Nolan, Peter 458
Nonini, Donald M. 434
Norris, F. 244, 249
Northup, David 420
Nye, Joseph 306

O'Brien, Patrick 47f., 425
O'Connor, James 195
O'Neill, Paul 254
Oi, Jean 448
Okimoto, Daniel I. 430
Ong, Aiwa 434
Ornstein, Norman 235
Owen, D.E. 423
Ozawa, Terutomo 14, 54, 151, 428

Palat, Ravi 11, 400, 471
Pan, P. 260, 365
Panitch, Leo 222
Parboni, Riccardo 173
Park, Albert 448, 450
Parker, Geoffrey 17, 423
Parsons, Talcott 191-193
Pasciuti, Daniel 11
Peattie, Mark 426
Pei, Minxin 464
Perdue, Peter 391, 394f., 406
Perlez, J. 260f., 474
Perloff, Jeffrey M. 465
Perry, J. 252
Pesek, W. 248
Petras, J. 379
Pfaff, W. 232, 239
Phelps Brown, E.H. 162
Philip II 299
Pinkerton, James 355, 369, 370-374, 378-390,

470
Pinochet, Augusto 438
Piore, Michael 186, 216
Polanyi, Karl 63f., 280f., 305f., 393, 396f.
Polo, Marco 411
Pomeranz, Kenneth 17, 22, 41-46, 48-50, 58, 93, 407, 416
Popov, Vladimir 11f., 27
Porter, E. 249, 251, 473
Portes, Alejandro 186, 216
Portes, Richard 296
Powell, Colin, US-Außenminister 231, 234, 237, 326, 351
Prestowitz, Clyde 350, 437
Putterman, Louis 464

Qian, Yingyi 456
Quesnay, François 16, 80

Ramo, Joshua Cooper 27, 469f.
Rapkin, David 311
Rawski, Thomas 26f., 445, 466
Reagan, Ronald 139-142, 149, 167, 171, 178, 188, 227, 254f., 294, 323f., 347, 350, 438f.
Reich, Michael 34
Reifer, Thomas Ehrlich 11
Reutter, M. 213
Ricardo, David 66
Rice, Condoleezza, US-Außenministerin 351
Riskin, Carl 465
Roach, S. 247
Roberts, P.G. 252
Rogers, P. 176, 231, 327
Rogoff, Kenneth 244
Rohlen, Thomas P. 430
Rohter, L. 263
Roosevelt, Franklin D. 194, 223, 316-319, 322, 439
Roosevelt, Theodore 373
Rosenberg, Nathan 74-76, 83
Rousseau, Jean Jacques 80
Rove, Karl 330
Rowe, William 120, 407f.
Roy, Arundhati 227
Rozman, Gilbert 13
Rubin, Robert, US-Finanzminister 144
Rumsfeld, Donald, US-Verteidigungsminister 225, 227, 249, 331, 352f., 361, 366

Sable, Charles 186, 216
Sacharow, Andrej 359
Sakai, T. 366, 375
Salisbury, Lord, Premierminister 175
Samuelson, R. J. 244, 383
Sanger, D. E. 235, 239, 241
Saul, S.B. 130
Schama, Simon 331
Scheer, R. 331, 350f.
Schlesinger, Arthur Jr. 224
Schoenberg, Ronald 174
Schumer, Charles 368
Schumpeter, Joseph 20, 22, 59-61, 66, 71, 92, 96, 98, 106, 114-117, 121-123, 182, 274f., 340, 482
Schurmann, Franz 194, 223, 316-318, 429
Scully, Benjamin 12
Segal, Adam 251
Selden, Mark 11, 391, 400f., 429, 434, 437, 446, 456, 463, 467f.
Semmel, Bernard 423
Sengupta, S. 262
Sestanovich, S. 325
Sevastopulo, D. 359, 365, 375
Shaikh, Anwar 180f.
Shambaugh, David 263
Shaohua, Zhan 12
Sharansky, Natan 359
Shenkar, Oded 443
Sherman, Steve 11
Shiba, Toshinobo 401
Shih, Miin-wen 10
Silver, Beverly J. 9, 12, 115, 119, 122, 152, 159, 161f., 164f., 167, 171, 185f., 192f., 195, 207, 210, 215, 245, 292, 294, 296f., 300, 302, 309, 313, 397, 468
Simon, Steven 327
Singh, Manmohan, Premierminister 475f.
Sinha, Yashwant 476
Skinner, W.G. 406
Sklar, Martin J. 151, 213
Slackman, M. 239
Smith, Adam 9, 11, 14-18, 20-23, 38f., 41f., 46f., 59, 61-107, 109, 113f., 118, 120, 123, 203, 211-213, 215-217, 283, 334, 343, 399, 403, 408f., 411, 417, 438, 443f., 447, 454f., 469, 476
Smith, B. 468
Smith, Neil 131

Smith, R. L. 264
Snow, John, Finanzminister 253, 366
Snowcroft, Brent 232, 239
So, Alvin Y. 419, 425, 436
Soros, George 233, 265
Spiegel, P. 259
Stalk, George 453
Stavorinus, Johan 303
Stedman Jones, Gareth 312
Stiglitz, Joseph 27, 438, 440, 466
Stinchcombe, Arthur 11, 320f.
Stopford, John 185
Strange, Susan 201f.
Suarez, Figueroa de 299
Sugihara, Kaoru 11, 49-58, 61, 97, 124, 392, 394, 411, 416, 428, 452, 454, 477
Summers, Lawrence 255, 256
Sun Tzu 362
Suskind, Ron 225
Swann, C. 252
Sweet, W. 251, 328
Sweezy, Paul 108f.
Sylos-Labini, Paolo 18f., 66

T'ien Hung-mao 375
Tang, Jun 446
Taylor, Frederick W. 336
Taylor, Peter 301
Teitelbaum, M.S. 43
Thatcher, Margaret, Premierministerin 139f., 167, 171, 189, 438f.
Therborn, Göran 159
Thornton, Edward 421
Tilly, Charles 11, 319-322, 326
Timmons, H. 475
Tisdall, S. 374
Tomlinson, B.R. 175, 309
Tong, W. James 404f.
Toynbee, Polly 332
Trebilcock, Clive 339
Tronti, Mario 32-34, 36, 42, 215
Trotzki, Leo 131
Truman, Harry S. 194, 197, 223f., 317-319, 321-323
Tsai, Jung-fang 420
Tsai, Keelee S. 448
Tsiang, Ting-fu 425

Uchitelle, L. 252, 354
Unger, Jonathan 448
Urquhart, Brian 329

Vandenberg, Arthur 223
Vatikiotis, M. 264, 367, 377
Veblen, Thorstein 128, 142, 151
Veneroso, Frank 472
Vernon, Raymond 165
Versluysen, Eugène L. 200
Vidyasagar, N. 262
Vietnam 229
Voltaire 16, 80
von Nassau, Moritz 336

Wade, Robert 191, 251, 439, 472
Wakeman, Frederic 404
Walder, Andrew 448, 465
Waldinger, Roger 166
Waley, Arthur 423
Walker, M. 252
Wall, David 435
Wallace, B. 368
Wallerstein, Immanuel 99
Walter, Andrew 200
Wang, Gungwu 402, 414
Wang, Hui 455f., 462, 465f.
Wang, Juan 448, 450
Wang, Yeh-chien 406
Wang Yang-ming 26
Washbrook, David 175, 309
Watkins, Susan 11
Wayne, L. 380
Weber, Max 80, 122
Wei, Yehua D. 465
Wei, Yuan 424
Weigal, David 305
Weisbrot, M. 474
Weisman, S. R. 235
Wen, Jiabao 365, 457
Wen, Tiejun 30
Werhane, Patricia 62f.
West, E.G. 73f.
Whitehouse, M. 246
Whiting, Susan H. 448
Whitney, Craig R. 226, 228
Wilhelm II. 369
Wilkins, Mira 184
Will, Pierre-Etienne 408
Wills, John E. 404-406, 414f.
Winch, Donald 62-64, 69
Winn, H. 346
Winter, J.M. 43
Wolf, Eric 398
Wolf, Martin 14, 251f., 254
Wolfowitz, Paul 225, 228, 258
Wonacott, P. 446

Wong, R. Bin 40, 42-44, 50, 58, 93, 396, 407f., 413f.
Wong, Siu-lun 433
Wong, Young-tsu 415
Woo, Wing Thye 450
Worth, R. F. 239
Wright, Elisabeth 28
Wright, Steve 33
Wrigley, E. Anthony 43f.
Wu, Chun-hsi 433
Wu, Ximing 465
Wu, Yuan-li 433
Yang, Lien-sheng 401
Yao, Yang 449f., 464
Yardley, J. 30
Young, David 453
Yuyu, Li 459

Zhang, Binchuan 402
Zhang, Lu 10
Zhao, Renwei 465
Zhao, Yaohui 448, 450
Zheng, Bijian 364
Zheng, Chenggong 415
Zheng, He 401, 403
Zheng, Jing 416
Zheng, Zhilong 415
Zheng-Familie 414-416
Zhongping, Yen 422
Zinni, Anthony 228
Zinni, General Anthony 228, 231
Zoellick, Robert, Vize-Außenminister 365f.
Zolberg, Aristide 161

# VSA: Neue Welt(un)ordnung

Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke
240 Seiten; € 22.80
ISBN 978-3-89965-092-1
David Harveys Plädoyer: Lasst uns nicht weiter von Globalisierung, sondern von Imperialismus reden – aber von einem Imperialismus ganz neuen Typs.

Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.)
**Global Flashpoints**
Socialist Register 2008
296 Seiten; € 22.80
ISBN 978-3-89965-994-8

Aus dem Amerikanischen von Jürgen Pelzer
160 Seiten; € 14.80
ISBN 978-3-89965-230-7
Der »historisch-geographische Materialismus« eröffnet einen neuen Zugang zum Verständnis des globalen Kapitalismus.

Giovanni Arrighi u.a.
**KAPITALISMUS RELOADED**
Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie
400 Seiten; € 22.80 sFr 40.10
ISBN 978-3-89965-181-2

Immanuel Wallerstein
**Absturz oder Sinkflug des Adlers?**
Der Niedergang der amerikanischen Macht
Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke
276 Seiten; € 24.80
ISBN 978-3-89965-057-0

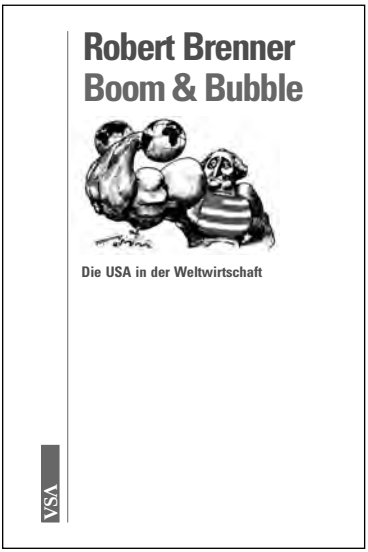
Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

**www.vsa-verlag.de**

# VSA: Politische Ökonomie




Aus dem Amerikanischen von F.O. Wolf
350 Seiten; € 24.80
ISBN 978-3-87975-886-9
Brenner zerlegt akribisch den Mythos des allseits bestaunten »Wall Street Modells«.

Mohssen Massarrat
**Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit**
Perspektiven Revolutionärer Reformen
312 Seiten; € 18.80
ISBN 978-3-89965-142-3

304 Seiten; € 26.80
ISBN 978-3-89965-208-6
Ein wichtiger Beitrag zur marxistischen Theorie der Weltwirtschaft.

Ingo Schmidt (Hrsg.)
**Spielarten des Neoliberalismus**
Nationale Klassenkompromisse, Wiedererfindung des Proletariats, transnationale Opposition
272 Seiten; € 19.80
ISBN 978-3-89965-262-8

Karin Küblböck/Cornelia Staritz (Hrsg.)
**Asienkrise: Lektionen gelernt?**
Finanzmärkte und Entwicklung
Eine Veröffentlichung der ÖFSE
196 Seiten; € 14.80
ISBN 978-3-89965-295-6

VSA

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

**www.vsa-verlag.de**